Jackson Library-UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.5 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488653 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

-DIE-URSACHEN-DES-

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte
m. b. H.

Herstellungs-Archiv

Erscheinungstag: 4

Preis in dieser Ausgabe: RM.

Gewicht:

Wer dieses Buch an anderer Stelle als in der Herstellung findet, gibt es bitte dort ab

1000. IX. 27

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch

als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell

als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp

als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

I Germany. Nationalversammlung

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Fünfter Band

Verhandlungsbericht:
Die allgemeinen Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches, 2. Teil.

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1928
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m.b.H. in Berlin W8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gedruckt in der
Offizin C. G. Röder
G.m.b.H. in
Leipzig

D
531
A42
1926
v.5

Rednerliste

Dr. Bergsträßer, Abg., S. 6, 188/89
Brüninghaus, Abg., S. 196/97, 230—234, 248—253
Dittmann, Abg., S. 6—9, 189—196, 238—241, 247/48, 251—253
Graf zu Eulenburg, Abg., S. 4—35, 198—207, 251/52, 254
Dr. Fischer, Generalsekretär, S. 253/54
Dr. Herz, Sachv., S. 35—97
Joos, Abg., 197, 207—214, 250
Dr. Moses, Abg., S. 225—230
Dr. Philipp, Abg., Vorsitzender, S. 1—3, 133—182, 237/38, 241—247, 250, 254
Dr. Rosenberg, Abg., S. 214—225, 251

412268

Sitzung, Freitag, den 24. Juni 1927

Fortsetzung der Aussprache über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* gibt bekannt, daß folgender Entwurf zu einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs von den Berichterstattern Abgg. Dr. Bergsträßer und Dr. Rosenberg eingegangen ist:

Die lange Dauer des Krieges, die ungeheuren militärischen Anforderungen und besonders die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten zu einer immer stärkeren Friedensströmung in den Massen des Volkes. Innerhalb dieser Strömung zeigten sich zwei Tendenzen. Die eine wollte durchaus im Rahmen der Gesetze und auf dem Boden der bestehenden Ordnung für die Friedenssache wirken, die andere wollte durch revolutionäre Aktionen den Krieg beenden. Die erste Tendenz fand ihren politischen Ausdruck in den Parteien der Friedensresolution, sowie der USPD, die zweite wurde von den revolutionär-sozialistischen Gruppen (Linksradikale und Spartakusbund) getragen. Während die erste Tendenz die große Mehrheit des Volkes hinter sich hatte, vertrat die zweite nur die Auffassung einer ganz kleinen Minderheit.

Die Massen, die hinter der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Fortschrittspartei standen, billigten die Politik, die ihren Ausdruck in der Friedensresolution des Reichstags vom Jahre 1917 fand. Diese Schichten des Volkes verlangten den sogenannten annexionslosen Verständigungsfrieden, aber sie hielten am Burgfrieden fest und lehnten jede Aktion ungesetzlicher Art unbedingt ab.

Eine andere Auffassung innerhalb der gleichen Hauptströmung vertrat die USPD Auch sie hielt sich durchaus im Rahmen der gesetzlichen Agitation im Parlament, Presse usw. Aber sie lehnte die Burgfriedensidee ab, weil sie den scharfen Kampf gegen die annexionistisch gestimmten Kreise als Voraussetzung zur Erlangung des Friedens betrachtete. Die USPD war ferner der Ansicht, daß sie durch Verweigerung der Kriegskredite die Friedenssache fördern würde.

Demgegenüber war die revolutionäre Tendenz von Anfang des Krieges an auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie vorhanden. Diese Strömung führte organisatorisch zur Herausbildung zweier Gruppen: der linksradikalen Bremer Richtung und des Spartakusbundes. Beide waren der Ansicht, daß der Weltkrieg in die Weltrevolution ausmünden müsse. Die Arbeiterschaft habe die Aufgabe, durch revolutionäre Erhebung die herrschende Klasse zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Die linksradikalen Gruppen hatten nicht die Absicht, irgendwie die Entente zum Schaden Deutschlands zu fördern, aber sie wollten die Lahmlegung der kaiserlichen Armee durch die Revolution mit in Kauf nehmen in der Überzeugung, daß eine siegreiche deutsche Revolution auch entsprechende Ereignisse in den Ententeländern auslösen würde. Die Vorgänge seit 1917 schienen für diese Gruppen den Beweis der Richtigkeit ihrer Auffassung zu liefern.

Die linksradikalen Gruppen haben bewußt den Boden der Gesetzlichkeit verlassen und eine entsprechende Agitation unter der Arbeiterschaft und im Heere getrieben. Ihr realer Einfluß war freilich gering. Bei den vielen Streiks und Demonstrationen der Arbeiterschaft, besonders in den späteren Kriegsjahren, folgten zwar die durch die Wirtschaftslage erbitterten Massen manchmal auf kurze Zeit den radikalsten Losungen. Aber von einer organisatorischen Erfassung breiterer Arbeiterschichten durch Spartakus oder Linksradikale ist während des ganzen Krieges nichts zu beobachten. Noch viel geringer war der Einfluß der linksradikalen Bewegung in der bewaffneten Macht. Es läßt sich kein einziger Fall anführen, daß irgendein Truppenteil des Landheeres infolge der linksradikalen Agitation seine Haltung verändert habe. Was aber die Bewegungen auf den Großkampfschiffen der Flotte betrifft, so war bei den Ereignissen von 1917 der linksradikale Einfluß ganz gering, bei den Vorgängen von 1918 überhaupt nicht vorhanden.

Der Spartakusbund stand in einem unversöhnlichen Gegensatz zur USPD sowohl in der Ideologie wie in der Taktik. Die Mitglieder des Spartakusbundes benutzten nur bis Ende 1918 die legalen USPD-Organisationen als Unterschlupf.

Die militärische Niederlage an der Westfront von August bis Oktober 1918 (vgl. die Resolution über den militärischen Zusammenbruch) führte zum Waffenstillstandsverlangen der O. H. L. Darin erblickte Heer und Volk das Eingeständnis des völligen militärischen Zusammenbruches. Die Illusionen über die militärische Führung verschwanden auch in den Kreisen, die bisher fest auf die O. H. L vertraut hatten. Die Vernichtung der militärischen Autorität zog auch den moralischen Zusammenbruch der politischen Staatsleitung nach sich. Der unbedingte Wille zum Frieden beherrschte nicht nur die Massen, die hinter Zentrum, Fortschrittspartei, SPD und

USPD standen, sondern auch die politisch indifferenten Volksschichten und der größte Teil der Anhänger der Rechtsparteien schlossen sich der Friedensbewegung an, die nunmehr unwiderstehlich wurde.

Die Massen hatten die Überzeugung, daß in erster Linie der Kaiser, ferner überhaupt die Dynastien und das Offizierkorps die Hindernisse für den Frieden wären. Diese Auffassung fand durch gewisse Formulierungen der Wilsonnoten Unterstützung. So kam es im November 1918 im Anschluß an die Marinevorgänge (vgl. die Entschließung darüber Bd. 10 dieser Reihe) in ganz Deutschland zur Absetzung der Dynastien und Offiziere. Als technische Form dieses Prozesses ergab sich überall die Bildung von Soldatenräten in äußerlicher Nachahmung der russischen Revolution. An die Soldatenräte lehnten sich Arbeiterräte an. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiterräte stand auf dem Boden der SPD, die Soldatenräte waren teils mehrheitssozialistisch, teils indifferent und bürgerlich. Die linksradikalen Gruppen hatten in den Arbeiter- und Soldatenräten keinen nennenswerten Einfluß.

Die Bewegung stand überall unter der Führung der SPD und der USPD. Daneben war die Fortschrittspartei z. B. in Baden und Mecklenburg von Anfang an in den neuen provisorischen Regierungsgewalten vertreten; dasselbe gilt in Baden vom Zentrum. Es ist charakteristisch, daß bei der Revolution solche Gegenden Deutschlands führten, wie Kiel—Hamburg und Südbayern, in denen nicht nur die linksradikalen Gruppen, sondern auch die USPD fast einflußlos waren. Die Gebiete, in denen größere Teile der Arbeiterschaft die USPD und den Spartakusbund unterstützten, wie Chemnitz, Halle und auch Berlin, haben sich der Revolution erst in einem späteren Stadium angeschlossen, als bereits alles entschieden war.

Die linksradikale Minderheit der Arbeiterschaft versuchte, der Revolution neben der vorübergehenden bolschewistischen Form auch einen sozialistischen Inhalt zu geben. Diese Versuche scheiterten in den Kämpfen vom Januar bis Mai 1919. Die Regierungsgewalt blieb bei den Parteien der Weimarer Koalition, die eigentlich schon unter der Regierung des Prinzen Max vor der Revolution die Macht gehabt hatten.

Der Einfluß der eigentlich revolutionären linksradikalen Tendenz auf Entstehung und Verlauf der deutschen Revolution war also ganz gering. Die politische Umwälzung wurde von der Friedensströmung des Volkes getragen, die nach dem Waffenstillstandsangebot der O. H. L nicht mehr aufgehalten werden konnte. Die Behauptung, daß irgendeine innerpolitische Propaganda die Ursache der militärischen Niederlage geworden sei, entspricht nicht den Tatsachen.

In Fortsetzung der Aussprache über die Dolchstoßfrage macht Abg. Graf *zu Eulenburg* folgende Ausführungen:

Es sind einige Punkte in meinem Korreferate seinerzeit angefochten worden. Ich habe den Herren, die das getan haben, gleich gesagt, daß ich bei meinen Thesen bleibe und Gelegenheit nehmen würde, noch auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Ich möchte zunächst auf das eingehen, was Herr Dr. Bergsträßer gesagt hat. Er hat gesagt, daß der Münchener Prozeß ergeben habe, daß die Mehrheitssozialdemokratische Partei aus dem Probleme des Dolchstoßes ausscheide. Dazu möchte ich bemerken, daß sich der Münchener Prozeß nur auf die Feststellung bezog, ob die Dolchstoßhefte der „Süddeutschen Monatshefte" historischen Wert besaßen. Das Urteil stellte den historischen Wert fest und sprach die Verurteilung des Redakteurs der „Münchener Post" wegen Beleidigung aus. Die Frage, ob die Mehrheitssozialdemokratische Partei revolutionäre Propaganda usw. betrieben habe, kam nur in bezug auf den Inhalt der Hefte, die die Dolchstoßfrage bekanntlich nicht erschöpfen wollten, in Betracht. Die Erklärung Graf Pestalozzas, an die wahrscheinlich Herr Dr. Bergsträßer gedacht hat, bezog sich nicht darauf, daß die Mehrheitssozialdemokratische Partei im allgemeinen keine revolutionäre Propaganda getrieben habe. Es war vielmehr dem Beistand Professor Coßmanns wohl bekannt, daß beispielsweise die Tagung der Sozialdemokratischen Partei im Oktober 1918 in München unter dem Zeichen revolutionärer Reden gestanden hat und daß Adolf Braun schon im Oktober 1918 in der „Fränkischen Tagespost" zur Absetzung bzw. Abdankung des Kaisers aufforderte, ebenso etwas später Stampfer im „Vorwärts" Es war ebenso bekannt, daß im Massenstreik im Jahre 1918 die Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Partei und Gewerkschaften in Nürnberg einen revolutionären Aufruf verbreiteten.

Sie können ihn nachlesen in dem Buche „Der erste politische Streik im Deutschen Reich", herausgegeben in München-Gladbach im Jahre 1918, Volksvereinsverlag G. m. b. H., einem Verlage der christlichen Gewerkschaften.

Herr Dr. Bergsträßer meint, daß die Frage der Beteiligung der Unabhängigen Partei an revolutionären Bestrebungen nicht geklärt sei. Darüber sind wir verschiedener Auffassung. Es liegen doch meines Erachtens genug Äußerungen von Mitgliedern der Unabhängigen Partei vor, wie Ledebour, Frau Zietz, Eisner, selbst Dittmann, die Zeugnis davon ablegen, daß die Unabhängige Partei an der Zimmerwalder Bewegung beteiligt gewesen ist.

Nun hat Herr Dr. Bergsträßer verschiedene Zitate, die ich gebracht habe, angefochten, und zwar deshalb, weil er meint, sie hätten einen anderen Sinn als den, den ich herausgelesen habe. Er hat besonders bemängelt, sie seien nicht vollständig. Herr Dr. Bergsträßer,

ich darf kurz auf die Art eingehen, wie Sie in Ihrer Replik selber zitiert haben. Ich gehe der Reihe nach vor und wende mich zunächst zu dem Absatz 2 auf Seite 296 (Bd. 4 dieser Reihe). Es handelt sich um die Äußerung des damaligen Volksbeauftragten Ebert. Da zitieren Sie:

> „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionssonnabend (also am 8. November) stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge war, daß wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen."

Nun sagen Sie weiter: „Nun ist es zunächst ein Unterschied, ob man sagt: wir sind schuld an den Vorgängen in Berlin oder schuld an der Revolution" usw. Den Hauptsatz, den ich auch zitiert habe, Herr Dr. Bergsträßer, lassen Sie aber fort, und dieser Satz lautet:

> „Unter diesen Umständen"

— so Ebert —

> „nahmen wir Fühlung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Dies muß festgestellt werden, weil die Dinge draußen vielfach so dargestellt werden, als hätten die *Unabhängigen die Revolution gemacht* und hätten uns erst nachgezogen."

Herr Dr. Bergsträßer, man mag die Äußerungen Eberts bewerten wie man will — ich glaube, daß sie aus taktischen Rücksichten erfolgt sind —, eins aber möchte ich doch hier sagen: Sie haben meines Erachtens nicht das Recht, anderen Vorwürfe zu machen, daß sie unvollständig zitieren, wenn Sie selber den Hauptsatz, auf den es hier ankommt, weglassen und dann das unvollständige Zitat zum Ausgang einer längeren Polemik machen.

Dann ein anderer Punkt, bei dem wir uns augenscheinlich mißverstanden haben (Bd. 4 dieser Reihe S. 299). Es ist mir nicht eingefallen, anzunehmen, daß die Sozialdemokratische Partei das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte in dem Sinne übernommen hätte, daß sie etwa bolschewistische Tendenzen verfolgt hätte, sondern es handelt sich um die bekannte Friedensformel. Ich habe von dieser „Formel" gesprochen.

Dann Seite 300 (Bd. 4 dieser Reihe) Absatz 2, das Bedauern der Kriegserfolge. Da ist wohl durch das Fehlen einer Klammer, die nachher in dem Abdrucke meines Berichts eingefügt ist, ein Irrtum unterlaufen. Dieses Zitat habe nicht nur ich so ausgelegt, wie ich es in meinem Berichte ausgeführt habe. sondern Paul Lentsch las dasselbe heraus und schrieb am 15. September 1917, er könne sich „kein sichereres Mittel denken, die eigene Widerstandskraft zu schwächen, als diese Angst vor den eigenen Erfolgen. Was uns bisher gerettet hat, sind lediglich unsere militärischen Erfolge gewesen." Aus diesem Grunde hatte ich das Zitat gebracht.

Dann ist auf S. 300/01 (Bd. 4 dieser Reihe) unten der Streik 1918 erwähnt. Herr Bergsträßer sagt:

„Ich glaube, man kann die Einzelheiten des Streiks von 1918 beiseite lassen."

Das ist meines Erachtens nicht möglich, wenn man diese ganzen Geschehnisse ernsthaft untersuchen will. Gerade die Einzelheiten dieses Streiks haben mich zu meiner Auffassung gebracht, daß durch die Beteiligung der Sozialdemokraten ein Teil der Schuld auch auf dieser Partei lastet.

Nun komme ich zu der Frage der Propaganda, die in Bayern getrieben wurde. Sowohl Herr Dr. Bergsträßer als auch, ich glaube, Herr Dr. Herz später, wendet sich gegen diese Ausführungen von mir. Ich habe gesagt, daß „wahrscheinlich" eine von der Entente unterstützte Propaganda in Bayern getrieben worden ist. Ich hätte mit demselben Recht sagen können: nicht wahrscheinlich, sondern nachweislich. Sie finden den Beleg dafür unter anderem in dem bekannten Buche: „A travers les lignes ennemies" von Hansi et Tonnelat, das Ihnen ja bekannt sein wird. Ich erinnere da an die Erwähnung des Aufrufs „Bayern! Landsleute!" Dann ist reproduziert das Titelblatt der Broschüre „Bayern und der Friede" von Heinrich Sieger. Ich erinnere ferner an das Blatt „An die Süddeutschen!" Das war die von der Entente unterstützte Propaganda.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich habe nie bestritten, daß außerhalb Bayerns, d. h. von den Gegnern, eine Propaganda nach Bayern hineingeworfen sei, wohl aber, daß sie in Bayern von Deutschen mit französischem Gelde gemacht worden sei, wie Ihre Worte zwangsläufig auszulegen sind. Das habe ich bestritten und bestreite ich heute noch. Das ist ein immenser Unterschied.

Abg. Graf *zu Eulenburg:*

Ich sagte Seite 301 (Bd. 4 dieser Reihe):

„Bekanntlich arbeitete in Bayern eine wahrscheinlich von der Entente unterstützte Propaganda, welche den Gegensatz zu Preußen zu verschärfen suchte."

Wenn eine Propaganda zugegeben wird, die vom Ausland her nach Bayern hineingetragen wird, so wirkt sich diese in Bayern aus; dazu ist sie bestimmt. Ich bestreite, daß zwischen meiner Behauptung und Ihrer Auffassung ein Gegensatz besteht. Es wird Ihnen bekannt sein, daß diese Broschüren in zahllosen Exemplaren nach Deutschland hineingeschmuggelt und dort weiter vertrieben worden sind. Diese Schriften entstanden in der Schweiz, darunter die „Freie Zeitung", die Artikel brachte, die den Partikularismus zu fördern bestimmt waren.

Herr Dr. Bergsträßer sagt weiter:

„Ich halte es auch für gänzlich unwahrscheinlich, daß eine solche Agitation vom Auslande aus bezahlt worden sei."

Es ist aber doch nachgewiesen, daß sie vom Auslande aus bezahlt worden ist. Und daß sich diese Propaganda in Bayern auswirkt, wenn sie unter den Bayern betrieben wurde, läßt sich doch nicht bestreiten.

Nun darf ich Ihnen über die Zusammenhänge dieser Propaganda einiges sagen. Da ist ein Buch erschienen „Dies Buch gehört dem Bundesrat", Verfasser Wernsdorf, das ist ein Pseudonym; tatsächlich ist der Verfasser ein Herr von der Schulenburg. Das berichtet über diese Propaganda. Der Verfasser gibt an, daß Frankreich die „Freie Zeitung" und die Propagandabroschüren von Siegfried Balder, Rösemeyer, Stilgebauer, Fernau usw. finanzierte. Sie, Herr Bergsträßer, legen Wert darauf, zu betonen, daß in Bayern selbst eine solche Zentrale nicht gewesen ist. Ich erkläre also hiermit: die Zentrale saß außerhalb, die Wirkung erfolgte innerhalb des Landes.

Diese Broschüren wurden im Auslande finanziert, ebenso auch der Transport nach Deutschland. Es waren Auflagen von erheblicher Anzahl. Dann wurde auch noch finanziert ein Verein Demokratischer Deutscher[1]), der den Vertrieb von Broschüren und Propagandamaterial nach Deutschland betrieb, z. B. einer Broschüre „Amerika und der Weltkrieg". Man vergleiche auch, was in dem bekannten Buch „Geheimnisse aus Crewehouse"[2]) steht, wie die Propaganda in Deutschland durch Deutsche betrieben wurde. Von der Unabhängigen Partei stand Minster in fremdem Dienst[3]).

Abg. *Dittmann:*

Minster war überhaupt nie Mitglied der Unabhängigen Partei während des Krieges, hat sie aufs schärfste bekämpft, hat mich persönlich und Haase aufs schärfste angegriffen.

Abg. Graf *zu Eulenburg:*

Mitarbeiter der „Freien Zeitung" waren Salomon Grumbach und Lewin-Dorsch. Die „Freie Zeitung" wurde nach Wernsdorf von Frankreich finanziert.

Dann hat Herr Bergsträßer hier bemängelt, daß ich das Wort „wohlweislich" gebraucht habe bei Erwähnung der Verbrennung der sogenannten Abwehrakten. Es ist mir wohl bekannt, daß gewisse Aktenstücke im amtlichen Auftrag verbrannt worden sind. Es ist aber, soweit ich orientiert bin, auch nachher noch manches verbrannt worden, und zwar von der anderen Seite, und darauf habe ich mich bezogen.

---

[1]) Von dem bekannten New Yorker Bankier Kahn.
[2]) Verfasser Campbell Stuart.
[3]) Ein Brief Haases wurde bei ihm bei seiner Verhaftung gefunden.

Abg. *Dittmann:*

Woher wissen Sie denn das? Wo haben Sie die Beweise her?

Abg. Graf *zu Eulenburg:*

Von Herrn General von Wrisberg. Nun hat Herr Bergsträßer weiter noch von dem Quellenwert von Briefen gesprochen. Ich habe Briefe nicht gebracht, während, glaube ich, Herr Bergsträßer solche als Quellen anführt. Meine Herren! Über Quellen haben Sie überhaupt sehr schnell Ihr Urteil fertig. Wenn eine Quelle gebracht wird, die Ihnen nicht in den Kram paßt, dann wird sie angegriffen. Wen jeder Abgeordnete in seinem Referate als Quelle anführt, ist seine Sache. Sie haben beispielsweise, Herr Dr. Bergsträßer, den Dichter und Unterrichtsoffizier Binding angeführt. Sie haben sehr lange Zitate von ihm gebracht. Wenn Sie das tun und ihn als einen „klassischen Zeugen" — den Ausdruck braucht Herr Dr. Herz — anführen, so ist das Ihre Sache. Wenn nun aber ich einen solchen „klassischen Zeugen" zitiert hätte, so würde mir wahrscheinlich von ihrer Seite zugerufen worden sein: Sie bringen da einen Dichter als Quelle, einen Aufklärungsoffizier; was weiß überhaupt so ein Mann vom realen Leben und den politischen Zusammenhängen! Ich glaube, man soll jeden die Quellen benutzen lassen, die er für richtig hält.

Nun bedauere ich es außerordentlich, daß Herr Dr. Herz nicht anwesend ist. Ich muß aber des Zusammenhanges wegen auf seine Ausführungen eingehen. Herr Dr. Herz wundert sich darüber, daß die Ausführungen, die Herr Generalmajor v. Wrisberg im „Offizierblatt" gemacht hat und die ich zitiert habe, nicht mit den Aussagen des Generals Groener im Dolchstoßprozesse übereinstimmen. Herr General Groener ist nach den Dingen nicht gefragt worden, und ob sie ihm überhaupt bekannt waren, kann ich natürlich nicht beurteilen. Hier handelt es sich nicht um Aussagen des Generals Groener, sondern um Aussagen des leider verstorbenen Generals v. Wrisberg.

Nun zur Rede Ledebours. Herr Dr. Herz erwähnt, am 2. November hätten sich Dittmann und Haase gegen das Losschlagen am 4. November erklärt. Das ist richtig. Aber warum? Weil sie die Entwickelung noch nicht für reif hielten, wie ich nachher im einzelnen nachweisen werde. Das Buch „Der Ledebour-Prozeß" ist wohl bekannt. Ferner verweise ich auf das Protokoll des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, nach welchem der Abgeordnete Dittmann seine und Haases Übereinstimmung mit den revolutionären Plänen Ledebours und Liebknechts meiner Ansicht nach ganz klar ausspricht und erklärt, daß nur *taktische Differenzen* zwischen den drei Gruppen bestanden haben.

Dann erwähnt Herr Dr. Herz, daß man in ernsthaften politischen Kreisen nie daran gezweifelt hätte, daß die Sozialdemokratische Partei die Kriegskredite bewilligen würde. Meine Herren, das ist eine Be-

hauptung, die meines Erachtens völlig unrichtig ist. Man soll nur einmal lesen, was Ströbel in seinem Buch „Die deutsche Revolution“ und „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ gerade über diesen Punkt sagt; dann wird man wohl zu einer anderen Auffassung kommen müssen.

Abg. *Dittmann:*

Das Buch hat ein Unabhängiger gegen die Mehrheitssozialisten geschrieben.

Abg. Graf *zu Eulenburg:*

Richtig. — Glauben Sie, daß ein Unabhängiger über die Verhältnisse bei der Sozialdemokratie[1]) nicht Bescheid wissen konnte?

Nun ist von Herrn Dr. Herz der Ausdruck gebraucht worden: „regelrechte Pazifisten“. Eine solche Formulierung „regelrechte Pazifisten“ erscheint mir etwas eigenartig; sie ist ein ebenso unklares Werturteil wie die Formulierung „klassische Zeugen“.

Nun komme ich zu der Frage der Spartakus-Briefe. Dazu hat Herr Dr. Herz ein Schreiben an den Ausschuß gerichtet. Dort liegt ein Irrtum des Herrn Dr. Herz vor. Tatsächlich existiert eine vollständige zweibändige Sammlung mit dem Titel „Spartakus-Briefe“, herausgegeben in Frankes-Verlag. Sie bringt zunächst die sogenannten „Informationen“ und dann die Zeitschrift, die später als erstes Buch unter dem Namen „Spartakus-Briefe“ herausgekommen ist. Der Irrtum des Herrn Dr. Herz erklärt sich wohl daraus, daß die Ausgabe aus Frankes-Verlag in der Reichstagsbibliothek fehlt. Dort ist nur die unvollständige vorhanden. Der Herausgeber des zweibändigen Werkes ist die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Im Vorwort findet sich dort folgender Satz:

> „So beginnen denn die, wie sie zuerst genannt wurden, ‚Zur Information‘ übermittelten Briefe folgerichtig nicht mit den politischen Briefen vom Januar 1916, sondern gehen in das Jahr 1914 zurück. Ebenso schließen die Neudrucke nicht mit der Mitte des September 1916, als die erste Nummer der Zeitschrift ‚Spartakus‘ erschien, sondern gehen wesentlich über diesen Zeitpunkt hinaus.“

Das wollte ich hier nur feststellen; und ich glaube, daß Herr Dr. Herz mit dieser Auskunft zufrieden sein wird.

Auf das, was Herr Dr. Herz über partikularistische Strömungen in Bayern sagt, bin ich bereits eingegangen.

Dann erwähnt Herr Dr. Herz die Abmachungen Haases mit Groener. Meiner Ansicht nach erklärt sich diese Abmachung daraus, daß die USPD eben erst gegründet war. Es mußte den Leitern der neuen Partei daran gelegen sein, sich erst organisatorisch zu festigen, ehe sie zu Taten übergingen, wie es nachher geschehen ist.

---

[1]) Des Jahres 1914. Ströbel war damals und bis 1916 politischer Redakteur des „Vorwärts“.

Nun erwähnt Herr Dr. Herz die Äußerungen von Ebert und anderen. Dazu möchte ich bemerken, daß die Haltung der Führer der SPD im Massenstreik 1918 zum mindesten sehr unklar war. Wie unter anderem das Zentrum und die dem Zentrum nahestehenden Herren des Volksvereinsverlags München-Gladbach kurz nach dem Streik die Haltung auffaßten und ihrer Meinung von der Mitschuld der Sozialdemokratischen Partei an der Ausbreitung des Massenstreiks Ausdruck gaben, geht aus der angezogenen Broschüre „Der erste politische Streik im Deutschen Reiche" klar hervor. Hier heißt es unter anderem:

„Scheidemann, Ebert und Braun konnten oder wollten gegen die unabhängigen Sozialdemokraten während des Streiks nicht aufkommen."

Dann weiter:

„Mit dieser einen Art von Revolutionsandrohung hat sich Scheidemann auch keineswegs begnügt. Sah sich doch die Zentrumsfraktion in ihrer Erklärung zum Streik veranlaßt, von der jüngsten Revolutionsandrohung Scheidemanns, die dem Massenstreik vorausgegangen war, gründlich abzurücken, indem sie erklärte: ‚Wenn Herr Scheidemann im Haushaltsausschuß mit dem Massenstreik drohte, so vertrat er nicht die Mehrheitsparteien; diese haben damit absolut nichts zu tun.' Das Zentrum ist der Überzeugung, daß es Pflicht der Mehrheitssozialisten gewesen wäre, der Bewegung entschieden entgegenzutreten, ‚weil in dieser Zeit jeder überflüssige Streik noch weit mehr zu verurteilen ist als in Friedenstagen'."

Ferner weiter unten:

„Wer bei diesen Tatsachen behauptet, daß die Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung an der Bewegung unschuldig ist, sagt nicht die Wahrheit."

Ich erinnere ferner nochmals an das Nürnberger Streikflugblatt vom 28. Januar 1918, das USPD, SPD und freie Gewerkschaften unterzeichneten, ferner an das Wort des früheren Reichskanzlers Hermann Müller, das er auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz nach dem offiziellen Bulletin sprach:

„Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Revolution früher hätten *machen* sollen. Eisner hat in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Januarstreiks hingewiesen, des größten politischen Massenstreiks, den wir je gesehen haben. Er mußte abgebrochen werden, weil die Situation *noch nicht reif* war."

Dann führt der Vorstandsbericht vom Weimarer SPD-Parteitag 1919 aus:

„Erst der Zutritt der Parteileitung, ihr offenes Bekenntnis zur Sache der Arbeiter, gab jener Bewegung, die unabwendbar geworden war, ihren Umfang und ihre Bedeutung."

Ein Bekenntnis des Parteivorstandes der SPD, gezeichnet von Otto Wels und den früheren sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsregierung, lautet:

„Wir haben die Revolution nicht *gemacht,* um uns wieder einem blutigen Landsknechtregiment zu unterwerfen."

Franz Krüger sagt in seinem „Leitfaden für Parteifunktionäre":

„Tatsächlich sind wir aber gerade *durch die Tätigkeit unserer Partei* schon vor dem 9. November *mitten in der Revolution* gewesen."

Nun hat Herr Dr. Herz gesagt, die Mitteilung, daß Unabhängige und Bolschewiki zusammengearbeitet hätten, um die Revolution damals herbeizuführen, wäre von Interesse. Es ist damals im Ausschusse meines Wissens auf gewisse Mitteilungen von Parvus Helphand hingewiesen worden. Gerade auf diese Zusammenhänge werde ich weiter unten zurückkommen. Er erwähnt ferner die Rede des Herrn v. Payer. Sie wird auch in der Broschüre des Zentrums „Der erste politische Massenstreik" besonders zitiert. Nun hat Herr Dr. Herz gesagt, es sei von rechts und links agitiert worden; das besage also nichts. Es kommt doch darauf an, wofür agitiert wird, ob man für eine Revolutionierung agitiert oder für nationalen Widerstand. Das ist ein sehr erheblicher Unterschied.

Auf die Frage, ob wir weiter kämpfen konnten, bin ich in meinem Bericht am Schlusse bereits eingegangen. Da stehen sich die Ansichten der militärischen Sachverständigen des Ausschusses und solcher, die nicht Militärs gewesen sind, gegenüber.

Der Abgeordnete Dittmann hat hier Ausführungen gemacht, auf die ich im einzelnen wegen des darin enthaltenen Tones nicht eingehen werde. Grundsätzlich möchte ich aber bemerken, daß meines Erachtens sehr viel mehr Gemeinsames zwischen den einzelnen Gruppen der USPD, Spartakus und den Linksradikalen vorhanden war, als hier im allgemeinen immer behauptet wird, und ich glaube, daß das auch gerade Herr Dittmann, der es ja bestreitet, auf dem Gothaer Parteitag 1917 bestätigt hat; denn er hat dort ausgeführt:

„Die Opposition vertritt die Grundsätze und Forderungen des Parteiprogramms, der Parteitage sowie der internationalen Kongresse. Diese Grundsätze und Forderungen verlassen zu haben ist der Hauptvorwurf, den die Minderheit der Mehrheit macht. Diese unterstützt die Kriegspolitik der Reichsregierung, die von der Opposition bekämpft wird, und die eine eigene proletarische Politik fordert, die zur Beendigung des Krieges und zur Herbeiführung des Friedens führen würde. Sie steht auf dem Boden der Stuttgarter Beschlüsse von 1907 und der Kopenhagener von 1910, die fordern, daß in einem Kriege alles zu tun sei für die Beendigung des Krieges und die Aufrüttelung der Massen, um die baldige Herbeiführung des Friedens vorzubereiten. Hierin sind sich *alle*

Gruppen der Opposition im Prinzip einig." . . . „Sowenig wir je wieder mit Scheidemann zusammenkommen können" — sie sind doch wieder zusammengekommen —, „so müssen wir doch alles daransetzen, die Massen für uns zu gewinnen und den Boden für den sozialistischen Klassenkampf vorzubereiten."

Dr. Herzfeld formulierte ebendort:

„Die Arbeiter sind der Meinung, daß wir einen gemeinsamen Boden finden müssen. Dieser Boden ist vorhanden. Es ist der Boden des Klassenkampfes." . . . „Die Arbeiter und die Arbeitsgemeinschaft wollen dieselbe Aktion wie die Gruppe der Internationalen."

Frau Klara Zetkin, die bis zum Tode von Rosa Luxemburg der USPD angehörte, begrüßte den Kongreß mit folgenden Sätzen:

„Die einige, geschlossene Sozialdemokratie der Zukunft wird in Bekenntnis und Tat revolutionär sein." . . . „Sorgt dafür, daß die großen kommenden Stunden ein großes Geschlecht finden, Massen, die aktiv voranstürmen, und Führer, die mit ihnen sind."

Ledebour sagte:

„Wie wir den Kampf zu führen haben, auch darüber sind wir im Prinzip einig. Wir alle wissen, daß der Kampf zu führen ist durch Massenaktionen und durch die sogenannte parlamentarische Vertretung." . . . „Der endgültige Sieg liegt in der Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung."

Vogtherr bezeugte die Einigkeit mit Spartakus, indem er sagte:

„Drei praktische Vorschläge hat Heckert in seinem Referat gemacht." . . . „Er fordert erstens Bekämpfung des Imperialismus, zweitens unbedingtes Zerschneiden des Tischtuches zwischen uns und der Mehrheit, drittens Massenaktionen. Zur ersten Forderung ist alles dazu Notwendige grundsätzlich von der linken Presse gesagt worden. Zur zweiten: Das Tischtuch ist zerschnitten, wie es mehr nicht möglich ist. Zur dritten: Bei Massenaktionen werden sie uns jederzeit an ihrer Seite finden, wenn die Zeit dazu da ist."

Fleißner erklärte:

„Zimmerwald und Kienthal wollten Möglichkeiten schaffen, daß die Internationale wieder eingreifen könne in die Weltgeschehnisse." . . . „Erst die Zukunft wird den vollen Wert zeigen."

Frau Zietz sagte über die gemeinsamen Ziele:

„Man soll bedenken, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland zweieinhalb Jahre hingegangen sind, bevor es zur Revolution kam. Ich hoffe, daß Deutschland die große Entwickelung nehmen wird. Dann muß die Leitung der Bewegung in den Händen des sozialistisch organisierten Proletariats ruhen."

Eisner erklärte:

„Was wir brauchen, ist keine Revolution, die nur aus dem Magen heraus kommt. Massenaktionen ohne Massen sind ein Un-

ding. Die Massen müssen erzogen werden, nicht bloß um der Magenfrage willen, sondern auch aus politischen Gründen . . . auf den Plan zu treten."

Halbe (Hamburg) von den Linksradikalen erklärte, der gemeinsamen Organisation zwischen USPD und Spartakus für seine Gruppe zwar nicht zustimmen zu können:

„Die Hamburger und Bremer erklären aber, daß sie alle Aktionen der neuen Partei, die geeignet sind, die Massen aufzurütteln, mit allen Kräften unterstützen werden."

Kautsky freute sich dieser überall zwischen USPD, Spartakus und den Linksradikalen in den großen Dingen hervorgetretenen Übereinstimmung mit den Worten:

„Die Situation ist zu großen Dingen reif." . . . „Wir werden den Frieden nicht erlangen ohne gewaltsame soziale und politische Konfusionen. Diese können zu unserer vorübergehenden Niederwerfung führen. Sie können uns aber auch mit einem Schlage zur höchsten Höhe erheben, bis zur Diktatur des Proletariats."

Zum Verständnis der Zusammenhänge ist es notwendig, etwas näher auf die *Zimmerwalder Bewegung* und ähnliche Bestrebungen einzugehen. Nur dann kann man die Haltung, die die USPD eingenommen hat, ganz verstehen.

„Für die oppositionellen Sozialdemokraten Deutschlands ist die Verständigung über den Frieden mit den Sozialdemokraten der anderen Nationen keine unüberwindliche Schwierigkeit. Das bezeugen die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, auf denen Vertreter der deutschen Opposition mit französischen und russischen Sozialdemokraten zusammengewirkt haben." . . . „Der nationalen Solidarität der Klassen setzen wir entgegen die internationale Solidarität des Proletariats, den internationalen Kampf der Arbeiterklasse. In diesem Sinne haben wir den Kampf weiter zu führen."

So lauten einige Sätze aus dem Schlusse des Manifestes, das in Gotha April 1917 der Gründungsparteitag der USPD annahm. Aus ihnen ersieht man, daß die neue Partei schon vor ihrer Gründung innerhalb der alten SPD ein Sonderdasein führte. Ungefähr ein Jahr früher hatte sich eine Führerschar der Opposition in der Reichstagsfraktion in der „Arbeitsgemeinschaft" eine Zentrale gegeben, um die sich die Masse der mit der Politik der alten Partei Unzufriedenen nach und nach zu scharen begann. Schon vor dem April 1917 hatten sich örtlich oder regional Sondergruppen gebildet, die gewöhnlich einzelnen Personen aus den Reihen der Opposition Gefolgschaft bis zum offiziellen Zusammenschluß der neuen Organisation geleistet hatten. Gemäß der verschiedenen taktischen Einstellung solcher Einzelführer war die Einstellung dieser größeren oder kleineren Einzelgruppen verschieden. In einzelnen Fällen waren sogar schon neue Führer aufgetreten und hatten, ohne Parlamentarier zu sein, Anhang gefunden.

So hatten nicht alle Gruppen ihre Führerschaft in der Reichshauptstadt, aber doch wohl die meisten.

Ich will hier noch einmal die einzelnen Gruppen erwähnen, die nach meinen Untersuchungen vorhanden gewesen sind. Herr Sachverständiger Volkmann ist, glaube ich, in seiner ausführlichen Ausarbeitung, beziehungsweise in den Werken, die er geschrieben hat, darauf auch näher eingegangen. In Berlin unterschied man die Gruppe Haase, die man wohl als rechte Oppositionsgruppe bezeichnen kann; dann die Gruppe Ledebour weiter links davon; dann die Gruppe Liebknecht oder Spartakus-Gruppe; dann die Gruppe um Julian Borchardt, die sogenannte Lichtstrahlengruppe. Dann könnte man hier noch erwähnen: die revolutionären Obleute. In Bremen und Hamburg finden wir die Gruppe der Linksradikalen, Anhänger von kleineren Parteigrößen, die sich um Radek scharten, ihn jedenfalls als ihren geistigen Führer anerkannten. Dieser Gruppe stand die Lichtstrahlengruppe in Berlin wohl am nächsten. In Ostsachsen gab es die Rühle-Gruppe, die besonders in Pirna und im Plauenschen Grunde ihre Stützpunkte hatte. Die oppositionellen Gruppen anderer Städte gruppierten sich mehr um lokale Führer einer oder der anderen Gruppe. Besonders radikal waren wohl Braunschweig und Stuttgart, wo die radikale Jugend sehr stark auftrat. Auch am Niederrhein war der Liebknechtsche Radikalismus stärker vertreten. Leipzig und Ostsachsen, Erfurt, Halle und die großthüringischen Gebiete neigten mehr zur rechten als zur linken USPD. In Bayern, besonders in München mit seinem neuen Zuzug von Industrieproletariat durch die neuerstandene Kriegsindustrie, fand die USPD-Opposition Anhänger. Dresden, Königsberg, dann Elberfeld, Bochum, Solingen und andere rheinisch-westfälische Orte und namentlich Hafenstädte wie Kiel und Wilhelmshaven hatten viele Unabhängige. Hieraus ergibt sich schon, daß die Gegenden mit starkem Industrieproletariat besonders stark mit sozialdemokratischen Opponenten versehen waren, und daß hier der Boden für Massenaktionen organisatorisch besonders bearbeitet werden konnte.

Zu politischen Streiks war es schon vor 1917 gekommen. Liebknechts Auftreten und später seine Verhaftung und Verurteilung gab die mehr oder weniger äußere Veranlassung. Maifeier, Sparzwang der Jugend und Lebensmittelmangel wurden zu rein politischem Auftreten geschickt ausgenutzt. In Berlin ließ sich die Gruppe der „revolutionären Obleute", die sich seit 1917 der engeren USPD, zum Teil der innerhalb dieser bestehenden Spartakusgruppe, angeschlossen hatte, besonders die Massenstreikpropaganda schon von früh an angelegen sein. Sie glaubte, damit *die* neue Form des revolutionären Kampfes gefunden zu haben. Ledebour stimmte darin besonders mit ihr überein, während die Haase-Gruppe diesen Ideen, den Krieg zu beenden, etwas zögernd folgte. Als die Haase-Gruppe aber den Gedanken aufgenommen hatte — und dies war bei dem großen Zu-

sammenschlusse in Gotha 1917 der Fall —, war sie beflissen, in der gesamten USPD der Massenstreikpropaganda Eingang zu verschaffen, dies jedoch nicht in der ziemlich offenen Form, wie Ledebour und Genossen sie bisher betrieben hatten, sondern mehr von Mund zu Mund als durch Literatur. Mit Literatur, d. h. mit Flugblättern und Broschüren, arbeitete man in der engeren USPD viel weniger, als die Radekschen Linksradikalen und die Liebknecht-Gruppe es taten. Die Taktik des Massenstreiks wurde von der letzteren Gruppe übrigens ebenfalls akzeptiert, wenn auch Liebknecht und seinen Anhängern die dramatische Form der großen Demonstration gefühlsmäßig und nach dem russischen Vorbilde näher lag. Das war also das, was man auf dem Parteitage in Gotha mit „Aktionen" bezeichnete. Dieser Ausdruck kehrt immer wieder. Die Frage des revolutionären Massenstreiks war schon im Anfang dieses Jahrhunderts in den verschiedensten Ländern angeschnitten, auch in Deutschland diskutiert, aber von der Mehrheit der Sozialdemokratie abgelehnt worden. Nur wenige Radikale glaubten damals an die siegreiche Kraft dieses Kampfmittels, das 1905 in der russischen Revolution immerhin Teilerfolge erzielt, in Belgien dagegen versagt hatte. Auch der Internationale Kongreß 1907 in Stuttgart vermied es, seine Anwendung im Kriegsfalle zur Erzwingung des Friedens den der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien anzuempfehlen. Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg und der Franzose Hervé waren seine eifrigsten Verfechter gewesen.

Die Zweite Internationale war im Kriege zusammengebrochen. Mit ihrem ideologischen Erbe zu wuchern, versuchte eine neu im Kriege selbst 1915 gegründete internationale Organisation in *Zimmerwald*. Angeschlossen waren ihr oppositionelle Parteien und Gruppen aller möglichen Länder, besonders solche aus den kriegführenden Ländern die mit den die Regierungen ihres Landes unterstützenden bisherigen Gesinnungsgenossen dieserhalb in Konflikt gekommen waren. „Was die Zimmerwalder kennzeichnet, war, daß sie auch während des Krieges den Klassenkampf nicht aufgaben und im internationalen revolutionären Klassenkampf das einzige Mittel gegen den Krieg sahen." So äußert sich die Geschichtsschreiberin und frühere Sekretärin dieser Kriegsinternationale, Frau Angelika Balabanoff. Zwei große Arbeiten von ihr sind es, die sich beide in der Hauptsache mit dem gleichen Thema beschäftigen und deren Eröffnungen man folgen muß, wenn man erkennen will, wie USPD, Spartakus-Bund, Linksradikale und revolutionäre Jugend mit Unterstützung und zielbewußtem Vorgehen des Auslandes in Deutschland auf revolutionärem Wege den Krieg zu beenden unternahmen.

(Abg. *Dittmann:* Welches Auslands?)

Das kommt noch im einzelnen. Es ist eine so verzweigte Organisation gewesen, daß es sehr interessant ist, gerade diesen Dingen nachzu-

gehen. Meines Erachtens würde sich der Ausschuß einer groben Unterlassungssünde schuldig machen, wenn er gerade diese sehr bedauerlichen, aber doch sehr interessanten Dinge nicht untersuchen wollte.

Frau Balabanoff ist eine alte Sozialdemokratin, die lange Jahre in der schweizerischen und italienischen Bewegung tätig war. Das „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", das von dem früher an der Universität Wien, jetzt an der Universität Frankfurt dozierenden Professor Karl Grünberg, meines Wissens ebenfalls einem Sozialisten, herausgegeben wird, veröffentlicht die große Dokumentensammlung unter dem Titel „Die Zimmerwalder Bewegung 1914 bis 1919". Der Berliner Verlag E. Laub veröffentlicht das zweite aufschlußreiche Werk „Erinnerungen und Erlebnisse von Angelika Balabanoff". Nach den historischen Darstellungen der Autorin traten schon am 11. Juli 1915 in Bern neben Vertretern aus zehn anderen Staaten auch Delegierte der deutschen Opposition, die späteren Unabhängigen Adolf Hoffmann und Ledebour, hier auf, und es ist bezeichnend, daß gerade sie gemeinsam mit zwei französischen Syndikalisten ein Manifest erließen, in dem zu lesen war: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg." Die deutsche Opposition verbreitete bald das Manifest als Flugblatt. Bei dem darauf folgenden Kongresse im September 1915 zu Zimmerwald waren Adolf Hoffmann und Ledebour als Delegiertenvertreter der deutschen Opposition anwesend und begründeten die Internationale Sozialistische Kommission in Bern (die ISK.) in Gemeinschaft mit Spartakus, den russischen Bolschewiki, rumänischen, bulgarischen, skandinavischen und schweizerischen Radikalen. Das dabei erlassene und von Ledebour und Adolf Hoffmann mitunterzeichnete Manifest, das als Flugblatt unter dem Titel „Proletarier Europas" eifrige Verbreitung fand, bringt den Auftakt zu den späteren revolutionären Aktionen, die 1917 und 1918 die verschiedensten Staaten bedrohten.

An die Spitze der Berner Internationalen Sozialistischen Kommission wurde der Schweizer Nationalrat Grimm, der französische Schweizer Charles Naine, der Italiener Morgari und eben Frau Balabanoff gestellt. Diese war geborene Russin, hat aber sehr lange in Italien gelebt. Frau Balabanoff erzählt, daß Grimm frankophil eingestellt war, wie es — so sagt sie — „bei vielen Deutschen und vom deutschen Sozialismus beeinflußten ehrlichen Sozialisten der Fall war". Sie berichtet weiter: „Aus Zimmerwald gingen die Delegierten in einer ganz anderen Stimmung, wie sie gekommen, nach Hause. Was als unmöglich hingestellt worden war, was wir monatelang vergeblich hatten zustande bringen wollen, war erreicht. In einigen Tagen würde die Arbeiterschaft der Welt erfahren, daß leitende Revolutionäre aller Welt sich zum Kampf gegen den Krieg geeinigt hätten." Wir lesen dann weiter:

„Nach der Veröffentlichung des Manifestes und der offiziellen Ernennung der Zimmerwalder Kommission begann unsere eigentliche Tätigkeit gegen den Krieg. Alle internationalistisch gesinnten Sozialisten, denen es irgendwie gelang, ins Ausland zu kommen, besuchten Bern, um Rücksprache mit uns zu halten. . . . Mit den uns bereits angehörenden Organisationen und Gruppen unterhielt die Kommission einen viel regeren Verkehr, als man es sich in Anbetracht der damaligen Zensurverhältnisse hätte vorstellen können." . . . — Ich zitiere immer nur die Sätze, die hier in Frage kommen —: „Endlich bekam man einen Einblick in die ‚authentischen' Verhältnisse." ... „Von den Franzosen sahen wir Cachin." ... „Er war ein eifriger Verfechter der Entente-Durchhaltepolitik und war mit dem glühenden elsässischen Patrioten Grumbach eng verbunden. Aus diesen mündlichen Berichten entnahmen wir manche Notiz für unsere Bulletins und ergänzten damit die Berichte, die uns aus den verschiedenen Ländern zugesandt wurden."

Die Zimmerwalder Kommission und vor allem Robert Grimm (der Frankophile) arbeiteten rastlos.

In wenigen Monaten wuchs die Bewegung. Vom 24. bis 30. April 1916 konnte die zweite Konferenz in Kienthal stattfinden. Ein Rundschreiben aus der Kommission und Leitsätze von Zimmerwald aus Frankreich, Holland und Deutschland wurden vorher, am 29. Februar 1916, mit den Bulletins in alle Lande gesandt. Die Kienthaler Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Beratungspunkten: Berichte der ISK. und der Delegierten. Es wurden also hier internationale Informationen über die revolutionäre Bewegung der einzelnen Länder, aus denen etwa 30 Organisationen vertreten waren, gegeben. Friedlich tagte hier zusammen die deutsche Opposition in der Organisation, also Haase-Ledebour-Anhänger, Spartakus, Internationale und „lokale Organisationen einer deutschen Stadt", — gemeint sind wohl die Bremer Linksradikalen. — Hoffmann und Fleisner waren aus Deutschland unter anderem da; — beide waren Unabhängige. — Es tagten hier die russischen Bolschewiken, Menschewiken, Sozialrevolutionäre. Es wurden in Kienthal ungefähr die gleichen Fragen behandelt, die später in Gotha 1917 auf dem Gründungsparteitag der USPD eine Rolle spielten: 1. Kampf für die Beendigung des Krieges, 2. die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen, 3. Agitation und Propaganda a) parlamentarische Aktionen, b) Massenaktionen.

Wir erfahren gleich, was das Wort „Aktion" bedeutete. Die Resolution, die über den Krieg beschlossen wurde, sagt nämlich unter anderem:

„Die Konferenz ist der tiefen Überzeugung, daß die Internationale nur in dem Maße als wirkliche politische Macht aus dem Zusammenbruch neu erstehen wird, als das Proletariat sich von

imperialistischen und chauvinistischen Einflüssen freimachen und den Weg des Klassenkampfes und der Aktion der Massen wieder betreten wird."

Ein großes Manifest wurde auch wieder beschlossen. Es ist in Deutschland, auf Auslandspapier gedruckt, seinerzeit verbreitet worden. Frau Balabanoff berichtet:

„Nach der Kienthaler Konferenz . . . entwickelte unsere Internationale Sozialistische Kommission eine noch viel regere Tätigkeit. . . . Ich persönlich habe gerade in jener Zeit außerordentlich interessantes, psychologisches Material gesammelt. . . . Ein jeder sah die Lage, wie er sie sehen wollte. . . . Die Deutschen, die vom Haß gegen die Regierung und die Partei . . . erfüllt waren, sahen alles, was sich auf Deutschland und seine Aussichten bezog, in äußerst *düsterem* Lichte. Die Franzosen wiederum bestritten, daß es den Deutschen schlecht gehe."

Es ist ganz interessant, daß die Unabhängigen die Lage Deutschlands in düsterem Lichte gesehen haben; denn hier im Ausschuß ist einmal gesagt worden, daß sie einen sonderbaren Optimismus an den Tag gelegt hätten. Das scheint also nicht der Fall gewesen zu sein.

„Der Ausbruch der Februar-Revolution gab unseren Gedanken und Handlungen selbstverständlich eine ganz neue Richtung. . . . Was ist zu unternehmen, um den Funken, der in Rußland aufsprühte, auf ganz Europa zu übertragen? In einer außerordentlichen Sitzung . . . wurde ein Manifest erlassen, dessen Leitmotiv in prägnanter Weise zusammengefaßt wurde in die Worte: *„Entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution."*

Dieser Satz erscheint immer wieder. „Diese Worte enthielten ein Urteil, eine Prognose und einen Aufruf zur Tat. Die Internationale Sozialistische Kommission sollte, um die Parole durch die Tat . . . zu unterstützen, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit nach dem Norden übertragen, näher dem Herd der Revolution. Die *revolutionäre Friedensaktion sollte sich* vor allem in Rußland und *Deutschland auswirken.* Dort sollten die Geschicke des Friedens und der Revolution entschieden werden."

Im „Archiv" berichtet Frau Balabanoff außerdem, daß man sich nach Ausbruch der Revolution in Rußland sofort an das Weltproletariat mit der Aufforderung zur tatkräftigen Unterstützung der russischen Revolution wendete. Nur so könne der Friede herbeigeführt werden; denn „entweder töte die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution".

Die USPD ist mit der Einstellung der Zimmerwalder Kommission allem Anschein nach einverstanden gewesen. Andernfalls hätte sich die USPD nicht auch wie die ihr vorangehende Gruppe den Zimmerwaldern angeschlossen, auch nicht Delegierte den ganzen Sommer

hindurch bis in den Herbst hinein nach Stockholm, dem neuen Sitz der Zimmerwalder Kommission, gesandt.

Die Unabhängige Partei beteiligte sich also an einem internationalen Plan, Deutschland zu revolutionieren. Die Niederlage Deutschlands sollte durch revolutionären Massenstreik, der die Produktion von Kriegsmaterial und das Transportwesen lähmen sollte, erreicht werden. Solche Gedanken vertraten Mitglieder der Opposition schon längere Zeit. Man war sich nur nicht einig über die Taktik. Daß Spartakus und Linksradikale mehr für Massendemonstrationen und folgende Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht waren, ist bekannt. Wie die Auffassung bei der „Opposition in der Organisation", den späteren Unabhängigen, im Jahre 1918 war, erzählt Ledebour in seinem „Prozeß" folgendermaßen:

„Mir selbst und einer Anzahl Freunde war es seit 5 Jahren im Verlauf des Weltkrieges klar geworden, daß Deutschland zu einer Revolution kommen müßte, da es durch seine frühere Regierung in ein furchtbares Unheil gebracht worden war, aus dem es nur *eine* Rettung geben konnte, eine Rettung durch die Umgestaltung unserer gesamten staatlichen Verhältnisse im Sinne des *revolutionären Sozialismus*." . . . „Die ersten Zuckungen der revolutionären Bewegung gehen zurück auf das Jahr 1916, zur Zeit, als die Streiks der Metallarbeiterschaft ausgebrochen waren." ... „Die damalige Regierung lehnte es ab, mit den Arbeitervertretern zu verhandeln." . . . „Sie erweckte in der Arbeiterschaft" . . . „die feste Überzeugung: wir müssen uns gefaßt machen auf die Revolution, wir müssen uns darauf vorbereiten. Diese Arbeiterschaft kam so zu dem Beschluß, gewissermaßen einen *vorbereitenden Revolutionsausschuß* zu bilden. Ich habe dann auch innerhalb meiner Fraktion versucht, die Fraktion *als solche* für diese revolutionären Bestrebungen zu gewinnen. Ich stieß hier jedoch auf Widerstand, da sich wegen der *taktischen Ausführung* starke Bedenken erhoben." . . . „Tatkräftige Unterstützung fand ich *zunächst* nur bei wenigen Fraktionsgenossen, besonders bei meinen Freunden Herzfeld und Henke (Bremen). Karl Liebknecht . . . saß . . . im Zuchthause."

Aus den Ledebourschen Äußerungen wie auch aus anderen Quellen geht hervor, daß die verschiedenen Massenstreikaktionen politisch-revolutionären Charakter trugen.

Des weiteren erfährt man aus den Mitteilungen, die in gleicher Form Ledebour auf dem Kongresse der Arbeiter- und Soldatenräte 1918 machte, daß man bei der Opposition, resp. der USPD, mit den Vorbereitungen zur Revolution einverstanden war. Nur wollte sich die Fraktion und später die Leitung der USPD *als solche* nicht öffentlich festlegen, nicht kompromittieren. Wir werden sehen, wie dies

überall zum Ausdruck kommt: Revolution und revolutionäre Vorbereitungen: ja! aber nicht im Rahmen der Partei resp. Gruppe!

Betrachten wir nun weiter, wie sich diese Dinge in Deutschland unter Mitwirkung der USPD und ebenfalls unter ihrer und der Bolschewiki Mitwirkung in Stockholm durch das Zimmerwalder Komitee entwickelten. Ernst Lorenz[1]) berichtet in seiner Schrift „Fünf Jahre Dresdener USPD" über die Flugblattpropaganda während des Krieges:

„Es war ein gefährliches Unterfangen, während der Kriegszeit und besonders in den ersten Jahren des Krieges dem Ungeheuer Militarismus durch Druck und Verbreitung von Flugschriften zu Leibe zu gehen. Trotzdem ist gerade bei uns in Dresden in bezug auf Produktion und Verbreitung von Antikriegsdrucksachen Hervorragendes geleistet worden." . . .

„Nicht nur bezog sich diese Anspannung an die Verhältnisse auf die Verbreitung revolutionärer Propagandaschriften in und um Dresden, sondern auch auf die Massenherstellung dieser . . . geistigen Kost." . . . „In Hunderttausenden von Exemplaren haben diese mahnenden, anklagenden und anfeuernden Flugblätter im schützenden Dunkel der Nacht die Druckpresse verlassen, um dann in Kisten, die ‚Maschinenteile', oder in Reisekörben, die ‚Wäsche' enthielten, oder unter irgendeiner anderen möglichen oder unmöglichen Deklaration ihren Weg in alle deutschen Städte zu nehmen." (Ich verweise auch auf den Prozeß Blumetritt, in dem ähnliches zur Sprache gekommen ist.) . . .

„Während die schon im Januar 1915 von uns herausgegebenen Flugschriften in Blockform ‚Die Mehrheit sagt — die Minderheit sagt' über unsere grundsätzliche Stellungnahme . . . Klarheit schafften . . . machten wir den ersten Vorstoß mit öffentlicher Antikriegspropaganda am 1. Mai 1915." . . . „Die Propaganda des gedruckten Wortes ging dann weiter und steigerte sich in den folgenden Jahren fortgesetzt. Kein Monat, ja fast keine Woche verging, wo nicht wieder neues Material produziert . . . wurde." . . . „Bekanntlich war am 1. Mai 1916 Liebknecht in Berlin verhaftet worden." . . . „Die Erbitterung darüber . . . war auch in unseren Kreisen eine große und fand in einem mit ‚Hundepolitik' überschriebenen Flugblatt ihren Ausdruck, das in Dresden entstand und im ganzen Reich verbreitet wurde." . . . „Es ist natürlich nicht möglich, . . . nur einen wesentlichen Teil der während der Kriegszeit in Dresden produzierten oder verteilten Propagandaschriften zu erwähnen." . . . „Es sei nur noch ein Flugblatt erwähnt, das in seiner Überschrift in großen Buchstaben das Gespenst andeutete, das im Herbst 1916 das arbeitende Volk ganz bedrohlich heimsuchte: ‚Hunger'."

[1]) Ernst Lorenz, im Kriege Expedient der „Unabhängigen Volkszeitung" für Dresden und Umgegend.

Es ist bekannt, daß dieses Flugblatt unter mindestens drei verschiedenen fingierten Druckfirmen und in verschiedener technischer Ausführung, außerdem aber in mindestens zwei Herstellungsarten vom Ausland her in Deutschland und an der Front Massenverbreitung fand.

Lorenz berichtet weiter:

„Neben der USPD . . . war auch die internationale Jugendorganisation entstanden." . . . *„Die USPD konnte als Partei natürlich die Sache nicht offiziell mitmachen,* wenn sie nicht der Auflösung und damit der Lahmlegung ihrer Kräfte anheimfallen wollte."

Das ist der springende Punkt!

„Doch eine ganze Anzahl der USPD-Genossen arbeitete auch hier in Gemeinschaft mit der Jugend."

Also auch Lorenz bestätigt die revolutionäre Tätigkeit der USPD und ihre Scheu, als Körperschaft offiziell für diese Tätigkeit mit ihrem Namen einzutreten.

(Abg. *Dittmann:* Was ist das für ein Lorenz?)

— Kennen Sie ihn nicht? — Das ist sonderbar.

Wie bekannt, folgen im April 1917 die Streiks in Berlin und Leipzig, die Matrosenmeuterei, das Bekanntwerden der Zahlen der USPD-Organisation in der Flotte, im Juli der Streik in Stettin und die beginnende Tätigkeit der Einschmuggelung von Flugblättern aus dem Auslande: „Hunger!" — „Republik bedeutet Frieden und Freiheit", aus der Offizin der „Freien Zeitung" in Bern, „Volk, nimm dir selbst den Frieden", Flugblatt der Internationalen Jugendorganisation, Demonstrationsstreik Mitte August, Streikpropaganda im ganzen Reich, besonders der Streik in Braunschweig. Auch an der Front wurde die Streikpropaganda durch Fliegerabwürfe geführt.

Das alles beweist, daß der Beschluß des Zimmerwalder Komitees, die Revolutionspropaganda in Erregung von Streiks *besonders in Deutschland zu betreiben, nicht nur von der USPD allein in* Deutschland betrieben wurde, sondern daß die Bewegung auch dem Auslande (u. a. durch Salomon Grumbach und die „Freie Zeitung") und den Regierungen der Entente bekannt sein mußte, und daß diese alle Einzelheiten im Sommer 1917 auszuwerten begannen.

Der Satz, den Frau Balabanoff als von der Zimmerwalder Internationale aufgestellt angibt: „Entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution" wird von der russischen Delegation der A.- und S.-Räte auf der Pariser Tagung der Ententesozialisten Ende Juli 1917 wörtlich ausgesprochen. Das beweist, daß die Russen ihre Ententefreunde über Zimmerwald und seine Absichten, Deutschland zu revolutionieren, informiert haben, soweit sie noch nicht informiert waren.

Die Auffasssung, daß die Streikpropaganda in Deutschland vom Ausland her unterstützt wurde, sprachen Mitte August schon die „Berliner Politischen Nachrichten“ aus. „Die Streikpropaganda soll von der Entente angestiftet sein, und die Unabhängige Sozialdemokratie wird unverblümt als Werkzeug und ausführendes Organ der Entente bezeichnet.“

(Abg. *Dittmann:* Von wem?)

So schreibt am 19. August 1917 die Internationale Korrespondenz.

(Abg. *Dittmann:* Welche Korrespondenz?)

Die des Sozialdemokraten Heilmann. Dieselbe Korrespondenz teilte am 1. August mit, daß die Enthüllungskampagne der Entente bezüglich des sagenhaften Potsdamer Kronrates auf Mitteilungen zurückzuführen sei, die der Unabhängige Oskar Cohn an Branting gemacht habe. Im Sommer 1917 wechselten überhaupt die Unabhängigen zwischen Berlin und Stockholm ständig hin und her. Man gab vor, die Reise im Interesse der großen geplanten Sozialistenkonferenz zu unternehmen, während die Unabhängigen in der Tat die allgemeine Konferenz zu sabotieren bestrebt waren. Was die Unabhängigen in Stockholm um so eifriger unternahmen, war, für die Zimmerwalder Konferenz gemeinsam mit den schwedischen Radikalen und russischen Bolschewisten zu wirken. Die Mitteilungen, die Frau Balabanoff macht, legen Zeugnis davon ab. Das Zimmerwalder Komitee hatte sich inzwischen mit neuen Leuten aus Schweden nach dem Austritt Grimms aus dem Komitee ergänzt, während Frau Balabanoff, die übrigens damals keiner Fraktion der russischen Sozialdemokratie angehörte, also nicht etwa Bolschewistin war, Sekretärin blieb. Die verstärkte Tätigkeit, die das Zimmerwalder Komitee in Stockholm entwickelte, kam schon dadurch zum Ausdruck, daß anstatt des „Bulletins“ ein erweitertes „Nachrichtenblatt“ vom 6. Mai an herausgebracht wurde. Es wurde an die verschiedensten Stellen übermittelt. Ich zähle sie hier auf, da es interessant ist, zu erfahren, wie weit verbreitet diese Organisation war und wo diese Fäden überall hingingen. 1. Arbeiterpartei Rußlands; 2. Sozialrevolutionäre; 3. Jüdischer Arbeiterbund in Polen; 4. USP in Deutschland; 5. Vertreter einer französischen Minderheit; 6. SP Italien; 7. SDP Polen; 8. PSP Polen; 9. SP Bulgarien; 10. SD Rumänien; 11. SDP Schweiz; 12. Unabhängige Arbeiterpartei Englands; 13. Britische Sozialistenpartei; 14. Linke Sozialdemokratie Schweden; 15. Jugend Schweden; 16. Jugend Norwegen; 17. Jugend Dänemark; 18. SDP Norwegen; 19. SDP Serbien.

Konferenzen von Vertretern der Zimmerwalder Richtung fanden am 6. Mai statt. Vertreter von Zimmerwald machten Reisen nach Rußland und verhandelten dort mit den verschiedenen sozialistischen Parteien und Diplomaten. Darauf wurden Einladungen an alle angeschlossenen Gruppen und Parteien gesandt, die besagten, daß der

Zimmerwalder Kongreß drei Tage vor der großen Stockholmer Konferenz der Sozialisten zusammentreten sollte. Am 3. Juli waren Kautsky, Haase, Oskar Cohn und Frau Zietz zu Besprechungen anwesend. Am 11. Juli wurde ein großer Aufruf veröffentlicht, der das alte „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und die Einladung zur allgemeinen Konferenz nach Stockholm enthielt. Diese war auf den 15. Juli festgesetzt. Daher spielt dieses Datum bei den in Deutschland unter der Zivilbevölkerung und den Marinemannschaften verbreiteten Massenstreikflugblättern eine besondere Rolle. Mitte Juli veröffentlichten die Zimmerwalder einen Aufruf, der sich gegen die Allgemeine Sozialistenkonferenz in Stockholm wandte, außerdem aber noch alle möglichen Nachrichten über die Streiks in Deutschland enthielt, unter anderem folgenden Satz:

„Ohne Revolution in allen Ländern wird der Friede nur einen Waffenstillstand bedeuten. Es ist so, wie das illegale Organ der deutschen revolutionären Internationalisten . . . in seiner Aprilnummer geschrieben hat: . . . Entweder machen die Regierungen Frieden, . . . oder ihr rafft euch zu revolutionären Massenerhebungen auf.“

Ein anderer Abschnitt enthält die Sätze:

„Treu den Grundsätzen, die wir während der ganzen Kriegszeit vertreten haben, wenden wir uns jetzt an alle revolutionären sozialdemokratischen Organisationen“ . . . „mit der Aufforderung: Enthüllt den Arbeitern den Lug und Trug der sozialpatriotischen Konferenz in Stockholm! Sagt den Arbeitern, daß nicht durch Verhandlungen, . . . sondern nur durch die proletarische Revolution ein den Interessen des Proletariats entsprechender Friede zustande kommen wird.“

Das war der Geist von Zimmerwald, und nordische Zeitungen druckten den Aufruf ab, was mit Behagen von der Entente verzeichnet wurde; denn deren Regierungen wußten, daß sich die Tätigkeit von Zimmerwald ganz besonders *gegen Deutschland* wandte. War dieser Aufruf nur von einzelnen Parteien der Zimmerwalder ergangen, so erließ das Internationale Sozialistische Komitee in Stockholm eine Einladung für den 10. August zur Konferenz, verschob diese aber wieder und richtete am 12. August ein Schreiben an seine Mitglieder, das über die sich hinschleppenden Vorverhandlungen zur Allgemeinen Sozialistenkonferenz berichtete. Ein Aufruf schloß sich daran an, der folgendermaßen begann:

„Die Revolution lebt. Sie lebt trotz alledem, was von ihrem vermeintlichen Tode in allen Landessprachen gesagt und geschrieben wird.“ . . . „So schrieb das ISK. beim Ausbruch der russischen Revolution.“ . . . „Es wies auch auf die Gefahren hin, die die Errungenschaften des russischen Volkes bedrohen.“ . . . „Der Todfeind der Revolution ist der Krieg.“ . . . „Entweder

tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution." . . . „Die Antwort auf diese Frage wird durch das europäische Proletariat gegeben werden." . . . „An dem zu langsamen Wachsen des revolutionären Kampfes in Europa, . . . an der Verleugnung der proletarischen Klassenpolitik . . . droht die russische Revolution zugrunde zu gehen." . . . „Wie die Verantwortung für die momentane Niederlage des russischen Proletariats nicht auf die russischen Verhältnisse allein fällt, fällt sie anderseits nicht nur auf die Sozialpatrioten Rußlands, sondern auf die aller Länder."

Und dann weiter:

„Der Kampf des Proletariats eines jeden Landes gegen den Krieg, gegen den Imperialismus, gegen die herrschenden Klassen, ein einmütiges Vorgehen aller Proletarier gegen ihren Todfeind, den Krieg, und gegen den Kapitalismus, das ist der einzige Weg, auf dem die russische Revolution gerettet werden kann."

Das wurde am 12. August geschrieben. Am 31. Juli waren die Vertreter der USPD, Dittmann und Ledebour, in Stockholm eingetroffen. Am 1. August fand dann eine Besprechung zwischen ihnen und dem Internationalen Sozialistenkomitee statt. Es handelte sich um die endgültige Beschlußfassung über Verschiebung der Konferenz auf den 5. September, worüber Einigkeit erzielt wurde. Die deutschen Vertreter dürften also auch bei dem vorher angeführten Aufruf zur Konferenz mitgewirkt haben, der die Beschleunigung der Herbeiführung der Revolution in Deutschland verlangt[1]).

Zur eigentlichen Konferenz trafen die Vertreter der Schweiz, Schwedens, Norwegens, Bulgariens, Finnlands, die Delegierten der russischen Sowjets einen oder mehrere Tage vorher ein. Die Bolschewiki waren durch Radek-Sobelsohn, Hanetzky und Worowsky vertreten und Deutschland hatte rechte und linke USP gesandt: Haase, Hofer, Kautsky, Bernstein und Frau Zietz — Ledebour, Stadthagen, Herzfeld, Oskar Cohn, Wengels und Käte Duncker. So waren allein elf Vertreter aus Deutschland anwesend, während die Vertreterzahl aus anderen Ländern 22 und die Zahl der Komiteemitglieder 4 betrug. Man sieht, welchen großen Delegiertenapparat gerade die deutsche USP aufgeboten hatte. Aus welchem Grunde dieser starke Besuch der Konferenz von Deutschland aus in die Wege geleitet wurde, liegt wohl klar. Handelte es sich doch darum, den Schwerpunkt der revolutionären Aktion nach Deutschland zu verlegen.

Über den Gang der Verhandlungen schreibt Frau Balabanoff:

„Die Sympathien und die Solidarität des vorwiegenden Teiles der Konferenzteilnehmer waren entschieden auf seiten der Bolschewiki. Die Revolution war in Gefahr, nur ein internationaler

[1]) Die folgenden Ausführungen des Abg. Grafen zu Eulenburg wurden wegen Abbruch der Sitzung schriftlich eingereicht.

Massenstreik war ein ebenbürtiges Mittel, durch welches die Arbeiter anderer Länder ihre Solidaritätspflicht dem russischen Volke gegenüber und ihre eigene revolutionäre Mission erfüllen konnten." . . . „Der Massenstreik war die Kampfparole, die sich als logische unvermeidliche Konsequenz der ersten und zweiten Zimmerwalder internationalen Zusammenkunft ergab. Es war die Verwirklichung der Losung, mit der Zimmerwald die russische Revolution begrüßt hatte."

Das Manifest, das von der Konferenz in die Welt hinausgesandt wurde, trug den harmlosen Namen: „Friedenskundgebung aus Stockholm."

Frau Balabanoff schreibt über Haase:

„Das Verhalten des Genossen Hugo Haase hatte etwas besonders Tragisches. Er war einer der sehr wenigen oder vielmehr der einzige, der gegen den Aufruf zum Massenstreik Einwände erhob. In ihm sprach die Befürchtung, etwas zu versprechen, was man vielleicht nicht werde halten können. In ihm sprach das Verantwortungsgefühl, das diesen edlen, tapferen Menschen und treuen Kämpfer nie verließ. In den Gesprächen, die wir zwischen den Sitzungen miteinander geführt haben, kam der tragische Zwiespalt seiner Seele nur noch mehr zum Vorschein. Nach der Abstimmung erklärte er mit demselben schlichten Pflichtbewußtsein, mit dem er seine Bedenken geäußert hatte, er würde sich den Beschlüssen fügen."

Man mache sich die Situation klar. Den Beschluß der Wehrlosmachung Deutschlands durch Massenstreik und Revolution faßten 11 ältere Männer und Frauen, darunter auch Eduard Bernstein vom äußersten rechten Flügel der USPD! Es waren allein 4 Juristen darunter, die wußten, daß, was sie beschlossen, nicht nur Hochverrat, sondern auch Landesverrat war.

Frau Balabanoff erzählt uns auch, wie der Text des Manifestes zustande kam:

„Eine zehngliedrige Kommission sollte das Manifest entwerfen. Vertreter Deutschlands, Österreichs, Rußlands, Polens, Rumäniens, Finnlands und der neutralen Länder waren zugezogen. Auch einige besonders bewährte Juristen, wie Oskar Cohn, standen ihr zur Seite. . . ."

In Grünbergs „Archiv" werden diese Verhandlungen folgendermaßen geschildert:

„Auf Antrag des Schweizers Nobs (wurde) zur Ausarbeitung eines Aufrufes zur Massenaktion bzw. zum Massenstreik mit allen gegen die Stimme Haases (der eine Erklärung für ausreichend erachtete) eine Kommission eingesetzt, . . . aus: Haase, Ledebour, Radek, Jermanskji, Balabanoff, Schlesinger, Höglund, Duncker. Zugleich wurde vom Präsidium und den einzelnen Delegierten betont:

daß die Massenaktion nur dann platzgreifen sollte, wenn amtliche und vor allem die Zimmerwalder Parteien der kriegführenden Länder dem Manifest zugestimmt hätten."

Der Entwurf wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. In den „Erlebnissen und Erinnerungen" sagt Frau Balabanoff:

„Infolge der Umstände, unter denen dieser folgenschwere Entschluß gefaßt wurde, wurden besonders strenge konspirative Vorschriften gegeben. Kein einziges Exemplar des Entwurfes durfte über die Grenzen gebracht und überhaupt veröffentlicht werden, bevor die Genossen aus den Ententeländern ihre Zustimmung erteilt hatten." . . . „Nur Genosse Stadthagen sollte noch nach einem von ihm erfundenen System den Text auf seiner Handmanschette stenographieren und auf eine Nachricht von mir hin weitergeben."

Es heißt in dem Manifest „Friedenskundgebung aus Stockholm":

„Der internationale proletarische Massenkampf für den Frieden bedeutet zugleich die Rettung der russischen Revolution." . . . „Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des großen gemeinschaftlichen Kampfes in allen Ländern zur Herbeiführung des Friedens für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massenstreik."

Die vorhergehenden Schilderungen werden durch Aussagen Ledebours bestätigt und ergänzt. Er sagt in seinem „Prozeß":

„Ich habe den Gedanken, eine internationale revolutionäre Bewegung in die Wege zu leiten, zuerst in die Praxis zu setzen versucht, als gelegentlich des Stockholmer Internationalen Kongresses 1917 die Zimmerwalder Richtung zu einer besonderen Konferenz zusammenberufen war. In der Konferenz brachte ich einen Antrag ein, der das internationale Proletariat aller Länder aufforderte, möglichst gleichzeitig in einen allgemeinen Massenstreik zur Beseitigung des Krieges einzutreten. Auch da stieß ich zunächst auf Widerspruch . . . . aber schließlich haben sich die Vertreter der Bolschewiki meinem Antrage angeschlossen."

Der Beschluß scheint doch nicht so ganz geheim behandelt worden zu sein, wie Frau Balabanoff annimmt. Ledebour erzählt, daß in Deutschland die Reichstagsfraktion nicht sofort zustimmte, daß aber die Arbeiterschaft Berlins für den Massenstreikbeschluß Stockholms war. Frau Balabanoff erzählt, daß das Manifest nach dem Siege der Bolschewiki veröffentlicht worden ist. Die USPD-Mitglieder kannten es aber schon vorher, da es ihnen zur Diskussion von Ledebour und wohl auch anderen vorgelegt worden ist. So hat das Manifest den Massenstreik propagiert und die Revolution nach Deutschland getragen. Trotz aller Vorsicht der Unabhängigen Partei weiß man jetzt, daß die USPD Trägerin der Bewegung war. In die Praxis wurde der Stockholmer Beschluß beim Januarstreik 1918 umgesetzt.

Es liegt auf der Hand, daß durch die Diskussion des Stockholmer Manifestes in den Organisationen der USPD der Text des Manifestes auch Kreisen bekannt wurde, die außerhalb dieser Oppositionspartei standen. Wir finden dieses bestätigt durch die Rede, die Dr. David auf dem Parteitage in Würzburg hielt. Kaum ein Monat war verflossen, seit die Zimmerwalder Konferenz das Manifest beschlossen hatte, und schon konnte Dr. David sagen:

„(Die Internationalisten) wollen den Krieg beenden durch eine internationale proletarische Revolution."

Es war also bekannt, daß eine internationale revolutionäre Aktion von der neuen Internationale in Zimmerwald beschlossen war. Wir wissen aus dem vorigen, daß in erster Linie die Revolutionierung *eines* Landes, nämlich *Deutschlands,* in Angriff genommen wurde. Nicht nur die Linksradikalen und Spartakus wirkten in diesem Sinne; die hervorragendsten Vertreter der USPD, wie Bernstein, Kautsky, Oskar Cohn, Stadthagen, Ledebour und Frau Zietz, hatten sich für eine solche Aktion mit eingesetzt. Haase hatte eingewilligt, mitzumachen. Was Dr. David und die Mehrheitssozialdemokraten nicht vollständig erfahren hatten, wußten die russischen Sozialdemokraten aller Richtungen in vollem Umfange. Auch die Sozialrevolutionäre waren informiert, mithin auch ihre Vertreter im Kabinett Kerenski, dem die Sozialrevolutionäre Tschernoff (der Zimmerwalder!), Perewerseff, Zeretelli und der Sozialdemokrat Skobalew angehörten. Der Entente war durch ihre Beziehungen zum Kabinett Kerenski bekannt, was die Zimmerwalder und mit ihr die deutsche USP in Deutschland planten. Aus dieser Kenntnis schöpfte die Entente ihre Zuversicht, das von innen heraus zermürbte Deutschland besiegen zu können. So erklärt sich die immer mehr sich steigernde Tätigkeit der Entente in der Frontpropaganda, so die Wühlarbeit der Russen in ihren Gefangenenlagern, an der deutschen Front durch Zeitschriften und Aufrufe und ihre Arbeit in Deutschland selbst mit Hilfe der USPD.

Ich erwähne von Zeitschriften, die als Propagandamaterial, nach dem Sieg der Bolschewiki, aus Rußland und Skandinavien Ende 1917 und Anfang 1918 nach Deutschland kamen: Den von Radek-Sobelsohn geleiteten „Boten der russischen Revolution" (aus Stockholm), den Petersburger „Völkerfrieden", den „Stern" aus Minsk, die „Weltrevolution" aus Moskau, die „Fackel" aus Petersburg; an Flugblättern, die unter Deutschland von Rußland her in der gleichen Zeit verbreitet wurden und dazu bestimmt waren, Deutschland zu revolutionieren, verzeichnen die „Mitteilungen des Verbandes deutscher Kriegssammlungen" an 40 Typen.

Staatssekretär Wallraf erklärte am 26. Februar 1918 im deutschen Reichstage, nachdem er einige solche Publikationen aufgezählt hatte:

„Die Verbreitung all dieses aufrührerischen Materials geschah auf recht verschiedenen Wegen: Man führte die Flugblätter in Konservenbüchsen ein, teilweise wählte man auch Wege der kühnsten Schmugglerromantik."

Der Januar-Februar-Massenstreik in Berlin und an verschiedenen Industrieorten ist schon öfter erwähnt worden. Daß der Streik von den Unabhängigen in Szene gesetzt wurde, geht nicht allein aus den Äußerungen von Barth und Richard Müller hervor, sondern auch Prominente der USPD legen davon Zeugnis ab.

Heinrich Ströbel, seit 1892 sozialdemokratischer Redakteur, seit 1900 politischer Redakteur des „Vorwärts" bis zum Übergang der Zeitung in die Hände der Sozialdemokratie, Landtagsabgeordneter vor und im Kriege, Mitglied der USPD, sagt in seinem 1917 geschriebenen, 1919 im offiziellen Verlag der USPD erschienenen Buch „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten":

„(Es) trat unter der Einwirkung der Unabhängigen eine Million deutscher Proletarier in einen achttägigen Proteststreik."

Das frühere Vorstandsmitglied der USPD, seit 1901 Redakteur in sozialdemokratischen Zeitungen, Reichstagsabgeordneter in der Fraktion der USPD, Ernst Däumig, erklärte auf dem ersten Kongreß der A.- und S.-Räte in Berlin:

„Wie sind in Deutschland die Arbeiterräte entstanden? Sie entstanden in den großen Streikbewegungen der letzten Jahre, in denen wir . . . die politisch treibende Kraft gewesen sind. Wir haben in den Großbetrieben die Leute, die unserer Überzeugung waren, in jenen Zeiten *unter großen Gefahren bestimmt,* die Rolle des Arbeiterrats zu spielen."

Der Unabhängige Kurt Eisner, jahrelang Redakteur des „Vorwärts", später Redakteur des Nürnberger Parteiblattes und im Kriege noch Mitarbeiter der „Münchner Post", u. a. noch Delegierter der USPD auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern im Februar 1919, äußerte dort nach dem „Offiziellen Bulletin":

„Vor einem Jahre (also zur Zeit des Januar-Februar-Streiks) . . . erhoben sich wie ein Mann die deutschen Arbeitermassen. Die revolutionäre Gesinnung Deutschlands ist *nicht das feige Werk des Zusammenbruchs,* sondern das *Ergebnis einer unermüdlich vorwärtsdrängenden Arbeit,* die gerade da einsetzte, als Deutschland scheinbar auf der Höhe der Macht stand."

Dazu erläuterte der heutige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller an demselben Ort:

„Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Revolution früher hätten *machen* sollen. Eisner hat in diesem Zusammenhang schon auf die Bedeutung des Januarstreiks hingewiesen, des größten *politischen* Massenstreiks, den wir je gesehen haben. Er mußte abgebrochen werden, weil die Situation *noch nicht reif* war."

Ledebour, bis zum Zusammenschluß der SPD und USPD im Herbst 1922 Vorstandsmitglied der USPD, erklärte auf dem Kongreß der A.- und S.-Räte im Dezember 1918:

„daß mindestens seit dem Jahre 1916 bei einer Anzahl von Vorkämpfern der USPD, besonders in Arbeiterkreisen, der Entschluß und die Hoffnung bestand, *durch eine gewaltsame Revolution* diese nichtswürdige verbrecherische Gesellschaft zu stürzen, und wir alle, die wir zu diesen Vorkämpfern gehört haben, *haben jeder an seinem Platze unser Bestes getan,* um Aufklärung zu schaffen, um Forderungen zu erheben, *um die Revolution vorwärtszutreiben.*"

Und in seinem „Prozeß" erwähnt er:

„Bei jenem Streik im Januar 1918, der *ersten ernstlichen revolutionären Aktion,* die in Deutschland in der Kriegszeit ausbrach, habe ich noch einen Gedanken vertreten . . . Ich habe die Forderung erhoben, daß die Führer der Bewegung, die die Arbeiterschaft aufforderten, unter Umständen ihr Leben in die Schanze zu schlagen, selber mit dem Beispiel vorangehen, und daß deshalb die Aufforderung zu einem politischen Massenstreik unterzeichnet werden mußte von der gesamten Fraktion der USPD. Mit dieser Forderung bin ich leider nicht durchgedrungen. Außer mir waren es schließlich nur, glaube ich, drei meiner Freunde: Zubeil, Henke und Herzfeld, die mit mir dafür stimmten. Die anderen lehnten es aus *opportunistischen Gründen* ab."

Ledebour klagte vor den A.- und S.-Räten im gleichen Zusammenhang:

„Wie sind wir verhöhnt worden für jedes revolutionäre Wort, für jede revolutionäre Ankündigung."

Diese Äußerung steht mit dem vorigen keineswegs im Widerspruch. Wir haben in ihr wieder einmal den Kernpunkt der Frage nach dem Verhalten der USPD gefunden. *Die Ziele und die Tätigkeit* der USPD waren auf die Revolutionierung Deutschlands gerichtet. Nur wollte man von *parteiwegen* sich nicht öffentlich zu den revolutionären Zielen und Taten *bekennen.* Man hielt die Art Ledebours, offen zu agitieren, der Regierung, dem Bürgertum und auch der Arbeiterschaft gegenüber Farbe zu bekennen, für töricht. Die USPD verfolgte die Taktik: Man tut so etwas, aber man sagt es nicht! Es sei an den Zimmerwalder Beschluß, die Revolution durch Massenstreiks herbeizuführen, erinnert, ferner an die Berichte, die die USPD laufend an das Zimmerwalder Komitee sandte, an die publizistische Tätigkeit des „Internationalen Sozialistischen Komitees" und an die internationale Verbreitung des „Nachrichtenblattes".

Dadurch erklärt es sich, daß Staatssekretär Wallraf am 26. Februar 1918 im Reichstage mitteilen konnte:

„Daß vom Auslande die Fäden mit ausgegangen waren, dafür ist der beste Beweis, daß das Ausland von dem Streik in Berlin früher gewußt hat, als er überhaupt stattfand. . . . Der ‚Daily Chronicle' brachte am 26. Januar (1918) ein Telegramm aus Amsterdam, es seien Unruhen in Berlin ausgebrochen. Ein anderes Blatt, die ‚Daily News', berichtete am 25. Januar (1918) von ernsten Unruhen in Berlin. Die ‚Daily Mail' erhielt ein Telegramm aus dem Haag vom 26. Januar, das von ernsten Unruhen im rheinischen Industriegebiet zu melden wußte. Erwähnung verdient auch die Rolle, die der Pariser ‚Temps' in der Streikbewegung gespielt hat. Das Blatt richtet am 21. Januar 1918 einen Aufruf an die deutschen Sozialdemokraten, in dem es ihnen erklärt, daß sie nicht das Recht hätten, untätig zu bleiben. Bereits am 27. Januar wußte der ‚Temps' von Unruhen in Berlin zu berichten."

Der Streik begann aber erst am 28. Januar 1918. In diesem Zusammenhange muß eine Meldung der „Internationalen Pressekorrespondenz" vom 4. Januar 1918 erwähnt werden, die der Generalkommission der Gewerkschaften und ihrem Vorstandsmitglied Legien nahestand und von Heilmann redigiert wurde. Sie schreibt:

„Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbedingung des Friedens, den Waffenstillstand, zu schaffen suchten und die Regierung sich bereit erklärte, auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kannten die deutschen unabhängigen Sozialisten keine größere Sorge als die, wie der Friede mit Rußland vereitelt werden könnte. Wir erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm unanzweifelbare genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgendes entnehmen:

In den Tagen vor Weihnachten erhielten die *Bolschewiki von Führern der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen,* weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. dem revolutionären Sinne vollziehe, der Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland diese beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde.

Soweit die Mitteilung, wenn jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland scheitern sollten, tragen einen großen Teil der Verantwortung dafür die Unabhängigen, welche sie mutwillig sabotiert haben. Auch Mitteilungen an die Bolschewiki, daß eine neue unerhörte Verfolgung der Unabhängigen in Deutschland eingesetzt habe, habe in Petersburg sehr gegen den Frieden gewirkt."

In diesem Zusammenhang muß man die Schriften von Müller, Barth und Breithaupt betrachten, dann wird man ihnen historischen Quellenwert nicht absprechen können; denn ihre Angaben decken sich mit denen vieler anderer Autoren.

Schon wochenlang vor dem Streik waren Flugblätter verbreitet worden, deren Papier, Satz und Druck auf einen außerdeutschen Herstellungsort hinweisen.

Man bedenke, was im Verlauf des Januarstreiks hätte geschehen können, wenn die Mitgliedschaft der USPD in der Marine nicht schon im Sommer 1917 gemeutert hätte, wenn sie, bis zum Januar 1918 durch aufreizende Flugblätter in Siedehitze gehalten, mit vielen tausend Mann in den Ausstand getreten wäre.

Die Mehrheitssozialdemokratie war ebenso wie später im November 1918 auch damals bestrebt, sich, wenn etwas Wichtiges vorging, nicht ausschalten zu lassen. Das geht u. a. aus den Aussagen der Zeugen Stampfer und Davidsohn im Magdeburger Ebert-Prozeß hervor.

Nun noch einige Worte zur letzten Zeit des Krieges und der Rolle der USPD während dieser Zeit. Die vorsichtige Taktik der Leitung dieser Partei wurde weiter verfolgt. Man organisierte die revolutionären Kaders in den Betrieben durch, ließ die an die Front und in die Heeresformationen der Heimat kommandierten revolutionären Obleute dort wühlen und beschaffte schließlich auch Waffen.

Die Vertretung der russischen Sowjets traf am 20. April 1918 in Berlin ein. Ihre Mitglieder haben laut Bericht des Oberkommandos in den Marken (Sekt. P No. 26608/26554 v. 28. Mai 1918) „bald darauf mit den führenden Genossen der USPD Fühlung genommen, so daß schon an der Maifeier im Marmorsaal der russischen Botschaft am 1. Mai die Abgg. Cohn, Haase, Hofer und Mehring teilnehmen konnten, und Haase dabei einen Trinkspruch auf die Internationale ausbringen durfte. Die Fühlungnahme (der Bolschewiki) mit der USPD beschränkte sich aber nicht auf einen persönlichen Verkehr mit den vorgenannten deutschen Genossen, sondern ging rasch zu einem ständigen geschäftlichen Verkehr mit Cohn und Haase über und zog auch den Reichstagsabgeordneten Bernstein in den Kreis von Joffe.“ Wir erfahren aus dem Bericht des Oberkommandos in den Marken weiter, daß der erste Sekretär Sagarski außer Joffe mit Oskar Cohn in Verkehr stand. Cohn war nachweislich vor Ausbruch der deutschen Revolution im Jahre 1918 Treuhänder für Gelder, die an die „revolutionären Obleute“ zu Waffenkäufen ausgehändigt wurden. Aus dem Kanzleipersonal hielt ein M. Rosenberg den Verkehr mit der USPD-Presse aufrecht, eine Frau Markowska den mit der radikalen Jugend. Dr. Marchlewsky, der seit längerer Zeit in Deutschland lebte, früher mit Mehring eine Korrespondenz und im Kriege gemeinsam mit ihm und Frau Luxemburg versucht hatte, die Zeitschrift „Die Internationale“ herauszubringen, befand sich als Volkswirt bei der russischen Vertretung. Ein späterer Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 1. Juni stellt fest, daß auch Ledebour mit der russischen Botschaft schon längst in Fühlung stand, des-

gleichen, daß das Ehepaar Breitscheid, das zuletzt der USPD angehörte und den Zeitungsdienst, die Parteikorrespondenz, besorgt hatte, für die russische diplomatische Vertretung tätig war. Die engeren Spartakusmitglieder und Julian Borchardt von der „Lichtstrahlengruppe" standen ebenfalls mit der russischen Botschaft in Verbindung. Der spätere Berliner Polizeipräsident der Revolution, der damalige Unabhängige Emil Eichhorn (erst seit 1920 Kommunist), war in der „Rosta" tätig, der mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes in Berlin eingerichteten russischen Telegraphenagentur.

Die revolutionären Kreise in Deutschland wurden von Rußland reichlich mit Drucksachen versorgt, die z. T. in Skandinavien gedruckt wurden. Ich erwähne die „Thesen" von Lenin und das Flugblatt „Weniger Brot — keine Rechte, neue Steuern" und die russischen Broschüren „Du sollst nicht töten", „Es spricht der Galgenwald".

In welcher Weise wichtige Nachrichten dem Ausland übermittelt wurden, geht aus dem Tagebuch des früheren Reichstagsabgeordneten Hanssen (Däne) hervor, der eifrig mit den Reichstagsabgeordneten der USPD verkehrte. Von Haase erhielt dieser als der erste die auf geheimem Wege gekommene Nachricht über den Ausbruch des großen Streiks in Österreich im Januar 1918 („die Donau-Brücke ist von Sozialdemokraten besetzt"). Auch der bekannte Renegat Hauptmann von Beerfelde ließ durch Hanssen seine Schrift nach Dänemark schmuggeln.

Haase korrespondierte mit dem in Holland für Entente-Agenten tätigen Minster, der den „Kampf" redigierte. Ein Brief Haases wurde bei Minster bei dessen Verhaftung gefunden.

Die Verbindung revolutionärer Sozialdemokraten mit Frankreich geht aus dem Buche von C. Stuart „Geheimnisse aus Crewehouse" hervor. Es berichtet: „Einige Sozialisten hatten sich bereits mit der Bitte an die französische Regierung gewandt, ihre Reden nicht für Propagandazwecke zu verwenden, weil dies ihre Bemühungen abschwächen könne." Bekanntlich waren Haases Reichstagsreden als Fliegerabwurfzettel über den deutschen Linien niedergegangen, und eine gefälschte „Leipziger Volkszeitung" wurde in Tausenden von Exemplaren mit Reichstagsreden Unabhängiger unter den deutschen Truppen verbreitet. So arbeitete die Tätigkeit der deutschen Revolutionäre der Agitation des Auslandes in die Hände.

Über die Propaganda der USPD im Kriege berichtet Frau Zietz für den Parteivorstand auf dem Parteitage 1919 in Berlin mit anerkennenswerter Offenheit:

> „Selbst die verstümmelten Flugblätter, die die Zensur übriggelassen hatte, wurden von den Generalkommandos verboten. . . . Deshalb war die legale Agitation durch Flugblätter und Broschüren ganz außerordentlich erschwert, und sie mußte notgedrungen ersetzt werden durch eine illegale Agitation. . . . . Hier möchte ich be-

tonen, daß es nur durch das System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben möglich war, dasjenige der Arbeiterschaft mitzuteilen, was wir für notwendig hielten, um den *revolutionären Geist* in ihnen *lebendig zu erhalten* bzw. in ihnen lebendig zu *machen*. Dieses System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben ist ja eigentlich der Vorläufer unseres Rätesystems. Es war uns nur dadurch möglich, nicht nur *den revolutionären Geist zu wecken* und ihn zu *fördern*. Es war uns vor allen Dingen möglich, diesem Geist *Ziel* und *Richtung* zu geben und so die *November-Revolution vorzubereiten*. . . . Wir haben unseren politischen Vertrauensleuten das übermittelt, was durch die Presse und durch legale Versammlungen ihnen nicht mitgeteilt werden konnte. . . . Hier möchte ich hervorheben, daß ich der Überzeugung bin, es wäre ohne diese Vertrauensleute nicht möglich gewesen, den Januar-Streik im Jahre 1918 ins Leben zu rufen. . . . Die Tausende und aber Tausende, die infolge des Januar-Streiks in die Schützengräben gesteckt wurden, ... *Revolutionsapostel* waren, ... und diejenigen, die zurückkamen und wieder in die Fabriken eintraten, haben dort agitatorisch mitgearbeitet, und so ist die Möglichkeit geschaffen worden, die *Aktion* des 9. November zu unternehmen. Zu all diesen, die in erster Reihe gekämpft haben, kommen vor allen Dingen die Matrosen, die *Pioniere der Revolution,* die bereits im Jahre 1916 . . . durch Verständigung der Schiffsmannschaften untereinander ihrem Friedenswillen Ausdruck gegeben haben und der *November-Revolution* vorarbeiteten. . . ."

Ähnlich äußert sich Ledebour im „Prozeß" und fügt hinzu:

„Ich habe dann im Reichstag meinerseits bei jeder Gelegenheit versucht, die Öffentlichkeit auf die *Revolution* vorzubereiten."

Däumig äußert sich über die Form der Agitation auf dem Kongreß der A.- und S.-Räte im September 1918:

„Wir haben in den letzten Wochen vor Ausbruch der Revolution, als es uns durch eifrige, aber auch *gefährliche* Agitation in den Berliner Kasernen gelungen war, Kameraden, Genossen zu gewinnen, die gleich uns mitarbeiten wollten an dem Sturze dieses blutbefleckten Regimes. Wir haben da wieder, *natürlich illegal,* einen provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet . . ."

Das „Manifest an das deutsche Proletariat",[1]) unterschrieben vom „Zentralkomitee der USPD" (auch von Dittmann), besagt:

„Die USPD hat stets unerschütterlich und unter großen Opfern den Kampf für die Grundsätze des revolutionären Sozialismus geführt. Sie ist entstanden im Kampf gegen die Preisgabe der so-

[1]) Halle a. S. 15. X. 1920 gedruckt.

zialistischen Prinzipien durch die Reformsozialisten, und sie hat schon während des Krieges in Zimmerwald und Kienthal für eine *Internationale der revolutionären Tat* zur Beendigung des imperialistischen Krieges und zur Niederringung des Kapitalismus gewirkt."

Auf Grund dieser Tatsachen kam selbst der demokratische Abgeordnete Dr. Bergsträßer in seinem Buche „Geschichte der politischen Parteien" (Mannheim — Berlin — Leipzig 1921) zu dem Ergebnis:

„Die Spartakusgruppe hat seit ihrem Bestehen auf eine Revolution hingearbeitet; die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mindestens seit dem Jahre 1917."

Die russische Agitation war außerordentlich rege. An zweihundert Kuriere kamen von Ende April bis zum November 1918 aus Rußland nach Deutschland und schafften Agitationsmaterial heran.

Wie die letzten Kisten auf dem Bahnhof Friedrichstraße zertrümmert ihren giftigen Inhalt ausspien, und die russische Botschaft Deutschland verlassen mußte, wie der Unabhängige Oskar Cohn noch in der letzten Nacht viele hunderttausend Mark von Joffe erhielt, um die Waffenkäufe für den revolutionären Kampf weiter zu tätigen, ist bekannt. In diesem Zusammenhange sei auch die Propaganda der Mehrheitssozialisten Adolf Braun und Stampfer im Oktober 1918 gegen den Kaiser erwähnt. Dr. Bergsträßer formuliert in seiner „Geschichte der politischen Parteien":

„Von den Parteien haben nur die Unabhängigen und die Spartakisten die Revolution gewollt. Die Mehrheitssozialdemokratie wollte eine radikale Änderung der inneren Verhältnisse, schließlich Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen, zuletzt die Republik."

Das Ausland war von den inneren Vorgängen in Deutschland gut unterrichtet. Eine französische Schrift „Nach amtlichen Urkunden des französischen Hauptquartiers", unter dem Titel „Die Gründe der deutschen Kapitulation vom 11. November 1918" erschienen, sagt:

„Zahllose unter den Mannschaften verbreitete Flugblätter, eine geschickt im Innern Deutschlands für den *Frieden um jeden Preis* geführte Propaganda, hatten rasch in einem so günstigen Boden Früchte gebracht."

So wirkte sich zum Schaden des deutschen Volkes in seiner schwersten Schicksalsstunde aus, was nach ihren eigenen Zeugnissen von Mitgliedern der USPD und der ihr nahestehenden Gruppen zur Revolutionierung Deutschlands unternommen wurde in folgerichtiger Ausführung des *Komplottes der Zimmerwalder gegen Deutschland.*

Es hat zu den Aufgaben des Untersuchungsausschusses gehört, so manche dunklen Vorkommnisse aus der Kriegszeit zu untersuchen. So war es meine Aufgabe, über die Machenschaften der revolutionären Kräfte in Deutschland zu berichten. Bei anderer Gelegenheit,

als von Mitgliedern dieses Ausschusses über angebliche Mißstände im Heere gesprochen wurde, habe ich schon einmal gesagt: Wo Licht ist, da ist auch Schatten, und man solle nicht nur den Schatten sehen, sondern auch das Licht; denn es ist auf Grund des Fronterlebens meine felsenfeste Überzeugung, daß trotz der beschämenden Tatsache, daß es auch in Deutschland Männer gegeben hat, die ihr Vaterland verraten haben, der Geschichtsforscher kommender Zeiten dennoch zu der Auffassung kommen wird, daß das Licht das Dunkel weit überstrahlt, *das Licht des deutschen Heldenkampfes.*

In den Sitzungen vom 30. Juni, 1., 2. und 8. Juli 1927 wird die dritte Beratung der Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" vorgenommen. (Vgl. Bd. 7, II S. 385.)

In der Sitzung vom 5. Juli 1927 berichtet der Sachverständige Dr. *Hobohm* in Fortsetzung der Aussprache über die Fragen des inneren Zusammenbruchs ausführlich über die „Sozialen Heeresmißstände als Mitursache des Zusammenbruchs 1918" und regt hierbei an, seine Ausführungen zum Gegenstande eines besonderen Gutachtens zu machen. (Vgl. u. S. 133.)

Während der Sommerpause des Reichstags übermittelt der Sachverständige Dr. *Herz* dem 4. Unterausschuß die folgenden Ausführungen zur Ergänzung seines Gutachtens[1]):

Von dem Problem „Krieg und Heimat" beschäftigt uns hier der Ausschnitt „Heimat und Umsturz", für den die Anhänger des gestürzten Systems und die Bewunderer des Heeres aus Schmerz, Enttäuschung, zur Selbsttäuschung, zur Selbstverteidigung und zum Angriff gegen die neuen Formen das Scheltwort vom „Dolchstoß der Heimat" aufgenommen haben. Es diente als Schutzschild für die, die die verantwortlichen Führer gewählt hatten, die dann versagten, als die Massen ihr Bestes hergaben. Es wurde unentbehrliche Lebenslüge für die, die in harter, opfervoller, selbstloser Arbeit das Instrument des deutschen Heeres geschaffen, das sie für das beste Heer der Welt hielten, und die nicht glauben konnten und nicht glauben wollten, daß es trotz ihrer hingebenden Pflichterfüllung, trotz seines Heldenkampfes durch stärkere Armeen besiegt werden könne. Es war moralisches Alibi für die, die das Volk in Sicherheit gewiegt hatten, gegen alle Wahrscheinlichkeiten doch noch in letzter Stunde den Lorbeer um ihre Stirn flechten wollten, das Recht des Siegers ver-

[1]) S. Bd. 6 dieser Reihe S. 99 ff.

kündet hatten, durch das dann Deutschland durch den Frieden von Versailles schmählich gedemütigt wurde. Das Thema wird durch Darstellung der Erscheinungen des äußeren Lebens nicht erschöpft. Grundlegend ist vielmehr eine Durchforschung der Verwirrung der Gefühle, die von der beinahe einmütigen Begeisterung der ersten Kriegsmonate, über eine nach menschlicher Natur selbstverständliche Ernüchterung, zur Gärung, zur inneren Auflehnung, zur Vertrauenskrisis und zur fast widerstandslosen Zertrümmerung der vor dem Kriege niemals bedrohten Staatsform geführt hat.

Die Fragen sind mit dem: „Willst du die andern verstehen, sieh in dein eigenes Herz" nicht zu beantworten. Auch die eigenen Erfahrungen an sich und anderen reichen nicht aus. Selbst wenn man mit Menschen aller möglichen sozialen Schichten und verschiedener politischen Richtungen verkehrt und zusammen gearbeitet hat, geben sie immer nur einen Ausschnitt, dessen Allgemeingültigkeit bezweifelt werden kann. Die Erinnerung kann täuschen, geschwunden, durch nachfolgende Ereignisse verändert sein; die fehlende zeitliche Distanz zu den Geschehnissen die Größenverhältnisse verschieben. Ein Beispiel: In den regelmäßigen Stimmungsberichten, die der Polizeipräsident von Berlin an das Oberkommando der Marken erstattete, heißt es unter dem 15. Mai 1915: „Die Vernichtung der ‚Lusitania' ist nicht von dem bei uns üblichen wehleidigen Bedauern über die unschuldig geopferten Privatpersonen begleitet worden." Tirpitz berichtet dagegen („Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege", S. 335), daß S. M. sie sehr ruhig hingenommen habe, obwohl selbst im Hauptquartier vielfach Erschrecken über die „Ungeheuerlichkeit der Tat" zum Ausdruck kam. Ich selbst erinnere mich, neben politischen Besorgnissen über die Folgen Äußerungen gehört zu haben, wie: „Beim Untergang der ‚Titanic' sind mehr Menschen ertrunken." „Es ist schrecklich," mit dem Zusatz teils: „so etwas darf nicht geschehen," teils: „aber es fallen täglich soviel Menschen," teils: „wenn die Welt Krieg führt, brauchen die Amerikaner nicht spazieren zu fahren," usw. in allen Schattierungen. Die Schwierigkeiten wachsen, weil das Barometer der öffentlichen Meinung, die Presse, außer Betrieb gesetzt war. Ihre politischen Wetterberichte waren durch die Zensur gefälscht und unzuverlässig geworden. Untrüglich sind aber in den Zeitungen die behördlichen Verordnungen und der Anzeigenteil. Wenn von Monat zu Monat Ersatzmittel für immer mehr Bedürfnisse des täglichen Lebens annonciert werden, wenn man liest, daß Kirchenglocken, Sonnenvorhänge, nicht mehr gebrauchte Landkarten beschlagnahmt werden, so spricht das Bände. Symptomatisch für das Verhältnis von Stadt und Land ist es, wenn in einer Verfügung der Regierung von Marienwerder vom 14. Februar 1918 betreffend „Unterbringung von Kindern auf dem Lande" zu lesen ist: „Bei den unverkennbar auf dem Lande immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnissen wird

die Aufklärungs- und Werbetätigkeit mit besonderer Sorgfalt durchgeführt werden müssen. Es ist dabei auf die Eigenart des Empfindens und der Denkweise der ländlichen Bevölkerung genügend Rücksicht zu nehmen. In erster Linie ist zu betonen, daß es sich bei der Aufnahme der Kinder um ein vaterländisches Werk der Nächstenliebe handelt, das nicht etwa, wie die ländliche Bevölkerung oft irrigerweise annimmt, nur den Städten als solchen zugute kommt." Und wenn in dieser Verfügung festgestellt wird, daß im Vorjahr vom Land aus insgesamt dreimal soviel ältere als jüngere Kinder angefordert worden sind! Oder aber, wenn das Kultusministerium im Ministerialerlaß vom 3. April 1917 erwartet, daß den Ausstreuungen der Feinde, die Mißtrauen zwischen den Bundesgenossen erregen wollen, entgegengetreten werde und auch deren Heldentaten erwähnt werden sollen. „Ich nehme an," so heißt es, „daß . . . ebenso wie bezüglich unserer Truppen auch streng vermieden wird, vereinzelte Rückschläge, die Truppen unserer Verbündeten erfahren haben, in unbegründeter Weise verallgemeinert werden oder gar in herabsetzender Weise erörtert werden."

Daß die Memoirenwerke der führenden Persönlichkeiten einschließlich derjenigen, die die Revolution gemacht haben oder wenigstens meinen, sie gemacht zu haben, nur sehr kritisch bewertet werden können, bedarf der Ausführung nicht. Jeder Verfasser schrieb mehr oder minder unbewußt eine apologia pro vita sua oder ein laus gestorum suorum. Die Revolutionäre schaffen eine proletarisch-revolutionäre Tradition als Parallele zur bestehenden dynastischen, die sich hier und dort bewußt oder unbewußt mit Legende durchsetzt. Ihre Wichtigkeit liegt häufig in inzidenten Geständnissen, so z. B. wenn Sachse, der das Licht seiner revolutionären Verdienste nicht unter den Scheffel stellt, im „Antinauticus" erzählt, seine Agitation sei nach militärischen Erfolgen ohne Echo geblieben. Oder, wenn Wrisberg über die unlösbaren Schwierigkeiten klagt, die der Heeresersatz überhaupt, namentlich aber auch die ungemessenen Forderungen der O. H. L., machten. Bedeutungsvoller noch scheinen mir Erinnerungen von Männern, die zwar den Ereignissen nahegestanden haben, eine Verantwortung aber nicht zu tragen hatten. Zu ihnen rechne ich die kleine Schrift des Redakteurs des mehrheitssozialdemokratischen Kieler Blattes, Bernhard Rausch: „Am Springquell der Revolution", die Veröffentlichungen des früheren dänisch-protestlerischen Abgeordneten Hanssen, das Buch: „Das schwarze Jahr" von Gugelmeier, Oberbürgermeister von Lörrach, seit Sommer 1917 nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, namentlich auch Veröffentlichungen von Ärzten und Geistlichen. Ich verweise besonders auf die der Patres Pribilla („Stimmen der Zeit", Bd. 104) und Dreiling („Das religiöse und sittliche Leben der Armee", Paderborn 1926) sowie des Frontarztes Dr. Eugen Neter („Süddeutsche Monatshefte", Juli 1925).

Der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Philipp hat uns Auszüge aus den Tagebüchern von Hanssen zugänglich gemacht[1]). Sie scheinen mir deshalb von besonderer Bedeutung, weil man heute nicht mehr recht verstehen kann, wieso die Verhandlungen, namentlich auch die Rede Erzbergers, solche schreckensvolle Überraschung auslösten. Dieser Schrecken ist nur dadurch erklärlich, daß auch die Abgeordneten in einen unberechtigten, künstlich gemachten Optimismus hineingetrieben waren, weiter deshalb, weil sich ergibt, daß gerade durch die Berichte der „Alldeutschen Presse" über die Verhandlungen eine Panikstimmung ins Volk getragen wurde, endlich, weil ein eigenartiges Licht auf die Vorgeschichte der Befragung der Abgeordneten durch den Kronprinzen geworfen wird. Was wird aber durch die Hanssenschen Tagebuchveröffentlichungen bewiesen? Eigentlich sehr wenig. Wir erfahren endlich, durch wen die Lichnowskysche Broschüre ins Ausland gebracht worden ist, so daß sie als antideutsches Propagandamaterial benutzt werden konnte. Etwas Neues konnte sie dort nicht bringen. Wer sich die Mühe nimmt, die Broschüre zu lesen, die unterdessen zusammen mit der Eingabe des Fürsten an das Preußische Herrenhaus gegen den auf seine Ausschließung gerichteten Antrag im Verlage des „Bundes Neues Vaterland" erschienen ist, wird mir beistimmen müssen. Wir können weiter aus Hanssens Tagebüchern schließen, daß Mitglieder der USPD von einer Revolution sprachen, ohne sie zu fürchten, aber ohne mit ihr zu rechnen. Endlich zeigen sie, daß die Dänen — und wie sich aus den von mir erwähnten Artikeln ergibt —, die Polen und einige Elsässer genau wie die Finnländer und die Balten, die ganz radikalen Flamen, der Ire Sir Roger Casement, der georgische Kronprätendent Prinz Matschabelli, der in Berlin schon Orden verteilte, die gern genommen wurden, weil sie sich nur in der Größe vom Eisernen Halbmond unterschieden, hofften, daß die Niederlage des Staates, dem sie gezwungen und widerwillig angehörten, die Verwirklichung ihrer nationalen Träume bringen würde. Das war Hochverrat aus der Perspektive des Staates, deren Untertanen sie waren, nationale Pflicht aus ihrer eigenen Perspektive, Schuld der Regierungen, die nicht verstanden hatten, die nationalen Minderheiten auszusöhnen, letzten Endes Folge zweier sich in ihrer Grundlage widerstrebender Strömungen: des von Mancini Ende des vorigen Jahrhunderts aufgestellten, von Cavour und Bismarck praktisch verwirklichten konservativen Nationalitätenprinzips und des in der französischen Revolution zuerst von Avignon und der Grafschaft Venaissin verkündeten, vom Konvent nur zögernd angenommenen, dann von ihm mißbrauchten, zuletzt von dem plebiszitären Cäsar Napoleon III. als Staatsmaxime aufgestellten demokratischen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

---

[1]) Vgl. Bd. 7, II dieser Reihe S. 395 ff.

Um auf die Quellen zurückzukommen, so scheinen mir Geheimberichte zuständiger Behörden die allerwichtigsten zu sein.

Professor Bergsträßer hat uns die Berichte aus Armeegruppen über die Kampffähigkeit der Truppen seit Ende Oktober 1918 zugänglich gemacht[1]). Sie erschüttern. Mit diesen im furchtbarsten Sinne abgekämpften und geschwächten Truppen, die ruhelos in schwersten Schlachten geblutet hatten und dezimiert worden waren, die übermüdet, verlaust und von Krankheiten heimgesucht waren, wollte man weiterkämpfen! Die Berichte stimmen allerdings darin überein, daß eine Ruhepause von drei bis vier Wochen sie wiederum abwehrfähig hätte machen können. Kann irgend jemand glauben, daß die Alliierten eine solche zugestanden hätten, nachdem wir um Waffenstillstand gebeten hatten? Die Veröffentlichungen von der Gegenseite beweisen das Gegenteil.

Hingewiesen muß darauf werden, daß über den Ersatz in den Berichten gelegentlich mitgeteilt wird, daß die aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrten infiziert seien, nur ein oder zwei Mal, daß er in der Heimat durch Agitation aufgehetzt sei. Als Grund seiner mangelnden Brauchbarkeit wird fast immer angegeben, daß er nicht genügend ausgebildet, wegen der Kürze dieser Ausbildung nicht zusammengeschweißt und daher nicht in der Hand der Offiziere sei. Ich möchte ergänzend eine Schilderung beifügen, die Gugelmeier (S. 109) aus dem Gebiet der 2. Armee von zwei Regimentern gibt, die er am 9. November in Belgien sah. „Die Mannschaften klagten, daß sie keine ordentlichen Schuhe und Strümpfe hätten, waren aber sonst gut in Form. Es blutete uns das Herz, als sie nachher mit Musik vorbeimarschierten, und man sah, wie viele verwundete, schwache, ganz junge und ganz alte Leute da in einem Truppenkörper zusammen waren. Ein Unteroffizier meinte, der junge Ersatz habe keinen Wert; die jungen Leute sprängen davon, wenn sie nur einen Tommy von vorne sähen, und man könne es ihnen kaum übelnehmen — sie seien eben zu jung."

Sehr wichtig sind die bereits erwähnten Stimmungsberichte, die der Polizeipräsident von Berlin — gezeichnet v. Jagow, seit Sommer 1916 v. Oppen — regelmäßig an das Oberkommando der Marken gerichtet hat. Ich lege eine Auswahl als Anlage bei[2]).

Die Berichte zeigen zuerst allgemeine Kriegsbegeisterung und Siegeszuversicht. Sie flaut mit der Dauer des Krieges ab, steigt aber nach Schlachtenerfolgen. Der Wunsch nach Frieden wird schon 1915 laut, in erster Linie der Lebensverteuerung und später Lebensmittelknappheit, aber auch der schweren Blutopfer wegen. Übrigens auch an der Front. Der Hauptmann d. R. Karl Hagemann schließt z. B.

---

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 321 ff.
[2]) Anlage I s. u. S. 97 ff.

sein April 1915 abgeschlossenes Buch („Mit der Fliegenden Division", München, Verlag Georg Müller) mit den Worten: „Sollte noch einmal wieder der Winter ins Kriegsland kommen? — In die Karpathen? — Es wäre grauenvoll . . ." Die Erbitterung steigt, je mehr Kriegsgewinnlertum, Kriegswucher, Schleichhandel zunimmt, je mehr die Knappheit zur Not wird. Aber auch je mehr der Unterschied der Lebenshaltung zwischen Industriezentren einerseits, kleinen Städten und plattem Lande andrerseits, sowie zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, namentlich Bayern, bekannt wird. Es ist interessant, mit diesen Stimmungsberichten die Schilderungen Escherichs (im ersten Escherich-Heft, S. 7/8) über die Gründe der Mißstimmung in Bayern und die Gugelmeiers (S. 34/35, 81/83) zu vergleichen. Diese Not und diese Erbitterung geben dann den Nährboden für die linksradikale Agitation.

Die Berichte des Polizeipräsidenten unterscheiden sich nur in den durch die verschiedene Einstellung bedingten Schattierungen von den Berichten des „Bureaus für Sozialpolitik", die in der Hauptsache von dem über die Arbeiterschaft sehr gut orientierten Professor Heye verfaßt und an die verschiedensten Behörden versandt sind. So erregt die Erfolglosigkeit des Kampfes um die Reform des preußischen Wahlrechts bei Professor Heye schon viel früher Besorgnisse als beim Polizeipräsidenten. Es traten als stimmungverwirrende und stimmungdrückende Momente, und zwar in allen, nicht etwa nur in den sozialistischen Arbeiterkreisen, hinzu: Enttäuschung darüber, daß auf sozialpolitischem Gebiet nichts geschieht, Entrüstung über Schwerindustrielle, die am „Herr-im-Hause"-Prinzip festhielten, Besorgnis, daß Annexionsprogramme den Krieg verlängern könnten. Ich füge als Anlage auch Berichte dieses Bureaus bei[1]).

Einen symptomatischen Wert haben zwei Mitteilungen des Polizeipräsidenten. Die erste geht dahin, daß sich jetzt allgemein die Ansicht durchzusetzen beginne, England sei unser Hauptfeind. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Beobachtung richtig war, wenn sie mehr besagen sollte, als daß England als Kopf und Rückgrat der Alliierten gefürchtet und gehaßt wurde. Die zweite weist auf die gefährlichen Wirkungen hin, die die Übersetzung des englischen Weißbuchs gehabt habe. Der verheerende Eindruck dieser Dokumente im neutralen Auslande, in dem Deutschland schon deswegen als Angreifer galt, weil es die Kriege erklärt hatte, ist bekannt. In Deutschland erschien das Weißbuch im November 1914 als Sonderdruck der Vierteljahrsschrift „Eiche". Obgleich im Vorwort auf einige Fälschungen hingewiesen worden war, hat diese Veröffentlichung wohl zuerst im Inland in weiteren Kreisen Zweifel an der

[1]) Anlage II s. u. S. 100 ff.

Unschuld Deutschlands am Kriegsausbruch und an der Gerechtigkeit unserer Sache geweckt.

Erwähnt müssen endlich werden die Berichte, die der preußische Innenminister v. Loebell im Herbst 1914 an den Reichskanzler im Hauptquartier, den stellvertretenden Reichskanzler und die Reichskanzlei gerichtet hat[1]). Auf den Verfasser dieser Berichte, den Vortragenden Rat Herrn v. Bergen, muß die Gefahr der Demokratisierung, die nach den Freiheitskriegen das Prinzip des Obrigkeitsstaats, namentlich aber auch die Autorität der Bureaukratie bedrohte, einen überaus starken Eindruck gemacht haben. Er fürchtet, daß das Volk wieder wie damals Rechte geltend machen könne, und verkennt dabei, daß die Forderungen, die erhoben werden könnten und tatsächlich später erhoben worden sind, nur Gleichberechtigung und Abschaffung von Privilegien enthielten. Sehr geschickt wird der Hermelin — die Berichte waren auch für die Augen des Kaisers bestimmt — über die Blöße der Angst des hohen Beamtentums vor der Umschichtung der gesellschaftlichen Pyramide geworfen. Das rote und rosarote Gespenst gehen um und hindern jenen sehr klugen, aber traditionell konservativ eingestellten Beamten an der großen Geste einer grundlegenden preußischen Wahlreform. „Autorität, nicht Majorität." Man glaubte daher später noch, die ins Wanken geratene Pyramide durch das Fideikommißgesetz stützen zu können, das zwar nicht mehr, wie der früher zu Fall gekommene Entwurf, die Einrichtung der Fideikommisse mit der „Erhaltung des Glanzes der Familie" begründen, das aber doch diese feudale Einrichtung sichern und den alten Großgrundbesitz gegen das Eindringen neuer Schichten schützen will. Und so erfindet Herr v. Loebell als letzte Schutzwehr von „Bildung und Besitz", wie damals das Schlagwort hieß, sein Wahlrecht mit nicht weniger als fünf Pluralstimmen. Es mögen Redereien gewesen seien, denen nicht allzu großer Wert beizumessen ist, wenn fanatische Gegner des Wahlrechtes, wie Gugelmeier Seite 17 berichtet, sagten, es sei ihnen einerlei, ob sie russisch oder preußisch würden, wenn Preußen das allgemeine Wahlrecht durchsetze; wenn sie bei Rußland seien, so würden sie schon ihre Stellung wahren; denn dort würden dann die Interessen des Grundbesitzes besser geschützt sein als in Preußen. (Wobei allerdings zu bemerken ist, daß ein Obermatrose degradiert und abkommandiert worden ist, weil er sich geweigert hatte, Kriegsanleihe zu zeichnen, und dabei gesagt hatte, er habe nichts zu verlieren; auch wenn die Russen nach Deutschland kämen, müsse er nach wie vor für die Geldsäcke arbeiten.) Aber die große, völlig vom Zaun gebrochene Rede des Grafen York am 7. März 1917 im Herrenhaus gegen Liberalismus und Parlamentarismus, die noch dazu den Beifall des Professors

[1]) Auszüge in Anlage III s. u. S. 110 ff.

Hillebrand der Universität Breslau fand, und die sich noch in denselben Gedanken bewegte, die Friedrich Wilhelm IV. einst zu äußern pflegte, zeigt doch, daß man in jenen Kreisen weder den Geist noch die Forderungen der Zeit erkannt hatte.

Daß das deutsche Volk der Kriegsziele wegen gespalten war, ist bekannt. Die Spaltung wurde durch die Verhinderung der öffentlichen Diskussion über diesen Riß nur verkleistert. Ich ziehe den Strich zwischen denen, für die der Verständigungsfriede Forderung praktischer Klugheit oder Gebot der Sittlichkeit war, einerseits, und denen, die den „Schwertfrieden" grundsätzlich oder bei günstiger militärischer Lage verlangten, andrerseits. Der Gegensatz bestand schon weit früher, als man glaubt. Der Kaiser hatte ausgesprochen: „Uns treibt nicht Eroberungslust", und Bethmann hatte sich in ähnlichem Sinne am 4. August 1914 geäußert. Aber am selben Tage brachte das „Militär-Wochenblatt" groß gedruckt auf seiner ersten Seite unter der Überschrift „Wenn es denn sein muß" folgende Ausführungen:

„In ruchloser Weise hat uns Rußland eines Serbien wegen den Krieg aufgenötigt.

Die Stunde der Abrechnung, die in einigen Jahren doch unausbleiblich kommen mußte, hat geschlagen.

. . . . . .

Keine weiteren Worte mehr als das eine, daß der lodernde Zorn über diesen Überfall, begangen am friedlichen deutschen Volke, uns eingibt: Wenn Gott in Seiner Gnade uns den Sieg verleihen sollte, dann vae victis."

Auch in einer Broschüre Rohrbachs: „Warum es der deutsche Krieg ist?" finden wir gleichfalls den Gedanken, daß der Krieg doch einmal gekommen wäre, und dann heißt es: „Es erhebt nun eine neue nationale Gefahr ihr Haupt, die Gefahr des kraftlosen, halben, faulen Friedens."

Über die Wege der Agitation für den Schwertfrieden und die Gegenaktion finden wir in Dietrich Schäfers Buch „Aus meinem Leben" viele Einzelheiten. Es würde darüber bei einer Spezialdiskussion über den Annexionismus mehr zu sagen sein. Die Ideologie des Annexionismus beruhte kaum noch auf einem Atavismus aus der Zeit dynastischer Kriege, in denen Landerwerb an sich Machtvergrößerung bedeutete. Soweit er mitsprach, gab man ihm die demokratisch klingende, sentimentale Formulierung: „Boden, der so mit deutschem Blut getränkt sei, dürfe nicht wieder aufgegeben werden." Erheblicher wirke schon das mit, was Friedrich Lange einmal die „Pleonexie des Kapitalismus" genannt hatte. Ausschlaggebend war aber die militärisch gesehene Notwendigkeit der „Sicherungen". So meint Dietrich Schäfer zwar, Macht sei das Gebot der Politik, er formuliert die Auffassung jenes im Frühjahr 1915 gegründeten

„Unabhängigen Ausschusses" dahin, ruhige Überlegung müsse zu der Überzeugung kommen, daß der Krieg verloren sein würde, wenn er nicht zur Mehrung deutscher Macht führte. Er begründet diese Ausführungen zwar auch mit der Überbevölkerung Deutschlands, im wesentlichen aber mit seinen offenen Grenzen und der Bedrohung Lothringens, Oberschlesiens sowie des Saar- und Ruhrgebiets. Es heißt dann weiter: „Gelang es nicht, die Nachbargebiete in Ost und West so unter unsere Leitung zu bringen, daß sie bei einer Wiederholung des Angriffes nicht mehr Stützpunkte unserer Feinde, sondern Quellen eigener Kraft sein konnten, so war Deutschlands endgültige Niederlage nur eine Frage der Zeit." („Aus meinem Leben", S. 167.) Schäfer meint, abgesehen von den „paar Quadratkilometern des Erzbeckens von Briey und Longwy" enthalte diese Auffassung „nichts, aber auch gar nichts von Eroberungsabsichten".

Es ist der Gegensatz zwischen dem, was man heute „Geist von Versailles" und „Geist von Locarno" nennt, der sich hier in dem Streit um die Kriegsziele widerspiegelt. Es liegt in der Berufspsychologie des Militärs, sichtbare Erfolge seiner Siege anzustreben und denkbar günstigste Vorbedingungen für zukünftige Kriege zu schaffen. Daher stellten sich die Generale auf beiden Seiten, wie von jeher auch diesmal, der Idee eines Verständigungsfriedens solange entgegen, als sie an einen Sieg glaubten. Es war nur logisch, daß sie sich auf Seite der Annexionisten stellten. Es ist Sache eines Gutachtens über die Annexionisten, die Fäden aufzudecken, die sich zwischen ihnen und der militärischen Leitung spannen. Hier sei nur auf wenige sehr charakteristische Einzelheiten hingewiesen.

Nitti („Das friedlose Europa", 2. Aufl., Frankfurt a. M., Frankfurter Sozietätsdruckerei, o. J., S. 23) teilt mit, daß ihm bereits im Jahre 1913, als er italienischer Handelsminister war, eine Abordnung deutscher Großindustrieller ohne Scheu von der Notwendigkeit gesprochen habe, das Eisenbecken von Französisch-Lothringen in die Hände zu bekommen.

Wie Dietrich Schäfer berichtet („Aus meinem Leben", S. 223), hielt er auf „Ostfriesland", in Wilhelmshaven, in Oldenburg, in Bremen, auf Helgoland Vorträge, wobei bemerkenswert ist, daß er auf Helgoland „gärende Unzufriedenheit und nörgelnde Tadelsucht bei den sonst so willigen Leuten" beobachtet.

Die militärischen Stellen gingen aber noch weiter, als Annexionisten zu Vorträgen vor Soldaten zu berufen. Sie gingen bis hart an die Grenze der Sabotage. Am 14. August 1917 wurde ein Telegramm des Geschäftsführers der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden", des Herrn Beek En Donk im Haag, an Professor Schücking angehalten, in dem er mitteilt, daß die Reichstagsresolution ziemlich günstig in England aufgenommen sei; hoffentlich werde jetzt die deutsche Regierung Asquiths Anfrage über Belgien be-

antworten. Ribots allzu chauvinistische Rede errege Widerspruch in Frankreich. Weiter wurde am 26. August 1917 ein zweites Telegramm Beek En Donks an Schücking angehalten des Inhalts, Messingham (der Redakteur der „Nation") ebenso wie Buxton hätten mitgeteilt, daß eine Erklärung über die Freigabe Belgiens keineswegs als Schwachheit angesehen werden würde. Eine solche Erklärung und die Erklärung, an der Wiederherstellung mitarbeiten zu wollen, würde als ein ernstlicher Schritt zum Frieden angesehen werden. Das Schicksal des ersten Telegramms ist mir unbekannt; das zweite Telegramm ist erst im Oktober 1918 an das Auswärtige Amt und an die Reichskanzlei weitergeleitet worden! Dort wurde verfügt, daß die Auslieferung an Schücking nunmehr zu spät und zwecklos sei.

In dieselbe Kategorie fällt, daß Oberst Haeften im März 1918 von jenen im Ausschuß schon besprochenen Verhandlungen mit dem Amerikaner Noeggerath nicht einmal vertraulich Mitteilung machte, jene Verhandlungen, über die das Buch des Prinzen Max neue Einzelheiten bringt, die die Bedeutung dieser Unterhaltungen sehr erhöhen.

Ich kann die Einstellung, es hat immer Kriege gegeben, sie sind unvermeidlich, wir müssen daher rüsten und uns sichern, verstehen, obwohl ich selbst der Meinung bin, daß die Kriege deshalb bisher unvermeidlich waren, weil niemals ernstlich versucht worden ist, sie durch Schaffung des guten Willens zwischen den Nationen zu verhindern. Aber auf die Gefahr hin, mit dem aus Napoleons I. Sprachschatz übernommenen Scheltwort des „Ideologen" bedacht zu werden, fehlt mir ebenso jedes Verständnis dafür, wenn die „Realpolitiker", wie sie sich stolz nennen, die beklagenswerte Tatsache, daß Macht im Völkerleben vor Recht geht, als Maxime für die Politik aufstellen. Wie Dietrich Schäfer es formuliert: „Trachtet zuerst nach der Macht, alles andere wird euch von selbst zufallen." Wie weit diese Verirrung der Gedanken gehen kann, zeigt ein Artikel der führenden konservativen Tageszeitung Pommerns vom 3. August 1916, gezeichnet von einem Mitglied des Herrenhauses, Landrat a. D. v. Hertzberg-Lottin, mit der Überschrift „Die ‚Vettel'-Humanität". Ich lege ihn als Anlage bei[1]). Noch schlimmer war es, daß ein so verdienstvoller Mann wie der Regierungspräsident von Frankfurt a. d. Oder, v. Schwerin, der allerdings Mitbegründer des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden" war, den Völkerhaß sogar in der Schule verewigen wollte. Seinen Erlaß vom 16. Januar 1916, der im März dann in den „Frankfurter Nachrichten" abgedruckt wurde, füge ich als Anlage bei[2]). Die Regierung in Frankfurt a. d. Oder hielt an diesen Einwirkungen fest. Am 21. Januar 1918

---

[1]) Anlage IV s. u. S. 113 f.
[2]) Anlage V s. u. S. 114 f.

erließ der Regierungspräsident einen Erlaß gegen würdeloses Benehmen gegen Gefangene, namentlich gegen italienische Gefangene. Dieser Erlaß wurde in den „Verordnungen betreffend das Volksschulwesen im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O." mit folgendem Zusatz, gezeichnet: Saint Pierre, veröffentlicht: „Auch die Einleitung von Friedensverhandlungen darf nicht dazu führen, die Tatsache vergessen zu lassen, daß die Gefangenen feindlichen Heeren angehören, die unser Vaterland ohne jeden Rechtsgrund und mit der Absicht der Vernichtung angegriffen haben."

Bei den Problemen der Kriegsziele ist die passende Gelegenheit, auf jene Klagen einzugehen, es habe den Deutschen ein Diktator gefehlt, wie Clémenceau und Lloyd George. Die Weltgeschichte wird darüber richten, ob diese Propheten und Vollender einer rachsüchtigen Zerschmetterungspolitik Segen oder Unheil gespendet haben. Wenn das Waffenglück gegen die Entente entschieden hätte, wäre Haß und Hohn voraussichtlich ihr Lohn gewesen. Und mir will es scheinen, als ob in England wenigstens Lloyd George trotz der errungenen Kolonialmandate kaum noch als Mehrer des Imperiums gepriesen wird. Jedenfalls vergessen unsere Machtpolitiker, daß die Stellung, die diese beiden Staatsmänner einnahmen, in Deutschland staatsrechtlich vorhanden war. Sie kam dem Kaiser zu. Gesetzlich hatten im Kriege auf Grund des Belagerungszustandes bis zum 9. Oktober 1918 die Generale im Innern diktatorische Gewalt. Tatsächlich hatte die dritte Oberste Heeresleitung die gleiche Stellung wie die beiden Ministerpräsidenten, wenn Ludendorff auch („Erinnerungen", S. 570) Unterschiede feststellt. Unterschiede bestanden natürlich, aber das wesentliche war identisch. Die Oberste Heeresleitung wurde aber ebenso durch das Vertrauen des Volkes getragen wie jene. In Wirklichkeit dachten die Rufer nach der Diktatur, die Lloyd George und Clémenceau als beneidenswertes und nachahmenswertes Beispiel hinstellten, an ganz etwas anderes. Auch ein Diktator konnte Armeen nicht aus der Erde stampfen, auch ihm wuchs ein Kornfeld nicht in der flachen Hand. Sie suchten Männer, die, wie Ludendorff („Erinnerungen", S. 570) auseinandersetzt, „das ganze Volk aufbieten sollten, den Krieg zu gewinnen". Dabei übersehen Ludendorff und die anderen, daß die Voraussetzungen entgegengesetzt und die Ziele verschieden erscheinen mußten. Unser Land war vom Feinde frei, das trügerische Dogma wurde gepredigt und geglaubt, die Front könne nicht durchbrochen werden. Der Boden der Heimat galt daher nicht als gefährdet. Das war der Sieg nach der europäischen Kriegskarte. Darauf folgte zwangsläufig die Besorgnis, dann die Ablehnung, den gewonnenen Krieg um Eroberungen und Kriegsentschädigungen weiterzuführen. Für Annexionen an Land und Geld war ein Kreuzzug nicht zu predigen. Wohl aber lagen drüben die psychischen Voraussetzungen dafür vor. Die Franzosen konnten trotz aller Blutopfer und

Kriegselendes aufgerufen werden, den heiligen Boden Frankreichs vom Feinde zu säubern. Die Engländer lernten aus Luftangriffen und U-Boot-Krieg, daß der natürliche Schutz des Ozeans nicht ausreichen könne. Die Kriegsziele, die drüben aufgestellt wurden, sprachen zum Idealismus der Völker: Befreiung Belgiens, Befreiung unterdrückter kleiner Völker, Kampf für Demokratie und Recht gegen Absolutismus, Militarismus, Weltbedrohung und Weltbedrückung. Das einzige „Eroberungsziel" war die — von England nur zögernd und spät aufgenommene — Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, für die die Franzosen das glückliche Wort „Desannexion" finden konnten. Wie wir ja heute, obschon uns die Ideologie der „Revanche" fremd ist, die Grenzen im Osten und am Brenner nicht anerkennen. Wenn französische Staatsmänner den alten französischen Traum von der Rheingrenze träumten oder zum mindesten die Grenzen von 1815 zu ziehen gedachten, so mußten sie sich wohl hüten, es laut zu sagen. Als die russisch-französischen Geheimabmachungen bekannt wurden, wurde die Regierung nach erregten Geheimsitzungen der Kammer gezwungen, von ihnen abzurücken. Die französische Sozialdemokratie faßte nach ihrem Austritt aus der Regierung auf ihrem Parteitage in Bordeaux im September 1917 nach scharfer Kritik der Regierung eine Entschließung dahin, daß sie die Kriegskredite solange gewähren werde, als die Regierung nicht Schwäche zeige oder imperialistisch werde oder die republikanische Staatsform gefährde.

Von militärischer Seite, hier im Ausschuß vom General v. Kuhl und, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, auch vom Abgeordneten Brüninghaus, ist der Verwunderung und dem Zweifel Ausdruck gegeben, daß die Waffenstillstandsbitte der O. H. L. so niederschmetternd gewirkt habe. An der Tatsache ist nicht zu zweifeln. Prinz Max schreibt über die Wirkung des Vortrages des Herrn v. dem Bussche vor den Parteiführern, der vielleicht in dem Sinne: „Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" gedacht war: „Ebert war totenblaß und konnte kein Wort herausbringen, der Abgeordnete Stresemann sah aus, als ob ihm etwas zustoßen würde; einzig allein Graf Westarp begehrte auf gegen die vorbehaltlose Annahme der 14 Punkte. Der Minister v. Waldow soll den Saal mit den Worten verlassen haben: „Jetzt bliebe ja nur übrig, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen." Gugelmeier berichtet (S. 93): „Nach der Fraktionssitzung fiel mir einer der Freunde weinend in den Arm. Es tat wohl, dem und jenem die Hand zu drücken." Die Gründe dieses Schreckens? Man mußte aus dem dauernden Rückzug wohl ersehen, daß der Krieg verloren war, niemand konnte aber nach den Heeresberichten fürchten, daß eine Katastrophe bevorstehe. Gugelmeier berichtet (S. 92), daß man in der Fraktionssitzung, in der Stresemann mitteilte, daß Ludendorff den sofortigen Friedensschluß für nötig erachtet habe, bittere

Worte gehört habe, daß man zu lange dem Hauptquartier geglaubt habe. Man war empört darüber, daß man stets gehört hatte, die Verteidigung wenigstens sei absolut sichergestellt, und daß man nun auch diese von der Heeresleitung als gefährdet betrachtete. Und so war es ja auch von jeher gewesen. Als am 23. September 1917 der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei versammelt war, stimmten einzelne Delegierte, die als Offiziere an der Front standen, ihre Reden auf den Ton: „Den Frieden hätten nicht die Politiker, sondern die Militärs zu machen; sie hätten zu bestimmen, wessen wir zur künftigen Sicherung unseres Gebietes bedürften". Gugelmeier (S. 14) fügt hinzu: „Man hatte die Empfindung, daß diese Herren nicht ohne Fühlungnahme mit der O. H. L. sprachen. Es mußte also wohl draußen doch besser stehen als man annahm." Das viel zitierte Wort Heydebrands „Wir sind belogen und betrogen worden" ist ja dementiert worden. Aber der Kronprinz berichtet, daß Herr v. Heydebrand, als ihm die nackte Wahrheit enthüllt und ihm mit zahlenmäßigen Unterlagen nachgewiesen wurde, daß wir schon seit langer Zeit an der Westfront einen Verzweiflungskampf mit ermüdeten, erschöpften Truppen gegen eine riesige Übermacht führten, die harte Wirklichkeit, die sich da vor ihm auftat, kaum fassen zu können schien. Heydebrand habe ihm darauf gesagt: „Nach dem, was er jetzt erfahren habe, müsse er bekennen, daß er bisher eine völlig falsche Auffassung von unserer Lage gehabt habe; man habe ihn und seine Partei in Berlin völlig unrichtig orientiert." (Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen", S. 219.) Das klingt allerdings höflicher als die dem konservativen Führer in den Mund gelegten Worte, ist aber sachlich dasselbe. Weiter, so scheint mir, muß man aus den Mitteilungen des Kronprinzen folgern, daß Heydebrand früher in das richtige Bild gesetzt worden ist als andere Politiker. Hat er seinen Parteifreunden reinen Wein eingeschenkt? Und wenn ja, wie ist dann die Haltung seiner Partei zu erklären?

Nun einige Worte zu dem Gutachten Volkmanns über die Stellung der oppositionellen Sozialdemokratie. Ich habe bereits in meinem Gutachten (Bd. 6 dieser Reihe, S. 146) darauf hingewiesen, daß „Internationalismus" und „Nationalismus" keine kontradiktorischen Gegensätze sind. Delbrück hat in seinem Dolchstoßgutachten (Bd. 6 dieser Reihe, S. 68) ähnliches ausgeführt. Ergänzend möchte ich noch hinzufügen, daß sich nach dem Kriege „nationale" Kreise insofern antistaatlich einstellten, als sie das „Volk", die „Nation" über den Staat stellen, und daß großwirtschaftliche Kreise versuchen, durch internationale Kartelle, Bindungen und Beteiligungen die „große Politik" zu immunisieren. Dergleichen schwebte schon Erzberger vor, als er den vielbesprochenen und vielverspotteten Ausspruch tat, wenn er mit Lloyd George reden könne, würde man in zwei Tagen zum Frieden kommen. Er wollte England und Deutschland gegenseitig zu

40 Prozent an ihren großen Handels- und Schiffahrtsunternehmungen beteiligen. (Gugelmeier, S. 42.) War der Weltkrieg vielleicht nur die letzte furchtbare Zuckung der dem Tode geweihten Idee konkurrierender, geographisch abgegrenzter Staatsbildungen, die neuen Formen des Zusammenlebens der Völker Platz zu machen haben, genau wie der Souveränitätsbegriff früheres abgelöst hat?

Es scheint mir bedenklich, sogar unzulässig, den Begriff „revolutionär" so weit zu fassen, wie es Volkmann (Bd. 6 dieser Reihe, S. 253) tut. Geht man dazu über, jede mündliche oder schriftliche Ankündigung, die bestehenden politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf „umwälzen" zu wollen, als „revolutionär" zu bezeichnen, dann ist in der Republik jedes monarchische Bekenntnis schon „revolutionär". Friedrich v. Schlegel nennt die „Zerstückelung und Vergeudung des Reichs" im Jahre 1803 eine Revolution von oben, die konstitutionellen Bestrebungen nach den Freiheitskriegen eine Revolution von unten. Das entspricht vielleicht dem Sprachgebrauch. So hat man die französischen Enzyklopädisten ebenso wie Rousseau „revolutionär" genannt. Jetzt nennt man z. B. die Einsteinsche Theorie, ja sogar die Jazzmusik, „revolutionär". Wie wenig dieser übertragene Sprachgebrauch mit wirklichem revolutionären Streben zu tun hat, beweist das Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie, das vor dem Kriege gewohnheitsmäßig so viele Versammlungen schloß, obwohl die Sozialdemokraten nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen hatten, um den Sozialismus „widerrechtlich", d. h. unter Gesetzesverletzung der bestehenden Rechtsauffassung, einzuführen.

„Widerrechtlich" ist der Begriff, von dem man ausgehen muß. Meines Erachtens reicht das sogar nicht aus. Man muß sagen „gewaltsam". Das Reichsstrafgesetzbuch verlangt für den Begriff des Hochverrats das Merkmal des „gewaltsamen", wobei natürlich die vis absoluta oder compulsiva sein kann. Daraus folgt, daß der politische Streik als weder widerrechtlich noch als gewaltsam, nicht revolutionär sein kann. Er kann es ebensowenig sein wie die sogenannte „passive Resistenz". Ein politischer Streik wird erst dann revolutionär, wenn die Streikenden gewillt sind, bei Erfolglosigkeit des Streiks ihn in gewaltsame Erhebung umzuleiten.

Volkmann bestreitet nicht, daß das für den Frieden zutrifft. Es gilt aber auch für den Krieg. Das ergibt sich aus der Judikatur des Reichsgerichts. Hätte es Streiks mit politischem Einschlag als revolutionär angesehen, so hätte es sie als Hochverrat bestrafen müssen. Es hat die Aufforderung zu ihm in Sachen gegen die Spartakistin Bertha Th., die Spartakusbriefe vertrieben hatte, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat nach § 89 StGB. angesehen, d. h. es hat diese Aufforderung nicht deswegen bestraft, weil dadurch die Form des Staates gewaltsam geändert werden sollte, sondern deshalb, weil vorsätzlich die Wehrmacht geschwächt werden sollte.

Es heißt in diesem Urteil: „In keiner der Druckschriften findet sich eine Andeutung, daß es sich nur um vorübergehende Arbeitsausstände oder solche von kurzer Dauer handeln sollte. Das Gegenteil folgt aus dem Inhalt. Es sollte die Fortführung des Krieges verhindert und seine Beendigung erzwungen werden. . . . Es standen also nicht bloß Demonstrationsstreiks in Frage, vielmehr ging die Absicht des Täters auf einen allgemeinen Ausstand zur Verhinderung des Krieges."

Die Auslegung, die Ludendorff (Urkunden der O. H. L., S. 101 ff.) dem Urteil gibt, geht demnach viel zu weit. Das argumentum e contrario ergibt vielmehr, daß Demonstrationsstreiks auch im Kriege noch kein Landesverrat sind, weiter aber auch, daß ein Generalstreik mit dem Ziel der Beendigung des Krieges noch kein Hochverrat, sondern nur Landesverrat oder Versuch zum Landesverrat ist.

Ich stimme Volkmann (Bd. 6 dieser Reihe, S. 256) nicht darin bei, daß sich die Umrisse des Weltkrieges bereits im Jahre 1911 abgezeichnet haben. Im allgemeinen war doch die Stimmung sowohl im Volke wie bei den Staatsmännern so, daß man den Krieg zwar in das diplomatische Spiel einstellte, im Innern aber den Wahnsinn eines Krieges für unmöglich hielt. Bedenkliche Verschiebungen der Machtverhältnisse haben erst nach dem Balkankriege sich geltend gemacht. Die Folge war die große Heeresvorlage. Meines Wissens haben damals unverbindliche Verhandlungen hinter den Kulissen mit der Sozialdemokratie stattgefunden mit dem Ziele, daß sie wenigstens die Mittel für die Festungsbauten als „nicht aggressiv" bewilligen sollten. Es haben, soweit mir bekannt, auch gewisse Neigungen dazu bestanden. Schließlich ist die Bewilligung aber doch am Doktrinarismus der Partei gescheitert.

Wenn in der Sozialdemokratie ein starkes Mißtrauen gegen das Heer bestand, weil sie glaubte, daß es auch zur Unterdrückung der Arbeiterschaft verwandt werden könne, so darf nicht vergessen werden, daß z. B. die Alexander-Kaserne in Berlin ostentativ als Zwingburg gebaut und bezeichnet worden ist und das unglückliche Wort des Kaisers „Ihr müßt auf Vater und Mutter schießen" natürlich unvergessen geblieben ist.

Lenin verlangte im Gegensatz zu Trotzki sogar die Niederlage des eigenen Volkes zum Zwecke der Revolution (vgl. darüber mein Gutachten, Bd. 6 dieser Reihe, S. 168). Paléologue bestätigt es („La Russie des Tsars", Bd. I, S. 174 der französischen Ausgabe). Er berichtet unterm 17. Oktober 1914, daß ein gewisser Lenin diese Theorie propagiere, daß sie aber in russischen Arbeiterkreisen keinen Anklang finde. Die Ansicht, daß das russische Volk nur durch eine Niederlage von seinen Fesseln befreit werden könne, hat 1905 übrigens auch Prof. Miljukow, keineswegs Sozialdemokrat, sondern Kadett, allerdings politischer Flüchtling, gelegentlich eines Besuches in Berlin geäußert.

Von dieser Überzeugung von der Notwendigkeit der Niederlage des eigenen Volkes als Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution, die nach dem Siege des Proletariats das glückhafte Zeitalter der klassenlosen Gesellschaft bringen würde, ist scharf jene Richtung zu trennen, von der Volkmann in seinem Gutachten (Bd. 6 dieser Reihe, S. 267 f.) spricht. Diejenigen, die den Sieg Deutschlands nicht wünschten, wollten noch nicht dessen Niederlage. Der logische Fehlschluß, durch quaternio terminorum beides gleichzusetzen, erklärt sich daraus, daß die, die ihn machen, entweder im militärischen Standesbewußtsein eine Beendigung des Krieges immer nur im Siege sahen, oder die als Machtpolitiker einen Verständigungsfrieden auf dem Status quo ante als eine Niederlage werteten. Ein deutscher Sieg wurde weit über die Kreise der Unabhängigen hinaus gefürchtet. Namentlich nachdem die Friedensschlüsse im Osten erschreckend gezeigt hatten, was die Gewalten sich unter einem „Schwertfrieden" dachten. Die Gefahr bestand, daß dem Sieg ein Frieden folgte, der die Welt gegen Deutschland nur noch fester zusammengeschmiedet hätte, und weiter die Gefahr, daß im Innern der Übermut der herrschenden Schichten und der Militarismus im übelsten Sinne zu solcher Höhe wuchs, daß die Massen, Arbeiterschaft und verarmtes Bürgertum, ihn auf die Dauer nicht ertragen hätten.

Wie bei allen Arbeiten, die sich mit dem Radikalismus in der Sozialdemokratie beschäftigen, fehlt auch bei Volkmann jeder Hinweis auf die „Lokalisten", d. h. die „syndikalistischen" Gewerkschaften, die allerdings in Deutschland nicht annähernd die Bedeutung hatten wie in Frankreich und wohl auch wie in Italien.

Diese ganz radikalen Gruppen lehnen alle politischen Parteien ab, da Wirtschaft und Politik identisch seien. Sie gehen also noch weiter wie Spartakus, der nach ihrer Meinung gleichfalls den Kern der Arbeiterbewegung verkennt. Der Vorsitzende dieser Gruppe ist Herr Kater. Das Statistische Jahrbuch bringt nichts über die Stärke dieser Gewerkschaften vor dem Kriege, da sie keine Auskunft gegeben haben. Ich habe mich nun an Kater selbst gewandt. Er schätzt die Stärke der Bewegung bis 1908 auf zirka 22000 Mitglieder. Sie seien dann langsam auf 10000 gesunken, dann sei aber wieder ein Aufstieg erfolgt. Sie hatten zwei Organe, „Einigkeit" und „Pionier". Beide Organe wurden bereits August 1914 bis zum Kriegsende verboten. Sie gaben darauf ein Mitteilungsblatt heraus, das 1917 verboten wurde. Ebenso erging um diese Zeit ein Redeverbot an Kater.

Von den in der Revolution bekanntgewordenen Männern gehörte nur Barth zu ihnen, der sich damals „Anarchist" nannte. Es ist nicht uninteressant, daß Kater, als er von Barth sprach, es auch mit dem mitleidig ironischen Lächeln tat, das die meisten von denen aufzusetzen pflegen, die persönlich mit ihm zu tun gehabt haben. Der in der Marinedenkschrift als Agitator in englischen Kriegs-

gefangenenlagern genannte Rokker gehörte auch zu ihnen. Diese Leute müssen doch irgendwo geblieben sein. Es ist nicht anzunehmen, daß gerade diese Fanatiker ihre Agitation aufgegeben haben werden und das Ferment an manchen Orten gebildet haben müssen.

Zu den ganz Extremen, zu den zahlreichen Psychopathen, die Noske z. B. 1918 in Kiel feststellte, treten dann die Eingänger, die Überschwenglichen, die Literaten, die man nicht ganz treffend „Edelanarchisten", „Edelkommunisten" usw. nennt. Dazu gehörte der ermordete Landauer, der einer der edelsten Menschen war, die ich gekannt habe, der aber praktisch und politisch ein Kind war und geblieben ist. Dann Mühsam, den alle Leute kannten, die im Café „Größenwahn" in Berlin und im „Café du Dôme" in Paris verkehrten, ein Kunstzigeuner, den alle seiner Überzeugungstreue wegen achteten, dessen anarchistische Theorien aber nicht ganz ernst genommen wurden. Dann kam Silvio Gsell, der ein sehr logisch aufgebautes, dialektisch kaum zu widerlegendes und doch unsinniges System des sich selbst verzehrenden Geldes aufgestellt hatte. Im gewissen Sinne gehörte auch Eisner in diese Kategorie. Alle Leute, die in politischen Personalien orientiert waren, schüttelten den Kopf darüber, daß diese Künstler- und Apostelnatur eine politische Rolle spielen könne, obwohl sein erstes Manifest für Frieden, Freiheit und Völkerversöhnung nach Escherichs Zeugnis in ganz Bayern Anklang fand.

Zu den Psychopathen gehörte sicher der so häufig als Kronzeuge zitierte Artelt. Nach einem Brief Noskes an mich empfing er ihn über und über mit Rot behängt am Bahnhof, stieg in sein Auto und rief ununterbrochen, obwohl er schon ganz heiser war: „Es lebe die Revolution!" Statt sich auf die Broschüre von Popp und Artelt zu verlassen, scheint es mir richtiger, die Broschüre von Rausch „Am Springquell der Revolution" als Quelle zu nehmen. Es ist ganz besonders interessant, die erste und die zweite Auflage zu vergleichen.

Auffallend ist auch, wieviel Jugendliche an der Bewegung beteiligt gewesen sind, die noch als halbe Kinder Soldaten geworden waren. Typisch dafür ist Reichpietsch. Aber auch der Dichter Toller, 1893 geboren, Kriegsfreiwilliger, dann Pazifist, gehörte in gewissem Sinne dazu.

Gerade daß Phantasten und Theoretiker und viele bis dahin unbekannte Männer Führer der Revolution wurden, scheint mir ein Beweis, wie wenig sie von den politischen Führern vorbereitet waren. Es können natürlich auch neue Leute auftauchen. Aber wenn sie wirklich Persönlichkeiten sind, werden sie nicht wieder verschwinden. Die Helden, die die Welle der Umwälzung aus dem Unbekannten emporgetragen hat, sind verschollen, als wären sie nie gewesen. Nicht zuletzt auch Richard Müller, der eine so große Rolle bis zu dem Augenblick spielte, in dem feststand, daß die Nationalversammlung trotz seiner Drohungen einberufen würde.

Sehr interessant wäre es auch, festzustellen, wie sich die Mitglieder der gelben Gewerkschaften im Kriege entwickelt haben. Vor dem Kriege nannte man sie „Blutorangen", „außen gelb, innen rot". Es ist mir verschiedentlich gesagt worden, daß sie einen starken Anteil für die Radikalen stellten. Nachkontrollieren kann ich es nicht.

Zu den Ausführungen Volkmanns (Bd. 6 dieser Reihe, S. 300) möchte ich folgendes bemerken: Zunächst scheint mir der Gegensatz „Partei, die sich vorbehaltlos an die Seite der Nation stellt" und „Partei, die die Sonderinteressen der von ihr vertretenen Klasse in den Vordergrund stellt" begrifflich ebensowenig prägnant wie die schroffe Gegenüberstellung „national" und „international". Derselbe Unterschied, den Volkmann für die Sozialdemokratie macht, wird auch von der linken Seite in dem Verhalten der Parteien der Rechten gefunden, z. B. ihres Verhaltens zu den Problemen der preußischen Wahlrechtsreform, der Parlamentarisierung, des Friedensschlusses, der Kriegsbesteuerung, der Lebensmittelzurückhaltung wegen. Auf beiden Seiten wird vergessen, daß jede Partei, die ihr Programm ideologisch und nicht nur rein wirtschaftlich orientiert, von dessen Durchführung das Wohl der Gesamtheit erhofft. Das trifft für den Marxismus — hier scheint mir das häufig unzutreffend angewandte neue agitatorische Schlagwort einmal am Platze — noch mehr zu als für andere Parteien, die von Stahl geformte konservative Ideologie ausgenommen. Beide Theoretiker vertrauten auf ein Definitivum, das Stahl in der bestehenden gottgewollten Ordnung gefunden zu haben meinte, Marx in den klassenlosen Zukunftsstaat verlegte. Daß häufig Menschlich-Allzumenschliches die Tagespolitik bestimmt, steht auf einem anderen Blatt. „Politik verdirbt den Charakter", wenn der Charakter irgendwo eine schwache Stelle zeigt.

Gänzlich unverständlich sind mir in den Ausführungen Volkmanns die Absätze über die Behandlung der innerpolitischen Probleme geblieben. Richtig ist, daß die Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den beiden anderen Mehrheitsparteien sich um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit den anderen Klassen bemüht hat. Darüber habe ich schon in der Diskussion über das Bredtsche Gutachten gesprochen. Die Tragödie des Hilfsdienstgesetzes wäre einer sehr eingehenden Forschung wert, die allerdings von der Prüfung der Wirkungen des Hindenburg-Programms und der von mir bereits behandelten Entfernung Groeners aus dem Kriegsamt nicht zu trennen ist. Ich verweise auf die sehr ausführliche Darstellung in Helfferich, „Weltkrieg" (Bd. II, S. 249 ff., besonders auf S. 269), aus der sich ergibt, daß neben den Sozialdemokraten nicht nur die Arbeitervertreter des Zentrums, sondern auch der Eisenbahner Ickler, der Arbeitervertreter der Nationalliberalen, sehr weitgehende Forderungen anmeldeten. Wo aber ist um „sozialistische Rechte" gekämpft worden? Sozialistisch im gewissen Sinne war nur die Zwangswirt-

schaft. Ihre Notwendigkeit wurde höchstens von denjenigen Interessenten bestritten, die von ihr eine Schmälerung ihres Profits fürchteten. Streit bestand nur über die Methoden und über die Grenzen der Möglichkeit.

Auf Grund dieser Tatsachen muß ich zu dem Schlusse kommen, daß hier die Begriffe „sozial" und „sozialistisch" durcheinandergeworfen sind. Die Haltung der sozialistischen Parteien nach der Umwälzung zeigte, wie wenig „sozialistische" und „marxistische" — marxistisch im Sinne Volkmanns — Atome die Bewegung enthielt. Der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 beginnt zwar mit den Worten: „Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen." Dann folgen die Programmpunkte, die aber nur rein demokratische Forderungen, keine einzige sozialistische bringen. Der Aufruf der Preußischen Regierung vom 13. November 1918 erwähnt als sozialistischen Programmpunkt neben zahlreichen demokratischen Forderungen und dem Versprechen der Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung nur: „Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und wirtschaftlichen Großbetriebe."

An Sozialisierungen dachte man also höchstens im Sinne der auch von zahlreichen Nichtsozialisten befürworteten Überführung von Bergwerken, Elektrizitätswerken usw. in staatliche oder kommunale Bewirtschaftung, d. h. an einen Staatskapitalismus, wie er z. B. bei den Eisenbahnen schon bestand. Politisch waren mit der Umwälzung die Mehrheitssozialisten konservative Demokraten geworden. Sie verlangten sofortige Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung. Die Unabhängigen pendelten wie die Nationalliberalen kompromißlüstern zwischen ihnen und den Linksradikalen (Wahlen, aber nicht sofort). Nur diese Linksradikalen wollten die Diktatur des Proletariats im Rätesystem zur allgemeinen Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. Im Gegensatz zu Volkmann sehe ich geradezu eine Tragik der Sozialdemokratie darin, daß sie gar nicht daran denken konnte, den Sozialismus zu realisieren, als sie zur Macht kam, ja vielleicht an dem Grundprinzip der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel überhaupt irre wurde.

Ich glaube jedoch, daß hier nicht der Ort ist, über das vielumstrittene und vielfältig ausgelegte Dogma von Marx zu diskutieren. Ich möchte nur auf das eine hinweisen, das mit der Frage des Revolutionären in Verbindung steht, die Volkmann zu Beginn seines Gutachtens berührt hat. Der „Zukunftsstaat", um diesen Ausdruck zu gebrauchen, muß nach Marx und Engels kommen, wenn die Zeit erfüllt ist. Die Expropriation der ganz geringen Zahl der dann noch vorhandenen Expropriateure und die Diktatur des Proletariats sind zur

Überführung des Klassenstaates in die neue Gesellschaftsordnung wahrscheinlich erforderlich, aber keineswegs unbedingt notwendig.

Weiter scheint mir notwendig, folgendes zu sagen: Die Darstellung Volkmanns behandelt das ihm gestellte Problem in sehr interessanten Ausführungen über die Ideologie der sozialdemokratischen Führer mit einem starken Willen zur Objektivität. Ich glaube aber, man kann Ideologien nur dann fassen, wenn man sie erlebt, nicht aber, wenn man sie innerlich ablehnt. Oder aber, wenn man Skeptiker ist und nicht Bekenner. Aus einer rein verstandesmäßigen Zergliederung kann das Programm einer Partei herausgeschält werden. Wichtig für unsere Aufgabe ist aber nicht das Programm, das immer nur Zielsetzung ist — beim Chiliasmus des Sozialismus noch mehr als bei anderen Parteien —, sondern die im Kriege entsprechend den praktischen Möglichkeiten befolgte Tagespolitik; nicht die Ideenwelt der Führerschaft, sondern die Differenzierung der Wirkung auf die Gefolgschaft. Die Anhänger ganz radikaler Parteien werden Erfüllung von Gegenwartsforderungen in der Regel verachten. Anders liegt es jedoch bei den Parteien, die nur bedingt Zukunftspolitik treiben. Zu diesen Parteien gehörte die USPD, mit Ausnahme ihres linken Flügels. Von Auskunftspersonen zu den Marinevorgängen wissen wir, daß die Mannschaften für diese Partei gewonnen wurden, nicht weil sie Sozialisten wurden, sondern weil sie in ihr die schärfste Kriegsgegnerschaft sahen und von ihrem Einfluß die baldige Beendigung des Krieges durch Verständigung hofften.

Aus den einleitenden Worten Volkmanns glaube ich folgern zu können, daß er sich des Nachteils bewußt ist, der in jedem Herausreißen einer Bewegung aus dem Gesamtzusammenhang liege. Nur wenn man sie dort hineinrangiert, wird das Bild nicht verzeichnet. Nur wenn man sie hineinrangiert, kann auch das Gegenspiel der Mehrheitssozialdemokratie gegen die Radikalen richtig gewürdigt werden, die es als eine ihrer Hauptaufgaben ansah, die Massen nicht ins Radikale abtreiben zu lassen. Will man die ganze Bewegung richtig verstehen, so muß man von der verfassungswidrigen Ächtung der Sozialdemokratie durch die Regierung im Frieden ausgehen. Nur dann kann man verstehen, daß die Sozialdemokratie diesem Staate nur feindlich gegenüberstehen konnte, und daß diese Feindschaft nicht bei allen durch die Liebe zur Heimat überbrückt werden konnte. Geht man davon aus, so begreift man, daß alle Geschehnisse der Kriegsjahre anders auf sie einwirken mußten als auf diejenigen, die vorher vom Staate als gleichberechtigte Bürger, wenn auch als Demokraten stiefmütterlich behandelt wurden. Nicht die Absplitterung einer sozialdemokratischen Opposition ist auffällig. Auffällig ist, wie wenig Gefolgschaft sie letzten Endes gefunden hat.

Die Ereignisse auf dem großen Welttheater, die der Opposition zu ihrer Gefolgschaft verhalfen, sind bekannt; ich kann darüber auf

mein Gutachten verweisen. Aber auch kleinere Vorgänge, die auf die große Folge der Ereignisse ohne Einfluß waren, wirkten sich auf die oppositionelle Bewegung aus. Ich rechne dazu z. B. die Versetzung Groeners an die Front und was damit zusammenhängt. Ich möchte es dahin ergänzen, daß in den Verhandlungen im Hauptausschuß am 24. August 1919 nicht nur Scheidemann, sondern auch der Fortschrittler Liesching und der Zentrumsabgeordnete Erzberger von der Besorgnis sprachen, die dieser Schritt in Arbeiterkreisen, namentlich auch in christlich-nationalen, erregt habe. Ich habe die Angelegenheit in meinem Gutachten behandelt. Auch die Rede des Präsidenten des Herrenhauses, v. Wedell, gehört dazu, auf die bereits in den Verhandlungen hingewiesen worden ist, endlich auch der vom Grafen Eulenburg erwähnte Fall Tepper-Laski, über den ich bereits schriftlich berichtet habe.

Volkmann schreibt (Bd. 6 dieser Reihe, S. 306): „Der Kampf der oppositionellen Gruppen hatte wesentlich dazu beigetragen, die Kraft des Heeres und den kriegerischen Geist zu schwächen.“ Den Beweis für diese apodiktische Behauptung ist er schuldig geblieben. Ich stelle die Gegenfrage: Kann für das Mißglücken der Offensive auf Reims, für den Erfolg der Alliierten am 18. Juli und am 8. August 1918, d. h. für die drei entscheidenden Niederlagen, der Kampf der oppositionellen Gruppen auch nur mitverantwortlich gemacht werden? Die Frage stellen heißt sie verneinen.

Volkmann schreibt weiter, das deutsche Volk habe 1918 keinen würdigen Anblick geboten. Man kann wirklich nicht verlangen, daß ein ausgebluteter, verhungernder Bettler, der glaubt, das Stückchen Brot greifen zu können, das ihn vor dem Tode retten soll und darüber vergißt, daß noch andere Gefahren drohen, besonders würdig aussieht. Es kann auch nicht behauptet werden, daß diejenigen, gegen die sich „der revolutionäre Taumel kehrte“, ein besonders erhebendes Bild abgegeben hätten. Im Herrenhaus wurde in den letzten Oktobertagen einstimmig ein Antrag des Grafen York betreffend Bekundung der Treue zum angestammten Herrscherhaus angenommen. Sein Schlußsatz lautet: „Das Herrenhaus wird eingedenk seiner Vergangenheit allzeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Throne stehen.“ Wo blieb diese Schutzwehr, wo blieben die Monarchisten, als die Stunde schlug? Keiner kam, auch niemand aus dem Herrenhaus. Die Gegenfrage, wo die Monarchen blieben, muß von den Monarchisten gestellt werden.

Warum denn, wie mit einem Besen
Wird so ein König hinausgekehrt?
Wären's Könige gewesen,
Sie ständen alle noch unversehrt!

In Rußland fanden sich kaisertreue Offiziere, die eine heroische Geste eines hoffnungslosen Widerstandes machten. Der alte General

v. Stackelberg bewaffnete sich und seine zwei Burschen mit Revolvern und schoß so lange auf die Aufständischen, bis sie alle drei niedergemacht wurden. Und auch von Berlin weiß ich von einem solchen rein demonstrativen Zurwehrsetzen. Durch Prof. Schiemann. Als am 9. November 1918 die Arbeiterzüge über die Linden zogen, ging der klein gewachsene Herr auf dem Bürgersteig an ihnen vorüber, lüftete seinen Zylinder in regelmäßigen Abständen und rief: „Es lebe der Kaiser!", ohne daß allerdings die Arbeiter ihm irgend etwas taten.

Ich habe schon in meinem Gutachten betont, daß ich keineswegs Mangel an Mut oder Opferwillen verantwortlich mache für das resignierte Dulden, namentlich auch durch die Offiziere. Die Verbürgerlichung war in Deutschland eine Etappe weiter vorgeschritten als in Rußland. (Professor Schiemann war Balte!) Sinn für Zweckmäßigkeit hatte sich an Stelle einer unabdingbaren Lehnstreue bis zum erfolglosen Heldentum geschoben. Der Begriff des Rittertums war nur noch Form und Theorie, nicht mehr Sinn und Erlebnis. Nur noch Zeremonie, nicht mehr Religion. Allerdings wußten die Offiziere nicht, daß die alten Götter tot waren. Daher die Täuschung — die gefährlichsten Irrtümer wurzeln darin, daß dem Irrenden überhaupt kein Zweifel zu kommen braucht —, die Abdankung würde den Zusammenhalt der Armee lockern, wenn nicht auflösen. Wobei der weitere Irrtum unterlief, Offizierkorps und Armee gleichzusetzen, trotz der übermäßig scharf durchgeführten gesellschaftlichen Scheidung und der Differenzierung des Ehrbegriffs durch die Offiziere selbst. Wenn die Kaste, die einen kavaliermäßig verfeinerten Ehrbegriff zum Leitstern und Vorrecht machte, so verbürgerlicht und wohl auch so erschöpft war, daß sie den Willen zur „Treue bis in den Tod" nicht fand, worin sollten die anderen Schichten den Antrieb für die Überwindung des „inneren Schweinehunds" zur zwecklos gewordenen Aufopferung kurz vor Toresschluß suchen? Zu erwägen wäre noch, ob nicht die moderne Methodik des Weltkrieges, in dem raffinierteste Technik und geduldiges Massensterben auch die letzte Ähnlichkeit mit dem Kräftemessen im Turnier nahm, in dem Disziplin an Stelle des persönlichen Mutes trat, dahin mitgewirkt hat, das individuelle Todessuchen, das praktischen Nutzen nicht mehr bringen würde, als Anachronismus zu empfinden, als Heroismus aus einer Ballade verklungener und in Giftgasen erstickter Epoche.

Volkmann betont, daß sich die Offiziere auch der neuen Staatsform zur Verfügung gestellt haben. Niemand wird bestreiten, daß sie es, Hindenburg an der Spitze, getan haben. Genau wie die Beamten, die Bürgerschaft und die Arbeiterschaft mit wenigen Ausnahmen. Aber wir alle erfüllten doch nur unsere selbstverständliche Pflicht, als wir hinter Ebert traten, um das Reich und des Reiches Einheit zu retten. Sicherlich haben Offiziere mit ihren Freikorps der Regierung Eberts zunächst gute Dienste geleistet. Über ihre und der Spartakisten spätere

Sünden wollen wir hier wenigstens den Schleier nicht fortziehen. Aber ehe sie in Aktion treten konnten, hatten Demokraten und Sozialdemokraten am kritischsten Tage die Wilhelmstraße in so dichten Massen gefüllt, daß die bewaffneten Spartakustruppen den verbrecherischen Mut nicht aufbringen konnten, in die unbewaffnete Mann an Mann gedrängte Menschenmenge hineinzuschießen. Ein besonderes Lob kann ich für uns aber nicht in Anspruch nehmen. Was wir taten, taten wir ja auch zur Selbstverteidigung. Es hieß doch für jeden von uns „tua res agitur", und ich glaube, für viele darf Uhlands Vers zitiert werden: „Ich tat's aus Haß der Städte, und nicht um Euern Dank."

Nun zur Frage der Soldatenräte. Es will mir scheinen, als ob hier eine letzte Stellung ausgebaut wird, um von der Dolchstoßtheorie zu retten, was noch zu retten ist. Dabei möchte ich beiläufig bemerken, daß ich das Scheltwort als von Maurice herrührend zuerst zitiert gefunden habe in einer Schrift des Konteradmirals a. D. Foß, „Enthüllungen über den Zusammenbruch", die Februar 1919 geschrieben ist. Gewissermaßen offiziell ist die Anschuldigung wohl zuerst erhoben worden in einer „Eingabe der Offiziere der königlich preußischen Armee und der ehemals kaiserlichen Marine" an die Königin der Niederlande, „Gegen die Auslieferung des Kaisers", abgedruckt in der „Zeitschrift des Nationalverbands Deutscher Offiziere" vom 5. Juli 1919. Es heißt dort zum Schluß: „Hochverräterische Umtriebe im eigenen Lande, nicht aber die Waffengewalt der Feinde haben die Kampfkraft der Armee schließlich gebrochen."

Um auf die Soldatenräte zurückzukommen. Es ist selbstverständlich, daß sie viel Unfug getrieben haben, auch daß sie vielfach gegeneinander gearbeitet haben. Es fehlte die zentrale Leitung, für mich ein Beweis, daß von einer wohl vorbereiteten und revolutionären Verschwörung nicht die Rede sein kann. Nach General Maerker liegen die Dinge etwas anders, als sie Volkmann darstellt („Vom Kaiserheer zur Reichswehr", Leipzig 1921, S. 20 ff.). Maerker, der die ganze Einrichtung mißbilligt, gibt zu, „daß es im Heere zahlreiche Soldatenräte gegeben habe, die neben der Überzeugung von der Notwendigkeit scharfer Manneszucht auch das Bestreben besaßen, ihren Einfluß auf ihre Kameraden in diesem Sinne geltend zu machen, um die bedrohte Ordnung während des Rückmarsches aufrechtzuerhalten". Er zitiert weiter eine Verfügung der O. H. L., in der gesagt wird, daß die Soldatenräte die Mannschaften wieder zur Pflichterfüllung bekehrt hätten und empfohlen wird, den jungen Offizieren die restlose Befehlsgewalt über den Mann durch die Soldatenräte wieder zu verschaffen [1]).

Sehr interessant ist ein Einzelfall. Volkmann erwähnt eine Beschwerde des Soldatenrates Freiburg über den Soldatenrat in Lörrach. Nach Gugelmeier (S. 119) waren dort Vorsitzende ein Gewerkschafts-

[1]) Vgl. auch Anlage VIII f., s. u. S. 124 f.

sekretär und ein Leutnant. In der Anlage[1]) lege ich einen Aufruf dieses Soldatenrats bei. Natürlich gab es auch Hitzköpfe in ihm, von dem einer besonders scharf über die Bestimmungen der Zwangswirtschaft wachte. Ich glaube, hier liegt des Pudels Kern. Die Räte arbeiteten in Kirchturmspolitik gegeneinander, natürlich noch viel schlimmer als bisher in den geordneten Verhältnissen die einzelnen Kreise und Bundesstaaten.

Wie konnte es überhaupt aber dazu kommen, daß das russische Vorbild der Soldatenräte so schnell und so allgemein ohne irgendwelche Vorbereitung Eingang im deutschen Heere fand? Das war nur möglich als Reaktion auf die Rechtlosigkeit — die Klagen über die Gefahren und die Nutzlosigkeit von Beschwerden sind bekannt — sowie auf die Natur und die Form der Subordination. Hiermit steht das Problem des Offiziershasses vor uns, den man beklagen und häufig für ungerecht ansehen kann, den aber abzuleugnen nach den Bekundungen so vieler Männer, die nicht der Sozialdemokratie angehörten, nicht gut angeht, und der sich, wie sich aus Troelsch (Spektatorbriefe, S. 10, 20) und Gugelmeier (S. 100, 101) ergibt, über die militärischen Kreise hinaus erstreckte.

Offiziershaß ist wohl so alt, wie es Heere gibt. Er spricht schon aus den alten Liedern der Landsknechte. Bei dieser wüst zusammengewürfelten Gesellschaft war ein barbarisches Strafsystem, das noch dazu der Roheit der Zeit entsprach, unvermeidlich. Die Auflehnung dagegen beginnt in dem Augenblick, als aus Söldnerheeren Volksheere werden. In dem von Ulrich Rauscher herausgegebenen „Erinnerungen eines Toten", den Memoiren eines Frankfurter Patriziersohns Fröhlich, der in die französische Armee des ersten Napoleons als Offizier eingetreten war, erzählt der Verfasser, daß er von seinen Kameraden mehrfach gehänselt worden sei, weil bei den deutschen Regimentern so viel geprügelt würde. Die Frage der Soldatenmißhandlungen hat ja dann auch den Reichstag fast alljährlich beschäftigt. Wie sie mit der Ehre, „des Königs Rock zu tragen", vereinbar waren, ist allerdings unverständlich. Aber auch schon das vielfach übliche Duzen verletzte. Selbst aber dort, wo die Formen gewahrt wurden, empörte das System der dienstlichen und gesellschaftlichen Differenzierung. Selbstverständlich muß zwischen dem, der befehlen, und dem, der gehorchen muß, Distanz gehalten werden. Aber der Offizier wurde doch zu sehr zum mindesten bis zur Halbgottähnlichkeit emporgehoben, der „Kerl" zu sehr unter sein Menschentum heruntergedrückt. Symptomatisch für die Empfindungen, die diese Formen bei den Untergebenen auslösten, sind ja die schon bei früheren Verhandlungen erwähnten Forderungen, die im November 1918 sowohl im Heer wie in der Marine erhoben wurden. Ich möchte zwei weitere Beispiele beifügen, die sich in

[1]) Anlage VI s. u. S. 115.

Gugelmeier (S. 118, 119) finden. In Hamburg hat ein Mitglied des Soldatenrats auch die ältesten Offiziere mit „mein Sohn“ und „Du“ angeredet. Im Soldatenrat zu Lörrach hat ein Soldatenvertreter, dem man sagte, er könne bei seiner Rede sitzen bleiben, erwidert: „Vier Jahre habe ich schweigen und mich ducken müssen, jetzt will ich aufstehen und reden.“

Im Kriege mußte die Entfremdung noch weiter klaffen, da der Unterschied der Lebenshaltung fühlbarer und sichtbarer wurde. Pater Pribilla klagt, daß den Zechgelagen hinter der Front durch Einführung einer Hindenburgstunde ein Damm entgegengesetzt werden müsse und schreibt (S. 258): „Der S. C. Betrieb in Brüssel und Warschau sei nur nebenbei erwähnt — viel böses Blut hat auch die Rücksichtslosigkeit gemacht, mit der bewährte Reserveoffiziere aus gesuchten angenehmen Posten durch jüngere aktive Herren verdrängt wurden.“

Maerker a. a. O. (S. 16) schreibt: „Zu dieser politischen Vergiftung kam noch ein Umstand, der für die Stimmung der Kampftruppen ungünstig war, das war das Verhältnis zu manchen Stäben der höheren Führung, die, wo nicht ganz besonders tatenfreudige und für den Kampf begeisterte Führer an ihrer Spitze standen, sich des Kriegszustandes mehr oder weniger entwöhnt hatten und deren Leben sich der Etappe näherte, was im gleichen Maße die Mißstimmung der Kampftruppen erregte. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung nahm auch das Verständnis solcher Stäbe nicht nur für die Bedürfnisse, sondern auch für die körperliche und sittliche Leistungsfähigkeit der Truppen ab. Das wiederum führte oft dazu, von der Truppe die Lösung von Aufgaben zu fordern, die sie nicht mehr erfüllen konnte, während die Tatsache der Forderung bei ihr Verbitterung auslöste.“ Und weiter heißt es (S. 345): „Der Krieg hatte eine sehr bedauerliche Entfremdung zwischen den Truppen und den höheren Stäben gebracht. Nicht durch Schuld der Truppe.“

Und trotzdem, als die kritischen Stunden kamen, verlangte man von den Offizieren allerdings das für sie sehr schmerzliche Opfer, die Rangzeichen abzulegen, das für sie sicher mehr war, als nur Unsichtbarmachung des Unterschiedes zwischen Mann und Vorgesetzten, die es für den Soldaten bedeutete. Nur allzu oft sind sie auch in sehr häßlich brutaler Weise abgerissen worden. Aber — so oft der Ruf: „Licht aus, Messer raus!“ ausgestoßen worden sein mag, es ist nichts davon bekanntgeworden, daß Mannschaften ihre Offiziere gemißhandelt oder gar ermordet hätten. Daß es nicht zu jener furchtbaren Vergeltung wie in Rußland gekommen ist, lag sicher nicht nur daran, daß die Deutschen weniger rachsüchtig und grausam sind als die Russen, sondern noch mehr daran, daß sich die Auflehnung gegen das System, nicht gegen den einzelnen Offizier richtete.

Zu den Ausführungen des Abg. Grafen zu Eulenburg habe ich zunächst einiges Persönliche zu bemerken.

Graf zu Eulenburg moniert die von mir gebrauchte Wendung: „regelrechte" Pazifisten. Er hat recht. Sie ist ein unschöner Berlinismus und wäre besser aus dem Stenogramm herauskorrigiert worden. Was (Bd. 4 dieser Reihe, S. 306) gemeint ist, kann jedoch für die, die sich auch nur ein wenig mit dieser Bewegung beschäftigt haben, nicht zweifelhaft sein. Nämlich, daß die Pazifisten — gewisse Extreme ausgenommen — es keineswegs als der Idee des Pazifismus widersprechend ansehen, im Kriege Mut zu zeigen, oder verlangen, die Wehrkraft des Volkes im Kriege zu lähmen. Nicht anerkennen kann ich dagegen, daß meine Formulierung: „kein klassischer Zeuge" ein unklares Werturteil sei. Es würde hier zu weit gehen, den allgemein üblichen Ausdruck „klassischer Zeuge" zu erläutern. Ich muß auf das Konversationslexikon (z. B. Meyer z. T. unter „klassisch", z. T. unter „Zeuge") verweisen.

Graf zu Eulenburg hält mir entgegen (o. S. 11), es sei ein Unterschied, ob man für nationalen Widerstand agitiere oder für Revolution. Das ist bei einer Debatte über den Dolchstoß ein Truismus. Graf zu Eulenburg kämpft aber gegen eine zu diesem Zwecke aufgestellte Windmühle. Ich habe von der Agitation der Annexionisten und der der Sozialrevolutionäre gesprochen. Um aber jedes Mißverständnis auch für den Übelwollendsten ein für allemal auszuschließen, muß noch einmal wiederholt werden, was schon vielfach gesagt worden ist: Die Erbitterung der hungernden Massen wurde durch die Annexionspropaganda und die der Linksradikalen gesteigert. Welche Propaganda mehr zur Gärung beigetragen hat, läßt sich natürlich mathematisch nicht abmessen. Die Spartakusbriefe aber und die Spartakusdokumente („Spartakusbriefe" Bd. 1, 2; „Spartakus im Kriege", Berlin, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten) beweisen, daß den Linksradikalen der Annexionismus wirksamstes Mittel schien, um die Friedenssehnsucht ihren Zielen dienstbar zu machen. Man findet in ihnen neben dem Kampf gegen die „Sozialpatrioten" als Verräter der Internationale — und zwar im Kampf gegen die „Revisionisten" ebenso wie in dem gegen den „Sumpf" —, neben dem Hinweis gegen den Kapitalismus als Erzeuger des Weltkrieges immer und immer wieder in den verschiedensten Fazettierungen leidenschaftlichste Anklagen, der Krieg werde durch Eroberungsgelüste verlängert. Erst mit der zweiten russischen Revolution tauchen mehr oder minder versteckte Aufforderungen zum „Abwerfen der Ketten" auf, verbrämt mit Hinweisen darauf, daß die deutsche bourgeoise Regierung das befreite russische Volk in die Knechtschaft zurückführen wolle. Nach dem sogenannten Faustschlag des Generals Hoffmann und dem mit ihm in Konnex stehenden Januarstreik 1918 scheint der „Boden für die revolutionäre Propaganda" hinreichend gelockert. Von da an beginnt die Agitation unter den Soldaten, auch an der Front (Spartakus im Kriege S. 19). Im Herbst 1918, nachdem die militärische Niederlage

offenbar geworden war und die russische Botschaft Agitationsmaterial lieferte (ebenda S. 20), wird die Revolution offen gepredigt. Über die Verbreitung der Spartakusbriefe und die dafür aufgewendeten Mittel, die die von Wrisberg angegebene Höhe von 20 000 Mark auch nicht annähernd erreichen, siehe die Anlage VII [1]).

Zum Fall Quidde hat sich Prof. Quidde selbst geäußert [2]).

Zum Fall Tepper-Laski habe ich in Ergänzung des von mir bereits eingereichten Schriftsatzes [3]) noch folgendes zu sagen: Es ist richtig, daß der vom Rittmeister a. D. v. Tepper-Laski an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" geschriebene Brief von Spartakus verbreitet worden ist, und zwar nicht in den eigentlichen Spartakusbriefen, sondern in den vom Herbst 1915 in den von der „Gruppe Internationale": „Zur Information" verbreiteten Rundschreiben (Spartakusbriefe Bd. I Nr. 7 S. 43 ff.). Nach den Ausführungen des Grafen zu Eulenburg mußte der unbefangene Leser glauben, daß der Brief Tepper-Laskis der Öffentlichkeit erst durch die Spartakusgruppe zugänglich gemacht worden ist. Das ist nicht der Fall. Wie sich aus dem Informationsschreiben selbst ergibt, ist er der „Berner Tagwacht" entnommen, wo er bereits im Wortlaut abgedruckt worden war. Nr. 8 der Informationsrundschreiben druckt dann, ohne einen Kommentar auch nur für nötig zu halten, die vielbesprochene annexionistische Stelle aus der Rede ab, die der Präsident des Herrenhauses, Graf v. Wedel-Piesdorf, am 15. März 1915 dort gehalten hatte. In einer von Spartakus im Sommer 1915 verbreiteten Broschüre: „Der Annexionswahnsinn" (Spartakus im Kriege S. 68 ff.) wird jener Passus aus der Rede des Königs von Bayern im Bayerischen Kanalverein wiedergegeben, die seinerzeit in Holland so unliebsames Aufsehen erregte. Verbreitet wurden weiter im Wortlaut die „Denkschrift der sechs Verbände" und die sog. „Professorendenkschrift" (Vorwort zu Spartakus im Kriege S. 9) Wenn also Graf zu Eulenburg (Bd. 4 dieser Reihe, S. 279) sagt, es könne nicht bestritten werden, daß die pazifistische Agitation von den Revolutionären als wertvolle Unterstützung betrachtet worden sei, so trifft diese Behauptung nach dem Vorhergehenden weniger die pazifistische als die annexionistische Agitaton. Wenn er weiter (Bd. 4 dieser Reihe, S. 278) schreibt, die pazifistische Bewegung habe dazu beigetragen, den Boden für die Revolution vorzubereiten, so kann man dagegen mit mehr Recht sagen: die sechs Verbände, deutsche Professoren, der Präsident des Herrenhauses, der König von Bayern halfen, den Boden für die Revolution vorzubereiten.

Einiges zur Methode des Grafen zu Eulenburg. Er begründet seine Verwechslung des linksradikalen Abgeordneten Oskar Cohn mit

---

[1]) Anlage VII s. u. S. 115 f.
[2]) Vgl. Bd. 7, I, S. 1/2.
[3]) Vgl. Bd. 4 dieser Reihe S. 307 und 345 f.

dem auf dem rechten Flügel der MSPD stehenden Cohen-Reuß damit, daß man nicht alle Mitglieder der Familie Cohn kennen könne. Gewiß nicht. Personenverwechslungen sind an sich kein Verbrechen. Wenn jemand z. B. die Schriften Herbert Eulenbergs mit denen des Fürsten Philipp zu Eulenburg verwechselt, so kann das bei der Namensähnlichkeit passieren. Wenn es aber in einer Literaturgeschichte geschieht, so mindert sich das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Werkes.

Graf zu Eulenburg hat weiter ausgeführt, es sei Sache des einzelnen, welche Quellen er benutzen wolle. Es geht natürlich nicht an, sich die Quellen auszusuchen, sie nach Gutdünken für richtig oder unrichtig zu erklären. Ebensowenig sind untrügliche Beweismittel Behauptungen, die in polemischen Schriften gegen eine Partei aufgestellt worden sind. Schon in der Sitzung vom 19. März 1926 hatte Graf zu Eulenburg erklärt (Bd. 4 dieser Reihe, S. 320), es sei Auffassungssache, was man aus Zitaten herauslese. So geht es meines Erachtens nun doch nicht. Ebensowenig, wie man eine ernsthafte Diskussion über den Wert eines Kunstwerks mit dem Satz abschließen kann, über den Geschmack ließe sich nicht streiten.

Natürlich sind Exegeten schon häufig zu entgegengesetzten Ergebnissen gekommen. Eine Hermeneutik ist aber nur möglich, wenn der Text der Urkunde nicht zurechtgestutzt ist. Auch durch Fortlassen kann ein Falsum entstehen. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern, das dem Streit der Parteien entrückt ist. Auf der Burg Tirol bei Meran hat irgendein italienischer Verein zum Beweise des historischen Anrechts Italiens auf Südtirol aus dem XX. Gesang der Göttlichen Komödie den Vers anbringen lassen: „Am Fuß des Alpgebirgs, das Deutschland schließt." Die Strophe Dantes lautet aber:

„Ein See liegt an des schönen Welschlands Rande,
Am Fuß des Alpgebirgs, das Deutschland schließt,
Benaco heißend, beim Tiroler Lande."

Da der Lago Benaco der Gardasee ist, ergibt das vollständige Zitat das Gegenteil des aus dem Zusammenhange gerissenen einzelnen Verses. Zu denjenigen Zitaten, von denen bereits am 28. März 1918 nachgewiesen ist, daß ihre ungenaue Wiedergabe sie entstelle, treten noch weitere hinzu, die ich in folgendem besprechen werde.

Die Ausführungen von Richard Müller, Ledebour, Däumig und Wels gebe ich ausführlich wieder in Anlage VIII[1]), soweit sie sich auf unser Thema beziehen, da sie wichtiges tatsächliches und psychologisches Material für die Novemberereignisse 1918 enthalten.

---

[1]) Anlage VIII s. u. S. 116 ff.

Im übrigen habe ich folgendes zu bemerken:

Äußerungen des Abg. Grafen zu Eulenburg. Zu oben Seite 4.	Bemerkungen des Sachverständigen
Graf zu Eulenburg behauptet, daß das Urteil im Münchner Dolchstoßprozeß den historischen Wert der beiden Dolchstoßhefte der „Süddeutschen Monatshefte" festgestellt habe.	Es ist nicht richtig, daß das Urteil im Münchner Dolchstoßprozeß, das, nebenbei bemerkt, infolge der Erledigung des Privatklageverfahrens durch Vergleich in der Berufungsinstanz nicht rechtskräftig geworden ist, den historischen Wert der beiden Dolchstoßhefte festgestellt habe. Das Gericht hat zunächst angenommen, daß formale Beleidigungen vorliegen. Im übrigen hat das Gericht als Ergebnis der Beweisaufnahme eine Reihe von Feststellungen über den Einfluß der Agitation am Zusammenbruch getroffen. Sie bewegen sich ungefähr in der Richtung der Ausführungen der Herren v. Kuhl und Volkmann im Untersuchungsausschuß. Es kommt hier nicht darauf an, ob diese Feststellungen richtig sind. Mir persönlich scheinen sie zu weit zu gehen. Das Urteil stellt dann fest, daß der Inhalt der Monatshefte nicht in allen Fällen mit diesen Feststellungen übereinstimmt, folgert aber weiter, daß die vom Angeklagten behauptete wissentliche Geschichtsfälschung nicht vorliege. Ich gebe den bezüglichen Wortlaut des Urteils in der Anlage IX[1]).
Graf zu Eulenburg schreibt: Die Erklärung des Grafen Pestalozza, des Vertreters Prof. Coßmanns, im Münchner Dolchstoß-	Es ist natürlich an sich vollkommen gleichgültig, wie Herr Coßmann die Tätigkeit der SPD einschätzt. Da aber darauf Bezug

[1]) Anlage IX s. u. S. 125 f.

prozeß „bezog sich nicht darauf, daß die Mehrheitssozialdemokratische Partei im allgemeinen keine revolutionäre Propaganda getrieben habe“ und fügt hinzu, dem Grafen Pestalozza seien die von ihm aufgeführten Tatsachen über die Mitverantwortung der SPD völlig bekannt gewesen.

genommen wird, muß festgestellt werden, daß Graf Pestalozza am 27. Oktober 1925 folgende „grundsätzliche“ Erklärungen abgegeben hat:

„Die ‚Süddeutschen Monatshefte‘ haben in den beiden Dolchstoßheften, soweit ihr Inhalt und ihre Tendenz der dort veröffentlichten Artikel von Coßmann zu vertreten sei, in keiner Weise die MSP in ihrer vaterländischen Haltung angegriffen. Die von der Redaktion zu vertretenden Artikel geben klar zu erkennen, daß das Ergebnis der hier gebrachten Veröffentlichungen im Sinne der Redaktion so zu werten ist, daß die USPD eine vaterlandsfeindliche Haltung eingenommen hat. Dieser Vorwurf ist nicht erhoben worden gegen die SPD.“ (Der Dolchstoßprozeß, Bericht der „Münchner Post“ S. 127, der „Süddeutschen Monatshefte“ S. 87.)

Wenn die klagende Partei die von dem Grafen zu Eulenburg erwähnten Schriftstücke usw. bei Abgabe dieser Erklärung gekannt hat, so ist daraus nur zu folgern, daß er sie offenbar nicht für so schwerwiegend gehalten hat[1]).

Zu oben Seite 7.

Graf zu Eulenburg behauptet, der bekannte Finanzmann Otto H. *Kahn* habe die „Friends of German Democracy“ finanziert . . .

Herr Otto H. Kahn, Mitinhaber des Bankhauses Kuhn, Löb & Co. in New York, das in der ersten Zeit des Krieges eine deutsche Anleihe

[1]) Anm. des Sachv.: Die Erklärung Pestalozzas war eine der großen Sensationen des Prozesses. Prof. Delbrück als Sachverständiger knüpfte an sie bei seiner Vernehmung am 2. November 1925 folgende Bemerkung (Bericht der „Münchner Post“ S. 284, der „Süddeutschen Monatshefte“ S. 121): „Ich möchte sagen, daß $^{9}/_{10}$ der Anklage, die ursprünglich in den Heften erhoben wurden, eigentlich schon vom Kläger fallen gelassen wurden. Wie wäre es, wenn sich Herr Prof. Coßmann entschlösse, auch das letzte Zehntel fallen zu lassen? . . . Das wäre nach meiner Meinung ein unschätzbarer Dienst an der Wahrheit sowohl wie am deutschen Volke.“

in Amerika aufgelegt hatte, hat mir auf meine Anfrage folgendes geantwortet:

„1. Ich habe selbstverständlich niemals den Vertrieb revolutionärer Broschüren und revolutionären Propaganda-Materials nach Deutschland begründet oder finanziert. Ebensowenig habe ich mit derartigen Dingen in irgendeinem anderen Lande direkt oder indirekt, finanziell oder sonstwie, je irgend etwas zu tun gehabt. Die Idee, mir eine derartige Agitation oder die Unterstützung einer derartigen Agitation zuzuschreiben, ist so widersinnig, daß es kaum denkbar ist, daß selbst reaktionär-antisemitische Kreise ernstlich daran glauben können.

2. Von der Broschüre „Amerika und der Weltkrieg" habe ich nie gehört. Sie ist mir gänzlich unbekannt. Sie wünschen, daß ich Ihnen einige der von mir in deutscher Sprache verbreiteten Broschüren zukommen lasse. Meine Antwort ist, daß ich keine Broschüren in deutscher Sprache verbreitet habe, meine Erinnerung an die „Friends of German Democracy" ist eine sehr verschwommene. Ich war niemals in aktiven Beziehungen zu diesem Verein und habe die Leute, soweit ich mich entsinnen kann, nicht besonders ernst genommen.

Ob der Verein mit dem Kreise der „Freien Presse" in Bern in Verbindung stand, ist mir unbekannt."

Zu oben Seite 8.

Graf zu Eulenburg schreibt: „Herr Dr. Herz wundert sich darüber, daß die Ausführungen, die

Die eidliche Aussage General Groeners im Münchner Dolchstoß-Prozeß (Bericht der „Mün-

Herr Generalmajor von Wrisberg im „Offizierblatt“ gemacht hat, und die ich zitiert habe, nicht mit den Aussagen des Generals Groener im Dolchstoßprozeß übereinstimmen. Herr General Groener ist nach den Dingen nicht gefragt worden, und ob sie ihm überhaupt bekannt waren, kann ich natürlich nicht beurteilen.“

Zu oben Seite 10.

Graf zu Eulenburg erinnert an das Wort des früheren Reichskanzlers Hermann Müller, das er auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz nach dem offiziellen Bulletin sprach: „Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Revolution früher hätten machen sollen! Eisner hat in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Januarstreiks hingewiesen, des größten politischen Massenstreiks, den wir je gesehen haben. Er mußte abgebrochen werden, weil die Situation noch nicht reif war.“

chener Post“ Seite 224/225, der „Süddeutschen Monatshefte“ Seite 109/110) ergibt, daß das, was Herr Generalmajor von Wrisberg über das Verhalten des Kabinetts Ebert/Scheidemann in den Weihnachtstagen 1918 im „Offizierblatt“ erzählt, nicht richtig sein kann. Ein Grund, in die Aussage Groeners irgendwelche Zweifel zu setzen, liegt nicht vor. Herr von Wrisberg muß also ganz unbegreiflich falsch unterrichtet worden sein.

In dem Magdeburger Prozeß gegen die Herren Reichspräsidenten-Beleidiger hat der frühere Reichskanzler Hermann Müller folgendes eidlich ausgesagt: „Ich habe auf dem Kongreß in Bern mehrere Reden gehalten. Die hier angeführte Stelle ist offenbar einer Rede entnommen, in der ich gegen den französischen Vertreter polemisierte. *Der Bericht ist aber höchst ungenau. Weder dem Wortlaut noch dem Sinn nach kann ich Derartiges gesagt haben.* Ich kann in der Weise nur die Absicht der Veranstalter des Streiks gekennzeichnet haben, nicht die der Sozialdemokratischen Partei. Ich habe damals deutlich gesagt, daß wir Sozialdemokraten allen Einfluß auf die Massen verloren hätten, wenn wir nicht während des Krieges zum Volk gestanden hätten. Sozialdemokratische Berichte sind über den Berner Kongreß gar nicht nach Deutschland gekommen, sondern nur der Bericht einer Schweizer Depeschen-Agentur. *Es ist über diese Sitzung auch kein Protokoll in Druck ge-*

geben worden . . .“ (Nach: Karl Brammer, Der Prozeß des Reichspräsidenten, Verl. f. Sozialwissenschaft, Berlin 1925.)

Zu oben Seite 16.

Graf zu Eulenburg zitiert:

„Frau Balabanoff erzählt, daß Grimm frankophil eingestellt war, weil es — so sagt sie — ‚bei vielen Deutschen und vom deutschen Sozialismus beeinflußten ehrlichen Sozialisten der Fall war‘ . . .“

In den „Erinnerungen“ der Frau Balabanoff heißt es (S. 109): „Ja, zu jener Zeit war Grimm — vielleicht unbewußt — eher frankophil eingestellt, wie es bei vielen Deutschen und vom deutschen Sozialismus beeinflußten ehrlichen Sozialdemokraten der Fall war, die durch das Verhalten der Vorhut der Internationale tief empört und erschüttert waren und dabei nur die deutsche, nicht aber die französische chauvinistische Arbeiterpresse verfolgten, und m. E. ihre Kritik und Verdammung nicht gleichmäßig zwischen den deutschen und nichtdeutschen Sozialisten verteilten. Aber Grimm streifte seine frankophile Einstellung ziemlich bald ab, sei es, weil er im Verlauf des Krieges in Bern gewesen, sei es, weil Bern gerade durch die Haltung der „Berner Tagwacht“ zu einem Anziehungspunkt für die damals noch vereinzelten Vertreter der Opposition in den verschiedenen Ländern wurde[1]).

[1]) Anm. des Sachv.: Die Entente hatte Grimm — ich darf den Fall Grimm—Hoffmann wohl als bekannt voraussetzen — wegen seiner Friedensbemühungen gelegentlich seiner Reise nach Rußland beschuldigt, deutscher Agent zu sein. Ein Abgeordneter des besonders deutschfeindlichen Lausanne, Villemin, — in Bern zirkulierte das Scherzwort eines französischen Diplomaten: „Wir würden gern Frieden machen, aber unsere Freunde in Lausanne erlauben es nicht!“ — warf ihm Deutschfreundlichkeit auch dann noch vor, als nachgewiesen worden war, daß er sich bei den Russen nicht für einen Separatfrieden, sondern für einen allgemeinen Frieden eingesetzt hatte, mit der Begründung, daß die Entente erklärt habe, sie würde bis zum Siege kämpfen.

Weiter ist dazu zu bemerken: Grimm kann zunächst nicht in dem Sinne als frankophil bezeichnet werden, daß er auf seiten des kapitalistischen Frank-

Zu oben Seite 26.

Graf zu Eulenburg zitiert nach dem Buche der Frau Balabanoff aus der Friedenskundgebung aus Stockholm folgende Sätze: „Der internationale proletarische Massenkampf für den Frieden bedeutet zugleich die Rettung der russischen Revolution . . . Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des großen gemeinschaftlichen Kampfes in allen Ländern zur Herbeiführung des Friedens, für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massenstreik . . ."

Hier fehlt, ohne daß eine Lücke kenntlich gemacht ist, der wichtige Satz, der bei Frau Balabanoff S. 169 zu lesen ist: „Nicht durch isolierte Streiks in einzelnen Ländern kann der Frieden erzwungen werden."

Zu oben Seite 31.

Graf zu Eulenburg schreibt: „Die MSPD war ebenso wie später im November 1918 auch damals bestrebt, sich, wenn etwas Wichtiges vorging, nicht ausschalten zu lassen. Das geht u. a. aus den Aussagen der Zeugen Stampfer und Davidsohn im Magdeburger Ebert-Prozeß hervor."

Ich nehme an, daß Graf Eulenburg mit der irreführenden Bezeichnung „Ebert-Prozeß", die den Anschein erwecken muß, als ob der verstorbene Herr Reichspräsident Angeklagter gewesen sei, den Prozeß in Magdeburg gegen Rothardt meint, dem der Reichspräsident als Nebenkläger gegen einen seiner zahlreichen Verleumder von rechts beigetreten ist und dessen Ausgang an seinem vorzeitigen Hinscheiden die Mitschuld trägt. Weder die „Deutsche Tageszeitung", die „Kreuzzeitung", der „Vorwärts", noch das vorher zitierte Buch Brammers berichten über eine Vernehmung der beiden vom Grafen zu Eulenburg genannten Herren. Es ist als

---

reichs gegen das kapitalistische Deutschland stand; er war frankophil in dem Sinne, daß er die französischen Sozialisten für prinzipientreuer hielt als die deutschen, während er das Gegenteil erwartet hatte. Dann ist Grimm von dieser Verkennung der Verhältnisse geheilt worden.

Zu oben Seite 34.

Graf zu Eulenburg schreibt:

„. . . der Unabhängige Oskar Cohn noch in der letzten Nacht viele hunderttausend Mark von Joffe erhielt, um die Waffenkäufe für den revolutionären Kampf weiter zu tätigen."

sicher anzunehmen, daß keiner von ihnen überhaupt vernommen worden ist[1]).

Oskar Cohn hat in der Sitzung des Reichstags vom 27. Februar 1919 über seine finanziellen Beziehungen zur russischen Botschaft in jenen Tagen folgendes erklärt: Er sei Rechtsbeistand der russischen Botschaft gewesen. Vor seiner beschleunigten Abreise habe Joffe ihn ermächtigt, $10^1/_2$ Millionen Rubel, die bei dem Bankhause Mendelssohn & Co. deponiert waren, abzuheben. Diese Summe habe er aus formalen Gründen nicht ausgezahlt erhalten. Er habe in bar jedoch 1 Million bekommen, um sie ebenso wie die $10^1/_2$ Millionen für Kriegsgefangene zur Zahlung der Gehälter von ca. 250 Angestellten der Botschaft u. ä. zu verwenden. In diesem Sinne sei mit dem Geld auch verfahren worden. Nur ca. 50 000 Mark seien für Flugblätter und für den Ankauf von 2 Maschinen für Zeitungen ausgegeben worden. Die Angelegenheit ist auch einmal gelegentlich des Skandals zur Sprache gekommen, den Staatssekretär a. D. Helfferich bei seiner Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß provoziert hatte. Der Abg. Oskar Cohn hat darauf am 15. November 1919 (Sten. Bericht Seite 619) seine obigen Angaben wiederholt.

---

[1]) Anm des Sachv.: Hier soll bemerkt werden, daß Cohen-Reuß während dieses Prozesses in einer Zuschrift an den „Vorwärts" ausdrücklich die ihm zugeschobene Äußerung dementiert hat, durch den Eintritt der SPD in die Streikleitung sei die Zahl der Streikenden von 60 000 auf 120 000 gestiegen. . . .

Ich will noch ein letztes Beispiel anführen, auf das schon Herr Abg. Joos hingewiesen hat. Es ist damals nicht stenographiert worden, weil die Zeit schon zu vorgerückt war. Graf zu Eulenburg zitiert (Bd. 4 dieser Reihe S. 273) eine Äußerung von Cohen-Reuß auf dem Rätekongreß in Berlin am 10. April 1919. Er habe von seiner Partei gesagt, indem er ihr Verhalten scharf kritisierte: „Wir haben jahrzehntelang gehetzt, obgleich wir wußten, daß wir übertrieben." Was liegt nun nach dem stenographischen Bericht wirklich vor? Cohen-Reuß wollte begründen, warum bei den neu geschaffenen Räten nicht alles klappte, und führte aus, man habe in einer fünfzigjährigen Agitation Fehler auf Fehler gehäuft: „Parteigenossen, ist es vielleicht nicht wahr, daß wir früher in unserer Kritik viel, viel weiter gegangen sind, als wir es, wenn wir im kleinen Kreise zusammen waren, rechtfertigen konnten? Ist es vielleicht nicht der Fall, daß wir übertrieben haben und an allen Dingen aber auch kein gutes Haar gelassen haben, daß wir stets Menschen und Systeme für Dinge verantwortlich gemacht haben, von denen wir uns selbst sagen mußten, daß auch in der Sache große Schwierigkeiten lagen? Aber wir kannten kein Erbarmen. Die außerordentlichen Schwierigkeiten derer, die verantwortlich zu arbeiten hatten, wurden nicht berücksichtigt, und es wurde in einer übertriebenen Weise Kritik geübt, die eigenen Anhänger gelobt, ihnen Versprechungen gemacht, ein Paradies ausgemalt, so daß wir jetzt allerdings schwer an diesen Sünden zu tragen haben."

Was beweist diese Selbsterkenntnis und Selbstbeschuldigung? Nur, daß die Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit übermäßig dick aufgetragen hat. Welche in leidenschaftlichem Kampfe stehende Oppositionspartei, ob rechts oder links oder in der Mitte, darf sich dieser Sünde der Demagogie freisprechen? Auf dem Jahrmarkt der Politik können die Schaubudenbesitzer nicht mit Miniaturen Reklame machen, sie brauchen Plakate mit grellen Farben.

Methodisch scheint es mir unzulässig, einzelne Äußerungen und auch Reden aus ihrer Ambiante herauszunehmen. Namentlich nicht, wenn die Luft so mit Elektrizität überladen war wie in jenen nervenpeitschenden und nervenzerrüttenden Kriegszeiten, in denen zwei der größten Menschenfeinde, Furcht und Hoffnung, nicht angekettet waren. Es wäre ein Kinderspiel, allen Äußerungen, die zum Beweise für Schwarz angeführt werden, solche entgegenzusetzen, die für Weiß sprechen. Z. B.: Am 24. Oktober 1917 schreibt nach den Marinedebatten im Reichstag das „Hamburger Echo": „Die Unabhängigen sind nicht die Staatsfeinde, als die sie manchmal gern selber glänzen möchten, um sich bei den Massen beliebt zu machen. Sie sind im Grunde genau so brave Staatsbürger wie andere Leute, tun draußen im Feld und hier in der Heimat ihre Pflicht genau so, wie andere ihre Pflicht tun, und wollen nur ihrer alten liebgewordenen Gewohnheit, „grundsätzlich" alles zu verwerfen, was von der Regierung kommt,

nicht entsagen." Der Bericht des „Bureaus für Sozialpolitik", dem ich dieses Zitat entnehme, meint, die Auffassung sei etwas optimistisch, treffe aber wohl auf manche Kreise dieser Partei zu. Weiter. Am 21. Mai 1918 nennt die „Leipziger Volkszeitung" die Behauptung der „Leipziger Neuesten Nachrichten", die USPD „dürste im stillen nach dem Siege der Entente", eine „freche Behauptung" und „unverschämte Verleumdung". Sie wolle den „demokratischen Verständigungsfrieden". Endlich: Auf dem oben erwähnten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte führte Däumig (Sten. Bericht Sp. 232) aus: „Ich bin Deutscher und bin stolz darauf, Deutscher zu sein. Die 20 Jahre, die ich jetzt in der Partei bin, habe ich dazu verwandt, die deutsche Kultur, die deutsche Dichtung, die deutsche Literatur den Massen da unten zugänglich zu machen, weil die bürgerliche Gesellschaft nach dieser Richtung hin Millionen jahrein, jahraus geistig beraubt hat."

Diese Beispiele lassen sich natürlich vielfach vermehren. Wohin soll aber diese Art Zankpatience führen? Bei solchem Brauch, von dem der Bruch allerdings mehr ehrt als die Befolgung, muß ich an einen Vorfall denken, der in Florenz einem Deutschen passiert sein soll: Er wurde auf Rückzahlung eines Darlehns von 100000 Lire verklagt, das er nie erhalten hatte. Der klägerische Anwalt führte vier italienische Contes an, die beschwören würden, daß sie bei der Hingabe des Darlehns zugegen gewesen seien. Zum Schrecken des Beklagten tat sein Anwalt zunächst gar nichts. Er trat jedoch bei der Gerichtsverhandlung mit sieben Contes auf, die beschwören wollten, sie seien dabei gewesen, als das Darlehn zurückgezahlt wurde.

Zu Fehlschlüssen muß es führen, wenn das „Nachher" dem „Daher" gleichgesetzt wird. Ich möchte folgende Deduktion als Analogon zu der Methode des Grafen zu Eulenburg konstruieren. Am 1. März 1912 hatte der sozialdemokratische Adolf Hoffmann im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt: „Der Krieg ist ein Hohn auf Gott, ein Hohn auf das Christentum, ein Hohn auf die Menschheit." Der Präsident v. Erffa rief ihn für diese „Beschimpfung" zur Ordnung. Im Jahre 1915 schrieb Herr v. Gebsattel im Auftrage des Hauptausschusses des Alldeutschen Verbandes einen Brief an Bethmann (abgedruckt im „Vorwärts" vom 22. Mai 1917), der für den Fall eines enttäuschenden Kriegsendes die Revolution in Aussicht stellt. Ich vergesse dabei zu erwähnen, daß er diese Drohung damit begründete, die Massen, die auf Lohn gehofft hätten, würden durch die ungeheuren dann zu tragenden Kriegslasten aufgepeitscht werden. Ich komme dann auf die „Junius-Alter"-Broschüre Kapps und die „Adlon"-Konferenz, in der nach dem Zeugnis des gut konservativen Geh. Rats Prof. Wach erklärt worden sei, die Zukunft unseres Volkes und seiner Dynastien fordere den Sturz Bethmann Hollwegs, der sich den Haß der besten königstreuen Kreise zugezogen habe. Ich teile dann mit, daß im November 1918 durch Handzettel zu einer Demon-

stration gegen den Waffenstillstand vor dem Bismarckdenkmal aufgefordert worden ist, und daß sich einige hundert Menschen zu diesem Zweck dort versammelt haben. Wenn ich damit zu begründen versuchte, daß eine jetzt vielleicht gegen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes erhobene Anklage wegen hochverräterischer Umtriebe erwiesen sei, würde man mir mit Recht eine Subreptitio vorwerfen.

Graf zu Eulenburg ist auch auf die antideutsche Propaganda des Auslandes eingegangen. Selbst in soweit sie über die Schützengräben herübergedrungen ist, steht sie mit unserem Problem „Heimat und Umsturz" nur in sehr losem Zusammenhang. Da sie aber verschiedentlich berührt worden ist, sollen in Ergänzung meines Gutachtens (Bd. 6 dieser Reihe, S. 163ff.) noch einige Worte über sie gesagt werden:

Auslandspropaganda ist von allen kriegführenden Parteien getrieben worden. Es ist genau so eine Legende, daß die unsrige schlechter gewesen sei als die der andern, wie es eine besonders von militärischer Seite begünstigte fable convenue ist, unsere Staatsmänner und diplomatischen Vertreter seien ungeschickter gewesen als die der Entente. Aus den Erinnerungen Pages und Houses kann man ersehen, daß der französische Botschafter in Washington im ganzen versagt hat. Zwischen den Zeilen des Buches des nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten der französischen Botschaft dort attachierten R. de Villeneure-Trans: „A l'Ambassade de Washington" (Paris Edit. Bossard 1921) ist zu lesen, daß er von der Tätigkeit Tardieus als Propagandaleiter nicht restlos begeistert war. Zu vergleichen ist auch noch, was Creel, Vorsitzender des für den Krieg gegründeten amerikanischen „Committee on Public Information" in seinem Buche „How We Advertised American" (New York und London, Harper), dessen Titel wohl am besten mit „Wie wir in Amerika Reklame machten" übersetzt wird (Seite 12f., 238ff.), und seine im steten Kampf mit ihrer Gesandtschaft in Bern lebende Vertreterin in der Schweiz, Frau Vira B. Whitehouse, in „A Year As A Gouvernment Agent" (Harper, 1920) über die Gefährlichkeit der deutschen Propaganda erzählt.

Natürlich sind auch Fehler begangen worden. Es mag z. B. auf die Tragikomödie der in Persien vergeblich geleerten großen Säcke Goldes hingewiesen werden. In der Schweiz lief ein Film über die Taten der „Emden", zu dem offensichtlichen Zweck, die vorzügliche Behandlung der Besatzungen der versinkenden Schiffe zu zeigen. Die Schweizer waren entsetzt. Der Anblick der versackenden Schiffe war grauenvoll. Auch in der Eidgenossenschaft waren die Lebensbedürfnisse knapp und teuer geworden. Ihre Ursache wurde ihnen in den Versenkungen ad oculos demonstriert.

Es hat die deutsche Propaganda belastet, daß die Hinrichtungen der Miß Cavell und des Kapitäns Fryatt trotz der Bemühungen der Zivilbehörden so überstürzt wurden, daß ein Eingriff von höchster

Stelle abgeschnitten wurde. Es ist nicht recht verständlich, wieso die Erschießung der weltberühmten schönen Tänzerin Mata Hari — außer ihr sind, wenn ich recht berichtet bin, noch sieben weitere Frauen als Spioninnen in Paris erschossen worden — nicht zur Agitation freigegeben wurde.

Eine der allerschlimmsten Entgleisungen war es, daß gerade von militärischer Seite zu Beginn des Krieges die übertriebenen Erzählungen von Verrat, Fahnenflucht, Überlaufen der Elsässer verbreitet wurden. Selbst wenn sie ebenso wahr gewesen wären, wie sie unwahr waren, wäre hier die sonst übliche militärische Geheimniskrämerei am Platze gewesen. Es sei denn, daß man im Bewußtsein sicheren Sieges aus innerpolitischen Gründen eine nachträgliche Rechtfertigung der Zaberner Vorgänge und von allem, was ihnen voraus ging, für wichtiger hielt als die Besorgnis, die unsichere Haltung des Reichslandes könne als Beweis für das „Unrecht von 1871" ausgenützt werden. Man hätte, um die Reichstreue der Elsässer der Welt zu zeigen, ganz der Wahrheit entsprechend erzählen müssen, daß nur wenige Hunderte den Gestellungsbefehl nicht befolgt haben, daß diesen wenigen aber viele Tausende Kriegsfreiwilliger gegenüberstanden. (Aus Feststellungen des früheren Abgeordneten Wendel nach „Bericht des Bureaus für Sozialpolitik" vom 15. Mai 1917.)

Das Böseste, nicht wieder Gutzumachende, waren die von den Generalen durchgesetzten Deportationen. Die Deportationen an sich und die Art der Ausführung dieser Maßregel. Hätte die deutsche Propaganda mit Engelzungen geredet; gegen die Empörung der Weltmeinung wären diese Stimmen verhallt.

Wenn Deutschland der Ismael unter den Nationen wurde — seine Hand war gegen alle und aller Hand war gegen ihn —, so kann weder die geschicktere Art der feindlichen noch die ungeschicktere unserer Propaganda dafür verantwortlich gemacht werden. Von Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 bis zu den Aufständen in China, Holländisch-Indien, Bolivien glauben die Machthaber, die primäre Ursache für Erhebungen sei nicht in autochthoner Erregung, sondern in aufrührerischen Einflüssen von außen zu suchen. Aus dem gleichen Gefühl heraus schrieb Frau Whitehouse (S. 182), indem sie die prodeutsche Stimmung der deutschen Kantone in der Schweiz auf deutsche Propaganda zurückführt, die ihnen eine Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen suggeriert habe, die Westschweiz sei durch sie nicht verblendet worden.

Wenn der Erfolg der deutschen Propaganda den aufgewendeten Mitteln und Mühen nicht entsprach, so lag es daran, daß Deutschland infolge der Kriegserklärungen als Angreifer, infolge des Einfalls in Belgien als Völkerrechtsbrecher galt und die Welt seit langem Deutschland mißtraute.

„So friedlich das Reich sich seit 1870 gehalten hat, die anderen Völker fühlten instinktiv richtig heraus, daß zwischen unserer Haltung nach 1870 und der unserer Vorväter ein Gegensatz besteht, und sprechen daraufhin von einer Wandlung des deutschen Wesens, von der sie sich schlimme Dinge vorstellen. Ließen wir mit dem universalistischen Idealen unserer Vergangenheit dauernd die ethischen Güter unseres nationalen Wesens verkümmern, so könnten wir tatsächlich mit der Zeit zu einem Elemente der Beunruhigung Europas werden, da es uns mehr als den anderen Großmächten an fest abgesteckten Zielen und klar zu erfassenden Möglichkeiten weiterer Machtentwicklung mangelt. Besinnen wir uns dagegen auf die idealen Güter unserer Vergangenheit, ohne deshalb unsere nationale Einheit wieder zu opfern und unser nationales Selbstbewußtsein wieder schwächen zu lassen, so ist zu hoffen, daß dann auch unsere Nachbarn chauvinistischer Hetze wider uns nicht mehr so leicht wie zur Stunde Gehör geben." So schrieb im Jahre 1912 der jetzige deutschnationale Abg. Dr. Spahn im „Hochland" (zitiert nach Schücking: „Neue Ziele staatlicher Entwicklung", Marburg 1913, S. 103).

Die politische Leitung hatte rechtzeitig erkannt, daß der Kriegsplan: Offensive im Westen, Defensive im Osten, Deutschland vor der öffentlichen Meinung der Welt ins Unrecht setzen könne. Wie mir aus zuverlässiger Quelle berichtet worden ist, hat sich Jagow im Jahre 1913 mit dem Chef des Generalstabs wegen Abänderung dieses Planes in Verbindung gesetzt. Er erhielt jedoch die Antwort, nach erneuter Prüfung sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß nur dieser Plan Erfolg verspreche. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob bei den militärischen Erwägungen die Erfahrungen des japanischen und des Balkankrieges völlig gewürdigt sind und wieweit die Erinnerung an die Katastrophe Napoleons I. lähmend nachgewirkt hat.

Propaganda kann aber nur wirken, wenn sie auf willige oder zum mindesten nicht gänzlich refraktäre Objekte trifft.

Deutschland war also, vom ersten Tage des Krieges an, schwer gehandicapt, namentlich auch dadurch, daß die Heeresleitung glaubte, eine strenge Brief- und Zeitungssperre einführen zu müssen, und damit die ersten Kriegswochen der feindlichen Propaganda widerspruchslos zur Verfügung stellte. Auch daß man entgegen den Wünschen des Auswärtigen Amtes die amerikanischen Berichterstatter zunächst nicht an die Front ließ, rächte sich bitter.

Die Art der Propaganda war hüben und drüben gleich. Man warf dem Gegner Lügen vor. Das war falsch. Propaganda hat nur Erfolg, wenn sie mit wahren Tatsachen arbeitet oder wenigstens den Schein der Wahrheit zu erwecken versteht. Wenn auch nur dadurch, daß sie ihre Scheinwerfer auf die Schwächen und Fehler des Gegners richtet und ihr Gutes dadurch in ein um so tieferes Dunkel taucht. Jeder, der in der politischen Agitation gestanden hat, weiß,

daß jede Lügenpropaganda nur kurze Beine hat. Die Wirkung der Greuelpropaganda widerspricht nur scheinbar dieser Theorie. Wenn die Märchen von den abgeschnittenen Frauenbrüsten und den abgehackten Kinderhänden geglaubt wurden, so lag das daran, daß in den ersten Wochen des Krieges tatsächlich Dörfer niedergebrannt, Einwohner standrechtlich erschossen worden sind usw. Mögen auch jene Repressalien völkerrechtlich erlaubt gewesen sein, ihre Schilderung genügte, um die Barbarei, die ein Kriterium des Krieges selbst ist, den Deutschen allein zur Last zu legen.

Die Militärs haben manchmal an den Übertreibungen mitgearbeitet. Siehe den Fall Löwen! Selbst im Hauptquartier war man falsch dahin unterrichtet worden, daß Löwen völlig niedergebrannt worden sei, weil es ein abschreckendes Beispiel für den Franktireurkrieg sein solle. Erst nach Wochen erfuhr man dort, daß die Zerstörung nur einzelne Teile der Stadt und namentlich nicht die künstlerisch wertvollen Gebäude betroffen hatte. So kam es, daß der Kaiser in seinem so kühl aufgenommenen Telegramm an Wilson vom 8. September 1914 sagen konnte, die alte Stadt Löwen mit Ausnahme des schönen Stadthauses hätte zerstört werden müssen, während nur ein kleiner Teil zerstört worden war. In diesem Telegramm werden auch Dum-Dum-Geschosse erwähnt, die in der Festung Longwy zu Hunderten entdeckt worden seien. Auch dies war ein Mißgriff. Die Kriegsberichterstatter, die anwesend waren, darunter auch der Vertreter der „Deutschen Tageszeitung", Scheuermann, ebenso wie die neutralen Militärattachés, hatten übereinstimmend erklärt, daß die in Longwy gefundenen Geschosse Zielmunition waren. (Vgl. Binder, „Was wir als Kriegsbericherstatter nicht sagen durften", München 1919, S. 30ff., der auch entsprechende Beispiele der Behandlung der neutralen Militärattachés durch Major Nicolai bringt S. 25ff.)

Ähnlich wie den Deutschen im Kriege ging es den Franzosen und Belgiern nach dem Kriege, weil die schwarze Schmach und die Ausschreitungen im Ruhrgebiet jede Art der Vergewaltigung glaubhaft erscheinen ließen.

Die berüchtigte Leichenverwertungslegende konnte mundgerecht gemacht werden, weil der im Deutschen allein für Tieraas gebrauchte Ausdruck „Kadawer" im Englischen und Französischen auch den menschlichen Leichnam bezeichnet. Eine „Lusitania-Medaille", mit der in Amerika stark gearbeitet worden ist, ist tatsächlich in Deutschland von privater Seite geprägt worden, wenn es auch keine Triumphmedaille war. Wie mir berichtet worden ist, zeigte sie den Tod an einem Schalter, vor dem sich Passagiere drängten, und dahinter das versinkende Schiff. Wenn Prof. Schönemann in seinem manchmal einseitigen aber inhaltreichen Buch „Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten" (Deutsche Verlagsanstalt, Berlin 1924) S. 54 erzählt, im Weltkriege habe sich die amerikanische Pro-

paganda auch gegen die preußischen Volksschulen gewandt, Prof. Judd in Chicago habe gelehrt, sie seien eine völlig getrennte Einrichtung ohne Anlehnung an die Höheren Schulen — Knaben oder Mädchen aus der Volksschule hätten keine andere Zukunft als die eines Gliedes des einfachen Volkes —, so kann nicht gesagt werden, daß dieses nicht im wesentlichen zutrifft. Auch die beliebte Hetze mit dem „Obersten Kriegsherrn" hatte einen festen Untergrund. Wiewohl Treitschke eine solche Auslegung des „wohlklingenden und prägnanten Ausdrucks", wie Bismarck 1851 diesen wohl in den Bestimmungen des Deutschen Bundes über die Bundesverfassung, in der Reichsverfassung aber nicht vorgesehenen Begriffes der unbedingten fürstlichen Obergewalt über die Armee nicht nur im Kriege als „knabenhafte Dreistigkeit" charakterisiert hat, scheinen mir die Auslegungen Vinckes und Lassalles zutreffend, daß der Herrscher dem Heer gegenüber eine ganz andere Stellung habe als gegenüber jeder anderen Staatsinstitution. Was Graf Reventlow in seinem Buch „Der Kaiser und die Monarchisten" Seite 108 darüber ausführt, entspricht im wesentlichen wohl den Anschauungen der militärischen Gewalthaber. Dazu kam, daß das Bild des Kaisers, wie es überall zu sehen war, mit Adlerhelm, Adlerblick, gesträubtem Schnurrbart, leicht zum Schema eines Schlachtengottes umgedeutet werden konnte. Als ein hoher französischer Würdenträger ein solches Bild in der deutschen Botschaft in Paris sah, sagte er, wie mir aus sicherer Quelle erzählt worden ist, ganz entsetzt: „Dieses Bild ist eine Kriegserklärung." Auf der anderen Seite erfahren wir von Creel und Miß Whitehouse, daß sie einen schweren Stand gegen diejenige Propaganda hatten, die mit den Mexikoaffären, der Lynchjustiz, hauptsächlich aber mit dem Komplex vom allmächtigen Dollar hausierten.

Wenn also die Propaganda auch auf die Schwächen der Feinde zielte, arbeitete sie doch mit Wahrheiten oder Wahrscheinlichkeiten. Die Verbreiter selbst zweifelten nicht, daß sie die Wahrheit sagten. Natürlich verschob der Standpunkt jeweilig die Perspektive. Wenn der angesehene Verlag von Georg Müller z. B. in einem Waschzettel für „Der deutsche Krieg in Feldpostbriefen" schreibt: „Den Auftakt zu diesem Bande bildet das Ultimatum an Belgien. Durch ein planmäßig aufgehetztes Land dringt unser Heer in raschen Schlägen vorwärts . . . Deutschland hält Belgien als Faustpfand fest . . . die Verführten büßen für ein Spiel, das sie in blindem Leichtsinn eingegangen sind . . .", so wird man drüben ebensowenig glauben, daß dies alles guten Glaubens niedergeschrieben sei, als wir anerkannten, daß Deutschland die Ruhe und die Freiheit der ganzen Welt bedrohe und daß ein Trennungsstrich zwischen dem deutschen Volke und der kleinen Clique von Gewaltpolitikern, seinen Machthabern, gezogen werden könne und müsse.

Soweit die Propaganda auf Deutschland selbst zu wirken suchte,

arbeitete sie mit dem Schlachtruf: „Für Demokratie, gegen Absolutismus, gegen Militarismus." Hätte sie versucht, den Deutschen zu erzählen, ihre Sozialpolitik sei schlecht, ihre Beamten seien bestechlich oder ähnliches, so wäre das verpufft. Mit ihrem Schlagwort traf sie aber auf den locus minimae resistentiae. Es mag dem tiefsten Gegensatz zwischen deutscher und westlicher Staatsauffassung, der sich richtiger in die Formel „man versus state" gekleidet hätte, ein falsches Etikett aufgeklebt sein. Es kann aber füglich nicht bestritten werden, daß sich die westlichen Völker im parlamentarischen System selbst regierten und daß die Militärs den zivilen Machthabern unterstanden. Man kann einwenden, daß unser System dem deutschen Wesen besser angepaßt war, oder was sonst in den Kreisen der Rechten zu seiner Verteidigung angeführt wurde. Man kann aber nicht leugnen, daß sich die Propaganda mit der Auffassung der Mehrheit des politisch interessierten Teils des deutschen Volkes traf. Es war ein schwerer Fehler der Anhänger des alten Systems, daß sie nicht prüften, ob der Erfolg der feindlichen Propaganda nicht eine Änderung dieses Systems erheische, sondern daß sie, eine Minderung ihrer Machtstellung nach Kriegsende fürchtend, den Bequemlichkeitstraum, daß alles gut sei und so bleiben müsse, weiterspannen, um nicht erwachen und aufstehen zu müssen.

Graf zu Eulenburg hat den Kreis um die „Freie Zeitung" in Bern erwähnt. Über ihn und den nicht zu ihm gehörenden Siegfried Balder, einem deutschen Zivilgefangenen in Frankreich, dessen schwarzrotgold umrandete Broschüre im Kampf gegen die verfassungsmäßigen Reichsfarben von Zeit zu Zeit mißbraucht wird, habe ich in meinem Gutachten (Bd. 6 dieser Reihe, S. 163, 164) das nötige gesagt. Wie die Amerikaner diese in sich gespaltene und sich selbst mißtrauende Gruppe halb mitleidig, halb abfällig beurteilten, kann man bei Miß Whitehouse nachlesen. Nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten trat sie in Beziehungen zu den „American Friends of German Democracy". Verbindungsmann war ein gewisser Dr. Bohn. Über die finanzielle Unterstützung der „Freien Zeitung" durch die Entente vgl. Anlage [1]).

Über die Stimmung in den Vereinigten Staaten bis zum Kriegsausbruch geben die stenographischen Berichte des 2. Unterausschusses über die Wilson-Aktion Aufschluß. Die Sympathien waren labil, bis die Versenkung der „Lusitania" helle Empörung erregte. Man wird sie verstehen, wenn man sich der Entrüstung erinnert, die schon die Durchsuchung deutscher Postdampfer durch die Engländer im Burenkrieg erregte. Die Stellung der prodeutschen Kreise Amerikas wurde sehr erschüttert, die Kämpfe der Deutsch-Amerikaner für die Neutralität gehemmt.

---

[1]) Anlage XI s. u. S. 128 f.

Nach der Kriegserklärung stellten sich die Deutschamerikaner, zu einem großen Prozentsatz schon drüben geboren oder seit vielen Jahrzehnten dort ansässig, als amerikanische Bürger auf die Seite ihres neuen Vaterlandes. Ihnen einen Vorwurf daraus zu machen, wäre ebenso unberechtigt wie der, den L. Marcellin von der „Action Française" in seinem Buche „Voyage autour de la Chambre du 11 mai" (Paris 1925, Nouvelle Librairie Nationale) Seite 157 gegen die Nachkommen der Hugenotten in Deutschland erhebt.

Soweit ein Urteil von hier aus möglich ist, scheinen weitere Kreise auch der Deutschamerikaner davon überzeugt gewesen zu sein, daß der Krieg Amerikas ein heiliger Krieg, ein Kampf für Freiheit und Recht sei, und daß der Sieg der Alliierten auch ein Segen für das deutsche Volk sein werde. Der oben erwähnte Otto H. Kahn hat diese Gedankengänge in einer Rede für die Freiheitsanleihe in der New York Merchants Association, die von der Londoner „Morningpost" abgedruckt und dann unter dem Titel „The Prussian Abomination" (London, Melrose) erschienen ist, wie folgt kommentiert: Der Krieg richtet sich nicht gegen das frühere Deutschland, das er liebe, nicht gegen ein neues, zum eigenen Glück zu befreiendes Deutschland, sondern gegen Preußen und die Theorie, daß Macht Recht schaffe, daß die Deutschen zur moralischen, geistigen und tatsächlichen Herrschaft auserwählt seien, daß sie diese Aufgabe erfüllen wollen und müssen, was es auch an Blutvergießen, Elend und Zerstörung kosten möge.

Man kann dieser ganzen amerikanischen Propaganda das englische Sprichwort „Charity begins at home", das unserem „Ein jeder fege vor der eigenen Tür" entspricht, entgegenhalten. Kahn und manche andere sind sich wenigstens konsequent geblieben, sie traten gegen den Frieden von Versailles und gegen Wilson auf, weil er die richtige Idee eines weisen und gerechten Friedens gehabt, aber bei dessen Verwirklichung versagt habe.

Die „Friends of German Democracy" wurden nach Creel von den chauvinistischen Amerikanern und von der Regierung zunächst mit solchem Mißtrauen angesehen, daß öfter Haussuchungen bei ihnen vorgenommen wurden. Die „prokaiser" Deutschamerikaner bekämpften sie. Die Mehrheit der besseren Stände wollten von ihnen nichts wissen. Das Wort Demokratie sei ihnen wie eine Beleidigung vorgekommen, sie hätten bei dem Gedanken einer deutschen Republik, den sie für „blödsinnig" (imbecile) und unverschämt (impudent) ansahen, gelacht. Die Namen ihrer prominenten Mitglieder kann man bei Creel finden. Ihnen nahe standen der in Amerika sehr geschätzte Schriftsteller Hagedorn und der Professor an der Harvard-Universität Francke. Es waren Nachkommen von 1848er Männern, die vor politischen Verfolgungen, vor dem Sozialistengesetz geflohen waren,

auch Leute, denen in Deutschland Unrecht z. B. beim Militär geschehen war.

In dem Programm der Gesellschaft heißt es: „Der Zweck unserer Gesellschaft ist, die Demokratie dadurch zu fördern, daß wir dem deutschen Volke bei der Gründung einer dem Volk gegenüber verantwortlichen Regierung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln beistehen."

In einem ihrer Aufrufe heißt es: „Heute kehren Millionen deutscher Soldaten und Matrosen unter dem gestreiften Sternenbanner in die alte Heimat zurück, um den heiligen Kampf auszufechten, den unsere Väter 1848 verloren haben. Bald wird einer dem anderen zurufen, wir kämpfen nicht nur für die Freiheit Amerikas, wir kämpfen auch für die Freiheit Deutschlands, für die Freiheit unserer deutschen Brüder in der alten Heimat, die unter der Sklaverei leiden, die ärger ist als der Tod. Manche mögen von Kompromissen sprechen, andere von Kriegsmüdigkeit. Aber wir Nachkommen der 48er werden weder zurückweichen noch nachlassen, bis ein freies Deutschland seinen ihm gebührenden Platz in der Welt einnehmen wird."

Diese Bekenntnisse sind typisch für die Emigrantenpsyche. Russische Flüchtlinge, die ihr Land heiß lieben, könnten solche Aufrufe erlassen, wenn ein Krieg gegen das bolschewistische Rußland geführt werden würde. Wir finden eine Parallelerscheinung auch in der Kampfstellung, die gewisse Oberschichten im Auslandsdeutschtum gegenüber dem neuen Deutschland und seine Fahne einnehmen. Auch sie sehen, um die Redewendung eines Deutschamerikaners aus dem Weltkriege zu gebrauchen, „die Zukunft und das Glück Deutschlands wo anders, als wo die Machthaber es in Deutschland sehen".

Die Tätigkeit des Bundes erstreckte sich im wesentlichen auf die Deutschamerikaner. Natürlich versuchte er auch Material nach Deutschland einzuschmuggeln. Creel gibt auf Seite 190 ein amüsantes Beispiel, welche Wege man dazu fand. Sehr erheblich kann ihre Broschürentätigkeit nicht gewesen sein. Neben 661 300 Exemplaren der Lichnowskyschen Denkschrift wurden im ganzen nur ca. 200 000 Exemplare (genau 202 911) von zusammen acht Schriften (Creel, S. 457/58) gedruckt. Das vom Grafen zu Eulenburg erwähnte, in der Creelschen Aufzählung anscheinend nicht enthaltene Schriftchen „Amerika und der Weltkrieg" ist eine ziemlich lederne Broschüre von 24 Seiten im Sedezformat. (Ein Exemplar von ihr befindet sich ebenso wie auch der oben erwähnten von Kahn in der Staats-Bibliothek.) Sie enthält den Teil der Unabhängigkeitserklärung, die das Recht auf Revolution gegen ungerechte Machthaber deklariert, Auszüge aus Wilsons Reden, Aufzählung der Kriegsleistungen Amerikas und dann das übliche über Trennung zwischen Volk und Herrscher, Autokratie und Militarismus usw. Sie ist Mitte Juli 1918 erschienen, kann also nicht gut vor Mitte August in Deutschland gewesen sein. Ihr Einfluß kann

daher schon aus rein zeitlichen Erwägungen nicht sehr hoch eingeschätzt werden.

Abg. Graf zu Eulenburg hat Schriften der russischen Revolutionärin Frau Balabanoff exzerpiert und damit historisch interessantes Material über die rastlose Tätigkeit der in der Schweiz konzentrierten radikalen Sozialisten dem Ausschuß zur Verfügung gestellt. Es stimmt im ganzen mit dem überein, was Ernst Meyer in den Vorreden zu den erwähnten Spartakusbriefen und Dokumenten erzählt. Mir will es aber scheinen, als ob er Ledebours und Hoffmanns Stellung von dem Standpunkt der Frau Balabanoff aus weniger günstig, namentlich auch in der Frage der Verweigerung der Kriegskredite, beurteilt.

Welchen Wert haben diese Schilderungen des Grafen zu Eulenburg von der internationalen Maulwurfstätigkeit für das uns gestellte Thema: „Heimat und Umsturz?" Ich glaube, er überschätzt ihn, weil jene Zimmerwalder unter Revolution sich etwas anderes vorstellen als er, da sie von anderen Voraussetzungen ausgehen.

Versuche zur gewaltsamen Änderung des Staates und der Gesellschaft brauchen sich trotz Identität der Erscheinung in Ursache und Ziele an sich so wenig zu gleichen, daß man das Wort „Revolution" beinahe in die Klasse der Homonyme einreihen kann. Wir gewinnen ein Bild, wenn wir die verschiedenen Arten der Erdbeben vergleichend heranziehen. Die Analogie mit den Bodenschwankungen trifft bis in die Einzelheiten zu. Hier möge es genügen, auf die Ursachen der Erdbeben einzugehen. Man unterscheidet: 1. Einsturzbeben als Folge lokaler gesteinsauflösender Unterwaschungen. Ihnen entsprechen die Novembervorgänge 1918. 2. Vulkanische Erdbeben: Explosionen, verursacht durch eruptive Vulkane (Staatsstreiche, Putsche, wie Kapp, Hitler, Revolutionen in den südamerikanischen Republiken), kurz alle jene Ausbrüche aufgestapelter Unzufriedenheit gleichen ihnen. 3. Tektonische Erdbeben. Die unterirdischen Gesteinschichten verschieben sich. Ihnen gleicht die von der Dritten Internationale geplante Revolution in der seismischen sukkussorischen Linie der stoßweise fortschreitenden Weltrevolution mit dem Epizentrum Moskau.

Für den Urmarxismus ist ungefähr wie für das Urchristentum der Staat nichts Absolutes, nichts Notwendiges, nicht Postulat der Vernunft. Ähnlich wie er für die katholische Kirche eine vorübergehende Erscheinung des irdischen Lebens ist. „Phänomenom", nicht „Noumenom". Die „dämonische Herrschaft scheinbar unentrinnbarer Wirtschaftsgesetze über den Wirtschaftenden" ist ein „ethischer Widerspruch zum Endzweck". Der „Staat" muß daher zugunsten der „Gesellschaft" überwunden werden. Für alle anderen Parteien ist — wenn man von noch nicht programmatisch geformten Irritationen, Reiz und Reaktion, absieht (z. B. Strömungen in der völkischen Bewegung, Anarchismus nach Stirner und Nietzsche) — der Staat a prioristisch, naturnotwendig. Der Mensch ist ein Zoon politikon, formulierte es

bekanntlich Aristoteles fast biologisch. Aus der urmarxistischen Lehre folgt daher, daß die Revolution, die im dialektischen Prozeß als „akute Krisis" kommt, und die „das Absterben der an ihren chronischen Krisen zugrunde gehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Geburt einer neuen aus der absterbenden" bedeutet, Weltrevolution sei. Die — ich will einmal sagen bourgeoise — Revolution will in einem bestimmten staatlichen Umkreis auf gewaltsamem Wege reformieren, was zu bessern auf legalem Wege nicht möglich war. Die marxistische Revolution ist kulturpessimistisch, die bourgeoise pädagogisch-optimistisch. Der Unterschied ist qualitativ, nicht quantitativ. Wenn es natürlich auch Schattierungen und Übergänge gibt. Denn „leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen".

Die Zimmerwalder als Kommunisten wollten also, wie auch jede Seite des Buches der Frau Balabanoff zeigt, nicht die Niederlage der einen oder der anderen kriegführenden Partei, sondern die Niederlage aller Regierungen zum Siege der Massen. Tatsächlich hielt man in Frankreich die Tätigkeit der Zimmerwalder für krieggefährdend und den Interessen Deutschlands dienlich. Jean Maxe veröffentlichte im Verlage der nationalistischen Editions Bossard ein Buch über die internationalen Umtriebe während des Krieges unter dem Titel: „De Zimmerwald au Bolschéwisme ou le Triomphe du Marxisme Pangermaniste". So bezeichnet der Bericht des Spartakusbundes vom 28. Mai 1916 (Spartakusbriefe Bd. I, S. 133) als greifbares Resultat der Konferenz, daß voraussichtlich die französischen Delegierten gegen die Kriegskredite stimmen werden. So führt Ledebour in seinem Prozeß (Ledebourprozeß S. 140) aus, die deutsche Revolution sei ein Zweig der internationalen sozialen Revolution.

Damit wird erst die Rede Oskar Cohns im Reichstage (am 22. Februar 1918) verständlich, aus der der Abg. Graf zu Eulenburg zwei Sätze herausgenommen hat. Er sagte: „Die Revolution wird Deutschland erreichen, sie wird aus dem Lande selbst geboren werden. Und, meine Herren, wenn die Herren Fürsten und Staatsmänner diesen Krieg nicht zu beendigen verstehen im Sinne eines die Völker versöhnenden Verständigungsfriedens, dann werden die Völker den Krieg selbst beendigen. Ich sehne den Tag herbei, an dem es dazu kommen wird, ich sehne den Tag herbei, an dem die Völker ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen werden gegen die Fürsten und Staatsmänner, gegen die Militärs, gegen den deutschen Militarismus vor allem."

Für den Kommunismus gibt es ein Recht auf Revolution und ein revolutionäres Recht, während er terroristische Akte als überaltert für ein Proletariat verwirft, das auf eine alte politisch und geistig tiefverankerte und weitverzweigte Massenbewegung zurückblickt. (Vgl. Spartakus-Briefe Bd. II S. 11 Anm. über die Ermordung des öster-

reichischen Ministers Stürgkh durch Adler.) Die Begriffe „Nation", „Vaterland", „Sieg oder Niederlage", „Staat" existieren für die konsequenten Sozialisten wenigstens theoretisch nicht; es gibt für sie nur die zwei Parteien: „Proletariat" und „Bourgeoisie". Ganz unverfälscht spricht diese Überzeugung aus den Äußerungen Liebknechts, der von allen deutschen Sozialisten am konsequentesten Gefühlsmomente aus seiner Weltanschauung ausgeschaltet hatte, die ich in der Anlage wiedergebe [1]).

Das Recht zur Revolution gegen eine ungerechte Herrschaft wird auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung proklamiert. Preußen hat 1866, die kriegführenden Parteien haben im Weltkriege zur Revolution aufgefordert. Sie sind noch weiter gegangen. Die Alliierten haben die Tschechen und Ruthenen aufgewiegelt, seit Mitte 1918 auch versucht, die Revolution in Deutschland zu entfachen. Die Deutschen haben versucht, Aufstände im Kaukasus, in Indien und in Irland zu erregen, irische und polnische Legionen zu bilden, haben die bolschewistischen Führer nach Rußland gebracht, sie haben russische und französische Mohammedaner zur Teilnahme am Dchihad gegen die Alliierten bewogen. (Vgl. Spartakus-Briefe Bd. II S. 140 ff., „Liebknecht-Prozeß" S. 82 ff., wo aus einer illegalen Broschüre „Dokumente der Schmach" geheime Urkunden über die Verhandlungen Zimmermanns mit Casement und über das sogenannte Halbmondlager bei Zossen wiedergegeben sind.)

Im Gegensatz dazu scheint Graf zu Eulenburg davon auszugehen, daß eine Revolution an sich schon ein Verbrechen ist, ein Verbrechen, das, allerdings rein juristisch gesehen, nur solange strafbar bleibt, als es nicht von Erfolg gekrönt ist. Dieser Grundsatz entspricht nicht nur denjenigen Richtungen, die aus religiösen oder sittlichen Forderungen heraus jede Gewalt ablehnen und deren markantester Vertreter der Inder Ghandi ist, sondern auch dem Legitimitätsprinzip, für das allerdings auch die Entthronung der Dynastien 1866, der deutsche Wunsch auf Absetzung der Hohenzollerndynastie in Rumänien 1917 widerrechtlich sein muß, ebenso dem Rigorismus Kants, für den Krieg und, nach der Theorie des contrat social, Revolution, Restauration gegen das Rechtsprinzip verstoßen.

Der Gegensatz der Anschauungen ist uralt. Er liegt schon im Kampf der Fürsten gegen Stadt und Adel, der Bürger gegen die Herrschaft der Geschlechter, letzten Endes auch irgendwo im Streit um die justa causa belli. Er hat sich im Oktober 1918 in besonderer Schärfe gezeigt, als sich die Frage eines nationalen Rechts auf Revolutionen von dem Augenblick an stellte, als die siegreichen Alliierten das Schicksal des Landes mit der Person des Monarchen verknüpften und

---

[1]) Anlage X s. u. S. 126 ff.

das Volk hoffen durfte, daß dessen Abdankung dem Staate zur Rettung dienen könne.

Die Antwort auf die Pilatusfrage wird für den anders lauten, von dem verlangt wird, überragende gesellschaftliche Stellung, den Glanz des Hoflebens, seine durch Geburt gegebene Anwartschaft auf die gute Karriere aufzugeben, als für einen Bürgerlichen, der revolutionäre Tradition hat und seine Menschenrechte revolutionären Kämpfen verdankt. Mir will es scheinen, als ob Revolutionen überhaupt nicht in die rechtliche Kategorie gehören. Sie sind Elementarereignisse, mit denen die herrschenden Schichten und die Dynastien sozusagen als mit einer Berufsgefahr rechnen müssen. Ist eine Revolution siegreich, so schafft sie einen neuen Rechtszustand und geht damit in die Kategorie des Rechts über.

Aus dieser Perspektive gesehen, ist der Umsturz als solcher für unser Thema nicht von Bedeutung. Er wird es erst dann, wenn nachgewiesen wird, daß er am Zusammenbruch schuldig ist.

Wert gewänne die Durchforschung der Zimmerwalder Wühlarbeit also dann, wenn nachgewiesen werden kann, daß sie die Triebkraft für die Novembervorgänge in Berlin gewesen ist und daß diese zur Niederlage beigetragen haben. Natürlich nicht etwa nur causa remotissima. Jede noch so entfernte Mitwirkung anrechnen, hieße das Gesetz der Ursächlichkeit bis zum mißverstandenen Laplaceschen X übermechanisieren. Geht man so vor, so wäre auch Ludendorff für die Novembertage deshalb verantwortlich zu machen, weil er Lenin und zwei Dutzend seiner Genossen aus der Schweiz nach Rußland bringen ließ. Die Panke fließt in die Spree, die Spree in die Havel, die Havel in die Elbe, trotzdem wird niemand sagen, daß ihr Zufluß die Wassermenge dieses Stromes beeinflusse.

Es hieße die Kategorien verwirren, wenn man sich damit begnügte, den Vertretern der Dolchstoßtheorie eine Beweislast für ihre Behauptungen aufzuerlegen. Die Revolution könnte doch von den Linksradikalen gemacht worden sein, auch wenn einer Beweisführung logische Erschleichungen durch petitio principii und quaternio terminorum nachgewiesen werden. Die Tatsachen selbst sind kritisch zu durchleuchten.

Die Möglichkeit einer Revolution spukt als Lust- und Unlustgefühl schon im zweiten Jahre des Weltkrieges: Wunschtraum für die einen, Nachtmar für die andern. Sie wird aber auch an die Wand gemalt, um die Regierung vor allzu weit gespannten Kriegszielen zu warnen (z. B. Scheidemann am 15. Mai 1917 im Reichstag), um zu drohen, den Krieg nicht ohne Gewinn abzuschließen (z. B. in dem obenerwähnten Brief des Herrn v. Gebsattel). Es ist bekannt, daß das Gespenst auch am kaiserlichen Hoflager umging. Wer dort das Schreckbild der gefährdeten Dynastien heraufbeschworen hat, wissen wir noch nicht. Man kann nur Vermutungen aus dem cui bono auf-

stellen. Aber was jetzt als Prophezeiung erscheint, war damals doch nur Gedankenspiel, Beklemmung, Sehnsucht. Man sprach von ihr, wie man jahrelang von der Kriegsgefahr sprach, ohne letzten Endes an diesen Wahnwitz zu glauben.

Die Spartakisten, und mit ihnen die revolutionären Arbeiter, trafen allerdings (Vorwort zu „Spartakus im Kriege" S. 19) bereits mit dem Ausbruch der russischen Revolution praktische Vorbereitungen für einen bewaffneten Umsturz, ohne weiter nach einer „Patentlösung" zu suchen. Die USPD jedoch, die politisch geschult die Verteilung der Kräfte besser und vorsichtiger abwog als der zu letzten Opfern bereite Fanatismus der Überzeugung, dem Hoffnung bereits Erfüllung war, wollte die „revolutionären Mittel des eigenen Landes nicht schematisch auf ein anderes Land übertragen sehen" und sich nicht „vorwärts treiben lassen" (Meyer a. a. O. S. 15 und im Vorwort zu den „Spartakus-Briefen" Bd. I Neudruck S. III, IV). Die Vorgeschichte der Revolution, wie sie Richard Müller und Ledebour im Dezember 1919 auf dem Rätekongreß, Ledebour auch in seinem Prozeß, dargestellt haben [1]), muß noch durch einige Einzelheiten ergänzt werden, die mir von unterrichteter spartakistischer Seite mitgeteilt worden sind. Die Bewaffnung der Stoßtrupps bestand aus Armeerevolvern. Die Zahl der Bewaffneten konnte mein Gewährsmann nicht angeben. Man hielt sie für stark genug, der Polizei Herr zu werden, nicht aber der Truppen. Man rechnete jedoch darauf, daß die Soldaten übergehen würden. Abg. Dittmann, der ja leicht über den Fall vernommen werden kann, hat mir über die Sitzung des Revolutionskomitees am 4. November 1918, zu der er zugezogen worden war, folgendes mitgeteilt: Er sei, da er bis in die letzten Tage Oktober auf Festung gesessen, dann in seinem Wahlkreise gesprochen habe, gänzlich unorientiert über die Einzelheiten der politischen Vorgänge in diese Sitzung gekommen und habe die Stimmung der sogenannten Vertrauensleute — die nicht etwa gewählte Vertrauensleute der Betriebe, sondern Vertrauensleute der Revolutionäre waren — so gefunden, daß er sich zur peinlichsten Überraschung Ledebours gegen revolutionäre Experimente ausgesprochen habe. Mein spartakistischer Gewährsmann teilte mir mit, daß die Vertrauensleute aus den kleinen Betrieben sich nicht sicher fühlten, ihre Leute auf die Straße zu bringen, während die der großen dies hofften. Diese letzteren Vertrauensleute repräsentierten nach Ledebours Behauptung zusammen 70 000 Mann. Während bei dem Streik im Jahre 1917 125 000, schon am ersten Tage des Januarstreiks 1918 185 000 Mann (nach den Geheimberichten des Polizeipräsidenten von Berlin an das Oberkommando der Marken) feierten. Die Arbeiter gingen dann auf die Straße, aber ohne daß eine Parole des Revolutionskomitees sie erreichte. Es wurde vielmehr davon überrascht,

[1]) Anlage VIII a—c s. u. S. 116 ff.

da es erst den 11. November als Tag des Losschlagens festgesetzt hatte. Durch all diese Vorgänge scheint mir die auch an anderer Stelle vertretene These so gut wie bewiesen, daß die rechtzeitige Abdankung des als Friedenshindernis angesehenen Kaisers, jedenfalls aber ein früherer Waffenstillstand die Revolution verhindert hätte. Noch klarer wird es, wenn man den Verlauf des Rätekongresses selber verfolgt. Auf ca. 289 Mitglieder der SPD kamen ca. 100 Unabhängige; ferner neben ca. 73 Soldatenräten und sonstige Delegierten ohne Parteizugehörigkeit 24 Demokraten und nur 10 „Vereinigte Revolutionäre und Soldaten". Rosa Luxemburg und Liebknecht waren nicht Mitglieder, der Antrag, sie wenigstens mit beratender Stimme zuzulassen, wurde zweimal abgelehnt.

Nach meinem Gewährsmann war das Ziel der erst für den 5., dann für den 11. November 1918 geplanten Erhebung die Besetzung der Regierungsgebäude und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Statt dessen ergriff Ebert die Zügel und zog Vertreter der USPD hinzu. Auf dem Rätekongreß wurde nicht nur das Rätesystem abgelehnt und die Einberufung einer Nationalversammlung beschlossen, die Versammlung lief vielmehr so, daß die Fraktion der USPD sich nicht mehr an der Wahl des Vollzugsausschusses beteiligte, und der neu gewählte Vollzugsausschuß sich ausschließlich aus Mehrheitssozialdemokraten zusammensetzte. Nachdem dieses Ergebnis der Wahl bekanntgeworden war, verzeichnet der stenographische Bericht, daß es „von einigen mit wilden Verwünschungen aufgenommen wurde". Es herrscht minutenlanger Lärm. Man hört einige Matrosen rufen: „Wir sprechen uns wieder! Wir gehen noch einmal auf die Straße." Tatsächlich gab sich ja auch Spartakus mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Er versuchte, seine Revolution weiterzuführen. Der Versuch scheiterte nach blutigen Kämpfen.

Der Ansturm der Novembertage, vor dem die alte Verfassung in Staub zerfiel, war als Beginn, als Verlauf und als Zielsetzung wesentlich von dem verschieden, was das Revolutionskomitee wollte. Es war eine ganz andere Bewegung oder, wenn man das Wort Revolution auch auf den Einsturz anwenden will, eine ganz andere Revolution. Die des Spartakus und seiner kleinen Gefolgschaft aus der USPD war politisch, ja weltpolitisch gedacht. Um die Bewegung zu klassifizieren, die durch die Parole der MSPD ausgelöst wurde, muß man sich erinnern, daß vor dem Kriege die Durchschnittssterblichkeit der Säuglinge in Deutschland 16% betrug, in Berlin W nur 6%, in den Berliner Arbeiterquartieren aber 42%, und daß in der großen Sitzung des Kriegskabinetts vom 17. Oktober 1918 (Amtliche Urkunden zum Waffenstillstand, 2. Aufl., S. 134) Scheidemann als Staatssekretär auf die Aufforderung Ludendorffs, die Stimmung in den Massen zu heben, erwidern mußte, das sei ausgeschlossen, die Not sei zu groß, man stehe vor einem völligen Rätsel, wie Berlin Nord und Berlin Ost lebe.

Die Oriflamme der Spartakisten war die Herrschaft des Proletariats, die Parole der anderen: Friede, Freiheit, Brot! Daß dabei auch die Monarchie zu Bruch ging, war eine unbeabsichtigte Nebenerscheinung. Hermann Müller hat daher die Vorgänge vom 9. November 1918 eine „Selbsthilfe des deutschen Volkes" genannt.

Der Hauptteil der USPD war grundsätzlich zu einer politischen Revolution bereit, aber erst dann, wenn ihre theoretischen und praktischen Voraussetzungen gegeben wären. Im November 1918 hielt er sie aber nicht für gegeben. Er ist bei der geplanten, aber nicht zur Ausführung gekommenen politischen Revolution des Spartakusbundes ebenso unbeteiligt wie an der erfolgreichen Bewegung der SPD.

Zum Schluß noch eins: Die Revolution kann schon zeitlich für die Niederlage im Felde nicht verantwortlich gemacht werden. Sie kann nur für die im Ausschuß genügend besprochene Frage des Weiterkämpfens nach Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen von Bedeutung sein. Ich will die Frage hier nicht noch einmal im ganzen aufrollen, sondern nur folgendes bemerken:

Abg. Brüninghaus hat gelegentlich der Diskussion über die Marinevorgänge von den Verhandlungen eines amerikanischen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsausgaben gesprochen. Ich gehe wohl mit der Annahme nicht fehl, daß das Zitat aus der von Viereck herausgegebenen Zeitschrift „American Monthly" stammt, die im Frühjahr 1926 berichtete, daß die Alliierten einen Waffenstillstand hätten nachsuchen müssen, wenn die Deutschen es nicht getan hätten, sich aber in einer späteren Nummer dahin berichtigen mußte, daß nur die Amerikaner in dieser Zwangslage gewesen seien. Die Drucksachen über diese Verhandlungen sind, wie mir auf eine Anfrage von dem Bureau des Repräsentantenhauses erwidert worden ist, gänzlich vergriffen. Durch Vermittlung eines Amerikaners, der mir versicherte, daß weiteres über die Angelegenheit in ihnen nicht enthalten ist, habe ich eine Abschrift der fraglichen Stelle erhalten. Die Wiedergabe des Abgeordneten Brüninghaus entspricht dem Original. Nur zu Anfang fehlt etwas. Auf eine Frage des Vorsitzenden Johnson nach dem Geiste der amerikanischen Armee im ganzen erwiderte Oberst Huidekoper: „Ich möchte sagen, in einer prachtvollen geistigen Verfassung, aber in einzelnen Teilen ein wenig benommen." (Groggy; der Ausdruck stammt aus dem Boxring.) Die Übersetzung ist im allgemeinen wortgetreu. Zu bemerken ist nur, daß am Schluß der mit „wenn die Deutschen nicht Schluß gemacht hätten" übersetzte Satz im englischen „had not stopped" heißt.

Die Angaben Huidekopers widersprechen allem, was wir bisher über den Zustand der amerikanischen Armee gehört haben. Im Schlußbericht an das Repräsentantenhaus (House Documents, 66. Congress 2 Session VA. 21), der sich in der Reichstagsbibliothek befindet, klagt General Pershing zwar gelegentlich, Nachschub und Ersatz seien nicht

ausreichend, spricht aber nicht davon, daß dadurch seine Operationen behindert worden seien. Er erklärt vielmehr, daß am 28. Oktober 1918 die französische Artillerie, Luftpark und technische Truppen, die bisher die amerikanischen Lücken ausgefüllt hatten, durch eigene Organisationen in weitem Umfange ersetzt worden seien. Er gibt ferner einen Armeebefehl Fochs vom 9. November wieder, der energische Angriffe gegen den durch die wiederholten Angriffe desorganisierten Feind befiehlt, der sich auf der ganzen Front im Rückzug befinde.

Es ist auch nicht recht ersichtlich, wieso sich die Transportverhältnisse so katastrophal für die Amerikaner hätten gestalten sollen. Teilnehmer an den Kämpfen gegen die Amerikaner erzählen Wunderdinge über ihren Reichtum an Material. Ein deutscher Kriegsteilnehmer, der in Gefangenschaft geraten war, hat mir Angaben gemacht, die das Vorliegen einer Transportkrise höchst unwahrscheinlich machen. Er gehörte zu den Trupen, die den folgenschweren Angriff am 18. Juli 1918 aushalten mußten, bei dem der Himmel „buchstäblich durch Flugzeuge verfinstert" worden sei. Die feindlichen Truppen trugen nur Sturmgepäck. Alles andere, ebenso wie der Truppennachschub, wurde auf zahllosen Automobilen nachgeführt. Der deutsche Soldat wurde dann gefangengenommen und in die Nähe des amerikanischen Depots abtransportiert. Er sah dort einen unabsehbaren Park von Lokomotiven und Waggons. Die Automobile kamen in Teilen herüber und wurden dort zusammengesetzt. An Reifen wurde der Vorrat stets in Höhe von ca. einer Viertel Million Stück aufrechterhalten.

Nach der im Jahre 1919 vom „Committee on Public Information" der Vereinigten Staaten herausgegebenen Broschüre „Die Leistungen der Vereinigten Staaten April 1917 bis November 1918" (P. Müller, Bern) wurden z. B. allein im August 1918 484 Artillerietraktoren gebaut. Die amerikanischen Streitkräfte in Frankreich hatten bis zum Waffenstillstand 75 000 Meilen Telephon- und Telegraphendrähte gelegt. 1000 amerikanische Lokomotiven in Frankreich sicherten den Truppen- und Materialnachschub nach der Front. Eine amerikanische Automobilfabrik in Frankreich erzeugte täglich 62 komplette Trucks und monatlich 1200 Wagen und 500 Motorräder. Das Motorwagenkorps des amerikanischen Heeres zählte ungefähr ebenso viele Offiziere und Mannschaften, als auf beiden Seiten bei der Schlacht von Waterloo ins Feld geführt wurden.

Warum soll die amerikanische Industrie plötzlich nichts mehr haben leisten können? Verschiffungsmöglichkeiten waren vorhanden. Legationsrat v. Twardowski, der frühere Sekretär des 2. Unterausschusses, gibt im 11. Kapitel seiner Schrift „Das amerikanische Schiffahrtsproblem" (erschienen in der bekannten Serie der von Herkner herausgegebenen „Sozialwissenschaftlichen Forschungen") folgende Zahlen:

Im November 1918 waren die im Mai 1917 von Balfour und

Viviani verlangten 400 000 t monatlich im Schiffbau fast erreicht. Beschlagnahmt wurden an fremden Schiffen einschließlich der deutschen ungefähr 3 650 000 t. 181 Werften mit 896 Helgen arbeiteten bei Waffenstillstand. Das Bauprogramm sah am 15. Oktober 1918 fast $14^1/_2$ Millionen Tonnen vor. Nach Abschluß des Waffenstillstandes wurden davon 10,7 Millionen Tonnen fertiggestellt, da deren Bau bereits begonnen war.

Nach der oben erwähnten Broschüre belief sich die amerikanische Handelsflotte im April 1917 auf $1^1/_4$ Millionen Brutto-Tonnen, dazu kamen bis 11. November 1918 einschl. gecharterter und beschlagnahmter Schiffe 6 Millionen Tonnen. Das Bauprogramm von November 1918 sah $16^1/_2$ Millionen Tonnen vor.

Es ist auch bei den Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten niemals davon die Rede gewesen, daß eine Transportmittelkrise zu dessen Abschluß dränge.

Im November 1925 hat Oberst House der „United Press" ein Interview gewährt. Er erzählt darin, daß Wilson die bulgarische Waffenstillstandsbitte am 27. September 1918 gerade in dem Augenblick erfahren habe, als er in der Metropolitan-Oper in New York eine große Rede für die vierte Kriegsanleihe halten wollte. Er habe sofort erkannt, daß der Anfang vom Ende für die Mittelmächte gekommen sei, und ihn, House, eiligst nach Europa entsandt, damit er an den Waffenstillstandsverhandlungen noch teilnehmen könne. Über diese Verhandlungen gibt ein bisher in Deutschland unbekannt gebliebener Brief Einzelheiten. Er ist von dem französischen Dolmetscher der interalliierten Kommission, Paul Mantoux, geschrieben, von dem es heißt, er kenne deren Geheimnisse wie kein anderer, und im „Philadelphia Ledger" vom 19. Juli 1920 veröffentlicht worden. House fragte den Marschall Foch: „Herr Marschall, wollen Sie uns sagen, rein vom militärischen Standpunkt und ohne irgend etwas anderes in Betracht zu ziehen: würden Sie vorziehen, daß die Deutschen die hier besprochenen Waffenstillstandsbedingungen ablehnen oder annehmen?" Foch erwiderte: „On ne fait la guerre que pour ses résultats. Wenn die Deutschen unsere Bedingungen annehmen, erlangen wir diese Resultate. Unter diesen Umständen hat niemand das Recht, noch einen Tropfen Blut zu vergießen." Foch wandte sich dann gegen das nach seiner Meinung militärisch überflüssige Verlangen der Marineleute auf Auslieferung von Kriegsschiffen. Einer der Premierminister, nach Mantoux' Erinnerungen Lloyd George, fragte Foch, wie lange es dauern würde, um die Deutschen nach einer eventuellen Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen über den Rhein zu treiben. Er antwortete: „Vier oder fünf Monate, wer kann das wissen." Nach einigen Tagen kam er mit einer Aufzeichnung und sagte: „Dies sind die Bedingungen, die Ihre militärischen Berater aufgesetzt haben und die wir nach unserem nächsten Erfolge den Feinden aufzwingen

können." Es wurde dann noch über Einzelheiten verhandelt. Im ganzen wurden aber die Bedingungen angenommen, „die hinter einer Kapitulation nur wenig zurückblieben".

Dieser Bericht widerlegt zunächst die Behauptung, es seien bessere Waffenstillstandsbedingungen in der Hinterhand gehalten worden. Das ist ebenso eine Mär wie die Legende vom zweiten bereitgehaltenen Friedensvertrag. Für uns ist es hier wichtig, daß bei diesen Verhandlungen von militärischer Seite nichts davon erwähnt wird, daß eine Transportkrisis für einen Waffenstillstand spreche oder gar ihn nötig mache.

Des Rätsels Lösung scheint mir gefunden, seitdem mir eine weitere Mitteilung über das Gespräch zwischen Huidekoper und General Gowen zugegangen ist. Leider bin ich nicht befugt, den Namen meines Gewährsmannes zu nennen. Ich erkläre aber auf meinen Eid als Sachverständiger, daß er zuverlässig ist und genaue Kenntnis von den Vorgängen hatte. Nach dieser Mitteilung trafen sich die beiden Herren im Januar 1919 in einem okkupierten Ort nach dem Dienst beim Mittagessen. Bei dieser Gelegenheit sagte Gowen, daß das amerikanische Expeditionskorps die Kampfhandlungen (hostilities) nur einen Monat nach dem Waffenstillstand hätte fortsetzen können (could not have continued). Hieraus ergibt sich, daß das Wort „Stop" in der Aussage Huidekopers vor dem Untersuchungsausschuß nicht mit „Schlußmachen", sondern mit „Haltmachen" zu übersetzen ist. Das wird auch durch General Maurice in einem Aufsatz bestätigt, der in dem im Verlage der Encyclopaedia Britannica erschienenen Sammelwerke „These Eventful Years", an dem auch Ludendorff und Tirpitz mitgearbeitet haben, erschienen ist. (Bd. I S. 267.) Er erwähnt dabei, daß der von Foch befohlene Angriff in Lothringen beiderseits von Metz, der nur von Amerikanern geführt werden sollte, gerade eingesetzt habe, als der Waffenstillstand kam. Die Aussage Huidekopers bedeutet also nichts anderes, als daß sich die große Offensive der Alliierten, wie alle Offensiven, wegen der Schwierigkeit des Nachschubs hätte totlaufen müssen.

Graf zu Eulenburg schreibt, daß die Militärs im Gegensatz zu den Nichtmilitärs das Weiterkämpfen für möglich und zweckmäßig gehalten hätten. Gewiß sind Generale für Fragen der Strategie sachverständig. Aber es heißt den Ruhm von Tannenberg, der Feldzüge in Polen, von Gorlice, des Zurücknehmens der Front auf die Hindenburgstellung und der Abwehrkämpfe 1917 nicht schmälern, wenn man daran erinnert, daß sie häufig Kalkulationsfaktoren falsch eingeschätzt haben. Der Handstreich auf Lüttich mißglückte, die belgischen Truppen entkamen aus Antwerpen, der Schlieffensche Plan war verwässert und dann durch die Fortnahme zweier Korps vom rechten Flügel trotz seines: „Macht mir den rechten Flügel stark" denaturiert worden. Die erste Marneschlacht wurde kopflos vorzeitig abgebrochen, der zweite

Kriegswinter „durch das Verbrechen, die Entscheidung bei Verdun zu erzwingen", „blutig vertrödelt", die rumänische Streitmacht nicht völlig erledigt. Allen Warnungen zum Trotz wurden uns durch den U-Bootkrieg, der versagte, die Amerikaner auf den Hals gehetzt, trotz aller Bedenken auch Helfferichs durch das Hindenburgprogramm die Produktion und die Transportmittel durcheinandergebracht. Die große Offensive mißlang, der Rückzug wurde zu spät eingeleitet. Vorschnell und übereilt wurde von dem widerstrebenden Kabinett eine Waffenstillstandsbitte erzwungen, die Abdankung des Kaisers verzögert. Die Generale haben sich also bei allen schlechthin lebenswichtigen Entschlüssen geirrt. Warum soll man sie gerade für die letzte Entscheidung für unfehlbar halten? Es gibt aber auch Militärs, die anderer Meinung waren. Ich denke dabei nicht an Groener, der von der Möglichkeit, auf belgischem Boden Widerstand zu leisten, skeptisch dachte und ihr erst nach einer Rücknahme der Armeen auf das rechte Rheinufer wenigstens insoweit vertraute (Bericht der „Münchener Post" über den Münchener Dolchstoßprozeß S. 215 in Verbindung mit S. 219), als er von der Tatsache eines durch die Strombarriere gestützten Heeres mildere Friedensbedingungen erwartete. Ich denke an ganz andere militärische Sachverständige. Ich denke an jene Millionen namenloser Frontsoldaten, die vier Jahre lang sich nicht versagt hatten und sich weiter nicht versagten. Bis zum 9. November 1918 nicht, als alle Geschütze auf einen Schlag schwiegen. Sie marschierten noch zurück, treu und fest, wie sie sich in den Schlachten bewährt hatten. Als mit dem Betreten des Heimatbodens die Entspannung kam, fühlten sie die tödliche Ermattung ihrer Körper und ihrer Seelen. Sie wußten, daß sie nicht mehr weiter kämpfen konnten. Und darauf kam es jetzt an. Nicht auf das, was man theoretisch messend und wägend errechnen konnte. Weil nämlich der Mensch keine Maschine ist, deren abgeleierter Motor ausgewechselt werden kann.

Graf zu Eulenburg hat auch die Gerüchte über den sogenannten Kronrat von Potsdam erwähnt. Die ersten Quellen dieser Gerüchte sollen folgende sein. Ein zum kaiserlichen Marstall kommandierter Gardeoffizier hatte dem am 5. Juli 1914 nach Potsdam zur Überreichung des bekannten kaiserlichen Handschreibens fahrenden österreich-ungarischen Botschafter einen Wagen zu stellen. Der Kaiser hatte sich nachher zu Herren seiner Umgebung über die politische Lage geäußert. Darüber war einiges bis zu dem erwähnten Offizier durchgesickert, der auch verwandtschaftliche Beziehungen zu Persönlichkeiten der österreich-ungarischen Botschaft gehabt habe. Er frühstückte einige Tage später im „Kaiserhof" und erzählte dabei, die politische Lage sei sehr ernst usw. Diese Unterhaltung wurde von Kellnern gehört und weitererzählt.

Wie es gekommen ist, daß dann im Sommer 1917 die Legende vom Kronrat in Potsdam auftauchte, ist mir nicht bekannt. Vielleicht

weiß man im 1. Unterausschuß näheres. Jedenfalls zeichnet sie am 30. August 1917 der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. d. Bussche für die Akten auf. (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Anhang VIII in Vorbemerkungen S. XIII, XIV.) Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel will von diesem Kronrat, wie er in seinen Memoiren erzählt, durch seinen deutschen Kollegen unterrichtet worden sein. Wilson hat diesem Bericht Glauben geschenkt und aus ihm die Weltfriedensstörungspläne Deutschlands gefolgert. (Villeneuve-Trans, A l'Ambassade de Washington, S. 157.) Die englischen Diplomaten haben an den Kronrat nicht geglaubt. (Deutsches Weißbuch, „Deutschland schuldig?" II. Aufl., Berlin, Carl Heymann, 1919, S. 78, 79.) Inwieweit Oscar Cohn die Geschichte im Ausland verwertet hat, weiß ich nicht. Der „Rapport", der ihn als einen Beweis für die deutsche Schuld am Kriege benutzt, bezieht sich („Deutschland schuldig?" S. 16) auf eine Denkschrift Dr. Müllers, die ich mir nicht habe beschaffen können, und die Aufzeichnungen Lichnowskys. (Meine Londoner Mission, Verlag Neues Vaterland, Berlin, S. 28. Mit dem dort erwähnten „österreichischen Protokoll" ist zweifelsohne das Telegramm Szögyénys an Berchtold vom 5. Juli 1914, „Österreichisches Rotbuch", 1919, Nr. 6, gemeint.)

Zum Schluß soll noch die Frage der Abdankung besprochen werden, die vom Abg. Graf zu Eulenburg berührt worden ist. Ich möchte das Wort „Abdankung" beibehalten, obwohl der Oberstleutnant Niemann in seiner gegen meine kleine, unter diesem Titel erschienenen Schrift gerichtete Broschüre es „irreführend" genannt und dafür das Wort „Entthronung" verlangt hat. Die Monarchisten mögen sich unter sich darüber streiten, wie sie den Abgang nennen wollen. Es ist für den Zweck unserer Untersuchung gleichgültig. Wichtig für uns ist nur zu untersuchen, wie die Abdankungsforderungen auf Heer und Heimat gewirkt haben.

Die Stellung Wilhelms II. hatte sich mit Beginn des Krieges im Ausland und im Inland verschoben. Im Ausland galt er vorher als Friedenshort. Ich selbst war in den kritischen Julitagen in einem international besuchten Hotel in der Schweiz. Bei den Ausländern hieß es allgemein, er komme aus Norwegen zurück, der Frieden sei gesichert. Als dann doch der Krieg ausbrach, erinnerte man sich seiner säbelrasselnden Reden, die man solange als rhetorische Übungen ein wenig achselzuckend quittiert hatte, bis er das Schwert wirklich zog. Nun schien seine bisher bewährte Friedensliebe ein heuchlerischer Deckmantel, um im richtigen Augenblick losschlagen zu können, oder wurde wenigstens so dargestellt, um den Völkern der Entente zu beweisen, daß sie überfallen seien. Seine Reden wurden auch ausgeschlachtet, um den Beweis des Barbarismus der Deutschen zu führen. Seiner Ansprache an die Truppen bei ihrer Ausfahrt zur Chinaexpedition verdanken wir das Schimpfwort „Hunnen" in der

angelsächsischen Welt. In einer Besprechung von Emil Ludwigs „Wilhelm II.", in der er den Kaiser in vielen Punkten in Schutz nimmt, bestätigt der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, daß gerade diese Rede und andere ähnliche dazu beigetragen haben, die Greuellegenden, namentlich die Erzählungen von den abgehackten Kinderhänden, glaubhaft zu machen (amerikanische Monatsschrift „Current History", Juni 1924). (Vgl. auch Nitti: „Das friedlose Europa", S. 22 u. 100.)

In der Heimat müssen wir davon ausgehen, daß sich Kaiser und Volk zu Kriegsbeginn gefunden hatten. Wiedergefunden hatten, wäre zu viel gesagt. Ebenso muß aber auch festgestellt werden, daß der Kaiser nichts getan hat, um das Vertrauensverhältnis zu erhalten und zu stärken. Dabei ist es gleichgültig, aus welchen Gründen sich der Kaiser vom Volke und von dessen Vertretern abschloß oder abgeschlossen wurde.

Daß die Entfremdung zwischen Volk und Kaiser bedrohlich wurde, scheint bereits im Frühjahr 1917 den Gewalten fühlbar geworden zu sein. Mitte April 1917 schrieb das preußische Kriegsministerium an das preußische Kultusministerium und an das Auswärtige Amt: „Der Grund unserer Stärke liegt in den durch Jahrhunderte alte Wechselbeziehungen zwischen Herrscherhaus und Volk befestigten inneren Zuständen." Feindliche Propaganda und Agitation der radikalen Sozialdemokratie suche das monarchische Gefühl zu untergraben. Es wird vorgeschlagen, Kirche und Schule zu seiner Stärkung heranzuziehen. Die Schüler sollen über die Verdienste der Hohenzollern, den Wert einer starken Monarchie und den Anteil Wilhelms II. an den staatlichen und sozialen Errungenschaften sowie den wirtschaftlichen Erfolgen belehrt werden. Aus einem Erlaß des Kultusministeriums ist zu ersehen, daß eine Einwirkung auf die Schulen in diesem Sinne in die Wege geleitet worden ist[1]).

Mitte Mai 1917 setzte das Kriegsministerium eine große Aktion in Gang. Die daraufhin einberufene Sitzung fand am 25. Mai 1917 statt. Als Vertreter des Kriegsministeriums führte Wrisberg aus, daß die linken Gruppen der Sozialdemokratie „in der Furcht des Herrn gehalten werden müssen". Auf der anderen Seite müsse der Masse des Volkes entsprechend der Osterbotschaft die Möglichkeit freier politischer Tätigkeit geschaffen werden. Dies könne nur auf Kosten der Anschauung der rechtsstehenden Parteien geschehen, die gerade Träger des monarchischen Gedankens seien. Beim Ausgleich zwischen rechts und links müsse daher das rechte Maß gehalten und durch eine starke Regierung weiteres Abbröckeln nach links vermieden werden. Bei allen Teilnehmern herrschte völlige Einigkeit über den außerordentlichen Ernst der Lage[2]) sowie darüber, daß die

[1]) Anlage XII s. u. S. 129.

[2]) Anm. des Sachv.: Der Monarchie, nicht des Vaterlandes!

Maßnahmen mit größter Beschleunigung zu ergreifen sind, besonders, da auch von der Stockholmer Konferenz eine weitere schwere Schädigung des monarchischen Gefühls zu befürchten sei.

Was als Palliativ vorgeschlagen wurde, ist aus dem in der Anlage [1]) beigefügten Exposé über diese Sitzung zu ersehen. Vorgeschlagen war auch, daß die Krone das ihrige zur Hebung des monarchischen Gefühls tun müsse. Es ist nichts davon bekanntgeworden, daß Wilhelm II. den gemachten Vorschlägen nachgekommen sei.

Daß die Teilnehmer der Konferenz in ihren Befürchtungen nicht fehlgingen, kann schon aus allerlei Anzeichen aus dem Jahre 1917 gefolgert werden. Gugelmeier berichtet (S. 26), „daß die Brücken zwischen dem Kaiser und dem Volk immer mehr zerbrachen. Als die wirtschaftlichen Spitzenverbände um eine Unterredung bei ihm nachsuchten, um ihre Auffassung über die Lage zum Ausdruck zu bringen, wurden sie abgewiesen. Andere versuchten gar nicht erst, sich Gehör zu verschaffen.“ Hanssen, der oben erwähnte dänisch-protestlerische Abgeordnete, erzählt, daß der fortschrittliche Abgeordnete Gunßer gelegentlich der Juli-Debatten 1917 im Hauptausschuß des Reichstags im Gespräch geäußert habe, daß die Stimmung in Süddeutschland sehr aufgeregt sei: „Kommt der Kaiser in ein Dorf unseres Wahlkreises hinein, wird er kaum lebend aus ihm herauskommen.“ Diese Redewendung war natürlich eine Übertreibung, zeigt aber doch, wie hoch die Mißstimmung gestiegen war.

Nun an der Front. Der Pater Dreiling berichtet (S. 75), anfangs hätten Kaiser und Vaterland eine große Rolle gespielt. Das sei allmählich anders geworden. Im Oktober 1917 hätten in seinem Lazarette (Krankenlazarett Sous le Bois bei Maubeuge) Verwundete in zwei Sälen gebeten, die Kaiserbilder wegzunehmen, mit der Begründung: „Mit dem Herrn haben wir nichts mehr zu tun.“ Auf die Frage, ob sie Schluß machen wollten, erwiderten sie: „Nein, für unsere Angehörigen kämpfen wir gern weiter. Wir haben das zerstörte Gebiet und die Evakuiertenzüge gesehen. Das soll denen daheim nicht passieren.“ Noch bezeichnender ist eine Bemerkung Dreilings aus dem Jahre 1918: „Nachdem schon der Geburtstag des Kaisers still gefeiert worden war, unterblieb auf inoffiziellen Wink von oben die Feier des Regierungsjubiläums ganz.“ (S. 104.) Endlich ein Erlebnis, das Gugelmeier aus Charleroi am 9. November 1918 erzählt: „Dort standen auf dem Bahnhof Tausende von Feldgrauen. . . . Als ich den wartenden Massen die Mitteilung von der Abdankung des Kaisers verkündete, erfaßte die Leute ein unglaublicher Freudentaumel. Ein paar schrien über den Platz weg: ‚Lehmann hat abgedankt!‘ Einige umarmten sich und tanzten wie verrückt auf dem Platze herum.“

---

[1]) Anlage XIII s. u. S. 130 ff.

Ob feindliche und linksradikale Agitation, wie das Exposé meint, überhaupt oder auch nur zu erheblichem Teil zu einer antimonarchischen Stimmung, richtiger formuliert: zu der Verstimmung gegen Kaiser und Kronprinz beigetragen haben, ist mir mehr als zweifelhaft. Der Kronprinz selbst meint in seiner Denkschrift aus den Sommertagen 1917 („Erinnerungen", S. 162), die ungeheuren Blutopfer, die Aussicht auf neue schwere Verluste an Menschenleben, die Gemütsdepression, die Ernährung und Kohlennot hätten „eine Unlust in weiten Volksschichten, und zwar nicht etwa nur in sozialdemokratischen, erzeugt, die für die Fortführung des Kampfes ebenso erschwerend ist, wie sie zersetzend auf den monarchischen Gedanken gewirkt hat". Diese Begründung scheint mir stichhaltiger als diejenige, die die Herren in Berlin gegeben haben, die überall nur Agitationsfolgen witterten, ohne danach zu forschen, woher der Nährboden für die Bazillen kam.

Wie sich diese Abneigung gegen den Träger der Krone und seinen Nachfolger bei einem einigermaßen erträglichen Frieden ausgewirkt hätte, ist natürlich nicht zu sagen. Nachdem es aber offenbar wurde, daß der Krieg mit einer schweren Niederlage enden müsse, brach sich zunächst mehr gefühlsmäßig als verstandesmäßig die Überzeugung durch, daß ihre Stellung unhaltbar geworden sei. Genau wie es undenkbar schien, daß die farbenprächtigen Uniformen der Vorkriegszeit und der Prunk höfischer Feste wiederkehren könnten. Es wäre billig, aber geschmacklos, auf die Reden des Kaisers jetzt im einzelnen zurückzukommen. Aber der Gegensatz zwischen ihnen und der harten Tatsache der Niederlage war doch zu schreiend. In der Nationalliberalen Fraktion war man sich schon in den ersten Oktobertagen darüber klar — also noch vor der ersten Lansing-Note —, daß ein schlechter Kriegsausgang Folgen für die Dynastien haben werde. Ein bayerischer Geistlicher, Abgeordneter der Zentrumsfraktion, drückte Gugelmeier, nachdem das Waffenstillstandsangebot bekanntgeworden war, die Hand und sagte mit tränenerstickter Stimme: „Die Hammeldiebe werden Könige, und unsere braven Fürsten müssen gehen." (Gugelmeier, S. 93.)

Nun kamen die nicht mißzudeutenden Abdankungsforderungen aus Amerika. Zunächst bäumte sich das Gefühl gegen die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten auf. Im weiteren Verlaufe der Ereignisse steigerte sich aber die Besorgnis, die Person des Kaisers bilde ein Friedenshindernis. Diese Belastung ertrugen die Massen nicht mehr. Man hat gesagt, daß Wilson mit seinen Forderungen den Erisapfel unter das deutsche Volk habe werfen wollen. Das ist nach der Persönlichkeit Wilsons sehr unwahrscheinlich. Er hat von Anfang an sicherlich aus seiner innersten Überzeugung heraus den Kampf gegen Absolutismus und Militarismus als Kriegsziel proklamiert. Jedenfalls war aber die Frage der Abdankung gestellt.

Wenn der Waffenstillstand nicht schnell kam, konnte sie nur damit beantwortet werden, daß der Kaiser auf irgend einem Wege den Thron verließ. Die erste Anregung in Deutschland erfolgte aber nicht aus der Masse heraus. Am 13. Oktober 1917 traten Industrielle mit dem Begehren auf Abdankung hervor (Haußmann, „Schlaglichter", S. 250). Der erste offizielle Schritt kam von der in ihrer Reichstreue wankend gewordenen bayerischen Regierung („Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes", No. 77).

Ich darf den Gang der Verhandlungen über das Abdankungsproblem als bekannt voraussetzen, namentlich seitdem das Buch des Prinzen Max ihn ausführlich wiedergibt. Soweit ich übersehen kann, ist seine Schilderung der hier allein interessierenden Berliner Vorgänge nicht angefochten worden. Eine wenn auch nicht erhebliche Lücke befindet sich in ihnen nur insoweit, als nichts von den Besuchen der Bundesratsvertreter in der Reichskanzlei erwähnt wird, die ihre Besorgnis ausdrückten, daß eine Abdankung des Kaisers Rückwirkung auf ihre bundesstaatlichen Souveräne haben könne.

Wie war nun die Stellung der einzigen programmatisch republikanischen Partei, nämlich die der Sozialdemokraten? Am 15. Oktober 1918 schreibt Prinz Max an seinen Vetter, den Großherzog von Baden: „Die Konservativen sprechen ganz offen von seiner (s. c. des Kaisers) Abdankung. Gottlob, daß ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens gegen mich ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten. Welche Ironie des Schicksals." (Prinz Max, S. 405, wo in einer Anmerkung darauf hingewiesen wird, daß sich diese Worte nicht auf eine offizielle Stellungnahme der Konservativen Partei, sondern auf Stimmungen beziehen, wie sie während jener Zeit in zahlreichen Unterhaltungen laut wurden.) Aber das änderte nichts, wie Noske in jener tragischen Sitzung des Reichstages vom 23. Oktober 1918 sagte, in der Polen, Elsässer, Dänen dem Reich die Gefolgschaft aufsagten, in der Haase zuerst von der kommenden Republik für Deutschland sprach, „an der im Lande herrschenden Stimmung, daß lediglich eine einzige große Geste des Trägers der Kaiserkrone den Druck von Millionen nehmen könne". Wie allgemein diese Stimmung war, ist aus dem Bericht über die Kabinettsitzung vom 31. Oktober 1918 zu ersehen (Prinz Max, S. 538 ff.), wenn sich auch die Konservativen jetzt öffentlich vor den Kaiser stellten. Trotzdem versuchten die sozialdemokratischen Führer, wie ihre Verhandlungen mit Groener am 6. November 1918 (Dolchstoßbericht der „Münchener Post", S. 217) und die Hinzögerung des Ultimatums zur Kaiserfrage (Prinz Max, S. 606 ff.) beweisen, die Abdankungsfrage bis nach dem Waffenstillstand herauszuschieben.

Zu erörtern, ob es einer Regentschaft eines preußischen Prinzen,

mit der sich die Sozialdemokraten völlig abfanden, über einen unmündigen Kaiser ebenso gelungen wäre, das Reich zusammenzuhalten, wie es der staatsmännischen Kunst Eberts gelungen ist, wäre Konjekturspielerei, ebenso wie eine Erörterung darüber, ob Wilson durch eine von ihm erzwungene Entthronung des Kaisers das moralische Gewicht gewonnen hätte, einen Frieden nach seinen 14 Punkten durchzusetzen. Dagegen kann mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit behauptet werden, daß es gelungen wäre, die Arbeiter in den Fabriken zu halten, wenn die Abdankung 24 Stunden früher erfolgt wäre. Die späteren Ereignisse haben bestätigt, was schon drei Nachwahlen gezeigt hatten, wie klein verhältnismäßig der Anhang der USPD und der Radikalen war oder nach vorübergehendem Anschwellen geworden war, nachdem der Waffenstillstand das Bluten und Verbluten beendigt hatte. Die Republik wurde extemporiert. Die Monarchie hätte gerettet werden können, wenn nicht verblendete Ratgeber im Hauptquartier ein allzu williges Ohr gefunden hätten.

Der russische Diplomat *Rosen* schreibt („40 Years of a Diplomate", Band II, S. 300):

„Die russische Revolution bedeutete in Wahrheit zunächst eine Auflehnung des Volkes gegen den Krieg. Sie bedeutete aber noch viel mehr. Ich muß hier davon sprechen, weil es weit über die Grenzen Rußlands hinaus von Bedeutung ist. Sie bedeutete, daß die frondenden Massen, die in jedem Lande die überwiegende Mehrheit des Volkes bilden, zu der Erkenntnis erwachen, dieser Krieg — wie in Wirklichkeit fast jeder Krieg seit Beginn der Geschichte — sei ihnen von ihren Herrschern aufgezwungen als Folge einer Politik der herrschenden Klassen, die durch die Phantome des Ruhms, der Hegemonie, des Prestiges, der Revanche in Versuchung geführt wurden. Diese Phantome sind aber für die Massen nur Schiboleths, die im Leben einfacher Männer und Frauen bedeutungsleer sind. Trotzdem sollten sie die Verwirklichung solcher Phantome mit dem Leben von Millionen ihrer Söhne und Brüder, mit Millionen zerstörter Heime und mit all jenem unsäglichen Elend und Leiden bezahlen, für die auch der überwältigendste Sieg keinen Ausgleich gibt. Die Revolution bedeutete ferner, daß die Massen, wenn der Tag des völligen Erwachens für sie gekommen sein wird, aus diesem Tag einen Tag der Abrechnung mit ihren Herrschern machen werden."

Was hier über die russische Revolution gesagt wird, kann auch auf jene Novembertage 1918 übertragen werden, als überall im Deutschen Reiche ohne irgendeine zentrale Leitung, ohne einheitlichen Befehl zum Losschlagen, ohne Führerpersönlichkeiten, durch einige Reden, Versammlungen, Umzüge, geführt höchstens von einer Handvoll bewaffneter Matrosen, die Umwälzung improvisiert wurde. Der Motor der Bewegung war trotz aller Revolutionsromantik und Re-

volutionsgymnastik, trotz aller Revolutionserwartung und Revolutionshoffnungen die Friedenssehnsucht. Daher fand sie Zustimmung weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus, zum mindesten Duldung sogar bei jenen, die ihre Träger, die Arbeiter, fürchteten. Insoweit stimme ich also mit dem Abgeordneten Rosenberg überein. Nicht jedoch darin, daß die Bewegung bis zur Diktatur des Proletariats hätte weitergetrieben werden können. Ich kann natürlich nicht mit ihm darüber rechten, ob eine solche Entwicklung segensreich gewesen wäre. Kommunismus ist meiner Meinung nach nur aus ethischer oder religiöser, niemals aus materialistischer Weltanschauung zu schaffen. Ich glaube aber, daß die Voraussetzung für seine Folgerung fehlt. Die Bewegung richtete sich nicht gegen eine Ordnung, weder gegen eine Gesellschaftsordnung noch eine Staatsordnung, sondern gegen Personen, die man als solche für das Elend verantwortlich machte. Als der Antrieb mit der Abdankung und mit dem Waffenstillstand wegfiel, setzten sich die Massen wieder, die lawinengleich aus sich selbst gerollt waren. Sie noch einmal, vielleicht zu neuem Blutvergießen, vorwärts zu stoßen, war schon deshalb aussichtslos, weil es zwar bei den Radikalen leidenschaftliche Redner gab, die politischen Persönlichkeiten großen Formats, die eine Rosa Luxemburg ausgenommen, völlig fehlten.

Anlage I

Aus den Berichten des Polizeipräsidenten von Berlin an das Oberkommando der Marken

Bericht vom 5. Oktober 1914

„Die von dem radikalen Klüngel der Sozialdemokratie künstlich geschaffene Hetze gegen Annexionen feindlichen Gebietes, die durch den bekannten Artikel des Prof. Delbrück eine gewisse Unterstützung gefunden hat, findet in der Masse selbst keinen Boden."

Bericht vom 6. März 1915

Für die Stimmung der höheren Kreise sei die Besorgnis maßgebend, Italien könne in den Krieg treten. Man verlange einen Druck auf Österreich. „Mindestens von ‚Nibelungentreue' will niemand etwas wissen, sondern nur von ureigenstem Interesse. Aus der Abwesenheit S. M. von der Reichshauptstadt wird gefolgert, daß eine größere diplomatische Aktion nicht stattfinde. Hieraus werden unerwünschte Schlüsse gezogen."

Bericht vom 18. März 1916

„Das scheinbare Aufgeben der angekündigten Verschärfung des U-Bootkrieges hat eine überaus gereizte Stimmung erzeugt, und zwar vor allem in den gebildeten Kreisen, die noch durch das Ausscheiden des Großadmirals v. Tirpitz an Stärke gewonnen hat und vor der heftigen Kritik der Kriegsleitung nicht zurückschreckt" . . . Die Schuld trage der oberste Reichsbeamte. „Gegen diesen speichert sich daher eine Unsumme von Haß auf, dem jedes Ventil fehlt. Der Haß, mit dem Anfang der 60er Jahre die Fortschrittspartei und damit ein großer Teil des preußischen Volkes Herrn v. Bismarck-Schönhausen verfolgte, wiegt demgegenüber leicht. Der kam von Parteifanatikern, jetzt sind Träger verzweifelnde Patrioten aus allen Lagern, vom Offizier und Beamten bis zum Arbeiter. Würde heute Umzugsfreiheit gegeben werden, so bewegte sich alsbald spontan ein Zug von 100 000 patriotischen Oppositionsdemonstranten nach dem Reichskanzlerpalais. Würde Pressefreiheit gewährt, nur ein kleiner Teil der ganz linksstehenden Presse träte für die Regierung ein. Die Popularität S. M. hat schwere Einbuße gelitten. Allgemein wird als sein böser Geist bezeichnet Ballin."

Bericht vom 1. April 1916

Der Bericht vom 18. März 1916 hat es als die dringendste innerpolitische Aufgabe bezeichnet, die öffentliche Meinung der Reichshauptstadt von der Richtigkeit der in der U-Bootfrage getroffenen Maßnahmen zu überzeugen. Der Bericht vom 1. April 1916 stellt aber bereits fest, daß anstelle leidenschaftlicher Erregung nüchterne Überlegung getreten sei. „Die Tatsache, daß im Reichshaushaltsausschuß alle in Betracht kommenden Fragen ausführlich zur Erörterung gelangt sind und daß alle Parteien sich auf e i n e Erklärung geeinigt haben, hat in den Kreisen der Gebildeten ungeteilte Befriedigung hervorgerufen und dürfte auch allmählich in den anderen Kreisen Beruhigung schaffen."

Bericht vom 5. August 1916

Das neuerliche Verbot des B. T. sei von konservativen alldeutschen Antisemiten mit Genugtuung begrüßt worden, weil sie das offensichtlich gute Verhältnis des radikalen Freisinnblattes zur Regierung längst mit Argwohn betrachteten.

Bericht vom 18. April 1917

gibt die Zahl der Ausständigen in Berlin auf 125 000 an. Der Grund des Streiks sei Herabsetzung der Brotmenge in Verbindung mit politischer Gärung gewesen.

Bericht vom 14. Mai 1917

„Den bevorstehenden internationalen sozialistischen Konferenzen in Stockholm wird deshalb (weil der Friede nicht mehr fern sei), vor allem von den unteren Ständen, rege Beachtung zuteil. In ihr wird von vielen der Vorläufer der eigentlichen Friedensverhandlungen gesehen. Aus diesem Grunde wird gerade jetzt in bürgerlichen Kreisen sehr starker Widerspruch gegen einen sogenannten Scheidemannschen Frieden erhoben."

Bericht vom 20. Juli 1918

Das Verhalten der Mehrheit des Preußischen Landtages in der Wahlrechtsfrage wird in Arbeiterkreisen vielfach als eine Herausforderung angesehen und hätte recht bedenkliche Wirkungen haben können, wenn man nicht darauf vertraute, daß schließlich die Regierung doch noch das gleiche Wahlrecht durchsetzen wird.

Der Bericht stellt ferner fest, daß die Friedenssehnsucht immer stärker werde und alles beherrsche, ebenso die Ernährungsfrage. Die Siegeszuversicht habe abgenommen, die Nachrichten von der Front machten keinen Eindruck, es herrsche ein allgemeines Gefühl der „Wurschtigkeit".

Bericht vom 19. August 1918

„Das Scheitern unseres letzten Vorstoßes und die teilweis verlustreiche Zurücknahme unserer Truppen unter Preisgabe eines beträchtlichen Teiles des in den früheren Vorstößen dieses Jahres eroberten Geländes hat gezeigt, wie sehr im Laufe der Kriegsjahre die früher so felsenfeste Siegeszuversicht abgenommen hat. Sonst hätte dieses eine Mißgeschick unmöglich die Stimmung bis auf denjenigen Tiefstand herabdrücken können, den sie jetzt erreicht hat. Freilich haben zu ihm auch die für uns ungünstigen Wirrnisse in Rußland, das mehr und mehr steigende Mißtrauen gegen die Widerstandskraft und den guten Willen Österreich-Ungarns und die Erzählungen beurlaubter Soldaten über trübe Zustände in unserem Heere, über Meutereien und den zunehmenden Übertritt zum Feinde manches beigetragen. Die tollsten Gerüchte, deren Urheber sich fast nie feststellen lassen, werden verbreitet und geglaubt. Man bedauert sogar, für die letzte Kriegsanleihe gezeichnet zu haben und hat für eine neue nichts übrig. Die Hoffnung auf den Sieg scheint vollständig im Schwinden und überall tönt der Ruf nach Verständigung."

Bericht vom 24. September 1918

Im allgemeinen neigt die gut bezahlte Arbeiterschaft aus Furcht, eingezogen zu werden, jetzt nicht zu Unbesonnenheiten. Immerhin gärt es in ihren Kreisen, zumal die Vertrauensmänner der USPD ihre Wühlarbeit wieder begonnen haben. Bei der Unberechenbarkeit der Massen und dem leichten Umschlag ihrer Stimmungen muß deshalb nach wie vor mit der Möglichkeit von Unruhen gerechnet werden, insbesondere für den Fall, daß etwa die Wahlrechtsfrage oder eine weitere Verschärfung der Lebensmittelnöte oder endlich Kleider- und Kohlennot im Winter den Funken ins Pulverfaß wirft.

Bericht vom 19. Oktober 1918

Dieser letzte Bericht schildert, daß die außenpolitischen und innenpolitischen Vorgänge „das deutsche Volk überrascht, bestürzt und bis ins Innere aufgeregt" haben. Man erhebt lebhafte Vorwürfe gegen die mangelnde Umsicht und Vorsicht des A. A., dem schon seit Jahren kein Vertrauen mehr geschenkt wird und gegen die Sorglosigkeiten der leitenden Stellen, die die Verschlechterung unserer militärischen und wirtschaftlichen Lage allzulange geflissentlich der Bevölkerung verheimlicht haben sollen. Mit der unblutigen Revolution, der Parlamentarisierung und dem Eintritt der rechtsstehenden Sozialdemokraten in die Regierung hat man sich, zum Teil schweren Herzens, abgefunden. Man erblickt in beiden Notwendigkeiten, die sich aus dem Wesen des Krieges als eines Volkskrieges von selbst entwickeln mußten.

Es folgt nunmehr eine Schilderung der Stimmung, die zwischen Friedensfreude und Demütigung, Ablehnung und Annahme eines Gewaltfriedens pendelt. Abseits stehe der Kreis der „Führer der USPD, die für einen Frieden um jeden Preis sind und die Notlage des Vaterlands als den geeigneten Zeitpunkt ansehen, ihr Hirngespinst der sozialistischen Republik zu verwirklichen. Angeblich haben sie bereits alles für den nach bolschewistischem Muster geplanten Umsturz vorbereitet, für den sie das Zeichen geben wollen, sobald die jetzige Reichsleitung abgewirtschaftet hat."

Es wird dann ausgeführt, daß sie anscheinend auf russische Hilfe rechnen und mit den Russen in Verbindung stehen. „Sie überschätzen jedoch ihre Kraft, die Macht der USPD sei doch recht begrenzt, der Ausfall der Wahl im Berliner Kreise habe sie arg enttäuscht. Der Bericht schließt: „Die Arbeiterschaft selbst ist, soweit sich dies erkennen läßt, vorläufig zu einer auf den gewaltsamen Umsturz abzielenden Bewegung nicht geneigt und wird voraussichtlich in ihrer weitaus größten Überzahl weiterhin Ruhe halten, wenn einmal dafür gesorgt wird, daß nicht insbesondere bei schneller Entwaffnung des Heeres und dem Zurückströmen arbeitsfähiger und arbeitshungriger Männer ins Heimatland weitgehende Arbeitslosigkeit eintritt, und wenn ferner der Lebensmittel- und Bedarfsmittelnot durch möglichst zweckmäßige Erfassung und Verteilung abgeholfen wird.

Anlage II

Aus den Berichten des Büros für Sozialpolitik[1])

a) Stellung der Massen zum Staat und zum Krieg

Die Berichte gehen davon aus, daß die Behauptung, die Führer der Sozialdemokratie seien zu Beginn des Krieges durch die Massen überrannt worden, unrichtig sei; das sei vielleicht bei ein paar alten Herren der Fall gewesen.

Alle Arbeiterkreise (nicht nur die sozialdemokratischen) sind enttäuscht darüber, 1. daß die Regierung nicht die Herabsetzung der Altersrente auf 65 Jahre vorgeschlagen habe, 2. sich weigere, die Arbeitsvermittlung gesetzlich neu zu regeln. Von einer Neuregelung im Verwaltungswege fürchtet man Schonung der besonders verhaßten Arbeitgebernachweise. (1. XII. 1915.)

Es genügt nicht, daß die „Nadelstichpolitik" gegen die Sozialdemokratie aufgegeben werde. Arbeiterführer sollen zur verantwortungsvollen Mitarbeit herangezogen werden. Wie im Ausland. Die reine Negation der Vorkriegszeit war verfehlt. Überall macht sich die Überzeugung geltend, daß künftig mitgearbeitet werden müsse (zuerst 1. XII. 1915). Die Idee eines Blockes der Linken taucht seit März 1917 auf. Der vernünftige Teil der Sozialdemokratie begreift, daß eine steuerliche Belastung auch der Massen nicht zu umgehen ist. Er verlangt jedoch eine Steuerregelung mit ausgesprochener Belastung der Besitzenden (Wehrbeitrag!) und den sehr populären Monopolen. Abgelehnt wird nach wie vor eine Erhöhung der Tabaksteuer.

Die Massen sind mißtrauisch. Die Führer müssen in ihren patriotischen Äußerungen vorsichtig sein. Je weiter sie rechts stehen, desto vorsichtiger. Es müsse den Massen gezeigt werden, daß die reformatorische Einstellung der Partei Erfolg habe. (1. IV. 1916.)

---

[1]) Anm. des Sachv.: Die Zahlen in Klammern geben das Datum des Berichts.

Die Kanzlerrede vom 5. Juni 1916, die von der bisher üblichen Trennung zwischen „nationalen Parteien“ und anderen abrückt, macht einen ausgezeichneten Eindruck. Man hofft, daß mit dieser Unterscheidung, die von den Sozialdemokraten seit jeher als sehr kränkend empfunden worden ist, endlich endgültig Schluß gemacht sei. (10. VI. 1916.)

Im Juli 1916 wird zuerst von „Friedenssehnsucht“ gesprochen, die seit vielen Monaten bestehe. „Die Stimmung der Massen ist augenblicklich vielerorts so schlecht, daß jedes Kriegsziel, das die Mehrheitsführer über den status quo zu verbreiten wagen würden, Abwanderung zahlreicher Wähler zur Minderheit zur Folge haben würde.“ Gegen die „Denkschrift der 6 Verbände“ wendet sich auch der „Holzarbeiter“ (christl. Gewerkschaftsblatt). (21. VII. 1916.)

Ein Artikel der „Breslauer Volkswacht“ zu Beginn des Jahres 1917 beschäftigt sich mit einer Rede des Pastors Möhring. Möhring hatte dargelegt, der Krieg sei eine Niederlage des Christentums. Er müsse jetzt mit aller Kraft, aber ohne Haß geführt werden. Die „Volkswacht“ führt dazu aus, die gläubigen Christen seien in ähnlicher Lage wie die Sozialdemokratie. „Das Christentum konnte aber vor Ausbruch des Krieges stark genug sein, um die Liebe auch zum irdischen Gesetz zu erheben — wir konnten es nicht?“ (21. II. 1917.)

Das Kriegszielprogramm der Christlichen Gewerkschaften (nach dem „Holzarbeiter“) lehnt den Annexionismus ab. Den Annexionisten wird empfohlen, in den Schützengraben zu gehen. Das Programm Scheidemanns wird abgelehnt, weil wir damit bei den Verhandlungen gegenüber den fordernden Feinden mit leeren Händen dastehen würden. Gegenüber den Kanzlerstürzlern wird Bethmann Hollweg das Vertrauen ausgesprochen. Die Christlichen Gewerkschaften erklären sich auch gegen die von einigen Zeitungen wie der „Kölnischen Volkszeitung“ versuchten Zettelabstimmung im Heere über Kriegsziele und die Verbreitung der im Verlage Lehmann, München, erschienenen Broschüren dort.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften wollen den Verständigungsfrieden (15. V. 1917).

Der Führer der Christlichen Gewerkschaften, Franz Behrens, schreibt im Heft 23 des „Neuen Deutschland“: „Die Kriegszielagitation wirke auf die Arbeiterschaft dahin, daß die Entfremdung zwischen Arbeitern und Bildungsschicht wachse.“ Innenpolitische Reformen seien notwendig, namentlich auf sozialpolitischem Gebiete (§ 153 Gewerbe-Ordnung. Arbeitskammern).“ An manchen Stellen wurde geklagt, daß zur Beratung sozialpolitischer Gesetze zwar die Unternehmer, nicht aber die Arbeitervertreter hinzugezogen würden. (4. X. 1917.)

Über die Offensive in Italien: „Durch Not und Entbehrung, Ermüdung und Kriegszielstreit sind die Massen leider einer Stimmung ungetrübten Jubels unfähig geworden. Sie verfolgen doch die Ereignisse an der Südwestfront mit starker Anteilnahme und mit jener moralischen Befriedigung, die im normalen Menschen die angemessene Sühne einer zweifelsfreien Schuld auslöst . . . Freilich sehen die Massen der Arbeiter zumeist die jetzigen Ereignisse vor allem unter dem Gesichtswinkel, ob sie voraussichtlich den Frieden beschleunigen oder verzögern werden.“ (1. XI. 1917.)

Der „Bergknappe“ (Christl. Gewerkschaftsblatt) und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (katholisch) erwarten, daß bei Ablehnung der Wahlrechtsfrage der Landtag sofort aufgelöst werde. (4. V. 1918.)

Durch die ganze freigewerkschaftliche Presse läuft ein Aufsatz, in dem es heißt: „Die Gewerkschaftsführer wissen am besten, wie sehr die einst hoffnungsstarke Volksstimmung auf den Hund gekommen ist, weil die innenpolitische Reaktion wütet." (1. VI. 1918.)

Aus der Arbeiterpresse läßt sich herauslesen, daß die Rückschläge größeren Eindruck gemacht haben, als die Kette von Erfolgen. Die Hoffnung auf baldige günstige Entscheidung ist geschwunden. Man fürchtet sich vor dem neuen Winterfeldzug. (15. VIII. 1918.)

Im September 1918 werden als Gründe des Stimmungsdruckes verzeichnet: Die militärische und außenpolitische Lage. Die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende schwindet. Ernährungsnöte. Nichterfüllung innenpolitischer Reformwünsche. Verlangt wird, nachdem der erste Schreck über die Niederlage im Westen überwunden ist, stärker denn je das Reichstagswahlrecht für Preußen. Weiter: Tatsächliche Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag, Anerkenntnis der Arbeiterberufsorganisationen. „Die Arbeiter wollen nicht mehr als Industriefutter behandelt werden. Wer dies Gebot der Stunde verkennt, ist der innere Feind" schreibt die „Bergarbeiterzeitung". (19. IX. 1918.)

Im Oktober 1918 ist die Friedenssehnsucht auf das äußerste gesteigert. Die Radikalisierung der Massen beschränkt sich keineswegs auf die Sozialdemokraten. Es herrscht Bitterkeit darüber, daß sich die früheren Regierungen über die Grenzen der deutschen Kraft nicht klar waren und den Glauben an unsere Unbesiegbarkeit so stark genährt haben, daß sich weite Kreise in falscher Sicherheit wiegten. Es verstimmt mehr, als es erhebt, daß die Arbeiter jetzt den Karren aus dem Dreck ziehen sollen. Die Reformen des Prinzen Max kommen zu spät. (15. X. 1918.)

Die Revolution wurde noch wenige Wochen vorher für unwahrscheinlich gehalten. Die Gewerkschaftsführer waren in jeder Hinsicht unbeteiligt. Die USPD war auf sie gerüstet, wünschte sie aber auch beim Entstehen nicht.

b) Lohnbewegungen und Streiks

Der Gewerkschaftsführer Winnig, ein sehr rechtsstehender und besonnener Mann, schreibt Ende Oktober 1915 in der „Buchbinderzeitung": „Bleibt's bei der Teuerung, so werden wir eines Tages große Streiks im Lande haben, Ausbrüche der Verzweiflung, in die der Lebensmittelwucher die Massen hineintreibt."

Die Frühjahrsstreiks 1917. Der Anlaß war die Kürzung der Brotration, die Versuche zur Politisierung fanden keinen Anklang. Streikgefahr bestand namentlich da, wo die Minderheit die Gewerkschaftsführer überrannt hat. Die Gärung wurde aber nicht von einzelnen genährt. Es war eine Massenerscheinung durch Suggestion. Die Streikparole breitete sich lauffeuerartig aus. Die Militarisierung einzelner Betriebe wird von der SPD und den Gewerkschaften als richtig anerkannt, eine allgemeine wird abgelehnt. Unterton in der Stimmung: Warum war die Landwirtschaft nicht opferfreudiger? Erbitterung herrscht namentlich gegen diejenigen Landwirte, die Brotgetreide verfüttert haben. Im preußischen Landwirtschaftsminister wird der Vater aller Hindernisse gesehen. (21. IV. 1917. 1. V. 1917.) Dieselbe Stimmung kann auch bei den Christlichen Gewerkschaften festgestellt werden.

„Eine gewisse allgemeine Unrast der Arbeiterschaft muß im gegenwärtigen Stadium des Krieges, so unliebsam sie auch ist, ohne weiteres als selbstverständlich angesehen werden. Das kinderreiche Proletariat hat in Heer und

Heimat große Opfer gebracht. Eine starke Kriegsmüdigkeit ist in diesen Volksschichten begreiflich und unverkennbar. Die Ernährungsknappheit bei unverminderter oder gesteigerter Arbeitsleistung hat eine nervöse Gereiztheit und seelische Anfälligkeit gegen alle verbitternden Eindrücke und Einflüsse zur Folge gehabt. Der handgreifliche Gegensatz zwischen den entsagungsreichen Leistungen des Heeres und einer sich daheim breitmachenden kalten Gleichgültigkeit, Selbstsucht und Geldgier ist auf die Stimmung der Massen ebenfalls nicht ohne Wirkung geblieben; sein Anblick hat zugleich erbittert und zum Teil ganz die gleichen Erscheinungen wie in anderen Gesellschaftsklassen auch in der Arbeiterschaft wachgerufen. Insbesondere haben der Wucher und die geringen sichtbaren Erfolge seiner Bekämpfung den natürlichen und gesunden Trieb, bessere Löhne und mehr freie Zeit zu erzielen, stellenweise in der Rüstungsindustrie ins Riesenhafte ungesund gesteigert, das moralische Gefühl für notwendige Grenzen solchen Strebens zersetzt und die Formen wirtschaftlicher Interessenvertretung verschlechtert. Man darf aber auch nicht verkennen, daß die Löhne, wie eine amtliche Erhebung ergeben hat, keineswegs allgemein jene sprunghafte Entwicklung genommen haben, die die abenteuerlichen Gerüchte, die man hier und dort im Mittelstande antrifft, rechtfertigen würde. Neben sehr guten Löhnen finden sich auch jetzt noch sehr oft solche, die den Teuerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechen." (15. IX. 1917.)

Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß Ende Oktober 1917 in Berlin wird darauf hingewiesen, daß die Lohnbewegungen nur die natürliche Begleiterscheinung der Geldentwertung seien. Es wird eine Menge Material dafür beigebracht, daß die Löhne, noch weniger aber die Gehälter allgemein nicht entsprechend gestiegen seien. Die Führer aller Handlungsgehilfenverbände meinen, mehr als die Hälfte aller Angestellten seien überschuldet und hungern. Besonders scharf sprach sich Bechly vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande aus. Seine Angaben werden aber als etwas demagogisch übertrieben bezeichnet (15. XI. 1917). In einer ganzen Reihe von Berichten wird in starker Empörung darüber gesprochen, daß die Blätter der Rechten, wie z. B. der „Lokal-Anzeiger", behauptet haben, die Arbeiter erhielten sehr hohe oder zu hohe Löhne. Einzelne Kategorien verdienten allerdings sehr gut; im allgemeinen herrsche aber Elend.

Über die Januarstreiks wird wie folgt berichtet:

I. Der große Streik.

Gründe.

Die Ursachen der großen Streikbewegung sind die gleichen, die auch der Krisis in der politischen Haltung der Sozialdemokratischen Partei zugrunde liegen. Der Hauptgrund ist die Gefährdung der Friedensverhandlungen im Osten, die in der deutschen Erklärung vom 28. 12. seit dem Augenblick gesehen wurde, wo die russischen Delegierten hartnäckig eine abweichende Meinung vertraten. Durch die Ernährungsnot und das sich nunmehr erst in ihren ganzen Folgen zeigende lärmvolle, den Willen der Volksmehrheit usurpierende Auftreten ausschweifender Eroberungspolitiker maßlos gereizt, fielen die Massen einer tiefen Enttäuschung über die sich hinziehenden Friedensverhandlungen anheim. Flugblätter gegen den Sonderfrieden und gegen die Heerführer machten wenig Eindruck; etwas wirksamer ist der Aufruf der 25 unabhängigen Abgeordneten gewesen, vor allem in Berlin. Im ganzen aber ist die Bewegung so gut wie spontan losgebrochen, d. h. infolge einer von Mund zu Mund gehenden Streikparole, von der niemand recht wußte, woher sie kam. Neben der Ernährungsnot und dem Mißtrauen gegen die Regierung in der Friedensfrage, das seit den Tagen der Reichstagsresolution vom 19. 7. 17 nie

mehr völlig aufhört, sich seit dieser Zeit im ganzen dank dem Auftreten der Vaterlandspartei verschärft und lediglich unter dem unmittelbaren, befreienden Eindruck der Erklärung vom 25. 12. geschwiegen hat, ist es vor allem die Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses zur Wahlrechtsreform gewesen, die alarmierend auf die Massen gewirkt hat. Nimmt man die mehrfach erwähnte Erschütterung des menschlichen Vertrauens weiter Arbeiterkreise in die von Parteipolitikern im politischen Kampf für sich beanspruchte Oberste Heeresleitung — einen Umstand von äußerster Wichtigkeit, der nicht zuletzt auch die volle Wirkungslosigkeit der in Berlin plakatierten Hindenburgworte gegen den Streik mit erklärt —, sowie die Erschütterung des sittlichen Volksempfindens durch Wucher und Schleichhandel, endlich auch die unburgfriedliche Agitation schwerindustrieller Syndici hinzu, so hat man die wesentlichen Gründe der Bewegung beisammen. Diese als das bloße Machwerk wüster Streikhetze anzusehen, wäre eine schwere Verkennung der Sachlage. Soviel Gewissenlosigkeit sich auch bei denen finden mag, die den latenten Radikalismus abgespannter und gereizter Massen bei der jetzigen Gelegenheit auf ihre Parteimühlen leiten möchten, so wenig ist die starke Streikbewegung auf so einfache Weise zu erklären. Sie auf Grund solcher Beurteilung zu behandeln, heißt ihre Symptome beschneiden, nicht aber ihre Wurzeln treffen. — Zur Kenntnis der Arbeiterstimmung vor dem Streik trägt am besten der Leitaufsatz des „Correspondenzblattes der Generalkommission" vom 26. 1. bei, der in jedem Belang beachtenswert ist und zugleich den vollen und unbeirrten Willen der Gewerkschaftsführer, an der Landesverteidigung festzuhalten, zeigt.

Der Anstoß.

Seit den russischen Revolutionen in ihrem Selbstbewußtsein bestärkt, empfanden die Massen den erfolgreichen Streik in Österreich-Ungarn, den die „Wiener Arbeiterzeitung" (24. 1.) einen „Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus" nannte, als unmittelbaren Appell an ihre Ehre, nun auch ihrerseits die klaren Verlautbarungen von der Reichsregierung zu erzwingen, die sie in Graf Czernins Worten über den Frieden erblickten. So kam es, daß die Bewegung äußerlich ihre Formen und Ausdrücke von der russischen und der österreichischen Bewegung entlehnte, obwohl sie keineswegs ein fremdes, künstlich importiertes Gewächs, sondern ihren letzten Gründen nach bodenständig ist. Daß die Haltung der Österreicher in deutschen Parteiredaktionen, vor allem die des schriftstellerisch einflußreichen Stampfer, die Lage verschärft hat, sei gleichwohl nicht unerwähnt.

Haltung der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften sahen sich gänzlich außerstande, der riesigen Bewegung, die obendrein, wie stets in solchen Fällen, die Unorganisierten zum entscheidenden Machtfaktor werden ließ, mit Protesterklärungen entgegenzutreten, wie sie es früher mehrfach getan haben, und wie es die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen mit teilweise ganz gutem Erfolg auch diesmal wieder tun konnten. Unfähig, die Lawine aufzuhalten rückten sie die Organisationen tunlichst aus ihrem Wege fort, damit sie nicht von ihr erdrückt würden. Das Gefüge der Gewerkschaften, auf freiwilliger Zucht beruhend, ist gegenüber den ungeheuren Belastungen des Krieges zu schwach. Es gilt, dies mit Gerechtigkeit, nicht ab irato zu würdigen. Die Gewerkschaften waren vor dem Kriege inmitten bedeutenden, aber stets bedrohten Aufschwungs; ihre Rechtsgrundlagen waren ungenügend, ihrer Tätig-

keit wurden Schwierigkeiten in Fülle in den Weg gelegt, ihre Führer standen im Kreuzfeuer radikaler Organisationszerstörer von links und sachkundiger politischer oder wirtschaftlicher Gegner von rechts. Der Krieg erschütterte ihren Bestand durch die gewaltigen Einberufungen; er trieb ihnen später ein undisziplinierteres, aus allen möglichen Berufen bunt zusammengewürfeltes, hungriges, zermürbtes Menschenmaterial zu. Bei alledem stellte er sie vor eine nie dagewesene Fülle von Aufgaben. Die Spaltung in der Sozialdemokratie blieb auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften. Die Autorität der Führer, im Frieden von der rechtsstehenden Presse und in jedem Wahlkampf unterminiert, wurde jetzt durch keine rechtzeitigen, freudig und vorbehaltlos dargebrachten Früchte der Politik des 4. August gekräftigt, wie dies durch frühere Aufhebung des § 153 und ähnliche Maßnahmen hätte geschehen können; diese Autorität war darum den Angriffen der Ultraradikalen jetzt schutzlos ausgesetzt. In dieser Lage hätten die maßvollen und weitblickenden obersten Gewerkschaftsführer, — in den jetzigen Streikflugblättern ohnehin als „Judasse" beschimpft —, sich einfach der Gefahr ausgesetzt, mißhandelt oder ausgelacht zu werden, wenn sie sich in den beteiligten Großstädten hätten in Streikversammlungen als Warner blicken lassen. Die Generalkommission der Gewerkschaften willens, sich ihres zukünftigen Einflusses auf die Arbeiterschaft nicht zu begeben, sah sich daher gezwungen, ihre Neutralität in dem rein politischen Kampfe zu erklären. Daß sich ein Teil der Versammlungen gleichwohl in dem Berliner Gewerkschaftshause abspielte, bedeutet keine Zustimmung der Gewerkschaften zu den Streiks. In einzelnen Bezirken und Orten sind die Gewerkschaftsinstanzen über diese Haltung der Generalkommission hinausgegangen. Sie haben sich stellenweise um die Vermeidung der Bewegung bemüht und an anderen Orten, z. B. in Nürnberg, mit den sozialistischen Parteien gemeinsam die Leitung der Bewegung an sich gerissen, diese zu einem kurzen Demonstrationsstreik umgebogen und alsbald Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben. In Hamburg beteiligten sie sich ebenfalls an der Leitung des Streiks, der sich auf wirtschaftliche Forderungen beschränkt.

Haltung der Partei.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei befand sich, wenn auch nicht ohne die eigene Schuld ihrer Presse, in schwieriger Lage. Seit dem 4. Januar fühlte sie, daß eine rapide Radikalisierung der Massen eintrat, und daß ihr diese aus den Händen glitten, wenn sie die Regierung in einem Augenblicke deckte, in dem diese nach ihrer Meinung den Frieden mit den Bolschewiki scheitern zu lassen schien. Die allgemeine Stimmung in führenden und geführten Parteikreisen war: wenn die Regierung nicht einmal mit diesen Russen, die von uns keinerlei Opfer fordern, den Frieden zustande bringt, wie soll sie je den Weltfrieden schaffen? Daher das Drängen nach simpelsten Formeln, volkstümlichsten Beteuerungen des Friedenswillens der Regierung. Als nun die Streikbewegung drohte, wagte die Parteipresse nicht Freiheit zu finden, von seiten der alten Partei aus an eine maßgebende Persönlichkeit der Reichsleitung mit einer Klarlegung der Lage und Vorschlägen zu ihrer Beseitigung heranzutreten, wie dies von gewerkschaftlicher Seite unternommen wurde. — Der Parteiausschuß hatte eine Erklärung beschlossen, die die Treue zur Landesverteidigung betont, zugleich freilich gegen die Haltung der Regierung während des Streiks protestiert und sich einen Teil der Forderung der Ausständigen zu eigen macht. Auch im Leitaufsatz des „Vorwärts" vom 1. 2. wird zur Besonnenheit gemahnt und das Ausland vor Hoffnungen auf den Bürgerkrieg gewarnt.

Die Maßnahmen der Behörden.

Die Ablehnung der Audienz durch den Staatssekretär und das Verbot des „Vorwärts" haben verschärfend auf den Streik eingewirkt. Die Streikenden konnten sich die Ablehnung des Empfanges ihrer Vertreter nicht anders erklären, als daß die Regierung sie und ihre Forderung mißachte und auf politischem Gebiete ähnlich handle wie die Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunkts in der Schwerindustrie. Das in den Zeitungen aufgebauschte Vorgehen der Polizei gegen das Gewerkschaftshaus wirkte erbitternd. Die Auflösung der Streikleitung veranlaßte die „I. K." (30. 1.) zu dem Hinweis, daß dadurch „jede Möglichkeit fortfalle, die wild begonnenen Ausstände in geregelte Bahnen zu leiten und sie rasch und ordnungsgemäß zu beenden"; es sei ja nun niemand mehr da, der die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit geben könnte.

Was tun?

Die sozialdemokratische Presse, soweit sie noch erscheint, rät der Regierung zur Verständigung mit den Massen. An sich ist zwar anzunehmen, daß der Streik binnen etwa 8 Tagen auch ohne weiteres Eingreifen im Sande verläuft. Die Einberufung Reklamierter bzw. die Ankündigung dieser Maßnahme mit Festlegung einer Frist für die Wiederaufnahme der Arbeit ist zweifellos in manchen Orten ein brauchbares Mittel, den Streikwillen zu brechen, und es gibt nicht wenige Mitläufer, die eine solche Maßnahme herbeisehnen, um einen Vorwand zu haben, unter dem sie wieder zur Arbeit gehen können. Immerhin ist eine vorzeitige oder gar ausschließliche Anwendung von Gewalt keineswegs unbedenklich. Ein Rest starken Mißtrauens bleibt zurück, auch wenn es auf diese Weise gelingt, der Bewegung vorläufig Herr zu werden. Die eigentliche Lösung der Schwierigkeiten kann nur in Maßnahmen gesucht werden, die durch ihre gewinnende Gerechtigkeit einen Keil mitten in die Bewegung hineintreiben. Gibt die Regierung in irgendeiner die Staatsautorität nicht preisgebenden Form eine populär geprägte Erklärung ab, daß sie in Bestätigung ihrer bisherigen Verlautbarungen nicht willens sei, an Eroberungen den Frieden scheitern zu lassen, und daß sie die Wahlrechtsvorlage mit allen Mitteln durchsetzen werde, so ist die Masse der Streikenden wahrscheinlich zufriedengestellt und verzichtet dann sowohl darauf, den Rest ihrer Forderungen weiterzuverfolgen, als auch darauf, daß mit ihren Vertretern verhandelt wird. Soweit dann noch Teile der Streikenden im Ausstande verharren, würde ihre Einberufung wirksam sein, ohne von der Mehrzahl der heute am Streik Beteiligten, soweit sie sich einen Rest klarer Besinnung gewahrt haben, als schwere Maßregelung empfunden zu werden.

Die einseitige Anwendung von Gewalt kann Unwiederbringliches vernichten. Noch hat — trotz allem — die Sozialdemokratie die Politik des 4. August 1914 nicht liquidiert. Bloße Gewaltanwendung erleichtert denen, die innerhalb der Partei nach links steuern, die Arbeit und dämmt den ohnehin unter dem radikalisierenden Drucke des langen Krieges sich täglich schwerer durchsetzenden Einfluß der zahlreichen maßvollen Elemente in der Partei auf längere Zeit vollständig zurück. (1. II. 1918.)

Bereits am Ausgang des letzten Berichts war auf die Möglichkeit einer die Kriegswirtschaft empfindlich beeinträchtigenden Streikbewegung hingewiesen worden. Diese Bewegung hat in den letzten Januartagen eingesetzt und eine Woche gedauert. Sie hat mit der vollen Niederlage der Arbeiter geendet. Auf eine großzügige Wiederholung der Streiks ist, trotz wilder Gerüchte, vorerst nicht zu rechnen.

Bei der Streikbewegung ist Ursache und Anlaß zu unterscheiden. Die Ursachen waren wirtschaftlicher und politischer Natur. Die wirtschaftlichen Gründe gehen letzten Endes auf den britischen Aushungerungskrieg zurück, dessen Abwehr, wie der Schleichhandel und Wucher beweist, nur sehr mangelhaft gelungen ist. Hierzu kommen als wirtschaftlich treibende Kräfte hinzu: das Hilfsdienstgesetz mit seiner Einschränkung der Freizügigkeit; die hohen Gewinne kriegswirtschaftlicher Unternehmungen, wie sie die Berichte der Aktiengesellschaften ausweisen; das Auftreten mancher Syndici von Arbeitgeberverbänden, besonders, soweit es sich gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter wandte; die Gunst des Arbeitsmarktes für qualifizierte Arbeiter; die Verminderung der Gewerkschaftszucht infolge des Eindringens berufsfremder und schwer organisierbarer Elemente; die infolge der Ernährungszustände eingerissene und auf andere Gebiete übergreifende allgemeine Demoralisation weiter Bevölkerungskreise. Politische Ursachen der Streikbewegung waren: die Länge des Krieges; die politische Unsicherheit in der 2. Jahreshälfte 1917; der Verlust an Autorität der Regierung in der gleichen Zeit, besonders unter der Kanzlerschaft Dr. Michaelis'; die Langsamkeit der innerpolitischen Reformarbeit; die Langwierigkeit der Verhandlungen mit Rußland; das lärmvolle Auftreten mancher sogenannter Annexionisten; die Beanspruchung der Obersten Heeresleitung durch einzelne Parteirichtungen; der sozialdemokratische Parteistreit mit seiner Folge großer taktischer Unsicherheit der alten Partei; die den natürlichen Radikalismus der Massen, ihre Kriegsmüdigkeit und ihre Urteilslosigkeit ausbeutende Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratie auf allen Gebieten der inneren und äußeren Politik und besonders ihr Kampf gegen die alte Partei; die Uferlosigkeit der Angriffe auf die letztere in rechtsstehenden Blättern; der jahrelange Einfluß der verwaschenen Politik Stampfers im „Vorwärts" und in seiner Artikelkorrespondenz; der Eindruck der russischen Revolution.

Als Anlässe zur Streikbewegung haben zu gelten: der österreichische Streik und sein glatter Sieg; die Art der Behandlung der preußischen Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause; die Behandlung Kriegsbeschädigter in einer Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei; das Stocken der Verhandlungen von Brest-Litowsk; die Verbreitung radikaler Flugblätter für einen Streik zur Erzwingung des Friedens.

Da die Flugblattagitation schon seit Jahr und Tag betrieben wurde, geht es nicht an, in ihr die eigentliche Ursache des Streiks zu sehen. Zum Teil waren die Flugblätter so dumm, daß sie gar keinen großen Eindruck machten. Daß der Rest, besonders das Flugblatt der Fraktion der Unabhängigen, mehr aber noch die von Mund zu Mund gehende Parole, schließlich zum Streik geführt hat, beruht auf dem Vorhandensein einer ungeheuren Verbitterung im Volke. Diese einfach übersehen zu wollen, hieße an einer Tatsache von größter politischer Tragweite vorübergehen.

Die glatte Niederwerfung der Bewegung hat auf einen Teil der Streikenden starken Eindruck gemacht und stellenweise die durch die radikale Werbearbeit den Gewerkschaften aus den Händen genommenen Massen diesen wieder zugespielt. Gleichwohl wird die Niederwerfung nur von Dauer sein, wenn auf sie eine konsequent volkstümliche Politik, vor allem in den innerpolitischen und sozialen Fragen, folgt. Unter dieser Voraussetzung ist die Niederwerfung mit Gewalt nicht nur militärisch notwendig, sondern auch politisch nützlich gewesen. Unterbleibt solche Politik, so gewinnt der ohnehin durch den Landesverratsprozeß zu bedenklicher Popularität emporgehobene Stampfer noch mehr als bisher die Oberhand in der Sozialdemokratie. Zugleich wirkt nur eine die Massen durch Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit zurückgewinnende Politik als Keil zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien. Hierfür ist die Gelegenheit günstig, weil die Gegensätze zwischen beiden Parteien nach kurzer scheinbarer

Minderung mehr denn je klaffen und die Gewerkschaftsführer nach dem Zusammenbruch der wilden Streiks eine scharfe und erfolgreiche Offensive gegen die Unabhängigen eingeleitet haben, die besonders davon ausgeht, daß diese durch ihren starren Widerstand gegen die Zuziehung der Generalkommission der Gewerkschaften zu den geplanten Verhandlungen mit der Regierung das Zustandekommen der letzteren vereitelt und so die Niederlage der Massen vollends zu einem nie dagewesenen Ausmaße gesteigert haben.

Daß die alte Sozialdemokratische Partei zu den Urhebern der Streikbewegung gehört, ist so gut wie ausgeschlossen. Die Motive zu ihr mag sie im Massenbewußtsein nicht selten unbewußt gefördert haben, aber eine tatsächliche Beteiligung an den Vorbereitungen der Bewegung ist augenscheinlich nicht erfolgt. Soweit diese überhaupt auf Hetzerei zurückzuführen ist, hat sich die Hetze gegen die alte Partei m i t gewendet, wie sich aus etlichen Flugblättern ergibt.

Partei und Gewerkschaften haben aber, trotz ehrlicher Betonung ihres Willens zur Vaterlandsverteidigung in den Kundgebungen des Parteiausschusses und der Gewerkschafts-Vorstände-Konferenz, keine ausdrückliche Absage an den Streik erteilt. Sie hielten dies angesichts der Massenstimmung für aussichtslos. Die verständigeren Elemente in der Partei, sowie fast ausnahmslos die Gewerkschaftsführer, sagten sich, die Bewegung müsse sich schnell totlaufen; viele meinten auch, am besten sei es, sie „aufzufangen" und zu einem relativ harmlosen „Demonstrationsstreik" umzubiegen, was allerdings Aufgabe der Partei, nicht der Gewerkschaften sei. (15. II. 1918.)

c) Klassenkampf und Verwandtes

Die Spannung zwischen Stadt und Land, Arbeiterschaft und Unternehmertum wird in sehr vielen Berichten geschildert. Gelegentlich werden auch Verhältnisse an der Front berührt. So die Frage der Verteilung der Eisernen Kreuze. Auch in der Sozialdemokratie werde Wert auf diese allen Deutschen gleich zugängliche Ordensauszeichnung gelegt. Die Gewerkschaftszeitungen seien öfters aufgefordert worden, Verleihungen zu veröffentlichen. Gemißbilligt wird, daß die Offiziere 45 M. ausgezahlt erhalten, weil ihnen der Bursche entzogen worden ist. Es wird in Abrede gestellt, daß sie ein gesetzliches Anrecht auf ihn gehabt hätten.

Die Vorschläge des „gemeinschaftlichen Topfes", die von vielen Seiten gemacht werden, werden von den Gewerkschaften solange abgelehnt, bis sich auch die Bürgerlichen daran beteiligen [1]). Als besonders gefährliche Fragen der steigenden Ernährungsschwierigkeiten wird erwähnt, daß die Arbeiterschaft zur Meinung kommt, die Regierung, besonders der preußische Landwirtschaftsminister wolle nichts gegen die Landwirte tun. Weiter, daß die Stellung der Führer den Massen gegenüber geschwächt werde, wenn sie hier ebensowenig etwas erreichen wie auf dem Gebiete innerer Reformen, endlich daß die Arbeiterfrauen über die Not an die Front schreiben. Die christlichen Gewerkschaften stehen ebenso wie die sozialdemokratischen. Am 8. November 1915 wendet sich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" gegen die Rheinischen Bauernvereine, „weil sie nicht nur ihre Mitglieder von der vollen Ausnutzung der Kriegskonjunktur nicht gewann, sondern die Gewinnsucht in den

[1]) Anm. des Sachv.: Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 521. „Und doch erklärte ich im Oktober 1918 dem neuen Kriegskabinett, auch die O. H. L. würde aus der Feldküche essen, wenn sämtliche Staatssekretäre und ganz Berlin nur aus der Feldküche äßen . . . Reichskanzler Prinz Max lehnte ab . . ." Mir persönlich sind von Arbeiterseite gegen den „Gemeinschaftstopf" psychische Hemmungen der Arbeiterfrauen eingewendet worden.

Verbandszeitschriften theoretisch zu rechtfertigen versucht haben". (Bericht vom 20. XI. 1915, s. auch 21. III. 1917, 31. III. 1917.)

Einen großen Raum nehmen natürlich Klagen über die „Arbeiterfeindschaft" der „Herren von Stahl und Eisen" ein[1]). Erbitterung erregt auch ein Artikel des Herrn v. Zedlitz in der „Kölnischen Volkszeitung" über Bemühungen zur Schaffung eines bürgerlichen Steuerblocks (Bericht vom 30. XII. 1915). Bedeutungsvoll erwähnt wird eine Rede des Geheimrats Leiffmann in Düsseldorf, in der ausgeführt wird, Landwirtschaft und Großindustrie hätten niemals eine so gute Zeit gehabt wie jetzt, der Handel habe in einem Kriegsjahr so viel verdient, daß er 5 Jahre feiern könne (Bericht vom 11. IX. 1916). Groeners Rücktritt vom Kriegsamt wird von den Gewerkschaften aller Richtungen bedauert. Er sei das Opfer der Schwerindustrie, wie alle Staatssekretäre und Handelsminister seit Berlepsch, die nicht nach der Pfeife des Unternehmertums tanzen wollten.

Ähnliche Gefühle wurden durch den Rücktritt Schwanders, als durch Schwerindustrie und Helfferich veranlaßt, und die Gerüchte über die Amtsmüdigkeit von Drews ausgelöst. Der Hindenburgerlaß nach dem Streik von 1917 wird auch von der sozialdemokratischen Presse und den Gewerkschaften im allgemeinen günstig aufgenommen; sie erhalten jedoch Zuschriften, man solle auch Mahnungen an die Unternehmer richten.

Die Haltung der Reedereien wird anerkannt, dagegen erbittern eine Reihe von Einzelfällen. In einem Gedächtnisaufsatz für das Gewerkschaftsjubiläum wird eine nur noch historisch bedeutsame Stelle über das Zuchthausgesetz gestrichen, dagegen darf die „Arbeitgeberzeitung" schreiben, das Verhandeln mit Gewerkschaftsführern sei abzulehnen, „weil diese meist nur von der Agitation und dem Gelde leben, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen", und der Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie handeln bei Heranziehen von Gewerkschaftsführern „aus Unkenntnis der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe". (20. XI. 1915.)

Bergrat Dr. Williger, Vorsitzender des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, schreibt den Arbeitern: „Wir werden uns von unserem bewährten Prinzip, die Lohnverhältnisse direkt mit unseren Arbeitern zu verhandeln, auch in Zukunft nicht abbringen lassen. Wie die Dinge bei uns liegen, ist eine Zwischenschaltung von Berufsverbänden bei den Verhandlungen nicht erforderlich. (30. XII. 1915.)

Der Bauarbeitgeberverband ordnet an, daß Teuerungszulagen nicht gewährt werden sollen. (30. XII. 1915.)

Die Schichauwerft reklamiert G.-V.-Leute für ihre Betriebe, sie dürfen aber nicht organisiert sein. (11. III. 1916.) Geheimrat Ziese sagt dem Arbeiterausschuß: „Bethmann und Groener sind herausgeschmissen, Scheidemann hat auch nichts mehr zu sagen. (15. XII. 1917.)

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereine weisen darauf hin, daß die Militärbehörden fast allein die Aufträge vergeben und auch den Arbeitgeber drücken könnten und müßten. (11. IV. 1916.)

Auf der Völkinger Hütte wird ein Erlaß Röchlings gelegentlich einer Versammlung christlicher Gewerkschaften angeschlagen, in dem von der „Wohlgenährtheit" der Gewerkschaftsbeamten geschrieben wird, „in deren Taschen die Wochenbeiträge der Arbeiter" fließen. (21. VIII. 1917.)

[1]) Anm. des Sachv.: Es werden die Namen derselben Persönlichkeiten genannt, die schon vor dem Kriege als besonders antigewerkschaftlich bekannt waren: Bergrat Dr. Williger, Syndikus Dr. Beumer, Röchling, Geheimrat Ziese.

Die Firma J. J. Tillemann in Neu Cronenberg verlangt vom stellvertr. Generalkommando Verfolgung eines christl. Gewerkschaftssekretärs, weil er die Arbeiter zu „Lohnforderungen" aufgehetzt habe. (11. IX. 1917.)

Regierungsrat Ritter erklärt bei Verhandlungen mit Arbeitern: die ganze Kalamität stamme daher, daß die Herren Arbeiter vor dem Kriege alles versoffen hätten. Hätten sie gespart, so hätte jeder sein Häuschen und Gärtchen und wäre Selbstversorger. (15. IX. 1918.)

Anlage III

Aus den Berichten des preuß. Ministers des Innern v. Loebell an den Reichskanzler

Der erste Bericht für die Zeit vom 12. bis 18. September beklagt sich darüber, daß die extremen Zeitungen rechts („Deutsche Tageszeitung") mit denen von links („Vorwärts") gegeneinander polemisieren. Der „Vorwärts" hatte ausgeführt, daß die Erleichterung der Bestimmungen des Viehseuchengesetzes (das ja einer vollkommenen Fleischeinfuhrsperre gleichkam) auch im Frieden beibehalten werden könne, wenn es im Kriege ginge. Am 13. September brachte die „Deutsche Tageszeitung" einen „auffallenden Aufsatz Oertels" als Erwiderung mit der Überschrift: „Der bedrohte Burgfrieden" über diese Frage. Daran knüpfte sich eine Polemik zwischen dem agrarischen Organ und sozialdemokratischen Zeitungen.

Abgesehen davon will aber der Bericht das Lob der Presse, das er im allgemeinen ausspricht, den Extremen überhaupt nicht zusprechen. Es heißt: „Das gleich günstige Urteil wird man nicht fällen können gegenüber den Organen der äußersten Rechten und Linken . . . Es durfte doch gehofft werden, daß die äußerste Rechte in ihrem Patriotismus eine größere Kraft der politischen Entsagung finden würde. Freilich gebietet die Ehrlichkeit, festzustellen, daß der Anreiz von sozialdemokratischen Organen ausgegangen ist, die eine verhüllte Kritik der deutschen Kriegführung enthielten."

Der Bericht spricht seine Besorgnis darüber aus, daß der „Vorwärts" in einem Gardekorps quasi offiziell verbreitet würde. Der „Vorwärts" treibe nach wie vor Parteipolitik, der Krieg sei nur infolge des Kapitalismus möglich geworden, gleiches Recht für alle müsse gefordert werden, der Sozialdemokratie gehöre die Zukunft. „Vielleicht könnte es durchführbar sein, die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung' in größerer Menge unter den Truppen regelmäßig und möglichst rechtzeitig zu verbreiten."

Endlich beschäftigt sich der Bericht mit einem Interview, das Bethmann Hollweg der Korrespondenz Ritzau gewährt und in dem er gesagt hatte: „Die Sache der Freiheit der europäischen Völker und Staaten ist dem deutschen Schwert zur Wahrung überwiesen." In Verkennung des weltgeschichtlichen und weltpolitischen Sinnes dieser Äußerung habe der „Vorwärts" einen Artikel mit der Überschrift: „Parole Freiheit" gebracht, auf den die „Kreuzzeitung" und andere rechtsstehende Organe erwidert hätten. Der „Vorwärts" habe die „Äußerung Bethmanns" dahin ausgelegt, daß nach außen keine Annexionen gemacht, innere Freiheit, geistige Freiheit, religiöse Freiheit nunmehr in Deutschland herrschen sollten. Der Bericht bemerkt dazu: „Es ist sicher damit zu rechnen, daß die mißverständliche Auslegung des Kanzlerwortes in den kommenden politischen Kämpfen eine ähnliche Rolle spielen wird, wie nach den Freiheits-

kriegen die Verfassungsversprechungen des Fürsten Hardenberg. Ein bedenklicher Unterschied aber besteht darin, daß es sich nach den Freiheitskriegen nur um die frühere oder spätere Einleitung einer einzigen verfassungsrechtlichen Aktion handelt, während der deutlich beabsichtigte Mißbrauch des Kanzlerwortes jetzt vielleicht für die übertriebensten und schließlich sinnlosesten Forderungen ausgenutzt werden wird."

Aus dem Bericht für die Zeit vom 19.—26. Sept. 1914.

„Ein gewaltiger nationaler Aufschwung des deutschen Volkes ging vor hundert Jahren dadurch verloren, daß bald das politische Moment dem patriotischen verbunden wurde. Es konnte sich die wahrheitswidrige Vorstellung bilden, das Volk habe nationale Opfer gebracht um politischer Rechte willen. Eine ähnliche Frage ist auch heute vorhanden. Schon jetzt wird von sozialdemokratischer und auch von polnischer Seite unmißverständlich angedeutet, daß die nationale Pflichterfüllung Anspruch auf besondere Rechte geschaffen habe. Mit Bestimmtheit sind in absehbarer Zeit Forderungen zu erwarten, die die Regierung gar nicht erfüllen kann, ohne andere und zahlreichere Teile der Nation, die in schweigender Selbstverständlichkeit ihre Pflicht erfüllt haben, zu schädigen. Es darf nicht verhehlt werden, daß ernste Besorgnisse dieser Richtung in nationalen Kreisen vorhanden sind und geäußert werden. Industrie und Landwirtschaft finden sich in ihrer Unruhe gegenüber den wirtschaftlichen Ansprüchen, die heute bereits die sozialdemokratische Presse erhebt."

Ein Bericht vom 8. Oktober 1914 beschäftigt sich mit einer Versammlung konservativer Politiker, in der energisch gegen die Betriebsamkeit von Zentrumsabgeordneten in der polnischen Frage protestiert worden sei[1]).

Ferner schildert der Bericht die scharfe Kritik der Offiziere über unsere diplomatische Vertretung im Auslande, die schon vor dem Kriege unfreundlich gewesen sei und namentlich während der Mobilmachungszeit sich verschärft habe. Da nach dem Kriege die Offiziere ebenso wie die Soldaten eine große Rolle in der Volksstimmung spielen würden, sei diese Kritik beachtlich, eine Kritik, die sich namentlich auch gegen die Auswahl der Diplomaten aus einem zu engen Kreise reicher Leute richtet. „Die Verbindungen, die ein hoher Diplomat[2]) mit einem Berliner demokratischen Organ[3]), das gewohnheitsgemäß die Armee verunglimpfte, unterhielt, waren Gegenstand häufiger Unterhaltungen."

Der Bericht vom 1. November 1914 behandelt den Krieg als Erlebnis des Volkes. Er spricht zunächst von der allgemeinen Wendung des Volkes zur Religiosität[4]), fürchtet aber, daß die Orthodoxie die politisch wichtige Hinwendung der sozialdemokratischen Massen zur Religion stören könnten. „Es wird einer besonders feinen und dabei festen Hand in der Lenkung der geistigen Angelegenheiten im weitesten Sinne bedürfen, um hier Gewonnenes zu behaupten, zu vermehren und politisch in staatserhaltendem und monarchischem Sinne

---

[1]) Anm. des Sachv.: Es ist beachtenswert, daß sich auch in den Berichten, die der Polizeipräsident von Berlin regelmäßig an das Oberkommando der Marken gesandt hat, schon frühzeitig davon die Rede ist, daß die katholischen Abgeordneten sich allzu eifrig für die Polen einsetzen.

[2]) Anm. des Sachv.: Graf Monts?

[3]) Anm. des Sachv.: „Berliner Tageblatt"?

[4]) Anm. des Sachv.: Pater Pribilla schildert gleichfalls das ruckartige Anschwellen der religiösen Bewegung, der aber bald die alte Gleichgültigkeit gefolgt sei. Er verweist — unter Berufung auf „Les nouvelles réligieuses" vom 1. V. 1919 — auf das gleiche Bild in Frankreich.

fruchtbar zu machen. Wandlungen vollziehen sich sichtbar in der Stellung des Volkes zur staatlichen Autorität. Allerdings ist hier eine resolute Fortentwicklung, wie in religiöser Beziehung keineswegs festzustellen, und es liegt noch keine Veranlassung zum Optimismus vor. Die Dinge sind noch im Fluß und vom weiteren Verlauf der Kriegsereignisse und der politischen Führung nach innen und außen wird die definitive Richtung abhängen. Eine Ausnahme bildet die Stellung der Massen zur Krone und zum Herrscherhaus. Ein im großen und ganzen glückliches Ende des Krieges vorausgesetzt, ist mit einer breiteren und festeren Verwurzelung des monarchischen Gedankens im Volke zu rechnen, und die antimonarchische Propaganda einiger vom Kriege unberührter sozialdemokratischer Führer wird nicht vermögen, die Masse auf die alten Wege zurückzuführen. Die umsichtigen sozialdemokratischen Führer werden, wie ihre gegenwärtige Stimmung zeigt, auch zu klug sein, nicht vorher wenigstens eine gehaltene Reserve zu bewahren. Anders liegt es mit dem allgemeinen Autoritätsglauben, der sich sonst in Deutschland nach glücklich beendeten Kriegen erheblich gefestigt hat. Die besondere Anlage dieses Krieges schafft bisher ganz andere Voraussetzungen. Die vergangenen Kriegszeiten schoben vor allem auf militärischem Gebiete einzelne überragende Persönlichkeiten in den Vordergrund, an deren Namen und Ansehen sich das Volk hing, denen es Autorität zuschrieb. Es wurde das Bewußtsein groß, geführt zu werden und der Führung zu bedürfen. Die Gesellschaft wurde im ganzen in gewissem Sinne aristokratischer, autoritätsgläubiger.

Diesmal liegen die Verhältnisse anders.

Den einen Hindenburg ausgenommen, haben sich dem Volke noch keine besonders hervortretenden Führer geboten, der Krieg im Westen stellt sich durch die Veröffentlichungen als ein Kampf der auf sich selbst gestellten Truppe dar, von deren Kraft und Todesmut der Ausgang abhängt. Wenn sich keine Änderung vollzieht, wenn der Kampf im Westen wie bisher durchgeführt wird und so zum Siege kommt, wird sich im Volke immer mehr herauskehren, was schon jetzt erkennbar ist: ein ungeheures Selbstvertrauen jedes Einzelnen. Ansätze hierzu waren auch nach den Freiheitskriegen vorhanden und führten zu den bekannten politischen Strömungen. Nach diesem Kriege haben wir unter den angedeuteten Voraussetzungen mit einer ungleich allgemeineren und kräftigeren Steigerung des Selbstbewußtseins zu rechnen, was gleichbedeutend ist mit einer Zunahme der demokratischen Gesinnung, die es bei Einzelforderungen nicht bewenden läßt, sondern aufs staatliche politische Ganze geht. Das wäre ein starker Ausfall an Autoritätsglauben, den in einer konstitutionellen Monarchie das gesteigerte Ansehen der Krone nicht voll ersetzen kann.

Wir würden der gerade in Deutschland naheliegenden Gefahr entgegengehen, daß die Führung im Volke — irgendeine Führung sucht sich das Volk natürlich — wieder von den staatlich berechtigten Autoritäten auf Männer des parteipolitischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens übergeht. Wenn das Seltene geschieht, daß es einer großen Zeit an populären Führern und Helden gebricht, so wird das natürlich zu besonderen Folgeerscheinungen führen. Die Anfänge sind sichtbar.

Daß ganz im Gegensatz zu der Ruhe der Presse durch die Bevölkerung eine tiefe Gärung geht, ist richtig, und eine Gärung, die keineswegs nur oder ganz vorwiegend räsonierenden Charakter hat, sondern vielfältig zu Positivem drängt und der schönen Momente nicht ermangelt, deren schönster wohl eine Tendenz auf engeren Zusammenschluß der Stände und Klassen ist. Auch ist nicht zu übersehen, wie stark die Abwandlung der Stimmung nach der ethischen Seite ist, wo sich das Volk alte Werte neu entdeckt."

Der Bericht beschäftigt sich auch mit der Presse. Ein großer Teil der deutschen Journalisten habe ja von Natur keinen Konnex mit dem Volksempfinden und wirke heute vollends anachronistisch. Die andern seien zum guten

Teil geistig kleine Leute. Zuweilen werde der Haltung der Presse im Kriege Lob erteilt. Dieses Lob kommt im Grunde dem Handhaben der Zensur zu.

Rohrbachs Broschüre: „Warum es der deutsche Krieg ist" wird scharf angegriffen wegen der Bemerkung: „Wir standen vor der Wahl zwischen dem Krieg von heute und dem ein oder zwei Jahre später." Die Bemerkung wird als unklug bezeichnet, weil sie die Meinung aufkommen ließe, wir führten einen Präventivkrieg[1]). Beanstandet wird auch der Satz: „Es erhebt nun eine neue große nationale Gefahr ihr Haupt, die Gefahr des halben, kraftlosen, faulen Friedens."

Beachtlich wird ein Vorschlag des (freikonservativen) Abg. v. Zedlitz gefunden, von Rußland als Kriegsentschädigung Vorzugsbehandlung für unsere Industrie und Arbeit an der Ausbeute der Naturschätze zu verlangen.

Anlage IV

Sonderabdruck aus Nr. 211 der „Pommerschen Tagespost" vom Donnerstag, den 3. August 1916

Die „Vettel"-Humanität

Leider ist in vielen Kreisen unseres deutschen Volkes nach zweijährigem Ringen um seine Existenz noch immer die Meinung verbreitet, daß ein Volk, welches nicht nur gegen eine Überzahl von Feinden, sondern auch gegen übelwollende sogenannte Neutrale mit ungeheuren Blutopfern kämpft, jedes Kampfmittel zum Niederschlagen der Feinde gebrauchen muß. Es wird dabei übersehen, daß die Geschichte nach hundert Jahren über diejenigen zu Gericht sitzen wird, welche in diesem Weltkriege nicht das Völkerrecht und die Gesetze der Humanität zur Richtschnur für ihre Kriegführung machten. Das grausame Hinmorden unserer tapferen „U"-Bootleute, die von den englischen Kanzeln belobte Ersäufung der Mannschaft des Zeppelin, die Fliegerangriffe auf wehrlose Städte, wie Karlsruhe, welchen viele Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind, sollen uns nicht verleiten, den Krieg mit gleichen Waffen zu führen, auch wenn uns diese humane Kriegführung noch so große Opfer auferlegt.

Vor einigen Tagen schrieb mir ein dem friedlichen Gelehrtenstande angehöriger deutscher Mann empört über unsere Zurückhaltung in der Anwendung von sieghaften Kampfmitteln, es möchte sich doch endlich ein Mann finden, welcher die „Vettel"-Humanität totschlage! Dieser Herr hat merkwürdigerweise vergessen, daß wir in einem Kriege um die wahre Kultur stehen und daß wir an maßgebender Stelle einen Führer haben, welcher im Verein mit dem Boxer Wilson mit eiserner Willenskraft unsere Kriegführung nach den Gesetzen des Völkerrechts und der Humanität beeinflußt. Aber nicht nur unsere Kriegführung wird zugunsten der Kultur und des Völkerrechts von dem Herrn Reichskanzler beeinflußt, sondern auch unser ganzes wirtschaftliches Leben ist in ausgezeichneter Weise nach modern sozialpolitischen Grundsätzen geregelt. Wie großartig wird die Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln und allen Bedarfsstoffen bis in die besetzten Gebiete hinein durch unsere Kriegs-Aktiengesellschaften gefördert, in denen das

[1]) Anm. des Sachv.: Vgl. dazu im Militärwochenblatt 4. VIII. 1914: „Die Stunde der Abrechnung, die in einigen Jahren doch unausbleiblich kommen mußte."

auserwählte Volk fast überall an leitender Stelle steht und seine Kenntnisse auf diesen Gebieten selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt. So verfügt z. B. die Z. E. G., welche in wirtschaftlicher Beziehung mit Machtmitteln über Leben und Tod ausgestattet ist, über rund 3000 Angestellte, ein ganzes Regiment! Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese treuen Arbeiter hinter der Front auf 15 000 Mann beziffert! Und trotz aller dieser weisen Maßregeln zu Wasser und zu Lande und im Inlande will ein großer Teil des Volkes zur Führung des Herrn Reichskanzlers kein Vertrauen fassen, kein Vertrauen zu einem Manne, welchem in neuester Zeit sogar der „Nationale Ausschuß zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens" unter dem erfolgreichen früheren Statthalter von Elsaß-Lothringen zur Seite getreten ist, ein Ausschuß, dessen Gründung das englische Volk voreilig mit Begeisterung begrüßt als ein Zeichen unserer Kampfmüdigkeit!

Wache auf, deutsches Volk! Lerne endlich begreifen, daß deine Stunde geschlagen hat. Nicht eine durch militärische Erfolge errungene Machtstellung in der Welt soll dein Siegespreis sein, sondern das Bewußtsein, daß du für Humanität, Kultur und Völkerrecht das Blut deiner besten Söhne hergegeben hast, und daß du es unterlassen hast, dem Träger der Weltkultur, dem perfiden Albion, die Gurgel zuzudrücken. Sapienti sat!

von Hertzberg-Lottin, Mitglied des Herrenhauses.

Anlage V

Kundgebung der Regierung zu Frankfurt a. O. an die Kreisschulinspektoren vom 16. Januar 1916[1)]

Es drängen sich in neuester Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erziehlichen Gründen durch geeignete Belehrung der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegenzuwirken und der künftigen Versöhnung der Kulturvölker vorzuarbeiten.

Diesen aus dem Gefühl allgemeiner Völkerverbrüderung und internationaler Friedensschwärmerei entspringenden Bestrebungen darf kein Raum gewährt werden. Es kann um so weniger Aufgabe der Volksschule sein, in diesem Sinne zu den künftigen Beziehungen der Völker untereinander Stellung zu nehmen, als nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes gerade im Gegensatz zu anderen Völkern gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könnte.

Im Gegensatz zu solchen Auffassungen ist es eine erziehliche Aufgabe ersten Ranges für die Schule, dafür zu sorgen, daß die furchtbaren Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart in dem lebenden Geschlecht unauslöslich haften bleiben. Vor allen Dingen muß ganz allgemein die Überzeugung in unserem Volke einwurzeln, daß Deutschlands Friede und Sicherheit nur durch seine Wehrmacht zu Land und See verbürgt wird und daß alle Verbrüderungsbestrebungen mit anderen Völkern auf kulturellem Gebiet niemals dazu führen dürfen, auch nur das geringste von seiner kriegerischen Rüstung abzubröckeln. Zum anderen sollen die Über-

[1)] Aus den „Verordnungen, betreffend das Volksschulwesen im Regierungsbezirk Frankfurt a. O.".

zeugung festigen, daß Deutschland einig sein muß, und daß alle Parteien oder Sonderbestrebungen sich dieser Forderung unterzuordnen haben.

Endlich wird es eine schöne Aufgabe aller Lehrenden bleiben, nicht nur die durch die Erfahrungen des Krieges gefestigte Überzeugung von dem Segen eines starken Königtums, sondern auch die Liebe zu unserem König und Kaiser sowie zu dem Hohenzollernhaus zu voller Erstarkung zu bringen. Das jetzt eingeführte Gebet der Schulen für unseren Herrscher wird darum als gemütvoller Ausdruck solcher Liebe auch nach Beendigung des Krieges zu pflegen sein.

Allen Bemühungen aber, die Schandtaten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben, zu entschuldigen oder zu beschönigen, wollen Sie, falls sie in die Schule einzudringen versuchen sollten, und nicht schon an dem gesunden Sinn der Lehrerschaft scheitern, Ihrerseits entschlossen entgegentreten.

(gez.) v. Schwerin.

Anlage VI

An die Bevölkerung in Lörrach

In der gegenwärtigen Zeit ist es Pflicht aller, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Zu diesem Zweck arbeiten Gemeindeverwaltung, Arbeiter- und Soldatenrat in engster Verbindung miteinander.

Alle Ausschreitungen werden strengstens bestraft. Gewalttätigkeiten, Diebstähle, Anbieten von Waren durch Soldaten zum Verkauf u. a. ersuchen wir, sofort uns anzuzeigen. Den Anordnungen der Militär- und Polizeipatrouillen (weiße Armbinden) ist unweigerlich Folge zu leisten.

Die Landwirte fordern wir auf, ihrer gesetzlichen Ablieferungspflicht nachzukommen. Es ist vaterländische Pflicht jedes einzelnen, alles zu tun, um die Ernährung sicherzustellen.

Die Bevölkerung wird gebeten, den aus dem Elsaß flüchtenden Deutschen mit Rat und Tat brüderlich zur Seite zu stehen und ihnen ihr schweres Los zu erleichtern.

Lörrach, den 15. November 1918.

Der Gemeinderat: Dr. Gugelmeier.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Kieslich. Hackelsberger.

Anlage VII

Über die Verbreitung der Spartakusbriefe und die von Spartakus für die Propaganda aufgewandten Mittel hat mir Dr. Ernst Meyer, der Herausgeber der Spartakusbriefe usw. auf meine Anfrage folgende Angaben gemacht:

1. Die gedruckten Spartakusbriefe sind zentral von Berlin aus in 5—6000 Exemplaren verbreitet worden. In einzelnen Provinzorten erfolgte ein Neudruck, bezw. Versendung in Schreibmaschinenschrift. Über die Höhe der Auflage dieser Nachdrucke vermag ich nichts Bestimmtes zu sagen; doch dürfte sie mehrere Hundert an jedem Orte nicht überschritten haben.

Die mit Schreibmaschinenschrift vervielfältigten Spartakus-Briefe vom Januar bis August 1916 erschienen in einer Auflage von etwa 500. Auch sie wurden in der Provinz vervielfältigt.

Die Verbreitung der Spartakusbriefe wurde noch dadurch erleichtert, daß die Baumeister'sche „Internationale Korrespondenz" (sie stand unter der besonderen Gönnerschaft Legiens und der Generalkommission der Gewerkschaften) die Briefe zu informatorischen Zwecken nachdruckte und an tausende von Gewerkschaftsfunktionären versandte. Von dort gelangten sie auch in die legale Presse der SPD.

2. Es ist unrichtig, daß der Spartakusbund wöchentlich 20 000 Mark für Propagandazwecke ausgegeben habe. Die Ausgaben der Zentrale des Spartakusbundes beliefen sich bis zum November 1918 monatlich auf höchstens 3—5000 Mark. Sie blieben aber häufig, zumal bis zum Winter 1917/18, ziemlich erheblich darunter. In dieser Summe sind die Ausgaben der Provinzorganisationen allerdings nicht enthalten, aber selbstverständlich erreichten auch sie insgesamt lange nicht 20 000 Mark.

Bis zum Winter 1917/18 wurden sämtliche Kosten durch Sammlungen bei Arbeitern und Sympathisierenden aufgebracht. Erst seit dem Frühjahr 1918 wurden uns von der befreundeten russischen Partei Mittel zur Verfügung gestellt. Aber auch sie waren ziemlich niedrig, da wir an dem Prinzip festhielten, nur soviel zu drucken, als unser Apparat verbreiten konnte. Erst mit der Legalität der Partei nach dem 9. November 1918 wuchs die Verbreitungsmöglichkeit.

Anlage VIII [1])

a) Aus einer Rede Richard Müllers am 16. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands
(nach dem Sten. Bericht, Sp. 15, 17, 18)

Genossen! Suchen wir zunächst einmal die Ursachen dieser Hetze gegen den Vollzugsrat! Da müssen wir etwas zurückgreifen und müssen uns die Entstehung des Vollzugsrats vor Augen halten und noch weiter zurückgreifen auf die Vorbereitungen für den Ausbruch der Revolution. Über das letztere sind ja die Allerwenigsten unterrichtet, es ist auch nicht meine Absicht, allzu ausführlich darauf einzugehen. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im Juli 1916 getroffen worden sind. Wenn auch damals das Ziel und der Zeitpunkt, an dem es erreicht werden konnte, nicht so klar vor Augen lag, so stand doch für die Personen, die sich daran beteiligten, fest, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands durch den Krieg die Revolution zur Folge haben müßte. Fest steht, daß diejenigen, die in hervorragendem Maße an den Vorbereitungen teilgenommen haben, auch Mitglieder des Vollzugsrates wurden.

Die Revolution brach in anderen Orten, besonders an der Wasserkante, einige Tage früher aus als in Berlin. Wir hatten allerdings den Termin für den Ausbruch der Revolution bereits festgesetzt, ehe wir ahnen konnten, daß es an anderen Orten Deutschlands zum Ausbruch der Revolution käme. Die Wahnsinnstat der alten Machthaber, die unsere gesamte

[1]) Heraushebungen im Druck wie im Original

Schlachtflotte mit Zehntausenden unserer besten Volksgenossen in einem letzten verzweifelten Kampfe gegen England vernichten wollten unter der Parole „Siegen oder in Ehren untergehen", wurde rechtzeitig entdeckt und vereitelt, und führte dann den Ausbruch der Revolution herbei, noch ehe wir in Berlin es glaubten. Aber am 9. November brach dann in Berlin die Revolution aus. Am Tage zuvor wurden ungeheure Massen von Soldaten nach Berlin geworfen; es hatte den Anschein, als ob der drohende Aufstand mit Waffengewalt unterdrückt werden sollte. Die bürgerliche Presse bis zum „Vorwärts" versuchte, mit allen Mitteln den Ausbruch des Aufstandes zu verhindern. Noch am 9. November beschwor der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe die Berliner Arbeiter, doch ja nicht zu streiken, bevor die Verhandlungen erschöpft seien. Nun, die Revolution brach aus. Die alten Machthaber hatten nicht den Mut, für ihre alten, angeblich angestammten und verbrieften Rechte zu kämpfen, wie nicht anders zu erwarten war, ging an jenem Tage alles drunter und drüber. Wir hatten nicht damit gerechnet, daß die alten Machthaber uns so schnell ihre Plätze überlassen würden. Bei diesem Drunter und Drüber waren diejenigen, die diese Vorbereitungen getroffen hatten, bestrebt, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und sie waren es auch, die sofort am 10. November eine Versammlung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins nach dem Zirkus Busch einberufen haben.

b) Aus einer Rede Ledebours am 17. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands
(nach dem Sten. Bericht, Sp. 92—95)

Genosse Müller hat in seinen einleitenden Worten schon ausführlich mitgeteilt, daß mindestens seit dem Jahre 1916 bei einer Anzahl von Vorkämpfern der USP, besonders in Arbeiterkreisen, der Entschluß und die Hoffnung bestand, durch eine gewaltsame Revolution diese nichtswürdige, verbrecherische Gesellschaft, die Deutschland zugrunde gerichtet hat, zu stürzen. Und wir alle, die wir zu diesen Vorkämpfern gehört haben, haben jeder an seinem Platze, unser Bestes getan, um Aufklärung zu schaffen, um Forderungen zu erheben, um die Revolution vorwärts zu treiben. Und wie sind wir verhöhnt worden für jedes revolutionäre Wort, für jede revolutionäre Ankündigung! Wie bin ich von meinen eigenen Parteigenossen verhöhnt worden, und auch von denen, die jetzt die Früchte der Revolution geerntet haben! Nun Parteigenossen, dieser Entschluß verdichtete sich zu ganz bestimmten Maßregeln. Nach dem Januarstreik 1918 — ich will auf die internationalen Beschlüsse nicht weiter eingehen — reifte in allen Teilnehmern dieser Bewegung die Überzeugung: Wenn es jetzt wieder los geht, bleibt es nicht beim Streik; dann gehen wir zum Kampfe mit der Waffe über! — Seit jener Zeit wurden die Vorbereitungen dafür getroffen, und besonders Leute, die jetzt im Vollzugsrat sitzen — ich nenne meine Freunde Barth, Däumig, Eckert, Wermann, Neuendorf — sind die hauptsächlichsten Treiber für die revolutionäre Vorbereitung gewesen. Sie haben die Waffen geschaffen, sie haben Leute geworben, und wir anderen, die wir gewissermaßen antreibend mitwirkten, haben in einer Jahre langen intensiven Arbeit im Parlamente, in der Presse usw. auf unsere Arbeiter eingewirkt. Parteigenossen! Es handelte sich für uns also nur um die Frage: Wann ist die Zeit gekommen, um losschlagen zu können. Wir saßen gewissermaßen am Ufer und beobachteten, wie das Wasser stieg. Monat für Monat haben wir diese Beratungen gepflogen, als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgt war, sagten wir uns: Jetzt ist die allerhöchste Zeit, jetzt müssen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. — Wir hatten

übrigens nicht nur in Berlin vorgearbeitet, sondern wir hatten mit allen Provinzen angeknüpft. Im Rheinland saß der Genosse Brass, der hier gesprochen hat, in Sachsen Seger usw. (Zuruf: Die Front nicht vergessen!) — Ich komme darauf! — Und Parteigenossen, wir haben die Front bearbeitet, d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde. Da war die Regierung so gütig, ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front hinauszuschicken, indem sie nach dem Januarstreik alles wegklaute, was ihr denunziert war als Treiber des Streiks, und jeder Mann, der da in den Schützengraben geschickt, der in Schutzhaft geschickt wurde, der irgendwie wegen einer Arbeitsverweigerung bestraft wurde, war ein Agitator für die revolutionäre unabhängige Sozialdemokratie, das war ein Mann, der die Soldaten auf ihre Pflicht als Menschen, als Söhne ihres Volkes und als Soldaten aufklärte. Und genau so ist es natürlich hier. Wir wußten, daß eine ganze Anzahl Regimenter sofort übertreten würden.

Nun komme ich zu dem letzten Tage, und da habe ich mit meinem Freunde Dittmann eben leider abzurechnen. Am Sonnabend, den 2. November, war eine Sitzung des, ich will es einmal nennen: Revolutionskomitees zusammenberufen worden. Zu diesem Revolutionskomitee war außer mir aus dem Parlament noch der Genosse Haase zugezogen, dann der damals aus dem Zuchthaus befreite Genosse Liebknecht und noch einige seiner Freunde. Im übrigen waren es unabhängige Sozialdemokraten, die Genossen Däumig usw. — ich habe sie schon genannt —, ungefähr ein Dutzend Leute. Wir berieten die Situation und kamen bis auf Haase und einem anderen zu dem Beschluß, daß am Montag, den 4. November, losgeschlagen werden solle, da die Waffen vorhanden waren — wie mir gesagt worden ist, sollen ungefähr für 10 000 Arbeiter Waffen vorhanden gewesen sein —, da wir auf die Truppen rechnen könnten, und mit einiger Zuversicht hoffen dürften, wenn nicht sofort, so doch nach kurzem Kampfe mit der Polizei die Herrschaft in Berlin in unsere Hände zu bringen. Am Abend sollte nur noch eine Zusammenkunft der leitenden Genossen aus den Betrieben, die mit uns arbeiteten, stattfinden, um über die Stimmung in der Arbeiterschaft in den Munitionsbetrieben Auskunft zu geben. Hauptsächlich kam es auf die Munitionsbetriebe an; es waren außerdem noch andere Betriebe, aber in geringem Maße. An dieser Sitzung hat auch die Parteileitung der USP. teilgenommen, auch der Genosse Dittmann, und es wurden zunächst die Genossen aus den Betrieben — den Vorsitz führte Bach — aufgefordert, über die Stimmung zu berichten. Nun wollte es ein unglücklicher Zufall, daß zunächst das Wort erhielten eine Anzahl — (Unruhe. — So genau brauchen Sie das nicht auszuführen! —) — das ist eben sehr wichtig, sonst erklärt das ja die Sache garnicht — daß eine Anzahl aus den kleineren Betrieben das Wort erhielten. (Wiederholte Zurufe und Unruhe.) Zunächst wurden von einer Anzahl kleinerer Betriebe Stimmungsbilder gegeben, die nicht auf günstige Stimmung schließen ließen. Die größeren Betriebe waren dafür. Ich will nur erwähnen, daß die überwiegende Mehrheit der Genossen, also ungefähr 70 000, erklärten, daß sie zum Losschlagen bereit seien. Da sind nacheinander die Genossen Haase und Dittmann mit der allergrößten Entschiedenheit

gegen das Losschlagen

aufgetreten. (Hört, hört!) Der Genosse Dittmann sagte: Die Sache ist nicht reif dazu, und wir kriegen die Leute nicht raus. Es war dieselbe pessimistische Stimmung, mit der wir seit Jahren zu kämpfen gehabt hatten. Wir andern, Barth, Däumig, Heckert usw. und ich haben mit der allergrößten Entschiedenheit verlangt, daß am Montag oder, da es mittlerweile zu spät wurde — wir haben bis nachts 4 Uhr getagt — am Dienstag, dem 5. No-

vember, losgeschlagen würde. Liebknecht brachte einen Vermittlungsvorschlag ein. (Hört, hört!) Er trat auch nicht für das sofortige Losschlagen ein, sondern wollte eine Putschistentaktik einschlagen, daß auf die Straße gegangen werden sollte. Wir haben das mit Entschiedenheit bekämpft. Aber dadurch, daß Haase, Dittmann und Liebknecht dies bekämpften, kam es nun zu folgendem Resultat. Es wurde abgestimmt, und zur Abstimmung wurden nur zugelassen die Vertreter der größeren Betriebe von mehr als 500 Arbeitern. (Unruhe. Zuruf: Was sollen wir denn mit dieser Erzählung!) — Das werden Sie gleich hören. (Andauernde Unruhe. Zuruf: Hat doch gar keinen Wert mehr!) — Jawohl, Parteigenossen! — Da entschieden wir mit 22 gegen 19 Stimmen, daß nicht losgeschlagen werden sollte, und wir gaben dann für die Provinz leider auch die Parole aus, daß auch dort nicht losgeschlagen werden sollte. Wir waren der festen Überzeugung — und die Ereignisse haben nachher die Richtigkeit unserer Auffassung erwiesen — daß, wenn am 5. November losgeschlagen worden wäre, — — und zwar auf einen Aufruf, der mit unseren Namen unterzeichnet war — darum dreht es sich auch, ich war bereit, diesen Aufruf unter allen Umständen zu unterzeichnen; da erklärte mir aber besonders Dittmann: Ich hätte kein Recht dazu, dazu müßte ich erst mein Amt als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsfraktion niederlegen, weil ich die Partei kompromittiere, wenn ich einen solchen Aufruf zum bewaffneten Aufstand unterzeichne.

So ist es leider dazu gekommen, daß die Sache vereitelt worden ist. Ich mache daraus an sich keinen Vorwurf; es ist nur ein Beweis dafür, daß Ihr, wie bei früheren Gelegenheiten, die Situation absolut nicht richtig erkannt habt, daß Ihr nicht das richtige Zutrauen zu der revolutionären Energie unserer Arbeiterschaft gehabt habt. Das ist das Unglück, daß wir immer bis zum letzten Augenblick auf Schritt und Tritt durch die Flaumacher gehindert worden sind.

Wie recht wir gehabt haben, das hat sich dann weiter erwiesen. Es sollte am 11. losgeschlagen werden; am 8. wurde dann auf Grund der Denunziation des Leutnants Walz, der verhaftet worden war und dann seine Mitkämpfer verraten hat, um sich selber den Hals zu retten, Däumig verhaftet, und wir hatten geglaubt, auch Liebknecht wäre verhaftet worden, und da hatten wir beschlossen, am 9. des Morgens loszuschlagen; auch Barth hatte das beschlossen, weil er geglaubt hatte, wir seien verhaftet worden. So ist es zum Losschlagen am 9. November gekommen.

Aber was war der Unterschied in der Situation zwischen dem 5. und dem 9. November? — Der Unterschied war der, daß mittlerweile die Leute von der Sozialdemokratie, die Herren Minister, die Herren Staatssekretäre und der neugebackene Reichskanzler Ebert sich auf die Situation einrichten konnten. Die Behörden wußten bereits am 7. November, daß die Sache nicht mehr zu halten war, sie waren besser unterrichtet. — Ja gewiß, Sie waren auch fertig; das weiß ich; ich rede jetzt von den Behörden in Berlin und von dem Verhalten der bisherigen Regierung. Diese Leute, der „Vorwärts", haben bis zum letzten Augenblick die Revolution bekämpft. (Zustimmung und Zurufe.) Die Revolution hat schließlich ohne sie siegen müssen. Am 9. ist

Scheidemann noch als Minister Wilhelms II. aus dem Bett geklettert,

und als die Revolution ausgebrochen war, läuft er zum Reichstag und proklamiert die Republik. Sie sind Minister gewesen bis zum letzten Augenblick der Revolution, wollen Sie das bestreiten? (Scheidemann: Warum nicht?!) — Gewiß, das ist die charakteristische Zeit!

c)

In seinem Prozeß schattiert Ledebour (Der Ledebour-Prozeß, Berlin Verlagsgenossenschaft „Freiheit" 1919) die Vorgeschichte der Revolution, wie sie sich ihm darstellt, in einigen Punkten etwas anders, als wie auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.

Er sieht (S. 22ff.) die ersten Zuckungen der revolutionären Bewegung im Jahre 1916, als die Streiks in der Metall-Arbeiterschaft ausgebrochen waren. Die damalige Regierung habe es abgelehnt, mit den Arbeitervertretern zu verhandeln. Sie erweckte in der Arbeiterschaft, besonders bei den Arbeitern der Metallindustrie, die an der Spitze der Berliner Arbeiterschaft stehen, die feste Überzeugung: „Wir müssen uns gefaßt machen auf die Revolution. Wir müssen uns darauf vorbereiten." In seiner Fraktion stieß Ledebour auf Widerstand, als er sie für seine revolutionären Bestrebungen zu gewinnen suchte. Er fand nur bei wenigen Fraktionsgenossen, bei Henke-Bremen und Herzfeld, Unterstützung. Er brachte dann auf einer Konferenz der Zimmerwalder-Richtung gelegentlich des Stockholmer Kongresses 1917 einen Antrag ein, das Proletariat aller Länder aufzufordern, möglichst gleichzeitig in einen allgemeinen Massenstreik zur Beseitigung des Krieges einzutreten. Er setzte ihn gegen den Widerspruch auch der Bolschewiki durch. Die Reichstagsfraktion stimmte nicht zu. Er wurde in Berlin nicht publiziert. Ebensowenig gelang es ihm die USPD. dazu zu bringen, im Jahre 1918 eine Aufforderung zu einem politischen Streik zu unterzeichnen. Dafür stimmte nur Zubeil, Henke und Herzfeld.

Über die Novembertage 1918 heißt es dann (S. 28ff.): „Ein Jahr vorher hatte sich ein fest organisiertes Revolutionskomitee gebildet, dessen Grundstock die revolulionären Obleute der Betriebe bildeten, ungefähr 80 Mann. Es kamen noch dazu Mitglieder der Parlamente, Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie und in letzter Zeit auch mein Freund Liebknecht, der durch die Amnestie unter der Ära des Prinzen Max von Baden freigemacht wurde. In diesen Zusammenkünften haben wir darauf gedrängt, daß jetzt die Zeit gekommen sei, loszuschlagen und das ganze bestehende Regierungssystem zu beseitigen.

Die entscheidende Sitzung war zum 2. November 1918 einberufen. Wir waren damals noch nicht unterrichtet über die Vorgänge, die sich zwei Tage vorher in der Marine zugetragen hatten. (Die Marine hat sich bekanntlich geweigert, auszufahren. Es war dann zu Verhaftungen gekommen.) Am Vormittag fand eine Vorbesprechung zu dieser Sitzung in einem engeren Kreise statt. Es wurde auf meinen und meiner Freunde Antrag beschlossen, am 4. November einen revolutionären Aufstand gegen die bestehende Regierung herbeizuführen, einen Aufstand, der mit einem allgemeinen Massenstreik und dem Zuge der Arbeiter in die Stadt beginnen sollte. In dieser Sitzung am Vormittag des 2. November wurde unser Antrag gegen eine einzige Stimme angenommen. Der Beschluß ging dahin, eine von den Leitern der revolutionären Bewegung und von den Reichstagsabgeordneten der USPD. unterzeichnete Aufforderung zur Erhebung hinauszuwerfen am Morgen des 5. November.

Um sich zu überzeugen, ob man auch auf die Zustimmung der großen Massen der Arbeiterschaft rechnen konnte, wurde die endgültige Entscheidung auf den Abend verlegt, wo alle revolutionären Obleute der Betriebe anwesend waren, ungefähr 40 bis 50 Personen. Es sollte ein Stimmungsbericht eingeholt werden, ob die Arbeiterschaft bereit sei, einer solchen Parole Folge zu leisten. Da stellte sich heraus, daß die Vertreter der kleineren Betriebe nicht eine derartige Bereitschaft zusagen konnten, wohl aber die großen Munitions-

betriebe, die sich besonders im Norden Berlins befinden. Das wirkte auf einige der Teilnehmer abschreckend ein. Einige Abg. ergriffen die Gelegenheit, gegen uns die Vertagung einer solchen Erhebung zu befürworten. Ich schlug dann vor, durch Umfrage festzustellen, wie groß numerisch, soweit man das schätzen konnte, die Zahl der erhebungsbereiten Arbeiterschaft sei. Da wurde festgestellt, daß von 123 000 erfaßten Arbeitern, über die die Vertrauensleute Auskunft geben konnten, 75 000 Mann zum Losschlagen bereit wären. Nach unserer Überzeugung war das vollkommen ausreichend. Leider hatten die gegenteiligen Ausführungen einiger Abg. Erfolg. Bei der Abstimmung hatten nur die Vertreter der Betriebe das Stimmrecht. Wir anderen Politiker, Abgeordnete und sonstige außerhalb der Betriebe stehenden Männer, stimmten nicht mit. Es entschieden sich 22 gegen und 19 für die Aufforderung zur sofortigen Erhebung". . . .

Am 6. November sollte eine neue Zusammenkunft stattfinden. Unterdessen erfolgten Verhaftungen. Am 8. November wurde Däumig verhaftet: „Die Verhaftung Däumigs war für uns das Signal, daß wir uns sagten, jetzt darf kein Augenblick länger gewartet werden. Ich trommelte alle Freunde zusammen. Es erschienen aber weder Liebknecht noch Emil Barth. Wir glaubten annehmen zu müssen, daß auch sie verhaftet worden seien. Wir beschlossen nunmehr einstimmig, am 9. November morgens die Arbeiterschaft Berlins zum Losschlagen aufzufordern . . .

Barth, der glaubte, daß die anderen verhaftet worden seien, gab gleichzeitig auf eigene Faust die nämliche Parole aus: Außerdem haben unsere Freunde vom Spartakusbund Dr. Ernst Meyer, der an der Besprechung mit mir teilgenommen hatte, und Karl Liebknecht später noch eine besondere Aufforderung hinausgeschickt, so daß also infolge der Verhaftungen in unseren Reihen drei Aufforderungen zur Erhebung zum 9. November verbreitet wurden". . .

Über den Vorschlag Eberts, Scheidemanns und Brauns am 9. November 1918 an die USPD., mit ihnen zusammen die Regierung zu übernehmen, berichtet Ledebour, Ebert habe dabei gesagt: „Ja, wir halten unsere Leute noch bis 12 Uhr zurück . . ." (S. 32.)

d) Aus dem Vorstandsbericht für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.—15. Juni 1919 (nach dem Protokoll des Parteitages, Berlin, Verlag Paul Singer G. m. b. H., 1919)

Unter dem Druck dieser Forderung (d. h. der Abdankung des Kaisers), der Zentrum, Nationalisten und Fortschrittler sich notgedrungen anschlossen, bot der Reichskanzler dem sich noch immer weigernden Kaiser seine Entlassung an, weil er dessen Abdankung für notwendig halte.

Der 8. November erreichte die Mittagsstunde — — der Tag verstrich. Der Rücktritt des Kaisers erfolgte nicht, erst der folgende Tag brachte ihn.

Am Abend des 8. November war die Parteileitung mit den Vertrauensmännern der Betriebe versammelt. Man einigte sich darauf, am 9. November, früh 8 Uhr, nochmals zur letzten Besprechung zusammenzutreten. Bis zur Frühstückspause sollten die Arbeiter in den Betrieben bleiben.

Die Besprechung am 9. November war kurz. „Heraus aus den Betrieben, auf die Straße!" war die Parole! Ein Mitglied des Parteivorstandes begab sich mit einigen Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in die dem Reichstag zunächst gelegenen Kasernen und sprach zu den Truppen, die sich auf die

Seite des Volkes stellten. In der Regierung bewirkten unsere Genossen den Befehl, daß von den Truppen nicht geschossen werden dürfe.

Im Reichstagsgebäude versuchten die Mitglieder der Parteileitung und der Fraktionen früh am Morgen zu einer Verständigung über die Bildung der Regierung mit den Unabhängigen zu gelangen, deren Leitung jedoch nicht vollzählig zusammenzubringen war. Ebert, Scheidemann, Braun und einige Vertrauensleute der Arbeiter begaben sich deshalb allein in die Reichskanzlei, um dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Bildung der Regierung der Sozialdemokratie übertragen werden müsse, um Blutvergießen zu vermeiden.

Prinz Max von Baden richtete an Ebert das Ersuchen, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Die in Permanenz tagende Fraktion, der Parteivorstand und die Vertreter der Arbeiter stimmten dem zu und beauftragten Scheidemann und Landsberg, mit in die Regierung einzutreten, noch am 9. November erließ Ebert eine Kundgebung, in der er u. a. betonte:

„Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen."

Am Nachmittag des 9. November wurde die Verhandlung mit den U. S. über die Zusammensetzung der Regierung und der Grundsätze aufgenommen . . .

Es folgt nun eine Schilderung der Verhandlungen mit den Unabhängigen. Der Vorstandsbericht fährt dann fort:

Am Spätabend des 9. November hatten sich die Anhänger der Spartakusgruppen und ihr Anhang aus den Reihen der Unabhängigen im Sitzungssaal des Reichstags versammelt. Hier wurde bekanntgegeben, daß am Vormittag des folgenden Tages, Sonntag, den 10. November, in allen Betrieben auf je 1000 Arbeiter und von allen Truppenformationen Berlins je ein Delegierter für eine Versammlung gewählt werden sollte, die am gleichen Tage nachmittags 5 Uhr im Zirkus Busch die provisorische Regierung bestimmen sollte.

In keinem Betriebe, bei keinem Truppenteil war hiervon etwas bekanntgegeben. Nirgends waren für eine solche Wahl die geringsten Vorbereitungen getroffen. Eine ordentliche Wahl der Vertreter war schon aus diesem Grunde unmöglich. Offen wurde in jener Versammlung der Kampf gegen die Einberufung der Nationalversammlung angekündigt. Kein Zweifel wurde darüber gelassen, daß es sich bei dieser Aktion in erster Linie darum handele, unsere Genossen aus der Regierung auszuschalten und der Richtung Ledebour, Liebknecht, Luxemburg den ausschlaggebenden Einfluß zu verschaffen . . .

Gegenüber diesem Überrumpelungsversuch traf die Parteileitung in der Nacht zum 10. November die notwendigen Vorkehrungen durch Information der auf dem Boden der Partei stehenden Betriebsvertrauensleute und der die Einberufung der Nationalversammlung fordernden Truppenteile.

In einer am Nachmittag des 10. November abgehaltenen Versammlung der Vertreter von 57 000 Angehörigen der Berliner Garnison wurde sodann einmütig auf Vorschlag der Mitglieder des Parteivorstandes beschlossen, die paritätische Zusammensetzung der Regierung und die schnellste Einberufung der Nationalversammlung zu erzwingen. Dieser Beschluß gelangte denn auch trotz des heftigen Widerstandes der Anhänger der äußersten Linken, insbesondere durch das Eingreifen der Truppenvertreter im Zirkus Busch zur Annahme [1]). Unsere Genossen Ebert, Scheidemann und Landsberg übernahmen mit Haase, Dittmann und Barth die Regierung und ihre erste Tätigkeit war die Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingung.

---

[1]) Anm. des Sachv. Diese Versammlung ist nicht zu verwechseln mit dem vorher zitierten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918.

e) *Aus einer Rede Däumigs am 19. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands* (nach dem Sten. Bericht, Sp. 227 ff.)

„Wie ist denn überhaupt dieser Rätegedanke gekommen?"

Er entstand zuerst im Jahre 1905 als das russische Proletariat seine ersten heldenhaften Kämpfe gegen das fluchwürdige zaristische System führte. Da kam es ganz unwillkürlich, ganz ohne Vorbereitung, aus der Keimzelle der neuen Welt heraus, aus dem Großbetriebe, das System der Arbeiterdeputiertenräte, und diese Organisation war es, die in jenen Revolutionstagen des Jahres 1905 den Kampf geführt hat. Diese Arbeiterdeputiertenräte waren es, die dann im Jahre 1906/07 ihren Heldenmut vor Standgerichten oder in den Eisfeldern Sibiriens büßen mußten. Der Gedanke des Rätesystems aber blieb lebendig und sprang natürlich wieder wie ein Funke hervor, als im März 1917 drüben in Rußland die große Revolution ihren Anfang nahm. Alle diese Dinge sind ja bekannt.

Aber wie kam es denn, daß in den Novembertagen 1918 in Deutschland ebenfalls dieses Rätesystem so rein elementar Wurzel fassen konnte? Weil es eben die gegebene Organisationsform der modernen Revolution sein mußte. Freilich, ich weiß, — und das trifft ja gerade auf die Genossen im Soldatenrock zu, — daß diesem System der „Ludergeruch des Bolschewismus" anhängt. (Sehr richtig!) Aber ich und jeder Einsichtige läßt sich durch diese Dinge nicht irre machen . . .

Wie sind in Deutschland die Arbeiterräte entstanden?

Sie entstanden in den großen Streikbewegungen der letzten Jahre, in denen wir, die wir von jeher die erbittertsten Gegner des Krieges gewesen sind und diese 4 Jahre lang schwere Seelenqualen bestanden haben unter dem Drucke und der Lüge, unter dem das deutsche Volk stand, — die politisch treibende Kraft gewesen sind. Wir haben in den Großbetrieben die Leute, die unserer Überzeugung waren, in jenen Zeiten unter großen Gefahren bestimmt, die Rolle des Arbeiterrates zu spielen; wir haben in den letzten Wochen vor Ausbruch der Revolution, als es uns durch eifrige aber auch gefährliche Agitation in den Berliner Kasernen gelungen war, Kameraden und Genossen zu gewinnen, die gleich uns mitarbeiten wollten an dem Sturze dieses blutbefleckten Regimes, wir haben da wieder, natürlich illegal, einen provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und haben unsere Kundgebungen, unsere Flugblätter, die wir in den Kasernen verteilten, in denen die Soldaten aufgefordert wurden, nicht auf ihre Brüder und Mütter zu schießen, alle diese Vorbereitungen unterzeichnet: der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Und was war unser Los? Nicht allein, daß die politische Polizei hinter uns herhetzte, nicht allein, daß das Oberkommando in den Marken, diese reaktionäre Institution von 1848, alle Machtmittel gegen uns anwandte, nein die eigenen Klassengenossen haben uns damals angegriffen und haben uns beschimpft und verleumdet. (Sehr richtig. Zuruf: Vorwärts!)

Am 6. November heißt es in einem Aufruf der sozialdemokratischen Partei, als wir gerade die letzten aufrüttelnden Flugblätter herausgegeben hatten:

„Hütet Euch vor Zersplitterungen, vor Arbeiterbruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen (Hört, hört), folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dorthin laufen, oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen . . ."

Das ist so eine kleine Probe dafür, wie damals von dieser Seite aus der Arbeiter- und Soldatenrat behandelt wurde. Als aber der 9. November kam, und dank unserer Vorbereitungen in Betrieben und Kasernen die alte Welt hinweggefegt war, da strömten sie in Scharen herbei, um nur ja diesem Rätesystem teilhaftig zu werden. (Sehr richtig!) Ich füge das nur an, dafür, daß, wenn die revolutionäre Situation reif ist, auch in der heutigen Zeit, wo nun einmal das Proletariat Träger der Revolution ist, weil keine andere Klasse revolutionär sein kann, ganz naturnotwendig das Rätesystem sich aufzwingt und aufdringt und es wäre Verblendung, wenn man sich gegen die historische Notwendigkeit dieses Rätesystem wehren und sperren wollte. Es ist nun einmal so. Die alte bürgerliche Demokratie mit ihrem Stimmzettel und ihrem Parlamenteln ist keine Ewigkeitserscheinung; sie hat ihre historische Bedingtheit und wie der Sozialismus als neues Grundprinzip die Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß dieser bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wo sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Rätesystem findet . . .

f) Aus einer Rede des Soldatenrats Lewinsohn-Berlin (IV. Armee) am 18. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (nach dem Sten. Bericht, Sp. 141)

. . . Wir wollen einmal in aller Ruhe und Sachlichkeit erläutern, wie die Revolution an der Front war.

In der Nacht vom 9. bis 10. November haben wir und mit uns die anderen Armeen, soweit eben in diesen Armeen revolutionäre Elemente waren, sich an die Spitze ihrer Kameraden gestellt und noch in derselben Nacht sind wir zu den Oberbefehlshabern der Armeen gegangen und haben ihnen erklärt, daß wir einen Soldatenrat bilden, der gemeinsam mit den Kommandobehörden die Rückführung der Armee übernehmen wird.

Wer war denn an der Front? An der Front waren plündernde Massen, die die Fahne der Revolution beschmutzten. Da traten wir ein und suchten das Ehrenschild der Revolution reinzuhalten, indem wir den Kameraden sagten: nicht Mord und Raub ist Revolution, sondern das Emporkommen der Masse, der Sieg der Masse über die, die uns bisher geführt haben.

Wir setzten in derselben Nacht in allen Behörden Kontrollinstanzen ein; denn wir maßten uns nicht an, einen Oberquartiermeister oder irgend jemand, der taktisch und praktisch jahrelange Generalstabsschulung hatte, zu ersetzen. Wer von Ihnen sich fähig fühlt, die Demobilisation einer Division oder eines Korps vorzunehmen, der möge nachher zu mir kommen und mir seine Adresse geben, ich werde ihn morgen an die Spitze eines Korps stellen. (Zuruf: Hast Du solche Gewalt?) — Jawohl, wir an der Front haben diese Macht. (Zuruf: Du aber nicht!) Daran, daß Sie mir widersprechen, erkenne ich deutlich, daß Sie uns nicht verstehen wollen; sonst lassen Sie uns ruhig und sachlich referieren, wie wir auch Sie ruhig und sachlich anhören werden. Ich möchte Ihnen erklären, daß Sie eine große Gefahr vergessen, wenn Sie die Kommandogewalt der Offiziere vollkommen an die Massen übergeben, nämlich wir haben noch keinen Frieden; wir haben Waffenstillstand, und über den Frieden, über die militärischen Angelegenheiten, den Waffenstillstand verhandelt die Oberste Heeresleitung mit der Obersten Heeresleitung der Entente. Wenn Sie nun die Oberste Heeresleitung bei uns beseitigen, so haben Sie niemand, mit dem die Oberste Heeresleitung der Entente verhandeln kann. (Zuruf: Dann haben wir doch noch Sie! — Heiterkeit.) Wenn Sie das tun, so begehen Sie einmal ein Verbrechen an Ihren linksrheinischen Kameraden, die in dieser Stunde Kriegsgefangene sind. (Zuruf: Die Sie aufgeputscht haben!)

Wir erklären hiermit, daß wir uns im Namen unserer Kameraden verbitten müssen, wenn uns fortwährend vorgeworfen wird, daß wir putschen. Wir können da nur erklären, daß andere Seiten versuchen, gegen uns zu putschen, und wir werden uns, wie wir im Schützengraben uns mutig gezeigt haben, auch weiterhin unsere Handlungen nicht durch Worte wie Putsch und Maschinengewehre beängstigen lassen. (Bravo! — Zuruf: In welchem Sinne wollen Sie die Armee?) — Wir haben die Armee in dem Sinne der sozialistischen Republik aufgeklärt, worüber Ihnen Flugblätter zur Verfügung stehen. (Zuruf: Das haben wir an Ihren Flugblättern gesehen, was Sie für ein Kerl sind!)

g) Zur Frage: Können Revolutionen gemacht werden?

1. Ansicht Ledebours.

(Abgedruckt aus dem Ledebour-Prozeß, Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin, Seite 51.)

Ich glaube über das Verhältnis von Führern und Geführten in einer revolutionären Bewegung, bestehen mancherlei Unklarheiten, vor allen Dingen bei den Herren, die sich im Banne einer obrigkeitlichen Staatsauffassung befinden. In einer revolutionären Bewegung wird sehr wenig von oben herabkommandiert; das Entscheidende wird bewirkt durch die revolutionäre Macht der Massenbewegung. Die Aufgabe der Führer ist es, dieser Anschauung der Masse Ausdruck zu geben, die Massen zusammenzuhalten, die Bewegung zu leiten, unter Umständen auch zu bremsen, wenn es notwendig erscheint . . .

2. Ansicht von Wels.

(Abgedruckt aus dem Protokoll des Parteitages der SPD 1919, Vorwärts-Verlag 1919, Berlin, Seite 153.)

Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht, sie mußte kommen, weil der bisherige Staat hohl und morsch geworden war. Die ganze Schwere der Niederlage ließ sie reifen. Für uns handelte es sich in erster Linie darum, einen Versuch zu machen, den Waffenstillstand rasch unter Dach und Fach zu bringen. Wir neigen zu der Auffassung, daß die Revolver des Herrn Barth denn doch vielleicht noch zu einem anderen Zweck verwandt werden sollten, als zur Herbeiführung der Revolution . . .

Anlage IX

Aus den Gründen des Urteils I. Instanz im sog. Dolchstoßprozeß

Der Inhalt der Hefte 7 und 8 geht teilweise über diese Feststellungen hinaus. Es finden sich in ihnen verschiedentlich Verallgemeinerungen, die nicht gerechtfertigt sind.

Der Privatkläger hat in der Hauptverhandlung ausdrücklich erklärt, er habe Vorwürfe gegen Angehörige der MSP nicht erheben wollen; in den Heften hätte das deutlicher zum Ausdruck kommen müssen.

Die Darstellung in den Heften ist teilweise irrig und unrichtig. Irrtümer und Unrichtigkeiten finden sich auch in anderen geschichtlichen Darstellungen. Auch die zur Zeit in großer Anzahl erscheinenden Erinnerungen und Denkwürdigkeiten Einzelner, an den Ereignissen besonders beteiligter

Personen, sind teilweise nicht ganz frei hiervon. Die geschichtlichen Ereignisse des Weltkrieges liegen noch viel zu kurz zurück, als daß jetzt schon alle zu ihrer Erforschung und einigermaßen sicheren Feststellung nötigen Unterlagen zugänglich wären, die Archive der Feinde sind noch nicht alle geöffnet.

Die Mängel der beiden Hefte können aber noch lange nicht, wie der Angeklagte will, als bewußt falsche Darstellung bezeichnet werden. Die beiden Hefte sind nicht eine erschöpfende Darstellung der Ursachen des Zusammenbruchs. Sie sollen es auch nicht sein, wie aus den erwähnten Worten der Einleitung des Heftes 7 unschwer entnommen werden kann.

Es ist deshalb unzulässig aus dem Umstande, daß Tatsachen, die auch als Ursachen, die als besonders ausschlaggebende Ursachen des Zusammenbruchs zweifellos gewertet werden müssen, in den Heften nicht oder nur nebenher erwähnt sind, den Schluß zu ziehen, der Privatkläger habe bewußt die Geschichte gefälscht.

Anlage X

Karl Liebknecht in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 16. März 1916

„. . . Auch die geistige Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Und es ist unsere Aufgabe, der Arbeiterklasse aller Länder zuzurufen: „Ans Werk! Die im Lande wie in den Schützengräben, sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt."

Eingabe Karl Liebknechts an das Königl. Kommandanturgericht Berlin, vom 8. Mai 1916

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der Vorschub zu leisten er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber, wie der eigenen. Nicht „einer feindlichen Macht Vorschub leisten", sondern „in internationaler Wechselwirkung mit den sozialen Mächten der anderen Länder, allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch zu tun", ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er fast ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigene herrschende Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozeß, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist nun der Sinn der Worte Jaurès', die zum Motto meiner Ende März 1905 erschienenen Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg" gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und

unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus) ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei; und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiß hat der internationale Sozialist und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, sodaß er seine Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer Regierungen zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung, ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist, und weil solche Unwahrheiten mehr denn je dem verwerflichen Zweck der Völkerhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses liegen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Auge in Auge angegriffen, und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinne erwartete, oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich damit der Kriegshetzerei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von deutschen Behörden verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich — allen parlamentarischen Überlieferungen zuwider — vom Preußischen Abg.-Haus voller Haß und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges — im November 1914 — wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch geendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen feindliche Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des bewußten internationalen Kampfes, daß der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, daß er b e w u ß t in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Land mitwirkt, daß er b e w u ß t seinen Kampf und den der Sozialisten in den andern Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die anderen Regierungen in sein Bewußtsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muß, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind, und um diese Politik bei denen, die sie betreiben zu einer bewußten zu machen.

In solchem Sinne und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse gegenüber.

Armierungssoldat Karl Liebknecht.

Aus einer Eingabe Karl Liebknechts an das Königliche Gouvernementsgericht Berlin v. 23. 8. 1926

„Das Kriegsziel, das ich erstrebe, ist, daß alle imperialistischen Staaten — ihre Regierungen und herrschenden Klassen — besiegt werden, besiegt von der Masse ihres eigenen Volkes. Dieses Ziel bedeutet auch den einzigen dauernden Frieden, den einzigen Frieden, der dem Wohle der großen Volksmassen in allen Ländern dient."

Aus einer Eingabe Karl Liebknechts an das Königliche Kommandanturgericht vom 3. September 1916

„Aber die Kriegsniederlage eines Regimes ist nur dann der Sieg des Feindes, wenn sie auch die Niederlage des Volkes ist, das in den Kriegsstrudel gezogen wurde. Vermag beim militärischen Zusammenbruch eine revolutionäre Bewegung die Zügel an sich zu reißen, so kann sie eine neue unwiderstehliche oder doch unüberwindliche kriegerische Macht bilden.

Je mehr ein Land die Revolution im Leibe trägt, je gewaltiger die Volkskräfte sind, die sie zu entfesseln vermag, umso trügerischer die Hoffnung des äußeren Feindes auf ihre Fruktifizierung.

Die Geschichte aller revolutionären Epochen bestätigt dieses Paradoxon, das solange wahr bleiben wird, bis es jenen politischen Spiritisten des 4. August gelingt, das Wahngebilde eines Krieges zur Befreiung des bekriegten Volkes zu materialisieren.

Wenn sich die revolutionär erwachten, frei erhobenen souveränen Massen dem Eindringling mit grenzenlosem Opfermut entgegenwerfen, so mag man das echten Patriotismus preisen. Patriotismus her und hin — das ist ein Wort. Es gilt die Realitäten!

Vor dem Eroberer kapitulieren hieße sich und seine eben errungene Macht, seine eben erkämpfte Souveränität auf Gnade und Ungnade in die Hände des siegreichen Feindes legen, hieße Unterwerfung der eigenen Freiheit unter fremde Bajonette, hieße Preisgabe, Verrat der Revolution. Sie schlagen heißt Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen des „feindlichen" Staates, heißt Fortsetzung der Revolution: das ist der Schlüssel.

(Abgedruckt aus Karl Liebknecht, Das Zuchthausurteil, Verlag Die Aktion, Bln.-Wilmersdorf, 1919.)

Anlage XI

Die Freie Zeitung Bern und die Entente

Die „Freie Zeitung" ist nach Eintritt Amerikas in den Krieg durch die Amerikaner insofern unterstützt worden, als ihr Artikel geliefert worden sind und die „Friends of German Democracy" eine größere Anzahl Exemplare abonniert haben.

Der eigentliche Spiritus rector der „Freien Zeitung", der ehemalige Konsul Dr. Schlieben, hat energisch bestritten, jemals französisches Geld erhalten zu haben.

Was nun die Broschüre des „Dr. Julius Wernsdorf" betrifft, so galt bisher ein Schweizer Schriftsteller, der während des Krieges in deutschfreundlichem Sinne arbeitete, als ihr Verfasser. Die Broschüre wurde, wie mir von der Weltkriegsbücherei Stuttgart mitgeteilt wird, von dem deutschen Propagandaapparat in der Schweiz als Mystifikation gebraucht und in großen Mengen in die Öffentlichkeit geworfen. Wahrscheinlich tauchte sie nicht im Buchhandel auf, sondern gelangte von einer in der Reserve bleibenden Propagandastelle zum Vertrieb, tauchte in Hotels und in den Eisenbahnwaggons auf. Ob unter diesen Umständen die Andeutungen über die Finanzierung der „Freien Zeitung" durch Frankreich zuverlässig sind, ist schwer zu entscheiden. Daß sie Einzel-

heiten über den Weg angibt, den die Gelder genommen haben sollen, ist noch kein voller Beweis; wenn sie Geld bekam, so war es sehr wahrscheinlich, daß die Summen den Weg über den Schweizer Anwalt Dr. Brüstlein und den aus der Schweiz ausgewiesenen französischen Propagandachef Grafen Mougeot nahmen.

Die Broschüre deutet auch an, daß auch einzelne Mitglieder des Kreises persönlich französische Gelder erhalten haben. Es trifft zu, daß Röseneyer, der übrigens nicht, wie „Wernsdorf" andeutet, Jude ist, in enger Beziehung zu Frankreich gestanden und für französische Zeitungen geschrieben hat. Er sollte nach dem Waffenstillstand wegen Verletzung der Schweizer Neutralität aus der Schweiz ausgewiesen werden. Wenn Gelder verteilt worden sind, so können sie jedenfalls nicht sehr erheblich gewesen sein. Grelling wenigstens, gegen den sich manches mehr noch sagen ließe als in der Broschüre steht, lebte nach der Beschlagnahme seines in Deutschland befindlichen Vermögens in höchst kümmerlichen Verhältnissen, so daß er bereit war, eine Brücke zu betreten, die ihm geschlagen wurde, um seine bisherige Auffassung zu revidieren. Unterstützt ist er allerdings insofern worden, daß der französisch orientierte Verlag Payot seine dickleibigen Wälzer verlegte, nachdem ein anderer Verlag sie abgelehnt hatte.

Zu den bisher genannten Mitgliedern der Gruppe tritt noch jener kürzlich verstorbene sonderbare Schwärmer Hugo Ball, dessen Leben ein wenig an das Verlaines erinnert. Die Mitteilung der Frau Whitehouse (S. 208), er sei der Geschäftsmann der Gruppe gewesen, klingt unwahrscheinlich. Richtig ist dagegen, daß er zeitweise das von ihm gegründete dadaistische Kabarett leitete.

Die Broschüre Wernsdorfs wurde vom Bundesrat unterdrückt. Dazu bot ein sehr roher Ton und die persönlichen, weit über das Politische hinausgehenden Artikel gegen Brüstlein eine Handhabe. Der Schweizer Bundesrat hat auch versucht, die „Freie Zeitung", gegen die er als Schweizer Zeitung nicht vorgehen konnte, durch Einschränkungen von Papierlieferungen usw. weiter in ihrer letzten Endes unneutralen Tätigkeit zu hemmen.

Anlage XII

Aus einem Erlaß des preußischen Kultusministers vom 27. Mai 1917

Der Erlaß richtet sich gegen die „Machenschaften unserer Feinde" und geht davon aus, daß feindliche Agenten Mißtrauen gegen den Kaiser und seine Regierung verbreiten. Es heißt dann: „In der Erkenntnis, daß die Festigkeit unserer Zustände und die Macht unseres Staatswesens in dem jahrhundertalten tiefwurzelnden Treueverhältnis zwischen Fürsten und Volk beruht, suchen sie diese segensreichen Beziehungen unter heuchlerischen Vorwänden zu lockern." Die Folge werde nur Gefühl der Empörung und festeren Anschlusses sein. „Die Lehrer und Lehrerinnen aller Schulen werden, wie ich vertraue, Anlaß und Gelegenheit wahrzunehmen wissen, solche Gefühle in den Herzen unserer Jugend zu nähren und durch zeitgemäße Belehrung zu pflegen."

Anlage XIII

Zu Nr. 4240/17. g. A. 1.

Kriegsministerium

Streng geheim!

Ergebnisse der Sitzung vom 25. Mai 1917 über feindliche antimonarchistische Bestrebungen und Erörterungen über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender: Oberst v. Wrisberg, Departementsdirektor A. m. W. b.
Vertreter des K. M.: Oberst Waitz, Oberst v. Meiß, Major van den Bergh, Major Graf von Büdingen, Major Grau, Hauptmann Pfaff.
„ der O. H. L.: Major Nicolai, Hauptmann d. R. Kliewer
„ des Kriegspresseamts: Major Stotten
„ des stellv. Gen.-Stabes: General Brose
„ des Mil.-Kabinetts: Major Graf zu Waldeck
„ der Mil.-Nachr.-Stelle des Ausw. Amts: Oberstleutnant v. Haeften
„ des Auswärtigen Amts: Ministerialdirektor Deutelmoser
„ des Reichsamts des Innern: Ministerialdirektor Lewald, Landrat v. Jacobi
„ der Reichskanzlei: Geh. Ob.-Rat von Eichmann
„ des Preuß. Staatsministeriums: Reg.-Rat Dr. Wolff
„ des Ministeriums des Innern: Geh. Ob.-Rat v. Roedenbeck
„ des Kultusministeriums: Ob.-Reg.-Rat Dr. Graeber
„ des Minist. des Kgl. Hauses: Graf zu Rantzau
„ des Zivilkabinetts: war nicht erschienen.

Die feindlichen Bestrebungen, antimonarchistische Strömungen ins Heer und Volk zu tragen, haben in größerem Umfange eingesetzt und werden gerade in letzter Zeit unter Anwendung höchst bedenklicher Mittel genährt und aufs tatkräftigste verbreitet. In der Hauptsache bedient sich der Feind der Flugschriften in Wort und Bild, die durch Abwurf und Einfuhr aus dem Auslande verbreitet werden. Es ist allerhöchste Zeit, daß der starken Wühlarbeit der Feinde mit einer eigenen Propaganda in noch erhöhterem Maße entgegengearbeitet wird.

Die Besprechung zeitigte nachstehendes Ergebnis:

I. Tätigkeit der Presse.

a) Schaffung je einer Sammelstelle von Material für Auslandspressestimmen (auch vor dem Kriege), antimonarchistische Hetzschriften, Bilder und Flugblätter, Gerüchte
1. bei der Obersten Heeresleitung,
2. beim Auswärtigen Amt;
beide Stellen sollen sich im Austausch ergänzen.
Die Zentralstelle im Auswärtigen Amt (Nachrichten-Abteilung) muß dann alle in Betracht kommenden Stellen, damit im regsten Zusammenhange gearbeitet wird, mit Material speisen, und einen einheitlichen, nach jeder Richtung erschöpfenden und wirkungsvollen Pressefeldzug führen.
b) Gewinnung von bedeutenden Persönlichkeiten (führenden Parlamentariern, Journalisten usw.) aller Partei-Schattierungen in weit größerem

Maße wie bisher zum Schreiben von zweckentsprechenden Artikeln und Halten von Vorträgen in Stadt und Land. Vorlage des gesammelten Materials, insbesondere feindlichen Propagandamaterials, an vorgenannte Persönlichkeiten und sonstige Vertrauensleute aus diesen Kreisen mit kurzem Vortrage im Auswärtigen Amt baldmöglichst. Berücksichtigung auch der kleinen Blätter. Sofortige Unterdrückung von Gerüchten.

II. Eine starke innere Politik, die die Bekämpfung dieser antimonarchistischen Bestrebungen miteinschließt, muß sich in klarem, festem „Bisher hierher und nicht weiter" abgegrenzt zeigen. Es genügt nicht, daß die Regierung weiß, was sie will, sondern mindestens müssen es auch die anderen mit Verantwortung beladenen Stellen wissen.

Die Berliner politischen Klubs bedürfen der Überwachung und Beeinflussung durch Vertrauensleute der Regierung [1]).

Scharfes Vorgehen gegen alle Hetzer — auch Abgeordnete — ist am Platze.

III. Aufklärungstätigkeit durch Kirche, Schule und in Lazaretten. Von Lehrern oder geeigneten Leuten, z. B. von verwundeten Offizieren pp. sind in ausgiebiger Weise monarchische Vorträge zu halten, und zwar für die Jugend am besten nicht während der Schulzeit, sondern abends in etwas feierlichem Rahmen (bei Licht, Eltern zugegen).

Der Geistlichkeit und der Schule muß dazu eingehende und energische Anweisung gegeben werden, da die Größe der Gefahr nicht überall im Lande erkannt wird. Auch bedarf es des Einvernehmens mit den Verwaltungsbehörden, um in den einzelnen Orten ein zielbewußtes und einheitliches Vorgehen zu erzielen. Geldmittel für diesen Zweck müssen flüssig gemacht werden.

In den Lazaretten, Gefangenenlagern, besonders bei ausgetauschten Gefangenen ist verschärfte Aufmerksamkeit geboten, ob dort staatsfeindliche Schriften oder Gesinnung zu finden sind. Einwirkung der Krankenschwestern auf die Kranken.

IV. Heranziehung der Mitwirkung von Frauen. Die Frauenvereine, Bund der Heimarbeiterinnen und andere weibliche Vereine, Kriegervereine und andere zweifellos auf königstreuem Boden stehende Vereinigungen müssen in erhöhtem Maße herangezogen werden. Nicht durch Schrift allein, sondern auch durch das Wort von Mund zu Mund muß gewirkt werden. Hierzu hat das Kriegspresseamt durch seine Organisationen die Möglichkeit, diese Vereine ständig mit Material zu versehen.

V. Hebung der Stimmung im Volk durch die Krone:

a) Gelegentliche Anerkennung der Verdienste der Zivilbeamten in der Heimat während des Krieges.

b) Weitergehende Ordensverleihung, z. B. Friedensauszeichnungen an Beamte, Erweiterung des Kreises der für das Eiserne Kreuz 2. Kl. am weiß-schwarzen Bande in Betracht kommenden Personen; Hilfsdienstkreuz, letzteres insonderheit auch für die arbeitenden Frauen, besonders auch an die weiblichen Vorstände von Vereinen; Presse.

VI. S. M. der Kaiser sowie sein ganzes Haus muß dem Volke wieder persönlich nahegebracht werden:

a) Öftere Reisen S. M. nach Berlin und zu den kleinen Bundesstaaten, die Gelegenheit bieten, sich weiteren Volkskreisen zu zeigen und mit ihnen

---

[1]) Anm. des Sachv.: Der einzige damals bestehende politische Club war die „Deutsche Gesellschaft 1914".

Fühlung zu nehmen. Die Reisen müssen einen triftigen Grund haben, über den sowie über den Verlauf der Reise in besserer Ausstattung wie bisher zu berichten ist. Diese Berichterstattung hat überall zu erfolgen, wo eine Geheimhaltung des Aufenthaltes S. M. oder fürstlicher Heerführer aus militärischen Gründen nicht mehr geboten ist. Eine besondere Stelle muß gefunden werden, die Hofberichte in diesem Sinne veranlaßt, in Verbindung mit der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.

b) S. M. wolle seine Anteilnahme auch für die Arbeiterkreise in äußerlich sichtbarer Weise zeigen durch Besuche von großen Arbeitsbetrieben, Verleihung von Auszeichnungen an Arbeitgeber und -nehmer einschließlich Frauen nach Anhörung des Kriegsamtes. Stiftung oder vorübergehende Einrichtung von königlichen Gebäuden als Erholungsheime für Rüstungsarbeiter.

c) Presse muß mehr Aufklärung im Wort, vor allen Dingen aber auch im Bild und Film bringen über die in harter Pflichterfüllung geleistete, Arbeitstätigkeit des Monarchen und der Mitglieder seines Hauses, über die Einfachheit ihrer Lebensweise, Leistungen vor dem Feinde, Verluste pp. Erhöhte Tätigkeit in Lazaretten und Verwundetenfürsorge. Veröffentlichung der Reden und gelegentlicher geeigneter Äußerungen S. M.

d) Das Hofunterpersonal ist zu strenger Vermeidung jeden Klatsches und falscher Gerüchte anzuhalten.

e) Den Gerüchten über den Kronprinzen muß ein Ende gemacht werden. Weitergabe eines diesbezüglichen Schreibens des Chefs des Generalstabes vom 2. April auch an die stellvertretenden Generalkommandos und Oberpräsidenten zur geeigneten Verwendung veranlaßt das Kriegsministerium.

f) Es wird für zweckmäßig erachtet, alle fürstlichen Heerführer mehr mit neutralen und einheimischen Journalisten pp. zusammenzubringen, die ihre persönlichen Eindrücke im In- und Auslande in günstigem Sinne verwerten können. Vorsicht bei Auswahl dieser Leute, die nie allein empfangen werden sollten.

g) Persönlicher Empfang und Aussprache mit Parlamentariern möglichst aller Parteien durch S. M.

h) Regierungsmaßnahmen, besonders auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung der Lebensmittelversorgung, weiter Volkskreise sind in der Presse usw. möglichst auf die Initiative S. M. des Kaisers und Königs zurückzuführen.

VII. Geldmittel waren bisher nur für Auslandspropaganda in unzureichender Weise vorhanden. Sie müssen aber auch für Inlandspropaganda sogleich für alle in Betracht kommenden Stellen flüssig gemacht werden.

In der Sitzung vom 10. Oktober 1927 wird die Beratung der Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" neuaufgenommen [1]).

[1]) Vgl. Bd. 7, II dieser Reihe S. 385.

Außerhalb der Tagesordnung gibt der Abg. Dr. Bergsträßer folgende Erklärung ab:

„In seinen Ausführungen (o. S. 34) bringt Abg. Graf zu Eulenburg ein Zitat aus meiner „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland". Das Zitat ist an sich richtig. Ich lege aber Wert darauf festzustellen, daß die Stelle in der vierten Auflage, Mannheim 1926, folgenden Wortlaut hat:

S. 128: Die Spartakusgruppe hat seit ihrem Bestehen auf eine Revolution hingearbeitet, auch Teile der ja nie einheitlichen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei."

Sitzung, Dienstag, den 11. Oktober 1927

Schlußberatung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs

Nach dem endgültigen Abschluß der Untersuchungen über die Frage „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg[1])" beschließt nach längerer Aussprache der Ausschuß, das vom Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm eingereichte Gutachten über die „Sozialen Heeresmißstände als Mitursache des deutschen Zusammenbruchs 1918" mit den Gutachten über den Annexionismus zur Veröffentlichung zu bringen.

Abg. Dr. *Philipp* macht einleitende und erläuternde Bemerkungen zu der folgenden Ausarbeitung.

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	134
I. *Die elementaren Kriegsnöte*	
1. Die materielle Erschöpfung	136
2. Die Ernährungslage	137
3. Die Hungerblockade	139
4. Die Verluste an Menschen	139
5. Die Wandlung der Kriegsstimmung	140
II. *Die Kriegsmißstände*	
1. Die Umstellung auf den Krieg	144
2. Die Zwangswirtschaft	145
3. Der „Militarismus"	145
4. Das „alte System"	146

[1]) Vgl. Bd. 7, II dieser Reihe S. 385.

III. *Die Agitation für Zusammenbruch und Umsturz* Seite
1. Allgemeines 147
2. Die Bewegung für den Frieden 149
3. Die Sozialdemokratie 151
4. Revolutionsahnungen und -drohungen 154
5. Die Unabhängige Sozialdemokratie 160
6. Die Linksradikalen 164
7. Die Einflüsse des feindlichen Auslandes 165
8. Die Organisation des Umsturzes und seine Kampfmittel 167

IV. *Das Versagen der Abwehr gegen den Umsturz*
1. Die Schwäche der Regierungen 171
2. Das Risiko des Bürgerkrieges 173
3. Das Ende der Monarchie 174
4. Die Folgen des Umsturzes für Waffenstillstand und Frieden . . . 177

Schlußbetrachtungen 178

Vorbemerkung

Als ich am 12. Februar 1924 im Unterausschusse über die „Dolchstoßfrage" Bericht erstattete, war ich in einer schwierigen Lage. Der Reichstag ging zu Ende, die Arbeiten des Untersuchungsausschusses sollten auf alle Fälle beendet werden, und die eingeforderten Gutachten lagen bis auf das des Sachverständigen v. Kuhl noch nicht vor. Trotzdem habe ich die Ergebnisse unserer Untersuchungen über die „Dolchstoßfrage" zusammenzufassen versucht und diese bald danach im Entwurfe einer „Entschließung" niedergelegt (vgl. Bd. 4 dieser Reihe, S. 52 bis 54). Seitdem sind $3^1/_2$ Jahre vergangen, und ich kann nicht sagen: was ich damals in einigen Leitsätzen behauptet habe, ist heute überholt. Im wesentlichen stehe ich nach wie vor zu meinem „Entwurfe einer Entschließung". Damit soll nicht gesagt sein, daß die während der letzten Jahre geleistete Arbeit unseres Unterausschusses, soweit die „Dolchstoßfrage" in Betracht kommt, nutzlos gewesen ist. Im Gegenteil, es ist bei unseren Verhandlungen auch über diesen Gegenstand in jeder Hinsicht die Untersuchung vertieft und im allgemeinen erfolgreiche Arbeit geleistet worden, die als eine wertvolle Bereicherung unseres historischen und politischen Wissens gelten wird. Auf Grund der „Gutachten" über die Dolchstoßfrage, der erstatteten „Berichte", der anläßlich unserer Verhandlungen übermittelten reichhaltigen amtlichen Aktenstücke und unter Berücksichtigung des Resolutionsentwurfs der Abgg. Dr. Bergsträßer und Dr. Rosenberg und des letzten Schriftsatzes des Sachverständigen Dr. Herz[1]) möchte ich heute versuchen, die Ergebnisse un-

[1]) Die Ausführungen wurden nach Eingang eines am 15. Juli 1927 dem Unterausschusse übermittelten Schriftsatzes des Sachverst. Dr. Herz abgeschlossen. Dieser hat zahlreiche Ergänzungen vorgenommen, die im Abdruck S. 35—97 berücksichtigt sind.

serer Untersuchungen über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs zusammenzufassen und die bisher gemachten Ausführungen durch einige Einzelheiten zu ergänzen bzw. kritisch zu beleuchten.

Auf die im Laufe der Verhandlungen gemachten Erörterungen über den Wert der für unsere Untersuchung zur Verfügung stehenden Quellen gehe ich nicht näher ein. Ein grundsätzliches Ausscheiden bestimmter Quellengruppen, wie es Abg. Dr. Bergsträßer für die Bekundungen höherer militärischer Stellen gefordert hat[1]), halte ich für völlig falsch. Wir müssen *alle* Quellen, die wir haben, nach bestem Wissen und Gewissen benutzen und die kritische Prüfung bei jeder einzelnen den Vorlagen entnommenen Tatsache vornehmen. Außer den bisher in den Verhandlungen des Unterausschusses herangezogenen Quellen wurden zwei Inventare des Reichsarchivs verwertet über die bis jetzt dort bearbeiteten Kriegsbriefsammlungen[2]). Ich schicke voraus, daß ich zur besseren Klärung der Streitfragen deutlich zwischen „Zusammenbruch" und „Umsturzbewegung" zu scheiden mich bemühe. Unter „Zusammenbruch" fasse ich die mehr zwangsläufigen Erscheinungen unseres Niedergangs im Weltkriege zusammen, unter „Umsturzbewegung" die bewußte agitatorische Tätigkeit mit dem Ziele der Revolution in Deutschland zum Siege zu verhelfen. Ich bin mir klar, daß beide Vorgänge sich oft nicht streng voneinander scheiden lassen und eine in alle Einzelheiten gehende Festsetzung des Anteils beider Erscheinungen an dem für Deutschland so unglücklichen Kriegsausgange nicht möglich ist. Ich beschränke mich zunächst darauf, die einzelnen Kräfte hervorzuheben, die für „Zusammenbruch" und „Umsturz" gearbeitet haben, die Beziehungen zwischen ihnen festzustellen und ihre Wirkungen zu zeigen. Allgemeine Urteile werden sich hierbei auf Grund des jetzigen Standes der Forschung nur mit größter Vorsicht fällen lassen.

Ich werde bei meinen Untersuchungen von den primären Ursachen des Zusammenbruchs ausgehen, die im wesentlichen elementarer Art waren und daher als nahezu unabwendbares Schicksal auf uns gelastet haben. Dann soll kurz zu den sogenannten „Mißständen" in Heer und Heimat Stellung genommen werden; sie haben sich zum guten Teile aus den primären Ursachen unseres Zusammenbruchs ergeben. Weiterhin will ich versuchen, die agitatorischen Kräfte festzustellen,

---

[1]) Bd. 4 dieser Reihe S. 72.

[2]) Serie 1: Kriegsbriefsammlungen (autographisch vervielfältigt, Gr. 4°). Heft 1 enthaltend: 1. das Archiv des Deutschen Studentendienstes von 1914, 86 S., 2. Kriegsbriefsammlung des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands, 5 S., 3. des Deutschen Transportarbeiterverbandes, 6 S., 4. des Verbandes der Bergarbeiter, 12 S. Potsdam 1927 (zitiert als Inventar I), bearbeitet von Herm. Cron, Oberarchivrat. Heft 2: Kriegsbriefsammlung des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, (s. o.), 63 S. (zitiert als Inventar II), ebenfalls bearbeitet von Herm. Cron, Oberarchivrat.

die für Zusammenbruch und Umsturz gewirkt haben. Endlich wird geprüft, wieweit Versuche möglich waren und gemacht worden sind, der Staat, Wehrmacht und Gesellschaft zersetzenden Bewegungen Herr zu werden. Erst danach kann erneut Stellung zur eigentlichen Schuldfrage genommen werden. Bei alledem wird es weniger darauf ankommen, Anklagen zu erheben und Schuldurteile auszusprechen, als wie die Verflechtung der Dinge zu zeigen und auch das entwicklungsgeschichtlich zu verstehen, was dem einen oder anderen parteipolitisch unerwünscht ist.

I. Die elementaren Kriegsnöte

1. Die materielle Erschöpfung

Die elementaren Ursachen des deutschen Zusammenbruchs liegen sowohl auf materiellem wie auf geistigem Gebiete. Die zweiten sind wesentlich bedingt durch die ersten. Von letzteren kommt zunächst in Betracht die allgemeine wirtschaftliche Ausschöpfung Deutschlands infolge des Krieges. Es ist müßig, über deren die Kriegführung zerstörende Kraft auch nur ein Wort zu verlieren. Unseren Gegnern standen unbegrenzte Mengen an Rohstoffen und sonstigen materiellen Hilfsmitteln für ihre Kriegsmaßnahmen zur Verfügung, während wir schon 1914 auf allerhand Einschränkungen und Ersatzstoffe angewiesen waren. Das aller Welt offenbare Schwinden der wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine im Endergebnisse erfolgreiche Kriegführung der Mittelmächte war aber nicht bloß in dieser Hinsicht verhängnisvoll; es wurde dadurch auch die ganze Art der Kriegführung — ich denke z. B. an den U-Bootkrieg und die Kriegsziele — wesentlich mitbestimmt. Es war begreiflich, daß die Rohstoffarmut im Bereiche der auf der inneren Linie kämpfenden Mittelmächte diese zwangsläufig dem verlustreichen Kriegsende zutrieb, wenn es nicht gelang, durch Besetzung von Gebieten, welche die uns fehlenden Rohstoffe aufwiesen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands zu erleichtern. Der Marsch in die Ukraine erfolgte ausschließlich aus solchen Gründen; er sollte uns Brot bringen; die Forderung nach der Annexion von Longwy und Briey ist auf das dort vorhandene und uns fehlende Eisenerz zurückzuführen. Beide, für unsere wirtschaftliche Kriegführung durchaus erwünschte Maßnahmen waren aber wegen ihrer politischen Bedeutung heiß umstritten und störten daher die geistige deutsche Abwehrfront nach außen. Sie wurden am meisten gerade von den Führern jener Volkskreise bekämpft, für die das Eisen die Voraussetzung für den Erwerb des täglichen Brotes war.

Neben dem Rohstoffmangel litt die deutsche Wirtschaft im Weltkriege schwer unter dem Fehlen genügender Arbeitskräfte. Versuche, durch die vom 3. Unterausschusse nicht als völkerrechtswidrig be-

zeichnete Deportation belgischer Arbeiter — die zunächst in erster Linie aus militärischen Gründen erfolgte — die deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wenigstens in etwas zu steigern, führten zu keinem rechten Ergebnisse. Das Hilfsdienstgesetz machte zwar zahlreiche brachliegende Arbeitskräfte mobil, vermochte aber auch nicht gegen Ende des Krieges infolge des Menschenmangels und der eigenen Unzulänglichkeit die auf es gesetzten Hoffnungen in vollem Umfange zu erfüllen.

Insgesamt ergab sich aus Rohstoffnot und Mangel an Arbeitskräften — aus der zu kurzen deutschen Wirtschaftsdecke — ein zwangsläufiger Rückgang der Produktion, der mit der Länge des Krieges Deutschland immer mehr in Nachteil gegenüber seinen Feinden brachte und schon während des Krieges zu der Erkenntnis führte, daß eine Fortführung des Krieges auf Jahre hinaus bei unverändeter Kriegslage automatisch zum Zusammenbruche Deutschlands aus wirtschaftlichen Gründen führen mußte. Trotzdem kann auf Grund der uns bekannten Tatsachen es m. E. nicht als erwiesen gelten, daß die wirtschaftliche Not gerade im Herbste 1918 derartig war, daß sich aus ihr der Zwang zum sofortigen Abbruche des Krieges ergab. Die deutsche Wirtschaftsdecke war sehr knapp, aber sie hätte auch noch einige Zeit weiter ausgereicht.

2. Die Ernährungslage.

Der Mangel an Rohstoffen erwies sich geradezu furchtbar für die Volksernährung. Wie die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes vom 16. Dezember 1918[1]) zeigt, standen in Deutschland am Kriegsende aus den der öffentlichen Wirtschaft unterliegenden Nahrungsmitteln für den Kopf der ernährungsberechtigten Bevölkerung nur 1100 Kalorien täglich zur Verfügung gegen 3300 in Friedenszeiten. Die Brotration war von 320 g im Frieden auf den Kopf und für den Tag auf 160 g gesunken. Der Fleischverbrauch in der Woche betrug im Frieden für eine Person 1050 g, der Wochenanteil der städtischen Bevölkerung im Sommer 1918 nur noch 135 g. Der Fettverbrauch im Frieden war auf täglich 28 g berechnet; er sank bis 1918 auf 7 g. Die Bedeutung dieser Zahl wird erst recht klar, wenn man bedenkt, daß die interalliierte wissenschaftliche Verpflegungskommission das tägliche Mindestmaß an Fettverbrauch auf 75 g berechnet hat. In den deutschen Städten mußte also, was unsere Feinde an Fett zum täglichen Verbrauche für notwendig hielten, 12—14 Tage ausreichen. Angesichts dieser trostlosen Ernährungslage bedarf es keines Suchens nach weiteren Gründen, um den körperlichen Verfall des deutschen Volkes 1918 zu begründen. Es ist während des Krieges angesichts

[1]) Bd. 6 dieser Reihe, S. 387 ff.

des Mangels an Nahrungsmitteln alles aufgeboten worden, um dem deutschen Volke beim Ertragen des Hungers gut zuzureden. Im Sinne des weiteren Durchhaltens haben insbesondere hervorragende deutsche Ärzte sich bemüht, durch Hinweis auf die Nährwerte von sogenannten Ersatznahrungsmitteln dem Staatsbürger einigermaßen den leeren Magen zu stopfen. Aus dieser Tatsache sind — teilweise auch in unseren Verhandlungen — schwere Anklagen wegen der Kriegslügen der Ärzte erhoben worden. Die meisten dieser Vorwürfe sind zum größten Teil ungerechtfertigt. Die deutschen Ärzte hatten ebenso wie alle anderen Berufsstände im Kriege die Pflicht, sich mit allen Mitteln in den Dienst einer erfolgreichen Durchführung des Krieges zu stellen. Wenn hierbei in der Frisur der Tatsachen manchmal in beschönigendem Sinne vielleicht zu weit gegangen worden ist, so darf daraus nicht ein planmäßiger Lügenfeldzug der deutschen Ärzte zur Betrügung des deutschen Volkes über den wahren Sachverhalt abgeleitet werden.

Die Ernährungslage in Deutschland war seit 1916 gewiß in jeder Hinsicht furchtbar, aber nicht so, daß aus ihr der plötzliche Abbruch des Krieges im Herbste 1918 gerechtfertigt war. Die Ernährung im Jahre 1918 bedeutet, so unzureichend sie auch war, gegenüber dem Zustande im Kohlrübenwinter 1916/17 eine nicht unwesentliche Verbesserung. Es liegen auch keine Anzeichen vor, daß eine Fortsetzung des Krieges über den Winter 1918/19 die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich verschlechtert hätte. Wie aus den Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums, die ich in der Sitzung vom 18. März 1926 vorgetragen habe[1]) ersichtlich ist, wäre bei einer Fortsetzung des Krieges noch im Jahre 1919 mit einer ungünstigeren Brotversorgung wie 1918 nicht zu rechnen gewesen. Die vom Abgeordneten Dittmann aufgestellte Behauptung[2]), die Bestände der Reichsgetreidestelle reichten nur bis zum Januar 1919, ist an sich richtig, wenn die Dinge vom November 1918 aus gesehen werden. Falsch ist aber die Folgerung des Abgeordneten Dittmann, der meint, „ohne die fremden Getreidelieferungen wären wir mitten im Winter glatt verhungert". Es geht aus den vom Ernährungsministerium mitgeteilten Zahlen deutlich hervor, daß bei voller Erfassung der Ernte von 1918 und bei Beibehaltung der täglichen Mehlration in der Höhe von 200 g sogar ein Überschuß von 80 000 t hätte vorhanden sein müssen. Nur wenn, wie zu erwarten war, die volle zwangswirtschaftliche Erfassung der Getreideernte von 1918 nicht möglich war, ergab sich ein Fehlbedarf, der auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre mit etwa 10 vom Hundert berechnet wurde. Bei Fortsetzung des Krieges brauchten wir also nur für einen Monat Getreide bis zur Ernte 1919. Tatsächlich ist

[1]) Bd. 4 dieser Reihe S. 292ff.
[2]) Bd. 4 dieser Reihe S. 153.

nach der Beendigung des Krieges die Brotversorgung fast völlig die gleiche geblieben, obwohl bei ordnungsgemäßer Abwicklung des Krieges die großen Vorräte der Heeresverwaltung zu einer wesentlichen Erhöhung der Brotration hätten beitragen können.

Die infolge der revolutionären Wirtschaft 1918 eingetretenen Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß nicht, wie anzunehmen war, 10 v. H. des Ablieferungssolls an Brotgetreide der Erfassung verlorengegangen sind, sondern 26 v. H. Dieser außergewöhnlich starke Ausfall wurde nur teilweise ausgeglichen durch die Einfuhr von 326 029 t Brotgetreide bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Man kann auf Grund dieser amtlichen Zahlen wohl behaupten, daß das plötzliche Kriegsende in keiner Hinsicht für das deutsche Volk eine Lösung der Brotfrage oder gar den vielgeforderten und versprochenen sogenannten Brotfrieden gebracht hat. Schon die völkerrechtlich unerhörte, unerwartete Fortsetzung der Hungerblockade nach dem Waffenstillstande zerbrach den weithin geglaubten und verbreiteten Wahn, daß der Abbruch des Krieges durch Deutschland dem Ernährungselende ein rasches Ende bereiten werde.

3. Die Hungerblockade

Die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes enthält über die Wirkungen der englischen Blockade einige wertvolle Zahlen, die der Vergessenheit entrissen zu werden verdienen. Es wird dort auf einer zuverlässigen rechnerischen Grundlage festgestellt, daß die aus der Blockade entstandene Schädigung der deutschen Volkskraft während der vier Kriegsjahre mit 56,4 Milliarden Mark zu bewerten ist. Der Posten für die Wiederauffütterung von Mensch und Vieh auf den Friedensstandpunkt macht allein 7,5 (3,5 + 4) Milliarden aus. Die Gesamtsumme von 56,4 Milliarden entsprach ungefähr dem gesamten deutschen Volkseinkommen während zweier Jahre; sie besagt ferner, daß bei Fortsetzung des Krieges in der Verteidigung und unter Behauptung der im November 1918 innegehabten Linien mit einem weiteren jährlichen Schwunde an der deutschen Volkskraft in der Höhe von etwa 14 Milliarden zu rechnen gewesen wäre. Höher aber als der so in Geld berechnete Verlust ist die tatsächliche Einbuße an physischer und geistiger Volkskraft, die Deutschland infolge der Hungerblockade erlitten hat. Sie ist zum großen Teile überhaupt nicht wiedergutzumachen. Deswegen hat ganz mit Recht Abgeordneter Graf von Westarp die Hungerblockade als eine der wesentlichsten Ursachen des deutschen Zusammenbruchs bezeichnet und in den Vordergrund seiner Betrachtungen gerückt.

4. Die Verluste an Menschen

Der Hunger mit seinen die Gesundheit störenden und das Leben vernichtenden Begleiterscheinungen mußte zwangsläufig zu starken

Menschenverlusten und zu einem stetigen Niedergange der Rasse führen. Die deutschen Menschen des Jahres 1918 waren rassisch nicht mehr die gleichen wie 1914, sondern ein durch den Krieg geschwächtes Geschlecht, von dem Höchstleistungen an Leib und Seele nur schwer zu erwarten waren. Es ist ausgerechnet worden, daß von Deutschland der Krieg außerhalb der militärischen Kriegführung 763 000 Menschenopfer gefordert hat; es sind das die Volksgenossen, die dem Hunger und den durch ihn begünstigten Kriegskrankheiten erlegen sind. Das ist aber nur die eine Seite des rassischen Niedergangs als Voraussetzung des Zusammenbruchs. Wichtiger als der Verfall der Lebenden war für die Zukunft des deutschen Volkes der zahlenmäßige Verlust an Volkskraft durch den Geburtenausfall. Dieser ist mit ungefähr 1 Million berechnet worden.

Rechnet man dazu die Millionen an Gefallenen und Kriegsverletzten, so ergibt sich ein geradezu furchtbares Bild der Volksverwüstung. Es hat nicht einmal seinesgleichen in Frankreich, das im Lager unserer Feinde die ungeheuerlichsten Verluste an Menschen im Weltkriege aufzuweisen hat. Auch der Menschenmangel und der Erschöpfungszustand der Menschen in Deutschland zwangen uns daher Ende 1918, in absehbarer Zeit auf jeden Fall dem Kriege ein Ende zu bereiten.

5. Die Wandlung der Kriegsstimmung

Die seelischen Vorgänge im deutschen Volke während des Weltkrieges bilden eine der schwierigsten volkspsychologischen Fragen. Der Kriegsausbruch hat das Nervensystem des deutschen Volkes zunächst derartig erschüttert, daß alle Berechnungen der Feinde über die kriegerische Leistungsfähigkeit der Deutschen, aber auch manche Erwartungen im eigenen Lager, über den Haufen geworfen worden sind. Von dieser elementaren Tatsache ist bei allen weiteren Erörterungen auszugehen. Der wie ein Frühlingsreif über uns hereingebrochene Krieg schuf plötzlich aus dem zersplitterten deutschen Volke das, was Franzosen und Engländer von Hause aus waren: eine nach außen in jeder Hinsicht einige Nation, die gewillt war zu kämpfen und für ihre Freiheit alles einzusetzen.

Diese unmittelbare, einzig dastehende Wirkung des Kriegsausbruches schuf hohe vaterländische Stimmungswerte, die in einer ungeheuren Kriegsbegeisterung zum Ausdrucke kamen. Diese war freilich — ich gebe es offen zu — geeignet, bei anderen Völkern unter dem Einflusse der uns feindlichen Presse den völlig falschen Eindruck zu erwecken, als habe das deutsche Volk tatsächlich den Krieg gewollt. Diese Kriegsstimmung war in Deutschland im August 1914 sicherlich auch stärker als bei unseren Gegnern, obwohl gerade diese, wie geschichtlich feststeht, planmäßig auf den Kriegsausbruch hingearbeitet hatten. Es fehlte dort, als der Krieg ausbrach, wenigstens

bei den Eingeweihten der Eindruck der Überraschung, der jene echte sittliche Entrüstung über das Entzünden der Kriegsfackel hervorrief, die bei uns den „Furor teutonicus" gebar.

Die Kriegsstimmung in Deutschland Anfang August 1914 zwang alle Volkskreise zu einer Prüfung der Einstellung des einzelnen zum Kriege und zum Staate. Es läßt sich in zahlreichen Fällen nachweisen, daß damals die bisherigen Auffassungen über Krieg und Frieden einfach über den Haufen geworfen worden sind und eine Umstellung ohnegleichen in allen Volksschichten erfolgt ist. Der Krieg mußte in Deutschland um so mehr als geistiger Revolutionär wirken, weil die lange vorangegangene Friedenszeit unter der Kaiserherrschaft viel stärker wie anderwärts den Glauben an die dauernde Erhaltung des Friedenszustandes begünstigt hatte und der Gedanke einer wirklichen Kriegsgefahr — von der nur gelegentlich die verpönten Alldeutschen sprachen — in den breiten Massen nie recht ernst genommen worden ist. Dieser plötzliche Umschwung in der Einstellung zum Kriege bei Millionen deutscher Staatsbürger wurde als ein erhebendes Beispiel nationaler Kräfteentfaltung gepriesen, von der Regierung pflichtgemäß als imponderabiler Machtfaktor in ihre Politik eingeschaltet und solange als möglich zu erhalten gesucht. Die Symptome des plötzlichen Stimmungsumschwunges von 1914, der sich teilweise in einer förmlichen „Bekehrung" vordem Andersdenkender zum „nationalen Gedanken" vollzog, führte zu einer nach meiner Meinung in der ersten Kriegszeit viel zu weitgehenden Verachtung und Unterschätzung aller internationalen Zusammenhänge und Bindungen. Dadurch ist später für Deutschland das Wiederanknüpfen verlorener Fäden manchmal erschwert worden.

Die ersten großen Kriegserfolge haben die bei Kriegsausbruch vorhandene Schwungkraft des nationalen Willens zur Landesverteidigung noch wesentlich verstärkt. Das deutsche Volk verfiel spontan in einen förmlichen Rausch kriegerischen Dranges, der für die Erhaltung der Stimmung gewiß sehr wertvoll war, aber unmöglich bei längerer Dauer des Krieges anhalten konnte und bald irrige Vorstellungen über die Beendigung des Krieges erweckt hat. Wir haben in Deutschland im allgemeinen aus berechtigtem militärischen Optimismus heraus das schwere Werk des Krieges und dessen mögliche Dauer unterschätzt.

Wie im einzelnen die geistige Umstellung im Sinne der Verstärkung des nationalen Kriegswillens sich nach den großen deutschen Erfolgen 1914 vollzogen hat, ist tausendfach in Kriegstagebüchern und Feldbriefen bezeugt. Aus den Akten der Deutsch-christlichen Studentenvereinigung, die vor dem Kriege einen starken internationalen Einschlag hatte, geht hervor, daß sich an der Front, also dort, wo das Kriegserlebnis am unmittelbarsten wirkte, sehr rasch die internationale Ideenwelt verflüchtete. Oberarchivrat Cron, der Bearbeiter der Feld-

briefe der Deutsch-christlichen Studentenvereinigung, bemerkt in seinem Inventar dazu: „Durchweg, teils bedauernd, teils freudig, kommt es in den Feldbriefen zum Ausdruck, daß der Sinn für das Weltumspannende einem ausgesprochenen deutschen Vaterlandsbewußtsein“ gewichen sei. Ein Ingenieur bemerkt nach der gleichen Quelle: „Gar mancher Kommilitone, der vor dem Kriege sich zu der leider nur allzu verbreiteten Clique der Kosmopoliten hingezogen fühlte, ist erst durch den Krieg ein richtiger Deutscher geworden.“ Was hier von dem Akademiker gesagt wird, galt auch für viele Arbeiter im feldgrauen Rocke. Angesichts des Feindes versank bei Tausenden die ganze Idealwelt der Internationale in Trümmer; das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und der Kameradschaft siegte über das Bekenntnis zum Klassenkampfe und zur Solidarität des Proletariats.

Diese überall deutlich sichtbare Umkehr der Anschauungen — das große deutsche Wunder bei Kriegsausbruch — führte in vielen Fällen auch zu einem starken Betonen des eigenen Volkstums. Ein unerwartetes völkisches Erwachen ging durch das Land, das keineswegs an den Grenzen des Deutschen Reiches haltmachte [1]).

Auf der anderen Seite soll nicht bestritten werden, daß der Kriegsausbruch bei gewissen Teilen des deutschen Volkes gegenteilige Wirkungen wie bei der großen Mehrheit unserer Volksgenossen hervorgerufen hat. Das schreckliche Ereignis des Krieges war Wasser auf die Mühle der grundsätzlichen Pazifisten und ihrer Gesinnungsverwandten. Mancher feinnervige Staatsbürger, der sich bis dahin zu den sogenannten nationalen Parteien gerechnet hatte, wurde angesichts der Furchtbarkeit des Krieges auf einmal von pazifistischen Ideen ergriffen, die er bis dahin abgelehnt hatte. Die Zahl derjenigen, die sich so umstellte, war aber unmittelbar nach Kriegsausbruch völlig bedeutungslos. Sie wurde erst größer, als trotz der großen deutschen militärischen Erfolge erkannt wurde, daß der Krieg nicht im Handumdrehen zu erledigen war. Die Enttäuschung über die Dauer des Krieges begünstigte mit der Zeit immer mehr diese Entwicklung und trieb die Menschen zusehends in das Lager derer, die an einem sieg-

---

[1]) Die stammverwandten Holländer und Schweizer im Weltkriege standen zwar mit ihren Sympathien in beiden Lagern; es zeigte sich aber doch bei ihnen hier und da, namentlich bei den Schweizern, über die verdienstreichen kriegsgeschäftlichen Beziehungen hinweg, ein vorher meist nicht vorhandenes Empfinden der Blutsverwandtschaft mit den Deutschen und ehrliche Bewunderung unserer militärischen Erfolge, wie sie in der warmherzigen Anerkennung der deutschen Kriegsleistungen durch Stegemann zum Ausdruck gekommen ist. Beides diente im Weltkriege für uns als moralische Stütze.

Am 7. Oktober 1916 ermahnte, wie aus einem Feldbriefe (Inventar I S. 29) ersichtlich ist, der Pfarrer in Neumünster bei Zürich in der Predigt die Gemeinde: „Ihr seid Deutsche, so deutsch wie die Schwaben, Bayern und Sachsen, und es ist nicht fein, das eigene Blut in seiner Not zu vergessen und zu verleugnen.“

reichen Kriegsende verzweifelten, und in die Arme der grundsätzlichen Gegner jedes Krieges. Alsbald traten die praktischen Fragen: Verteidigungskrieg oder Eroberungskrieg, Kundgebungen für den Frieden oder Zurückhaltung an das Volk heran und spalteten die Meinungen über Krieg und Frieden in Deutschland noch weiter, so daß seit der Mitte des Weltkrieges ein undurchsichtiges Mosaik der Anschauungen vorhanden war, das für die Agitation jeder Art einen günstigen Boden lieferte. Seit der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 war die Gruppe für den sogenannten Verständigungsfrieden zweifellos in der Vorhand; sie wurde aber bald darauf mit Rücksicht auf die Erfolge im Osten zum Teil auf einige Zeit wieder rückfällig. Dann aber ersetzte, unabhängig von jeder Rücksicht auf den Ausgang des Krieges, bei den Massen Kriegsmüdigkeit den Kampfwillen; an Stelle der einstigen Begeisterung mußte ein künstliches Aufpumpen der Stimmung treten, um das „Durchhalten" nur einigermaßen zu ermöglichen. Dennoch wurde der Krieg von fast allen Volksteilen zwar ohne Begeisterung, aber aus ernstem Pflichtgefühl weitergeführt. Der große Schwung der ethisch-nationalen Begeisterung war eben verlorengegangen und konnte auch nicht durch die Tätigkeit der Vaterlandspartei in den breiten Massen wiederhergestelt werden. Daneben schritt die Materialisierung der Kriegführung immer ungeheuerlicher vorwärts und zeigte von Tag zu Tag mehr die physische Überlegenheit unserer Feinde; auch sie bildete einen wirksamen Ansporn zum Kampfe gegen den Krieg überhaupt. Endlich ist bei der seelischen Umstellung des deutschen Volks zum Kriegsprobleme zu berücksichtigen, die falsche Beurteilung der militärischen Erfolge durch das deutsche Volk; sie kam zum Ausdruck einerseits in allerhand annexionistischen Phantasien; andrerseits wurde das Ausbleiben des entscheidenden Sieges zur Triebfeder für die demagogischen Rufe: „Macht um jeden Preis Schluß mit dem Kriege!" Bei solchen Gegensätzen und ihrer oft skrupellosen agitatorischen Ausbeutung wurde bei weiten Kreisen des deutschen Volks der Glaube an einen glücklichen Kriegsausgang erschüttert und bei vielen völlig zerstört. Die vom feindlichen Auslande her verbreitete Lehre von der deutschen Schuld am Kriege fand vielfach willige Aufnahme und große Teile des deutschen Volkes wußten nun bald nicht mehr, warum sie überhaupt kämpften. Schon im November 1914 wurden gefälschte englische Dokumente zum Nachweise der deutschen Kriegsschuld verbreitet (vgl. Dr. Herz o. S. 40/41). Und dieses Gift fraß jahrelang weiter, bis öder Fatalismus in fast allen Volksschichten die dem Deutschen innewohnenden historischen Kriegstugenden immermehr lähmte. Kriegsverdrossenheit und Zweifel an der eignen Leistungsfähigkeit machten sich verhängnisvoll geltend und störten das seelische Gleichgewicht des deutschen Volkes. Das Verhalten eines Mannes wie Erzberger, von dem schon 1917 bemerkt wurde, er habe das Gleichgewicht verloren, das Hinund-

her des deutschen Reichstages zwischen Freude über die deutschen militärischen Erfolge und Verzagtheit wegen des Ausganges des Krieges waren Anzeichen eines unerträglichen, labilen Seelenzustandes des deutschen Volkes. Dieses künstliche seelische Gleichgewicht zu stören, genügte seit dem Sommer 1917 ein kleiner Anstoß, und dessen Folge war nur allzuleicht eine gefährliche Panik.

Es wäre aber ungerecht, gegen das deutsche Volk diese Behauptungen aufzustellen, ohne gleichzeitig zu betonen, daß mannigfaltige Ursachen für den deutschen seelischen Zusammenbruch 1918 in Frage kommen. Das psychische Versagen des deutschen Volkes am Kriegsende ist nicht allein auf die geschilderten elementaren, nahezu unabänderlichen wirtschaftlichen Kriegsnöte, nicht nur auf Hunger und Blutopfer zurückzuführen, sondern ebenso auch auf die zielbewußte Arbeit unserer äußeren und inneren Feinde zur Zermürbung der deutschen Widerstandskraft, wenn sich dies auch nicht im einzelnen mathematisch beweisen läßt. Daß unsere Fronttruppen im Herbste 1918 verhältnismäßig noch die widerstandsfähigsten Nerven besaßen, bezeugen die in der Anlage 1 wiedergegebenen Briefauszüge über „die Stimmung der Truppe in Feldbriefen[1])". Wenn unsere Feinde sich in der gleichen kritischen Lage befunden hätten wie Deutschland im Weltkriege, ich glaube, sie wären schon viel früher zusammengebrochen.

II. Die Kriegsmißstände

1. Die Umstellung auf den Krieg

Zu den in gewissem Sinne zwangsläufigen Voraussetzungen des Zusammenbruchs rechne ich auch die im Kriege entstandenen vielerwähnten „Mißstände in Heer und Heimat"; sie sind insofern sekundäre Ursachen des Zusammenbruchs, als ihre Entstehung nur möglich war auf dem Boden der elementaren Kriegsnöte. Sie sind entstanden infolge der Länge des Krieges und der Unmöglichkeit, auf die Dauer Millionen von Menschen in Zeiten schlimmster äußerer Not im Dienste des Krieges zu halten. Daß hierbei auch Mängel der überlieferten Einrichtungen zutage traten, soll nicht bestritten werden. Andrerseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß ein Volk, in dem nach einem bestimmten Plane Millionen von Menschen mit aller ihrer Tätigkeit für den Krieg eingeschaltet werden, eine solche plötzliche Umstellung ohne innere Schäden nur schwer verträgt. Das gilt ebenso für Wirtschaft wie für Kriegführung und für Politik. Die Unmöglichkeit der reibungslosen Arbeit eines solchen riesigen Apparates, wie ihn ein Volk von 60 Millionen Menschen im Kriege darstellt, begünstigte

[1]) S. u. S. 182ff.

daher die Ansammlung großer Mengen von Zündstoff. So entstand Mißstimmung, und diese wurde ein überaus günstiger Nährboden für Mißstände. Diese aber lieferten Stoff für die Agitation zu Zusammenbruch und Umsturz.

2. Die Zwangswirtschaft

Das Schulbeispiel für die Entstehung von Kriegsmißständen bildet die Zwangswirtschaft. Sie war in weitgehendem Maße notwendig; das haben alle vernünftigen Staatsbürger eingesehen; aber ihre Durchführung gab Anlaß zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten. Das Erstarren der Verteilungswirtschaft in bürokratischem Schematismus tötete vielfach die Produktionsfreudigkeit, und die Anreize zu größerer Produktion durch Preiserhöhungen wirkten sich bei den verschiedenen Berufsständen derartig einseitig aus, daß ein rücksichtsloser Kampf aller gegen alle entstand. Der Streit um die Gegenstände des täglichen Bedarfs zerklüftete seitdem das Volk unheilvoll.

Die in unseren Verhandlungen mehrfach gegen die Landwirte erhobenen Anklagen wegen ihres selbstsüchtigen Verhaltens im Weltkriege sind zum größten Teile ungerechtfertigt. Wir dürfen bei der Beurteilung dieser Dinge nicht vergessen, daß sich die Zwangswirtschaft bei keinem Stande so schädlich für die Produktion erwiesen hat wie in der Landwirtschaft. Die der industriellen Produktion Ende 1916 bewilligten hohen Preise und die gleichzeitige planmäßige Niederhaltung der Preise für Nahrungsmittel schufen Stimmungen, aus denen heraus zum Schaden der Kriegführung die Zwangswirtschaft praktisch so durchlöchert wurde, daß auf vielen Gebieten ihre Beibehaltung das größere Übel als die Einführung der freien Wirtschaft erschien. Die aus der Unmöglichkeit, die Zwangswirtschaft durchzuführen, entstandene unheilvolle Privilegierung der Höchstzahlenden wiederum verbitterte mit Recht die notleidenden Massen und lieferte unerschöpflichen Werbestoff für die Verfechter der Lehre vom notwendigen Klassenkampfe. Es liegt bei diesen trüben Kriegserscheinungen wohl manche schwere Einzelschuld vor; aber daneben auch eine Sammelschuld des ganzen Volkes, die schwerlich einzelnen Ständen aufgebürdet werden kann.

3. Der „Militarismus“

Daß der große Kriegsorganismus der deutschen Armee bei der langen Dauer des Weltkrieges nicht frei von Mißständen bleiben konnte, ist selbstverständlich. Daß diese aber von entscheidender Bedeutung für den Kriegsausgang gewesen sind, kann im Ernste nicht behauptet werden. Wären die mit dem Schlagworte des „Militarismus“ verbundenen Mißstände wirklich die Wurzel des Unglücks 1918 gewesen, die deutsche Feldarmee hätte nicht bis zuletzt als völlig in-

takter Körper vor dem Feinde aushalten können, und ihre Reste wären unmöglich nach dem Umsturze noch die Retter der neuen Republik vor weiteren radikalen Umwälzungen geworden. Der viel behauptete Gegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften war trotz des Aufgebots von allerhand unerfreulichen Zeugnissen in unseren Verhandlungen doch nur eine nebensächliche Erscheinung in dem Riesenbündel der Ursachen des Zusammenbruchs. Die Tatsache allein, daß es beim Umsturze nur vereinzelt zu blutigen Racheakten der angeblich mißhandelten Mannschaften an den entthronten Offizieren gekommen ist, beweist, wie wenig der durch die Revolution angeblich vom „Militarismus" befreite Mann diesen selbst als Ursache des Zusammenbruchs empfunden hat. Er haßte nicht das System des „Militarismus", noch den „Offizier" als dessen Träger, sondern nur den schlechten Offizier, der Mißbrauch mit dem System trieb. Und deren Zahl war lange nicht so groß, wie in der Agitation immer wieder behauptet wurde.

Das System des „Militarismus" mit seiner altpreußischen Disziplin bewahrte zum Heile Deutschlands die Kampftruppen des Westens vor dem Zerfalle und der Umwandlung in Rote Armeen. Die Preisgabe des militärischen Systems in der Heimat machte aus den dortigen Truppen im Nu eine politisierte Soldateska, die nicht einmal längere Zeit als Schutztruppe der neuen revolutionären Machthaber im Staate zu gebrauchen war und uns am liebsten dem Bolschewismus entgegengetrieben hätte.

Wenn der deutsche „Militarismus" als Hauptursache des deutschen Zusammenbruchs bezeichnet wird, so möchte ich dieser unbeweisbaren „Behauptung" die beiden „Tatsachen" gegenüberstellen, daß die „Opfer" des „Militarismus" Werkzeuge der Revolution geworden sind, wo er versagt hat, daß sie aber Überwinder des Umsturzes wurden, wo er sich — wie beim Frontsoldaten — am reinsten erhalten hatte.

4. Das „alte System"

Die einfache Formel von der Schuld des „alten Systems" an dem für Deutschland unglücklichen Ausgange des Weltkrieges kann ebenfalls unmöglich des Rätsels Lösung bringen. Der alte Staat mit seinen Einrichtungen hatte gewiß wie ein jeder Staat Mängel, aus denen Mißstände herausgewachsen sind.

Offen ist nur die Frage, ob die unerfreulichen Zustände in unserem Staatswesen mehr auf das starre Festhalten an veralteten Einrichtungen zurückzuführen sind, oder auf die Versuche, durch deren Anpassung an die Kriegsbedürfnisse die Lage zu meistern. Die nachrevolutionäre Entwicklung hat gezeigt, daß auch das neue republikanische System Mißstände nicht hat verhindern können; sie waren nur

anderer Art und würden möglicherweise während eines Krieges noch verheerender gewirkt haben. Im übrigen wurde die Republik nur dadurch aktionsfähig, daß sich die Männer des alten Systems in weitestem Umfange dem neuen Staate zur Verfügung gestellt haben.

Alle die als „Kriegsmißstände" kurz aufgezählten Ursachen des Zusammenbruchs dürfen in der Liste der Gründe für das deutsche Unglück 1918 nicht fehlen. Wir müssen uns aber hüten, sie zu überschätzen und auf ihnen allein Schuldanklagen zu erheben. Ein solches Verfahren mag wohl im Drange der Umsturztage verständlich gewesen und vielleicht hier und da auch parteipolitisch zweckmäßig gewesen sein, ist aber wissenschaftlich unhaltbar. Deswegen muß ich auch alle die Folgerungen zurückweisen, die aus gewissen Kriegsmißstimmungen heraus in der bekannten Lambachschen Broschüre [1]) erwähnt worden sind, und die sich im Unterausschusse die Herren Sachverständigen Katzenstein, Dr. Herz und Hobohm und der Abg. Dr. Moses mehrfach zu eigen gemacht haben.

III. Die Agitation für Zusammenbruch und Umsturz

1. Allgemeines

An dem Vorhandensein einer planmäßigen Werbearbeit für den deutschen Zusammenbruch am Weltkriege besteht nirgends ein Zwei-

---

[1]) Ursachen des Zusammenbruchs (1919), 112 S. — Der Verfasser dieser Broschüre, Abg. Lambach, erklärt in einem Schreiben an mich zu dieser Verwertung seiner Arbeit folgendes:

„Meine Broschüre ist von Politikern der Linken als Beweismaterial für die Richtigkeit ihrer Auffassungen von den Ursachen des Zusammenbruchs zitiert worden. Soweit sie sich dabei auf die von mir mitgeteilten Feldbriefe stützen, vergessen sie anzugeben, daß ich diese Briefe lediglich als Belege für die Stimmung des Betreffenden veröffentlicht habe, nicht aber als Beweis für die Richtigkeit ihres Inhaltes. Die Briefe zeigen, wie die Briefschreiber damals die Dinge sahen oder zu sehen glaubten, sie lassen auch ihre seelische Verfassung erkennen, wenigstens die des Augenblicks. Einer der Briefschreiber hat mir später einmal gesagt: Sie haben in Ihrer Schrift ein Dokument aus den schwärzesten Stimmungen meines Lebens abgedruckt. Die hielten aber Gottseidank nicht lange an. Wenige Tage später habe ich wieder gesungen. Da sah alles halb so schlimm aus.

Die Politiker der Linken werten aber noch in anderer Hinsicht meine Broschüre falsch aus. Sie vergessen, daß sie im Dezember 1918 und Januar 1919 in Erregung darüber geschrieben worden ist, daß es nicht gelungen war, jener Stimmungen mit noch stärkerer nationaler Zusammenraffung, die die Seele auch des letzten Soldaten und des letzten Zivilisten stärkte, Herr zu werden. Sie folgern aus meiner Kritik infolgedessen das Gegenteil von dem, was ich selbst daraus gefolgert habe und gefolgert sehen wollte. Das mindert natürlich den Beweiswert der solcherart im Gegensatz zum Sinn und Zweck meiner Schrift aus ihr entnommenen Zitate ganz erheblich."

fel. Diese wurde aufgebaut auf der durch die allgemeinen Kriegsnöte geschaffenen Zwangslage und gefördert durch den Hinweis auf die Mißstände in Heer und Heimat. Es gab zahlreiche Deutsche, die den Schluß des Krieges herbeisehnten und bereit waren, dafür alle innen- wie außenpolitischen Opfer zu bringen, und selbst, wenn es sein mußte, den Zusammenbruch des bestehenden Staates mit in Kauf zu nehmen. Ebenso ist die Tatsache der Agitation für den Umsturz, über die Abg. Graf Eulenburg umfangreiche Nachweise gebracht hat, nicht umstritten, sondern nur die Frage, wer die Werbearbeit für den Umsturz betrieben hat, wie sie erfolgt ist und welche Wirkungen sie gehabt hat. Es ist bei der Prüfung dieser Fragen oft nicht leicht, eine klare Grenze zu ziehen, wo der Einzelne aktiver Agitator oder bloß Werkzeug von Agitatoren gewesen ist. Es hat ferner zahlreiche Deutsche gegeben, die wider ihren Willen, unbeeinflußt von anderen, die Entwicklung zum Zusammenbruche mit begünstigt haben. Wohl jeder wird bei gewissenhafter Prüfung des eigenen Verhaltens während der Kriegszeit Handlungen feststellen können, die irgendwie, und sei es auch nur im kleinsten Kreise, wenn sie von vielen nachgemacht wurden, von Nachteil für ein erfolgreiches Kriegsende sein mußten. Ich erinnere nur an die zahllosen Übertretungen der zwangswirtschaftlichen Verordnungen, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Auch solche Vorgänge waren Wasser auf die Mühlen der Agitatoren des Umsturzes. Hier liegt eine Schuld von Millionen vor, die bei Betrachtung der hier behandelten Vorgänge nicht vergessen werden darf, da sie den psychologischen Hintergrund abgibt, vor dem sich das ganze deutsche Revolutionsdrama abspielte.

Das Geheimnis der großen Enderfolge der Agitatoren des Umsturzes ist letzten Endes irgendwie darauf zurückzuführen, daß es ihnen in weitem Umfange gelungen ist, die kriegsmüden Massen des deutschen Volkes, auch das sogenannte Bürgertum, direkt und indirekt mit vor ihren Wagen zu spannen, der über den Zusammenbruch zur Revolution führen sollte. Die Revolutionstreiber und ihre Bundesgenossen beuteten die primären und sekundären Ursachen der deutschen Kriegsnot in rücksichtslosester Weise für ihre Agitation aus, um die allgemeine Entwicklung zum Zusammenbruche zu beschleunigen und so möglichst bald die notwendigen Voraussetzungen für das Gelingen des Umsturzes zu schaffen. Sturz der Monarchie und Errichtung der sozialistischen Republik wurden daneben die zugkräftigen politischen Formeln, mit denen die Agitatoren die Massen bearbeiteten, die Friedens- und Brotparole aber das Mittel, alle Hungernden — insbesondere die Frauen — für die revolutionären Ziele zu gewinnen. Weil große Massen des deutschen Volkes — aus den verschiedensten Gründen — schließlich nicht mehr kämpfen wollten, begaben sie sich schon vor Kriegsschluß moralisch ins Schlepptau der Umstürzler; erst damit konnte die Revolution siegen.

2. Die Bewegung für den Frieden

Es war menschlich verständlich, daß mit der Länge des Krieges die Friedenssehnsucht immer mehr eine geistige Großmacht wurde, die den Willen weiterzukämpfen abtötete. Sie wurde ein entscheidender Machtfaktor in dem Augenblicke, als die sich aus der Kriegs- und wirtschaftlichen Lage ergebenden Stimmungen und sogenannten „Gründe der Vernunft" auch bei denen für den Abbruch der Kämpfe sprachen, die sich bis dahin dem planmäßigen Drängen nach Frieden widersetzt hatten. Das Gesetz des Handelns ging damit innenpolitisch auf die Träger der Friedensbewegung über, die zuletzt auch formell die Verantwortung für die Liquidation des Weltkrieges übernehmen mußten.

Der Wille zum „Frieden um jeden Preis" war zweifellos am stärksten in der Heimat, ebenso wie dort auch die Wünsche über die Kriegsziele am weitesten in annexionistischem Sinne gegangen sind. Die Front hielt sich von beiden Extremen ziemlich fern, obwohl dort der Wunsch nach baldigem Frieden und nach Entschädigungen für die Kriegsopfer am ehesten innere Berechtigung hatte. Die Alltagssorgen des Krieges nahmen den Frontkämpfer mehr in Anspruch als allerhand pazifistische oder annexionistische Luftschlösser über den Ausgang des Weltkriegs. Deswegen war die Hochburg der allgemeinen Friedensbewegung die Heimat; von da ging die Propaganda ins Heer. Richtig wirksam wurde sie dort freilich erst, als im Sommer 1918 die Hoffnung, durch Sieg zum Frieden zu kommen, begraben wurde, und die Formel vom Verständigungsfrieden den Glauben an einen erträglichen Kriegsausgang auch ohne einen deutschen Sieg erweckt hatte.

Innenpolitisch besonders gefährlich wurde die Friedensbewegung deshalb, weil hinter ihr vielfach die Forderung stand, gegebenenfalls durch den Umsturz den Frieden zu erzwingen. Die Formel: „Entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution" besaß starke populäre Schlagkraft, da sie eine Friedensmöglichkeit ankündigte, die unabhängig von den Regierungsgewalten und der diplomatischen Welt die Massenaktion zum entscheidenden Friedensinstrument machte. Wo im deutschen Volke die Meinung sich durchsetzte, es könne aus sich heraus, wenn auch in Zusammenarbeit mit anderen Völkern, den Frieden erzwingen, verlor es den Boden des realen Lebens unter seinen Füßen. Dieser Glaube wurde aber durch eine planmäßige Agitation gezüchtet, er machte sich selbst an der Front hier und da breit. Der einfache Soldatenverstand sagte allerdings, daß zum Friedenschließen immer zwei gehören, und, da das Verhalten der Feinde, wie er täglich erlebte, keine Spur von Friedenswilligkeit zeigte, lehnte er diese ganze Weisheit ab. Erst als die Aussicht, durch militärische Erfolge den Frieden zu erzwingen, schwand,

erfolgte an der Front eine allgemeine Revision der Ansichten über die Friedensfrage. Man griff da, soweit bei den mörderischen Abwehrkämpfen überhaupt Zeit vorhanden war, über diese Dinge nachzudenken, einesteils nach dem Strohhalme des „Verständigungsfriedens"; für andere wieder trat der Gedanke des sofortigen Kriegsschlusses in den Vordergrund, ohne daß man sich dabei über das Wie? den Kopf zerbrach. Die Hoffnung, durch eine Massenaktion von innen auch nur zu einem leidlichen Frieden zu kommen, hat an der Front nur wenig Glauben gefunden.

Daß der Wille, nicht mehr zu kämpfen, nach dem etwaigen Scheitern der deutschen Offensive 1918 auch im deutschen Feldheere Resonanz gefunden hat, bezeugen eine Reihe brieflicher Urkunden aus der Sammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, also von Männern, die hauptsächlich zur SPD hielten. Schon in einem Schreiben vom 1. Mai 1918[1]) — auf der Höhe der deutschen Offensiverfolge — wird der Mißerfolg der deutschen Offensive wahrhaft prophetisch vorausgesagt. Es heißt dort: „Heute bauen 80% auf den sicheren vollen Waffenerfolg im Westen. Der heutige Siegesrausch läßt sich bald mit dem der ersten Kriegsmonate vergleichen. Unterstellen wir mal folgendes: Die nächsten Offensiven bringen meinetwegen noch Erfolge, aber keine Entscheidungen. Nach wenigen Monaten ist der Atem alle. Dann kommt so sicher wie das Amen gerade eben infolge des jetzigen, künstlich bis zur höchsten Höhe gesteigerten Siegesrausches bei Michel der ebenso große Katzenjammer. Dann Juli, August, vielleicht etwas früher oder später sind die Tage der Anhänger des Verständigungsfriedens gekommen. Dann haben Scheidemann und Erzberger den allerbreitesten Boden." Die pessimistischen Bemerkungen des Briefschreibers über den Ausgang der Offensive waren richtig, die optimistischen über einen Verständigungsfrieden aber, wie der Verlauf der Tatsachen gezeigt hat, irrig, sie entsprechen fast dem gelegentlich auch Ludendorff zugeschriebenen Standpunkte, daß man einen Verständigungsfrieden auch noch nach dem Scheitern der Offensive haben könne. Der ganze Brief atmet so in seltsamer Mischung Kriegsverdrossenheit und Glauben an die längst überholte Friedensentschließung. So wie dieser Briefschreiber dachten und sprachen aber Millionen Deutscher; sie lähmten damit die Kriegführung, als diese noch zu großen Hoffnungen berechtigte. Der eben erwähnte, Ende des Sommers 1918 eingetretene „Katzenjammer über den Mißerfolg der deutschen Offensive" war begleitet von Zersetzungserscheinungen und düsteren Stimmungen, die Vorboten der drohenden Revolution wurden. Ein Stimmungsbild aus der Front vom 27. August 1918[2]), ebenfalls aus der Feder

[1]) Inventar I, 4 S. 5.
[2]) Ebenda S. 6.

eines Bergarbeiters, schildert diesen Umschwung wie folgt: „Dreiviertel der Mannschaften will Schluß. Wie, ist ihnen ganz egal. Nur die Disziplin hält sie noch zusammen, nicht mehr das Wenn und Aber der Politik. Ententeüberläufer hat es hier während meiner Zeit keinen einzigen geben, wohl aber von uns. Als Losungswort für Übergabe hat uns der Gegner das Wort ‚Republik' angeraten. Ob bei alledem die Front dauernd zu halten ist? Ich bezweifele es sehr!" Die Front hat aber, zu ihrer Ehre muß das immer wieder gesagt werden, trotz aller solcher pessimistischer Betrachtungen, gehalten. Was sich an Zersetzung im Herbste 1918 an ihr als Einzelerscheinung abspielte, zeigte sich jedoch, wo der Zwang der Disziplin fehlte — in der Heimat — als Regel.

3. Die Sozialdemokratie

Die deutsche Umsturzbewegung 1918 hat ihren geistigen Nährboden in den Lehren der Sozialdemokratie vor dem Kriege gehabt. Die Sozialdemokratie wollte im Frieden grundsätzlich eine revolutionäre Partei sein, hat aber bei Kriegsausbruch unter dem Drucke der Volksstimmung die Durchführung ihres revolutionären Parteiprogrammes aus Rücksicht auf die auch von ihr anerkannte Notwendigkeit der Landesverteidigung zurückgestellt. „Wir sind gegen jede Handlung, welche die Landesverteidigung stört und erschwert[1])." Das sollte grundsätzlich die Richtschnur der sozialdemokratischen Politik sein. Dieses Bekenntnis ist der Partei Bebels als großes welthistorisches Verdienst angerechnet worden. Ich will darüber nicht streiten, muß aber den dem alten Staate gemachten Vorwurf der „verfassungswidrigen Ächtung der Sozialdemokratie"[2]) zurückweisen. Solange eine Partei den eigenen Staat durch die parteiprogrammatisch festgelegte Forderung der Revolution bedroht, ist sie für diesen nicht bündnisfähig, wenn dieses Ziel nicht zurückgenommen oder öffentlich zurückgestellt wird. Das letztere ist 1914 durch die praktische Politik der deutschen Sozialdemokratie geschehen; damit wurde sie für den alten Staat eine zu gleichberechtigter Mitarbeit fähige politische Gruppe.

Es war klar, daß mit der Dauer des Krieges die unter dem Drucke der Kriegsbegeisterung erfolgte, vielfach als „national" gekennzeichnete Umstellung der Sozialdemokratie „von der Solidarität der roten Internationale zur nationalen Solidarität des Burgfriedens[3])", wie einmal der sächsische Landtagsabgeordnete Fleißner sagte, schwere

---

[1]) Abg. Fräßdorf in der 2. Kammer der K. S. Ständeversammlung am 16. Okt. 1917 Landtagsmitt. 1915/16 Bd. 4. S. 3159 C.

[2]) Dr. Herz o. S. 54.

[3]) Am 27. November 1917 in der 2. Kammer, Landtagsmitt. 1917/18 Bd. 1 S. 136 B.

parteipolitische Gefahren hervorrief. Es begann in der Partei sehr bald der Gegensatz zwischen den theoretischen Forderungen des unverändert gebliebenen Parteiprogramms und der diesen nach Auffassung vieler nicht entsprechenden politischen Praxis offenbar zu werden. Die Schar der Kritiker innerhalb der Partei wuchs mit der Zeit und trieb zur Krisis; diese fand mit der Absonderung der Fraktion der „Arbeitsgemeinschaft" und später mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie ihren vorläufigen Abschluß. Die Wirkung der Absonderung eines linken Flügels von der SPD war für diese trotz äußerlichen Festhaltens an der bisherigen Kriegspolitik, innerlich in weitgehendem Maße die Anpassung an die Forderungen der neuen Partei. Man sah sich sachlich und taktisch im Lager Eberts und Scheidemanns zu einer ganzen Reihe von Zugeständnissen an die späteren Unabhängigen gezwungen, um die Macht in der Partei zu behaupten. Wir wissen auch, daß nach der offiziellen Abtrennung der Unabhängigen der alte Streit um Kriegskredite, Friedensziele usw., der zum Bruche mit Haase und seinen Anhängern geführt hatte, innerhalb der Mehrheitspartei erneut ausbrach und vor jeder Bewilligung der Kriegskredite zu schweren Kämpfen führte. Der äußerlich durch die Unabhängigen in die Reihen der Gesamtsozialdemokratie gemachte Riß ging bald durch die Mehrheit hindurch, also lag die sachliche Scheidelinie der Geister tatsächlich nicht zwischen USPD und SPD, sondern mitten in der SPD drin. Das erklärt die vorsichtige und oft zwiespältige Politik der Sozialdemokratie in der zweiten Kriegshälfte. Auf der einen Seite wollte sie den nationalen Forderungen aus vaterländischem Pflichtgefühle nachkommen, auf der anderen hatte sie Bedenken, das Feld der Agitation allein der USPD zu überlassen, die mit dem bewährten zugkräftigen Programme des Marxismus, wie es in der Friedenszeit gepredigt worden war, die alte Partei zu zerschlagen drohte. Aus diesen Erwägungen bestimmten mehr und mehr taktische Rücksichten als wie grundsätzliche Fragen das Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheit. Einig blieben sich von Anfang an beide sozialistische Parteien in der Forderung nach baldigem Frieden und nach Demokratisierung. Sie gingen auseinander in der Wahl der Mittel zur Erreichung dieser Ziele, sprachen sich aber beide verhältnismäßig wenig darüber aus. So erklärt sich, daß nach der Trennung beider Parteien bei den Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages im Sommer 1917 vor dem Abschlusse der Friedensentschließung nach den dort gehaltenen Reden ein Unterschied in den sachlichen Forderungen beider Parteien gegenüber der Regierung kaum festzustellen ist. Am 3. Juli 1917 erklärte der Abgeordnete Ebert: „Die breite Masse des Volkes verlange Frieden um jeden Preis", er schwächte allerdings im Protokolle diese Wendung ab, indem er sie dahin verbesserte: „in weiten Volkskreisen mache sich das Ver-

langen nach Frieden um jeden Preis geltend". An einer anderen Stelle dieser Rede erklärt Ebert: „Die demokratischen Erfolge im inneren Deutschland seien eine Voraussetzung sowohl für die innere Festigung des Volkes wie auch für die Stärkung nach außen hin." Das sind Äußerungen, wie sie damals ganz ähnlich aus dem Munde eines unabhängigen Sozialisten oder eines Fortschrittlers hätten kommen können und teilweise auch gekommen sind.

Der Unterschied in der Politik der SPD und der USPD ist daher im Felde wie in der Heimat vielen Deutschen überhaupt nicht recht zum Bewußtsein gekommen. Für die Masse des Volkes waren die Grenzen zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen teilweise überhaupt nicht vorhanden. Der aus der Friedenszeit vorhandene Begriff „Sozialdemokrat" blieb noch jahrelang als etwas Einheitliches in den Köpfen, nachdem bereits die große sozialistische Bewegung sich in verschiedene sich bekämpfende Richtungen gespalten hatte.

Die „Sozialdemokratie" galt vielen Laien auch im Kriege entsprechend den Friedensvorstellungen als das Sammelbecken für Unzufriedene aller Art, und die Sozialdemokratische Partei mit ihren Einrichtungen bildete wie im Frieden auch im Kriege tatsächlich die große Beschwerdestelle für alle Klagen, die als Folge des „Militarismus" empfunden wurden. Leute, die politisch überhaupt nicht wußten, was sie wollten, und geschulte Sozialisten fanden sich, als der Geist des 4. August verblaßt war, ganz wie im Frieden im Zeichen der Kritik an der bestehenden Staatsordnung und an der Kriegführung innerhalb der Sozialdemokratie zusammen und bereiteten dort bewußt und unbewußt die Stimmung für den Zusammenbruch mit vor. Das von dem „Volksverein für das katholische Deutschland" in München-Gladbach eingerichtete Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, das sich auch im Kriege bemühte, die sozialen Gegensätze zu mildern, hat seine Sozialstudenten auch auf Bearbeitung der Sozialdemokraten verwiesen. „Dabei wurde — nach Cron [1]) — festgestellt, daß die sozialdemokratischen Soldaten zum guten Teile keine Ahnung von den Grundbestrebungen ihrer Partei besaßen und ihre Zugehörigkeit nur mit Mißständen wirtschaftlicher und politischer Art begründen konnten. Der Unzufriedenheitsbazillus aber, wurde gesagt, hätte sich infolge der langen Bearbeitung in ihnen schon so festgesetzt, daß sie oft für jede wohlwollende Auffassung unzugänglich gewesen seien." Ähnliche Klagen über die sozialistische Parteiagitation sind nach meinen Feststellungen schon im November 1914 erhoben worden [2]). Das sächsische Kriegsministe-

[1]) Inventar II S. 19 ff.
[2]) Siehe Anlage II S. 186 ff.

rium sah sich veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen und die Truppen zu ermahnen, „geeignet erscheinende Gegenmaßregeln zu ergreifen [1]).

Unzufriedenheit entwickelte sich natürlich im Kriege bei Angehörigen aller politischen Parteien, aber keine Partei hat sich agitatorisch so als Anwalt der notleidenden angeblichen Opfer des Militarismus betätigt wie die Sozialdemokratie. Selbst die dem Zentrum nahestehenden katholischen Kreise hatten Not, ihre unzufriedenen Glaubensgenossen im Kriege den Netzen der sozialdemokratischen Agitation fernzuhalten [2]). Die Kriegsverärgerten aus dem sogenannten bürgerlichen Lager sind im Kriege oft glattweg in Massen zur Sozialdemokratie übergelaufen. Nach den Briefen der München-Gladbacher wurde beobachtet: „daß eine redegewandte Minderheit mit ihrer sozialdemokratischen Propaganda Erfolg hatte und daß sich ihre Ideen rasch bis hoch in die Kreise der Bürgerlichen ausbreiteten. Insonderheit ließ sich bei den bayerischen Bauern und Industriearbeitern ein Ruck nach links infolge des Krieges feststellen". Der Letztere ist ja bereits im einzelnen vom Abgeordneten Dr. Bergsträßer nachgewiesen worden [3]). Es wäre daher unrecht, für die zersetzende Tätigkeit im Felde allein die sozialdemokratische Arbeiterschaft verantwortlich zu machen, wenn ihr auch bei ihrer vorzüglichen Organisation der Löwenanteil bei der Agitation zugefallen sein wird. Auch Angehörige des Mittelstandes haben sich an der Minierarbeit im Felde beteiligt [4]); die politischen Früchte dieser Maulwurfsarbeit fielen aber allein den sozialistischen Parteigruppen zu.

4. Revolutionsahnungen und -drohungen

An Revolutionsahnungen und -drohungen hat es im Weltkriege nicht gefehlt. Bemerkungen über die Wahrscheinlichkeit oder Notwendigkeit einer Revolution tauchten schon verhältnismäßig frühe drinnen in der Heimat wie draußen im Felde auf. Die vom deutschen Sozialismus im Frieden gepredigte „Revolution" war natürlich auch im Kriege als Schlagwort in den Köpfen seiner Anhänger — und

---

[1]) Geheimerlaß des sächsischen Kriegsministeriums vom 24. Dezember 1914.

[2]) Inventar II S. 20. Es heißt dort: „Ausdrücklich wird betont, daß auch Katholiken sich im Kriege in den echten Typus des verhetzten Arbeiters verwandelt hätten, d. h. eines Mannes, der sich auch beim besten Wohlbefinden tief unglücklich fühle und vor Wut und Zorn bersten möchte, selbst wenn ihm jeder vernünftige Anlaß fehle. Auch das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie wurde kritisch besprochen."

[3]) Bd. 4 dieser Reihe S. 126ff.

[4]) Inventar II S. 31: „Es wäre falsch zu glauben, daß die Mißstimmung nur von radikaler Seite aus geschürt worden wäre. Diese Minierarbeit wurde in mehreren Briefen ausdrücklich auch Angehörigen des Mittelstandes zum Vorwurf gemacht, zum Beispiel einem Rechtsanwalt und einem Architekten, Leuten von ganz kurzer Dienstzeit, deren rein egoistische Gründe von den Kameraden jedoch durchschaut worden seien."

Gegner — sitzen geblieben. Die Auslegung des Begriffes „Revolution" war aber keine eindeutige. Die große Masse der Staatsbürger hat darunter wohl im allgemeinen den Umsturz des bestehenden Staates durch Gewalt verstanden. Daneben hat man aber auch unter Revolution die friedliche Umwälzung im Sinne der revolutionären Forderungen gemeint. Die deutschen sozialistischen Führer haben sich nur sehr vorsichtig darüber ausgesprochen, was sie für die politische Praxis unter Revolution verstanden haben, obwohl ihnen als politisches Ziel eindeutig die sozialistische Republik vorschwebte. Man redete wohl öfter von der Revolution, aber verriet nur selten, was man eigentlich damit meinte. Oft hatten die revolutionären Wendungen nur die Bedeutung von Drohungen, mit denen man einen Druck auf die Regierungen ausüben wollte; manchmal verbarg sich aber auch hinter ihnen der ernste Wille zum Umsturz.

Hinweise auf die drohende Revolution sind während des Weltkrieges sowohl von rechts wie von links gekommen. Eines der ersten Zeugnisse hierfür ist der bekannte Brief des alldeutschen Freiherrn v. Gebsattel vom 5. Mai 1915 an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg. v. Gebsattel erklärte damals, die zu niedrig gesteckten Kriegsziele der Reichsregierung würden wegen der zu erwartenden ungeheuren Kriegslasten die Revolution zur Folge haben; sein Gedanke ist also der: Wird das deutsche Volk für seine großen Leistungen im Kriege nicht entsprechend entschädigt, sondern mit den Kriegslasten bedacht, so gibt es eine Revolution, Gefährdung der Monarchie usw. Die Befürchtungen des Herrn v. Gebsattel, die ein Stück seiner historischen Weltanschauung waren, sind später eingetroffen. Das gibt aber dem Abgeordneten Dittmann heute kein Recht, die deutsche Revolution 1918 als solche „der enttäuschten Nationalisten" zu kennzeichnen und sich dabei auf die Prophetie Gebsattels zu berufen [1]). Dieser hat lediglich behauptet, daß ein ungünstiges Kriegsende eine Revolution bringen wird, aber mit keiner Silbe angedeutet, daß die „enttäuschten Nationalisten" ihre Urheber sein werden. Es bedeutet eine Verschiebung des Tatbestandes, wenn das in seinen Hoffnungen enttäuschte sog. nationale Bürgertum, das die Revolution über sich ergehen ließ und daher von einer gewissen Mitschuld an der Entwicklung der Dinge nicht freizusprechen ist, von Dittmann mit der vollen Urheberschuld für die Revolution belastet wird.

In den zur Verfügung gestellten Feldbriefinventaren tritt der Gedanke der kommenden Revolution erstmalig in dem Briefe eines Lehrers aus dem Januar 1916 entgegen [2]). Sonst ist von der Front her wenig von Revolutionsbetrachtungen zu hören, bis unmittelbar

[1]) Bd. 7, II dieser Reihe S. 350.
[2]) Inventar I, S. 33.

vor dem Umsturze Kriegsnot und Agitation für solche Erörterungen die nötigen Voraussetzungen geschaffen hatten.

In den Parlamenten häufen sich seit dem Frühjahre 1917 die Hinweise auf die drohende Revolution. Die Kriegsgebundenheit der Sozialdemokratie von 1914 verblaßte immer mehr, und nach einer Zeit des Schwankens haben wir gegen Kriegsschluß auch in den Reden der rechtssozialistischen Führer wieder die alte revolutionäre Sozialdemokratie vor uns, wie sie im Frieden war und sein wollte. Ein paar Zeugnisse mögen diese Etappen in der Einstellung der Sozialdemokratie zur Revolution beleuchten.

Den Reigen der Verkünder der Revolution im Reichstage eröffnet der Linkssozialist Haase; er erklärte in der Vollsitzung am 30. März 1917 nach einem Hinweise auf die russischen Zustände[1]):

„*Ich denke nicht daran, mit einer Revolution zu drohen. Eine solche Drohung ist nutzlos.* Revolutionen entstehen, wenn die sozialen, politischen und psychologischen Vorbedingungen gegeben sind, fehlen diese, so kann eine Revolution nicht ‚gemacht' werden."

Die Bemerkung ist insofern beachtenswert, als Haase im November 1918 zu denen gehörte, die den Zeitpunkt für die Revolution noch nicht für gekommen glaubten, und doch wurde damals erst wider seinen Willen und dann unter seiner Mitwirkung die Revolution „gemacht".

Am 15. Mai 1917 machte im Reichstage Abgeordneter Scheidemann Andeutungen über die Möglichkeit einer Revolution, um seine Forderung nach einem annexionslosen Frieden zu unterstreichen. In einer Polemik mit dem konservativen Abgeordneten Dr. Roesicke bemerkte er bei dieser Gelegenheit[2]):

„Was das deutsche Volk trotz aller inneren Gegensätze zusammenhält, das ist die gemeinsame Absicht, fremde Anschläge auf deutsches Land und deutsches Gut abzuwehren. Was die große Masse von einem Teil der herrschenden Klassen, den Imperialisten, und denen, die sich so gebärden, trennt, ist die Meinungsverschiedenheit über die inneren und äußeren Kriegsziele. Fällt die Klammer und bleibt der Keil, dann klaffen beide Teile ohnmächtig auseinander. Das heißt: Würden heute die englische und französische Regierung, so wie es die russische Regierung schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie *die Revolution im Lande*."

---

[1]) Haase, Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik, o. J. (1919), S. 67.
[2]) Reichstagsberichte Bd. 310 S. 3394 D.

Die Wendung Scheidemanns zeigt bereits die enge Verbindung von Revolution und Friedensfrage in den Köpfen der deutschen Sozialisten. Wegen seiner „Drohung mit der Revolution" wurde Scheidemann vom Präsidenten des Reichstages zur Ordnung gerufen. Trotz seines Protestes verstanden Reichstag und Öffentlichkeit diese Äußerung als „Drohung". Andere Sozialisten rückten deswegen in gewissem Sinne von Scheidemann ab.

So bemerkte schon am 16. Mai 1917 in der 76. Sitzung der Zweiten Kammer der K. S. Ständeversammlung der sozialdemokratische Führer Fräßdorf[1]):

„Die Androhung der Revolution? Ich drohe die Revolution jedenfalls nicht an. Die Revolutionen werden ja auch bekanntlich nicht gemacht. Wie Revolutionen entstehen, wird dem Herrn Minister wohl bekannt sein. Wir kennen doch die Geschichte der Revolutionen und wissen, daß sie meist von denen gemacht bzw. verursacht worden sind, die ihre Zeit nicht verstanden haben."

Diese Wendung ist besonders beachtlich, weil sie die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie scharf zum Ausdrucke bringt, daß die Ursache jeder Revolution bei denen zu suchen ist, gegen die sich die Revolution richtet. Darin liegt ein indirektes Bekenntnis zur Revolution selbst und eine moralische Rechtfertigung derjenigen, die die revolutionäre Tat begehen.

An die Kritik dieser Bemerkung durch den sächsischen Innenminister knüpfte alsbald der unabhängige Sozialist Fleißner an und erklärte:

„Das Recht der Revolution hat immer bestanden, und es wird immer bestehen, und das Recht der Revolution — ich spreche hier zunächst nur rein theoretisch — ist auch von der Sozialdemokratischen Partei stets anerkannt worden in ihrem Programme, in ihren Manifesten, in ihrer ganzen Literatur, in ihrer ganzen Agitation. Eine andere Frage ist natürlich die, ob es notwendig und angebracht erscheint, praktisch für die Revolution einzutreten. Das hängt auch gar nicht von einer Partei ab, das hängt — darauf ist schon hingewiesen worden — von den Verhältnissen selbst ab."

Die Auffassung des Unabhängigen Fleißner unterscheidet sich hiernach von der seines sozialistischen Antipoden Fräßdorf, nicht in der historischen Begründung des Vorgangs der Revolution. Sie weicht dagegen von dieser ab in dem offenen programmatischen Eintreten für die Revolution und macht die nach Fräßdorfs Erklärung gar nicht nötige Propaganda für diese allein von den Verhältnissen, d. h. von der taktischen Lage, abhängig. Damit ist ein deutliches revolutionäres Ziel gewiesen, das bei den Massen ohne weiteres als Anreiz zur Arbeit für den Umsturz dienen konnte.

---

[1]) Sächs. Landtagsmitt. 1915/16 Bd. 3 S. 2310 A.

Auf Fleißners offenes Bekenntnis zur Revolution erwiderte in derselben Sitzung beschwichtigend der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitssozialisten, Abgeordneter Sindermann, man solle nicht mit der Revolution spielen, und fügte hinzu:

„Wir sind uns doch nicht im unklaren darüber: Wer soll denn im Lande jetzt Revolution machen? Die besten Kämpfer sind draußen an der Front, und wenn uns vor allen Dingen auch im Lande drinnen jetzt die Hoffnungslosigkeit überall entgegentritt, wir können durch eine revolutionäre Massenbewegung weder Lebensmittel plötzlich hereinbekommen, noch einen plötzlichen Frieden bekommen. Ich meine, wer auf diesem Standpunkte steht, der kann von einer Revolution im Lande nichts erwarten."

Die Absage Sindermanns an etwaige Revolutionsgelüste war sicherlich ehrlich gemeint. Sie bedeutet aber keinen grundsätzlichen Verzicht auf revolutionäre Betätigung, sondern nur — allerdings mit erfrischender Deutlichkeit — die Ablehnung der revolutionären Tat als Mittel zur Beseitigung der Kriegsnöte und zur Herbeiführung des Friedens. Seine Auffassung steht der Forderung jener radikalen Sozialisten polar gegenüber, die durch Revolution einen günstigen Kriegsausgang erhofften.

Seit dem Sommer 1917 waren im Sächsischen Landtage Revolutionsdebatten in jedem Sitzungsabschnitte an der Tagesordnung; sie werfen ein ausgezeichnetes Schlaglicht auf die beiden feindlichen sozialdemokratischen Brüder. Schon am 3. Juli 1917 äußerten sich infolge der Mißerfolge der „Neuordnung" die Mehrheitssozialisten wesentlich revolutionsfreudiger wie wenige Wochen vorher. Fräßdorf kündigte bereits den Kampf der Straße an[1]):

„Kommt die Neuordnung von der Krone oder von der Straße? so haben wir darauf keine Antwort. Ich kann nach allem leider nicht glauben, daß sie von der Krone kommt, sondern wir müssen damit rechnen, daß auf dem Wege des Kampfes das Recht errungen werden muß, das das Volk zu verlangen berechtigt ist."

Daraus geht hervor, daß Gedanken der Revolution schon damals unabhängig von der Forderung nach einem annexionslosen Frieden öffentlich vertreten wurden; denn die Neuordnung „von der Straße" ist doch weiter nichts als eine etwas höflichere Umschreibung der gewaltsamen Revolution von unten. Ganz ähnliche Äußerungen fielen gleich darauf zu Berlin im Reichstag.

Die erste wirklich radikal-revolutionäre Bemerkung machte dort nicht, wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre, ein Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft" sondern der Mehrheitssozialist Hoch. Er prägte am 5. Juli 1917 im Hauptausschusse des Reichstages den Satz: „Es wird immer von der Revolution gesprochen, ob sie kommen wird; wir

[1]) Sächs. Landtagsmitt. 1917/18 II. Kammer, Bd. 4 S. 2563C.

können nur sagen, daß das deutsche Volk bereits mitten in der Revolution ist." Hoch erörterte dann weiter die Unzufriedenheit im Lande und meinte: „Die Stimmung in Deutschland sei so, daß es nicht mehr so weitergehen könne; denn sonst komme es zu den allerschlimmsten Zusammenstößen[1]). Die Regierung sollte das Wort von Goethe beherzigen: „Die Revolution von unten sei immer verschuldet durch die Unterlassungssünden der Leute von oben[2])." Dann prägte Hoch den Satz: „Daß die Revolution kommen werde, sei seine felsenfeste Überzeugung."

Diese überraschende Wendung ist begreiflicherweise von den Zuhörern als eine Art Revolutionsdrohung gedeutet worden. Der Staatssekretär Helfferich wies die Bemerkung Hochs, der nach ihm mehrfach die „Revolution an die Wand gemalt habe", zurück. Die Rede von Hoch genügt meines Erachtens, zu zeigen, wie auch in der Mehrheitssozialdemokratie des Reichstages sich hervorragende Führer beizeiten und ohne Bezug auf die Annexionsfrage mit dem Gedanken des Umsturzes als notwendiger Kriegsfolge vertraut gemacht haben. Die Verbreitung solcher Anschauungen, die an sich noch keine Aufforderung zum Umsturze bedeuteten, war eine schwere Gefahr. Man konnte aus derartigen Meinungen, wie sie Hoch gebraucht hatte, schließen, daß sich hinter der ausgesprochenen „Überzeugung" der innere Wunsch nach der Revolution verstecke. Die damals geäußerten Gedanken des Abgeordneten Hoch wurden von manchen Führern der Mehrheitssozialdemokratie sicherlich nicht geteilt. Diese glaubten im Gegenteil vielfach an die Unmöglichkeit einer Revolution überhaupt und übergossen daher gelegentlich die Rufer nach der Revolution mit Spott und Hohn. Als von unabhängiger Seite an die revolutionären Versprechungen der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit erinnert wurde, antwortete am 28. November 1917 im Sächsischen Landtage der Abgeordnete Sindermann temperamentvoll[3]):

„Wenn man damit sogar droht, daß jetzt eine Katastrophe kommt und mit *Revolution* usw. zu spielen beginnt, dann sage ich: Die Revolutionäre, die jetzt so in Filzlatschen und Schlafrock herumlaufen, die bloß schimpfen in den Kneipen, die sind für uns Sozialdemokraten nicht gefährlich; sie sind aber auch für den gegenwärtigen Bestand des Staatswesens am allerungefährlichsten. Sogenannte Revolutionäre, die sich heute im Spiegel begucken müssen, ob auch ihre Krawatte richtig steht, die erst bedachtsam prüfen müssen, ob das Eau de cologne, mit dem sie sich bespritzen, auch

---

[1]) Die folgenden Worte „und das wäre das größte Unglück" sind im Protokolle von Hoch gestrichen worden.

[2]) Die Akten vermerken hier: „Zuruf". In der Niederschrift ist vom Redner das Wort „Unterlassungssünden" an Stelle von „Sitten" gesetzt worden.

[3]) Sächs. Landtagsmitt. 1917/18 II. Kammer, Bd. 1 S. 161 A.

zugkräftig genug gewirkt, die nimmt man im gewöhnlichen Leben nicht ernst."

Nach solchen und ähnlichen Äußerungen mehrheitssozialistischer Führer wird man wohl glauben müssen, daß, soweit diese in Frage kommen, tatsächlich die Revolution im November 1918 unerwartet und für manche sicherlich auch unerwünscht hereingebrochen ist. Der Münsterer Professor Dr. Johann Plenge hat daher recht, wenn er in seinem Schreiben vom 2. Juni 1926 an den Unterausschuß [1]) auf Grund von vertraulichen Mitteilungen, die er von Hänisch bald nach den Novemberereignissen erhalten hat, bestätigt, daß die Revolution für den rechten Flügel der Sozialdemokratie völlig überrumpelnd war. Man wollte dort in der Führung wirklich keinen Umsturz, hat sich ihm aber zuletzt aus den verschiedensten Gründen nicht entzogen.

5. Die Unabhängige Sozialdemokratie

Die Unabhängige Sozialdemokratie wollte bewußt die Linie der von der Sozialdemokratie im Frieden betriebenen Politik einhalten und verließ deswegen im Kriege nicht die Geleise der üblichen Agitation. Sie rückte dabei mit Rücksicht auf die Stimmung im Volke die pazifistischen Forderungen in den Vordergrund und bediente sich hierbei auch der im Frieden bewährten Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes. Mit welchen falschen Erwartungen selbst ihre Führer an die schwierigsten Fragen von Volk und Vaterland herantraten, zeigt die Rede des Abgeordneten Dittmann vom 7. Juni 1917 im Hauptausschusse des Reichstages. Dittmann meinte dort:

„Gegenwärtig seien die Arbeiter Heloten. Aus dem Kriege jedoch wollten sie als Freie herausgehen. Ein demokratisiertes Deutschland, das sich grundsätzlich gegen jede Gewaltpolitik ausspreche, würde sofort den Kriegswillen der Entente brechen [2]). Die Völker der uns feindlichen Länder würden ihre Regierungen einfach zum Frieden zwingen.

Unsere Regierung müsse eben mit den Völkern und nicht mit den Regierungen rechnen. Bisher habe es immer geheißen, ein solches Auftreten werde Deutschland als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt, das sei jedoch von dem Standpunkte, wenn man grundsätzlich den Boden der Gewalt verlasse und sich auf den Boden der Verständigung, des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker stelle, nicht richtig. Darum müsse ausgesprochen werden, daß Deutschland einen Frieden wolle, der nicht zum weiteren Wett-

[1]) Bd. 9, I dieser Reihe S. 451.

[2]) Darauf folgten gemäß einer handschriftlichen Einfügung des Redners in die Niederschrift des Protokollführers die Worte: „Kein Ribot, kein Wilson und kein Lloyd George würde ihnen den Kriegswillen künstlich aufrechterhalten können." Die Niederschrift des Protokollführers fährt dann wie oben fort.

rüsten nach dem Kriege nötigt, sondern einen Frieden der Abrüstung und der Schiedsgerichte, wie es die USPD schon im Dezember anläßlich des deutschen Friedensangebots verlangt hatte."

Dittmann kommt dann auf die Kriegslage zu sprechen und meint:

„Selbst wenn die Fronten standhielten, würde Deutschland im Innern zusammenbrechen, ehe der U-Bootkrieg die beabsichtigte Wirkung haben könne. Sowohl die Kohlennot wie die Hungersnot habe bereits einen solchen Umfang angenommen, daß das Volk es im nächsten Winter nicht mehr werde ertragen können.

Es könne möglich sein, daß jetzt von Osten her ein Revolutionsheer durchbrechen und in Mitteleuropa die Reste der absolutistischen Herrschaft hinwegfegen werde."

Dieser Hinweis auf Rußland zeigt, mit welchen Entwicklungsmöglichkeiten damals die USPD rechnete. Die Bemerkung, das deutsche Volk werde den nächsten Winter nicht mehr ertragen können, ist durch die Tatsachen widerlegt worden. Beide Behauptungen passen gut in die Reihe jener Formeln, die bei dem planmäßigen Hinarbeiten auf Zusammenbruch und Umsturz verwendet wurden. Auch die öffentlichen Friedensreden Dittmanns sind als wertvolle Urkunden für die Geschichte des deutschen Zusammenbruchs von Bedeutung. Sie wurden im Felde mit ähnlicher Literatur auch durch unsere Feinde weiterverbreitet. So wuchs der Einfluß der USPD gerade in der Wehrmacht, in der auch immer mehr die Presse der neuen Partei gelesen wurde. Ein Zeugnis für das verstärkte Eindringen der USPD-Gedanken in die Truppen während des letzten Kriegsjahres gibt ein Brief vom 3. Februar 1918 aus der Kriegsbriefsammlung des deutschen Transportarbeiterverbandes [1]). Die entscheidende Stelle lautet dort: „In der Heimat glaubt man, daß die unabhängigen Sozialdemokraten keine oder wenig Anhänger hätten. Zu meinem Erstaunen liegen die Dinge hier wesentlich anders. So oft ich Gelegenheit hatte, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, so oft bin ich auf Gegner gestoßen. Das Auftreten unserer Genossen im Reichstage ist den meisten Soldaten hier nicht scharf genug."

Der Schreiber ist also ein Mehrheitssozialist, der sieht, wie seine Kameraden der zugkräftigen Propaganda der USPD erliegen. Aber ebenso wie die Mehrheitssozialisten um ihren Anhang wegen der radikaleren Werbung der Unabhängigen fürchten, war es mit diesen gegenüber den Linksradikalen bestellt. Die Politik der Unabhängigen weist deshalb in verstärkter Form alle die Zweideutigkeiten auf, die das Verhalten der Mehrheitssozialdemokraten im Kriege kennzeichneten. Und wenn die Parteileitung im November 1918 tatsächlich nicht bereit war, „loszuschlagen", so entbindet sie das nicht von der Verantwortung für die damalige Entwicklung der Dinge. Taktische Differenzen

[1]) Inventar I, 3 S. 5.

bei Verfolgung des gleichen Zieles können bei historischen Schulduntersuchungen im allgemeinen nicht Anlaß für eine moralische Entlastung sein. Die USPD, die angeblich ihre Ziele nur auf „verfassungsmäßigem" Wege zu verwirklichen suchte, hat in der praktischen Betätigung ihrer Anhänger diese kluge Vorsicht vermissen lassen.

Wer die Geschichte der Zimmerwalder und Kienthaler Bewegung, wie es Graf zu Eulenburg getan hat, verfolgt und die dabei tätigen Personen berücksichtigt[1]), wird ohne weiteres die starke Beteiligung von Anhängern der USPD an der Bewegung für die Weltrevolution feststellen müssen. Unverhohlene Freude am etwaigen Ausbruche einer Revolution atmen auch die in Hanssens Tagebuch[2]) gemachten Aufzeichnungen über Äußerungen von USPD-Abgeordneten des Reichstages.

Als die Vorwehen der Revolution nahten, zeigte sich nun, daß die Friedenspolitik, mit der die USPD die Massen gewonnen hatte, praktisch in den Hintergrund trat und die Pflicht des Kampfes gegen die besitzenden Klassen um die Macht im Staate die entscheidende Parole wurde.

In seiner letzten Rede im alten Reichstag am 23. Oktober 1918 begann Haase mit den Worten[3]):

> „Seit der letzten Tagung des Reichstags im Juli dieses Jahres ist ein völliger Umschwung der politischen und militärischen Lage eingetreten. Die Weltrevolution, die dieser Krieg eingeleitet hat, hat seitdem eine stürmische Entwicklung genommen."

Wenige Tage später unmittelbar vor Ausbruch der Revolution — am 5. November 1918 — legte der Abg. Fleißner im Sächsischen Landtage folgendes Bekenntnis ab, das seiner grundsätzlichen Formulierungen wegen Beachtung verdient[4]) und die ganze damalige USPD zeigt, wie sie mit ihren internationalen Idealen leibte und lebte.

> „Daß wir Internationalisten sind und daß wir aus unserem internationalen Standpunkte heraus uns vor allen Dingen bemühen, die Vorgänge in allen Ländern und die Beschaffenheit aller Völker objektiv zu vergegenwärtigen, das rechnet man uns als nicht deutsch genug an. Während der Kriegszeit haben wir gezeigt, daß unsere Auffassung der Internationalität, wenn sie in größerem Maße im Volke gewurzelt hätte, wahrscheinlich dazu geführt haben würde,

---

[1]) Es seien hier nur kurz genannt Haase, der die vorsichtigste Haltung einnahm, Ledebour, Adolf Hoffmann, Fleißner, Herzfeld, Henke, Kautsky, Oskar Cohn, Frau Zietz; weitere Namen siehe in den Ausführungen des Grafen Eulenburg o. S. 4 ff.

[2]) Bd. 7, II dieser Reihe S. 395 ff.

[3]) Haase, a. a. O. S. 184.

[4]) Sächs. Landtagsmitt. 1917/18 II. Kammer, Bd. 3 S. 2224 A.

den Krieg nicht in dieser Weise ausmünden und vor allen Dingen so lange dauern zu lassen. Gerade das Fehlen alles internationalen Denkens und Fühlens in den Kreisen Deutschlands, auf die es gerade bei dem Kriege zunächst noch ankam, gerade das ist bis zu einem gewissen Grade Deutschland mit zum Verhängnis geworden. Wenn wir in diesem Kriege wiederholt veranlaßt waren, gerade gegen den deutschen Chauvinismus anzukämpfen, so lag das an den Verhältnissen. Daran aber denken wir nicht, daß wir etwa die gleichartigen Vorgänge im Auslande irgendwie beschönigen oder verschweigen wollen, soweit sie verurteilenswert sind, und nur das, was in Deutschland geschieht, verurteilen. Das haben wir nie getan und haben keine Veranlassung dazu, aber was wir als Vertreter der Arbeiter immer gesagt haben: Zunächst hat die Arbeiterklasse eines jeden Landes die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich gegen die herrschende Klasse in ihrem Lande zu wehren und dort die herrschende Klasse zu bekämpfen. Wenn das jede Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern tut, dann wird sich eben das ergeben, was wir erstreben, nämlich der gleichartige und gleiche Wirkungen ergebende Kampf der Arbeiterbevölkerung gegen die besitzende Gesellschaft, gegen die herrschende Klasse."

Die in dieser Kundgebung ausgesprochene und oft wiederholte Vermutung, durch die unabhängig-sozialistische Politik hätte Deutschland vor dem Verluste des Krieges bewahrt werden können, ruht auf tönernen Füßen. Durch nichts sind die idealen Hoffnungen der USPD mehr zerstört worden, als durch die praktische Politik ihrer Anhänger; dabei ist es ganz gleich, ob es sich um die Stellung zum Verständigungsfrieden, das Verhalten im Munitionsarbeiterstreike, oder um die Propaganda für Klassenkampf und Weltrevolution handelt. Die USPD baute ihre Politik auf Menschen auf, die außerhalb der eigenen Kreise in der außerdeutschen Welt kaum vorhanden waren und mußte so durch das Versagen der Internationale enttäuscht werden. Da unsere Feinde die Politik der Unabhängigen in Deutschland billigten und unterstützten, daheim aber das Gegenteil von dem taten, was die Ideale der USPD erheischten, blieb die von Haase erstrebte, „die Menschheit befreiende Umwälzung"[1]) aus und wirkte die Tätigkeit der USPD insgemein nachteilig für einen für das deutsche Volk günstigen Kriegsausgang.

Dazu kommt, daß auch in der Gefolgschaft der Unabhängigen der Leninsche Gedanke[2]), durch die Niederlage des eigenen Volkes zur Revolution zu kommen, heimisch geworden ist. Von der offiziellen Forderung nach sofortigem Verständigungsfrieden kamen die Anhänger im Lande bald zum Schrei nach dem „Frieden um jeden Preis", und

[1]) Haase, a. a. O. S. 204.
[2]) Dr. Herz o. S. 49.

schließlich siegte bei ihnen der Ruf nach der sozialistischen Republik durch Umsturz über alle Friedensforderungen der Partei. Der revolutionäre Wille brach sich jetzt Bahn durch das Kunstwerk der theoretischen Einstellung der Partei und warf die taktischen Rücksichten ihrer Führer über den Haufen, die nunmehr die Geister, die sie gerufen hatten, nicht wieder loswurden. Leider fehlt es noch an jeder Grundlage, wie stark innerhalb der USPD der aktivistische linksradikale Flügel war, der über alle Rücksichten hinweg zielbewußt die sozialistische Revolution betrieben hat. Nach den vorliegenden Zeugnissen kann es sich nicht bloß, wie manche meinen, um eine verschwindende Minderheit handeln, sondern es muß eine starke tatbereite Gruppe dagewesen sein, die den vorsichtigen offiziellen Führern der Partei das Gesetz des revolutionären Handelns einfach vorgeschrieben hat.

6. Die Linksradikalen

Die Linksradikalen haben unentwegt und unzweideutig von Anfang des Krieges an einen starken revolutionären Willen bekundet und betätigt. Ich gebe Herrn Abgeordneten Dr. Rosenberg gern zu, daß ihr Einfluß lange Zeit ziemlich gering war. Das Feldheer hat wohl ganz allgemein die Ideen Liebknechts und seiner Gesinnungsverwandten abgelehnt, und auch in der Heimat sind die Linksradikalen nur hier und da örtlich festverwurzelt gewesen. Sie blieben für den bestehenden Staat am ehesten greifbar, wo sie selbständig ihre Ziele verfolgten. Man konnte dann ihre Nester ausheben und die Rädelsführer hinter Schloß und Riegel bringen. Aber gerade diese für die Bewegung nur insofern günstigen Aussichten, als so Märtyrer der Revolution in Kerkern geschaffen wurden, empfahlen eine andere, auch hier erörterte Taktik; nämlich bei vorhandenen legalen Organisationen Unterschlupf zu suchen. Die USPD hat dieses „schützende Dach“ den Linksradikalen in reichem Umfange gewährt und ist auch mit dadurch in jene Zwiespältigkeit geraten, die heute rückblickend geradezu ihr Wesen ausmacht. Das in der Öffentlichkeit äußerlich legale Auftreten der USPD war bei der Zusammensetzung der Partei mit stiller revolutionärer Wühlarbeit nach dem Muster und mit Hilfe der Linksradikalen verbunden.

Wegen der starken Zugehörigkeit linksradikaler Elemente zur USPD wurde deren propagandistische Tätigkeit für Kriegführung und Staat doppelt gefährlich; sie war jene Voraussetzung, die die Revolution zu der großen Massenbewegung machte, auf der Männer wie Eisner, der zwar zur USPD gehörte, aber innerlich Linksradikaler war, ihr Werk aufbauen konnten. Die eigentlichen Führer der Linksradikalen waren zum guten Teile Psychopathen und politische Ein-

tagsfliegen, die ebenso schnell am revolutionären Horizonte untergingen, wie sie plötzlich aufgetaucht waren [1]). Aus dieser Tatsache zu schließen, daß die Revolution von ihren Führern wenig vorbereitet war, erscheint mir — entgegen Dr. Herz — abwegig; die beste Vorbereitung einer Tat nützt ihrem Urheber nichts, wenn sich zu ihm bei deren Ausführung ein stärkerer Sozius gesellt, der ihn alsbald aus der gemeinsam eroberten Stellung herausdrängt. Dieses Schicksal bereiteten bei der deutschen Revolution die Unabhängigen den Linksradikalen und alsbald die Mehrheitssozialisten wiederum den Unabhängigen. An die von Dr. Herz erwähnte Bemerkung, die gelben Gewerkschaftler wären bei der Revolution stark im Lager der Radikalen gewesen, glaube ich nicht, solange der Beweis fehlt.

7. Die Einflüsse des feindlichen Auslandes

Nicht unterschätzt werden dürfen auch die vielgestaltigen Versuche des feindlichen Auslandes, beim deutschen Volke die Propaganda des Umsturzes zu betreiben. Hierbei ist das russische Beispiel entscheidend gewesen. Es hat den Linksradikalen und der USPD für ihre Propaganda den realpolitischen Hintergrund gegeben. Schon am 16. Mai 1917 erklärte der unabhängig-sozialistische Abgeordnete Fleißner im Sächsischen Landtage [2]):

„Wir haben jetzt wieder die russische Revolution erlebt. Will einer von Ihnen bestreiten, daß die Vorgänge in der russischen Revolution nicht zurückgewirkt haben, stark gewirkt haben auch auf andere Länder und nicht zuletzt auf Deutschland, oder daß diese Wirkungen noch bevorstehen? Man weiß noch gar nicht, wie sich in Rußland die Dinge gestalten. Soviel ist aber sicher, daß eine Revolution, wenn sie von Bedeutung ist und Folgen großer Art hat, in einem so großen Staate nicht etwa ohne jede Wirkung und ohne jede Folgen über die Grenzpfähle jenes Landes hinausreicht."

Sechs Wochen später wird Fleißner schon deutlicher. Am 3. Juli 1917 sagt er [3]):

„Heute müssen wir sagen, daß das reaktionärste Land in politischer Beziehung nicht mehr Rußland, sondern Deutschland ist, daß Rußland dem Deutschen Reiche Vorbild sein kann, daß wir es nur begrüßen dürfen, wenn die Errungenschaften, die die russische Revolution bisher hatte — und wir wollen hoffen, daß sie erhalten bleiben und erweitert werden —, als Vorbild wirken möchten für eine Neuordnung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Jedenfalls wären die deutschen Arbeiter damit sehr einverstanden."

---

[1]) Vgl. Dr. Herz o. S. 51.
[2]) Sächs. Landtagsmitt. 1915/16 Bd. 3 S. 2344 C.
[3]) Ebenda Bd. 4 S. 2559.

Was Fleißner hier im Parlamente vorsichtig andeutete, ist draußen im Volke viel gröber propagiert worden. Es ist eine Tragik des Schicksals, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits, indem sie die Rückkehr der Bolschewistenführer nach Rußland begünstigte, damit in gewissem Sinne moralisch das Recht verwirkt hatte, die russischen Beziehungen der deutschen Radikalen zu verurteilen und so mittelbar zum eigenen Sturze mit beigetragen hat. Den Geist der Zersetzung nach russischem Muster atmet bereits der Feldbrief eines Kanoniers der Ostfront vom 5. September 1917[1]). Er berichtet: „Schon das ist bezeichnend für unsere Batterie, daß der Sozialismus gesiegt hat bei uns in allem. Ein sogenannter Soldatenrat hat seine Hand in allem. Alle Handlungen eines Offiziers, wenn sie nicht einwandfrei sind, werden auf das schärfste kritisiert von den Unteroffizieren und Mannschaften. Dabei ist jeder auf seinen eigenen Vorteil aufs hinterlistigste bedacht." Echt „russisch" klingt es auch, wenn ein Armierungssoldat in einem Briefe vom 19. September 1917[1]) schreibt: „Je länger der Krieg dauert, desto mehr offenbart sich, daß die Offiziere aller Waffen denselben als günstigste Gelegenheit, sich zu bereichern, betrachten. Die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Den Mannschaften entzieht man alles, den Offizieren gibt man alles, und dabei stehlen die Herren noch nach russischem Muster. Ein Institut nach dem Muster der russischen Soldatenräte würde auch bei uns sehr segensreich und erzieherisch wirken."

Nicht minder gefährlich wie das russische Vorbild hat sich als Schrittmacher der Revolution die aktive Unterstützung von Moskau bewährt. Zahlreiche persönliche Beziehungen deutscher Linkssozialisten zu den Führern der revolutionären Bewegung in Rußland haben den Verkehr mit Moskau erleichtert. An der materiellen Hilfe der Bolschewisten bei der Revolution kann wohl kaum noch ein Zweifel bestehen.

Über die Umsturzpropaganda der Westmächte sind im Laufe der Jahre eine ganze Reihe neuer Spuren entdeckt worden. Sie führen nach den neutralen Ländern und über die feindlichen Agenten nach London und Paris. Der Feind hat sich diese Propaganda viel Geld kosten lassen und mit bewundernswertem Geschick unter Mitwirkung von Lord Northcliffe ein großzügiges System aufgebaut, das vom deutschen Standpunkte aus nur mit Neid betrachtet werden kann. Alle Mittel waren bei diesem methodischen Kampfe unserer Feinde zur Zersetzung der deutschen Wehrkraft diesen recht. In Bayern betrieb man die Hetze gegen Preußen, in der Arbeiterschaft den Kampf gegen Monarchie und Kaisertum, bei den Frauen gegen die Fortsetzung des Krieges usw. Und wenn auch in der Öffentlichkeit die

---

[1]) Inventar I, 1 S. 51.
[2]) Inventar I, 3 S. 3.

Führer der Linken es abgelehnt haben, sich von außen irgendwie beeinflussen zu lassen, die dauernde Überschwemmung des deutschen Volkes mit dem Gifte unserer Feinde wirkte im Sinne der Linken. Der deutsche Agentendienst zur Beeinflussung der Stimmung in den Feindbundländern gegen die dortigen Regierungen hat im Vergleiche mit den entsprechenden Einrichtungen unserer Feinde versagt. Das Traurigste in diesem dunklen Kapitel der Kriegsschuldfragen ist die durch immer neuen Tatsachenstoff erhärtete Behauptung, daß ohne die Mitwirkung bestimmter deutscher Kreise die Umsturzarbeit unserer Feinde vergeblich geblieben wäre. Ihre Erfolge sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß die feindlichen Agenten und Spitzel den gutmütigen Deutschen immer wieder die politischen Ideale vorgegaukelt haben, von denen sie in der Friedensagitation des Sozialismus jahrelang gehört hatten. Es ist sehr schwer, den zersetzenden Einfluß der feindlichen Propaganda irgendwie zu bemessen. Ich glaube aber nicht, daß ohne seine erfolgreiche Mitwirkung das Werk des deutschen Umsturzes so hätte gelingen können, wie es der Fall gewesen ist.

8. Die Organisation des Umsturzes und seine Kampfmittel

Die Frage, ob für die Vorbereitung des Umsturzes eine besondere Organisation bestanden hat, ist noch umstritten. Die USPD behauptet, daß ihre Parteiorganisation keinen gewaltsamen Umsturz betrieben habe. Die linksradikalen Gruppen legen Wert darauf, daß sie es gewesen sind, die planmäßig die revolutionäre Tat vorbereitet und begangen haben. Historisch steht aber fest, daß alle Organisationen sozialistischer Gruppen von der äußersten Linken bis zu den Mehrheitssozialisten in dem Augenblicke, als die Revolution ausbrach, sich in deren Dienst gestellt und die Zügel der Regierungsgewalt bis in das letzte Dorf hinein unter Führung der im Handumdrehen geschaffenen Arbeiter- und Soldatenräte ergriffen haben. Diese waren formell die eigentlichen Träger der Revolution, so daß äußerlich keine politische Partei dafür verantwortlich gemacht werden kann. Die Schöpfung der A.- und S.-Räte am 9. November 1918 und in den folgenden Tagen konnte aber nicht aus dem Nichts erfolgen. Die A.- und S.-Räte waren nicht die „Reaktion auf die Rechtlosigkeit[1])", sondern die sklavische Nachahmung des russischen Vorbildes; sie wollten die entscheidenden Machthaber im Staate sein, waren aber tatsächlich nur Maske für die Handlungen der eigentlichen Revolutionsführer.

Ohne den Unterbau in den verschiedenen sozialistischen Organisationen wäre die deutsche Revolution, wie sie verlaufen ist, un-

[1]) Dr. Herz o. S. 58.

möglich gewesen. Da überall in ganz Deutschland irgendeine Organisation der politischen Linken vorhanden war, bedurfte es nur des Beispiels von Kiel, Berlin, München usw., um die allgemeine Revolution zum Ausbruche zu bringen. Das Entscheidende für die Beurteilung der Frage der Schuld an der deutschen Revolution sind daher weniger die Vorgänge am 9. November selbst, als wie die bewußte Vorbereitung der Revolution schlechthin. Wie das innerhalb der einzelnen Organisationen geschehen ist, wissen wir nicht genau; es fehlt darüber an zuverlässigen Aufzeichnungen und Bekundungen. Es wäre ja auch zu töricht gewesen, über die Vorbereitung des Hochverrats vorher große Niederschriften zu machen, die, wenn das Unternehmen mißlang, die revolutionäre Bewegung bloßstellen mußten. Manche in der Versenkung verschwundene Größen der Revolution, wie Emil Barth und Richard Müller, haben zwar hinterher aus der Schule geplaudert und ihre revolutionären Verdienste betont, aber was sie sagen, ist wieder von den anderen Führern der deutschen Revolution abgestritten worden. Infolgedessen werden wir über den organisatorischen Aufbau der Umsturzbewegung kaum zu einer vollen Klarheit kommen können. Es liegen aber so viele Bekenntnisse namhafter Mitglieder der USPD und von Linksradikalen vor, daß an einer revolutionären Umsturzorganisation nicht gezweifelt werden kann. Die im Münchener Dolchstoßprozesse gemachte Zeugenaussage des Obersten von Manthey [1]) erwähnt einen diesem am 8. November 1918 amtlich beim stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps in Berlin zugegangenen, bei Däumig gefundenen „Revolutionsplan" und eine Art Ministerliste, die Namen von Abgeordneten enthält. Es wäre für unsere Untersuchung wertvoll, näheres darüber zu hören. Denn so ganz von allein kann natürlich die Novemberrevolution auch nicht „ausgelöst" worden sein.

Neben der Organisation war das wichtigste Mittel für die geistige Vorbereitung des Umsturzes die *Presse;* es ist während des ganzen Krieges von sozialistischer Seite immer wieder über die Ungeheuerlichkeit der Zensur geklagt worden. Man hätte nun meinen müssen, daß eine von den Männern des alten Systems ausgeübte Zensur alle Äußerungen in der Presse strich, die der Vorbereitung des Umsturzes dienen konnten. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Zensur hat der deutschen Presse, soweit die hier behandelten Fragen in Betracht kommen, eine im Vergleiche mit anderen Ländern ganz außergewöhnliche Freiheit gelassen. Man kann das am besten beurteilen, wenn eine der linkspolitischen Zeitungen ein paar Monate hindurch auf ihren Inhalt hin geprüft wird. Ich habe das mit der „Leipziger Volkszeitung" für die Zeit vom 1. Januar bis 1. August 1917 getan. Die Artikel in diesen Monaten sind mit Rücksicht auf die Gefahr eines

[1]) Birk, Der Dolchstoß-Prozeß, o. J. (1926), S. 47.

Einschreitens des Zensors im großen Ganzen sehr vorsichtig abgefaßt — hier und da vielleicht auch von diesem verändert —, und doch ergibt sich, wenn man die Zeitung die genannten sieben Monate Tag für Tag liest, der Eindruck, daß hier bewußte Propaganda für den politischen Umsturz gemacht wurde.

Ich behalte mir vor, eine Untersuchung mit Auszügen aus der „Leipziger Volkszeitung" zu bringen, die meine Behauptung bei unbefangener Prüfung zu bestätigen geeignet scheint. Die Agitatoren im Lande draußen, die teils unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Konventikeln und an Arbeitsstätten wirkten, haben sicherlich die revolutionären Forderungen noch viel tatkräftiger und deutlicher vertreten, als die durch die Zensur angeblich geknebelte proletarische Presse. Wie verheerend gerade der zersetzende Einfluß der „Leipziger Volkszeitung" gewirkt hat, zeigen die Vorgänge auf der Marine im Sommer 1917.

Als drittes Großkampfmittel für den Umsturz kam der *Streik* in Frage. Die Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes traten damit in den Dienst der revolutionären Politik. Fleißner verkündete am 3. Juli 1917 im Sächsischen Landtage: „In Rußland, in Petersburg ist der Streik der Vorgänger der Revolution." Und Fleißners Freund Seger erklärte in der gleichen Sitzung[1]):

> „Es stehen der Arbeiterschaft eine Menge ganz legaler Mittel zur Verfügung, mit denen sie Rechte erkämpfen kann. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß man den Streik moralisch verdonnert und die Streikenden als Landesverräter bezeichnet, aber Sie können die Streikenden, soviel Sie wollen, als Landesverräter bezeichnen, wenn die Arbeiterschaft in Deutschland von der Notwendigkeit durchdrungen ist, wie es bereits in den anderen Ländern der Fall ist, daß sie neue Rechte erkämpfen muß, dann wird sie den wirtschaftlichen Kampf und die Macht, die sie darin hat, benutzen, um auch Reformen in Deutschland durchzusetzen, die zu ihrer Lebenserhaltung und ihrem Aufstiege unbedingt notwendig sind."

Hier ist also vom Streike schlechthin als Mittel zur Erringung politischer Rechte die Rede; der Gedanke, durch ihn den Frieden zu erzwingen, ist nicht ausgesprochen; ein deutlicheres Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampfe auch im Kriege ist wohl kaum möglich.

Ich will nicht näher auf die Geschichte der Streiks in Deutschland während des Weltkrieges eingehen, sondern nur hervorheben, daß in dem Verhalten zum Streike angesichts des Feindes vor der Front die Geister innerhalb der Sozialdemokratie sich geschieden haben. Angehörige des rechten Flügels der Mehrheitssozialisten billigten den Streik im Kriege nicht. Der sächsische Abgeordnete Sindermann be-

[1]) Sächs. Landtagsmitt. 1915/16, 2. Kammer Bd. 4 S. 2558 C.

dauerte sogar in offener Kammersitzung am 16. Mai 1917 „die in letzten Monaten vorgekommenen Munitionsarbeiterstreiks“ [1]). Am 28. November 1917 bemerkte er in einer Polemik mit den Unabhängigen im Sächsischen Landtag [2]):

„Die deutsche Arbeiterschaft, die wiederholt in den letzten Monaten und Tagen scharf gemacht worden ist, in Munitionsarbeiterstreiks einzutreten, die man wiederholt veranlassen wollte, das zu unterlassen, was ein unbedingtes Erfordernis für die Landesverteidigung ist, auch die deutsche Arbeiterschaft weiß derartigen Lockungen zu widerstehen, und sie weiß die Notwendigkeiten, die sich während des Krieges herausgestellt haben, die die Sozialdemokratie verpflichten, getreu ihren früheren Grundsätzen der Landesverteidigung, die sie während des Krieges aufrechterhalten hat, zu pflegen.“

Wenn Männer wie Ebert es im Januar 1918 für richtig gehalten haben, mit in die Leitung des Munitionsarbeiterstreiks hineinzugehen, so geschah dies meiner Auffassung nach aus der doppelten Absicht, einmal die Streikleitung in die Hand zu bekommen und dann ein Massenüberlaufen der Genossen der USPD wegen der Streikfrage zu verhindern. Die MSPD war aber auch gewillt, durch die Beteiligung am Streike ihre politische Machtposition zu verstärken. Obwohl das Magdeburger Gericht in seiner Urteilsbegründung seinerzeit erklärt hat, daß Friedrich Ebert damals „vorsätzlich im Sinne des § 89 des Strafgesetzbuches gehandelt hat, und damit erwiesen ist, daß er in strafrechtlichem Sinne Landesverrat begangen hat“, so wird demgegenüber behauptet, daß er von der Absicht erfüllt gewesen ist, durch seinen Eintritt in die Streikleitung schlimmeres Unheil zu verhüten. Er wollte — nach Auffassung seiner Verteidiger — den Streik innerlich aushöhlen. Es lag eben in der Taktik der Sozialdemokratie, in solchen Fällen mit Rücksicht auf die Unabhängigen zunächst gute Miene zum bösen Spiel zu machen, um dann das Spiel zu verderben — wie im Februar 1918 — oder, wenn dies nicht möglich war — wie im November 1918 —, das gefährliche Spiel weiter mitzumachen und dann selbst dabei die Führung zu ergreifen. Es war die Politik der offenen Tür nach beiden Seiten; für Evolution, aber nötigenfalls auch für Revolution.

Das einfachste Kampfmittel gegen den bestehenden Staat war die Verweigerung der Kriegskredite, sie war verfassungsmäßig zulässig, bedeutete aber praktisch Landesverrat. Das war der Grund für die Sozialdemokratie, mit der alten Friedensgewohnheit der Kreditverweigerung im Kriege zu brechen, und dies wieder war Anlaß für die Abspaltung der Unabhängigen. Wer dem Staate aber die Mittel

---

[1]) Ebenda S. 2352 C.
[2]) Ebenda 1917/18 Bd. 1, S. 160 B.

zur Fortsetzung des Kampfes verweigerte, zerrüttete die Widerstandskraft des eigenen Volkes und begünstigte den Umsturz.

Der Kampf der Unabhängigen Sozialisten gegen die Finanzierung des Krieges beschränkte sich nicht auf die Ablehnung der Kriegskredite; es wurde auch — trotz zahlreicher Werbeanzeigen für die Kriegsanleihen in der eigenen Presse — planmäßig gegen die Kriegsanleihen gearbeitet. Ich erinnere an das ominöse oft gehörte Wort: „Wer Kriegsanleihe zeichnet, verlängert den Krieg." Der Fanatismus auf diesem Gebiete ging sogar soweit, daß im Sächsischen Landtage anläßlich der Haushaltberatung am 27. November 1917[1]) der Abgeordnete Fleißner zur Abtragung der Kriegslasten neben der Vermögenswegnahme die Annullierung der Kriegsanleihen empfahl. Das war eine Sabotage der Kriegführung, die objektiv Hinarbeit auf den deutschen Zusammenbruch bedeutete.

IV. Das Versagen der Abwehr gegen den Umsturz

1. Die Schwäche der Regierungen

Daß die verschiedensten Voraussetzungen für einen Umsturz im Herbst 1918 vorhanden waren, ist in den vorangegangenen drei Abschnitten ausführlich gezeigt worden. Hier ist von besonderer Bedeutung die Behauptung, das Wesentliche an der deutschen Revolution sei nicht die Art ihrer Entstehung, sondern daß ihr von keiner Seite ein ernsthafter Widerstand entgegengestellt worden ist. Die Tatsache der widerstandslosen Hinnahme der Revolution kann nicht bestritten werden. Die Folgerung aber, daß deswegen die Revolution wie ein naturnotwendiges Ereignis in jeder Hinsicht von selbst gekommen sei, weil sie kommen mußte, halte ich für falsch. Eine Bombe platzt solange nicht, als sie nicht entzündet ist, und nur derjenige kann sie vor der Entzündung bewahren, der weiß, wo sie sich befindet und wer sie zum Platzen bringen will. Für die Frage, ob eine Verhütung der Revolution möglich war, ist es entscheidend, ob die regierenden Stellen in der Lage waren, das Ereignis der Revolution vorauszuahnen und durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen unmöglich zu machen. Gewarnt worden vor der drohenden Revolution ist die deutsche Regierung ja seit Jahren, wie bereits nachgewiesen wurde. Von rechts wurde der Regierung vorgeworfen, daß sie nichts gegen die Umsturzarbeit der Linken tue. Seit Sommer 1917 ist von der sozialistischen Gegenseite ebenfalls feierlich auf den Anmarsch der Revolution hingewiesen worden mit der entgegengesetzten Begründung, daß die Regierung nicht genügend die Wünsche der Linken berücksichtige und so die Revolution geradezu heraufbeschwöre. Zwischen dieser Scylla und Charybdis haben die deutschen Regierungen hin und her

[1]) Ebenda S. 135 B.

gependelt, ohne sich für das *eine*, Unterdrückung der revolutionären Umtriebe, oder für das *andere*, demokratische Zugeständnisse, entscheiden zu können. Dieses Verhalten entsprach ihrer ganzen sonstigen Stellung. Zwischen den beiden hier erörterten Möglichkeiten einer neuen Willensbildung in der Regierung, durch Militärdiktatur oder durch parlamentarisches System, hat sie sich für keine von beiden entscheiden können und daher die Dinge laufen lassen, so daß ihr jede innere Kraft zu einem ernsthaften Widerstande gegen den Umsturz fehlte. Hierbei war es ganz gleichgültig, ob die Regierung Bethmann oder Prinz Max von Baden hieß. Die Auffassung, als habe in Deutschland die O.H.L. die diktatorische Gewalt von Lloyd George und Clémenceau gehabt, halte ich für falsch. Bei den Westmächten gab es im Weltkriege eine einheitliche Staatsgewalt; in Deutschland blieb bis zuletzt das Nebeneinander von Militär- und Zivilgewalt bestehen, trotz einer äußerlichen Vormachtstellung der O.H.L. Die Träger der Zivilgewalten fürchteten gewiß die O.H.L., gingen aber im übrigen ihre eigenen Wege. Da die Männer im Hauptquartier keine Zeit hatten, irgendwie eine Kontrolle auszuüben über das, was drinnen in der Heimat geschah — oder nicht geschah —, waren sie nach meiner Auffassung mehr ein für die Zivilgewalten willkommener Popanz, um unruhige Geister im Schache zu halten, als eine oberste Stelle, die tatsächlich alles regierte.

Diejenigen, die gegen den Umsturz, sofern sie Gelegenheit dazu hatten, nichts getan oder geplante Maßnahmen dagegen verhindert haben, sind für den Ausbruch der Revolution ebenso mitverantwortlich wie jene, die ihn planmäßig betrieben und dann vollzogen haben. Es war für den alten Staat ein Verhängnis, daß in ihm während des Weltkrieges Zivilgewalten und Generalkommandos nach oft völlig verschiedenen Grundsätzen nebeneinander herregierten und dadurch den Zersetzungsbestrebungen im deutschen Volke in ungeahnter Weise Vorschub geleistet wurde. Erstarrten die militärischen Stellen vielfach in einem bürokratischen Schematismus, der mit seinen oft nur formellen Entscheidungen brutal zu wirken schien, so verkrochen sich die zivilen Gewalten nur allzugern hinter die militärischen Stellen, um sich bei schwierigen Entscheidungen verantwortungsfrei zu machen. Eine so schwer faßbare Bewegung wie die deutsche revolutionäre Propaganda ließ sich nicht mit militärischen Befehlen oder auf dem Wege ziviler Verordnungen totmachen, auch nicht mit den plumpen Mitteln einer von oben begünstigten einseitigen Aufklärungsarbeit. Hier half nur entschlossenes Zugreifen, solange die Verseuchung der Volksmassen mit revolutionärem Gifte noch nicht zu weit vorgeschritten war. Man hatte aber seitens der regierenden Stellen teils blind, teils mit sehendem Auge das Unheil der Revolution an sich herankomen lassen, ohne sich klar zu werden, ob man sich dagegen überhaupt wehren wolle. Die Aussagen des Obersten von Manthey

im Münchener Dolchstoßprozesse[1]) geben geradezu ein erschütterndes Bild über die Hilflosigkeit zu Berlin am Anfange des Novembers 1918 und über die Verwegenheit, mit der damals die Revolutionäre ihr Handwerk betrieben haben. Die Zersetzung war damals schon soweit vorgeschritten, daß Däumig im Besitze des Abwehrplanes gegen die Revolution war, als er sich zur Tat vorbereitete. So wurde der Zeitpunkt verpaßt, durch rechtzeitiges Handeln der revolutionären Entwicklung einen brauchbaren Damm entgegenzusetzen.

2. Das Risiko des Bürgerkrieges

Jeder Widerstand gegen die Revolution bedeutete seit dem Herbste 1918 mit größter Wahrscheinlichkeit eine blutige Auseinandersetzung. Die Männer, die im November 1918 an verantwortlicher Stelle die Revolution über sich ergehen ließen, haben das hauptsächlich aus dem Bestreben getan, Blutvergießen zu vermeiden. Das war der Beweggrund nicht bloß für die Männer der Reichsregierung, die am 9. November das politische Feld den Führern der Umsturzbewegung geräumt haben, sondern auch für das Verhalten des Kaisers und der O.H.L. Wenn man die Tat des 9. November als „Dolchstoß" bezeichnet hat und sich später die revolutionären „Sieger" von diesem Makel der Revolution mit dem Hinweise haben befreien wollen, daß der Gegner sich nicht gewehrt habe, so ist zu bedenken, daß für den Fall keiner Abwehr eines erfolgten Überfalles aus dem Hinterhalte dieser selbst nicht aus der Welt geschafft werden kann. Die Schuld am Ausgange des politischen Umsturzes im November 1918 trifft beide Teile: die Revolutionäre und diejenigen, die sich die Revolution widerstandslos gefallen ließen. Für letztere spricht nur der mildernde Umstand, daß sie auf alle Fälle das Risiko des Bürgerkrieges vermeiden wollten. Daß namentlich in militärischen Kreisen Kräfte vorhanden und gewillt und befähigt waren, dem gewaltsamen Sturze des alten Reichs entgegenzutreten, ist tausendfach bezeugt. Die in Berlin anwesenden Offiziere allein hätten vielleicht das Schicksal der Reichshauptstadt wenden können, wenn ihr Angebot zum Kampfe gegen die Revolution rechtzeitig ergriffen worden wäre. Ob die Gegenrevolutionäre überall in Deutschland stark genug gewesen wären, die alte Regierung zu retten, weiß niemand. Sicher ist aber, daß jeder Widerstand gegen die Revolution in der Heimat bis zur Entthronung des Kaisers einen starken Widerhall bei den noch unverseuchten Fronttruppen gefunden hätte und möglicherweise dadurch die Dinge in Deutschland eine andere Wendung nehmen konnten. Daß sich das moralisch völlig zusammengebrochene Bürgertum bei

[1]) Coßmann, Der Dolchstoßprozeß, 1925, S. 34.

einem solchen Kampfe aufgerafft und entschieden an die Seite der Revolutionsgegner gestellt hätte, erscheint mir höchst unwahrscheinlich. Ihm war in seiner Mehrheit die durch das Bündnis Ebert-Groener gewährleistete leidliche persönliche Sicherheit und der Schutz von Hab und Gut im Zeichen der neuen demokratischen Republik lieber als die wahrscheinlich erst durch blutigen Kampf wiederherzustellende parlamentarisch regierte Oktobermonarchie.

Es ist auch oft behauptet worden, das Werk des Umsturzes hätte nicht gelingen können, wenn die Bürokratie des alten Staates den Mut aufgebracht hätte, mit dem gewerkschaftlichen Mittel des Streikes die Staatsmaschine stillzulegen. Hierbei ist zu bedenken, daß das alte Beamtentum für eine solche Aktion, kraft seiner ganzen Erziehung, denkbar ungeeignet war. Es fehlte für einen solchen Zweck an jeder Organisation und an allen leitenden Spitzen. Das Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit und die den deutschen Beamten innewohnende dienstliche Disziplin bildete außerdem eine unüberwindliche moralische Mauer, die es verbot, Staat und Gesellschaft dem Risiko eines vorübergehenden Chaos und blutigen Kämpfen auszusetzen. Ein solcher Schritt konnte auch wegen des Mangels an staatlichen Machtmitteln nur im Einvernehmen mit einer festgefügten Truppe erfolgen. Eine solche gab es aber nur an der Front, und dort war sie durch den Feind gebunden. Trotz gewisser Ansätze hat es daher an der entsprechenden gegenrevolutionären militärischen Tat gefehlt. Die vierte O.H.L., die sich allen derartigen Plänen versagte, rettete durch ihr Verhalten mit der neuen am 9. November ausgerufenen Republik zugleich die innere Ordnung.

3. Das Ende der Monarchie

Psychologisch war die Revolution für den alten Staat bei den Massen verloren, als der Kaiser von der weltgeschichtlichen Bühne abtrat. Ich will hier nicht auf die Verkettung der unglücklichen Umstände eingehen, die einen reichen Legendenkranz um die Entthronung Kaiser Wilhelms II. geschlungen haben. Mit einem heroischen Abgang des Trägers der Hohenzollernkrone würde sicherlich der Dynastie und auch dem monarchischen Gedanken mehr gedient worden sein, als wie mit der durch die Umstände gebotenen, von der O.H.L. gebilligten Fahrt nach Holland.

Uns geht vornehmlich die Frage an, wieweit vor der Revolution im Rahmen der Umsturzpropaganda der Kampf gegen die Monarchie geführt wurde und was diese dagegen getan hat. Die vom Sachverständigen Dr. Herz beigebrachten Dokumente (o. S. 130 ff.) zeigen, daß seit Mitte 1917 der alte Staat gegenüber den antimonarchischen Wühlereien hellhörig zu werden begann. Es wurden Mittel für die „Inlandpropaganda“ gefordert. In welchem Umfange sie gewährt

und wie sie verwendet wurden, weiß ich nicht. Einen beachtlichen Erfolg hat jedenfalls diese „Inlandpropaganda“ für die Monarchie kaum gehabt.

Die Sozialdemokratie, die ja nie von ihrem republikanischen Bekenntnisse abgegangen ist, hat dieses im Kriege selbst wenig hervorgekehrt, ja sie hat sich zeitweise sogar schützend vor den Kaiser wegen seines Friedenswillens gestellt. In der 109. Reichstagssitzung am 15. Mai 1917 glaubte sich sogar Scheidemann in einer Polemik gegen die Alldeutschen und Konservativen in gewissem Sinne verteidigend vor Kaiser Wilhelm II. stellen zu müssen[1]). Er lehnte ausdrücklich die vom Auslande ausgegebene Parole „Kein Friede mit den Hohenzollern“ ab und erinnerte — mit dem Appell an das Ausland, davon Kenntnis zu nehmen — daran, was der „Vorwärts“ kurz vor Ausbruch des Krieges geschrieben hatte:

„Unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschicke von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß sein.“

Derartige Bemerkungen erweckten begreiflicherweise allerhand Meinungen, daß die Sozialdemokratie sich mit der Monarchie abgefunden habe und diese von der sozialistischen Seite nichts mehr zu befürchten habe.

Auch die Unabhängigen haben sich gehütet, in ihren Bekundungen irgendwie den Kampf gegen die Monarchie in den Vordergrund zu rücken. Sie sprachen dem Streite um die Staatsform zunächst nur untergeordnete Bedeutung zu. Am 16. Mai 1917 erklärte der Abgeordnete Fleißner[2]) im Sächsischen Landtage für seine unabhängigen Freunde:

„Wir werden das monarchische System, obwohl nicht alles davon abhängt, obwohl es nicht das ausschlaggebende ist im Staate und in der Politik, wir werden auf Grund unserer prinzipiellen Anschauungen das monarchische System bekämpfen, wie wir es bisher bekämpft haben. *Wir sind Republikaner,* und wir haben gar keine Veranlassung, diesen Standpunkt in der Kriegszeit zu verleugnen. Wir waren es und werden es bleiben.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich nach einer längeren Aussprache über die Zweckmäßigkeit von Monarchie und Republik der Mehrheitssozialist Fräßdorf[3]) am 3. Juli 1917 im Sächsischen Landtage.

[1]) Reichstagsberichte Bd. 310, S. 3393 B.
[2]) Sächs. Landtagsmitt. 1915/16 Bd. 4 S. 2576 A.
[3]) Ebenda S. 141.

Der Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt hatte dort sein Bedauern ausgedrückt, „daß die sozialdemokratischen Führer sich so sehr bemühen, ihren Genossen die Königstreue auszutreiben." Fräßdorf verwahrte sich dagegen mit dem Zwischenrufe: „Das tun Sie", und erklärte noch in derselben Sitzung:

„Im übrigen, sage ich, ist in der gegenwärtigen Zeit die Staatsform nicht die Hauptsache. Da stehe ich von jeher auf dem Standpunkte, die Frage ist nicht brennend, denn wenn der Herzog fällt, fällt auch der Mantel."

Die Agitation gegen die Monarchie wurde erst richtig wirksam, als im Oktober 1918 Sozialdemokraten zu kaiserlichen Staatssekretären ernannt wurden. Der wegen der Annahme dieser Ämter behauptete „Verrat" an dem republikanischen Parteiideale wurde von den Linkssozialisten weidlich ausgenutzt, den Mehrheitssozialisten das Leben so schwer wie möglich zu machen, bis diese selbst sich die auf einmal proklamierte Forderung nach der Abdankung des Kaisers zu eigen machten. Es gab für sie in dieser Frage keinen Halt mehr, als Haase am 23. Oktober 1918 im Reichstage die Worte gesprochen hatte[1]): „Die Kronen rollen auf das Pflaster ... Rings um uns werden Republiken sich auftun, und da soll Deutschland allein umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein!" Ein Widerstand gegen die Preisgabe des Kaisers war anfangs wohl im Kabinette des Prinzen Max von Baden vorhanden, aber er war zu schwach, da dessen Führung in den Händen von Ebert und Scheidemann lag; und diese hatten begreiflicherweise kein Verlangen, durch Kampf mit ihren eigenen Anhängern, den sie für aussichtslos hielten, die Monarchie zu retten und zugleich die eigene Machtstellung aufs Spiel zu setzen. Das Kaiserreich der parlamentarischen Demokratie wurde also dadurch gestürzt, daß Gegner der Monarchie in der eigenen Regierung saßen und sich nicht bloß jedem Kampfe für die Monarchie versagten, sondern zusammen mit der Bewegung von unten die Republik errichteten. Die Behauptung, daß durch diese Art der Revolution Deutschland vor dem Chaos bewahrt worden sei, ändert nichts an der moralischen Mitverantwortung der Mitglieder des letzten kaiserlichen Kabinetts für den Sturz der Monarchie.

Mit der Auffassung, daß die Revolution staatsrechtlich „keine Umwälzung — ich füge hinzu wesentliche — mehr bringen konnte", befinde ich mich in Gesellschaft des Sachverständigen Dr. Bredt wie des Abgeordneten Dr. Moses[2]). Wenn freilich der letztere meint, und ähnlich der Abgeordnete David, die Oktoberreformen kamen zu spät, um damit gewissermaßen das Recht der folgenden Revolution histo-

---

[1]) Haase, a. a. O. S. 193.
[2]) Bd. 7, I dieser Reihe S. 17.

risch zu begründen, so muß ich dem hinzufügen, daß diese Entwicklung eben nur möglich war, weil der ganze Sinn der damaligen Reformen von den Hauptträgern derselben durch ihr praktisches Verhalten preisgegeben wurde. Die Parlamentarisierung Deutschlands sollte — als Revolution von oben — den Umsturz verhindern. Das forderten — und glaubten sicherlich auch — die Vorkämpfer der deutschen Demokratie. Die logische Folge dieser Einstellung und moralische Pflicht für die neue Regierung und ihre Hintermänner wäre es nunmehr nach der Durchführung der Demokratie gewesen, der Revolution von unten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Das Gegenteil ist aber geschehen! Mitglieder der letzten kaiserlichen Regierung beteiligten sich an dem durch den Erfolg legalisierten Hochverrate der Revolution. Für Deutschland war das deswegen besonders wichtig, weil so der persönliche Zusammenhang zwischen der neuen Umsturzregierung und der abgetretenen Regierung hergestellt und durch diese Kontinuität sofort nach Ausbruch der Revolution ein gewisser Schutz gegen zu weitgehende Radikalisierungen errichtet war.

4. Die Folgen des Umsturzes für Waffenstillstand und Frieden

Die Revolution zerbrach die deutsche Armee als Machtfaktor für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Das Abtreten der monarchischen Gewalten verhinderte zwar den inneren Kampf, verschärfte aber unsere äußere Lage. Wir standen jetzt völlig wehrlos unseren Feinden gegenüber — und nahmen schließlich sein Friedensdiktat entgegen. War das alles in dieser Weise notwendig? Wir wissen heute, daß die Revolution uns an zurzeit bleibenden Errungenschaften im wesentlichen nur die „Republik“ und das Frauenwahlrecht gebracht hat. Sonst blieb alles bei der im Oktober 1918 geschaffenen parlamentarischen Demokratie. Wir wissen auch, daß ohne die Revolution unser Frontheer intakt geblieben wäre und wohl noch einige Monate vorm Feinde hätte aushalten können. Die Schlüsse, die der Sachverständige Dr. Herz aus den Heeresberichten[1]) über die Kampffähigkeit der Truppen im Herbste 1918 gezogen hat, sind einseitig. Wer im Felde war, weiß, wie die Stimmung einer Truppe schwankt. Mancher, der nicht mehr fortkommen zu können glaubt, kann es doch, sowie der Zwang zur Rettung des eigenen Ichs weiterzukämpfen an ihn herantritt. Ich warne deswegen davor, trübe Stimmungsberichte von Truppen zu überschätzen. Die physische Möglichkeit, den Krieg fortzuführen, war sicher im Herbste 1918 noch vorhanden; die Frage ist nur, ob es einen Zweck hatte, damals weiterzukämpfen. Mitglieder

[1]) o. S. 39.

und einzelne Sachverständige dieses Ausschusses haben diese Frage verneint und dabei auch die Meinung der Rechtskreise erwähnt, daß nur ein deutscher Sieg uns vor einem schweren Frieden hätte bewahren können; da dieser ausgeblieben sei, hätte also in logischer Folge der auf konservativer Seite vorhandenen Auffassung durch Fortsetzung des Krieges das deutsche Geschick nicht mehr gewendet werden können, also sei die Kapitulation das Gegebene gewesen. Gewiß, der Krieg war nach dem November 1918 nicht mehr zu gewinnen; wir mußten uns auf schwere Verluste an Land und Gut einrichten! Aber glaubt jemand wirklich, angesichts unseres Feldheeres, der unbesiegten Flotte und der Besetzung der Ostseeländer durch unsere Truppen hätte es der Feind, der um die Ablehnung seiner Waffenstillstandsforderungen fürchtete, wirklich gewagt, uns ohne Verhandlungen die jetzige Grenzregelung im Osten und die heutige Beschränkung unserer Wehrmacht zuzumuten? Ich glaube es nicht, trotz des Willens unserer Feinde, uns völlig zu vernichten! Überspannte Friedensforderungen übermächtiger Gegner an den in Ehren unterlegenen Feind sind in der Geschichte schon öfters gescheitert an der würdigen Zurückweisung durch denjenigen, der den Frieden verlangt hatte. Als Ludwig XIV. gegen Ende des Spanischen Erbfolgekrieges um Frieden bat, wies er die hochgespannten Forderungen seiner Gegner wegen gewisser Ehrenpunkte mutig zurück und rettete so durch einen kurzen Zeitgewinn für sich die trostlose militärische Lage.

Schalten wir das Revolutionserlebnis einmal aus der deutschen Geschichte aus, dann stand im November 1918 eine verhandlungsfähige demokratische deutsche Regierung mit einer immerhin noch stattlichen Wehrmacht dem Feinde gegenüber. Wir brauchten uns da nicht jedes Diktat gefallen zu lassen. Das war auch die Auffassung der O.H.L. Mit der Waffenstreckung Deutschlands hatten unsere Feinde erst nach ihren „nächsten Erfolgen" gerechnet, und bis zum Vormarsche an den Rhein glaubte Foch vier oder fünf Monate in Ansatz bringen zu müssen[1]). Wir hatten bei Ablehnung des Waffenstillstandsangebotes vermutlich Zeit, im Winter 1918/19 mit unseren Gegnern an den Verhandlungstisch zu kommen und in aller Ruhe den Krieg zu liquidieren. Ein solcher Frieden würde wahrscheinlich, soweit die Westmächte in Frage kamen, dem Frieden von Versailles geglichen haben. Im Osten hätte er uns aber vielleicht Westpreußen, den Netzedistrikt und Oberschlesien erhalten. Um diese Aussicht ist m. E. das deutsche Volk durch die Revolution gebracht worden.

Schlußbetrachtungen

Der Zusammenbruch 1918 ist ganz allgemein die Folge des Nachlassens der deutschen Widerstandskraft im Weltkriege. Die Ursachen

[1]) Vgl. Dr. Herz o. S. 88.

dafür sind in erster Linie in der Übermacht unserer Feinde zu suchen; zweitens aber auch in der inneren Zwietracht des deutschen Volkes, die im Laufe des Krieges den 1914 vorhandenen einheitlichen Kampfwillen zerstört hat. Beide Gründe ließen vorzeitig die durch Strapazen von welthistorischer Größe überreizten Nerven des deutschen Volkes erschlaffen. Manche wertvolle Eigenschaften der deutschen Nation schliefen infolgedessen ein, und der Sinn für nationale Kraft und Machtentfaltung ging im Laufe des Krieges weiten Schichten verloren. So wurde der geistige Nährboden für die Katastrophe der deutschen Revolution geschaffen.

Der „Zusammenbruch" 1918 ist als historische Gesamterscheinung nur recht zu verstehen im Vergleiche mit der großen Kraftentfaltung des einigen deutschen Volkes beim Kriegsausbruche. Hatte 1914 das Pendel der Begeisterung unerwartet weit nach rechts ausgeschlagen, so erfolgte 1918 aus der Kriegsnot heraus der entsprechende Stimmungsrückschlag nach links. War 1914 das deutsche Volk durch den Kriegsausbruch in einen Zustand der Erregung versetzt, der es zu den höchsten Leistungen befähigte, so richtete sich im Herbste 1918 die Stimmung desselben in Zwietracht geratenen Volkes nach der entgegengesetzten Seite und schuf einen Zustand der Abspannung, indem es alles willenlos über sich ergehen ließ, was unsere Feinde von uns verlangten und die neuen Führer im Innern ihm auferlegten.

Für die Entstehung des deutschen Zusammenbruchs und die Art seines Verlaufes sind aber neben den unabänderlichen und schicksalhaften Kräften, die das Verhalten des deutschen Volkes fast zwangsläufig bestimmten und erklären, auch jene zersetzenden Mächte mit verantwortlich, die bewußt auf den Zusammenbruch hingearbeitet haben. Eine schwere Schuld an dem Versagen unserer Kraft beim Kriegsausgange muß auch diesen dämonischen Gewalten zugesprochen werden, obwohl es nicht immer möglich ist, deren Schuld im Rahmen der ganzen Zusammenbruchserscheinungen überall deutlich zu umreißen.

In vollem Umfange ist das aber der Fall, wenn nur die Teilfrage des „Umsturzes" für sich berücksichtigt wird. Es handelt sich hier nicht um den „Einsturz" eines innerlich morschen Staates, sondern um das gewaltsame Niederreißen eines soliden alten Gebäudes, das mitten im Umbau begriffen war. Dieser Umsturz ist zweifellos das Werk einzelner Gruppen von Personen, die sich dazu der willenlosen Massen unter Erweckung falscher Hoffnungen als Werkzeug bedient haben. Hier liegen klar festgestellte Vorgänge vor, die mit dem zeitlichen Abstande von den Ereignissen immer deutlicher erkannt worden sind. Die Krönung des „Zusammenbruchs" durch den „Umsturz" — den ich auch heute noch für ein verhängnisvolles, höchst überflüssiges Ereignis halte — ist das historische Gegenstück zu der

Tat des 4. August 1914, die das deutsche Volk, weil es einig war, als Ganzes auf den Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit geführt hatte. Wenn die Kriegsbegeisterung von damals den Revolutionshelden später als Ausfluß einer Wahnidee erschienen ist, so darf mit demselben Rechte heute der Novemberrausch, in den die Massen 1918 getrieben wurden, als ein Irrzustand desselben Volkes aufgefaßt werden, in dem es sich zu Handlungen hinreißen ließ, die es später weder verstand noch billigte. Der Umsturz wurde aus Stimmungen heraus geboren, die ein krankhaft erregter Nervenzustand geschaffen hatte. Der Wille zum Kampfe für die deutsche Freiheit war ersetzt worden durch den Drang nach sofortigem Kriegsschlusse um jeden Preis durch die revolutionäre Tat. Das aber war der Sieg Lenins über das deutsche Volk.

Die Beteiligung der deutschen Sozialisten am Umsturze stellt sich mir in knappen Zügen wie folgt dar: Die Mehrheitssozialdemokratie als Partei hat sicherlich mit Rücksicht auf die Kriegslage die Revolution nicht gewollt; sie hat sie auch solange als möglich zu vermeiden gesucht, sich ihr aber nicht mehr widersetzt, als andere über ihren Kopf hinweg zu handeln drohten. Dann ergriff sie selbst — von ihrem Standpunkte aus mit Recht — die Führung, um die Gefolgschaft ihrer inzwischen radikalisierten Anhänger zu behaupten und um die Vorherrschaft der Linkssozialisten in der Reichsleitung zu verhindern. Ganz ähnlich ist es der USPD ergangen. Sie wollte zwar die Revolution, hielt aber im November 1918 in ihren verantwortlichen Spitzen die Zeit dafür noch nicht für reif. Ein Teil ihrer Führer war jedoch gegenteiliger Auffassung; er setzte sich durch und schlug zusammen mit den jederzeit tatbereiten Linksradikalen vorzeitig los. So zwang die Aktion einer kleinen Gruppe die größeren sozialistischen Parteien für gewisse Zeit in ihr Schlepptau. Die Linksradikalen haben den Umsturz veranlaßt, die Anhänger der USPD haben ihn mit diesen zusammen gemacht; die MSPD hat sich dabei angeschlossen und alsbald die Führung übernommen und behauptet. Durch die MSPD wurde aber sofort nach Abschluß des revolutionären Aktes mit Hilfe der Wehrmacht und mit Hilfe der bisherigen Anhänger der Rechtskreise die revolutionäre Entwicklung in ein ruhiges Fahrwasser gelenkt. Das war in den Augen der anderen sozialistischen Gruppen ein Verbrechen und „Verrat am Sozialismus"; man fühlte sich dort um die Früchte des Umsturzes betrogen; bald hieß es, die Mehrheitssozialisten haben den Machern der Revolution diese „gestohlen". Die Tatsache, daß die Mehrheitssozialisten sich für eine ruhige Abwicklung der Revolution betätigt haben, kann angesichts dieser Zusammenhänge nicht bestritten werden. Das spricht sie aber nicht frei von der Schuld, den Umsturz überhaupt mitgemacht zu haben. Ohne ihre Mitwirkung wäre m. E. der deutschen Revolution wahrscheinlich aller Erfolg versagt geblieben.

Es ist auch versucht worden, die Frage der Verantwortlichkeit für das deutsche Schicksal 1918 dadurch zu verschieben, indem die Anklagen, die gegen gewisse Schuldige erhoben worden sind, als unvereinbar mit dem Glauben an das Wirken der Vorsehung bezeichnet worden sind[1]); es wurde gesagt, wer an eine göttliche Fügung glaube, müßte dann folgerichtig auch das Verhalten der „Schuldigen" am deutschen Unglück auf das Wirken des göttlichen Willens zurückführen. Das ist richtig! Wenn die „Vorsehung" aber wirklich geduldet hat, daß die Kräfte der Zersetzung in unserem Volke — neben anderen Einflüssen — den Willen zu einem guten Kriegsende gelähmt haben, so entbindet uns das nicht von der Pflicht, die Kräfte zu kennzeichnen, die ausersehen waren, unser Unglück herbeizuführen. Eine solche Untersuchung ist sogar vom Standpunkte des Gesamtwohls des deutschen Volkes ein dringendes Bedürfnis; denn die Erkenntnis der Faktoren, die das Unglück eines Volkes verursacht haben, ist die Voraussetzung für ihre Überwindung. Die historische Tatsache, daß uns im Weltkriege die Vorsehung den Endsieg versagt hat, zwingt uns — gerade vom Standpunkte der christlichen Weltanschauung —, soweit als unser Menschenverstand reicht, die Kräfte zu erforschen, die für „Zusammenbruch" und Umsturz gewirkt haben.

Eine der merkwürdigsten zeitgeschichtlichen Beobachtungen ist, wie die Beurteilung der Schuld am deutschen Zusammenbruche 1918 sich im Laufe der Zeit gewandelt hat. Im allgemeinen kann man beobachten, daß heute unter dem Drucke der politischen, wirtschaftlichen und seelischen Friedensfolgen niemand mehr so recht die Verantwortung für die Vorgänge 1918 in Deutschland übernehmen möchte. Manche, die sich noch 1919 als Führer des Umsturzes gerühmt haben, legen heute keinen Wert mehr darauf, die Revolution „gemacht" zu haben. An Stelle des Stolzes auf das unglückliche Ereignis, auf den 9. November, ist vielerorts eine starke Scham darüber getreten, wie sich die Dinge damals vollzogen haben. Heute, wo wir mit größerer Ruhe die Dinge betrachten, die sich vor 9 bzw. 10 Jahren abgespielt haben, wissen wir, daß der unglückliche Kriegsausgang auf eine Fülle von Ursachen zurückzuführen ist und unmöglich auf eine einzige Formel, sei es auf den „Dolchstoß" oder auf die automatische Wirkung der Hungerblockade oder auf sonstwelche einzelne Ursache, gebracht werden kann. Wenn es dem Unterausschusse gelingen sollte, das große weltgeschichtliche Ereignis des deutschen Zusammenbruches als einen von vielen Kräften bedingten Vorgang zu kennzeichnen, an dem wohl manche Glieder des deutschen Volkes ein gut Stück Schuld tragen, aber die Voraussetzungen

---

[1]) Abg. Landsberg, Bd. 7, I dieser Reihe S. 320.

zunächst außerhalb unseres Volkes in den Maßnahmen und Machtmitteln unserer Feinde zu suchen sind — was ich in jeder Hinsicht für wissenschaftlich erwiesen halte —, so könnte eine solche allgemein vom Ausschusse gebilligte Feststellung ein guter Ausgangspunkt für die weitere Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Verhandlungen sein. Es ist höchste Zeit, daß wir mit unseren Untersuchungen zu abschließenden Ergebnissen kommen, damit der Streit um die Schuld am Kriegsausgange endlich zur Ruhe kommt.

Anlage I

Die Stimmung der Truppe in Feldbriefen 1914—1918

(nach dem Archive des deutschen Studentendienstes von 1914, dargestellt von Oberarchivrat Cron, Inventar I, 1 S. 29—39)

Sehr reichhaltig sind die Feldbriefe in bezug auf die Stimmung der Truppe. Dabei fällt die große Verschiedenheit in der Beurteilung auf. Das darf jedoch nicht überraschen, da persönliche Veranlagung, persönliche Erfahrungen, Dienststellung, Kampfverhältnisse, Witterung und anderes mehr das Urteil notwendigerweise beeinflussen mußten. Ich habe mich daher bemüht, nur besonders charakteristische Äußerungen und solche, die sich über das rein Persönliche erheben, als Beispiele auszusondern.

Im Jahre 1914 ist von Stimmung wenig die Rede. Sie war von der Siegesgewißheit des nationalen Aufschwunges getragen und fast durchweg gut. Das bezeugt selbst der in den Kartengrüßen der ersten Kriegsmonate sich fast bis zum Überdruß wiederholende Ruf: „Heil und Sieg."

Doch bereits im Jahre 1915 wird die Stimmung uneinheitlich. Der junge Student ruft noch in überquellender Begeisterung aus:

„Sind wir Studenten in diesem Kriege nicht die Beneidenswertesten? Ohne Sorge um Weib und Kind, unbeschwert von dem Pessimismus des Alters, voll überschäumender Lebenskraft und ungetrübtem Optimismus!"

Das war noch einer von der ideal entflammten Studentenschaft, deren Blüte an der Yser nutzlos geopfert worden war. Auch die Briefe von den unaufhaltsam in Rußland und Galizien vordringenden Armeen atmen den Stolz des Siegers und das hohe Bewußtsein, einem siegreichen Heere anzugehören.

Die Durchschnittsstimmung der Kriegsbriefe war jedoch wesentlich kühler. Sie entspricht etwa folgenden beiden Äußerungen: „Lieber Gott im Himmel, wann ist dieser Krieg zu Ende?" und „Wir tun unsere Pflicht, natürlich ohne große Begeisterung mehr."

Ausgesprochene Kriegsmüdigkeit findet sich nur vereinzelt bezeugt, am schärfsten im Schreiben eines badischen Musketiers:

„Es sammelt sich eine Menge bösen Zündstoffes an gegen die Herren, die durchhalten wollen, ohne einen Schützengraben und eine Kanonade zu kennen. Alle Zeitungs- und Heldenpoesie kann darüber nicht hinwegtäuschen."

Auch die Stimmungsbilder aus dem Jahre 1916 kann man auf den gemeinsamen Nenner „fest, aber ohne Begeisterung" bringen. Hervorzuheben ist der Stimmungsaufschwung, den die ersten Erfolge der Angriffsschlacht auf Verdun zeitigten. Man lebte wieder aus der allmählich unerträglich gewordenen Spannung auf und hoffte, es gehe nun vorwärts, dem Frieden entgegen. Diese Spannung, das heißt das Nichtabsehenkönnen des Kriegsendes, scheint nach der gesamten Feldkorrespondenz wohl das Hauptmoment gewesen zu sein, das auf die Stimmung drückte. Dieser Druck verstärkte sich, sobald der Name Verdun der Siegeshoffnung entkleidet und mit dem Beinamen der „Hölle" versehen wurde, und als das würgende Ringen an der Somme begann. Trotzdem kann im Jahre 1916 von einem Sinken der Stimmung gegen 1915 im allgemeinen nicht gesprochen werden. Mitten aus der Sommeschlacht ertönt es beruhigend: „Selbstlos und geduldig bis zum Ende, so stehen wir", ein in seiner Selbstverständlichkeit erhabenes Zeugnis der Vaterlandsliebe.

Aus dem Jahre 1916 datiert ein Brief, der zum ersten Male auf die inneren Gründe schlechter Stimmung hinweist. Er ist am 4. April von einem Altfreunde in einem Feldrekrutendepot hinter der Champagnefront geschrieben. Es heißt darin:

„Die Stimmung unter den Kameraden ist nicht gut. Sie empfinden den Krieg zu sehr als persönliche Schädigung. Die Unzufriedenheit über so manche bestehende Ungleichheit bei doch für jeden gleich großen Lebenseinsatz ist sehr groß. Von Begeisterung keine Spur. Daß der Abgeordnete Oertel in Berlin da noch einen Vortrag halten kann über den ‚Segen des Krieges', ist für sie empörend. ‚Den Mann sollte man auf den Kopf schlagen', sagen sie."

Auch der ungünstige Einfluß schlechter Nachrichten aus der Heimat auf das Stimmungsbarometer an der Front tritt zutage. Es heißt in einem der bezüglichen Schreiben:

„Es bekommen fast alle Briefe voll Klagen aus der Heimat. Die Frau jammert, daß sie z. B., um Butter zu bekommen, in der Nacht auf der Straße anstehen muß. Andere fürchten die Verwahrlosung von Frau und Kind. Sie haben allerlei gehört und gesehen. Kameraden, die erst seit kurzer Zeit Soldat sind, erzählen von ihren Heldentaten in der Heimat. Welches sind die Vorbereitungen, die das Zurückfluten der Männer in die Berufe regeln? Vielfach werden sie ihre Stellen besetzt finden. Manche fürchten dann Unruhen; zweimal hörte ich sogar das Wort Revolution in diesem Zusammenhange."

In diesem vom 15. Juli 1916 datierten Briefe ist mir das Wort Revolution zum ersten Male entgegengetreten. Es findet sich auch späterhin nur ganz vereinzelt.

Die Stimmungsreflexe aus dem Jahre 1917 zeugen von ausgesprochener Kriegsmüdigkeit, zugleich aber auch von dem festen Willen, bis zu einem annehmbaren Frieden durchzuhalten. Doch von den utopischen Kriegszielen, die in der Heimat so eifrig verfochten wurden, lassen sich kaum Spuren nachweisen. Dagegen wird häufig über die „Orgien" geklagt, durch die der „Besichtigungskoller" die ohnehin seltenen Ruhezeiten illusorisch machte.

Viele Stimmen tragen das Gepräge folgender Briefstelle: „Muß ich Ihnen als feldgrauen Kameraden kondolieren? Heute darf man zu diesem Ereignis wohl ruhig seine Kondolenz aussprechen. Allerdings kämpfen wir wohl noch für Recht und Freiheit, was von manchem angezweifelt wird, aber die Begeisterung ist hin."

Des öfteren klingt die Sorge um die Heimat an; so in einem Briefe vom 25. Februar: „Wenn nur die Heimat aushält; hier draußen tut man's schon lange. Noch nie waren unsere Leute so erbittert, wie bei dem letzten Streike."

Die Front war sich im Jahre 1917 noch bewußt, daß es um die Zukunft des ganzen Volkes wie jedes einzelnen ging: „Ich sehe Tausende um mich sterben und kann selbst dauernd in dem wahnwitzigen Feuer dem Tode ins Auge sehen. Da hält man sich einzig und allein an dem Gedanken aufrecht: „Wofür?" Es ist gut, daß wir es alle wissen, sonst wäre der Krieg verloren."

Der Zusammenbruch Rußlands Ende 1917 und das Bevorstehen der großen den Endsieg verheißenden Offensive im Westen gaben um die Jahreswende 1917/1918 der Stimmung in den Feldbriefen einen mächtigen Aufschwung. Siegesbewußte Töne werden gefunden: „Es gibt wohl keinen von uns, der nicht lieber heute wie morgen mit diesem wahnwitzigen Morden aufhören würde, aber es gibt auch kaum einen, der mit einem kümmerlichen Verzichtfrieden 'einverstanden wäre. Wir haben es am Leibe gespürt und spüren es noch täglich, was Krieg ist."

So brachte der Beginn des Jahres 1918 Briefe mit viel Kampffreudigkeit und mit der Hoffnung, daß der Friede nahe sei. Charakteristisch dafür ist folgender Brief vom 30. März: „Hier an der Westfront sind auch seit Beginn der Offensive geistige Interessen in den Hintergrund getreten. So einmütigen Drang und Kampfesfreude sah ich nur in den Augusttagen 1914. Die beklemmende Spannung ist endlich von uns gewichen, endlich können wir hoffen, nach einem Endkampfe wieder in Kürze in die Heimat zurückzukehren."

Aber es meldeten sich auch andere Stimmen. Unter dem 23. Januar wird der Zentrale mitgeteilt: „Es gibt Leute, die lieber desertieren, die sich lieber aufhängen wollen, als den Krieg noch ein Jahr

mitmachen. Und das sind nicht nur die unteren, o nein, sogar überwiegend die oberen Schichten des Volkes, welche diese Kriegsmüdigkeit ergriffen hat."

Auch die Ansichten über den Streik in der Heimat haben sich gegen das letzte Jahr geändert. So heißt es am 10. Februar:

„Tausende von Rüstungsarbeitern streiken bei Euch in Berlin, um einen Frieden zu erzwingen, der unserer nationalen Ehre unwürdig ist. Hier draußen gibt es, ich wage zu sagen, eine Majorität, die das Gebaren jener Arbeiter billigt."

Die Folgen des Mißlingens der deutschen Durchbruchsversuche und des plötzlichen Gegenangriffes der Entente spiegeln sich in den Feldbriefen sehr viel schwächer wider, als man denken sollte. Das mag teils an der scharfen Zensur und teils daran liegen, daß die unaufhörliche Schlachtenfolge keine Zeit zum Nachdenken und keine Muße zum Schreiben ließen. Im allgemeinen verbirgt sich die Stimmung in der bangen Frage: „Wie soll das enden?" Klipp und klar kommt die schlechte Stimmung nur selten zum Vorschein, so in einem Schreiben vom 6. Juli 1918: „Wenn wir in diesem Herbste kein Ende erzwingen können, dann sind wir am Ende unserer Kraft. Zu Haus mehrt sich die Unzufriedenheit und hier draußen ist man bereits über das Stadium des Schimpfens hinaus und ist still. Kein gutes Zeichen!"

Eine bedenkliche, wenn auch sehr erklärliche Erschütterung des inneren Haltes der Armee konstatiert ein Leutnant von der Heeresartillerie unter dem 21. September 1918:

„Wer alle bisherigen Abwehrschlachten, Champagne, Somme, Verdun, Flandern miterlebt, unsere Frühjahrsoffensive und jetzt die großen feindlichen Gegenstöße mit offenen Augen mitgemacht hat, weiß, daß uns diesmal nicht eine erdrückende Übermacht an Mann und Roß und Material bezwungen hat, die waren in den obigen Schlachten gewaltiger und erdrückender. Das mag die höhere Führung zu allerlei großen Entschlüssen veranlaßt haben. Aber im kleinen Einzelerleben des Schlachtfeldes ist es der Geist der Kraft, der Ausdauer und Hingabe, der diesmal im Gegensatz zu früher ganz zweifellos schwächer war und vielfach gefehlt hat, und so kam's da und dort zum Weichen, wo man früher nicht dran gedacht hat. Das ist keine Einzelerscheinung, sondern ist kennzeichnend für unsere ganze Lage."

In noch düstereren Farben malt der Brief eines studentischen Infanteriegefreiten vom 6. Oktober 1918 die Lage:

„Alle sind sie kriegsmüde, m. A. nach wäre es das beste, wenn wir baldigst Frieden bekämen, denn die Truppe wird immer schlechter und ebenso die niedere Führung. Das Türmen reißt ein, jeder drückt sich, wo er kann. Die Unzufriedenheit wächst, der Wille zum Stellunghalten fehlt oft. Es ist traurig gekommen mit vielen Truppenteilen! Allerdings die französische Infanterie ist noch viel schlechter. Die Artillerie ist es, die dem Feinde die Überlegenheit gibt. Wenn

sie schießt, so geht das fast so schnell wie Maschinengewehrfeuer!! Das klappt! Aber bei uns. Wir haben oft Sperrfeuer angefordert, ganz kläglich, oft auch gar nicht, hat unsere Artillerie geantwortet! Vor den Tanks haben wir keine Angst, wenn wir nur genügend S.m.K.-Munition haben, die den Panzer durchschlägt. Mit dem leichten Maschinengewehr vernichten wir sie dann schon. Überhaupt, wenn alle noch den festen Willen und auch den Mut zum Standhalten hätten, wie 16 und 17 an der Somme und in Flandern, der Franzmann hätte weniger Erfolge erzielt. Das ist meine Überzeugung. Es gibt allerdings, Gott sei Dank, auch noch Regimenter, die stehen wie Granit. Aber das sind nicht viele. Es läßt sich darüber noch viel mehr schreiben. Das ist genug für Euch zur Aufklärung."

Abschließend sei noch bemerkt, daß man bei den Stimmungsbildern auch waffenweise große Unterschiede nachweisen kann, denn die Lasten des Krieges waren sehr ungleichmäßig verteilt. Darüber läßt sich ein als Beobachter in den Schützengraben kommandierter Feldartillerist wie folgt aus: „Wieviel besser als in der vordersten Linie hat es schon der Kanonier in der Batterie. Jeder schlichte Musketier erfüllt mich mit mitleidig-scheuer Bewunderung als derjenige, der die größten Leiden und Entbehrungen und Anstrengungen auf sich zu nehmen hat. Vor allen anderen gebührt ihm unser tiefster Dank, nicht genug kann's gesagt werden."

Anlage II

Zur Agitation in der Truppe Ende 1914

Im folgenden wird ohne Kopf- und Schlußbemerkungen ein Brief vom 5. November 1914 abgedruckt. Er ist vom Empfänger dem Sächsischen Kriegsministerium zugeleitet worden. Dieses hat ihn am 24. Dezember 1914 — also nach 50 Tagen — dem Generalkommando 19 übermittelt. Das hat dann am 3. Januar 1915 alle Kommandostellen angewiesen, „durch Belehrung der Mannschaften und durch geeignete Überwachung der Post dieser sozialdemokratischen Hetzarbeit entgegenzutreten". Die Agitation ist nach dem Briefe von Bewohnern der Teile des sächsischen Vogtlandes ausgegangen, die später Ausgangspunkte der kommunistischen Bewegung von Hölz geworden sind, also sich frühzeitig von der Sozialdemokratie abgewendet haben.

„. . ., den 5. November 1914

. . . Daß wir in einer furchtbar ernsten Zeit leben, brauche ich nicht zu wiederholen, das erlebt Ihr in der Heimat genau so wie wir, nur daß Ihr mehr Zeit habt, die Ereignisse, wie sie sich im letzten Vierteljahr überstürzt haben, genauer zu studieren. Bei uns fehlt in-

folge körperlicher Überanstrengung und dadurch bedingter geistiger Abspannung die Zeit und auch die Lust, die weltgeschichtliche Umwälzung näher zu betrachten. Doch sind es Vorgänge der letzten Wochen, die mich etwas aufmerksamer gemacht haben, und zwar ist es die seit Anfang Oktober einsetzende, von Tag zu Tag zunehmende sozialdemokratische Arbeit, mit der die im Felde Stehenden überzogen werden. Nach näherer und ausführlicher Beobachtung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß hier ganz planmäßig vorgegangen wird; denn die Kameraden, die beim Kriegsausbruch ins Feld gezogen sind und Verbindung mit der Sozialdemokratie hatten, werden von den Parteiführern regelmäßig auf dem Laufenden gehalten durch zahlreiche Zusendung von Parteiorganen und bestimmten Anweisungen. Die roten Zeitungen sollen unter den Kameraden weitergegeben werden, um (wie ich in einem Briefe aus Plauen las) den anderen Kameraden nicht nur Hurrapatriotismus einzuimpfen, sondern den der Partei Fernstehenden über die Gefahren des Militarismus Aufklärung zu verschaffen. Es sei jetzt, wo große Anstrengungen, geringe Kost und die Schrecknisse des Schlachtfeldes einwirkten, günstige Gelegenheit, durch wenige geeignete Worte Stimmung für die Ziele der Sozialdemokratie zu machen. Ferner wird die Not in der Heimat in den krassesten Farben geschildert. Das sei aber nur durch die Zustimmung unserer, der Sozialdemokratie feindlichen, Parteien soweit gekommen. Die Einzigen, die jetzt verdienen, seien die, die zum Kriege geschürt und gehetzt hätten, die Kapitalisten und die Bauern, die durch Wucherpreise das niedrige Volk jetzt vollends aussaugten. Auch in dieser Beziehung sollten die ehemaligen Genossen aufklärend wirken, um Stimmung zu machen und vorzuarbeiten. Weiter soll, wo nur angängig, in die Gespräche eingeflochten werden, daß die sozialdemokratischen Angestellten der Partei, der Genossenschaften und Konsumvereine jetzt $^1/_4$ bis $^1/_3$ ihres Gehaltes abgeben, um die Not zu lindern, während Pastoren, Lehrer, Staatsangestellte nicht das Geringste für die Armut täten, sondern ihre vollen Gehälter einzig und allein für sich behielten.

Der Krieg hat zwar im ersten Ansturm unter der Wucht der übergroßen Gefahren anscheinend alles unter einen Hut gebracht, aber aus alledem müssen wir ersehen, daß der Deutsche nur wirklich groß ist, wenn es ihm schlecht geht. Jetzt, wo vielleicht unser Vaterland trotz der Übergröße seiner Aufgabe siegreich hervorgeht (wenigstens ist dies das Hoffen aller Vaterlandsliebenden), werden bereits die Einleitungen getroffen, um die Interessen einer Partei sicherzustellen, deren Arbeit bisher stets war, die staatserhaltenden Parteien und den Staat selbst mit allen nur erdenklichen Mitteln zu untergraben. Ich muß nach meinen scharfen Beobachtungen als ganz bestimmt annehmen, daß von der Sozialdemokratie planmäßig zur Stärkung ihrer Macht nach dem Kriege bereits jetzt hingearbeitet wird.

Kamen zuerst die Anweisungen nur aus Plauen, so sind in den letzten Tagen aus fast allen vogtländischen Orten fast immer ähnliche Zuschriften und Anweisungen ins Feld gelangt. Ich hatte Gelegenheit, solche außer von Plauen, von Adorf, Falkenstein, Auerbach, Reichenbach und Netzschkau zu beobachten. So gelangten von Netzschkau von dem Obergenossen G. in den allerletzten Tagen wieder zu gleicher Zeit zwei fast gleiche Zuschriften an Kameraden meiner Kompagnie, nachdem diese bereits vor zirka 14 Tagen bearbeitet worden waren.

Es dürfte also, lieber Emil, gut sein, wenn auch wir uns nicht einlullen lassen, sondern die große Zeit ebenfalls für uns in Anspruch nehmen und kommende Ereignisse und Umwälzungen uns vorbereitet finden. Denn es wäre ja geradezu kläglich, sollte ein nach dem glücklichen Ausgang des Krieges sicher bevorstehender Aufschwung unser Vaterland in innerer Zerrissenheit finden, wo doch alle Kräfte eingesetzt werden müßten, geschlossen das Ansehen unseres Vaterlandes nach außen auch fernerhin zu zeigen und nicht das Sprichwort wahr würde: Im Kleinen bist du groß, im Großen aber klein . . ."

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

In meinem Bericht am 28. Januar 1926 hatte ich versucht, ein Bild davon zu geben, wie die Stimmung der kämpfenden Truppe sich im Laufe der Kriegsjahre und besonders 1918 entwickelt hat. Ich stützte mich damals auf das mir bekannte, nicht sehr zahlreiche Material, besonders die Kriegsbriefe von Binding. In der anschließenden Diskussion wurde meine Darstellung verschiedentlich bestritten, auch methodisch angezweifelt; am stärksten von dem Sachverständigen General v. Kuhl [1]). Er erklärte, Kriegsbriefe seien nicht als historische Dokumente aufzufassen, auf die man eine Geschichte des Krieges und der Stimmung im einzelnen genau aufbauen könnte. Ich habe damals schon betont, meine Ausführungen seien nur vorläufig und ich müsse mir eine Ergänzung vorbehalten. Auf Grund von allerlei Briefen, die mir dann bekannt wurden, veröffentlichte ich einige Zeit später einen Artikel „Front und Friede" [2]). Er erschien in der „Vossischen Zeitung", wurde in einigen anderen Blättern teils ganz, teils im Auszuge abgedruckt und hatte zur Folge, daß mir eine Menge von Briefen und Tagebüchern zugänglich gemacht wurden. Ich begnügte mich nicht mit diesem Material, sondern arbeitete die ganze einschlägige Sammlung des Reichsarchivs vollständig durch. Das Ergebnis ist die beiliegende Materialsammlung [3]).

Zu ihrer Wertung bemerke ich, daß die Auszüge nach den wissenschaftlich üblichen Grundsätzen gemacht wurden. Außer der Rechtschreibung ist nichts geändert. Die Hervorhebungen entsprechen

[1]) Vgl. Bd. 4 dieser Reihe S. 176.
[2]) S. u. S. 257 ff.
[3]) S. u. S. 262 ff.

den Originalen; Zusätze des Herausgebers stehen in eckiger Klammer. Es ist jeweils angegeben, wo die Originale sich befinden; deshalb ist jegliche Kontrolle möglich.

Die Quellen in ihrer vollen Ausdehnung zu geben, war nicht möglich, denn sie enthielten neben sehr viel rein Familiärem ebenso viel rein militärische ins einzelne gehende Beschreibungen der Kampfhandlungen, die für meine besonderen Zwecke natürlich nicht in Betracht kamen, so interessant sie für die militärische Fachwissenschaft sein mögen. Ich habe nur die Stellen ausgezogen, die von der Stimmung und Einstellung zu politischen und militärischen Geschehnissen handeln. Nur für die letzte Zeit des Krieges glaubte ich eine Ausnahme insofern machen zu sollen, als einige Stellen aufgenommen wurden, die für die Anspannung der kämpfenden Truppe, für ihr Gefühl von der Überlegenheit des Gegners, für den Mangel an Material, an Ersatz bezeichnend sind. Sie ergänzen anschaulich die Berichte der kämpfenden Truppe, die ich als Zusammenstellung des Reichsarchivs seinerzeit dem Ausschuß zugänglich gemacht habe[1]). Bei der Auswahl habe ich Fragen, die im Ausschuß strittig sind, wie die des Ersatzes, der Drückebergerei, des Einflusses der Heimatstimmung besonders berücksichtigt.

Um die Zeit des Ausschusses nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, enthalte ich mich der an sich sehr reizvollen Aufgabe, aus meinem Material eingehende Folgerungen zu ziehen. Ich beschränke mich darauf, ganz allgemein festzustellen, daß es sowohl dem entspricht, was in den angezogenen offiziellen Berichten steht, als dem, was die ausführlichen Inventare des Reichsarchivs über einige große derartige Kriegsbriefsammlungen enthalten. Ich verweise im einzelnen auf die dortigen Ausführungen des Oberarchivrats und früheren aktiven Majors Cron. Auch hier kann ich feststellen, daß meine Sammlung mit dem Inventar des Reichsarchivs vollständig übereinstimmt. In meiner Diskussionsrede zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Philipp vom 6. Mai 1927 habe ich auf diese Inventare schon Bezug genommen[2]).

Aus alledem ergibt sich die sachliche Feststellung, daß die Folgerungen, die ich in meinem Referat seinerzeit gezogen habe, durch die neuen Quellen in allen Punkten bestätigt werden.

Abg. *Dittmann:*

Ich muß zur Rede des Abg. Grafen zu Eulenburg am 24. Juni 1927 mit einigen Worten Stellung nehmen. Seine zweite Rede ist nach derselben gänzlich unwissenschaftlichen Methode zusammengestoppelt wie die erste, die sowohl von Herrn Dr. Bergsträßer als auch von mir bereits als geschichtlich und wissenschaftlich wert-

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 321 ff.
[2]) Vgl. Bd. 7, II dieser Reihe S. 319 ff.

los nachgewiesen ist. Es lohnt sich nicht, dieses Machwerk engstirnigen Parteigeistes im einzelnen zu widerlegen. Auch Herr Dr. Bergsträßer hat darauf verzichtet. Man kann nur an Stichproben zeigen, was daran ist.

Das Material, das der Herr Abg. Graf zu Eulenburg benutzt hat, stammt aus denselben trüben Quellen, aus denen er seine erste Rede gewonnen hat. So schöpft er wieder aus den verlogenen Behauptungen des Herrn Breithaupt, der in allen einsichtigen Kreisen als politischer Hochstapler bekannt und entlarvt ist. Überhaupt hält es Herr Graf zu Eulenburg nicht für notwendig, den Quellen nachzugehen; er begnügt sich vielmehr damit, festzustellen, das und das sei da und da gesagt worden. Breithaupt hat der Rechten gegen die Linke und der Linken gegen die Rechte „Material" angeboten, und zwar immer nur gegen Bezahlung. In der Verleumdungskampagne gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist bekanntlich Herr Breithaupt, wie sich in dem Beleidigungsprozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller in Plauen gezeigt hat, als der eifrigste „Material"-Lieferant festgestellt worden. Umgekehrt hat er in dem Prozeß gegen Kußmann und Knoll „Material" angeboten, immer nur gegen Bezahlung. Auch Herrn Grafen Eulenburg dürfte bekannt sein, was der Staatsanwalt nach der „Deutschen Zeitung" am 30. September 1926 über diesen Ehrenmann gesagt hat:

> „Allerdings haben Sie ja gehört, in welch skandalöser Weise Breithaupt für 1500 M. eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, derzufolge ein Verfahren eröffnet und die schlimmsten Anschuldigungen erhoben wurden."

Um diesen Ehrenmann und Gewährsmann beneide ich Sie wahrhaftig nicht, Herr Graf zu Eulenburg. Sie übernehmen von ihm unbesehen die Behauptung, der Linksradikale Minster sei im Auftrage der Entente in Holland tätig gewesen. Minster ist aber bereits während des Krieges, im Dezember 1917, verhaftet worden; als die Revolution ausbrach, hatte er bereits elf Monate in Haft gesessen, ohne daß ihm der Prozeß gemacht wurde. Hätte man den Beweis gehabt, daß Minster ein bezahlter Agent der Entente sei, dann hätte man kurzen Prozeß mit ihm gemacht und ihn ebenso wie andere Spione erschossen.

Als Minster im Jahre 1920 mit der Levigruppe gemeinsam zur USPD übertrat, hat der Vorstand der USPD sich genauestens erkundigt, was an der Behauptung denn eigentlich sei. Damals wurde von absolut integren Persönlichkeiten in Holland wie Henriette Roland Holst und Anton Pannekoek geantwortet, daß in ihren Kreisen davon nichts bekannt sei. Dagegen ist Herr Breithaupt selbst als deutscher Heeresspitzel in Holland gewesen. Er hat sich als deutschen Deserteur ausgegeben und unter der Maske eines Deserteurs versucht, die nach Holland geflüchteten Deutschen auszuspionieren.

Gestatten Sie mir, daß ich noch mit einigen Worten die Legende über den großen Revolutionär Minster ein für allemal vernichte, der von Holland aus Deutschland in Brand gesetzt haben soll. Ich habe Minster im Jahre 1912 zum erstenmal kennengelernt. Er war vorher deutscher Zeitungsberichterstatter in Amerika und besuchte gemeinsam mit seiner Frau Deutschland. Damals war gerade zufällig eine Vakanz in der Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen, deren Chefredakteur ich war. Minster war der glänzendste Journalist, den ich je kennengelernt habe. Er war 14 Jahre lang amerikanischer Journalist. Er stammt aus Neustadt a. H., aus demselben Ort, woher Helfferich stammt. Er hat gemeinsam mit Helfferich das dortige Gymnasium besucht, hatte dieselbe abgehackte, stoßweise Art zu reden wie Helfferich. Er war wie Helfferich das, was man in der Pfalz einen „Kriescher" nennt, ein richtiger Kampfhahn. Minster war ein glühender Hasser des preußischen Militarismus. Er mußte in Amerika genugsam erleben, wie man sich drüben über den preußischen Militarismus lustig machte. Er hatte auch die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben. Daraus erklärt sich, daß er, als Amerika in den Krieg gegen Deutschland eingetreten war, als Amerikaner es vorzog, den deutschen Boden zu verlassen; er wäre ja sonst seiner Freiheit beraubt und interniert worden. Man hat diesen Sachverhalt aber so dargestellt, als sei Minster heeresflüchtig gewesen. Das ist, wie aus diesen Darlegungen hervorgeht, nicht der Fall; Minster hatte keine Verpflichtung, im deutschen Heere zu dienen; denn er war ja längst amerikanischer Staatsbürger geworden. Er zog es, wie gesagt, vor, beim Eintritt Amerikas in den Weltkrieg nach Holland zu gehen. Er war in den ersten Kriegsmonaten von dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Duisburg, wo er damals leitender Redakteur war, entlassen worden und faßte diese Entlassung als Maßregelung auf. In seiner impulsiven Art nahm er energisch Stellung gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand. Um das besser tun zu können, gab er in Duisburg ein eigenes Blatt, den „Kampf" heraus. In dieser Zeitung hat er sowohl gegen die SPD wie gegen die USPD, besonders auch gegen Haase und mich in der schärfsten Weise politisch Stellung genommen. Dieser Umstand, erweckte in manchen Kreisen der USPD am Niederrhein den Verdacht, daß Minster im geheimen Einverständnis mit dem stellvertretenden Generalkommando in Münster handle. Es war gewiß auffällig, daß ihm gestattet worden war, ein neues Blatt herauszugeben, während im allgemeinen die Verfügung galt, daß während des Krieges neue Zeitungen überhaupt nicht herausgegeben werden dürften. Man machte damals geltend, der „Kampf" sei eigentlich nur eine erweiterte Ausgabe des sozialdemokratischen Mitteilungsblattes für den Kreis Duisburg gewesen. Dem steht entgegen, daß die Bezirksleitung Niederrhein der Sozialdemokratischen Partei in Elberfeld

ihre Monatsschrift „Morgenrot", die bereits jahrzehntelang vorher erschien und nur in den ersten Kriegsmonaten nicht herausgegeben werden konnte, weil Geldmangel herrschte, bei ihrem Wiedererscheinen sofort vom Generalkommando das Erscheinungsverbot zugestellt erhielt. Es war also auffällig, daß das Generalkommando in Münster nun Minster erlaubte, ein eigenes neues Blatt herauszugeben. Ich persönlich stehe und stand schon damals auf dem Standpunkt, die Annahme sei falsch, daß Minster im Einverständnis mit dem stellvertretenden Generalkommando in Münster gehandelt habe. Die Erklärung für das Verhalten des Generalkommandos liegt eben darin, daß diesem der Bruderstreit innerhalb der Sozialdemokratie sehr nützlich erschien. Aus diesem Grunde förderte und gestattete das Generalkommando die Herausgabe des „Kampf". Die heutigen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Cremer und Kempkes sind damals im Generalkommando in Münster tätig gewesen und haben wiederholt mit Minster konferiert. Ich habe die Herren gefragt, welche Auffassung sie denn von dem Verhältnis Minsters zum Generalkommando gehabt hätten. Die Herren haben meine Auffassung der Dinge vollauf bestätigt und erklärt, es sei falsch, anzunehmen, daß Minster im Einverständnis mit dem stellvertretenden Generalkommando Münster gehandelt habe.

Genau so liegen die Dinge bezüglich des Verhaltens Minsters in Holland. Daß Minsters Propaganda gegen den deutschen Militarismus, die er in seinem „Kampf" getrieben hat, der Entente sehr nützlich geschienen hat, kann man glauben. Aber damit ist in keiner Weise bewiesen, daß Minster bezahlter Agent der Entente gewesen sei. Daß ein solcher Zusammenhang nicht bestanden hat, schließe ich weiter daraus, daß Minster stets ein armer Teufel geblieben ist. Bei seiner Intelligenz wäre es ihm ein leichtes gewesen, wenn er bezahlter Ententeagent gewesen wäre, materiell für sich zu sorgen. Ich weiß aber, daß er auch später immer unter den dürftigsten Verhältnissen gelebt hat. Also einen Nachweis, daß Minster im Ententesold gestanden habe, sind Sie, Herr Graf zu Eulenburg, absolut schuldig geblieben; Sie werden diesen Nachweis ebensowenig erbringen können wie Ihr Gewährsmann.

(Zuruf des Abg. *Graf zu Eulenburg:* Man hat bei Minster Spionageberichte gefunden!)

— Man hat ihn 1918 verhaftet, er saß monatelang in Haft und man konnte ihn wegen Mangels an Beweisen nicht verurteilen. Wenn man ihm irgendeine Spionagetätigkeit hätte nachweisen können, dann hätte man nicht viel Federlesens mit ihm gemacht. Herr Breithaupt hat auch also in diesem Fall wieder einmal völlig verlogene und unbewiesene Behauptungen aufgestellt.

Nun haben Sie versucht, den Reichstagsabgeordneten Haase mit

Minsters angeblicher Tätigkeit für die Entente in Verbindung zu bringen. Sie wollen das damit beweisen, man habe bei Minster einen Brief Haases gefunden. Was wollen Sie damit beweisen? Wenn man eine solche Behauptung aufstellt, dann muß man doch wohl auf den Inhalt dieses Briefes eingehen. Doch davon reden Sie kein Wort. Haase hat als Politiker und vielgesuchter Rechtsanwalt unzählige Briefe von Leuten bekommen, auch von solchen Leuten, die mit ihm politisch nicht konform gingen. Warum also nicht auch einen Brief von Minster? Haase mußte natürlich auch wieder die Briefe beantworten. Ihre Methode, Haase durch diesen Brief zu verdächtigen, zeigt die tendenziöse Natur Ihrer Rede. Sie behaupten, die Verbindung der revolutionären deutschen Sozialisten gehe aus dem Buche von C. Stuart „Geheimnisse aus Crevehouse" hervor. Dort heiße es: Haases Reichstagsrede sei in Form von Flugblättern von Fliegern der Entente über den deutschen Linien abgeworfen worden. Einige gefälschte Nummern der „Leipziger Volkszeitung" seien unter den deutschen Truppen verteilt worden, und so hätten die deutschen revolutionären Sozialisten der agitatorischen Tätigkeit der Entente in die Hand gearbeitet. Sie sprechen von einer Verbindung revolutionärer Sozialdemokraten Deutschlands mit Frankreich und berufen sich zum Beweise hierfür auf das Buch des Herrn Stuart. Ich kenne Herrn Stuart nicht, und Sie werden auch das Buch nicht kennen, das Sie zitieren. Sie haben ein Plagiat verlesen. Sie sagen, nach Stuart, einige Sozialisten hatten sich bereits an die französische Regierung mit der Bitte gewendet, sie möchte ihre Reden für Propagandazwecke nicht verwenden. Wer waren denn diese Sozialisten? Dadurch aber, daß Sie gleich hinterher von der Rede des Reichstagsabgeordneten Haase sprechen, suchen Sie den Eindruck zu erwecken, als ob Haase zu diesen Leuten gehört hätte; Sie ersparen es sich aber, den Beweis für diese Behauptung zu erbringen. Ein solcher Beweis ist ja auch ausgeschlossen.

Nun widerlegt aber das, was Sie von diesem Stuart übernehmen, — daß die Verwendung deutscher oppositioneller Reden durch die Ententepropaganda abschwächend wirke — eigentlich Ihre ganze Behauptung. Die Verbreitung von Reden unabhängiger Sozialisten durch die Entente rief bei uns Unabhängigen tatsächlich gerade die der beabsichtigten direkt entgegengesetzte Wirkung hervor. Wir Unabhängigen waren während des Krieges so mißtrauisch gegen alles, was vom Auslande kommen konnte, daß wir schon dann abwinkten, wenn auch nur der leiseste Verdacht bestand, es könnte irgend etwas Unkontrollierbares dahinter stecken. Wir Unabhängigen sind nach dieser Richtung übervorsichtig gewesen. Übrigens ist mir davon, daß Haases Reichstagsreden von feindlichen Fliegern über den deutschen Linien in Flugblattform abgeworfen worden seien, nichts bekannt. Ebensowenig weiß ich davon etwas, daß die Franzosen ein gefälschtes

Exemplar der „Leipziger Volkszeitung“ unter den deutschen Truppen verbreitet hätten.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Die Franzosen haben eine Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ hergestellt, deren Inhalt von ihnen zusammengestellt war und die durch Flieger über den deutschen Linien abgeworfen wurde.)

— Trotzdem sehe ich nicht ein, was diese Behauptung in diesem Zusammenhang für einen Zweck haben soll. Sind Sie etwa bereit, Herr Abg. Graf zu Eulenburg, die Verantwortung für die Form und Art zu übernehmen, mit der die französische Chauvinistenpresse die Äußerungen Ihrer Partei verwertet?

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Es kommt darauf an, ob diese Äußerungen im Kriege geschehen sind oder nicht. Sie ziehen andauernd Parallelen zwischen der Kriegszeit und der Gegenwart!)

— Ihre Parteigenossen haben im Kriege verstiegene Annexionspläne vertreten und damit Propaganda getrieben und die Entente hat sich damals immerfort auf diese Annexionspläne berufen.

Überhaupt ist die ganze Art charakteristisch, wie die Herren der Rechten immer mit ausländischen Argumenten zu operieren pflegen. So ist auch der sogenannte Dolchstoß ein ausländisches Gewächs. Ursprünglich hat man dieses Wort dem englischen General Maurice zugeschrieben. Maurice hat aber erklärt, er habe niemals einen solchen Ausdruck gebraucht. Nun habe ich zufällig in einer alten Broschüre entdeckt, daß es vor 50 Jahren bereits in Frankreich gebraucht worden ist. Der ehemalige französische Ministerpräsident Clémenceau trat in der französischen Kammer am 18. Mai 1876 für die Amnestierung der Kommunarden von 1871 ein. Man machte ihm bei dieser Gelegenheit den Zwischenruf, es handele sich hier um Verbrecher. Daraufhin hat Clémenceau erklärt: wenn das Verbrecher waren, dann waren auch die Leute der Vendée Verbrecher. Und er fuhr dann fort:

„Denjenigen, welche im Namen der Vendée Einspruch erheben, möchte ich mit den Worten unseres großen Geschichtsforschers Michelet antworten, welcher sagt: „Frankreich, aufgestanden, war an den Grenzen und machte Front gegen den Feind; die Vendée erhob sich und *stieß ihm den Dolch in den Rücken!*“

So geht es den Herren von der Rechten. Sie sind arm an eigenen Argumenten; wenn Sie Argumente brauchen, dann holen Sie sie ausgerechnet von jenen auswärtigen Staaten, die Sie sonst als Todfeinde des Deutschen Reiches und Volkes hinstellen. Ich kondoliere Ihnen dazu.

Aber was glauben Sie eigentlich mit ihrer ganzen Zusammenstellung bewiesen zu haben, Herr Graf zu Eulenburg? Wo ist die Wirkung all dieser angeblich linksrevolutionären Propaganda auf den deutschen Zusammenbruch geblieben? Darüber verlieren Sie kein

Wort. Sie sagen nicht, wie es möglich war, daß das deutsche Heer dadurch zusammenbrechen konnte. Es waren doch nicht lauter Sozialdemokraten und Unabhängige im deutschen Heere. Die Wahlen von 1919 haben bewiesen, daß die Unabhängigen zwei Millionen, die Sozialdemokraten elf Millionen Wähler hatten und insgesamt fast 37 Millionen Wähler vorhanden waren. Schon daraus ergibt sich, daß die paar Unabhängigen doch nicht allein die Revolution gemacht haben können. Sie sind völlig an der psychologischen Erklärung vorübergegangen, Herr Graf zu Eulenburg, wie es möglich war, daß diese angebliche revolutionäre Propaganda überhaupt wirken konnte. Sie haben gar nicht erst zu beweisen versucht, wie all das, was der eine oder der andere geschrieben oder gesagt hat, auch nur in das Heer hineingebracht worden ist. Es liegen so viele Dokumente über die wirkliche Ursache des Zusammenbruchs, selbst aus dem Lager der Rechten, vor, daß man wirklich nicht mehr nach den Ursachen zu forschen braucht. Das Vertrauen in die Oberste Heeresleitung, der Glaube an den deutschen Sieg war zusammengebrochen. Erst dadurch entstand die Situation, in welcher der völlige moralische, politische und wirtschaftliche Zusammenbruch mit Notwendigkeit eintreten mußte, ohne Rücksicht auf eine frühere Agitation irgendwelcher revolutionärer Elemente. Es wäre zu einem Zusammenbruch gekommen, auch wenn man von einer solchen Agitation überhaupt nicht hätte reden können. Wie die Dinge wirklich gekommen sind, konnte man in der „Stahlhelmzeitung" vom 26. Juni 1927 lesen. Da hieß es:

„Der 8. August 1918 brachte zum ersten Male in erschreckender Sichtbarkeit den Beweis, daß die Übermacht des Gegners und die aus vielen Gründen herrührende innere Schwäche der deutschen Frontarmee zu einem militärischen Verlust des Weltkrieges führen mußte. In der Frühe dieses Tages alarmiert, schlecht verpflegt schon seit Wochen, und durch die plötzliche Umstellung von Angriffs- auf Abwehrkrieg um den Glauben an den Sieg gebracht, wurde das Regiment nach langem planlosen Hin und Her am späten Nachmittag etwa 30 Kilometer östlich von Amiens eingesetzt. Hier erlebte es die große Welle der zurückflutenden Reste einer am Vormittag vernichtend geschlagenen Armee. Ein am späten Abend begonnener Angriff, aus Prestigegründen befohlen und ohne Schwung und Unterstützung durchgeführt, lief sich nach schweren Verlusten unmittelbar vor der neuen englischen Linie tot."

Solche Erfahrungen und Tatsachen waren es, die den endgültigen Zusammenbruch herbeigeführt haben, jenen Zusammenbruch, den Sie den revolutionären Linksradikalen in die Schuhe schieben wollen. Wir hatten ja nicht nur einen größenwahnsinnigen Kaiser, sondern auch einen größenwahnsinnigen Feldherrn. Daß Ludendorff nicht normal ist, darüber besteht nach seinen neuesten Leistungen gegen

die katholische Kirche, die Freimaurer und die Juden kein Zweifel mehr. Jetzt ist er ja auch aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und will offenbar eine neue Wotankirche gründen. Das war das Verhängnis Deutschlands, daß in seiner schwersten Zeit zwei Verrückte an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden haben.

(Widerspruch.)

Man ist gezwungen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wir sind verpflichtet, die wahren Ursachen dessen klarzustellen, was über uns gekommen ist. Diese beiden Personen sind an dem Gewaltfrieden wesentlich mit schuld, der uns aufgezwungen worden ist. Einsichtsvolle Leute waren sich schon lange vor dem Kriege klar darüber, welches die Ursachen einer künftigen deutschen Revolution sein würden, wenn sie einmal eintreten würde. Ich erinnere hier an einen Artikel des Professors Rein, den er am 6. März 1910 im „Roten Tag" geschrieben hat. Der Artikel trägt die Überschrift „Die rote Welle". Es heißt da:

> „Wenn eine Revolution kommt, so wird sie heute nicht von unten, sondern von oben her vorbereitet, solange die Führenden ihre Verteidigung mit stumpfen Waffen führen. Die avancierende Masse will nicht in Blut waten, sie will Gerechtigkeit, Verständnis für die geistigen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der breiten Volksschichten, Schonung der Schwachen, Heranziehung der wirtschaftlich Starken, denen ja vom Sonnenglanz des Lebens so schon ein so großer Anteil gewährt ist. Wenn dieses Verständnis in den führenden Kreisen fehlt, wenn man glaubt, der roten Welle mit künstlichen Mitteln Einhalt gebieten zu können, dann täuscht man sich tief und schwer, so schwer, daß dadurch in der Tat die Grundlagen unseres Reiches unterwühlt werden können."

So gibt es Zeugnisse über Zeugnisse auch aus rechtsstehenden Kreisen darüber, woher letzten Endes der Zusammenbruch gekommen ist. Es lohnt sich daher gar nicht, auf alles einzugehen, was Herr Graf zu Eulenburg hier hat zusammentragen lassen. Wie von seiner ersten kann man auch von seiner zweiten Rede mit Wilhelm Busch sagen: „Hier sieht man ihre Trümmer rauchen, der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen."

Abg. *Brüninghaus:*

Im Gegensatz zum Herrn Abg. Dittmann stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Darlegungen des Herrn Grafen zu Eulenburg durchaus beachtlich sind. Der Herr Abg. Dittmann hat ja eine sehr bequeme Methode, etwas abzutun, was ihm irgendwie unbequem erscheint. Er verliest aus einer umfangreichen Arbeit einen ganz kurzen Satz, der ihm gerade für seine Zwecke paßt. Jedenfalls beweisen die Darlegungen des Herrn Abg. Grafen zu Eulenburg,

daß die unabhängigen Sozialdemokraten und die Leute, die mit ihnen in Verbindung standen, einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Mentalität der Massen auszuüben versucht haben und auch ausgeübt haben. Für mich ist es dabei gänzlich irrelevant, ob das auf legalem oder illegalem Wege geschehen ist. Frau Zietz jedenfalls hat offen zugegeben, daß man seinerzeit in illegaler Weise versucht habe, die Masse zu revolutionieren. Im übrigen kommt es nicht so sehr darauf an, in welcher Weise das geschieht, sondern es kommt auf den Willen, die Absicht und den Zweck an, den man dabei verfolgt. Nach meiner Auffassung kann nicht mehr der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die unabhängigen Sozialdemokraten schon vom 4. August 1914 ab den Krieg nicht ohne Erringung der sozialen Republik zu Ende gehen lassen wollten.

Herr Dittmann hat uns alles mögliche vorgelesen; er hat also in weit stärkerem Maße dasselbe getan, was er bei dem Referat des Herrn Grafen zu Eulenburg so abfällig kritisierte. Jedenfalls bestand schon im August 1914 innerhalb der Sozialdemokratie ein scharfer Trennungsstrich zwischen jenen Leuten, die den Verteidigungskrieg als notwendig erklärten, und jenen, die ihn ablehnten. Es kommt auf die Einstellung der Leute an, und die Einstellung der Unabhängigen ging nach einer Äußerung des Abg. Künstler auf dem Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten im Jahre 1919 dahin, daß die Linksradikalen jeden Krieg, auch den Verteidigungskrieg, ablehnten.

Abg. *Joos:*

Das, was über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs noch zu sagen wäre, kann man erst nach eingehendem Studium der umfassenden Ausführungen sagen, die uns der Herr Vorsitzende zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte ganz kurz jetzt schon andeuten, worin ich darin eine Lücke erblicke. Auf der einen Seite ist von den sozialistischen Gruppen die Rede, es wird gesagt, worin die linke Seite die Ursache des Zusammenbruchs sieht. Auf der anderen Seite höre ich die Herren von der rechten Seite sprechen: die Revolution ist von der Linken her gemacht worden. Wie können Sie sich aber nun erklären, daß die breiten Massen des schaffenden Volkes, die ihr Leben lang mit Sozialismus nie etwas zu tun gehabt haben, nun auf einmal von dem Wirbel der Revolution gepackt wurden und einfach mitgemacht haben? Wie erklärt sich dieser moralische Zusammenbruch, der in den Leuten vor sich ging, und zwar offenbar ohne fremdes Zutun? Ich möchte später noch etwas darüber sagen, nämlich welche Rolle die unheilvolle Zensur dabei gespielt hat, mit der auch ich mich während des Krieges in geradezu toller Weise herumgeschlagen habe. Die Wahlrechtsfrage ist auch sicherlich von den Rechtsparteien falsch gesehen und unterschätzt worden.

Sitzung, Mittwoch, den 12. Oktober 1927

Schlußberatung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Der Abgeordnete Dittmann hat gestern Ausführungen gemacht, auf die ich kurz eingehen will. Wie er meine Ausführungen beurteilt, ist mir gleichgültig. Ich habe schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß ich auf Lob von seiner Seite nicht den geringsten Wert lege. Er hat über Minster verschiedene Ausführungen gemacht und hat geglaubt, daß ich mich bei meiner Ausarbeitung auf das bekannte Material von Breithaupt gestützt hätte. Ich habe mich nicht auf dieses Material gestützt, sondern auf Angaben des Herrn Sachverständigen Volkmann.

Der Herr Sachverständige Dr. Herz hat in epischer Breite eine Art politischen Glaubensbekenntnisses abgelegt und mich dabei verschiedentlich angegriffen.

Ich will nicht auf alle Punkte eingehen, bei denen sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und mir ergeben hat, das würde zu weit führen. Es ist meines Erachtens im Ausschuß von jeder Seite so viel Material beigebracht worden, welches die Auffassung des einzelnen belegen soll, daß es mir nicht nötig erscheint, dieses Materail noch ins Unendliche zu vermehren.

Herr Dr. Herz hat auf das Urteil im Münchener Dolchstoßprozeß Bezug genommen und einen Teil der Urteilsbegründung in der Anlage IX (o. S. 125 f.) gebracht. Kurz vorher hat sich Dr. Herz darüber verbreitet, daß man Zitate nicht bruchstückweise, sondern im ganzen bringen soll, daß durch Fortlassungen leicht eine falsche Darstellung entstünde. Das ist denkbar. Ich bestreite aber, daß durch diejenigen Fortlassungen, die ich in meiner Ausarbeitung für nötig gehalten habe, lediglich um das Manuskript nicht zu umfangreich werden zu lassen, der Sinn irgendwie verändert würde. Wenn Herr Dr. Herz so ausschlaggebenden Wert auf vollständige Zitate legt, dann verstehe ich nicht, daß er sich selbst nicht danach richtet und in Anlage IX nur denjenigen Teil der Urteilsbegründung bringt, der seine Auffassung nach seiner Meinung stützen könnte, das Entscheidende aber fortläßt, nämlich denjenigen Teil, aus dem sich das Urteil erklärt, das dahin ging, daß der Schriftleiter der sozialistischen „Münchener Post" verurteilt wurde. Die Urteilsbegründung bringt eine Reihe von Feststellungen, die ich nunmehr genötigt bin zu verlesen, weil diese meiner Auffassung recht geben. Die Behauptung des Herrn Dr. Herz, daß das Urteil nicht rechtskräftig geworden sei, ist irrig; es ist, wie ich festgestellt habe, durch Zurücknahme der Berufungen beider Parteien rechtskräftig geworden. Die Feststellungen der Urteilsbegründung, auf die es ankommt (III. 1—3), lauten:

„1. Bewußt und absichtlich auf die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht gerichtete Handlungen hinter der Front sind in den späteren Kriegszeiten erfolgt. Zu diesen Handlungen zählen insbesondere die Verbreitung von Flugschriften, Flugblättern mit einem den Kampfeswillen zu lähmen bestimmten, mit einem aufrührerischen und Mißstimmung erzeugenden Inhalt, revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift, mittels Handzettel und von Mund zu Mund, Meutereien im Heere und in der Marine, auch einzelne Streiks, insbesondere Streiks der Rüstungsindustrie.

2. Solche Handlungen sind, abgesehen von der Verbreitung von Flugschriften durch die Feinde, sei es in Form von Aufforderungen, sei es in der Form unmittelbarer Beteiligung, von Angehörigen der USPD und von Angehörigen noch weiter links stehender Gruppen vorgenommen worden.

3. Der Kampfgeist des Frontheeres ist, wenn überhaupt, nur in vereinzelten Fällen durch solche Handlungen beeinträchtigt worden. Der Geist der Truppen in der Etappe, der Geist des aus der Heimat kommenden, für die Front bestimmten Ersatzes ist durch solche Handlungen erheblich geschädigt worden. Der Ersatz verstand es im letzten Jahre des Krieges vielfach nicht mehr, bis zur Front vorzukommen.

Der Kampfgeist der mit dem Feinde ständig in Berührung stehenden Teile der Marine, insbesondere der Geist der Besatzung der Unterseeboote, ist vortrefflich geblieben. Der Geist der Mannschaft der in den Heimathäfen liegenden Schiffe ist unterwühlt worden. Als Ende Oktober 1918 nach Anordnung der Seekriegsleitung die Hochseeflotte zu einem Vorstoß gegen die Feinde auslaufen sollte, zu einem Vorstoß, der nach Überzeugung der höheren Marinefachleute aussichtsreich gewesen wäre, die Lage des Frontheeres hätte entlasten und damit wohl auch bessere Vorbedingungen für den Abschluß des Waffenstillstandes und des späteren Friedens hätte schaffen können, ist unter der Mannschaft offen Meuterei ausgebrochen; der Flottenvorstoß ist unterblieben.

Die Kampfkraft des Heeres und der Flotte hat durch diese Handlungen sehr große Einbuße erlitten."

(Abg. *Dittmann:* Das sagt der völkische Amtsrichter, ein einzelner Mann!)

— Das Gericht ist zu diesem Urteil gekommen.

(Abg. *Dittmann:* Das Gericht war mit *einem* Mann besetzt.) Es ist bezeichnend, daß Sie, wenn dieses Urteil ergangen ist, sich gegen den Richter wenden. Wäre das Urteil in *Ihrem* Sinne erfolgt, würden Sie es wahrscheinlich verlesen haben, und da hier der Richter, der übrigens keiner völkischen Partei angehört, durchaus objektiv vorgegangen ist, und auch einige Punkte aus dem Inhalt der „Süddeutschen Monatshefte" erwähnt hat, die angreifbar sind, so hat ja

Herr Dr. Herz auf diesen Teil der Urteilsbegründung Bezug genommen. Hätte Herr Dr. Herz das nicht getan, hätte ich es mir ersparen können, das *Wesentliche* der Urteilsbegründung vorzulesen.

Herr Dr. Herz ist auch auf die Erklärung des Grafen Pestalozza eingegangen. Er hat sie für seine Auffassung ausgewertet. Nach meinen Feststellungen ist diese Erklärung lediglich erfolgt, um alles aus dem Prozeß auszuschalten, was nicht hineingehörte. Die „Süddeutschen Monatshefte" hatten den Vorwurf des „Dolchstoßes" gegen die USPD und die Linksradikalen erhoben, nicht gegen die Mehrheitssozialdemokraten. Es konnte nur über Dinge verhandelt werden, die in den „Süddeutschen Monatsheften" enthalten waren, und der Versuch, von außen her anderes hineinzubringen, mußte abgewehrt werden. Aus diesem Grunde hat Graf Pestalozza die Erklärung abgegeben, es ist daher nicht angängig, sie anders zu deuten.

Ein von Dr. Herz zitierter Brief des New Yorker Bankiers Otto Kahn bestreitet, mit den „Friends of German Democracy" jemals in „aktiven Beziehungen" gestanden zu haben. Es liegt demgegenüber eine Reihe von Hinweisen verschiedener Quellen vor, aus denen zu entnehmen ist, daß eine Verbindung bestanden hat.

Es finden sich solche Hinweise bei Wernstorf und in dem bekannten Buch „A travers les lignes ennemies" von Hansi und Tonnelat. Der Almanach der „Freien Zeitung", Bern 1918, bringt in seinem Teil 7 einen Artikel von Otto Kahn: „Ein Amerikaner, deutscher Geburt, und der Krieg", und die Redaktion stellt ausdrücklich dazu fest, daß die „Kölnische Zeitung" sich irrt, wenn sie den Bankier Otto Kahn als *nicht* zu den „Friends of German Democracy" gehörig bezeichnet. Auch die von Professor Dr. Schramm herausgegebenen „Mitteilungen des Verbandes deutscher Kriegssammlungen" nennen Kahn als Mitglied der Vereinigung. Wenn Herr Kahn sagt, seine Erinnerung an die „Friends of German Democracy" wäre „sehr verschwommen", so scheint das richtig zu sein.

Herr Dr. Herz bemängelt, daß die Aussage des Generals Groener im Münchener Dolchstoßprozeß nichts von den Mitteilungen des Generalmajors v. Wrisberg über das Verhalten des Kabinetts Ebert-Scheidemann in den Weihnachtstagen 1918 gebracht habe. Er sagt: „Ein Grund, in die Aussage Groeners irgendwelche Zweifel zu setzen, liege nicht vor." Es liegt mir fern, das zu tun; aber ebensowenig liegt ein Grund vor, Zweifel in die Mitteilungen des Generals v. Wrisberg zu setzen, die er mir ausdrücklich mit allen Einzelheiten gemacht hat. General Groener konnte nicht Kenntnis von allen Telephongesprächen haben, die General v. Wrisberg persönlich geführt hat. General v. Wrisberg hat mir mit allen Einzelheiten mitgeteilt, daß Ebert ihm gesagt habe: „Schicken Sie uns um Gottes willen Offiziere, sonst sind wir verloren", ferner, daß die Regierung damals

den Gedanken gehabt habe, Berlin zu verlassen. Ein Eisenbahnzug wurde auf dem Anhalter Bahnhof bereitgestellt mit dem Ziel Dessau. Das hat General v. Wrisberg mir ausdrücklich gesagt mit der Bemerkung, daß er jederzeit bereit wäre, es zu beeiden. Es liegt also durchaus kein Irrtum vor.

Herr Dr. Herz hat Bezug genommen auf Ausführungen des früheren Reichskanzlers, des Abgeordneten Hermann Müller, der sich gegen den Wortlaut des Stenogramms seiner Rede auf dem Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß in Bern 1919 wendet. Dazu möchte ich bemerken, daß er sich damals nicht gegen die Wiedergabe der Rede im offiziellen Bulletin Nr. 2 vom 5. II. 1919 ausgesprochen hat, sondern gegen die Fassung, die die „Freiheit" gebracht hat. Die Wiedergabe in der „Freiheit" ist ähnlich derjenigen im Bulletin. Es heißt dort:

> „Der größte deutsche Massenstreik, der je geführt wurde, der Januarstreik von 1918, wollte das Kriegsende erzielen. Leider mußte er, wofür die Führer keine Verantwortung trifft, nach einigen Tagen abgebrochen werden, weil die Stunde noch nicht gekommen war",

und im Bulletin heißt es:

> „Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Revolution früher hätten machen sollen. Eisner hat in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Januarstreiks hingewiesen, den größten politischen Massenstreik, den wir je gehabt haben. Er mußte aber abgebrochen werden, weil die Situation noch nicht reif war."

Ich habe an der Richtigkeit der Wiedergabe dieser Äußerung Müllers nicht gezweifelt, weil ja auch der Vorstandsbericht des Parteitags der SPD 1919 (Weimar 15. Juni) u. a. besagt:

> „Erst der Zutritt der Parteileitung, ihr offenes Bekenntnis zur Sache der Arbeiter gab jener Bewegung (dem Massenstreik 1918), die unabwendbar geworden war, *ihren Umfang und ihre Bedeutung*."

Was Dr. Herz hier von meinem Zitat über Grimm sagt, trifft nicht den Kern der Sache. Ich habe dieses Zitat wegen des Satzes gebracht, „daß Grimm frankophil eingestellt war, *wie es bei vielen Deutschen und vom deutschen Sozialismus beeinflußten ehrlichen Sozialisten der Fall war*". Es war mir dabei gleichgültig, ob Grimm später, wie bekannt ist, seine Einstellung geändert hat.

Herr Dr. Herz behauptet ferner, bei Frau Balabanoff (S. 169) stünde ein Zitat, das ich gebracht habe. Dort steht das Zitat gar nicht, sondern in Grünbergs Archiv (S. 405).

In einer längeren Bemerkung geht nun Herr Dr. Herz auf meine Hinweise auf die Aussagen der Zeugen Stampfer und Davidsohn im Magdeburger Prozeß ein. Die Annahme des Herrn Dr. Herz, Stampfer und Davidsohn seien nicht vernommen worden, ist falsch, die Aussagen sind in der „München-Augsburger Abendzeitung" vom 21. April 1925

abgedruckt. Herr Dr. Herz macht sich in diesem Zusammenhang eine Behauptung zu eigen, die als *Legende* gekennzeichnet werden muß. Er behauptet, daß der Ausgang des Magdeburger Prozesses an dem vorzeitigen Hinscheiden des früheren Reichspräsidenten Ebert mit Schuld trüge. Eine solche Behauptung sollte in einer ernsthaften Arbeit nicht vorkommen.

(Abg. *Dittmann:* Es ist die allgemeine Auffassung.)

Nein! Das ist eine von Ihrer Partei lancierte Behauptung, die ernsthafter Prüfung nicht standhält. Wie soll der Prozeß im Zusammenhang stehen mit einer Blinddarmoperation? Die Behauptung ist einfach absurd.

(Abg. *Dittmann:* Der Gemütszustand eines Kranken macht ungeheuer viel aus.)

Ebert ist doch nicht infolge seines Gemütszustandes, sondern infolge von Blinddarmvereiterung gestorben.

(Abg. *Dittmann:* Ich weiß persönlich, wie er sich darüber erregt und geäußert hat.)

Etwas eingehender muß die Frage der an den Unabhängigen Oskar Cohn gezahlten Gelder behandelt werden. Herr Dr. Herz scheint der Auffassung zu sein, daß solche Gelder nicht oder nur in geringem Umfang für revolutionäre Zwecke gezahlt worden seien. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß sowohl Funksprüche von Joffe vorliegen, ferner Aussagen von Radek und auch eine Rede des Mehrheitssozialisten, früheren Ministers Heine, die alle bezeugen, daß tatsächlich Gelder für revolutionäre Zwecke in erheblichem Umfange gezahlt worden sind. Im „Deutschen Geschichtskalender", Herausgeber Dr. Friedrich Purlitz, „Die deutsche Revolution", erster Band, November 1918 bis Februar 1919, S. 394 ff. lesen wir:

„Am 5. Dezember läßt . . . der frühere Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Joffe, von Moskau aus folgenden Funkspruch ergehen: „Auf die Beschuldigung des W. T. B., die frühere Vertretung der Sowjetregierung in Berlin habe sich nicht nur die Verbreitung bolschewistischer Propagandaschriften in Deutschland, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen, bitte ich festzustellen, daß *diese Propagandaschriften durch Vermittlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* verbreitet wurden. Was den Ankauf von Waffen anlangt, so ist die in der erwähnten Meldung angeführte Zahl von insgesamt 159 Mauserpistolen, 23 Brownings, 27 000 Patronen nicht richtig. Die angeführten Waffen waren nur zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Barth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die ungefähre Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herrn Barth sind seinerzeit zum Zwecke der Beschaffung von Waffen nicht 105 000 M. übergeben worden, sondern mehrere hundert-

tausend Mark. Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den Unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben."

Joffe hat am 15. Dezember 1918, als Haase und Barth diese Zusammenhänge abstreiten wollten, in einem nach Kopenhagen gerichteten Funkspruch folgende Erklärung, von der ein Teil in der „Freiheit" erschien, abgegeben:

„Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen Sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang umsonst tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren darzustellen beliebte.

Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth aushändigen konnte, da dieser Herr ein Neuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelsperson solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr Anspruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herrn Volksbeauftragten Barth ganz genau bekannt, daß die mehreren hunderttausend Mark, die er, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir stammten. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, vierzehn Tage vor Ausbruch der Revolution, bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo die Gelder ihren Ursprung hätten. Bei dieser Gelegenheit machte er mir darüber Vorwürfe, daß ich ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der Kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuchs in Berlin erbetene Summe von 2 Millionen Mark seinerzeit nicht ausgehändigt hatte. Hätte ich dies getan, sagte er, so wäre das deutsche Proletariat längst bewaffnet und imstande gewesen, die revolutionäre Erhebung erfolgreich durchzuführen. Es versteht sich weiter jedenfalls von selbst, daß bei dieser revolutionären Tätigkeit, in der die russischen Sozialisten Hand in Hand mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gingen, *keine offiziellen Vereinbarungen weder mit der Parteileitung noch mit den einzelnen Mitgliedern derselben getroffen werden konnten.* Ich möchte aber Herrn Haase fragen, ob er bei verschiedenen Gelegenheiten, so z. B. als er und seine politischen Freunde von mir das Material und nicht nur das russische Material für seine Reichstagsreden empfingen, als er im Namen seiner politischen Freunde an mich mehrmals die Aufforderung stellte, keine Zahlungen an Deutschland zu leisten, da

dieses nicht im Interesse der Entwicklung der deutschen Revolution läge . . ., als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von uns finanzielle Beihilfe für den Verlag der Druckschriften empfing, als sie unsere schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch nahm — ob er bei diesen Gelegenheiten nicht der Meinung gewesen ist, daß alles geschehe zum gemeinsamen Nutzen und zum gemeinsamen Zwecke, die Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland wie überall zu fördern . . ."

Außer dieser Erklärung, die aus der „Freiheit" in der Hauptsache hier wiedergegeben ist, war aber ein wesentlicher Teil des Joffeschen Funkspruches von der „Freiheit" unterdrückt worden. Es hieß in diesem in der unabhängigen Zeitung fehlenden Teil:

„Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um den Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabgeordn. Dr. Oskar Cohn, mitzuteilen, daß jene 150 000 Mark und 150 000 Rubel, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet saß, daß er diese Summe zurzeit nicht an die Unabhängige Partei auszuzahlen braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von 10 Millionen Rubel, worüber ich Herrn Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe . . . Was endlich die Summe von 350 000 Mark und 50 000 Rubel anbetrifft, die Herr Dr. Cohn von mir zur Hilfeleistung an die in Deutschland zurückgebliebenen Russen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen . . ."

Haase gab darauf in der „Freiheit" die Richtigkeit der Angaben Joffes zu, mit Ausnahme der über die russische Geldunterstützung. Dr. Oskar Cohn gab am 24. Dezember 1918 eine längere Erklärung zu dem Funkspruch Joffes ab[1]), in der es nach einer für diese Angelegenheit unerheblichen Vorrede heißt:

„Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? . . ."

„Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben hat, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zweck zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution und bedaure

[1]) S. „Deutscher Geschichtskalender", die deutsche Revolution Band I, S. 400—401.

nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann."

Ich komme nun zur Äußerung des Sozialdemokraten preuß. Justizminister Dr. Wolfgang Heine vom 14. März 1919.

(Abg. *Dittmann:* Warum haben Sie nicht die Antwort von Haase gegen Joffe verlesen?)

— Die können Sie ja nachlesen. Im allgemeinen ist meines Wissens nie bestritten worden, auch hier im Ausschuß nicht, daß diese Zusammenhänge zwischen Oskar Cohn und den Bolschewisten bestanden haben und daß Cohn Geld für revolutionäre Zwecke empfangen hat.

(Abg. *Dittmann:* Cohn hat erklärt, daß er das Geld bekommen hat, um die Angestellten der russischen Botschaft zu bezahlen, die noch soundso viel Gehalt zu bekommen hatten.)

Das war eine ganz andere Summe, auch das können Sie nachlesen. Es sind Gelder für die Zwecke, die Sie meinen, bezahlt worden, und andere für revolutionäre Zwecke, wie aus dem, was ich verlesen habe, hervorgeht.

Die Ausführungen des Mehrheitssozialisten Heine in seiner Rede in der Landesversammlung lauten:

„Nun ist es ja freilich eine alte Forderung der Unabhängigen, daß Freikorps nicht gebildet, oder daß sie aufgelöst werden. Sie wollen Berlin schutzlos den Horden von Spartakus und das preußische Gebiet schutzlos ihren Seelenbrüdern aus Rußland ausliefern (Zuruf) — Unterstellung? O bitte, Radek hat ausgesagt, daß das Geld, welches Herr Dr. Oskar Cohn für Wohltätigkeitszwecke von Herrn Joffe erhalten habe, größtenteils zum Ankauf von Waffen benutzt worden sei (Hört, hört!), das ist die Aussage des Herrn Radek in den Akten! . . ."[1]).

Wenn selbst der sozialdemokratische Minister Heine sich auf die Aussage Radeks bezieht, die dasselbe bezeugt wie die Funksprüche von Joffe, wenn er sich diese zu eigen macht, so habe ich keinen Grund, an der Richtigkeit zu zweifeln.

Was nun das viele Propagandamaterial betrifft, das von Rußland herübergeschmuggelt und mit Hilfe der Unabhängigen verbreitet wurde, so ist es ganz interessant, wenn man einmal diese Flugblätter durchliest und auf ihren geradezu blutrünstigen Inhalt nachprüft. Ich habe hier ein längeres Flugblatt, ich möchte mir ersparen, es vorzulesen. Ich könnte es nach dem Muster von Herrn Dr. Herz in der Anlage bringen, wenn es gewünscht wird. Es heißt darin am Schluß:

---

[1]) Zitiert in dem Buche „Die Berliner Putsche", Buchhandlung „Vorwärts" 1919 (S. 11).

„Auf in den Kampf, deutsche Arbeiter und Soldaten!

Kaltblütig und entschieden gehandelt! Und das Ungeheuer, das jetzt röchelnd am Boden liegt, es wird seinen verpesteten Geist aushauchen.

Es lebe die Arbeiterrevolution in Deutschland!

Es lebe das Bündnis der bewaffneten deutschen und russischen Arbeiter!

Es lebe die Weltrevolution."

Diese Sprache ist nicht mißzuverstehen.

Auf S. 77 bestreitet Dr. Herz, daß Siegfried Balder zum Kreis der „Freien Zeitung" gehört habe. Siegfried Balder lebte in Frankreich, er war also damals nicht in Bern. Er wird auch vielleicht den anderen Mitarbeitern der „Freien Zeitung" persönlich nicht bekannt gewesen sein. Daß aber Balder seine Artikel in der „Freien Zeitung" veröffentlicht hat, wird bei Hansi und Tonnelat ausführlich erwähnt.

Herr Dr. Herz sagt auf Seite 82:

„Im Gegensatz dazu scheint Graf zu Eulenburg davon auszugehen, daß eine Revolution an sich schon ein Verbrechen ist, das, allerdings rein juristisch gesehen, nur solange strafbar bleibt, als es nicht von Erfolg gekrönt ist."

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das stimmt doch bei allen Revolutionen.) — Ich habe mich mit den verschiedenen Revolutionen, die in der Geschichte vorgekommen sind, außer mit der November-Revolution 1918, bei den Ausschußarbeiten nicht zu befassen gehabt. Ich habe daher zu diesen Revolutionen gar nicht Stellung genommen. Darüber aber habe ich keinen Zweifel gelassen, *daß und warum ich die November-Revolution 1918 für ein Verbrechen am deutschen Volke halte.*

Zu den Ausführungen von Dr. Herz auf S. 83 unten erkläre ich, daß ich von mir aus die Auffassung ablehne, die weltanschauliche Dinge von dem Gesichtspunkt behandelt, wie man besser Karriere macht. Auf S. 86 sagt Dr. Herz:

„Der Hauptteil der USPD war grundsätzlich zu einer politischen Revolution bereit, aber erst dann, wenn ihre theoretischen und praktischen Voraussetzungen gegeben wären. Im November 1918 hielt er sie aber nicht für gegeben."

Diese Voraussetzungen hielt man in der Unabhängigen Partei am 4. November noch nicht für gegeben. Am 9. November hat man sie für gegeben gehalten und danach gehandelt, und wer grundsätzlich zu einer politischen Revolution bereit ist, der trifft auch die Vorbereitungen dazu.

(Abg. *Dittmann:* Sie scheinen aus Erfahrung zu sprechen.) — Aus der Erfahrung, die mir das Studium des Materials der Linken verschafft hat.

Ich komme nun zu einer Art Zusammenfassung, die zugleich als Thesenentwurf dienen soll:

Die elementare Ursache des deutschen inneren Zusammenbruchs war:

Das Abnehmen der deutschen Widerstandskraft infolge zunehmender Schwächung der Gesamtfront des deutschen Volkes.

An dieser Schwächung haben ausschlaggebend mitgewirkt:

I. die Verluste an Menschenleben,

II. die Verluste an Volkskraft infolge der Blockade,

III. die defaitistische und revolutionäre Propaganda.

Über die revolutionäre Propaganda steht fest:

1. Durch Verbreitung von Flugblättern mit aufrührerischem und Mißstimmung erzeugendem Inhalt, durch revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift und durch Streiks wurden während des Krieges bewußt und absichtlich Handlungen unternommen, die auf die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht und auf den Umsturz gerichtet waren.

2. Diese Handlungen sind von Angehörigen der USPD und weiter links stehender Gruppen vorgenommen worden.

3. Durch diese Handlungen wurde zwar der Geist des Frontheeres nur in vereinzelten Fällen beeinträchtigt, der Geist der Etappentruppen und des aus der Heimat kommenden Ersatzes jedoch in hohem Maße. Der Ersatz kam vielfach nicht mehr bis zur Front.

4. Die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes hat erhebliche Einbuße durch diese Handlungen erlitten.

5. Durch sie wurden die Voraussetzungen für die Novemberrevolution 1918 geschaffen, die dem in schwerste Kämpfe verstrickten Frontheer in den Rücken fiel. Die Mehrheitssozialdemokratie, deren Haltung bereits im Januarstreik 1918 schwankend gewesen war, beteiligte sich mit den Unabhängigen an der Revolution.

6. Das deutsche Volk wurde durch die Revolution wehrlos dem Diktat der Feinde ausgeliefert.

Abg. *Joos:*

Die Bemerkungen, die ich zu machen habe, beziehen sich auf die psychologischen Ursachen unseres Zusammenbruchs. Ich gehe in dem, was ich zu sagen habe, nicht politischen Zeitschriften nach, sondern folge den Beobachtungen und Erfahrungen, die ich in der Heimat gemacht habe. Meine Ausführungen beziehen sich nur auf die Heimat und nicht auf die Front, und wir tun gut daran, die Dinge immer auseinanderzuhalten. Es sind das nicht zufällige Beobachtungen, sondern gerade die enge Verbindung mit der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit, die Kollege Dr. Philipp in seiner Zusammenfassung auch erwähnt, meine Tätigkeit im Volksverein für das katholische Deutschland, die jahrelange Versammlungstätigkeit, die mich immer und immer wieder mit den Leuten zusammenbrachte in meiner Eigen-

schaft als Schriftleiter einer Wochenschrift, die selbst in engster Verbindung mit den Leuten an der Front stand.

Eine Vorstellung über den Zusammenbruch lautet etwa folgendermaßen: *Vor* dem Kriege war alles bei uns in Ordnung gewesen; 1914 waren wir ein einiges Volk. Dann folgten die Mißstände, die großen Verluste an Menschenleben, die Blockade usw. Diese brachten im Gefolge Unzufriedenheit und schlechte Stimmung; eine skrupellose Agitation hätte den Zusammenbruch beschleunigt und die Revolution hervorgerufen. — Diese Vorstellung halte ich für falsch und auch unhistorisch. Sie führt zu einer *Über*schätzung des Zustandes vor dem Krieg oder zu Beginn des Krieges und zu einer *Unter*schätzung von gewissen Vorgängen. Dann sieht man falsch. Man müßte dann annehmen, daß ein Irrzustand vorhanden war, und Kollege Philipp ist auch gezwungen, das anzunehmen. In Wahrheit war das deutsche Volk *vor* dem Kriege durchsetzt von starken Bruchstellen in seiner inneren, in seiner seelischen Verfassung, nicht etwa nur in dem, was den Rahmen seiner Staatsform anbetrifft. Ich verstehe unter diesen Bruchstellen den Zerbröckelungsprozeß in Stadt und Land hinsichtlich der überlieferten Sitten sowie des Volksgefühls, die Unsicherheit des nationalen Instinkts, die Spannunng zwischen Kapital und Arbeit, den Mangel an menschlichen, d. h. solidarischen Beziehungen in den verschiedensten Volkskreisen. Was wir damals durch staatsbürgerlichen Unterricht und Volksbildungsarbeit zu erziehen versuchten, war in keiner Weise geeignet, irgendwie wesentliches zu bessern. Wir sind bereits in den Krieg hineingekommen in einer innneren seelischen Verfassung des Volkes, die an sich bedenklich war. Die Frage war nun weiter, wie der Krieg auf diesen Volkszustand wirken mußte. Der Kollege Philipp hat diese innere seelische Verfassung unseres Volkes vor dem Kriege überhaupt nicht berücksichtigt, sondern er beginnt in seinen Betrachtungen mit dem Kriegsausbruch. Er unterscheidet ganz richtig zwischen Zusammenbruch und Umsturzbewegung. Die Unterscheidung ist zwar nicht immer konsequent und manchmal auch nicht immer gleichmäßig durchgeführt. Die Wertung des einen gegenüber dem anderen wird verwischt. Aber ich folge seiner Zusammenfassung:

> Für die Entstehung des deutschen Zusammenbruchs und die Art seines Verlaufes sind aber neben den unabänderlichen und schicksalhaften Kräften, die das Verhalten des deutschen Volkes fast zwangsläufig bestimmten und erklärten, auch jene zersetzenden Mächte mit verantwortlich, die bewußt auf den Zusammenbruch hingearbeitet haben.

Man kann dem zustimmen und sagen: Derartige revolutionäre Kräfte hat es sicher gegeben, die auch auf Aktionen hinarbeiteten und auch in Verbindung mit dem Ausland standen. Es scheint mir auch erwiesen, daß wenigstens bis zu einer bestimmten Phase nicht nur geistige Einflüsse von außen kamen, sondern materielle Unterstützung den

Leuten, die den Revolutionsausbruch betrieben, zuteil wurde. Aber darauf kommt es an sich nicht an, sondern die Frage ist und bleibt: Welche von diesen verschiedenen Faktoren, die unabänderlich, schicksalhaft wirkten und die anderen bewußt revolutionierten, am stärksten gewirkt haben, das heißt: die Rangstellung dieser Faktoren in dem Gesamtprozeß. Man kann sicher Bände von Zeugnissen, Aussprüchen, revolutionären Redensarten zusammenstellen; sie sind für mich kein Beweis und haben auch objektiv keine Beweiskraft. Es können revolutionäre Reden nur verfangen, wenn ein Boden dafür vorbereitet ist.

(Sehr richtig!)

Sie können sich nicht einfach an einer glatten Marmorwand einhaken. Der Kollege Philipp spricht von Pazifisten aus Grundsatz, die während des Krieges wohl auch dagewesen wären. Vielleicht denkt er an die Leute, die heute die Friedensgesellschaften bilden.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Typ Quidde!)

Die Leute waren während des Krieges doch bei uns wie in anderen Ländern sehr still und bedeutungslos. Ich erinnere dabei an das Buch von Romain Rolland „Clerambault". Die Pazifisten waren in sich hineingeflüchtet und suchten nach einer Parole, die vielleicht am Ende lautete: „Dann in Gottes Namen Krieg für den Frieden." Aber sie konnten während des Krieges nichts mit sich anfangen, sie schieden ganz aus.

Ich folge ferner auch dem Satze, den der Herr Kollege Philipp aufstellt: Es bestand kein unbedingter Zwang, den Krieg plötzlich abzubrechen. Wer jahrelang gehungert hat, konnte auch drei Monate länger hungern. Das ist gerade der springende Punkt. Es war in ihrem Innern ein Zustand entstanden, der besagte: Wir könnnen nicht mehr und wir *wollen* auch nicht mehr. Da war die Sache eben zu Ende. Das war nicht ein Enderfolg der Revolutionäre, sondern das Ende des Prozesses, der im seelischen Menschen vor sich ging.

Wir müssen daher etwas tiefer in diese volkspsychologischen Zusammenhänge hineinsteigen. Herr Dr. Philipp spricht von den Nerven, und ich höre auch immer wieder: die Nerven wären gerissen; ja, das gibt keine letzte Erklärung. Das ist sicher auch vorhanden gewesen und läuft nebenher, aber es dringt nicht an die Stelle, wo die letzten Entscheidungen fallen. Näher kommen wir schon, wenn wir an die Enttäuschung denken, die wuchs und immer weiter wuchs in den Massen derer, die auf einen solchen Krieg in dieser Form und dieser Art niemals gefaßt gewesen waren und die die primitive Hoffnung hatten: in einigen Monaten ist es zu Ende. Die Zusammenstellung von Herrn Dr. Philipp kommt mir auch in dieser Hinsicht sehr interessant vor. Er zählt eine ganze Menge Symptome auf: Kriegsmüdigkeit, schlapper Kampfwille, künstliches Aufpumpen, er

spricht von einem Schwund der ethisch nationalen Begeisterung, von einem Verlust des seelischen Gleichgewichts.

Herr Kollege Dr. Philipp, Sie kommen der Sache am nächsten an der Stelle, an der Sie vom Kriege als einem geistigen Revolutionär sprechen. Ich sage nicht: *der* Krieg. Das kann ich nicht, ich habe nur *diesen* Krieg erlebt. Ob jeder Krieg diese revolutionären Wirkungen an sich hat, weiß ich nicht; aber *dieser* hatte sie zweifellos. Der Krieg ist ein Revolutionär in sich, zumal *dieser* Krieg, und meine Meinung geht dahin, daß dieser Krieg in der Art, wie er geführt werden mußte, aus sich heraus, im Innern des Landes, das primitive Denken in unseren Volkskreisen in Stadt und Land zerstört hat, das Bewußtsein des schicksalhaften Zusammenhanges im Volke zersetzt und damit den Zusammenbruch vorbereitet hat. Unter dem primitiven Denken verstehe ich das, was dem Volke eigen ist. Breite Volksmassen leben aus Primitivem und Unmittelbarem. Darin liegt auch ihre höchste Kraft; denn zweckhaftes, lediglich auf Vorteil bedachtes Denken liegt ihnen nicht. Darum haben sie die Kraft, die der sogenannte differenzierte Mensch nicht mehr besitzt, wirklich an die Dinge zu glauben und sich für Ideale hinzuopfern. Dieser Grundbestand, diese Kraft in unserem Volke ist durch den Krieg zerfressen worden, und die Menschen sind in einen seelischen Zwiespalt gebracht worden. Der Krieg wurde als *Verteidigungs*krieg empfunden, und darum war er für die breiten Massen ein heiliger, ein gerechter Krieg. Aber in dem Augenblick, wo man von *Eroberungen* sprach, von Ausdehnungsdrang und Herrschaftsgelüsten, kamen dieselben Leute, die vom heiligen Krieg ausgegangen waren, mit sich selbst in Widerspruch, es entwickelte sich in ihnen der Konflikt. Gewiß, die Militärs sagten ihnen: Wir brauchen jetzt Sicherungen, damit wir nicht einen neuen Krieg bekommen. Aber das sind Reflexionen, die diesen Menschen nicht eingehen, sondern die sahen höchstens: Die machen aus dem Krieg etwas anderes.

Nun zu der Kriegswirtschaft! — Von welcher Bedeutung war die Frauenarbeit im Kriege, die Nivellierung der Löhne! Gelernte und ungelernte Arbeiter, junge und alte wurden auf dasselbe Niveau gebracht. Ich bitte zu bedenken, welche Revolution diese Notwendigkeiten im Denken und Urteil der Massen mit sich brachten. Drittens betrachte ich den Anreiz zur Produktion, der gegeben werden mußte. Wir waren Volk in Not, und so empfanden es die Leute. Aber sie sahen: um den Krieg zu führen, mußte man die Produzenten von Kriegsmitteln anreizen, damit sie die größtmöglichen Kriegsgewinnne machen konnnten. Also sie standen vor den Leuten als Gewinnmacher. Die Landwirte weigerten sich abzuliefern. Die Gründe, die Kollege Philipp angibt, sind plausibel, auch psychologisch verständlich. Aber deshalb bleibt doch die *Wirkung* dieselbe, und die Wirkung war draußen: Auf Ideale kommt es nicht mehr an, sondern nur

auf das Geschäft, der Ideale ist der Dumme, und eine Unwahrhaftigkeit zog in unser öffentliches Leben schon im zweiten Kriegsjahr ein. Die „Privilegierung der Höchstzahler", wie es Abgeordneter Philipp an einer Stelle nennt, war eine solche revolutionäre Tatsache, die sich jeden Tag abspielte. Das Schlangestehen derer, die keine andere Möglichkeit hatten, hat die Leute innerlich zerbrochen. Ich halte es nicht für ganz exakt, wenn Sie an einer Stelle sagen: Dieses Beispiel, das die Leute boten, die sich dies und jenes leisten konnten, während es andere nicht konnten, hat „Wasser auf die Mühlen der Agitatoren des Umsturzes" geliefert. Das ist nur sekundär; worauf ich hinweisen wollte, ist: es brach *in den Leuten selbst* etwas zusammen, ganz unabhängig von dem Agitator, der auf sie einwirkte. Der Krieg hat unser Heimatvolk in seinem Denken rationalisiert, ernüchtert, entleert und hat es innerlich zerbrochen!

Wer diese volkspsychologischen Wirkungen sehen will, wie sie sich an unseren Kindern während des Krieges und auch noch in der Nachkriegszeit abspielten, nehme das Buch zur Hand „Im Schatten der Schlote", von Heinrich Kautz. Dieser Lehrer an einer Volksschule im Kohlenrevier schildert, wie das Kriegskind zum Revolutionskind geworden ist, und er betrachtet die Seele dieser Kinder im Kriege. Das Kriegskind, das er sah, mußte nach seinen Beobachtungen Revolutionskind werden. Er sagt an einer Stelle:

> „Welch ein Haß gegen die Reichen, die sich überall gut standen, die um lumpiges Papiergeld alles und jedes haben konnten, die nie vor Lebensmittelgeschäften frierend Stunde um Stunde warteten, die alles hinten herum bekamen, deren äußere Erscheinung allein der Freibrief für alles war."

Sie können sich denken, wie solche Dinge wirkten. Wir unterschätzen das. Der Kollege Lambach hat eine Fußnote gegeben an einer Stelle, wo er etwas modifiziert an seinen Stimmungen, die er damals gezeichnet hat, und er sagt: Aber ich habe doch nicht sagen wollen, daß das *wahr* ist, was die Leute behaupteten. Aber darauf kommt es gar nicht an, ob es *wahr ist*, sondern ob es *für wahr gehalten* wird, also auf die Wirkungen.

An einer Stelle lese ich, wie die *Friedenssehnsucht* sich als geistige Großmacht entwickelte und zu Machtfaktoren und Bundesgenossen der Revolutionäre wurde. Ich kann mir denken, daß eine Friedenssehnsucht *und* ein Kriegswille miteinandergehen, aber nur solange, als der Krieg einen *Sinn* hat in dem Denken der Leute, und hier stehe ich wiederum vor einer Tatsache, die mir während des Krieges klar geworden ist. Nicht die Opfer an Gut und Blut und nicht der Hunger waren ausschlaggebend. Man kann Unmenschliches und noch mehr leisten, als wir im Krieg geleistet haben; aber man kann es *nur*, solange man eine Antwort hat auf die Frage: *wofür* und *wozu? Und wenn der Krieg seinen Sinn verliert*, kann die Masse

keine Opfer mehr bringen. Dieser Zustand ist bei uns eingetreten. Ich sah ihn während des Krieges wachsen. Die klare Vorstellung vom Jahre 1914 von Verteidigung und Vaterland wich zurück, und innerlich wurde der Sinn des Krieges unter hunderten von Eindrücken aufgefressen. Das alles lief neben den revolutionären Defaitisten und Miesmachern einher.

Nun die Zivilgewalten und Generalkommandos. Ja, was oben gewollt war, mag noch leidlich gut geklungen haben, was unten daraus wurde, war übel, und der Kollege Philipp sagt an einer Stelle, es wäre ein Verhängnis gewesen, daß während des Weltkrieges Zivilgewalten und Generalkommandos oft nach völlig verschiedenen Grundsätzen nebeneiander regierten und dadurch den Zersetzungsbestrebungen im deutschen Volke in ungeahnter Weise Vorschub leisteten. Das ist wahr. Lehrer Kautz sagt das in folgenden Wendungen:

„Ob das nun die Lebensmittelkarte oder den Reiseausweis, den Bezugsschein oder das Armenattest, die Verlegung des verwundeten Soldaten in ein Heimatlazarett oder das Urlaubsgesuch der kranken Mutter um den Vater, ob es die Zulassung eines Kriegerkindes in eine Heilstätte oder die Auslese der Kinder betraf, die auf dem Lande Erholung finden sollten: in all diesen Dingen äußerte sich allzuleicht die Geringschätzung des Kriegers und seiner Familie, wenigstens war das so der unbestreitbare Eindruck bei den einfachen Leuten, die von sich aus gar nicht geneigt waren, behördliche Schneckenhaftigkeit und Umstandskrämerei verständnisvoll hinzunehmen oder zu entschuldigen."

Ich habe bei Herausgabe meiner Wochenschrift auch mit Zensurbehörden zu tun gehabt, nicht nur mit militärischen. Die militärischen waren bei uns vernünftiger als die zivilen. Das war bei uns der Oberbürgermeister unserer Stadt. Er wollte absolut nicht verstehen, daß ich das, was in der Ernährungsordnung falsch war, zum Ausdruck bringen mußte. Er verbot jedwede Erörterung, auch ganz praktische Vorschläge und Einzelheiten. Eines Tages verbot er uns, einen Papstartikel zu bringen. Ich glaube, weil es mit der Friedensresolution zusammenhing. Der Artikel würdigte lediglich den Papst in seinen Bemühungen um den Weltfrieden, ohne jede politische Anspielung. Was machte es für einen Eindruck, wenn der Titel stehen blieb: Papst . . . und darunter war ein weißer Fleck und die Mitteilung: „Durch die Ortszensur verboten."

Ich erblickte darin auch eine steigende Volksfremdheit bei den Behörden. Das alte System wurde nicht bewußt feindselig betrachtet in dem Sinne, daß jeder bewußt am Tage der Revolution mit dem verjagten alten System fertig werden wollte. Aber das alte System war durch so viele Dinge, bei so vielen Menschen *gleichgültig* geworden, und das machte erst die spätere Entwicklung möglich.

Noch eine Bemerkung über die *Wahlrechtsreform* für Preußen. — Ich habe dabei folgende Beobachtung gemacht. Der kleine Mann, der überall unterschätzt, beleidigt und zurückgesetzt, und doch zu gleichen Leistungen draußen und im Innern berufen war, verstand das auf einmal nicht und sah in der Wahlrechtsreform in Preußen einfach den Ausdruck der Wertung des einfachen Mannes, und das war ein ganz natürliches Geltungsbedürfnis, das da durchbrach.. Ich muß es immer als peinlich empfinden, wenn ich Konservative finde, die das für jene Zeit nicht begriffen haben. Wer nicht mehr gelten kann, weder draußen noch in seiner Arbeit oder im sozialen Leben, dessen Wünsche verdrängen sich und flüchten sich in die Politik. Dann will er da geachtet werden. Das hat man übersehen. Gefördert wurde die Bewegung bei uns durch die Art des Widerstandes, und es ist eine historische Pflicht, die ich hier erfülle, wenn ich daran erinnere, daß wir im Westen mit unserem eigenen geistlichen Oberhirten in dieser Frage in schwerste Konflikte gekommen sind, weil der damalige Kardinalerzbischof v. Hartmann in Köln großen Arbeiterverbänden gegenüber nicht gerade ein Verbot erließ, betreffend die Diskussion des Wahlrechts, aber er wünschte sie eben nicht und berief unseren geistlichen Verbandsvorsitzenden wegen dieser Angelegenheit ab. Das hat erst recht den Gedanken genährt: alles was konservativ ist, wolle dem Volke das gleiche Recht nicht zugestehen. Dieses Feilschen um das Wahlrecht damals, um den Fortschritt, hat in der Tat in der Heimat sehr geschadet. Bei den Fronttruppen war es zum Teil anders, aber zu Hause war es eine lebendige Frage. Was in der zweiten Hälfte des Krieges notwendig gewesen wäre, waren nicht Verbote von dem oder jenem, sondern einzig und allein lebendiges Beispiel der Selbstlosigkeit, und zwar von oben her. Die Ungenannten brachten genug Opfer, sie hungerten und darbten und gaben ihre Söhne her um des Krieges und der nationalen Zukunft willen. Aber die Genannten wollte man sehen, die Autoritäten und Behörden. Da muß ich dem ganz und gar zustimmen, was Kollege Philipp an einer Stelle sagt:

> „Daß sich das moralisch völlig zusammengebrochene Bürgertum bei einem solchen Kampfe aufgerafft und entschieden an die Seite der Revolutionsgegner gestellt hätte, erscheint mir höchst unwahrscheinlich. Ihm war in seiner Mehrheit die durch das Bündnis Ebert-Groener gewährleistete leidliche persönliche Sicherheit und der Schutz von Hab und Gut im Zeichen der neuen demokratischen Republik lieber als die wahrscheinlich erst durch blutigen Kampf wiederherzustellende parlamentarisch regierte Oktobermonarchie."

Was er über das Bürgertum sagt, ist die Wahrheit, und weil diese Kraft eben nicht mehr da war, deshalb konnte von diesem Bürgertum nicht nur keine Kraft auf die breiten Massen des Volkes übergehen, sondern umgekehrt, dieses Bürgertum zerbrach auch noch die Kräfte,

die in dem Volke noch vorhanden waren. Das hat den Untergrund zu den Ereignissen gegeben.

Wenn ich diese volkspsychologischen Gedankengänge, auf die ich hier kurz verweise, in den Gesamtzusammenhang der Ereignisse hineinstelle, so rückt der Anteil der bewußten Revolutionsmacher noch mehr zurück. Diese sind nicht ausgeschaltet, aber sie sind für mich nicht unmittelbar entscheidend an unserem Zusammenbruch und an der Revolution.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich möchte versuchen, das, was wir in einigen Jahren erarbeitet haben, kurz zusammenzufassen:

In der sogenannten Dolchstoßtheorie gibt es zwei Formeln, eine ganz extreme Formel und eine gemäßigte. Die ganz extreme ist seltsamerweise in unserem Ausschuß überhaupt nicht vertreten worden. Sie findet sich am klarsten in der Dolchstoßbroschüre der „Süddeutschen Monatshefte", dem Prozeßbericht von 1925 von Ewald Beckmann. Ich will nur eine Stelle zitieren, um klar zu zeigen, was diese Tendenz sagt. Es ist ein Artikel des Herausgebers Walter Beckmann mit dem wunderlichen Titel: „Die abgemeuterte Entscheidungsschlacht zur See". Es heißt da auf Seite 49:

> „Die Chancen für Sieg und Niederlage im Gesamtkriege aber hingen gerade in jenen Oktobertagen an einem seidenen Faden. Daran ändert der Wunsch der Obersten Heeresleitung nach einem Waffenstillstand für das Landheer nicht viel."

— Ich lege Gewicht auf dieses „nicht viel".

> „Auch der englische Marineminister Churchill gestand ehrlich: „Es war ein gleiches Wettrennen bis zum Ende. Aber am Ende sind wir (die Alliierten) sicher durchgekommen, weil die ganze Nation unverwandt zusammenarbeitete. Je mehr wir von dem Kampfe erfahren, um so mehr erkennt man, an welch kleinem, dünnen, gefährlichen Fädchen unser Erfolg hing." Als die vollkommen ungeschwächte, stets nur siegreiche, dem Feinde überlegene deutsche Flotte im entscheidenden Augenblick dieses dünne seidene Fädchen beim Feinde zum Reißen bringen wollte, fielen Betörte ihr in den Arm, und das Fädchen zerriß auf unserer Seite zu unserem Unheil."

Beckmann sagt also: Der Krieg war eigentlich im Oktober 1918 noch remis. Die Entscheidung hing an einem kleinen Faden, und die Aktion der meuternden Matrosen von 1918 hat diesen Faden zuungunsten Deutschlands zerrissen! Der Verfasser ist so hemmungslos, daß er das Waffenstillstandsangebot der O. H. L., das den Zusammenbruch des Landheeres kundtat, als eine Nebensächlichkeit behandelt. Das ist die Dolchstoßlegende in Reinkultur. Ich muß feststellen, daß diese phantastische Auffassung in unserem Ausschuß

nicht vertreten wurde. Auch Graf Eulenburg hat trotz einzelner scharfer Formulierungen diesen Standpunkt nicht eingenommen.

Hier im Ausschuß hatten wir statt dessen eine andere Auffassung der Dolchstoßtheorie, die sehr abgeschwächt ist. Hauptvertreter waren General v. Kuhl, Major Volkmann und in gewissem Sinne auch Dr. Philipp. Diese Auffassung besagt etwa folgendes: Der Krieg war 1918 für Deutschland verloren; aber wenn Deutschland keine Revolution gehabt hätte, wenn die Armee intakt geblieben wäre, wäre es möglich gewesen, die Friedensbedingungen besser zu gestalten. — Das ist etwas ganz anderes als die phantastische Dolchstoßtheorie der „Süddeutschen Monatshefte".

Ich habe mich schon bemüht, im Februar 1926 bei den Ausführungen des Generals v. Kuhl diese Problemstellung durch verschiedene Anfragen in den Vordergrund zu rücken. General v. Kuhl hat seinen Standpunkt sehr eindeutig und klar niedergelegt. Ich zitiere den Sitzungsbericht vom 4. Februar 1926, Bd. 4 dieser Reihe, S. 142/43. Da erwidert General v. Kuhl auf eine Bemerkung meinerseits:

„Ich bin von vornherein der Ansicht gewesen; der Krieg war verloren, weil die Offensive (1918) mißglückt war."

— Das ist ein ganz zentraler Satz, den man unterstreichen muß.

„Danach konnte es sich nicht mehr darum handeln, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen."

— Das ist sehr wichtig, der Verständigungsfriede war nach General v. Kuhl seit der militärischen Niederlage Deutschlands im Herbst 1918 erledigt.

„Es konnte sich nur darum handeln, die äußerst harten Bedingungen in einer gewissen Weise zu mildern."

Ebenso sagt General v. Kuhl auf Seite 151 noch einmal: ‚Der Verständigungsfriede war damals ausgeschlossen, der Krieg war unbedingt verloren; aber wir hätten eine Anzahl entehrender Bestimmungen des Friedens vielleicht loswerden können.' Auf Seite 152 und 153 hat General v. Kuhl auf die Flotte hingewiesen. Es wäre vielleicht möglich gewesen, die Auslieferung der deutschen Flotte zu verhindern. Herr Dr. Philipp hat damals sofort in dieselbe Kerbe gehauen und auf die Ostfrage verwiesen: es wäre vielleicht möglich gewesen, für Deutschland den Netzedistrikt und Westpreußen zu erhalten. Ähnlich hat sich Major Volkmann geäußert. Volkmann erhebt als Hauptvorwurf gegen die Revolution, daß im November 1918 ein Chaos einsetzte, daß das Chaos Verwirrung im Ostheer hervorrief, und daß durch diese Verwirrung die deutsche Ostfront zerbrochen sei; daraus sei der Verlust von Posen, Westpreußen usw. entstanden. Volkmann gebraucht den scharfen Satz, der sich gleichmäßig gegen Soldaten *und* Offiziere richtet:

„So endete der Krieg auf der Ostfront dank des ehrvergessenen, pflichtwidrigen Verhaltens der Mehrzahl der Soldatenräte und der

Schwäche und Unfähigkeit einer Anzahl verbrauchter Offiziere unter Umständen, die dem deutschen Volke ewig zur Schande gereichen."

Endlich hat Kollege Philipp in seinen Darlegungen dasselbe sehr präzis dargelegt (vgl. o. S. 178). Bei dieser abgeschwächten Formel ist von der Dolchstoßanklage gegen die Revolution wirklich nicht viel übriggeblieben; denn wenn man zugibt: ein Versailler Frieden nach dem Westen hin war unvermeidlich, der Krieg war verloren, ein Verständigungsfrieden ausgeschlossen, vielleicht hätte man aber eine etwas bessere Grenze im Osten haben können, so ist das bei einem so ungeheueren weltgeschichtlichen Ereignis wie der deutschen Niederlage 1918 nicht allzuviel. Damit ist von diesen Herren eigentlich die Dolchstoßtheorie aufgegeben worden. Denn sie besteht nicht darin, daß man sagt: Es ist von den Revolutionären dieses oder jenes Unheil angerichtet worden, sondern nur in der Feststellung: „Wäre die Revolution nicht gekommen, so hätten wir den Krieg nicht verloren!" Nur darum geht der Streit im Volke.

Nun muß ich gegen den Bericht des Herrn Grafen zu Eulenburg zwei wesentliche Vorwürfe erheben. Erstens, daß Graf Eulenburg eine präzise Stellungnahme zu unserem Problem überhaupt nicht gegeben hat. Er hat sehr viel Material zusammengetragen, eine Menge Einzelheiten erörtert, er sagt aber nirgends, auch nicht in den Schlußthesen, wie er sich zu der Frage stellt, ob wir ohne die Revolution den Krieg gewonnnen hätten.

Zweitens muß ich sehr bedauern, daß Graf Eulenburg immer nur allgemein von Beziehungen deutscher linksstehender Gruppen zum „Ausland" spricht, das „Ausland" gewissermaßen als Einheit betrachtet. Damit kann man überhaupt nichts anfangen. Es muß genau unterschieden werden, was für Ausland es ist. Es gab auch im Kriege ein sehr differenziertes „Ausland": es gab das Ententeausland, es gab die revolutionären Sozialisten im Ausland, die ihre Regierungen stürzen wollten. Es gab ferner seit 1917 das bolschewistische Rußland, das eine durchaus selbständige Politik machte, und absolut keine Ententepolitik, und es gab endlich die pazifistisch-sozialistischen Gruppen. Wenn Graf Eulenburg mit besonderem Pathos die Beziehungen deutscher Linkssozialisten zum Bolschewismus darlegt, so hat er die Antwort darauf a priori schon vom Herrn Kollegen Philipp bekommen. Kollege Philipp schreibt auf Seite 166:

„Es ist eine Tragik des Schicksals, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits, indem sie die Rückkehr der Bolschewistenführer nach Rußland begünstigte, damit in gewissem Sinne moralisch das Recht verwirkt hatte, die russischen Beziehungen der deutschen Radikalen zu verurteilen und so mittelbar zum eigenen Sturze mit beigetragen hat."

Also mit moralischer Entrüstung kann man da nichts machen.

Nun will ich im Anschluß an die betreffenden Äußerungen von

Graf Eulenburg die internationalen Beziehungen der Sozialisten im Jahre 1916/17 etwas näher behandeln. Graf zu Eulenburg hat sehr ausführlich die Zimmerwalder Bewegung geschildert. Er stützt sich vor allem auf das wertvolle Buch der Frau Angelika Balabanoff. Es heißt da:

> „Zwei große Arbeiten von ihr (Balabanoff) sind es, die sich beide in der Hauptsache mit dem gleichen Thema beschäftigen und deren Eröffnungen man folgen muß, wenn man erkennen will, wie USPD, Spartakus-Bund, Linksradikale und revolutionäre Jugend mit Unterstützung und zielbewußtem Vorgehen *des Auslandes* in Deutschland auf revolutionärem Wege den Krieg zu beenden unternahmen."

Abgeordneter Dittmann hat mit Recht den Zwischenruf gemacht, welcher hier im Bericht verzeichnet ist: „Welches Ausland?" Das ist wichtig; denn der naive Leser denkt an die Verbindung mit der Entente, wovon keine Rede war.

Ferner erklärt Graf Eulenburg:

> „Die Unabhängige Partei beteiligte sich also an einem internationalen Plan, Deutschland zu revolutionieren. Die Niederlage Deutschlands sollte durch revolutionären Massenstreik usw. erreicht werden."

Es ist hier weder genügend geschieden, was in Zimmerwald die USPD und die linksradikalen Gruppen wollten, noch ist geschieden, was für Tendenzen im „Ausland" bestanden: Entente, Bolschewismus, Pazifismus usw. Das waren völlig getrennte Lager, die man nicht in einen Topf werfen darf, ebensowenig wie dadurch bei den Lesern die unerfreuliche Vorstellung von Landesverrat durch bezahlte Ententeagenten erweckt werden darf.

Sie finden eine klare Darlegung über die zweite Zimmerwalder Konferenz in den Spartakusbriefen I. Band, Ausgabe von 1921, Seite 132 und folgende. Es ist der Spartakusbrief vom 28. Mai 1916. Sie werden daraus ersehen, daß auf der zweiten Zimmerwalder Konferenz im April 1916 eine tiefe Kluft zwischen den pazifistischen Gruppen und den Linksradikalen vorhanden war. In Zimmerwald waren vertreten: die italienischen Sozialisten, die von Anfang an die Kriegskredite abgelehnt hatten, also im scharfen Gegensatz zu ihrer Regierung standen; die schweizerische Partei; aus Rußland die Bolschwisten, die Menschewiki und die S. R., ferner die polnischen Sozialisten, auch scharfe Gegner des Zarismus; die serbische sozialistische Partei, die schon 1914 die Kriegskredite abgelehnt hatte; drei Kriegsgegner aus Frankreich; aus Deutschland die Gruppe „Internationale", das ist die Richtung Liebknecht-Rosa Luxemburg, dann die Gruppe Hoffmann-Ledebour, das ist die USPD, endlich die Vertreter einer „großen Lokalorganisation Nordwestdeutschlands", das ist die Bremer Gruppe.

Also in Zimmerwald und Kienthal kamen deutsche Sozialisten nicht mit dem „Ausland an sich" zusammen, nicht mit der *Entente,* auch nicht mit regierungsfreundlichen Ententesozialisten, sondern mit den Bolschewiki und mit der kleinen Gruppe von Kriegsgegnern und von Revolutionären, die daneben im feindlichen Ausland vorhanden waren. Die Spartakusbriefe stellen überdies fest, daß durch die Schuld der USPD die Kienthaler und Zimmerwalder Bewegung verdorben wurde. Es wird erklärt, daß die zweite Konferenz einen etwas chaotischen Eindruck machte und wohl allgemein weniger befriedigte als die erste:

„Zwar hatte auch diese namentlich infolge des Verhaltens der deutschen Vertreter von der Ledebour-Gruppe an Entschlossenheit und Klarheit viel zu wünschen übriggelassen."

Es wird angedeutet, daß die Konferenz eigentlich eine leere Rederei ohne jede Bedeutung war:

„Die Zimmerwalder Internationale kann unmöglich diese Eigenschaften (nämlich Kraft und Energie) bei ihren Kundgebungen aufbringen, weil sie selbst eine lose Vereinigung ziemlich weit divergierender Elemente der Opposition ist."

Es wird am Schluß höhnisch gesagt:

„Deshalb war z. B. die Mitwirkung zur Maidemonstration in Berlin wichtiger als die ‚würdige' Beschickung der zweiten Zimmerwalder Konferenz, und Karl Liebknecht in seiner stillen Arrestantenzelle wirkt mehr für die Wiederherstellung der Internationale in allen Ländern als zehn Ellen des Zimmerwalder Manifestes."

Also die Spartakusgruppe war der Meinung, daß die Zimmerwalder Konferenz eine leere, sinnlose Schwätzerei wurde, weil die Unabhängigen mit ihrer Passivität die ganze Sache verdarben und daraus einen Brei machten.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Das sind Nuancen.)

— Aber sehr kräftige Nuancen.

Auf Seite 137 wird erklärt:

„Bei der Debatte über diesen ganzen Punkt hatte der Vertreter der Richtung Ledebour-Hoffmann sich von neuem gegen eine Bindung der nationalen Sektionen durch die Zimmerwalder Konferenz, gegen die systematische Anwendung der kleinen Anfragen und für die Annahme von direkten Steuern (inkl. Kriegssteuer) im Kriege ausgesprochen."

Ich weiß nicht, ob das letzte richtig ist.

(Abg. *Dittmann:* Natürlich, wir haben verlangt, daß, genau wie in England von den Besitzenden kräftige Kriegssteuern erhoben würden, es auch in Deutschland geschieht, um den Besitzenden die Lust zur weiteren Fortsetzung des Krieges zu verleiden.)

Für die Revolutionäre war das aber ein Verrat: man ist gegen die Kriegskredite, hinten herum aber bewilligt man die Kriegssteuern.

(Abg. *Dittmann:* Hoffmann und Ledebour, die teilgenommen haben, haben hinterher in Deutschland ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie diesen Standpunkt noch ganz scharf herausgekehrt haben.)

Das Flugblatt wird auch in den Spartakusbriefen zitiert als besonderes Zeichen der schlechten Gesinnung der USPD; denn die USPD sei für die direkten Kriegssteuern und gegen die Autorität der Internationale. Ich glaube, daß diese Momente sehr wichtig sind, die leider bei Graf Eulenburg nicht vorkommen, so daß seine Darstellung einseitig und unrichtig wird.

Nun möchte ich noch kurz auf einige Bemerkungen von Archivrat Volkmann eingehen. Der Hauptfehler des Volkmannschen Gutachtens liegt darin, daß es die Zeit vor 1914 gar nicht berücksichtigt. Das hat auch Herr Kollege Joos gerügt. Es wird der Eindruck erweckt, als ob die innere Krisengeschichte Deutschlands erst während des Krieges beginnt. Aber in zwei Punkten hat Herr Volkmann die Tatsachen durchaus richtig dargelegt, erstens über den wirklichen Ausbruch der Revolution November 1918. Volkmann notiert die bekannte geschichtliche Tatsache, daß sich in Berlin im Oktober eine Art Revolutionskomitee bildete. Aber ebenso bekannt ist, daß das sogenannte Revolutionskomitee infolge seiner inneren Gegensätze vollkommen aktionsunfähig war. Dieses Revolutionskomitee hatte eine Verbindung zur russischen Botschaft. Das ist richtig, ohne daß ich mich auf Einzelheiten, die ich nicht kenne, einlasse. Ebenso ist richtig, daß das Revolutionskomitee von den Ereignissen vollkommen überholt wurde. Als das Revolutionskomitee etwas tun wollte, war schon ganz Deutschland revolutioniert. Berlin ist hinterher gekommen. Am Morgen des 9. November war Berlin eine Insel in dem übrigen roten Deutschland.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Es war eine Führerfrage.)

— Nein, es war die Frage, ob die Berliner Zentrale die Revolution gemacht hat oder hinter der Revolution hergelaufen ist. Das letztere stellt Volkmann mit Recht fest. Es war eine ungeheure, von unten kommende Massenbewegung, deren Anfänge in Kiel wir aus den Aussagen von Noske und Artelt sehr gut erfassen konnten. Dabei hat in Kiel weder die USPD noch der Spartakusbund eine Rolle gespielt. Zwei Männer, die so verschieden voneinander sind, die so im Gegensatz zueinander standen wie Noske und Artelt, haben in diesem Punkt absolut dasselbe gesagt.

Im Anschluß daran noch eine andere Frage: Herr Kollege Philipp sagt über die USPD manches Richtige, vor allem über den Unterschied zwischen der Parteileitung und dem sogenannten aktivistischen linksradikalen Flügel. Es trifft zu, daß die USPD für die ideologisch ganz anders denkenden Spartakusleute einen Unterschlupf bot. So war organisatorisch ein gewisser Übergang vorhanden, wodurch aber der

tiefe politische und ideologische Gegensatz nicht beseitigt wird. Dr. Philipp fragt hier, welches wohl das reale Kräfteverhältnis zwischen den Linksradikalen und der übrigen USPD war. Die Frage ist sehr leicht zu beantworten. Das zeigte sich im Dezember 1918, als die organisatorische Spaltung eintrat und die eigene Kommunistische Partei gegründet wurde. Dabei zeigte sich, daß in den großen Organisationszentren Berlin, Leipzig, Halle, Braunschweig, Bremen usw. 95 % der Arbeiter bei der USPD blieben und nur wenige zum Spartakusbund gingen.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Das war aber doch hinterher. Das Kräfteverhältnis kann Anfang November ein ganz anderes gewesen sein. Außerdem glaube ich nicht, daß eine mathematische Ziffer für die Darstellung des Kräfteverhältnisses entscheidend sein kann. Wenn unter 100 Menschen 5 Kerle sind und 95 schlappe Hunde, können diese unter Umständen die ganze Gesellschaft fortreißen.)

Erstens: Daß eine aktive Minderheit viel durchsetzen kann, ist klar, aber nur, wenn sie in der Gesamttendenz mit der Masse übereinstimmt.

(Sehr richtig!)

Das beste Beispiel ist die russische Revolution. Die Bolschewisten waren 50 000 Mann im Hundertmillionenreich. Aber sie konnten ihre Tendenz durchsetzen, weil die ganzen Bauernmassen mit ihnen einverstanden waren; deshalb haben sie gesiegt. Wenn aber die tapfere Minderheit im Widerspruch mit der Tendenz der großen Volksmasse steht, verblutet sie. Zweitens: Wenn eine Revolution gesiegt hat, haben doch diejenigen recht, die die Revolution gewollt haben, und nicht die Leute, die gebremst haben. Der Spartakusbund hatte im Dezember 1918 hundertmal recht gegenüber der USPD. Trotz ihrer so günstigen Plattform haben die Spartakusleute nur die kleine Minderheit der USPD mit sich reißen können; von der großen Masse der Arbeiter, die bei der Mehrheitssozialdemokratie war, ganz abgesehen.

Herr Volkmann hat weiter richtig erklärt, daß das Feldheer von der Revolution überhaupt kaum betroffen wurde. Er gibt eine ausführliche Darlegung in Bd. 6 dieser Reihe S. 288, der ich mich, soweit ich die Dinge kenne, durchaus anschließen kann. Volkmann schildert, wie die O. H. L. sich auf den Boden der Tatsachen gestellt hat, und wie sie beim Rückmarsch der Truppen die Fäden in der Hand behielt. Herr Volkmann erklärt, daß die bolschewistische Revolution in Deutschland daran gescheitert sei, daß das Heer nicht mitmachte, sondern daß das Heer in Form der Freiwilligen-Verbände die Revolution niedergeworfen hat. Es hängt vom politischen Standpunkt ab, wie man das beurteilt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es das größte Unglück Deutschlands war, daß dieses Ereignis 1918 eingetreten ist. Aber das können wir als geschichtlich unumstößliche Tatsache feststellen, daß die Armee die rote Revolution nicht mitgemacht hat. Sie hat sich auf den Boden der bürgerlichen Republik gestellt; unter Führung von

Hindenburg und Groener, und hat diese Republik gegen die sozialistisch-revolutionären Kräfte verteidigt. Folglich ist eine Zersetzung der Armee, des Frontheeres nicht vorgekommen.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Aber ein Heer kann nicht kämpfen, wenn im Rücken Revolution gemacht wird.)

— Es kommt auf die Situation an. Es gab auch Revolutionen, die den Widerstand der Heere gestärkt haben, denken Sie an die französische Revolution. Die war militärisch hundertmal stärker als das Königtum.

Wie steht es endlich mit der Behauptung der gemäßigten Dolchstoßtheoretiker, also der Herren v. Kuhl, Volkmann, Dr. Philipp: „Wir haben zwar den Krieg auf jeden Fall verloren, ein Verständigungsfrieden war ausgeschlossen, aber man hätte im Osten ohne Revolution mehr erreichen können"? Es sind folgende Punkte, die meines Erachtens auch gegen die gemäßigte Dolchstoßtheorie sprechen:

Erstens waren die Anforderungen, die man an das Westheer seit November 1918 stellte, ganz andere als im Osten. Das Westheer wußte seit November 1918: Der Krieg ist zu Ende und es geht nach Hause. Daß dann die große Masse der Soldaten, die keine Linkssozialisten waren, für die bürgerliche Ordnung eintrat, ist psychologisch begreiflich. Im Osten dagegen stand man der national-polnischen Revolution gegenüber, und die Versuche, einen deutschen Grenzschutz aufzubauen, mußten notwendigerweise zu neuen Kriegshandlungen führen. Die Stimmung der deutschen Soldaten war aber damals, November 1918, so, daß die große Masse von einem weiteren Kampf nichts wissen wollte.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Wir haben bis weit in 1919 hinein große östliche Gebiete behauptet. Ich bin mit dem Willen, den Osten zu behaupten, in Übereinstimmung mit Haase, der in seiner letzten Reichstagsrede 1918 von der Unmöglichkeit gesprochen hat, dort Lösungen im Sinne des heutigen polnischen Korridors zu treffen. Er kam aus Ostpreußen, deshalb hatten diese Dinge für ihn ein besonderes Interesse.)

— Ich bin durchaus überzeugt, daß die Versailler Lösung eine sehr traurige ist. Aber von der Masse der Soldaten, die im Osten stand, war damals nicht mehr viel zu erwarten. Was an kräftigen, widerstandsfähigen Elementen im Heer war, war an der Westfront. Im Osten waren ältere Landsturmformationen, Familienväter, bei denen die Friedenssehnsucht besonders stark war.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es kam noch ein ganz anderes Moment hinzu: Der Gedanke der reinen Landesverteidigung.)

— Das ist ganz richtig; aber nach solchen vier Jahren Krieg und der fürchterlichen Zermürbung war nichts mehr zu wollen.

Weiter ist folgendes wichtig: Die Entente hat, besonders seit Amerika sich ihr angeschlossen hatte, mit aller Entschiedenheit das Kriegsziel der „Wiederherstellung Polens mit Ausgang nach dem Meer"

vertreten. Dagegen war ein Widerstand 1919 kaum möglich. Dann muß man einen für Deutschland unglücklichen Zufall erwähnen. So wie die ethnographische Lage im alten Westpreußen war, hatten wir in dem Gebiet Danzig-Elbing eine starke deutsche Bevölkerung, ebenso im Süden, in Thorn-Graudenz. Aber zufälligerweise ist gerade das Küstengebiet im Westen Danzigs rein polnisch.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Es sind Kassuben!)

Die Leute haben sich als Polen gefühlt, und bei den Wahlen war jener Kreis Neustadt-Karthaus eine feste Hochburg der Polen nicht nur im Reichstag, sondern sogar im Preußischen Landtag. Das ist noch beweiskräftiger, weil bei den Landtagswahlen die besitzenden Oberschichten den Ausschlag gaben. Das war ein bedauerlicher Zufall, der bei den Friedenserwägungen mitsprach. Die deutsche Minderheit der Gegend von Thorn-Graudenz war zwischen Polen im Norden und Süden eingeklemmt. Das haben die Polen für sich ausgenutzt, um dort ihren Staat bis an das Meer auszudehnen.

Aber nun kommt noch ein sehr wichtiges Moment: Es ist im deutschen Volke vielfach die irrtümliche Auffassung vorhanden, als ob die Ostfrage etwas Isoliertes wäre, als ob es eine rein deutsch-polnische Privatangelegenheit wäre. Dem ist nicht so, sondern die deutsch-polnische Frage ist ein Teil der europäischen und internationalen Gesamtpolitik. Die sog. Polenfrage hängt davon ab, wie sich Deutschland zu Rußland, England, Frankreich und überhaupt zu den Großmächten stellt. Ein lokaler deutscher Widerstand in Westpreußen und Posen, auch wenn er noch so erfolgreich und geschickt organisiert worden wäre, hätte bei der damaligen Konstellation der Mächte nach meiner Auffassung nicht viel geändert. Frankreich hat seit dem 18. Jahrhundert den Willen, sich Polen als seine östlich vorgeschobene Armee zu sichern. Polen sollte das französische Armeekorps an der Weichsel sein, wie Bismarck einmal gesagt hat. Frankreich hatte schon im 18. Jahrhundert bei jeder polnischen Königswahl die Hand im Spiele. Als die französische regierende Klasse 1918 ihren alten Traum verwirklichte und ihre Hegemonie in Mitteleuropa aufrichtete, war es klar, daß sie ein starkes Polen schaffen würde, um Polen als Waffe gegen Deutschland und den russischen Bolschewismus zu haben.

Eine weitere Betrachtung: Herr Kollege Joos sagte vorhin, daß wir verpflichtet sind, auch auf die Zeit vor 1914 zurückzublicken. Daß wir als Untersuchungsausschuß unsere Arbeitsgrenze mit dem 4. August 1914 zogen ist klar; wir konnten nicht die ganze deutsche Geschichte untersuchen. Aber diese technische Beschränkung darf uns nicht den Blick für das nehmen, was tatsächlich vorher geschehen ist. Deutschland war 1913 ein innerlich zerklüftetes Land. Was Herr Joos von seinem ethisch-psychologischen Standpunkt aus sagte, muß ich vom materialistisch-klassenmäßigen Standpunkt aus

unterschreiben. Es war einer der Geburtsfehler des alten Deutschen Reichs, daß dieses große moderne Industriereich auf einer feudal-aristokratischen Basis aufgebaut war. Dieser Fehler des Bismarckschen Systems war nicht gutzumachen. Der Fehler brachte erstens den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und bestehendem Staat mit sich. Ich erinnere an die Reichstagswahlen von 1912 mit ihren vier Millionen sozialdemokratischen Stimmen. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung stand in absolutem Gegensatz nicht gegen das deutsche Vaterland, sondern gegen die aristokratisch-feudale Herrenschicht. Aber die feudale Richtung war vor dem Kriege nicht einmal imstande, sich mit dem Bürgertum zu verständigen. Der Bülowblock in all seiner Naivität war doch ein letzter Versuch im Bismarckschen Sinne, eine Verständigung zwischen dem altpreußischen konservativen Adel und dem deutschen Bürgertum herbeizuführen. Das Scheitern des Bülowblocks war nicht nur ein parlamentarisches Ereignis; es zeigte sich dabei, daß man politisch-organisatorisch vor dem Nichts stand, daß man nicht einmal eine Formel hatte, um das wohlhabende besitzende Bürgertum mit dem bestehenden Staat auszusöhnen. Alle diese Dinge sahen in den Vorkriegszeiten nicht so tragisch aus, weil niemand an Barrikadenkämpfe dachte. Wenn der Kaiser vorbeifuhr, gab es Hochrufe und die Bürger nahmen gern Orden an. Es war äußerlich eine friedliche Welt, dank dem wirtschaftlichen Aufschwung, der die Gegensätze vertuschte. Aber die tiefe Kluft bestand nicht nur zwischen der kleinen Herrenschicht und dem Bürgertum und der Arbeiterschaft. Sie lag auch zwischen der herrschenden Richtung und der Partei, mit der sie taktisch oft verbündet war, der Zentrumspartei. Ich muß da auf die Art hinweisen, wie Bismarck die Dinge sah. Bismarck ist, wenn er von den „Reichsfeinden" sprach, manchmal sehr demagogisch und gehässig gewesen. Aber es ist in der Sache doch deutlich, was er meinte. Er sagte sich: Die Zentrumsleute, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten sind genau so gute Deutsche wie wir anderen, sie lieben das deutsche Volk genau so; aber das Deutsche Reich, *wie* es ist, wollen sie *nicht*. Weder die Massen des Bürgertums noch der Arbeiter, noch die süd- und westdeutschen Katholiken sind nach Bismarck „eingeschworen auf das evangelische Kaisertum der Hohenzollern" und den ganzen Kreis der Gewalten, die sich um das Kaisertum der Hohenzollern gruppierten. Also Bismarck sah, daß eigentlich seine Basis sehr schwach war, und er war sich über die Folgen klar.

Ich fand bei einer anderen Arbeit ein interessantes Bismarck-Dokument aus dem Jahre 1887. Zar Alexander III. kam nach Berlin und sollte dort Unterredungen mit dem alten Kaiser haben. Wie üblich hat Bismarck für den Kaiser ein Konzept gemacht, wonach er sich bei seinen politischen Besprechungen mit dem Zaren richten sollte. Weil die beiden Herren französisch miteinander sprachen,

hat Bismarck das Konzept französisch entworfen. Sie finden es im 5. Band der „Großen Politik der europäischen Kabinette", Seite 320 ff. Da wiederholt Bismarck seinen alten Gedanken, daß die drei großen Monarchien Osteuropas: Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, den Frieden sehr nötig brauchen; denn wenn der Friede einmal gestört würde, wüßten alle drei Monarchen nicht, was aus ihren Kronen werden würde. Bismarck hat dies oft über Rußland gesagt. In diesem Dokument sagt er es aber mit größter Offenheit auch für Deutschland:

„Au temps où nous vivons plus qu'à aucune autre époque de l'histoire, il est de l'interêt des grandes monarchies d'éviter la guerre . . . , même en Allemagne — si contre toute attente nous venions à être vaincus — les chances de la république démocratique ou sociale gagneraient considérablement par notre défaite."

Also Bismarck hat schon damals vorausgesagt: „Wenn das Hohenzollernhaus geschlagen wird, kommt die sozialistische Republik."

(Zuruf des Vorsitzenden Abg. Dr. *Philipp:* Das sagt er auch in „Gedanken und Erinnerungen", Band 3.)

— Gewiß, auch da ist der Gedanke klar ausgedrückt. Bismarck war sich der Labilität des alten Systems vollkommen bewußt; er war sich vollkommen klar, daß der Staat nicht bestehen konnte, wenn Millionen von Arbeitern in Opposition standen, und daß man eine Lösung finden mußte. Nach seinem ganzen Temperament suchte er die Lösung nicht in einer Verständigung mit den Arbeitern, sondern in einem Kampf auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie. Bismarck sagte sich, daß, sobald die Dinge einmal schief gehen würden, sofort die gegnerische Koalition: Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittler da sein und die Erbschaft antreten würde. Er hat mit vollem Bewußtsein betont: Es kommt nicht auf die guten Friedenszeiten an, sondern erst wenn das Unglück kommt, wird man sehen, welche Stabilität die Hohenzollern-Monarchie besitzt. Bismarck drückt in äußerst gehässiger Form gegen das Zentrum auf Seite 131 den Gedanken aus:

Wenn Deutschland einmal so geschlagen wird, wie der Deutsche Orden bei Tannenberg 1411, dann würden Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie ihre eigenen Wege gehen und eine neue republikanische Gestaltung suchen.

Ich unterstütze ebenfalls die Unterscheidung zwischen Zusammenbruch und Umsturz, die Herr Philipp gemacht hat. Der Zusammenbruch ist zu erklären: erstens aus einer großen geschichtlichen Entwicklung und zweitens aus der speziellen militärischen Lage, die im Kriege gewesen ist. Eine Umsturzbewegung war selbstverständlich da, das hat niemand geleugnet. Aber sie war viel zu schwach, um entscheidend wirken zu können, und wir werden uns in den Thesen auf den Standpunkt stellen müssen: die große sach-

liche geschichtliche Notwendigkeit hat sich im November 1918 durchgesetzt. Ob man das politisch bedauern will, ist eine Sache für sich.

Noch ein letztes Wort: Durch die Dolchstoßtheorie wird die Tatsache der ungeheuren militärischen Leistung Deutschlands im Kriege vertuscht. Die militärischen Fachleute der Vorkriegszeit waren der Meinung: Deutschland kann zur Not allein mit Frankreich fertig werden, ein Zweifrontenkrieg dagegen schafft eine höchst gefährliche Situation. Der ganze Schlieffensche Plan war doch aus der Überzeugung entstanden, daß Deutschland einen längeren Zweifrontenkrieg nicht durchhalten könne. Nun hatte Deutschland aber *vier* Millionenheere gegen sich: die Franzosen, Russen, Engländer und Italiener, und es ist erst unterlegen, als noch ein fünftes Millionenheer dazu kam. Diese ungeheure Tragödie, die sich 1918 abgespielt hat, wird durch das oberflächliche Gerede von Dolchstoßgeschichten usw. vollkommen verwischt. Man sollte diese Tatsache mehr im Auge behalten, und gerade die Herren sollten es, die den Krieg an der Front mitgemacht haben.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Das ist von mir besonders hervorgehoben worden, und was Sie sagen, beweist die Lächerlichkeit der Behauptung, daß sogenannte Mißstände im Heer diese Leistung wesentlich beeinflußt haben.)

— Ich hatte schon festgestellt, daß das Frontheer bis zuletzt gekämpft hat, so daß diese Frage gegenstandslos ist. Aber die große verfassungsmäßige Zerrissenheit Deutschlands, die nur am 4. August momentan zurücktrat, war vorhanden, und die völlige Ausblutung und Erschöpfung des deutschen Volkes durch die vier fürchterlichen Kriegsjahre war auch da. Beides zusammen hat die Revolution herbeigeführt.

Abg. Dr. *Moses:*

Herr Graf zu Eulenburg hat heute von der Unterstellung gesprochen, die darin liege, daß man sagt, Ebert sei an dem Magdeburger Prozeß zugrunde gegangen. Ich darf als Arzt dazu folgendes bemerken: Bei jeder Erkrankung, insbesondere bei akut fieberhaften Erkrankungen und gerade im Anschluß an große operative Eingriffe hängt alles davon ab, ob das Herz alle die Attacken, die durch Krankheit und Operation hervorgerufen werden, übersteht. Infolgedessen sucht man vor und nach jeder Operation die Herztätigkeit zu stärken. Wenn bei einem Menschen aber infolge wochenlanger seelischer Aufregungen das Herz in solcher Weise attackiert worden ist, wie es bei Ebert der Fall war, kann man positiv sagen, daß ein solcher schwerer operativer Eingriff viel besser, leichter und sicherer überstanden worden wäre, wenn nicht dauernd solche Attacken auf das Herz ausgeübt worden wären. Auch ich stehe als Arzt auf dem Standpunkt, daß die Operation

bei Ebert nicht diesen traurigen Ausgang genommen hätte, wenn nicht fortgesetzt solche ungeheueren seelischen Angriffe und Erregungen gerade in der letzten Zeit vor dem operativen Eingriff geschehen wären. Das ist meine Überzeugung.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Ist das auch die Auffassung des operierenden Arztes gewesen?)

— Das weiß ich nicht.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Fällt das zeitlich zusammen?)

— Er war sehr herunter.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Teilweise liegen doch die Dinge jahrelang zurück.)

— Der Prozeß war es ja in der Hauptsache, und ich weiß positiv, daß Ebert vollständig körperlich und seelisch in jener Zeit zusammengebrochen ist.

Nun zur Sache: An sich habe ich nur auf ein einziges Kapitel in den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Philipp zurückzukommen, nämlich das Kapitel 2, die *Ernährungslage*. Dort hat Kollege Dr. Philipp dem Ärzteberuf eine ganz neue Seite abgewonnen:

„Es ist während des Krieges angesichts des Mangels an Ernährungsmitteln alles aufgeboten worden, um dem deutschen Volke beim Ertragen des Hungers gut zuzureden. Im Sinne des weiteren Durchhaltens haben insbesondere hervorragende deutsche Ärzte sich bemüht, durch Hinweis auf die Nährwerte von sogenannten Ersatznahrungsmitteln dem Staatsbürger einigermaßen den leeren Magen zu stopfen. Aus dieser Tatsache sind — teilweise auch in unseren Verhandlungen — schwere Anklagen wegen der Kriegslügen der Ärzte erhoben worden. Die meisten dieser Vorwürfe sind zum größten Teil ungerechtfertigt. Die deutschen Ärzte hatten ebenso wie alle anderen Berufsstände im Kriege die Pflicht, sich mit allen Mitteln in den Dienst einer erfolgreichen Durchführung des Krieges zu stellen. Wenn hierbei in der Frisur der Tatsachen manchmal in beschönigendem Sinne vielleicht zu weit gegangen worden ist, so darf daraus nicht ein planmäßiger Lügenfeldzug der deutschen Ärzte zur Betrügung des deutschen Volkes über den wahren Sachverhalt abgeleitet werden."

Ich muß schon sagen, Herr Kollege Philipp, ich hatte bisher eine ganz andere Auffassung von der beruflichen Tätigkeit des Arztes, insbesondere während des Krieges. Der Arzt ist im Krieg wie im Frieden bei Freund und Feind der Helfer der Menschheit und soll es sein. Er soll die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, soweit es in seinen Kräften steht, heilen, ohne Ansehen der Person. Die Ärzteschaft hat aber als solche nicht die Aufgabe, sich „mit allen Mitteln in den Dienst einer erfolgreichen Durchführung des Krieges zu stellen". Die Ärzteschaft hat auch nicht die Aufgabe, „durch Hinweis auf die Nährwerte von sogenannten Ersatznahrungsmitteln

den Staatsbürgern einigermaßen einen leeren Magen zu stopfen", das heißt den Staatsbürger über eine ernste Situation hinwegzulügen. Genau so wie wir die falschen Angaben der Militärs über die wahre militärische Situation für den Ausgang des Krieges mit verantwortlich machen, genau so tragen auch die Ärzte einen großen Teil Schuld an dem Zusammenbruch, indem sie den breiten Massen des Volkes immer wieder, und zwar gegen besseres Wissen und Gewissen gesundheits- und bevölkerungspolitisch ein Bild vor Augen geführt haben, das zu den tatsächlichen Verhältnissen in direktem Widerspruch stand. Es ist nicht Aufgabe des Ärztestandes, sondern es heißt ihn geradezu erniedrigen, ihm, wenn auch aus sogenannten falsch verstandenen nationalistischen Gründen heraus, zuzumuten, daß er aus Schwarz Weiß machen soll, auch wenn darüber Tausende von Menschen zugrunde gehen. Darum war es ein Verbrechen am Volke, wenn, wie ich am 9. Februar 1926 ausgeführt habe, Koryphäen der Wissenschaft in der Öffentlichkeit, in der Presse Anschauungen vortrugen, die das direkte Gegenteil von dem enthielten, was damals schon unter den Ärzten als Tatsache hingestellt worden war. In den „Süddeutschen Monatsheften", in einer Spezialnummer mit der Überschrift „Hungersperre" sagt einer der Autoren direkt (S. 23):

„In der Tagesliteratur treten einseitig nur solche ärztliche Berichte hervor, welche die Tendenz verfolgen, jeden Nährboden abzuleugnen; auch das ist begreiflich. Die Kritik muß schweigen, weil sie Landesinteressen nicht schaden und verletzen darf. Besser wäre es freilich, die Äußerungen ersterer Art unterblieben ganz, da sie bei Personen, die einen schweren Kampf ums Dasein führen, nur verbitternd wirken."

An anderer Stelle heißt es (S. 25):

„In der Tages- und medizinischen Presse haben sich manche Ärzte nicht genug tun können, von den Segnungen der Kriegskost zu reden, weil dadurch alle Magen- und Darmerkrankungen durch überreiche Kost usw. aus der Welt geschafft seien."

Meine Herren, *Rubner* selbst gibt als Entschuldigung die strenge Zensur an, und erklärt ausdrücklich, daß alle Versuche, namentlich von ärztlicher Seite dem Volke ein klares Bild über die Ernährungszustände zu geben, *„an dem Widerstand gewisser mächtiger Persönlichkeiten gescheitert sind."*

Von Regierungsseite aus ist seinerzeit eine Denkschrift herausgegeben worden, in der es heißt:

„Daß deutsche Volk kann die ruhige Gewißheit haben, daß der Mangel im Haushalt nie zur Not werden kann. Deutschland hat Nahrungsmittel genug, um *jede* Kriegsdauer zu überstehen."

Wenn unsere Wissenschaftler, die also nur das Ergebnis der reinen Wissenschaft zu vertreten und dem Volke zu verkündigen

hatten, überhaupt nichts unter dem eisernen Zwang der Zensur veröffentlicht hätten, wären sie nachträglich gerechtfertigt worden, aber 1916 und noch mehr 1917, als das Massensterben einsetzte, die Zunahme der Sterblichkeit nach dem amtlichen Bericht, der den Ärzten bekannt sein mußte, bei der Zivilbevölkerung bereits auf 32 Prozent gegenüber dem Jahr 1913 gestiegen war, die Zahl der Todesfälle in der Zivilbevölkerung in die Hunderttausende schon damals gegangen war, die Tuberkulose in Deutschland einen Stand erreicht hatte, wie er vor 25 Jahren in Deutschland war, in dieser Situation „durch Hinweise auf die Nährwerte von sogenannten Ersatzmitteln dem Staatsbürger einigermaßen den Magen stopfen zu wollen", also dem Volke lügnerische Berichte über die Situation vorzusetzen und dadurch, wie Kollege Philipp sagte, „die Pflicht zu erfüllen, sich mit allen Mitteln in den Dienst einer erfolgreichen Durchführung des Krieges zu stellen," ist nach meiner Meinung eine Auffassung des ärztlichen Standes, die ich nicht billigen kann, ja die geradezu den Ärztestand und die Wissenschaft herabwürdigt.

Im übrigen ist es doch charakteristisch, daß eine solche Art von Tätigkeit nur von Ärzten in der Heimat und in der Etappe ausgeübt worden ist. Draußen im Felde haben Tausende von Ärzten ihr Leben lassen müssen und sich aufopfernderweise in den Dienst der Pflege der Verwundeten und Kranken gestellt.

Wir dürfen, wenn wir objektiv sein wollen, auch nicht vergessen, daß hinter der Front in manchen Lazaretten vieles geschehen ist, was nicht hätte geschehen sollen, wie Arthur Zickler, Redakteur an der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", berichtet, der ein ausführliches Buch „Anklagen der Gepeinigten" hat erscheinen lassen, u. a. m. Ich meine also, wie Kollege Philipp die Dinge aufgefaßt hat, liegen sie nicht.

Dann noch ein Punkt, der bei der Erörterung der Ursachen des Zusammenbruchs vielfach nicht in dem Maße erwähnt worden ist, wie er verdient hätte erwähnt zu werden. Ich habe 1923 zur Zeit der Inflation in der sozialdemokratischen Presse einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift „Die Psyche der Hungernden" Im Jahre 1923 hatte ein russischer Forscher, der auch in Deutschland bekannt ist, Professor Frank-Charkow, sich mit der Frage nach dem psychischen Verhalten der Hungernden und Verhungernden näher befaßt, weil damals gerade die schweren Zeiten in Rußland waren, und er hat einen ausführlichen wissenschaftlichen Bericht in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" (49. Jahrgang, Nr. 19, vom 11. Mai 1923) veröffentlicht. Er hat dort zwei Stadien unterschieden: Ein Stadium der Erregung und ein Stadium der Depression bei den Hungernden. Demnach scheint dieser Zustand körperlicher und psychischer Erregung im ersten Stadium der Hungersnot eine gewisse Ähnlichkeit zu besitzen mit der körperlichen und geistigen

Verfassung des vom Alkohol Berauschten. Körper und Geist fühlen sich zunächst freudig angeregt, halten sich der größten und angestrengtesten Leistungen für fähig. Der Geist beginnt zu schwärmen, die Zunge wird beredt, bis der Rausch immer weiter und weiter fortschreitet und im Menschen nichts weiteres zurückläßt als völlige Depression, völlige körperliche und geistige Erschlaffung und Verödung bis zur Verblödung und Vertierung.

Der Hunger ist eben ein furchtbarer Triebstachel: wie der Alkoholrausch peitscht er zunächst die seelischen und körperlichen Kräfte des Menschen auf, um dann in einem späteren Stadium überzuleiten zu dem letzten und äußersten, in das der Mensch hineintaumeln kann, in das Stadium völliger körperlicher und geistiger Betäubung und Stumpfheit.

Ich habe das Gefühl, als ob in der Beurteilung des Zusammenbruchs in der Heimat mehr noch wie an der Front viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde, was der Hunger als solcher, ein jahrelanges Hungern auf den seelischen Zustand und die Verfassung eines Menschen für Wirkungen ausüben kann. Ich möchte wieder auf die „Süddeutschen Monatshefte" vom Juni 1925 verweisen, wo der Arzt Dr. Eugen Neter über den seelischen Zusammenbruch der deutschen Kampffront ausgezeichnetes Material geliefert hat.

Noch ein Wort über den Ausbruch der Revolution bzw. die Revolutionierung der Massen. Ich habe schon in einem Zwischenruf gesagt, daß die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei vom ersten Tage an auf eine Revolutionierung der Massen hingewirkt hat, und es ist ganz interessant, was Paul Limann, der bekannte freikonservative Schriftsteller, in seinem Buch „Die Revolution", erschienen im Jahre 1905, im Anschluß an die russische Revolution, sagt, Gedanken, die wir heute von unserem Standpunkt aus als selbstverständlich betrachten. Er sagt:

> „Es ist unanfechtbar gleich einem mathematischen Grundsatz, daß jede der großen Umwälzungen im innersten Kern ihres Wesens nicht ein Willkürakt des Zufalls war, sondern einer inneren Notwendigkeit entsprang und von ihr die sichere Rechtfertigung empfing. Es wird immer Zeiten geben, in denen, was einst jung und lebensfrisch war, unter dem ermattenden Hauche der Zeit verwelkt und verdorrt, in denen aber der letzte Rest der Kraft sich ans Dasein klammert und die Vergangenheit gleich einem Sterbenden in hartem Todeskampfe noch um den Anblick der Sonne ringt."

Das ist der Standpunkt, den wir in bezug auf die Revolution, auf den Zusammenbruch einnehmen. Ich sage zum Schluß: Tausende von Agitatoren, und mögen sie mit der größten Beredsamkeit ausgestattet und mit allen Künsten der Demagogie vertraut sein, sie würden niemals von sich aus eine Bewegung im revolutionären

Sinne so zustande haben bringen können, wie sie 1918 der Fall gewesen ist. Der Zusammenbruch hatte seine innere, seine physische, seine psychologische Notwendigkeit. Delbrück hat gesagt: Das Volk wollte nicht mehr, weil es nicht mehr konnte. Das ist auch meine Überzeugung in bezug auf den Zusammenbruch.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich will der Versuchung widerstehen, auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Rosenberg einzugehen. Ich will nur das eine sagen: daß bei der ganzen Zusammensetzung des Deutschen Reiches und der Struktur der Parteien, die bis zu einem gewissen Grade ausschlaggebend für die ganze innere Gesetzgebung war, das evangelische Kaisertum auf verhältnismäßig schmaler Basis stand, darüber ist man sich heute wohl vollständig einig, man ist auch darüber einig, daß ein langer Krieg, der mit einer Niederlage endet, stets gewisse Gefahren für die Monarchie bildet, unter der er ausgefochten wurde. Ich kann vieles von dem, was der Kollege Joos heute ausgeführt hat, nur unterstreichen. Daß durch den langen Krieg und die frühere politische Indifferenz des weitaus größten Teils unseres Volkes, speziell des Bürgertums, im Laufe der Kriegsjahre, infolge der Entbehrungen und der ausbleibenden Enderfolge eine gewisse innere Umstellung stattgefunden hat, ist ohne weiteres zuzugeben. Aber ich folgere nun etwas anderes daraus als Kollege Joos. Gerade wer die Psyche des sogenannten kleinen Mannes kannte, wie es doch bei den Führern der Unabhängigen der Fall war, der mußte sich darüber im klaren sein, daß jede Agitation, die vorzeitig auf das Ende des Krieges hinwirkte, die vorzeitig eine Umänderung der Staatsform wollte, auf diese seelisch zusammengebrochenen Leute viel intensiver und nachhaltiger wirken mußte als auf Leute, die in normalen Zeiten leben. Nun wird gesagt, diese Agitation habe nur einen geringen Raum bei der Umwälzung der staatsbürgerlichen Ordnung in Deutschland gehabt. Ich gebe zu, daß es sehr schwer ist, eine Klassifizierung festzustellen, welcher von den vielen Faktoren, die alle zusammen mitgewirkt haben, es hauptsächlich war, der die Revolution „gemacht" hat. Für meine Auffassung der Dinge im Großen ist der Nährboden für alles die Hungerblockade und die damit zusammenhängende Zermürbung des deutschen Volkes gewesen. Es hätte nach meiner Auffassung verantwortungsbewußten Personen doppelt fernliegen müssen, diese innerlich zermürbten Menschen zur Erreichung innen- und außenpolitischer Ziele zu mißbrauchen.

Ich gebe auch gern zu, daß die Behandlung der Frage des preußischen Wahlrechts zu dieser Zeit ganz anders auf die Leute gewirkt hat als in normalen Zeiten. Da haben sie sich meist nicht darum gekümmert. Ich habe einmal meinem Staatssekretär gegenüber etwa gesagt: „Wenn ich König von Preußen wäre, würde ich nach einer

gewonnenen Schlacht dem preußischen Volk als Belohnung ein anderes Wahlrecht geben." Nachdem die Frage überhaupt einmal angeschnitten war, konnte sie nur wieder zur Ruhe kommen, wenn die leitenden politischen Stellen, die soviel Verständnis eigentlich hätten haben müssen, nachgaben. Politisch gesehen ist es immer eine Torheit, eine Sache, die man nicht verhindern kann, sich abringen zu lassen.

Wenn Kollege Philipp gesagt hat, daß die O. H. L. in politischen Dingen nicht so allmächtig war, wie es nach außen in Erscheinung trat, kann ich das nur bestätigen. Ein Beispiel: Als Hindenburg und Ludendorff die Mobilisierung der Heimat zur Herstellung von Kriegsmaterial verlangten, hat ihnen etwas ganz anderes vorgeschwebt, als was nachher durch die gesetzgebenden Körperschaften in dem Hilfsdienstgesetz zustande gekommen ist.

Ich glaube ferner, daß das Kriegsgewinnlertum, das sich in geradezu unglaublicher Weise im Laufe des Krieges entwickelt hatte, mit dazu beigetragen hat, die breiten Massen und die kleinen Bürger gegen den Staat einzunehmen.

Der Staat an sich war ziemlich machtlos gegenüber diesen Dingen, besonders im Hilfsdienstgesetz hat er nicht die nötigen Kautelen geschaffen, um diesen üblen Erscheinungen entgegenzutreten.

Für mich ist ein wesentlicher Grund für die Niederlage Deutschlands darin zu suchen, daß uns von Anfang an eine zielbewußte, politische Leitung gefehlt hat. Einer unsrer früheren auswärtigen Staatssekretäre soll einmal den Gedanken hingeworfen haben: Wie wollen wir den Krieg gewinnen, wir haben ja kein festes Kriegsziel! Darin liegt der Kern der Sache. Man mußte in der politischen Leitung sich klar sein, was man eigentlich wollte, und eine politische Leitung, die von starker Hand geführt worden wäre, wäre auch mit den Militärs nach jeder Richtung fertig geworden. Die waren viel zu verständig, um ihr nicht zu folgen. Wenn schließlich die politische Leitung gewissermaßen automatisch, allmählich in die Hände der O. H. L. übergeglitten ist, so hauptsächlich, weil in Berlin überhaupt keine Politik gemacht wurde und die O. H. L. sagte, wir müssen in irgendeiner Form auch politisch unsere gewaltigen militärischen Erfolge auswerten. Schließlich muß man doch zugeben, daß wir militärisch so ungeheure Leistungen aufzuweisen hatten, wie überhaupt noch nie ein Volk auf der ganzen Erde. Also unter den Faktoren, die für den Zusammenbruch des evangelischen Kaisertums mitbestimmend waren, steht auch die mangelnde politische Leitung in Berlin. Wenn sie dagewesen wäre, würde es nach meiner Ansicht doch wohl möglich gewesen sein, zu einem Frieden zu kommen, der zwar nicht uferlose Annexionen und Sicherungen gebracht hätte, aber Deutschland vielleicht doch so hingestellt hätte, daß es dastand wie das Preußen Friedrichs des Großen nach den schlesischen Kriegen: Verarmt, aber an Prestige erheblich gestärkt.

Den Anteil, den die defaitistische Agitation — ich lasse dahingestellt, von welcher Seite sie ausgegangen ist — an dem inneren Zusammenbruch des Deutschen Reichs gehabt hat, bewerte ich allerdings erheblich höher als der Herr Kollege Joos es tut.

(Abg. *Joos:* Ich habe gesagt: keine entscheidende Bedeutung.) — Eine entscheidende Bedeutung für den Ausgang des Krieges hat sie nach meiner Meinung insofern gehabt, als diese starke politische Agitation zwar nicht unmittelbar den Zusammenbruch, aber den Umsturz herbeigeführt hat, für den Zusammenbruch also nur mittelbar, für den Umsturz aber als einer der Hauptfaktoren zu werten ist. Die Agitation ist doch in den beiden letzten Kriegsjahren durch eine ungeheure Verbreitung von Flugblättern ausgeführt worden. Die „Leipziger Volkszeitung" wurde von den Truppenteilen verschlungen. Darin waren die Reden der Abgeordneten abgedruckt. Daß das natürlich eine sehr starke Wirkung auf die ganze Psyche, auch der in der Heimat befindlichen Wehrmacht, Heer wie Marine, ausüben mußte, ist unzweifelhaft. Ich habe schon in meinen Ausführungen im Marineprozeß das Beispiel eines Offizieres angeführt, der nach dem Balkan reiste, dem in Breslau sein Bursche entgegenkam und sagte: Herr Kapitänleutnant, es ist unmöglich, als anständiger Soldat an die Front zu kommen; ich habe auf der kurzen Strecke von Berlin nach Breslau nun das dritte Flugblatt in die Hand gedrückt bekommen, in dem die Rede des Abgeordneten Cohn (Nordhausen) vom 22. Februar enthalten war. In dieser Rede, die massenweise verbreitet wurde, steht:

> „Meine Herren! *Wozu soll der deutsche Soldat,* wofür soll das deutsche Volk *dieser letzten Vernichtungsschlacht ausgesetzt werden* . . . An zahlreichen Schützengräben draußen angeschrieben sind die Zeilen: ‚Der Krieg geht für die Reichen, die Armen zahlen mit Leichen.' . . . Aber es mag gehen wie es will . . . Die *Revolution,* die *in Rußland begonnen* hat, sie *wird das deutsche Land erreichen . . . ich segne den Tag, an dem die Völker ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen werden gegen die Fürsten und Staatsmänner, gegen die Militärs, gegen den deutschen Militarismus vor allem.*"

So wurden legalerweise die Reden der Reichstagsabgeordneten, die abgedruckt werden durften, in großen Mengen im Lande, an der Front, in der Etappe verbreitet, auch an diejenigen, die als Ersatz an die Front gingen.

(Abg. *Joos:* Und doch sind die Soldaten im großen und ganzen an der Front intakt geblieben.)

— Ganz richtig, auf die Front hat diese Agitation, weil die Soldaten täglich im Kampf um ihr Leben standen und sich um diese Dinge wenig bekümmern konnten, wenig Eindruck gemacht, aber auf die Leute in der Heimat. Und diese Revolution ist doch nicht von Leuten gemacht worden, die an der Front gestanden haben, sondern

von Leuten, die hübsch hinten in der Etappe gesessen haben, und wer die Revolution in Berlin mitgemacht hat, weiß: Die Revolution wurde gemacht von Leuten, die genau nach dem russischen Muster aufgezogen waren.

(Abg. Dr. *Moses:* Ein paar Leute gegen die vielen Offiziere!) — Ich habe schon einmal gesagt, daß ich seinerzeit die Dinge besser übersah. Ich habe Ende September meinen Staatssekretär Ritter v. Mann veranlaßt, der Regierung mitzuteilen, daß nach unsrer Auffassung die Verhältnisse sich so zuspitzten, daß man mit einem Umsturz rechnen müsse. Ich habe damals der Regierung vorgeschlagen, sie möchte sofort aus den in Berlin befindlichen Offizieren, Feldwebeln usw. eine geschlossene Kompagnie bilden, damit man, wenn etwas passieren sollte, eine Truppe hätte, mit der man machen konnte, was man wollte. Wir haben auf diese Eingabe an die Regierung des Prinzen Max nie eine Antwort bekommen, weil die Herren die drohende Gefahr nicht sahen. Von militärischen Kreisen ist die Sache also doch erheblich besser übersehen worden.

Nun gebe ich zu, daß der Zusammenbruch in der Hauptsache wohl auf die Hungerblockade zurückzuführen ist, daß aber die Revolutionierung der Massen in der Hauptsache auf die propagandistische Tätigkeit derjenigen Parteien und Gruppen zurückzuführen ist, die sich damals für diese Sache eingesetzt haben. Ich muß an die Rede denken, die Haase am 19. Juli 1917 zur Friedensresolution gehalten hat. Aus dieser Rede — ich bitte, daß sie, wenigstens im Auszuge, in das Protokoll, als Anlage zu meinen Ausführungen aufgenommen wird — geht klar hervor, daß Haase das Volk aufforderte, nach russischem Muster sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und die Revolution nach russischem Muster durchzuführen. (Siehe Anlage S. 234 ff.) Er hat das in der ihm eigenen vorsichtigen Form getan. In dieser Rede, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden ist, heißt es: Ich, Haase, Führer der Unabhängigen, fordere euch auf, zum gegebenen Zeitpunkt die Revolution nach russischem Muster zu machen.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das war die bürgerliche russische Revolution.)

— Gewiß, aber das ist alles flüssig. Was die Leute wollten, wußten wir genau. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß von Anfang an, als der Riß durch die Sozialdemokratie ging, ein Teil der Unabhängigen — das haben sie nachher nicht abgestritten — darauf ausging, den Krieg mit dem Bewußtsein zu führen, in Deutschland die soziale Republik zu schaffen. Das ist so oft ausgesprochen worden, daß daran nicht zu zweifeln ist. Da spielt es keine Rolle, ob diese Agitation Material auf legalem oder illegalem Wege in die Massen hineinbrachte. Abgeordneter Joos sagt sehr richtig, es kommt nicht darauf an, was wahr ist, sondern was für wahr gehalten wird, und es kommt

auf die Wirkung an, die man mit den Maßnahmen erzielt. Sie werden zugeben, daß nach Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland der Nährboden für die Revolution und den Umsturz *nicht* dagewesen wäre, wenn diese sehr starke Agitation nicht speziell in der Etappe, in der Heimat und auf den Schiffen betrieben worden wäre. Ich unterscheide wie Sie den militärischen Zusammenbruch, bei dem diese Agitation nicht gerade ein Faktor allererster Ordnung ist. Aber der Umsturz und die Revolution und die Unmöglichkeit, weiterzukämpfen, ist in erster Linie auf die Agitation zurückzuführen, die sich nur so ausbreitete, weil sie den Nährboden an jenen Verhältnissen vorfand, wie sie geschildert wurden.

(Abg. *Joos:* Damit bleibt wahr, daß die Revolutionäre nur etwas vollstrecken können, was in der Tendenz der großen Masse liegt.)

— Ja, es ist aber ein Unterschied da. Herr Dr. Rosenberg hat auch nicht gesagt, daß ein verlorener Krieg unbedingt mit der Wegwischung des Kaisertums enden würde, sondern mit einer Veränderung der Staatsform. Die Form hätte bleiben können, aber der Inhalt hätte umgegossen werden müssen, und er war bereits Anfang Oktober umgegossen worden, indem wir das parlamentarische System bekamen.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das war das Entscheidende, der 9. November war nur eine Dekoration.)

— die aber dem deutschen Volke das Friedensdiktat von Versailles eingebracht hat. Wir wissen doch, daß wir, allerdings sehr schwer, drei bis vier Monate, vielleicht auch ein halbes Jahr hätten weiterkämpfen können. Diese Möglichkeit war in dem Augenblick vorbei, wo die Revolution kam. Man kann die Dinge drehen wie man will, die Tatsache besteht, daß der vorzüglich für eine Revolution vorbereitete Nährboden durch die Faktoren, die Herr Kollege Joos geschildert hat, für die Revolution nur reif gemacht werden konnte durch die ungeheuerliche Agitation, die in der Heimat, in der Etappe und auf den Schiffen betrieben wurde. Ich glaube, wenn man rein geschichtlich die Dinge sieht, muß man neben den anderen Faktoren, und dazu gehört auch die schwache politische Leitung, aber als Hauptfaktor für den Umsturz die Agitation ansehen, die, ich lasse dahingestellt, von welcher Seite, innerhalb des Heeres, der Bevölkerung, der Etappe betrieben ist.

Anlage

Auszug aus der Reichstagsrede des Abgeordneten Haase (USPD) vom 19. Juli 1917.

Am 15. Juli *1917* machte der Abgeordnete der USPD *Haase* folgende Ausführungen im Reichstag, die wörtlich in den USPD-

Zeitungen gebracht worden sind und weiteste Verbreitung, auch an der Front, gefunden haben:

„. . . Erforderlich ist die volle Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung des Reiches und der Einzelstaaten, die, wie wir es in unserem Antrag erklärt haben, *ausmünden muß in die soziale Republik.* (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, während die Regierungssozialisten ihren Frieden mit der Monarchie schließen wollen, vernehmen wir aus anderen Kreisen immer häufiger, es sei in den letzten Jahren deutlicher als je geworden, daß die *monarchischen Einrichtungen* sich nicht bewährt haben, daß sie in unsere Zeit nicht hineinpassen (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß die Republik dasjenige staatsrechtliche Gebilde ist, welches kommen muß und kommen wird. . . ."

„. . . Es muß um die Demokratisierung gekämpft werden. Nur durch Kampf kann sie erreicht werden, nicht durch listiges Diplomatisieren . . ."

„. . . Die größte Wirkung auf die ganze Weltlage hat die *russische Revolution ausgeübt* . . ."

„. . . Die Bemerkung der Resolution über den Anfang des Krieges ist vor der Geschichte unhaltbar. . . . Wir vergessen demgegenüber nicht das Ultimatum Österreichs an Serbien, nicht die Rüstungen Österreichs gegen Rußland, nicht die Beratungen, die hier in Berlin am 5. Juli 1914 über den Krieg stattgefunden haben, nicht die Tätigkeit der Herren Tirpitz und Falkenhayn in den kritischen Tagen des Juli 1914 . . ."

„. . . Der ‚Vorwärts' biedert sich jetzt auffallend mit dem russischen Arbeiter- und Soldatenrat an: so hat er am Sonnabend behauptet, daß diese Resolution ein unanfechtbares Bekenntnis zu dem Programm des *russischen Arbeiter- und Soldatenrats* sei." —

„. . . Nur wenn Sie beherzt und entschlossen das Programm des *russischen Arbeiter- und Soldatenrats* zu dem Ihrigen gemacht hätten, ohne Abschwächung, rein und nett, dann hätten Sie eine günstige Wirkung erzielen können . . ."

„. . . Wir haben in einer Stockholmer Denkschrift ebenfalls unsre Anschauungen über die Friedenspolitik niedergelegt und darin folgende Grundsätze entwickelt:

. . . Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht in ihrer Friedenspolitik wie in ihrer gesamten Politik aus von den Gesamtinteressen des *internationalen Proletariats* und der sozialen Entwicklung. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Interessen erheischen den sofortigen Frieden. . ."

„. . . Die Ära großer innerer Umwälzungen, vor der wir stehen,

wird die Lösung der vielen Probleme zeitigen, die der Krieg aufgeworfen oder verschärft hat."

„. . . Ohne die *Staatsgrenzen,* die das Ergebnis von Eroberungen sind und vielfach in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Völker stehen, als unantastbar zu betrachten, lehnen wir den Krieg überhaupt und also auch seine Verlängerung als Mittel zur Regelung der Staatsgrenzen ab. . . . . Seit Beginn des Krieges fordern wir konsequent einen *Frieden ohne Annexionen und Kontributionen* auf Grund des *Selbstbestimmungsrechts der Völker* . . ."

„Wir verstehen das tiefe Sehnen des *polnischen Volkes* nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in Russisch-Polen zuzubilligen, dagegen für Preußisch- und Österreichisch-Polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht. Wir lehnen aber auch hier die Fortführung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung dieses Rechts ab. In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur Lösung der *Elsaß-Lothringer Frage* und befinden uns dabei in Übereinstimmung mit Engels und Jaurès. . . . die elsaß-lothringische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektiert wurde . . ."

„Als Gegner dieser Eroberungspolitik und Fremdherrschaft lehnen wir nach wie vor die Politik *kolonialer Eroberungen* ab."

„Der Friedensvertrag wird nur gesichert sein, wenn eine *internationale Kraft* über ihm wacht. Diese Kraft erblicken wir nicht in einer internationalen Regierungsbehörde, sondern in dem internationalen sozialistischen Proletariat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nur wenn die Internationale selbständig und kraftvoll aufgebaut wird, wenn das Proletariat ihr überall seine volle Macht für die Kontrolle über die Regierungen und für die Erhaltung des Friedens leiht, wird in Zukunft an Stelle des verhängnisvollen Wettrüstens ein Zustand des gegenseitigen Vertrauens der Völker treten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Zunächst hat das Proletariat in jedem Lande alles zu tun, um den Abschluß des Weltkrieges herbeizuführen, den Frieden zu erringen . . ."

„. . . Meine Herren, dieses Friedensmanifest hat die Zensur hier unterdrückt, während es in den übrigen Ländern abgedruckt ist (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und deshalb war ich genötigt, es hier im Wortlaut vorzulesen . . ."

„Gibt es irgendeinen materiellen Preis, der die Fortsetzung der Massenschlächterei rechtfertigen könnte? Männer, die in ganz anderem politischen Lager stehen als wir, sind allmählich zu der Überzeugung gelangt, daß es verbrecherisch und sinnlos ist, immer weiter Millionen Menschen zur Schlachtbank zu führen . . ."

„Es gibt nichts, was die *Verlängerung dieses Krieges* rechtfertigen kann. Der Krieg muß schnell zu Ende gebracht werden. . . . Nur ein Programm kann zum Ziele führen, das in Petersburg, in Stockholm und hier von uns aufgestellte: ein Friede ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen, unter Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte der Völker. Dieses Programm ist bereits im September 1915 in der internationalen sozialistischen *Konferenz zu Zimmerwald* ausgesprochen worden, in der die Völker zur Selbstbesinnung und zum Kampf für den Frieden aufgefordert wurden . . ."

„Wie in der auswärtigen Politik, so müssen wir das Selbstbestimmungsrecht auch für uns im Innern fordern . . . Der Obrigkeitsstaat hat keine Existenzberechtigung, die Selbstregierung des Volkes muß an seine Stelle gesetzt werden. . . Der *Burgfriede* ist in Wahrheit nur ein Mittel geworden, um diejenigen zu begünstigen, welche im Sinne der herrschenden Militärkaste Annexionen vornehmen, und diejenigen zu fesseln, die anderer Anschauung sind . . ."

„Die Arbeiter wissen, und es kommt ihnen immer mehr zum Bewußtsein, daß sie in *Aktion treten müssen (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten* — Unruhe), um dasjenige zu erreichen, was ihnen am Herzen liegt: Frieden und Freiheit. . . . Die Massen müßten ja jeder Menschenwürde und jedes Klassenbewußtseins bar sein, wenn sie sich nicht gegen diesen Zustand auflehnten."

„Meine Herren! In Rußland fand am 1. Juli eine Riesenfriedensdemonstration statt, an der eine halbe Million Arbeiter teilgenommen haben. Auf einer hervorragenden Fahne sah man bei dieser Demonstration folgendes Bild: Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier, und darunter steht die Unterschrift: Genosse, beeile dich! (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, beeile dich, das ist der Ruf, der von Rußland ausgeht, an die Massen in Deutschland und Österreich, an die Massen in Frankreich, in England und in Italien, nur wenn die Massen sich beeilen, werden wir an das Ziel unserer Sehnsucht gelangen, den Abschluß dieses grausigen Krieges . . ."

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*:

Ich möchte zunächst mit Freude feststellen, daß wir heute zu einer unerwarteten sachlichen Übereinstimmung in einer ganzen Reihe von Punkten gekommen sind. Der Auffassung des Kollegen Dr. Moses über die Aufgaben des deutschen Ärztestandes kann ich nicht zustimmen, soweit die Kriegszeit in Frage kommt. Es hat keinen Zweck, hierüber weiter zu diskutieren.

Herr Dr. Moses hat dann ebenfalls den Tod Eberts mit dem Magdeburger Prozeß in Verbindung gebracht. Ich gebe zu, daß see-

lische Aufregungen mit derartigen Prozessen verbunden sind und dadurch eine Disposition des Körpers eintreten kann, die bei Operationen schädlich zu wirken vermag. Im Interesse der historischen Zusammenhänge möchte ich darauf hinweisen, was der Anfang zu den Ebertprozessen gewesen ist. *Diese* Bewegung gegen Ebert begann, als der Abgeordnete Dittmann im Februar 1922 anläßlich des Eisenbahnerstreiks von der Mitwirkung Eberts bei dem Munitionsarbeiterstreik 1918 gesprochen hatte.

(Abg. *Dittmann:* Das war nicht der Ausgangspunkt.)

— Darauf setzten die Bestrebungen gewisser Kreise ein, die vom Abg. Dittmann angeschnittene Frage zu klären, und sie beriefen sich dabei alle auf die damalige Äußerung Dittmanns im Reichstage. Ich will nicht boshaft sein und sagen, daß deswegen Herr Dittmann gewissermaßen die moralische Mitschuld an dem unglücklichen Verlauf der Operation habe.

Was die Herren Kollegen Joos und Rosenberg über die großen geschichtlichen Zusammenhänge gesagt haben, ist zum guten Teil richtig. Ich habe bei meinen Darlegungen absichtlich nicht in die Vorkriegszeit zurückgegriffen, sondern streng den Schnitt bei 1914 gemacht. Wenn man die ganz große weltgeschichtliche Perspektive ziehen will, könnte man sagen: Die Ursachen für den deutschen Zusammenbruch 1918 sind — historisch-genetisch gesehen — schließlich dieselben, wie die Ursachen für den Ausbruch des Weltkriegs 1914. In den Krieg geführt hat uns die ganze Entwicklung des Deutschen Reichs nach 1870 mit ihren Stärken und Schwächen. Überindustrialisierung und Fehlen der landwirtschaftlichen Fläche für die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle und anderes mehr waren die Voraussetzungen für die Hungerkatastrophe, die über uns im Kriegsfalle hereinzubrechen drohte. Unsere hohe wirtschaftliche Blüte — auf unzureichenden natürlichen Grundlagen — wurde der innere Grund für den Bund unserer Feinde und später eine Ursache des Zusammenbruchs. Ohne sie wäre die mächtige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie nicht möglich gewesen, Deutschland Agrarland geblieben und der Krieg wahrscheinlich überhaupt nicht gekommen. Unsere Machtstellung 1914 war für die anderen der Anlaß zum Kriege gegen uns, ihre ungenügende Unterbauung die letzte Ursache für den deutschen Niedergang 1918. Mit derartigen allgemeinen Perspektiven lösen wir aber nicht das Problem, das uns hier gestellt worden ist. Wir müssen schon auf die Einzelheiten zwischen 1914 und 1918 eingehen, wenn wir zum Ziele kommen wollen.

Abg. *Dittmann:*

Herr Abgeordneter Graf zu Eulenburg hat vorhin erklärt, er habe sich bezüglich Minster nicht auf Breithaupt gestützt,

sondern auf Volkmann. Ich will darauf verweisen, daß zuerst in unseren Beratungen von Minster in der ominösen Marinedenkschrift die Rede gewesen ist, für die niemand die Verantwortung übernehmen will, die Marineleitung vor allem nicht, daß aber, soweit überhaupt über Minster in der Öffentlichkeit etwas berichtet ist, alles auf diesen sattsam gezeichneten Breithaupt zurückgeht und daß auch Volkmann seine Wissenschaft nur entweder von Breithaupt oder aus den amtlichen Akten des Prozesses haben kann. Ich habe gestern schon bemerkt, Minster ist bereits am 8. Dezember 1917 verhaftet worden und hat bis zum Ausbruch der Revolution ein volles Jahr in Untersuchungshaft gesessen, ohne daß ihm der Prozeß gemacht worden ist. Wenn man also deutscherseits derart schlagende Beweise in Händen gehabt hätte, daß er ein Ententespion gewesen wäre, hätte man während des Krieges kurzen Prozeß mit ihm gemacht, dann wäre er heute nicht mehr am Leben.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Ich glaube, man wollte die Zusammenhänge noch mehr klären.)

— Man hat ein ganzes Jahr Zeit dafür gehabt, da war nichts mehr zu klären. Es ist nichts da; aber man hat natürlich verdächtigt wie immer.

Herr Kollege Philipp sagte, der Magdeburger Prozeß sei entstanden, weil ich im Februar 1922 beim Eisenbahnerstreik darauf hingewiesen habe, daß Ebert mit an der Streikleitung beteiligt gewesen sei, als im Januar 1918 die deutschen Arbeiter versucht haben, die deutsche Regierung und die deutschen Machthaber zu einem vernünftigen Frieden mit Rußland zu bringen. Nein, Herr Kollege Philipp, der Prozeß ist nicht wegen dieser Bemerkung von mir eingeleitet worden, sondern die Dinge waren so: es war eine planmäßige Hetze der Rechtsorganisationen, auch der Deutschnationalen Partei gegen den damaligen Reichspräsidenten Ebert in Szene gesetzt worden. Es ist bekannt, daß der Magdeburger Prozeß aus deutschnationalen Parteimitteln finanziert worden ist, daß er offiziell von der Deutschnationalen Partei gegen Ebert inszeniert worden ist. Was da alles mitgesprochen hat, besonders die Art, wie deutsche Richter sich verhalten haben, ist das, was bei Ebert die stärkste Empörung ausgelöst hat. Ich habe mit Ebert öfter darüber gesprochen, habe immer geraten, den ganzen Prozeß nicht durchführen zu lassen. Er hat mir gegenüber immer gesagt, er könne nicht daran glauben, daß deutsche Richter in so offensichtlicher Weise, wie ich voraussah, das Recht brechen würden. Er hat, als das Urteil da war, gesagt, daß ich recht gehabt hätte und daß er das nicht erwartet habe. Das waren seelische Erschütterungen, daß er sich als Reichsoberhaupt gefallen lassen mußte, einem solchen Subjekt, wie dem vom deutschnationalen Landtagsabgeordneten Pfarrer Koch aufgetriebenen Zeugen Syring, im Palais des Reichspräsidenten als Zeuge gegenübergestellt

zu werden. Das alles hat ihn aufs äußerste erregt. Ich habe selbst an jener Sitzung teilgenommen und gesehen, wie der Vorsitzende Bewersdorf sich dem Reichspräsidenten gegenüber verhalten hat. Also man soll nicht mit solchen hereingezogenen Dingen kommen; auch wenn ich diese Äußerung damals im Plenum nicht gemacht hätte, hätten die Deutschnationalen doch ihren Verleumdungsfeldzug gegen Ebert inszeniert, und der Magdeburger Prozeß wäre doch gekommen.

Herr Brüninghaus hat gemeint, der Zusammenbruch wäre aus allen Umständen heraus schließlich unvermeidlich gewesen, aber der Umsturz sei das, worauf es ankam, und dieser sei nur auf die Revolution zurückzuführen. Dafür steht mir beinahe der Verstand still. Jedes politische Kind weiß: auf einen solchen Zusammenbruch nach vier Jahren Krieg *mußte* der Umsturz folgen, *mußte* ein anderes System eingeführt werden, weil eben dieses alte System sichtbar versagt hatte. Den Zusammenbruch herbeigeführt hatten die Vertreter des alten Systems, die ratlos dastanden, die keinen Ausweg wußten, die Vertreter der Behörden, die die Zügel am Boden schleifen ließen, so daß kein Mensch wußte, was aus der Situation werden sollte. Da war es selbstverständlich, daß auch die Massen, die sich bisher nicht um Politik gekümmert hatten, nach dem Neuen sahen, und das Neue kam ganz von selbst aus der Versenkung. Es bedurfte keines Anstoßes, keiner Kraftanstrengung, um das alte System über den Haufen zu werfen. Es wehrte sich niemand; so leicht ist nie eine Revolution zum Durchbruch gekommen, allerdings erst in einer Situation, wo das deutsche Volk vollständig verblutet war, das war die Tragik, wo auch ein neues System nicht von heute auf morgen das Himmelreich auf Erden schaffen konnte. Es war ein Glück für die Anhänger des alten Systems, daß damals die Sozialdemokratie Inhaber der neuen Gewalt wurde. Wäre die Sozialdemokratie nicht als große organisierte Partei dagewesen, so wäre auch der Umsturz gekommen, aber wir hätten eine Zeit der Anarchie erlebt, die in Blut gewatet hätte, eine Zeit der Rache, die sich gegen die Träger des alten Systems gerichtet hätte. Dann hätten Sie, Herr Graf Eulenburg, und Ihre Standesgenossen vielleicht dasselbe erlebt, was Ihre Standesgenossen in Rußland haben erleben müssen, was in der großen französischen Revolution die damaligen Aristokraten erlebten. Die Sozialdemokratie war allein die Kraft, zu der das Volk ganz allgemein das Vertrauen hatte, daß sie imstande wäre, uns aus dem Sumpf herauszuführen.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Im Dezember 1918 waren Sie hilflos.)

— Das ganze alte System war vollständig zusammengebrochen, hilflos, wußte keinen Rat, und die Macht fiel von selbst der Sozial-

demokratie zu. Wir haben doch miterlebt, wie glatt die Dinge überall gingen.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Und die Straßenkämpfe?)

— Ja, wieviel Straßenkämpfe waren es denn? Wenn ein Geschichtsschreiber Vergleiche anstellen würde, was an Gewalttaten während der deutschen Revolution 1918 geschah und was in anderen Revolutionen geschehen ist, er würde sagen: Eine Revolution, die sich so in Disziplin und Ordnung bewegt hat, hat es überhaupt noch nie in der Weltgeschichte gegeben. Ein Fraktionskollege des Herrn Brüninghaus hat mir erzählt, daß ihm seine Frau, die eine Engländerin ist, gesagt habe: Zwei Dinge hätten ihr in Deutschland imponiert: die Mobilmachung und die Revolution, (Zuruf) — es war der Kollege Kulenkampff —, imponiert insofern, als alles in vollständiger Ordnung vor sich gegangen sei. Tatsächlich ist ja auch der Übergang der Gewalten in so „ordnungsmäßiger" Weise, wie es noch nie in der Weltgeschichte der Fall war, vor sich gegangen. Die vielen Verleumdungen der Arbeiter- und Soldatenräte sollte man einfach zu den Märchen werfen. Die Arbeiter- und Soldatenräte können sich das Verdienst zuschreiben, daß sie in der Zeit des allgemeinen Zusammenbruchs zunächst die äußere Ordnung aufrechterhalten und die Überführung in geregelte Zustände dadurch ermöglicht haben, sonst wäre vollständige Anarchie dagewesen. Das Gegenbeispiel haben Sie an Rußland, wo keine starke Sozialdemokratie, keine Gewerkschaftsbewegung da war, wo es nicht möglich war, auf legalem Weg in der Vorkriegszeit große Organisationen zu schaffen, in denen der Gedanke der Disziplin und des Aufbaus und einer besseren Ordnung bereits Wurzel gefaßt hatte. Nur weil die Sozialdemokratie bereits in der Vorkriegszeit den Massen immer wieder den Gedanken eingeprägt hatte, daß der Kampf nicht gegen Personen, nicht gegen die Träger des Systems, sondern gegen das System selbst zu führen sei, nur deshalb hat sich die deutsche Revolution im November 1918 ohne großes Blutvergießen vollzogen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich bestreite, daß der Magdeburger Prozeß von der Deutschnationalen Partei organisiert worden ist.

In den Sitzungen vom 19. und 20. Oktober 1927 finden Beratungen über einen Briefwechsel zwischen dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis statt. (Vgl. Bd. 7, II S. 386 ff.)

Sitzungen vom 2. und 3. November 1927

Beratung einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruches

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* teilt mit:

Es stehen folgende Entwürfe zur Verhandlung:

1.

Der Entwurf der Herren Berichterstatter Abgg. Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer (s. o. S. 1 ff.).

2.

Die Thesen des Herrn Berichterstatters Abg. Graf zu Eulenburg (s. o. S. 207).

3.

Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage für eine Entschließung „Die Umsturzbewegung in Deutschland“:

I. Voraussetzungen

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertrat vor dem Kriege die Auffassung, daß die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung zusammenbrechen müsse und an ihrer Stelle die sozialistische Republik aufzurichten sei. Dementsprechend richtete sie ihre parteipolitische Agitation ein. Die Mehrheit der Partei erwartete den Zusammenbruch in der Form eines revolutionären Umsturzes, der kleine Flügel der sogenannten Revisionisten als Ergebnis organischer Entwicklung.

2. Der Krieg ließ bei der überwiegenden Mehrheit der Anhänger der Sozialdemokratie den revolutionären Gedanken hinter dem Willen der nationalen Verteidigung zurücktreten. Die Idee des gemeinsamen Kampfes der Proletarier aller Länder gegen die herrschenden Klassen und gegen den Krieg wurde in der praktischen Politik nicht weiter verfolgt.

3. Mit dem Nachlassen der Leidenschaft des Kampfwillens, mit dem Erwachen des Zweifels am Enderfolg, unter dem Eindruck der Kriegsgewinne des Privatkapitals und des rücksichtslosen Zugriffes der Bemittelten nach den Lebensmitteln begann der Gedanke des Klassengegensatzes und der Wille zum Klassenkampf die Massen von neuem zu ergreifen. Die Unzufriedenheit fand ihren stärksten Ausdruck in der Formel, daß der Krieg ohne Not für die Interessen der Besitzenden verlängert werde.

4. Die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen drang auch in weite Kreise des Bürgertums ein. Ohne daß hier die Ideologie

des Klassenkampfes übernommen wurde, entwickelte sich ein Widerspruch gegen die Politik der Regierung. Auch in diesen Kreisen setzte sich die Ansicht durch, daß in der O. H. L. und den Wirtschaftsgruppen das Hindernis des an sich möglichen Friedensschlusses zu suchen sei.

II. Die Propaganda für Frieden und für Umsturz

1. Die weit verbreitete Unzufriedenheit bildete die Voraussetzung und den Nährboden für die Arbeit von drei Propagandagruppen, deren jede mit anderen Mitteln und zu anderem Zweck eine grundlegende Änderung der Verhältnisse herbeiführen und den Krieg beendigen wollte. Man kann die Gruppen schematisch bezeichnen als linksbürgerlich-sozialistische Gruppe, Unabhängige Sozialdemokraten, Spartakusbund und Linksradikale. Zu der ersten Gruppe gehörten von den bürgerlichen Parteien die Fortschrittliche Volkspartei, sowie Teile des Zentrums und der Nationalliberalen. Innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie stand eine Minderheit den Unabhängigen nahe. Andererseits stimmte ein Teil der Unabhängigen den politischen Zielen und Methoden von Spartakusbund und Linksradikalen zu.

2. Die Führer der bürgerlichen Linken und der Mehrheitssozialdemokratie, sowie die hinter ihnen stehenden Massen wollten unter keinen Umständen die Landesverteidigung oder die Staatsautorität als solche gefährden. Aber ihr Vertrauen zu der politischen und militärischen Führung nahm immer mehr ab. Sie erwarteten, mehr instinktiv als bewußt, eine Demokratisierung der Regierung. Deshalb stimmten sie allen auf parlamentarische Herrschaft gerichteten Bestrebungen, der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Wilson und schließlich auch der Absetzung der Dynastien zu. Ohne diese Geistesverfassung der Massen von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bis weit in die Mittelparteien hinein wäre der Umsturz in Deutschland nicht möglich gewesen.

3. Die Unabhängige Sozialdemokratie vertrat den Gedanken, daß ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen durch das Zusammenwirken der Proletarier aller Länder den Regierungen aufgenötigt werden könne und müsse. Sie hielt aber das Proletariat jedes Landes für verpflichtet, zunächst seiner eigenen Regierung die Bereitwilligkeit zu einem solchen Frieden aufzuzwingen. Ihr Ziel suchte sie durch Beeinflussung der Massen zu erreichen; sie machte sich daher stets mit jeder Streikwelle solidarisch. Die Parteileitung hat zwar nie die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes bestritten und grundsätzlich Abtretungen deutschen Gebietes verworfen, aber im Lande nährte die Agitation der USPD bei den Massen den Wunsch, die Regierung zu dem von der Parteileitung propagierten

Frieden zu zwingen und von den gesetzlichen Mitteln auch zu ungesetzlichen überzugehen.

4. Die dritte Gruppe, Spartakusbund und Linksradikale, arbeitete von Anfang an planmäßig auf den gewaltsamen Umsturz hin. Sie wollte mit allen Mitteln die Weltrevolution herbeiführen. In ihrer Taktik stand die Gruppe, deren Anhang zahlenmäßig unbedeutend war, im Gegensatz zur USPD. Ihre Mitglieder benutzten aber bis Ende 1918 die legalen USPD-Organisationen als Unterschlupf; dadurch wurde das Bild der USPD in der Öffentlichkeit zwiespältig.

5. Für die Verwirklichung des revolutionären Zieles war seit der russischen Revolution von Februar 1917 ganz allgemein das russische Beispiel maßgebend. Eine den russischen Arbeiter- und Soldatenräten nachgebildete Organisation wurde vorbereitet, revolutionäre Operationspläne mit Rat und Hilfe der russischen Regierung von einzelnen Persönlichkeiten und Untergruppen ausgearbeitet.

III. Die Novemberrevolution

1. Das seit Jahren infolge der Entwicklung der Dinge und der planmäßigen Agitation erschütterte Vertrauen auf die bisherige Führung des deutschen Volkes brach zusammen, als bekannt wurde, daß am 29. September die O. H. L. entgegen der bis dahin im Volk erzeugten zuversichtlichen Stimmung durch ihr Waffenstillstandsverlangen eingestand, daß der Krieg für Deutschland militärisch nicht zu gewinnen war. Der Kreise, die bisher der Staats- und Heeresleitung vertraut hatten, bemächtigte sich eine allgemeine Lähmung. Das Verlangen, den Krieg auf alle Fälle baldigst zu beenden, ergriff nun nicht nur die Massen, die hinter den Sozialdemokraten beider Richtungen und den anderen Parteien der Friedensresolution standen, sondern auch die politisch gleichgültigen bürgerlichen Kreise und selbst weite Teile der Anhänger der Rechtsparteien.

2. Die ablehnende Haltung des Präsidenten Wilson (genaue Darstellung des Notenwechsels in „Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstands 1918", Zweite Auflage S. 43, 56, 185) auf die deutschen Vorschläge, die bezweckten, zu Verhandlungen zu kommen, ließen die allgemeine Stimmung in Deutschland noch tiefer sinken. Andererseits glaubten viele, durch die Erfüllung aller Forderungen des Präsidenten noch einen erträglichen Frieden erreichen zu können. So fand das deutsche Volk nicht den Entschluß, sich der Entthronung des Kaisers und der Abschaffung der Monarchie zu widersetzen.

3. In diesem psychologischen Augenblick wollte die Seekriegsleitung die Flotte zu einer großen Schlacht einsetzen. Die Verweigerung des Gehorsams einiger Besatzungen gegenüber dem Befehl zum Auslaufen wurde das Signal zu einer das ganze Reich mit Einschluß

des Heeres ergreifenden Aufstandsbewegung. Die Dynastien wurden abgesetzt, die Offiziere ihres Ranges entkleidet. Es bildeten sich nach dem russischen Muster Soldaten- und Arbeiterräte, die die öffentliche Macht übernahmen. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie haben sich dem drohenden Aufstande widersetzt. Ihnen, wie den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratie kam der Ausbruch der Revolution unerwartet. Welche Personen und Gruppen im einzelnen Falle die Initiative ergriffen haben, läßt sich nicht überall feststellen.

4. Sobald die Revolution zum Sturze des alten Staates im Gange war, übernahmen die beiden sozialdemokratischen Parteien die Führung. Die linksradikalen Gruppen gewannen in den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten keinen nennenswerten Einfluß. Neben den sozialdemokratischen Parteien war die Fortschrittliche Volkspartei, z. B. in Baden und Mecklenburg, von Anfang an in den neuen provisorischen Regierungsgewalten vertreten; dasselbe gilt in Baden vom Zentrum. Es ist bemerkenswert, daß in den Gegenden Deutschlands, die in der Revolution vorangingen, wie Kiel, Hamburg, Süd-Bayern, nicht nur die linksradikalen Gruppen, sondern auch die USPD zahlenmäßig schwach waren, während die Gebiete, in denen größere Teile der Arbeiterschaft die USPD und den Spartakusbund unterstützten, wie Chemnitz, Halle und auch Berlin, sich der Revolution erst in einem späteren Stadium angeschlossen haben. Die linksradikalen Minderheiten der Arbeiterschaft versuchten, der Revolution neben der vorübergehenden bolschewistischen Form auch einen sozialistischen Inhalt zu geben. Diese Versuche scheiterten in den Kämpfen von Januar bis Mai 1919.

IV. Das Ergebnis der Revolution

1. Der Zweck der Revolution, den Krieg sofort zu beendigen und an Stelle des Kaiserreichs die Republik zu errichten, wurde erreicht. Der Rest der noch vorhandenen militärischen Widerstandskraft brach damit zusammen. Der Waffenstillstand wurde nach dem Diktat der Gegner angenommen. Die Frage, ob die Gegner Deutschlands ihre Waffenstillstandsbedingungen ermäßigt hätten, wenn das von seinen Verbündeten verlassene deutsche Volk sich zum letzten Widerstand gegen einen vielfach überlegenen Feind bereit gezeigt hätte, ist ungeklärt geblieben. Die Annahme des Waffenstillstandes hatte die des Versailler Friedens zur Folge. Ob die Bedingungen dieses Friedens trotz der militärischen Wehrlosigkeit Deutschlands durch politischen Widerstand irgendwie hätten ermäßigt werden können, ist strittig geblieben.

2. Innerpolitisch erzwang die Revolution die Abdankung der deutschen Dynastien. Damit traten auch die bisher politisch führenden Gruppen, deren Machtstellung im wesentlichen auf ihrer engen Verbindung mit der Krone beruhte, von ihrer historischen Führerrolle

zurück. Die deutschen Einzelstaaten, insbesondere Preußen, verloren ihren Charakter als Militärstaaten. Formell trat an die Stelle der Monarchie die parlamentarisch regierte Republik, wie sie in der Weimarer Reichsverfassung und in den freistaatlichen Verfassungen der deutschen Länder ihren Ausdruck erhalten hat. Die Führung im öffentlichen Leben ging auf die durch die Demokratie emporgehobenen Volkskräfte über.

In dem „Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage" ist der Versuch gemacht, die in den Entwürfen der Herren Berichterstatter enthaltenen und sonst in der Aussprache hervorgetretenen Gesichtspunkte zusammenzufassen. An dieser Zusammenstellung haben sich Dr. Bergsträßer, Dr. Rosenberg, Dr. Philipp und Dr. Fischer beteiligt; die Vorlage ist ein lediglich für die Abschlußverhandlung zusammengestelltes Kompromiß, an dessen Inhalt im einzelnen sich keiner der Verfasser gebunden hält.

In der Aussprache werden gegen den „Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage" zwei grundsätzliche Bedenken geäußert:

1. daß er nur die Umsturzbewegung zum Gegenstand habe, während beabsichtigt sei, über die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs zu einer Entschließung zu kommen;
2. daß der politische Umsturz als Ziel der Sozialdemokratischen Partei hingestellt werde.

Gegenüber dem ersten Einwand wird vom Vorsitzenden und von Dr. Fischer darauf hingewiesen, daß der Aufbau der ganzen Untersuchungsarbeit des 4. Unterausschusses eine Sonderentschließung über die Umsturzbewegung eigentlich verlange. Es seien für sich untersucht der militärische Zusammenbruch, der Reichstag im Weltkrieg, die Marinevorgänge. Diesen Einzeluntersuchungen habe sich, hauptsächlich durch die Abgeordneten Dr. Rosenberg, Dr. Bergsträßer und Graf zu Eulenburg angeregt, eine Untersuchung der vom Spartakusbund und den Linksradikalen versuchten bezw. durchgeführten revolutionären Aktion angeschlossen. Es sei also logisch, auch hierüber zu einer Sonderentschließung zu kommen und erst am Schlusse der Gesamtarbeit des Unterausschusses, der ja auch noch gutachtliche Äußerungen über soziale Mißstände im Heere und über annexionistische Propaganda und Zusammenbruch erwarte, alle Einzelentschließungen in einem Schlußvotum zusammenzufassen.

Gegen diese Darlegungen wird eingewendet, daß sich die Umsturzbewegung schwerer als die anderen bis jetzt behandelten Sonderfragen von der Gesamtheit der Ursachen des inneren Zusammenbruches trennen lasse. Dieser Einwand wird von der Mehrheit des Ausschusses anerkannt, und als Zielsetzung für die zur Verhandlung stehende Entschließung werden „die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruches" in Aussicht genommen. Der Gedanke,

am Schlusse der Gesamtarbeit des Unterausschusses eine Art Dachentschließung zu versuchen, findet Billigung. In dieser Endfeststellung sollen die ganzen Vorgänge des Zusammenbruches abschließend gewertet werden. Aus der zunächst zur Verhandlung stehenden Entschließung sollen möglichst alle Werturteile ferngehalten und ihr Inhalt auf reine Tatsachenfeststellung mit dem Ziel einstimmiger Annahme beschränkt werden.

Den zweiten Einwand gegen den Vorschlag der „Verhandlungsgrundlage" vertritt insbesondere Abg. *Dittmann.* Er führt aus:

Was hier in dem „Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage" (S. 242) unter „Voraussetzungen" über die Sozialdemokratische Partei vor dem Kriege gesagt wird, ist vollständig falsch. Wenn das als Grundlage genommen werden sollte, dann müßte ich sehr umfassende Ausführungen machen. Die ganze Tätigkeit der Mehrheitssozialdemokratie wird unter die Umsturzpropaganda rubriziert. Die SPD und auch die USPD haben, jede nach ihren eigenen Methoden, Einfluß auf die Kriegführung, auf die Kriegspolitik, auf die Regierung zu gewinnen versucht. Das wird hier als Umsturzbestrebung bezeichnet. Das gibt ein vollständig falsches Bild, denn dann müßte man auch die Bestrebungen der Konservativen Partei in derselben Ausführlichkeit und Isoliertheit behandeln, deren Wortführer in den Jahren bis 1917 ausgesprochen haben, daß das vornehmste innere Kriegsziel der Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg sei. Man müßte auch das als eine Umsturzbestrebung hinstellen. Man wird aber nicht nachweisen können, daß die Mehrheitssozialdemokratie während des Krieges eine Propagandagruppe gewesen ist, die auf den Umsturz der Gesellschaft hingearbeitet hat, wie es (II, 1 S. 243) gesagt wird. Nicht einmal für die USPD trifft das zu. Diese hat lediglich versucht, einen Einfluß auf die Kriegführung zu gewinnen und drängte auf den Verständigungsfrieden hin.

Wenn dieser Wortlaut, wie er unter I und II, 1 vorliegt, bestehen bleiben sollte, dann müßten wir uns erst einmal darüber verständigen, was wir überhaupt unter Revolution verstehen. Wenn sich die Sozialdemokratie vor dem Kriege eine revolutionäre Partei genannt hat, dann hat sie das Wort Revolution stets im sozialen Sinne gemeint, im Sinne einer sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Das hat Marx klassisch niedergelegt in seiner „Kritik der politischen Ökonomie", die bereits 1859 erschienen ist. In der Vorrede führt er aus, daß das Entscheidende die Produktion und die Eigentumsverhältnisse, die Entwicklung der Produktivkräfte sei; daß, solange sich die Produktivkräfte innerhalb der bestehenden Eigentumsverhältnisse entwickeln und entfalten können, alles glatt geht, sobald aber diese Eigentumsverhältnisse anfangen, Hemmungen der Produktivkräfte zu werden, die Produktivkräfte darauf drängen, die Eigentumsverhältnisse zu verändern und nötigenfalls zu sprengen;

daß der ganze ökonomische Unterbau allmählich einer Veränderung unterzogen wird und daß gleichzeitig mit ihm sich der politische, der juristische, der künstlerische und sonstige Überbau, den die Gesellschaft hat, umwälzt. Nach der Auffassung von Marx kann in diesem gewaltigen ökonomischen Umbildungsprozeß, der nicht ein einmaliger Akt ist, eine politische Revolution eine kurze Phase sein, die Hemmnisse der Gesamtentwicklung beseitigt. Aber die politische Revolution ist für den Sozialismus nie das Primäre gewesen. Die Sozialdemokratie hat es stets abgelehnt, etwa dem Gedanken zu huldigen, es wäre möglich, durch Überrumpelung der bestehenden Gewalten die Staatsgewalt an sich zu reißen und dann den sozialistischen Zukunftsstaat aufzubauen. Das ist der Gegensatz, der jahrzehntelang zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus bestanden hat und der in der neueren Zeit zwischen der Sozialdemokratie und dem Bolschewismus, wie er in Rußland herrscht, akut geworden ist. Die Sozialdemokratie hat es stets abgelehnt, die Gewalt als einen absoluten revolutionären Faktor anzusehen. Sie ist nie der Meinung gewesen, daß man nur die Staatsgewalt im Besitz zu haben brauche, um dann die ganze Gesellschaft nach seinem Gutdünken umwandeln zu können, weil eben die Voraussetzung für die Sozialdemokratie die Reife der ökonomischen Verhältnisse ist.

Die Unabhängigen haben sich seit 1916 mit Händen und Füßen gesträubt, die Staatsgewalt mit zu ergreifen. Man stellt es hier so hin, als ob die USPD während des Krieges nur dahin gestrebt habe, die Staatsgewalt in die Hand zu bekommen. Das ist durchaus nicht richtig. Wenn wir die Staatsgewalt an uns gerissen hätten, wären wir noch nicht in der Lage gewesen, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzurichten. Wir hätten uns vor unseren eigenen Anhängern kompromittiert, ohne unser Ziel zu fördern.

Darauf erwidert Abg. *Brüninghaus:*

Der Herr Abgeordnete Dittmann hat gesagt, wir würden, wenn wir den vorliegenden Vorschlag als Verhandlungsgrundlage annähmen, in stark theoretisierende Erwägungen hineinkommen. Darin gebe ich ihm nach seiner Rede recht. Angesichts der ganzen Propaganda, der Reden, die im Reichstag gehalten worden sind, kann unmöglich bestritten werden, daß ein großer Teil der Sozialdemokratie, speziell die Unabhängigen Sozialdemokraten, unabhängig von der ökonomischen Entwicklung des Landes die sozialistische Republik gefordert hat. Ich erinnere an die Rede, die Haase am 19. Juli 1917 bei der Abstimmung über die Friedensresolution gehalten hat. Darin hat er klipp und klar zum Ausdruck gebracht:

„Während die Regierungssozialisten ihren Frieden mit der Monarchie schließen wollen, vernehmen wir aus anderen Kreisen immer häufiger, es sei in den letzten Jahren deutlicher als je

geworden, daß die monarchistischen Einrichtungen sich nicht bewährt haben, daß sie in unsere Zeit nicht hineinpassen, daß die Republik dasjenige staatsrechtliche Gebilde ist, welches kommen muß und kommen wird."

Er sagte weiter, daß sich nunmehr unter allen Umständen auch die Proletarier Deutschlands den russischen Proletariern anschließen müßten. Der Herr Abgeordnete Dittmann hat ja recht mit seinen Ausführungen, daß nach Marx und Engels erst eine gewisse Reife der ökonomischen Verhältnisse vorhanden sein soll, ehe eine Umwälzung kommen kann. Aber diese theoretische Grundlage ist doch gerade während des Krieges von der Unabhängigen Sozialdemokratie verlassen worden. Die Sache liegt so, daß, nachdem die Republik in Rußland geschaffen worden war, die Kerenski-Republik, hier in Deutschland mit absoluter Zielsicherheit gesagt worden ist: Genau so, wie es in Rußland gemacht worden ist, muß es auch bei uns in Deutschland gemacht werden. Haase hat in seiner bekannten Rede zur Juli-Resolution wörtlich gesagt:

„Meine Herren, in Rußland fand am 1. Juli eine Riesenfriedensdemonstration statt, an der eine halbe Million Arbeiter teilgenommen haben. Auf einer hervorragenden Fahne sah man bei dieser Demonstration folgendes Bild: Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier und darunter steht die Unterschrift: „Genosse, beeile dich!" Ja, beeile dich! Das ist der Ruf, der von Rußland ausgeht, an die Massen in Deutschland und Österreich, an die Massen in Frankreich, in England und in Italien, und nur wenn die Massen sich beeilen, werden wir an das Ziel unserer Sehnsucht gelangen, den Abschluß dieses grausigen Krieges."

(Abg. *Dittmann:* Er sagte in derselben Rede: „Ich drohe nicht mit einer Revolution!")

— Er sagt aber auch: „Der Obrigkeitsstaat hat keine Existenzberechtigung. Die Selbstregierung des Volkes muß an seine Stelle gesetzt werden." Das ist doch eine politische Bewegung.

(Abg. *Dittmann:* Das hat mit Umsturzbewegung gar nichts zu tun!)

— Aber ich bitte Sie! Wer darin nicht eine Aufreizung der Massen zum Umsturz erblickt, mit dem kann ich nicht verhandeln, denn Sie müssen doch zugeben, daß das optima forma eine Aufreizung zum Umsturz ist. Ich kann wirklich nicht erkennen, daß die Sozialdemokratie, speziell die Unabhängige Sozialdemokratie auf dem ökonomischen Boden ihrer Theorie geblieben und keine rein politischen Forderungen gestellt habe.

(Abg. Dr. *Moses:* Den Obrigkeitsstaat wollte ja auch Stresemann in seiner Rede beseitigen!)

— Nun, lesen Sie sich einmal die Rede von Haase ruhig und un-

voreingenommen durch, dann werden Sie mir zugeben müssen, daß eine schärfere Propaganda für den Umsturz in Deutschland eigentlich nicht gut getrieben werden konnte. Ich lasse ganz dahingestellt, welche Wirkung diese Rede tatsächlich ausgeübt hat; aber man kann doch nicht sagen, daß sich die Unabhängige Sozialdemokratie damals noch auf dem Boden von Marx und Engels bewegt hat. In der Praxis ist doch die Geschichte ganz anders gewesen, als Herr Dittmann uns hier ausgeführt hat. Auf der einen Seite haben die Herren Sozialdemokraten gepredigt, sie wollten die Änderung der sozialen Verhältnisse nur auf ökonomischer Grundlage; auf der anderen Seite mußte doch aber eine derartige Rede wie die Haases so wirken: „die einzige Möglichkeit zum Frieden ist das Wegwischen des Obrigkeitsstaates und die Ersetzung durch die Republik, die in Rußland ja schon gekommen ist".

Abg. *Joos* empfiehlt folgende Fassung am Kopfe der Entschließung:

I. Voraussetzungen

1. Das deutsche Volk war zu Beginn des Weltkrieges von mannigfachen Gegensätzen des Besitzes, der Klasse, der Bildung, der Weltanschauung und der Parteien durchsetzt. Obrigkeitsregierung und Staatsbürgerbewußtsein standen in wachsender Spannung zueinander. Der Kriegsausbruch hat diese volklichen und staatspolitischen Unausgeglichenheiten nur vorübergehend zurücktreten lassen. Innerlich blieben sie bestehen.

Ziffer 4 der Vorlage (S. 242) soll folgende Formulierung erhalten:

4. Die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen drang mit der unerwartet langen Dauer des Krieges, mit den gewaltigen Verlusten an Menschenleben und an Volkskraft durch die Blockade auch in weite Kreise des Bürgertums ein. Ohne daß hier die Ideologie des Klassenkampfes übernommen wurde, entwickelte sich ein Widerspruch gegen die Politik der Regierung. Dieser Widerspruch wuchs naturgemäß mit der stärkeren Betonung des Eroberungsgedankens gegenüber der Idee des Verteidigungskrieges, mit der aufreizenden Wirkung des Gebarens von Kriegsgewinnlern, mit einer volksfremden Anwendung der Zensur und insbesondere durch die Unterschätzung zeitgebotener politisch-demokratischer Rechtsverleihungen an die breiten Volksmassen als Folge der allgemeinen Kriegspflicht. Auch in diesen Kreisen usw. wie in dem „Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage".

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* empfiehlt, als neue Ziffer I, 5 die Hauptpunkte der Thesen des Abg. Grafen zu Eulenburg in die Entschließung aufzunehmen. (S. o. S. 207.)

Abg. *Brüninghaus* wünscht einen Hinweis auf die Gegensätzlichkeit der politischen und militärischen Leitung, deren Bekannt-

werden im Volke den einmütigen Willen zur Landesverteidigung schwer geschädigt habe.

Zu I, 2 der jetzigen Fassung bemerkt der Abg. *Dittmann*, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch ihre Gegner, und zwar zuerst, den früheren Standpunkt gegenseitiger Feindschaft verlassen hätten. Es müsse also die Neuorientierung beider Teile erwähnt oder die Nennung der Sozialdemokratie unterlassen werden.

Der Satz in II, 3: „Die Unabhängige Sozialdemokratie machte sich mit jeder Streikwelle solidarisch" wird vom Abg. Dittmann beanstandet. Daran schließt sich folgende Auseinandersetzung:

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Die USPD hatte ja eine sehr zurückhaltende Taktik. Die Massen haben spontan vieles getan, was die Führung der USPD nicht gewollt hat. Aber immerhin hat sich die Führung insofern mit den Massen solidarisiert, als sie ungünstige Auswirkungen gegenüber der Polizei und den Gerichten abzubiegen versuchte. Das sollte mit diesem Satz gesagt werden.

Abg. *Dittmann:*

Der Hauptgegensatz zwischen der Spartakusgruppe und der USPD bestand ja darin, daß die Spartakusgruppe meinte, es müsse jemand da sein, der die Massen zu einer Aktion, zu einem Streik auffordert, während die USPD stets erklärt hat, das sei Unsinn, solche Bewegungen müßten aus den Massen selbst herauskommen; daß von irgendeiner Führung aus eine Parole ausgegeben werde, habe keinen Zweck.

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Das war aber doch lediglich ein Unterschied in der Taktik.

Abg. *Dittmann:*

Nein, in der Auffassung.

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Aus den Ausführungen von Frau Zietz geht ganz klar hervor, daß man nur nach außen hin legal gehandelt hat, tatsächlich aber illegal.

Abg. *Dittmann:*

Nein, es war gar nicht die Absicht der USPD, solche Aktionen zu inspirieren. Sie hat sich lediglich, wenn solche Aktionen kamen, der Leute angenommen, um sie vor Polizei und Gerichten zu schützen.

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Sie hat auch das ihrige dazu getan, um solche Bewegungen zu entfesseln.

Abg. *Dittmann:*

Nein, wir haben den Leuten sogar oft abgeraten.

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Aus Vorsicht! Aber im Ziel waren Sie damit einverstanden. Sie haben ja selbst zum Teil auch anders gesprochen.

Abg. *Brüninghaus:*

Vielleicht kann man sagen: „sie unterstützte daher auch die Streiks während der Kriegszeit".

Abg. *Dittmann:*

Nein, das ist ja eben nicht richtig. Die Streiks als solche haben wir nicht unterstützt.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich erinnere nur an den Streik vom Januar 1918, wo die USPD ein Flugblatt verfaßt hat, das zum Durchhalten im Streik aufforderte.

Abg. *Dittmann:*

Das Flugblatt ist von der Streikleitung herausgegeben worden, die USPD und die SPD waren zur Streikleitung zugezogen worden und haben beide versucht, die Dinge ins Gleis zu bringen. — Wenn solche Dinge hier hineingenommen werden sollen, dann müßten wir ja erst die ganze Streikbewegung zum Gegenstand der Untersuchung machen. Bisher haben wir noch keine Untersuchungen darüber angestellt.

Zu dem Satz in II, 4, daß die Unabhängige Sozialdemokratie grundsätzlich Abtretungen deutschen Gebietes verworfen habe, bemerkt Abg. *Brüninghaus:*

Das ist nicht richtig, wie wir wiederum aus der Rede von Haase entnehmen können, der in der Sitzung vom 19. Juli 1917 die Stockholmer Denkschrift verlesen hat, in der die Anschauungen über die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie niedergelegt sind. Darin heißt es:

„Wir verstehen das tiefe Sehnen des polnischen Volkes nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in Russisch-Polen zuzubilligen, dagegen für Preußisch- und Österreichisch-Polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht.

In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur elsaß-lothringischen Frage und befinden uns dabei in Übereinstimmung mit Engels und Jaurès. Die Verlängerung des Krieges um Elsaß-Lothringens willen bedeutet heute, daß die ganze Welt, Elsaß-Lothringen inbegriffen, wegen der Streitfrage des nationalen Bedürfnisses dieser Bevölkerung verwüstet, und daß mehr Menschen auf den Schlachtfeldern vernichtet werden, als Elsaß-Lothringen Einwohner zählt.

Aber wie Engels 1892, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem

Frankfurter Frieden, so können wir uns heute erst recht nicht der Erkenntnis verschließen, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektiert wurde, solange nicht zur Ruhe kommen wird, bis ihr die Gelegenheit gegeben ist, sich in direkter, unbeeinflußter Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu äußern."

Und zum Schluß heißt es über die Kolonien:

„Als Gegner jeder Eroberungspolitik und Fremdherrschaft lehnen wir nach wie vor die Politik kolonialer Eroberungen ab."

Aus diesen programmatischen Erklärungen geht hervor, daß die Unabhängigen die Abtretung deutschen Gebiets nicht grundsätzlich abgelehnt haben.

Abg. *Dittmann:*

Hier entsteht der Streit darüber, was deutsches Gebiet ist. Wer auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker steht, kann natürlich nicht der Meinung sein, daß das, was durch irgendwelche Kriege oder Heiraten an ein Land gekommen ist, für alle Zukunft bei ihm bleiben müsse. — Ich bin aber damit einverstanden, daß der ganze Satz gestrichen wird.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Diese Dinge berühren sich mit dem Annexionsproblem, das in dem noch zu liefernden Gutachten von Herrn Professor Hobohm im einzelnen behandelt wird. Es ist also wohl am besten, wenn wir den Satz streichen, denn wir würden kaum zu einer einmütig angenommenen Formulierung kommen können.

Zu dem Satz in IV, 1, daß „der Rest der noch vorhandenen Widerstandskraft durch die Revolution zusammengebrochen" sei, bemerkt Abg. *Dittmann:*

Der Satz ist in keiner Weise belegt. Es ist gar keine Probe auf Widerstandskraft angestellt worden. Die Widerstandskraft wäre auch ohne die Revolution zusammengebrochen.

Abg. *Brüninghaus:*

Es ist doch unter dem Eindruck der Revolution an Erzberger das Telegramm geschickt worden: Unterschreiben.

Abg. *Dittmann:*

Ich war damals einer der Volksbeauftragten. Es fand die bekannte Versammlung im Zirkus Busch statt. Als die andern zurückkamen, sagte Ebert zu mir: Es ist auch jetzt das Telegramm von Erzberger über die Waffenstillstandsbedingungen da. Ich sagte: Da müssen wir uns zusammensetzen und beraten. Darauf sagte Ebert mit schmerzlichem Lächeln: Was willst du beraten, kannst du ablehnen? Du kannst doch nur annehmen.

Generalsekretär Dr. *Fischer:*

Das zeigt eine ganz neue Perspektive. Aus der mitgeteilten

Unterredung scheint hervorzugehen, daß die Volksbeauftragten, wenn es möglich gewesen wäre, den weiteren Widerstand organisiert hätten.

Abg. *Graf zu Eulenburg:*

Es liegt meines Wissens eine ganz bestimmte Äußerung von dem Feldmarschall v. Hindenburg bzw. der Obersten Heeresleitung darüber vor, daß infolge der Revolution nicht mehr zu kämpfen war.

Die Beratung führt dann zu einstimmiger Annahme der Band 4 dieser Reihe S. 1 ff. abgedruckten Entschließung.

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* empfiehlt, an den Gesamtausschuß folgenden Antrag zu richten:

Der 4. Unterausschuß des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses hat seine Untersuchung über „Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs" abgeschlossen. Er empfiehlt dem Gesamtausschuß, beim Reichstag zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Der 4., 5. und 6. Band der vierten Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses betreffend „Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs" werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag findet einstimmig Annahme.

Beilagen[1)]

[1)] Vgl. Bd. 4 dieser Reihe S. 123 ff. und Bd. 5 dieser Reihe S. 188.

Beilage 1

Front und Frieden

Von Professor Dr. Ludwig Bergsträßer, M. d. R.

Im August 1914 war sich ganz Deutschland darüber einig, daß der Krieg nur kurze Zeit dauern werde: „Weihnachten sind wir zu Hause", das war die allgemeine Vorstellung. Auch die maßgebenden politischen wie die leitenden militärischen Kreise rechneten nicht mit langer Dauer. Der Mißerfolg der Marneschlacht änderte daran für die Bevölkerung und die Masse der kämpfenden Truppe nichts, da beide seine Bedeutung nicht zu erkennen vermochten und die militärischen Stellen alles taten, sie zu verschleiern.

Man könnte diese erste Zeit des Krieges, wenn man sie auf die Einstellung der Bevölkerung hin untersucht, die naive nennen. Die Masse der Menschen, der gebildeten wie der einfachen, denkt nicht nach. Der Krieg wirkt unmittelbar, denn er gilt als vergänglich.

Mit dem ersten Winter wird das anders; in der kämpfenden Truppe infolge des mit der Jahreszeit verbundenen steigenden Ungemachs, in der Heimat durch die Brotkarte und die beginnenden Schwierigkeiten, die einsetzenden Abweichungen von dem normalen Verlauf des Lebens. Auch in anderem als den unmittelbar äußerlichen Dingen. Der tiefe Unterschied beginnt sich geltend zu machen, der notwendig bestehen muß zwischen der Einstellung des Söldners, dem der Krieg selbstverständliche Ausübung seines Berufes ist, und dem Soldat gewordenen Bürger, den er von der eigentlichen Tätigkeit, von der nicht nur gewohnten, sondern sein Leben erfüllenden Arbeit, von seiner Lebensaufgabe wegreißt — nicht nur ins Ungewisse, ob er zurückkehren oder sterben wird. Das wird schließlich fast schicksalhaft empfunden. Stärker lastet allgemach auf dem Soldat gewordenen Bürger die Frage nach der Zukunft seiner Lebensarbeit; beim einzelnen um so mehr, je stärker sie von seiner Person getragen ist, sei es das selbständige Geschäft, die eigene Landwirtschaft, die lange vorbereitete geistige Leistung. Mit dem Jahre 1915 setzen die Urlaube ein. Sie verbinden den Soldat gewordenen Bürger wieder mit seiner natürlichen Umgebung und führen ihn, besonders in dem

Augenblick, wo er sie erneut verläßt, zwangsläufig zu der Frage: Wie lange noch? Wie oft noch? Selbstverständlich wünscht er, bald wieder heimzukommen zu dauernder Bleibe. So entsteht die Friedenssehnsucht des Feldheeres. Sie ist seit dem Sommer 1915 allgemein. Mancher mag sich erinnern, wie er etwa von Kameraden im August 1915, als die polnischen Festungen fielen, gefragt wurde, ob nun der Friede komme. Wer es nicht mehr weiß, lese seine oder andere Feldbriefe.

Ich habe anläßlich einer Diskussion, die im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages geführt wurde und an einige Bemerkungen angeknüpft, die ich dort zur psychologischen Entwicklung der Front gemacht hatte, die Briefe durchgesehen, die allerlei Feldgraue die Jahre hindurch Frauen meiner Familie auf Päckchensendungen hin geschrieben haben, Briefe also, die nicht dazu dienen sollten, übler Laune Luft zu machen, Beschwerde zu führen; sondern spontane Äußerungen. Die Verfasser sind meist einfache Leute, Arbeiter, Bauern, Handlungsgehilfen. Daneben einige aus dem Kreis der engeren Bekannten akademischer Schicht. Sie alle reden seit 1915 vom Frieden, von der Hoffnung, daß er bald kommen werde, im nächsten Herbst, im nächsten Frühjahr; unbestimmt wann, aber doch bald.

Bei manchen ist die Formulierung formelhaft, in gleichen Worten immer wiederkehrend; bei anderen steht sie wohl auch neben einer lebendigen und anschaulichen Schilderung des letzten Kampfes, der letzten militärischen Leistung. Sie sind die wichtigen, denn sie zeigen, wie in den Jahren 1915 bis Anfang 1918 hin soldatische Pflichterfüllung und Friedenssehnsucht sich verbinden, in gewissem Sinne geradezu bedingen.

Ein Soldat, der den Sturm auf Verdun mitgemacht hat, dabei schwer erkrankte und nun im Lazarett liegt, Arbeiterkind, Handlungsgehilfe, schreibt am 10. März 1916 in einer Schilderung der Verduner Kampftage:

> „Eigentlich freuten wir uns auf den Sturm. Denn es ging nun mal wieder voran, und man verbindet auch damit den Gedanken, daß wir dadurch dem Frieden näherkommen“ und ergänzend zwei Monate später, am 11. Mai 1916, immer noch aus dem Lazarett: „Die Zeit an der Front hat, außer manchen schrecklichen, auch schöne Erinnerungen hinterlassen, nur habe ich bedauert, daß unser Ansturm uns nicht den ersehnten Frieden gebracht hat. Denn viel mit dieser Zuversicht sind wir zum Sturm gegangen, aber wir sehen, die Opfer sind noch nicht groß genug, es müssen immer noch welche gebracht werden.“

In den ganzen Jahren bis 1918 ist für den Soldaten der Krieg das Instrument des Friedens, der Kampf die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. So macht er ihn mit als eine Notwendigkeit. Mit der

Länge der Zeit steigert sich die Friedenssehnsucht, konzentriert sich die Hoffnung. Sie findet ihren stärksten Ausdruck zu Beginn des Jahres 1918. Man erhofft den Frieden mit Rußland, als Teilstück, als Abschlagszahlung in gewissem Sinne; man erhofft ihn besonders, weil er die Möglichkeit geben soll, im Westen den großen Schlag zu führen, der das Ende bringt. „Wie es aussieht, wird es doch bald mit dem Frieden werden", schreibt ein Gefreiter aus dem Felde am 2. Februar 1918.

Um dieselbe Zeit etwa sagt der Dichter Rudolf G. Binding in einem Stimmungsbericht, den er als Offizier zu liefern hat:

„Schon die Tatsache allein, daß Friedensverhandlungen schweben, erfüllt mit Hoffnung und Erwartung. Diese sind allein auf einen Frieden (zunächst mit Rußland, dann, vielleicht und wahrscheinlich erst nach erfolgter Offensive gegen die Westmächte, auf einen Frieden mit diesen) gerichtet." . . . „Als Hauptmittel zum endgültigen Frieden wird die Offensive im Westen nicht nur erwartet, sondern für notwendig gehalten. Von ihrem Einsetzen wie von ihrem Gelingen ist jeder überzeugt. Allgemein aber wird sie bei den Mannschaften nirgends von dem Gesichtspunkt eines günstigen Friedens betrachtet, den sie uns bringen müsse, sondern nur von dem, daß sie zum Ende führen werde." (Abgedruckt in dem für die ganze Frage höchst interessanten Buche Bindings „Aus dem Kriege", 1925, Rütten & Löning, S. 291 ff.)

Soldatenbriefe sagen dasselbe. Aus der Offensive heraus schreibt der eben zitierte Gefreite:

„Hoffentlich gibt es jetzt doch bald den lang ersehnten Frieden, denn es wurden ja ganz gute Fortschritte gemacht!" (24. März 1918.) Ein anderer am 8. April 1918: „Befinde mich jetzt schon eine Zeitlang hier im Westen; man erkennt den Unterschied zwischen den beiden Kriegsschauplätzen, wenn man alles mitmachen muß. Hier ist viel schlimmer wie im Osten war. Wir haben alle Hoffnung, daß jetzt bald ein Ende geben wird. Die Engländer mit den Franzmännern haben einen festen Schlag bekommen, und es geht immer weiter."

Es ging nicht weiter: die Offensive blieb vor Amiens stecken! Wieder haben die breiten Massen auch der kämpfenden Truppen die Bedeutung dieser Tatsache nicht gleich erkannt: ihnen fehlte die Übersicht! Höhere Offiziere sind schon unmittelbar nach der mißglückten Offensive sehr skeptisch gewesen. Bindings Kriegsbriefe sind quellenmäßiger Beleg.

Die große Masse der kämpfenden Truppe hatte auch noch die Champagneoffensive im Juli 1918 in derselben geistigen Einstellung mitgemacht wie die früheren Kämpfe; nur teilweise in ihrer geistigen Haltung beeinträchtigt durch die größeren Anstrengungen, den stärkeren Mangel, den vertieften Eindruck von der materiellen Über-

legenheit des Gegners und unbedingt beeinflußt dadurch, daß die einzelnen Truppenteile inzwischen viel seltener zur Atempause, viel seltener und viel kürzer in Ruhestellung gekommen waren.

Nachdem auch die Champagneoffensive mißglückt war, da stellte sich allerdings ganz offen und ganz allgemein das ein, was ich die Vertrauenskrise innerhalb des kämpfenden Heeres nennen möchte. Nunmehr wechselte durchweg die Einstellung gegenüber dem Kampf an sich; mancherorts vielleicht ganz plötzlich, anderswo vielleicht langsamer, je nach der Art und der Zuspitzung der persönlichen Erlebnisse. Sicher ist die Erscheinung allgemein. Sie besteht darin, daß große Teile der kämpfenden Truppe das Vertrauen verlieren, daß der Krieg durch weiteres Fortsetzen der Kämpfe überhaupt noch zu einem Ende kommen könne. Mehr oder minder schnell, mehr oder minder konsequent zieht der einzelne daraus seine Folgerungen. Primitives Denken sagt, wenn es mit Kämpfen nicht geht und die oben doch nicht aufhören wollen, dann müssen wir dem Krieg ein gewaltsames Ende machen, indem wir den Kampf sabotieren. Einzelne Sabotageakte sollen schon während der Champagneoffensive vorgekommen sein. Die bekannten Vorfälle des 8. August, wo eine vorgehende Truppe von einer weichenden mit dem Zuruf „Streikbrecher" bezeichnet wurde, ist die spontane Äußerung dieser Gedanken, wenn man sie nicht lieber als dunkle Empfindungen bezeichnet. Andere folgern: Wir müssen Frieden schließen, diplomatisch, sei es auch mit Verlusten. Binding schreibt unter dem 4. August 1918:

> „Man ist des Krieges müde. Man hört — und nicht von den schlechtesten, nein, von tapferen Frontsoldaten: ‚Gebt ihnen doch dieses Sch... land Elsaß und Lothringen.'" Und er spricht für sich wie für viele Frontkämpfer, wenn er fortfährt: „Man sagt sich, daß nichts dabei herauskommt, wenn man sich verbraucht. Man sagt sich auch, daß man nicht dazu da ist, sich in dieser endlosen Sache des Wahnsinns weiter zu verbrauchen."

Das ist die weitere Folgerung sehr vieler. Aller derer, denen der Krieg ein bestimmter Zweck war, Abwehr, Schutz; und denen er sinnlos wird in dem Augenblick, wo sie feststellen, daß der Zweck nicht erreicht werden kann.

Der Soldat will nicht sterben, wenn es keinen Zweck hat. Er hat da eine andere Einstellung als, wie man doch wohl sagen darf, der Offizier. Für den Soldaten gibt es nicht den besonderen Ehrbegriff, der ihn anerkennen ließe, es sei in einem solchen Falle besser, in Ehren unterzugehen als in Schande weiter zu leben; vielleicht auch darum, weil er sich an dem, was eintrat, nicht mitschuldig fühlt. Der Soldat verwirft unnütze Opfer.

Die schärfste Zuspitzung dieses zwischen Mann und Offizier gegensätzlichen Empfindens haben wir in den Vorgängen vor uns, die sich im Oktober und November 1918 auf der Flotte abspielten. Sie

wurden bei der Flotte und gewiß ebenso bei der Truppe der Westfront dadurch verstärkt, daß der einfache Mann, minder Idealist und infolge schwereren Lebensganges realistischer eingestellt, die Situation, d. h. die Aussichtslosigkeit der Lage, früher übersah. „Ich habe eine schlechte Meinung. Aber wenn ich die äußere, finde ich zwar nicht verschlossene Ohren, aber eine verschlossene Vorstellung. Daß es so steht, wie es steht, will dem deutschen Offizier nicht einleuchten" — — schreibt Binding schon am 4. August.

Eine dritte Gedankenreihe schließt sich an. Besiegte suchen den Schuldigen. Damals haben ihn sehr viele in der herrschenden Schicht gesehen, die ihnen im Kaiser personifiziert war. Daraus erwächst nicht die Revolution, denn sie ist nicht beim Frontheer ausgebrochen, wohl aber die Disposition zur Revolution. Der Änderung ist der Boden bereit, es bedarf nur des Anstoßes.

Damit ist für zwei geschichtliche Tatsachenzusammenhänge die Erklärung gegeben. Einmal dafür, warum eine politische Agitation gegen den Krieg und für Revolution, die es in Deutschland wie in allen kriegführenden Ländern — und in Deutschland nicht stärker als in anderen kriegführenden Ländern — gegeben hat, in der Zeit bis mindestens August 1918 ohne jede eigentliche Wirkung blieb; denn so viel auch von solcher Agitation erzählt wird, zumeist mehr als den Tatsachen entspricht, für ihre tatsächliche Wirkung auf das kämpfende Heer ist kein Beweis erbracht. Zweitens erklären sich aus der psychologischen Entwicklung, die ich zu zeichnen versuchte, die nur angedeutet und nicht vollständig gegeben werden konnte, zwanglos die Zufallserscheinungen, die mit dem August einsetzten; verwunderlich ist nicht, daß sie einsetzten, sondern daß sie so spät und so wenig stark einsetzten.

Und am verwunderlichsten ist, daß die Mehrzahl der höheren Offiziere dies alles entweder, wofür Beweise vorliegen, überhaupt nicht gekannt und begriffen haben oder jetzt abstreiten. Sie haben die Dolchstoßlegende erfunden, die nichts anderes ist als ein Beweis zumindest ihrer Unzulänglichkeit in Psychologie.

Beilage 2

Freiwilliger Günther Simroth, Res. Inf. Rgt. 104,
an Professor Simroth in Leipzig [1])

25. Dezember 1914

. . . . .

Schützengraben, auch so ein Kapitel. Hier herrscht durchschnittlich große Erbitterung darüber, wie die Zeitungen dieses Leben dem sensationslüsternen Publikum darstellen. Selbstverständlich wird jeder Lanzer mit möglichstem Humor nach Hause schreiben, um seinen Lieben das Herz nicht noch schwerer zu machen. Aber daß es für die älteren Kameraden namentlich kein Vergnügen ist, in Nässe und Kälte egal auf die Ratte zu spannen und eigentlich nie wirklich Ruhe zu haben . . . das ist wohl auch selbstverständlich. Mir freilich, mir gefällt dies Leben wirklich ausgezeichnet.

Rittmeister Kurt Bassermann, Fuhrpark-Kol. 4. 15. A. C.,
an Frau Rudolf Bassermann in Mannheim [2])

Courtrait, Belgien, 24. Februar 1915

. . . Wir hoffen auf baldigen Frieden und Heimkehr . . .

Kriegstagebuch Karl Fricke in Hamburg [3])

3. Juli 1915

. . . Die Zustellung der Gestellungsordre erfolgte am 3. Juli, abends 6 Uhr, gerade als ich vom Dienst nach Hause kam. Weil mir der Gestellungsbefehl nicht so überraschend kam, war ich auch nicht so niedergeschlagen, wie es vielen erging bei Zustellung des bekannten roten Scheines . . .

---

[1]) Reichsarchiv A VI 7 Si Nr. 1.
[2]) Besitz Frau Bassermann, wie alle Briefe an sie?
[3]) Besitz des Verfassers.

Willy Dürr[1]) *an Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann*[2])

Beaumont, 26. Oktober 1915, im Schützengraben

. . . . .

Wenn man in St. Quentin an den meisten Wirtschaften bzw. Cafés „Nur für Offiziere" liest, und im April daselbst ein Bordell nur für Offiziere bestand, so dient das nicht dazu, das gute Verhältnis bei Kranken und Verwundeten, die dort Erholung suchen, zu erhalten.

. . . . .

Kriegstagebuch Josef Merk, Kriegsfreiwilliger[3])

Von gestern auf heute, den 26. [Oktober 1915][4]), feierten die Offiziere vom Regt.-Stab 65 und 365 im Kasino. Sektpfropfen knallten und — Trumpf war das Telephon. Wecken der Beobachtungsstellen, der Abteilung der großen Bagage. . . . Die Sache war zu stark, die Herren feiern und geben Liebesmahle, beinahe 2—3 in der Woche, und der gewöhnliche Mann hat — nichts.

17. April [1916]. Von Laudenbach [bei Mergentheim, Wohnort der Eltern] Nachricht, daß Herr Löwenstein gefallen ist. Auch die Juden erfüllten ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande. Warum behandelt man sie als Soldat so übel?

Heinrich Rominger aus Schwenigen an Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann

Westl. Kriegsschauplatz, 31. Oktober 1915

. . . . .

Das einliegende Bild [einer illustrierten Zeitschrift] zeigt Mannschaften, die zum Offiziersstande vorbereitet werden; ohne aber eins der Gesichter zu kennen, bin ich fest überzeugt, daß da nicht ein einziger Mann dabei ist, welcher nicht den Einjährigenschein besitzt. Es ist wohl angebracht, wenn zu solchen Veranstaltungen in erster Reihe Leute zugelassen werden, die eine durch ein Examen abgeschlossene Bildung hinter sich haben; ein Unrecht ist es aber, wenn der Weg dazu allen anderen versperrt ist, mögen sie qualifiziert sein, wie sie wollen.

Das noch gröbere Unrecht aber ist das, daß alte, erprobte Leute, die seit Beginn im Felde stehen, nicht einmal Unteroffizier werden

---

[1]) Dürr war 1914 Assistent von Heuß.

[2]) Nachlaß Haußmann, wie alle Briefe an ihn, Besitz Rechtsanwalt Robert H. in Stuttgart.

[3]) Besitz des Verfassers, Diplomkaufmann M. in Mannheim.

[4]) Die eckigen Klammern bezeichnen Zusätze des Herausgebers.

können, nur weil immer alle Stellen für die Offiziersaspiranten belegt werden.

. . . . .

Braucht man Vorgesetzte aller Grade, so kommen nur die Herren Offiziersaspiranten in Betracht, oder aber sie werden vom Ersatztruppenteil aus der Garnison bezogen. Ganz abgesehen davon, wie es alten Leuten wehe tun muß, wenn sie sich von den jungen Herren herumschubsen lassen müssen und deren Versuchskaninchen bilden, muß man auch sehen, wie die besseren Einkommen denen zufließen, die ledig sind, keine materielle Not haben und das Geld meist verjuxen.

. . . . .

Landsturmmann August Neumann, Res. Inf. Rgt. 9, an seinen Bruder in Alt-Storkow, Bezirk Stettin[1])

Wayszkuny, den 28. Dezember 1915

. . . . .

Nun, hoffentlich hat das Morden mal bald ein Ende, denn es ist doch schon soviel Blut geflossen, und der liebe Gott muß sich doch mal hierüber erbarmen, daß er die Menschheit nicht ganz zugrunde läßt richten.

. . . . .

Hauptmann Heinrich Diffené
an Frau Rudolf Bassermann in Mannheim

Marle, 27. Februar 1915

Vielen herzlichen Dank für Deinen Glückwunsch zum „Stammhalter". Schön, seinen und der ganzen Familie Herzenswunsch in Erfüllung gehen zu sehen. Wenn nur dieser Krieg zu Ende wäre. Möchte so gerne mein Glück daheim genießen dürfen. Hoffentlich gibt's zu Ostern Urlaub...

Reservist R. Petersen, Kriegsgefangenen-Arbeiter-Bataillon Nr. 130/XX, an Direktor Vortmann in Berlin[2])

Mitau, den 20. Februar 1916

. . . . .

Unten im Westen geht es ja wohl auch wieder vorwärts. Es wird ja auch mal Zeit, daß dieser Krieg mal ein Ende nimmt; sonst denkt man noch es muß so sein; wir haben doch alle lange genug ausge-

---

[1]) Besitz Lehrer Neumann, Wittichow, Pommern.
[2]) Reichsarchiv A VI 2 Vo Nr. 4, wie alle Briefe an Vortmann.

halten, nun, wir müssen eben so lange machen, bis die Briten zum Einsehen kommen.

. . . . .

Leutnant d. R. Simroth, Res. Inf. Rgt. 104, an Professor Simroth

9. April 1916

. . . . .

Wir sind alle bass erstaunt über die kolossale Siegeszuversicht des Reichskanzlers. Daß es überall gut steht, weiß ja jedes Kind, aber daß von dieser offiziellen Stelle aus von einem „größeren Deutschland" gesprochen wird, ist doch etwas ganz Neues. Hoffentlich erleben wir's noch.

Leutnant d. R. Simroth, Res. Inf. Rgt. 104, an Professor Simroth

5. Mai 1916

. . . . .

[Geburtstagsglückwünsche.] Möge Dir das neue Jahr vor allem eine gesunde und kräftige Erholung, wie hoffentlich bald unserem ganzen Volke, bringen. Es sind jetzt gerade, seit langem zum ersten Male wieder, ein paar Kameraden einige Tage daheim gewesen, und die haben uns recht anschaulich geschildert, was Ihr da drinnen bereits alles entbehren müßt, und wie schwer jetzt das Leben für Euch ist. Wir merkten ja im allgemeinen wenig davon; wir haben eben unsere gemeinsamen Mahlzeiten, und wenn die auch im allgemeinen jetzt recht, recht einfach sind, so ist doch stets alles reichlich vorhanden. Den Mannschaften ist allerdings auch schon ein Drittel von der täglichen Fleischportion abgeknapst worden, die meisten leben aber immer noch auskömmlicher als je im Frieden.

. . . . .

Carl North, Landsturmmann im Landw. Inf. Rgt. 75, an Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann

Rußland, 10. Mai 1916

. . . . .

Unter den zum Heeresdienst eingezogenen Landsturmpflichtigen, welche in jüngeren Jahren ihrer Dienstpflicht nicht genügt haben, befinden sich wohl manche, die zwar nicht im Besitz des Einjährigenzeugnisses sind, die aber doch auf Grundlage einer guten Schulbildung im Laufe der Jahre ihre Kenntnisse erweitert und vertieft und sich im bürgerlichen Leben eine angesehene und geachtete Stellung errungen haben.

Wäre es nun diesen Leuten gegenüber nicht ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn man auch ihnen, gleich jenen mit dem Einjährigenzeugnis, durch Teilnahme an einem entsprechenden Kursus das Aufrücken in höhere Stellen erleichterte? Eine kurze Vorbereitungszeit, vielleicht auch die Ablegung einer Prüfung könnten die nötigen Garantien für den erforderlichen Bildungsstand schaffen.

. . . . .

. . . . . .

Kanonier Ziegler, Mun. Kolonne Nr. 3, 2. Landwehr-Division, an Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann

Geschrieben den 25. Mai 1916

. . . Beschwerde betr. Urlaub, bitte um Verwendung . . .

Oder müssen wir Kleinhandwerker und der Mittelstand hier unser Grab vollends selbst graben, und die Herrn Großbauern und Großkapitalisten, welche den Wucher treiben, werden durch Ersatzmänner abgelöst, und wir und unsere Familien müssen dabei zugrunde gehn!

. . . . .

Vizefeldwebel Joh. Birk, Bayr. Landw. Inf. Rgt. 12, 5. Kompagnie, an Frau Rudolf Bassermann in Mannheim

4. Juni 1916

. . . Hoffentlich geht doch heuer der Krieg noch zu Ende und ist uns gegönnt, glücklich zu unseren Lieben zu Hause zurückzukehren. Es wäre nimmer zu früh, man wird schon müde an dem ewigen Krieg . . .

Leutnant d. R. Simroth, Res. Inf. Rgt. 104, an Professor Simroth

14. Juni 1916

. . . . .

Die Auskunft über Erler genügt natürlich vollkommen; schade, daß sein Vater keinen wohlklingenden Titel hat, das kann dem lieben Kerl bei unserem Regiment leider erhebliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Ich will ihm das Beste wünschen!

. . . . .

Th. Balburdick[1]*, E. Mun. Kol. 45, E. Insp. 6. Armee, Westen, an Frau Vortmann in Berlin [Dezember 1916]*

Es ist bald wieder ein Jahr her, da ich ein liebes Paket erhalten habe, und es ist noch immer Krieg, was kann es helfen, wir wollen

[1]) Ohne weitere Angabe, Umschlag nicht erhalten, ohne Datum. Eingangsvermerk Vortmann: B 10/12/16.

und müssen siegen, wenn das nicht, sind wir ja auch verloren. Ich bin während der Zeit in Rußland, Türkei und überall gewesen und jetzt wieder in Frankreich. Überall wo man hinkommt, ist große Armut und die Leute haben von allem nichts, nun haben sie lieber etwas von uns als wir von Ihnen.

Ich habe jetzt 14 Tage Schonung weil ich nicht mehr mit den Füßen weiter kann kommen. Es wäre doch bald gut wenn der Krieg zu Ende ginge für alle Menschen, denn wir haben doch schon alle genug gelitten. Da es auch bei Ihnen an allem fehlt und teuer ist werden wir auch hier ein beschränktes Weihnachten feiern müssen und hoffen um Gottes willen, daß wir das nächste Jahr [nicht] noch Krieg haben.

. . . . .

Vizefeldwebel Joh. Birk, Bayr. Landw. Inf. Rgt. 12, 5. Komp., an Frau Rudolf Bassermann in Mannheim

Im Felde, 23. Dezember 1916

. . . Nachträglich wünsche ich Ihnen recht gute Feiertage und zugleich ein frohes, glückliches, gesundes neues Jahr, hoffentlich ein Friedensjahr; jetzt wärs doch bald nimmer zu früh zum Aufhören. Denn wir wollen auch wieder einmal heim zu unseren Lieben . . .

Krankenträger Paul Mai an Frau Vortmann in Berlin

Allemont, den 6. Februar 1917

. . . . .

Wir werden wohl in diesem Frühjahr große Ereignisse erleben, zumal hier im Westen. Aber ich glaube sicher, daß wir es schaffen werden. Sie glauben gar nicht, was in jedem Soldaten für eine Erbitterung Platz gegriffen hat über die Ablehnung unseres Friedensangebotes. Wir glaubten alle, als uns im Dezember der Befehl bekannt gemacht wurde, wir könnten Weihnachten bei unseren Lieben feiern. Aber dann kam die Ernüchterung, und jeden Soldaten, der sein Vaterland lieb hat, packt die Wut über diesen Hohn, und nun wollen wir auch unseren Feinden zeigen, was wir Deutsche trotz $2^1/_2$ jähriger Kriegszeit noch zu leisten imstande sind.

Nun zur Verschärfung des U-Boot-Krieges. Wenn es unseren U-Booten so gelingt, wie wir uns alles ausmalen, dann werden wohl die Herren Krämer auch bald am Hungertuche nagen müssen und werden dann ganz klein beigeben. Ich bin gespannt, was aus Amerika wird. Ob es auch noch gegen uns kommt. Nun, es bleibt sich auch

gleich, ob wir direkt oder indirekt mit Amerika zu kämpfen haben. Sie haben uns durch diese Munitionslieferungen an unsere Feinde schon genug geschadet. Der Krieg wäre längst zu Ende. Nun frisch drauf los, daß wir uns in diesem Jahre den Frieden erkämpfen.

Feldwebelleutnant K. Schmidt an Direktor Vortmann in Berlin

7. Februar 1917

. . . . .

Hoffentlich hat der verschärfte U-Boot-Krieg nicht noch weitere nachteilige Folgen mit Amerika. Wenn es nur beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen bliebe, daß sich auch nicht noch andere neutrale Staaten anschließen. Ich glaube ja auch, daß alles reiflich erwogen und alle Schritte für evtl. Fälle getan sind.

Grenadier Kurt Strieen, 7. Garde Inf. Rgt., 11. Komp., an Frau Vortmann in Berlin

Champagne, 9. Februar 1917

. . . . .

Die Kälte setzt uns sehr zu, zumal da die seitens der Heeresverwaltung gebotene Ernährung wirklich sehr mangelhaft ist. Die Rüben, die wir fast Tag für Tag bekommen, sind meist erfroren, Fleisch ist nur sehr wenig im Essen und Brot als Ersatz nicht zu bekommen. Belag, selbst Schmalz oder Fett-Ersatz, werden in so winzigen Mengen gereicht, daß sie in der täglichen Portion auf der Spitze des kleinen Fingers Platz haben. Zudem ist der Betrieb der hiesigen Kantine so beschränkt, daß es Eßbares absolut nicht zu kaufen gibt. Dazu kommt noch ein großer Übelstand: Auch Licht wird in so kleinen Mengen ausgeteilt, daß wir manchmal tagelang — auch hier gibt es nichts zu kaufen — ohne Licht, also Tag und Nacht im Dunkeln, in unserem Unterstand sitzen. Wirklich, die Fürsorge für uns läßt fast alles zu wünschen übrig. Unsere Leutnants, junge Menschen von 19 bis 24 Jahren, kümmern sich in dieser Beziehung nicht um uns, wenigstens haben wir noch nichts gemerkt. — Alle diese Umstände lassen natürlich unsere Stimmung bis zur Verzweiflung sinken; Hoffnungslosigkeit hat sehr viele hier erfaßt. Wenn es doch bald anders würde! Wie wir hören, sollen wir vielleicht schon heute in etwas rückwärtigere Stellung kommen. Dann wird das Leben etwas erträglicher, wenn auch der Schmutz und das Ungeziefer, unter denen beiden wir ebenfalls zu leiden haben, bleiben.

Schwager Ernst scheint es insofern gut getroffen zu haben, als er einem Landwehrregiment eingeteilt ist, also wohl nicht zur kämpfenden Truppe gehört. Da halte auch ich das Leben gerne aus.

[Bitte, sich nach einem Posten als Leiter einer Verlagsbuchhandlung für ihn umzusehen.]

Leutnant d. R. Simroth, Inf. Rgt. 474, I. Btl., an die Familie in Leipzig

16. März 1917

. . . . .

Wir machen im allgemeinen blödsinnig viel Dienst. Der Major fitzt schon jetzt mitten auf Etappe über alle Maßen, ein Befehl jagt den andern, bis schließlich niemand mehr weiß, was gehauen und gestochen. Leider wird dadurch mächtig viel Zeit vertrödelt und den Truppen an ihrer Freiheit abgeknöpft, und wir sehen unsere Hauptaufgabe augenblicklich darin, ausgleichend als Puffer zwischen Bataillon und Mannschaften zu wirken. Er verdirbt jede Stimmung — der krasse Mangel an Felderfahrung macht sich eben fühlbar —, und ihm kann's ja hinten im Bat.-Unterstand schließlich gleichgültig sein, wir aber vorne im Graben haben's auszubaden. Immerhin habe ich noch gutes Zutrauen, freilich — die forsche Begeisterung von uns Kriegsmutwilligen 1914, die fehlt.

. . . . .

Gestern die Nachricht: Revolution in Petersburg, der Zar verschwunden, Staatsminister gefangen! . . . da wogte natürlich die Begeisterung hoch. Aber auch jetzt im nüchternen Morgenlicht scheint mir das die beste Kunde seit langer Zeit. Vielleicht kommt damit doch der Anfang vom Ende.

. . . Wir bleiben aber doch im Osten . . .

. . . . .

Kriegstagebuch Josef Merk, Unteroffizier

[13. April 1917]

12. April [1917] Heimreise zu den Eltern.

13. April Telegramm, sofort zurück . . .

Die einen Leute haben so häufig Urlaub, andere so wenig. Die Reklamierten verdienen viel Geld. Viel zuviel Geld verdienen diese „Heimatkrieger", bei diesem System wird die Unzufriedenheit draußen immer größer. Haben denn die führenden Männer keine Augen?

Zahlreiche höhere Offiziere denken nur an sich, an ihre Beförderung und Auszeichnungen.

Von dem üblen Beispiel, wo manche Offiziere schwere Kisten, Inhalt Bilder, Bücher (gestohlen), von der Front heimgeschickt haben, will ich nicht reden. Den Mannschaften werden die Pakete kontrolliert. Also immer und überall zweierlei Maß.

Ein Skandal ist es, daß man altbewährte Mannschaften so langsam zu Unteroffizieren befördert, während man junge Kriegsfreiwillige manchmal nicht rasch genug befördern und auszeichnen kann. Trotzdem ich selbst Kriegsfreiwilliger bin, tut es mir leid, wenn ich sehe, wie z. B. bei unserer Batterie tüchtige Soldaten und Handwerker immer noch Gefreite sind. Die Leute sind so gut.

Kriegstagebuch Kanonier Rustenbach[1])
Fuß-Art. Ers. Bat. Magdeburg

Magdeburg, 10. April 1917

. . . . .

Feiertags gehts auf Sicherheitskommando, weil alles in der Stadt ruhig ist. Freilich haben die Fabriken die Arbeit niedergelegt. Aber die Leute denken nicht daran Aufruhr zu machen. Nur jede freie Zeit muß uns genommen werden. Es wäre ja des Guten zu viel gewesen, wenn wir gleich 2 Tage Festtag haben. So wird hier bei uns der Feiertag geheiligt.

Karl Freyermuth, Pferdelazarett Mons, an Frau E. Bergsträßer in Wiesbaden

Mons, 1. Mai 1917

. . . . .

Was noch zu haben ist, kaufen sich die besseren Leute und Offiziere. Ich hätte auch schon öfters gern meiner Mutter etwas Schmalz geschickt, aber das Geld fehlte mir.

. . . . .

Kriegstagebuch Kanonier Rustenbach

Liart, 13. Mai 1917

Gestern Abend kamen wir in Dun an, um dort zu unserer Batterie zu stoßen. Wenn es nicht anders gekommen wäre, dann hätten wir sie auch sicher getroffen. Als wir um 9 Uhr abends in Dun ausstiegen, fuhr die 3. Batterie uns vor der Nase fort, um in einer anderen Gegend in Stellung zu fahren. Nach einer gemütlichen

[1]) Besitz Herr A. Rustenbach, Oschersleben-Bode.

Nacht fuhren wir der Batterie nach. Ohne unseren Willen sind wir nun in diesem Nest angelangt. Heute Abend fahren wir nach Hirson weiter, um dort den endgiltigen Standort der Batterie zu erfahren.

Hirson, 17. Mai 1917

Seit Sonntag liegen wir nun schon in diesem Ort und erwarten Nachricht von der Kommandantur, wo sich unsere Batterie befindet. Ich bin ja gespannt, wie lange es noch dauert, bis wir zur Batterie kommen.

. . . . .

Im Waldlager Mauregny, 21. Mai 1917

Nach einer Fahrt von 14 Tagen haben wir endlich unsere Batterie erreicht. Ich bin darüber herzlich froh.

Kriegstagebuch Josef Merk, Unteroffizier

[Mai/Juni 1917]

25. Mai [1917]. In der Etappe gibt es immer noch mehr zu essen als an der Front. Dieser Umstand erbittert die Mannschaften. Ein gutes Ende kann das nicht geben!

6. Juni [1917]. Essen eben immer mangelhaft. Die Mannschaften ärgern sich sehr, wenn sie mit ansehen müssen, wie unsere Offiziere Braten essen und zur Abendkost als Zutat Waffeln bekommen. Natürlich kommt dabei das Burschengesindel nicht zu kurz. Oh, diese Ungerechtigkeiten.

15. Juni [1917]. Immer wieder zeigt sich der krasse Unterschied zwischen Offizier und Mannschaften. Die allermeisten Offiziere essen und trinken gut und arbeiten herzlich wenig. Hinten in der Etappe treten sie sich beinahe auf die Füße. Der gewöhnliche Mann und der Große Generalstab leisten die Hauptarbeit in diesem Kriege. Die Stimmung ist bei allen Mannschaften mehr als schlecht. Nur der Offizier ist der feine Mann, der andere ist — Sklave.

Leutnant d. R. Günther Simroth, Inf. Regt. 474,
an Familie Simroth in Leipzig

[Osten, Galizien], 8. Juli 1917

. . . . .

Man freut sich über die Leute, die man beim Drillen dort z. Zt. recht verkannt hat. Die jungen Rekruten namentlich machen sich durchschnittlich tadellos.

. . . . .

Morgen abend werden wir nun sicher abgelöst. Es ist auch wirklich hohe Zeit. Kein Spaß für die Leute, Tag und Nacht im Feuer auf den Kalksteinen auf dem Bauche zu liegen und sich mit der Rückseite zuzudecken. Außerdem leiden die meisten an scheußlichem Durchfall, beinahe ruhrverdächtig. Geschlagen haben sie sich jetzt jedenfalls glänzend.

Schütze Ludwig Schröder, Inf. Rgt. 162, an seine Eltern[1])

Estrees, 25. August 1917

. . . . .

Große Erfolge haben unsere Truppen ja wieder in Rußland zu verzeichnen, aber der Engländer will scheinbar in Flandern, der Franzose am Chemin des dames zu einer Entlastungsoffensive ausholen. Laß sie nur kommen. Wäre noch der Geist von 1914 in unseren Reihen, dann sollten sie dem furor teutonicus nur weichen. Aber...

Kriegstagebuch Kanonier Rustenbach

Steene, 5. September 1917

[Beschießung Ostendes durch Engländer, Häuser zerstört, Zivilpersonen getötet.]

Schmach dem, der nicht scheut, zwischen Wehrlose zu schießen. Das ist kein Männerkampf mehr, das ist ein schmachvolles Morden, wofür die Strafe nicht ausbleiben kann.

Feldwebelleutnant K. Schmidt, Inf. Rgt. 478, an Direktor Vortmann in Berlin

8. September 1917

. . . [Schilderung der letzten Verwendungen seiner Truppe.]

So geht es nun schon 3 Jahre lang, und Gott weiß, wann diese Zustände ein Ende haben. Unsere erstaunlichen Fortschritte in Rußland mögen wohl neben dem Suchomlinow-Prozeß das Nötige dazu beitragen, den Russen wenigstens zu erledigen. An der Westfront müssen wir eben standhalten mit der nötigen Rückenstärkung der Heimat, bis unsere U-Boote ihr Werk vollbracht haben werden.

Gott gebe, daß diese Zeit nicht mehr fern und das Ende noch vor dem Winter zu erwarten ist.

---

[1]) Besitz Seminarlehrer Schröder in Neukloster, Meckl.

Schütze Ludwig Schröder, Ausbildungskursus für Res.-Off.-Asp. (9. Res. K.), an seine Eltern

Waereghem, 13. September 1917

. . . . .

Unendlich traurig sind so viele belgische Mütter, denen der Sohn noch keinen Gruß gesandt hat, viele junge Kämpfer drüben, die ihre Lieben in der Hand der Barbaren wissen und nicht wissen, ob sie noch leben oder nicht. C'est la guerre.

. . . . .

Unteroffizier Karl Rehm, im Pionier-Batl. 13, an Karl Henke in Schwenningen a. N.[1])

Fonsomme bei St. Quentin, 25. September 1917

. . . . .

Bei Euch daheim geht's scheint's auch stürmisch zu, und kann man kaum mehr vom „Burgfrieden" sprechen. Dem kleinen Prozentsatz Nationalen, Alldeutschen und Konservativen wird halt noch mit der Faust gewunken werden müssen. Was hat denn in letzter Zeit dieses herrliche Kleeblatt von Reichstagsauflösung gefaselt? Nur zu! Wenn wir im Felde auch wählen dürfen, so wollen wir's schon zeigen, daß es betr. Mehrheit keinen Zweifel gibt. — Es ist zum Teufel holen, daß diese Bande immer daheim Eroberungen machen will, und wenn hier außen nur ein winzig Grabenstück gestürmt oder wiedergeholt werden soll, so hört man auch nicht eine von diesen prahlerischen Stimmen. Wer sind's, die's ausführen? „Arme Teufel!" O, könnte ich diese Gewaltmenschen doch auch alle nach Flandern nur in die I. Etappe kommandieren, sie würden dort schon anderer Ansicht werden, von vorne nicht zu sprechen!

. . . . .

Gestern las ich in der Frankfurter Zeitung, daß eine Schuhlederfabrik in Straßburg im 1. Kriegsjahr 9 Millionen, im 2. Kriegsjahr 14 Millionen Reingewinn hatte. In Prozenten ausgerechnet mache das 1492%. Warum wird dieses zugelassen? Hier ist Anleihe zu holen, doch an diese Herren getraut man sich nicht.

. . . . .

Es wäre eben jetzt allerhöchste Zeit, Kriegsschluß zu machen.

---

[1]) Abschrift im Nachlasse Haußmann.

Major Schroeder, AOK. 10, an seine Frau, zeitweise Brest-Litowsk, Hauptbahnhof, Erfrischungsstelle [1])

30. September 1917

. . . . .

Die Friedensaussichten bleiben ja weiter am Horizont stehen! Die neuste Rede von Michaelis klingt ja sehr energisch, bestimmt und zuversichtlich (wir kennen sie vorläufig nur im Auszug). Aber die Möglichkeit eines Friedensschlusses vor dem Winter liegt ja immer noch vor. Natürlich ist auch das Gegenteil möglich. Auch sonst wird viel gemunkelt, jeder hat andere Nachrichten.

Leutnant d. R. Simroth, Inf. Rgt. 474, an Familie Simroth in Leipzig

6. Oktober 1917

. . . . .

Meine begründeten Hoffnungen steigen, doch schon Neujahr wieder bei Euch zu sein — wenn nicht dann schon überhaupt Frieden eingezogen. Man munkelt allgemein stark davon, und das Gerücht behauptet sich diesmal hartnäckig; selbst höhere Stellen versichern unter der Hand, daß man noch mit Dezember rechnet. Es gibt voraussichtlich noch drei große Schläge auf drei verschiedenen Kriegsschauplätzen, und damit hofft man anscheinend endlich das Ende zu erzwingen.

. . . . .

Schütze Ludwig Schröder, Off.-Asp.-Kurs., an seine Eltern

Waereghem, 13. Oktober 1917

Nette Geschichten sind es ja, wovon uns die Zeitungen augenblicklich berichten. Die Erhebung in der Marine ist ja glücklicherweise unterdrückt. Fast muß man einen neuen Kanzlerwechsel fürchten. Jedenfalls ist soviel klar, daß die Vaterlandspartei eine Schöpfung ist, wie sie schlimmer für das Volksganze nicht sein kann. Und Landsberg hat recht, wenn er sagt, daß das die Herren sind, die ihre Gewinne aus dem Kriege ziehen. „Die Annexionslust", sagte er, „nimmt im Quadrat der Entfernung von der Front zu". Jeder Feldsoldat wird ihm das bestätigen. Ich habe es gestern gesehen, als ein Feldartillerieregiment durch W. kam, daß die Leute lachend, ja fluchend auf das Bild an allen Straßenecken zeigten: eine geballte Faust und darunter: Das ist der Weg zum Frieden, darum zeichne. Wenn das der Weg zum Frieden

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Schr 1.

ist, dann kommen wir noch lange nicht heim, dann geht der Krieg noch bis ins Endlose weiter. Aber sollte es keinen anderen Weg geben?

. . . . .

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 30. Oktober 1917

Mit dem Urlaub ist es jetzt wohl auf absehbare Zeit vorbei. Die neuen Verfügungen des Kriegsministeriums zeigen das auf das deutlichste. Keine Verfügung kann demoralisierender wirken als diese. Was hat der Feldsoldat weiter als die Hoffnung, in jedem Jahre zweimal auf Urlaub zu kommen. Jetzt ist das auf mehr als die Hälfte reduziert. So laß sie nur anfangen.

. . . . .

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 7. November 1917

. . . . .

Paul X. hat ja nun den ganzen Mist hinter hinter sich. Schlau muß man sein. Doch möchte ich nicht mit ihm tauschen. Wenn ich verwundet wäre und nicht mehr könnte, ja, sonst aber als gesunder Mensch nicht.

. . . . .

Unteroffizier Joh. Osmers, 2. Garde-Füs. Rgt., an Frau Vortmann in Berlin

Rußland, 20. November 1914

. . . . .

Es muß noch kräftig gearbeitet werden, um das Gesindel kaputt zu kriegen. Hoffentlich ist bald ein Ende mit dieser Massenmörderei.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 23. November 1917

. . . . .

Also Hans Böttcher hat auch Hochzeit gegeben. Ja, uns allen dauert der Krieg zu lange, uns Jungen, die wir nutzlos unsere besten Jahre hier zubringen, die wir nicht wissen, wann wir in unserem Beruf endlich selbständig sind.

. . . . .

Tagebuch Josef Merk, Vizewachtmeister, Württ. Feld-Art. Rgt. 238

24. [November 1917] [im Reservelazarett Kathol. Gesellenhaus, Grippe].

Der schreckliche Krieg. Tausende junger Männer müssen verbluten für den Geldbeutel der verbissenen Großkapitalisten. Müßten die Kriegshetzer auch nur einen Tag im Feuer aushalten, oh, dann wäre bald Frieden. Aber ich fürchte, der Krieg tobt noch 1919.

29. November . . .

Eben 5^{30} nachmittags hörte ich bei der Briefabgabe im Wärterzimmer, daß Rußland und Deutschland bereit sind, Waffenstillstand zu schließen. Herrgott, laß diesen blutigen Krieg bald siegreich für unser deutsches Vaterland enden.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 25. November 1917

. . . . .

[Gottesdienst zu Totensonntag.] Er sprach wunderschön. Und doch denkt man immer sein Teil, wenn man hört von denen, die da freudig gestorben sind für uns usw. Es ist im Gegenteil ein schrecklicher Tod, noch schrecklicher die Stunden vorher, wo man nur darauf wartet, daß ein solch elendiger Splitter oder solch kleine Kugel oder ein Tommy kommt und einem den Garaus macht. Notdürftig werden die Toten dann verscharrt, die Granaten wühlen ihre Leiber wieder heraus, so liegen sie dann da, wochenlang den Lebenden zu unendlicher Qual. Nein, von Freudigkeit ist da nichts mehr zu merken, und wenn die Herren von der Vaterlandspartei noch an eine Popularität des Krieges glauben, dann laß sie nur mal durch die Gräben gehen, diese ewig reklamierten Herren; ihnen würden die Augen übergehen.

. . . . .

Wilhelm Reif [im Rekrutendepot im Westen] an Gustav Schneider[1])

Sonntag, 2. Dezember 1917

. . . . .

Gestern machten wir einen Übungsmarsch. Als wir heimkamen, wurde uns das russische Friedensangebot bekanntgegeben. Seit dem

[1]) Reichsarchiv, noch unsigniert.

Augenblick herrscht hier eine ganz großartige Stimmung, die durch die Auszahlung der Löhnung noch gehoben wurde.

. . . . .

Krankenträger Paul Mai, Sanitätskompagnie 222, an Direktor Vortmann in Berlin

Im Felde, 9. Dezember 1917

. . . . .

Ich weiß sehr gut, wie knapp alles ist, denn ich war erst vor zwei Monaten in Urlaub in Breslau, ich war froh, obwohl ich gerne zu Hause bin, daß ich aus dem Hungernest raus war. Ich habe ja meiner Familie nichts gekostet während meiner Urlaubszeit. Im Gegenteil, ich hatte Lebensmittel, Brot, Butter, Käse und dergl. mitgenommen, daß wir keinen Mangel während dieser zehn Tage gelitten haben. Es ist ja jetzt im Felde auch nicht mehr so gut mit der Verpflegung wie vor Jahren, aber hungern braucht man nicht, und wenn ich hinzufüge, wenn wir alles so bekämen, was uns zusteht, dann wäre es noch besser. Dies ist aber leider nicht, denn es gibt soviel unnötige Fresser hier draußen, die wenig oder gar nicht in die Feuerlinie kommen, nur hinten rumbummeln und den Mannschaften alles wegfressen. Denn es steht ihnen auch nicht ein Gramm mehr zu, wie uns, aber damit sind doch die Herren nicht zufrieden, dafür bekommen wir alles weniger. Wenn man so alles sieht, es ist der reinste Schwindel. Wenn Hindenburg mal so alles sehen würde, er würde gewaltig aufräumen, aber leider k a n n dieser große Mann nicht allmächtig sein. Die einzige Hoffnung ist nur die, daß es hoffentlich nicht mehr lange dauert.

Major Schroeder, AOK. 10, an seine Frau, derzeit in Brest-Litowsk

16. Dezember 1917

. . . . .

Desto erfreulicher ist der Abschluß des Waffenstillstandes in so kurzer Zeit und anscheinend zu günstigen Bedingungen. Auch daß die Friedensverhandlungen sich unmittelbar anschließen sollen, ist höchst erfreulich! — Ob's nun noch zum Frühjahrskampf kommt? Ich kann mir's kaum denken, wenn es wirklich gelingt, mit Rußland zum Frieden zu kommen, werden die anderen Völker es kaum noch riskieren.

Georg Wirth, Bayr. Landw. Inf. Rgt. 2/, an Fabrikant Raschig in Ludwigshafen [1])

Im Felde, den 20. Dezember 1917

. . . . .

Es ist nur traurig, daß Sie nun schon zum dritten Male mir Ihren Weihnachtsgruß ins Feld senden müssen, viel lieber würde ich für Sie tätig sein. Ich gebe mich der sicheren Hoffnung hin, daß dies mir bald wieder vergönnt sein wird.

. . . . .

Landsturmmann Berna, Landst. Inf. Bat. Cosel, an Frau E. Bergsträßer in Wiesbaden

Im Felde, 27. Dezember 1917

. . . . .

Hoffentlich kommt nun der schon so lang ersehnte Friede bald. Die Friedensaussichten sind ja jetzt so ziemlich günstig. Die Russen sind jetzt jeden Tag bei uns. Und Tauschhandel wird sehr rege betrieben.

. . . . .

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 28. Dezember 1917

. . . . .

Wirklich treffend ist die Antwort des Sivkovich. Diese dummen Herren im Landtage, sie sollen nur stille sein, daß sie nicht nach Friedensschluß welche in die Lumpen kriegen. Ich fürchte jetzt schon, daß man Belgien annektiert: die Belgier hassen uns glühend.

. . . . .

Kriegstagebuch des Kanoniers Kurt Raschig, I. Bayr. Feld-Art. Rgt. [2])

Dezember 1917

. . . . .

Ein paar Tage in der Batterie fühlte ich mich wieder wohler. Allmählich verflog die schlechte Stimmung, die Arbeit ließ mich bald nicht mehr an die Sehnsucht nach Hause denken.

. . . . .

---

[1]) Besitz Herr Kurt Raschig in Ludwigshafen.
[2]) Besitz Fabrikant Raschig, Ludwigshafen.

Daß im Jahre 1918 der Bewegungskrieg wieder kommen würde, war sicher. In der Etappe sei fast jedes Dorf belegt mit Truppen, die aus Rußland gekommen waren. Am 28. Dezember wurden wir abgelöst. Die ablösende Division kam richtig aus Rußland. Sehr charakteristisch war, wie erstaunt sie waren, als sie weit und breit keine Baracken sahen: „Wo schlaft ihr denn?" fragte mich einer. „Drunten im Unterstand." „Ja, und wo seid ihr tagsüber?" „Auch unten." „Ja, da habt ihr ja kein Licht, wer mag in solchen Höhlen wohnen?" . . .

Landsturmmann Peter Luts, Res. Inf. Rgt. 66, I. Batl., 3. Komp., an Dr. Fues in Hanau[1])

1. Januar 1918

. . . . .

Sein Ziel, etwas vom deutschen Rhein zu bekommen, das kann er [der Franzmann] aufgeben, er wird es in diesem Kriege nicht erreichen. . . .

. . . Die Hauptsache ist doch, daß wir diese Gesellschaft nicht in unserem Vaterlande haben, denn wie würde es da aussehen; wir haben es vor Augen, wie ein Krieg alles, was mühevoll aufgebaut, ruiniert. . . .

Wenn es in Rußland gelingt und Friede wird, dann wird hier im Westen etwas vorgehen, das alles bis jetzt Dagewesene noch bei Weitem übersteigt. Wir haben ja nichts zu klagen, nur in letzter Zeit ist unsere Verpflegung etwas knapp, na, aber diese Entbehrungen müssen getragen werden, wenn wir einen baldigen Sieg erringen wollen; vielleicht bekommen wir nach dem Kriege eine bessere Zeit.

Gefreiter Hans Gettmann, Fuß-Art. Bat. 403, an Dr. Fues in Hanau

Champagne, den 2. Januar 1918

. . . . .

In unserer jetzigen Stellung ist die Kampftätigkeit eine sehr geringe, d. h. zurzeit, denn im Westen ist für das Jahr 1918 von unserer Heeresleitung allerhand geplant. Soviel ich erfahren konnte, denn als Fernsprecher hört man am Telephon allerhand, versuchen wir im Westen durchzubrechen und damit unsere Gegner zu einem baldigen Frieden zu zwingen. Bin mal gespannt, was kommen wird. Auf jeden Fall bin ich bei allem mit Leib und Seele dabei.

. . . . .

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Fu Nr. 1, wie alle Briefe an ihn.

Auch ich bin der Ansicht, daß mit dem Waffenstillstand im Osten wir den Frieden noch nicht erhalten werden, aber das steht fest, daß derselbe dadurch sehr gefördert wird. Wir bekommen doch allerlei Truppen frei, welche man irgendwo anders einsetzen kann. Wie schon erwähnt, vermute ich im Westen einen Hauptschlag unsererseits.

. . . . .

Sie werden jetzt wohl denken: Der Gettmann schreibt mir da ja allerlei geheime Dinge, welche für einen Spion ein gefundenes Fressen wären. Ich bin mir aber auch bewußt, wem und was ich schreibe. Dem Herrn Doktor kann ich das, welches ich nicht einmal meinem Vater schreibe, ohne Besorgnis mitteilen.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 4. Januar 1918

. . . . .

Mich soll's wundern, ob der Friede nun zustande kommt. Unsere Regierung hat sich unter unserm guten Kaiser und dem klugen Hertling ja trotz der Bestrebungen der Vaterlandspartei Gott sei Dank zu einem annexionslosen und entschädigungslosen Frieden bereit erklärt. Wollen die Feinde im Westen auch darauf nicht eingehen, so gibt es wirklich nur eins: weiterkämpfen und siegen. Verflucht aber der, der der Welt dies endlose Elend dann aufbürdet.

. . . . .

Kanonier Kurt Raschig an seine Mutter Frau Dr. Raschig in Ludwigshafen

7. Januar 1918

. . . bemerkten plötzlich einen Freiballon. Papierballon, unten mit Draht zugebunden, an diesem lange Lunte, daran Bündel von Flugblättern. Die Flugblätter wurden gleich gelesen. Sie waren z. T. in deutscher Sprache für die deutschen Soldaten, z. T. in französischer für die zurückgebliebenen Einwohner. Unser Hauptmann war auch gleich zur Stelle und sammelte alle Flugblätter wieder ein, las uns dann aber daraus vor. Wir lachten nur über die französischen Vorstellungen; als unser Hauptmann sah, daß nichts Gefährliches darin stand, gab er sogar für jede Geschützbedienung wieder ein Flugblatt her. Ich habe auch eins erwischt.

Durch unseren Fund haben wir einen schönen Beitrag für unser Batteriefest. Für jedes solche Flugblatt bekommt der Finder, also

unsere Batterie, 30 Pfg. ausgezahlt, was etwa 60 M. macht, da noch 200 Flugblätter abgeliefert wurden[1]).

Kriegstagebuch Dr. Croner, Syndikus in Berlin[2])

[11. Januar 1918]

Friedensverhandlungen, angebliche und wirkliche, haben uns das ganze Jahr in Bewegung versetzt. Jede leiseste Aussicht auf Frieden erregte einen starken Sturm der begeisterten Hoffnung, ein Beweis, wie nötig wir den Frieden haben. Es ist merkwürdig, die anderen Völker sehnen sich gewiß ebenso nach Frieden, sie bringen die gleichen blutigen Opfer wie wir, und doch, sie haben eben verhältnismäßig mehr zu essen wie wir, und nur infolgedessen sind sie nicht so friedensbedürftig wie wir. Den Schluß kann jeder selbst ziehen, ein hungriges Volk arbeitet nicht nur ungern, sondern kann auch nicht kämpfen.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 20. Januar 1918

. . . . .

Der Friede wird doch wohl noch nicht kommen. Uns allen ist es so schnuppe, ob wir Kurland erhalten oder nicht, wenn nur Frieden wird. In jedem Falle nämlich kommt nach dem Frieden eine Zeit so schwer, schwerer als die ganze Kriegszeit. Ich bin als großer Idealist ausgezogen, aber ich bin schwer enttäuscht. Glaubt nicht, daß wir zu allem stillschweigen, was wir gesehen und erlebt haben. Es soll und muß anders werden in Deutschland. Der preußische Offizier darf nicht der Mann im Staate sein.

Doch das liegt alles noch weit, erst mal Frieden, dann kommt die große Abrechnung.

Major . . ., Stab des Landst. Inf. Rgts. 40, an Oberstleutnant Noël in Berlin[3])

26. Januar 1918

. . . . .

Die Hin- und Herzerrerei bei den Friedensverhandlungen ekelt

---

[1]) Im Tagebuch ein Expl.: Das Freie Deutsche Wort Nr. 20, mit Leitartikel: In memoriam Reichnitz [sic statt Reichpietsch] von Karl Radek. Auszüge aus Artikeln der Freien Zeitung, 4 S. in Quart.

[2]) Reichsarchiv A VI 2 Cr Nr. 1.

[3]) Reichsarchiv A VI 2 We 1. Die Briefe sind Depot. Die Namen der Briefschreiber werden auf Wunsch des Deponenten weggelassen.

mich an. Ich verlöre die Geduld, wenn ich dabei mitzusprechen hätte. Was sich nur die Bande denkt?

. . . . .

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Waereghem, 1. Februar 1918

. . . . .

Das Ereignis des Tages ist der große Streik in Deutschland. Ich glaube, daß man deswegen die große Offensive hier nicht mehr machen wird. Denn wenn sie zwei Monate lang Munition haben und dann mit einmal hört die Zufuhr auf, die ganzen eventuell erreichten Erfolge im Arsch. Ich weiß nicht so recht, ob ich mich darüber freuen oder entrüsten soll. Soviel glaube ich, daß wir auch nicht mehr erreichen als Tommy in einem ganzen Sommer unter Ausnutzung der halben Welt erreicht hat. Bisher sind doch auch unsere ganzen Offensiven im Westen zu Mist geworden, so die Offensive bei Ypern im April 1915 und bei Verdun im Februar 1916. Jedenfalls steht die Welt in Flammen, alle Throne wackeln, und gewiß fallen noch mehr um, als schon gefallen sind. Und wenn der Weltkrieg erst zu Ende ist, dann kommt die Weltrevolution, daran zweifelt von uns allen keiner mehr. Ihr Herren dort in Deutschland hinter dem grünen Tisch, die Ihr auf Euren Geldsäcken sitzt und klug scheißt von einem größeren Deutschland, seht Euch vor! „Weh, wenn sich in dem Schoß der Städte der Feuerzunder still gehäuft" sagt Schiller. Ja, das Faß ist bis oben voll Pulver, ein Funke genügt.

. . . . .

Vizewachtmeister Meinhardt, Feld-Art. Rgt. 1, an Geh. Regierungsrat Westphal in Berlin[1])

3. Februar 1918

. . . . .

Deine Zuversicht, daß wir durch Frieden mit Rußland den Rücken frei bekommen und unsere Offensive gegen Westen betreiben können, ist leider durch zwei Momente, nämlich die wohl zunächst auf Verschleppungsabsicht beruhende Verhandlungstaktik der russischen Unterhändler und durch unsere beschämenden Vorgänge im Innern stark gestört worden. Hoffentlich gelingt es, die Sozialdemokratie in ihre Schranken — wenigstens einigermaßen — zurückzuweisen. Heute muß man sich schämen, für solch Gesindel an der Front zu stehen und sein Leben einzusetzen. Ob das Pack wirklich nicht einsieht, daß sie

[1]) Reichsarchiv A VI La Nr. 1.

nur das Gegenteil erreichen: nämlich die Verlängerung des Krieges, Vermehrung der Opfer oder — wenn sie den Frieden erzwingen — einen Hungerfrieden, durch den gerade in die Arbeiterkreise Not und Elend einzieht, weil dann England die Möglichkeit erhält, unsere Industrie totzuschlagen.

Kanonier A. Pietschmann, Feld-Art. Rgt. 35, 1. Ers. Batterie, an Dr. Nitter in Berlin [1])

Dt.-Eylau, den 6. Februar 1918

. . . . .

In den nächsten Tagen sollen wir wieder Neue bekommen, 75 Mann von den Streikbrüdern aus Berlin. Die Infanterie hat gestern schon 180 bekommen, meistens ältere, Reklamierte.

. . . . .

Sergeant G. Gerhäuser, Leichtkrankenabteilung Mont St. Martin, an Klavierstimmer Otto Guckel in Offenbach a. Main [2])

Geschrieben den 8. Februar 1918

Bartflechte . . .

Nur das einzige, man muß hier kolossalen Kohldampf schieben, daß es ein Jammer ist. Es ist höchste Zeit, daß der Feldzug bald ein Ende nimmt, sonst gibt es noch Mord und Totschlag. Denn heutzutage geht die Welt aus nur für die Fresserei.

. . . . .

Gefreiter Dolff, Inf. Rgt. 20, an Fräulein Gerdessen in Berlin [3])

Geschrieben den 11. Februar 1918

. . . . .

Der Krieg geht doch erst los in Frankreich das weiß ja auch jeder in der Heimat, was vorgeht; aber wie man aus Berlin hört, das ist nicht schön, was vorgegangen ist, da kann man den Mut bei verlieren. Ist denn wieder in Berlin Ruhe hergestellt oder nicht?

. . . . .

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Ni Nr. 2.
[2]) Reichsarchiv A VI Gu Nr. 1.
[3]) Reichsarchiv A VI 2 Ge Nr. 1.

Kriegstagebuch Leutnant d. R. J. Anschütz, Inf. Rgt. 446 [1])

13. Februar 1918

Gestern wurde der Friede mit Rußland geschlossen! So ist nun endlich doch das schöne Wort zur Wahrheit geworden, wenn auch nur mit einem Feinde. Das war aber auch der an Zahl größte, ebenso die Front. Siegesgewiß und frohen Mutes sehen wir den weiteren Dingen an den anderen Fronten entgegen! Möge Gott auch da weiter mit uns sein!

. . . . .

Kanonier Kurt Raschig an seine Mutter

13. Februar 1918

. . . . .

Wenn der Vormarsch aber begonnen hat, dann stelle Deine Pakete nur gleich ein, denn bis wir sie bekommen, ist doch alles Eßbare schlecht und Wäsche brauche ich keine. Dann werden bald alle deutschen Soldaten in französischen Hemden herumlaufen.

Major . . . an Oberstleutnant Noël in Berlin

21. Februar 1918

. . . . .

Nach heutiger Zeitung gibt Rußland ja klein bei. Den Trotzky, diesen höheren Erzgeneral-Schweinehund, hätte man nur von vornherein energisch anfassen müssen.

. . . . .

Leutnant Drechsler, Inf. Rgt. 181, Stab II, an Dr. O. Goldhardt in Einsiedel b. Chemnitz [2])

22. Februar 1918

Da wären wir wieder soweit an Kräften. Der Tanz kann beginnen. Wir dachten schon, sie hätten uns vergessen. Im Osten marschieren unsere Divisionen (Landwehr) und wir felddienstüben um Oschmijana als ob Frieden wäre. Der Spaß hat sein Ende, wir rollen — wer weiß wohin. Vielleicht sprechen wir uns in 2 Monaten

[1]) Reichsarchiv A VI 2 An Nr. 1.
[2]) Besitz Studienrat Dr. Otto Goldhardt, Chemnitz.

wieder. Da hoffe ich auf Urlaub zu sein, wenn ich's noch schaffe, vielleicht ist auch Friede dann. Ludendorff wird's schon machen, sagen wir, und Hindenburg. — Da laufen wir so kreuzfidel und siegessicher in die große Schlacht, als ob sie schon geschlagen wäre und gewonnen. Ein wuchtiges Kraftgefühl: Im Osten marschieren unsere Divisionen, im Westen wartet man auf das Zeichen zum Losschlagen. In seiner ganzen Größe faßt man's nicht, das Volk. Man schiebt seinen cm. mit, wie Gregory[1]) sagte, und staunt. . . .

Leutnant d. R. Walter Vortmann, Res. Feld-Art. Rgt. 239, an Direktor Vortmann in Berlin

Im Felde, den 1. März 1918

Ich bin seit 14 Tagen wieder im Felde, nachdem ich einen 4½wöchigen wunderschönen Urlaub in Hamburg genießen durfte. Das war wirklich eine herrliche Zeit. Da ich eine richtige Erholung nicht nötig hatte, ließ ich mich gleich am Gericht als Referendar beschäftigen und habe auf diese Art einen Monat Vorbereitungszeit plusgemacht. Hoffentlich können wir hier im Westen bald reine Bahn schaffen, damit dann dieser blöde Krieg im Laufe des Sommers zu Ende geht.

Kriegstagebuch Karl Fricke, Hamburg

3. März [1918]

. . . Den 3. März war der Friedensschluß mit Rußland, und die Franzosen waren darüber sehr unruhig an der Front. Wir alle waren nun der Meinung, daß, wenn die Truppenmassen nun im Westen Verwendung finden würden, auch die Franzosen bald erledigt sein würden. Aber die deutsche Heeresleitung ließ die deutschen Truppenmassen in der Krim, Odessa, Kiew usw. usw. Der Friedensschluß mit Rußland war hier an der Westfront, außer der Offensive an der Marne und Amiens im März, nicht zu merken. . . .

Gefreiter Hans Gettmann, Fuß-Art. Batt. 403, z. Zt. Kriegslazarett Abt. 18, an Dr. Fues in Hanau

Sedan, den 7. März 1918

. . . . .

So froh ich bin für einige Tage, will mal sagen Wochen, aus dem Tumult hausen zu sein, so gerne wäre ich auch bei der Batterie ge-

---

[1]) Gregory, Professor der Theologie in Leipzig, der als Kriegsfreiwilliger hinausging und fiel.

blieben. Denn wenn man wieder mal den Stahlhelm aufsetzt und Pulverdampf gerochen hat, kehrt die alte Kampfeslust bei uns wieder, und man geht wieder durch dick und dünn, ohne auf die lauernde Gefahr zu achten.

. . . . .

Das große Rennen an der Westfront wird nun beginnen, und ich bin mal gespannt, wie sich die Dinge entwickeln. Ich glaube, wir haben harte Arbeit zu verrichten. Die Entente wird ja versuchen, mit dem Angreifen uns zuvorzukommen, deshalb darf unsere Heeresleitung nicht säumen. Ich will nicht damit sagen, daß ich unserer Heeresleitung Vorschriften machen will. Ich meine bloß, mit schnellem Eingreifen und raschem Handeln kann man den Gegner für einige Zeit stutzig machen, und diese Zeit richtig ausnutzend, kann man unabsehbare Vorteile erringen. Na! Wir wollen mal sehen, was kommen wird. Was unsere Heeresleitung anordnet finden wir für richtig, und ein jeder steht seinen Mann! Alle erlittene Entbehrung in den letzten 2 Kriegsjahren ist dann vergessen, und ein jeder denkt und hat bloß das eine Ziel im Auge: Nach getaner Arbeit ist gut ruhen. Indem ich für den weiteren Verlauf der Dinge das beste hoffe . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan [1])

[Vor Verdun,] den 19. März 1918

. . . Die Leute lächeln ungläubig, wenn sie vom Kaiser und der kurl. Herzogskrone lesen. Ein Anachronismus? Und die deutsche Kolonie an der Donaumündung? Mir scheint's vorerst Blödsinn. Ich war schon über den Artikel der „N. H. Z." über die dichten deutschen Siedlungen bei Odessa erstaunt, nun zeigt's sich, was das sollte. . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

[Vor Verdun,] den 22. März 1918

. . . Damit hat also die Entscheidungsschlacht dieses Krieges begonnen. Man atmet auf. Gott sei Dank! Nun muß es sich zeigen, ob wir siegen können. — Heute kam noch die Nachricht, daß der

[1]) Besitz des Verfassers, Generalsekretär der Deutschen Demokratischen Partei Stephan, Berlin. Die Ortsbezeichnungen der Briefe vom Verfasser nachträglich ergänzt.

Durchbruch auf einer Breite von 70 km in 8 km Tiefe bisher gelungen sei. Man kann es sich kaum denken: den ganzen Tag habe ich friedlich im Graben gesessen und mich gesonnt, tiefster Friede herrschte — — und währenddessen entscheidet sich die größte Schlacht der Weltgeschichte und vielleicht unser Schicksal. — Die Leute zweifeln nicht daran, daß es glückt. Ich eigentlich auch nicht. Aber erst wenn's erreicht ist, kann man triumphieren. . . .

Kriegstagebuch von Heydekampf [1])

25. März 1918

Etwa seit dem 10. März gab es für Mann und Pferd bessere Verpflegung in Gestalt von Kakao, erhöhter Fettportion, reichlich Fleisch und Kartoffeln und erhöhter Haferration. In den Kantinen hatten wir täglich Bier. All dieses trug auch wesentlich dazu bei, die ohnehin schon gute Stimmung der Truppe noch zu erhöhen, was in einer tadellosen Straßendisziplin, die ohne große Zwangsmaßnahmen erreicht wurde, zum Ausdruck kam. Überall zufriedene, frohe Gesichter, keine Spur von Aufregung, nirgends ein Anzeichen, daß wir binnen wenigen Tagen in die entscheidende Schlacht eintreten würden. Ich ging häufig des Abends durch das Dorf in die Quartiere und unterhielt mich mit den Leuten über die bevorstehenden Ereignisse. Alle Antworten atmeten feste Zuversicht in einen guten Erfolg. Eine schönere und befriedigendere Feststellung konnte ich nicht machen. Ich wußte, daß meine Füsiliere allen Aufgaben gewachsen seien und sie voll lösen würden.

25. März . . .

Trostloser Eindruck des ganzen Gebietes . . . Jetzt hatten wir Gelegenheit, auf unseren Bewegungen zwischen Peronne und Frise einen Überblick zu bekommen . . . Unwillkürlich beeinflußt der Marsch durch diese Gegend und ihr Anblick unsere Stimmung, und mancher unserer Soldaten wird wohl dem Herrgott gedankt haben, daß der Krieg nicht in unserem Heimatlande, sondern in Feindesland ausgetragen wird.

Es wäre wohl eine heilsame Kur und ein warnendes Beispiel für alle Anhänger eines Verzichtfriedens und für alle Flaumacher, wenn sie diese Gegend hätten sehen können. Wir atmeten auf, und ersichtlich hob sich die Stimmung, als wir die Sommewüste hinter uns hatten und in das liebliche Sommetal eintraten.

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 We 3. Abschrift: Meine Beteiligung an der Offensive 1918, gez.: v. Heydekampf [der nach obigem Text Bataillonsführer war] von Sergeant Weisser dem Reichsarchiv zur Abschrift überlassen.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

In Ruhe, 25. März 1918

. . . . .

Herrliche Erfolge sind doch gemacht. Die Truppen sind auch hier alle beseelt von dem Geist von 1914. Auch ich wünsche nur, daß wir bald hineinkommen in den Bewegungskrieg. Hoffentlich beziehen wir bald Quartiere in Dünkirchen.

. . . . .

Möchte aus den gigantischen Kämpfen dieser Tage der Friede auferstehen.

. . . . .

Leutnant Simroth an Frau Prof. Simroth

28. März 1918

. . . . .

Hoffentlich sind wir bald daheim, daß ich das S[ommer S[emester] noch ausnützen kann zum Studium.

. . . . .

Schütze Hans Dubslaff, Res. Inf. Rgt. 240, an Dr. Nitter in Berlin[1])

Im Felde, den 29. März 1918

. . . . .

Hoffentlich tragen unsere herrlichen Erfolge zu einem recht baldigen guten Frieden bei. Ob Pfingsten wohl die Friedensglocken läuten werden?

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

[Malancourt,] den 29. März 1918

. . . Daß ich — — ist das undankbar? — — gegenüber unseren Erfolgen skeptisch bin, weißt Du. Es geht langsam, trotzdem wir mit Albert und Montdidier jetzt Städte erreicht haben, die uns zum mindesten seit September 1914 noch nie gehört haben. Was langsam geht, kommt auch zum Ziel — — trifft bei einer Offensive, wie sich bei Verdun und im letzten Sommer in Rumänien gezeigt hat, eben

[1]) Dr. Nitter, Studienrat, war Leiter einer Rudervereinigung, die Schreiber sind deren Mitglieder und seine Schüler.

meist nicht zu. Ob wir je bis Amiens kommen werden? Und was soll werden, wenn nun unsere, doch so gut es der größte Meister Hindenburg nur konnte, geschmierte Maschine trotz allem stecken bleibt?! Dann hilft uns auch das weittragende Geschütz nichts, und Richthofen kann seinen 100. Gegner abschießen — — die Stimmung des Feindes ist von dem Druck eines bevorstehenden Unheils befreit (der evtl. hätte zum Frieden anregen können). Wir dagegen stehen unter einer Depression, weil wir nicht wissen, wie wir den Krieg zu Ende bringen sollen. Aber man muß abwarten und nicht im voraus knören. . . .

Hauptmann . . ., Nachr.-Offz. der O. H. L. b. Oberkommando Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, an Oberstleutnant Noël in Berlin

30. März 1918

Unsere Überraschung ist ja glänzend gelungen, man hätte es gar nicht für denkbar gehalten, daß das so möglich wäre.

Unsere Truppen sind einzigartig und gingen drauf wie Blücher.

. . . . .

Wie mag die Stimmung in der Heimat sein bei den „annexionslosen Friedensleuten" und Genossen?

. . . . .

Also: lieb Vaterland, magst ruhig sein!

. . . . .

Kriegstagebuch Vizefeldwebel Josef Merk

[März 1918]

Auf dem Obisstätter Wasen prophezeite mir ein Unteroffizier beim Geschützexerzieren, daß über Deutschland eine Revolution hereinbricht. Bei klarer, nüchterner Beobachtung wird man ihm leider recht geben müssen. All die „politischen" Offiziere, die die Mannschaften unterrichten sollen, werden vielfach tauben Ohren begegnen, denn des Unrechts gegen die braven Mannschaften ist zuviel geschehen.

Wie mag es diesen Mann gegrollt haben, der auf Veranlassung meines Majors 3 Tage Arrest bekam, weil er schlapp grüßte. Der Mann ist 40 Jahre alt, Vater von 5 Kindern! Ich bin der festen Überzeugung, daß der arme Teufel nicht aus Bosheit so schlecht gegrüßt hat.

Leider überspannen viele Vorgesetzte den Bogen. Alle Hochachtung vor meinem Bataillonschef Hauptmann Schneider aus Heil-

bronn. Er behandelt die Leute gerecht und hat ein gutes Herz für seine Leute.

Kriegstagebuch Karl Fricke, Hamburg

[Etwa 1. April 1918]

...Bei dem Stab erfuhr ich dann, daß ich bei dem einen Leutnant Bursche werden sollte. Diesen Posten nahm ich erst einmal an, aber ich wußte, daß die Funktion nicht lange dauerte, denn jedem dummen Jungen (dies kann man von vielen Offizieren ruhig behaupten) etwas nachzuräumen und Dienstmädchen zu spielen, das ließen meine Nerven nicht zu. Als Bursche bin ich einige Wochen gewesen, und ich habe dann auch manches gesehen. Die Offiziere hatten jeden Tag ihr gebratenes Fleisch und Suppe sowie Pudding, auch Kartoffeln die Menge. Ich habe bei dem Stab fürchterliche aufdringliche Offiziere kennengelernt. Ich habe auch Burschen kennengelernt, die die wahren Speichellecker waren. Die nicht nur einen Teil von ihrer eigenen kargen Verpflegung ihrem Offizier zusteckten, sondern auch vieles von zu Hause schicken ließen, damit sie dem Leutnant ein gutes Essen bereiten konnten und er selber eine gute Nummer hatte. Ich habe mich öfter gefragt, wie es angehen kann, daß sich Burschen ihre Verpflegung entziehen können, um sie dem Offizier zuzustecken. Mein Leutnant, ein junger, aber affektierter Mann von 20 Jahren, frug einmal, wie es komme, daß die anderen Burschen ihren Offizieren des Abends Bratkartoffeln machten, er aber nur immer sein Brot bekäme. Ich habe ihm aber darauf die richtige und bündige Antwort gegeben. Während die Mannschaften schon im März, als es nachts noch Eis gefroren hat, die zweite Decke abliefern mußten, hatte z. B. mein Offizier Ende April noch 4 Decken und bei anderen war es nicht anders. Öfters habe ich müssen nach dem $^3/_4$ Stunden von hier entfernten St. Etienne, um die Wäsche waschen zu lassen und Kleinigkeiten aus der Kantine mitzubringen. Der Batl.-Kommandeur, ein Hauptmann, übrigens ein sehr eingebildeter Mensch, der schon morgens, wenn noch alle anderen schliefen, seinen Jagdhund „Harras" dressierte. Wenn der Hund seine Sache gut machte, hatte der Hauptmann gute Laune. Der Hauptmann war aber nicht zu sprechen, wenn die Hundedressur nicht klappte. Was nun diese Leute alles für unnütze Sachen mitschleppen. Eine Bibliothek von mindestens 300 Bänden, sehr viele Uniformstücke, Wäsche und Stiefel. Mehrere große Kisten waren nötig, um die Sachen des Hauptmanns zu beherbergen. Am 30. April wurde ich vom Gefechtsstand nach dem Stabslager kommandiert. Es standen dort die ganzen Stabspferde, und auch die Bagage lag hier. Hier im Stabslager sollte ich als Pferdepfleger mit tätig sein. Ich fuhr vom Gefechtsstand mit dem Lebensmittelwagen hinein und

meldete mich bei dem Kommandeur, ein Leutnant, in Zivil ein pommerscher Rittergutsinspektor. In seiner salonartig eingerichteten Wohnung ließ er und auch der Hauptmann sich das gebratene Fleisch und Salzkartoffeln gut schmecken, und es war beiden höchst unangenehm, daß ich gerade darauflos kam. Aber wir wußten ja doch alle, daß es so gemacht wurde, und die Verpflegungsunteroffiziere steckten der Offiziersküche immer mehr zu, damit sie bei den Offizieren gut angesehen waren und den Posten recht lange behielten. Der größte Teil der Offiziere hat sicher im Felde besser gelebt, als sie es sich zu Hause leisten konnten und hätten wohl am liebsten gesehen, wenn der Krieg gar kein Ende wieder genommen hätte ...

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

In Ruhe, 8. April 1918

. . . . .

Wird aus diesen Tagen [d. h. der kommenden Offensive] der Friede geboren, dann haben wir erreicht, was wir wollen.

Vizefeldwebel Eggert, M. W. K. 276, an Dr. Nitter in Berlin

2. März 1918

Schon wieder stecke ich wo anders. Jetzt soll es hier nochmal losgehen. Die Rumänen wollen nicht recht an den Frieden heran; da müssen wir ihne erst nochmal handgreiflich klarmachen, um was es sich handelt. Wenn sie ihre Petroleumquellen nicht gutwillig herausgeben, dann nehmen wir uns eben außerdem noch das Land und verschiedene andere Sachen, die wir gut gebrauchen können.

. . . . .

Kriegstagebuch Kanonier Rustenbach

31. März 1918

. . . . .

Ich muß meinem Herzen Luft machen. Schreiben kann und darf ich an niemand, wie ich wohl möchte. Was wir jetzt alles erleben geht über das Menschliche. Die große Offensive hat ihren Anfang genommen. Augenblicklich ist das Ganze im berüchtigten Somme-Gebiet zum Stehen gekommen. Was weiter kommen soll, mag Gott

allein wissen. Möge sein Wille es fügen, daß diesem Toben ein Ende gemacht wird. Unbeschreiblich ist, wie so viel Menschen verbluten müssen [1]).

Leutnant Ludwig, Feld-Art. Rgt. 107,
an Frau Bündiger in Charlottenburg [2])

25. April 1918

Gruß ... von einem Schießplatz des Westens, wo wir seit vorgestern in Ruhe liegen, allem Anschein nach allerdings nur für kurze Zeit. Zum Faulenzen ist die jetzige Zeit nicht geeignet. Es gilt, unserem Hauptfeinde den Todesstoß zu versetzen. Anstrengend waren die letzten Tage für uns alle, aber sie waren doch schön und äußerst interessant. An Urlaub ist noch immer nicht zu denken, nun, vielleicht ist der große Friedensurlaub nicht mehr gar zu fern.

. . . . .

Gefreiter Kurt Raschig an Frau Dr. Raschig in Ludwigshafen

25. April 1918

In einer traurigen Gegend sind wir jetzt. Die öde Champagne ist um uns herum. Der Bewegungskrieg war schnell vorüber, wie ein Traum. Hier ist nichts los, der alte Stellungskrieg, und ändern wird es sich so bald nicht. Vielleicht kommt es doch noch einmal dazu, wenn wir wieder etwas ausgeruht sind. Denn weiter geht es da oben sicher, wenn es auch jetzt gerade stockt.

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im
Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Maria Stephan

Westlich C[alonne (Lys)], 4. Mai 1918

. . . Höhere Stäbe erscheinen hier natürlich nicht. Hier macht der Kompagnieführer ohne weiteres alles richtig. Aber in ruhigen Stel-

---

[1]) Anm.: Der Gedanke an die ungeheuren Verluste kehrt in allen Briefen und Tagebüchern dieser Offensive wieder.

[2]) R. A. A VI 2 Bü Nr. 1.

lungen, wo man selbst genug im Bilde ist, da wird man keinen Augenblick in Ruhe gelassen! . . .

Kriegstagebuch Kanonier Rustenbach

Rosières, 5. Mai 1918

Jetzt sind wir die Front schon weiter hinabgewandert.... Von Progard ging unser Batl. in Marcelcave in Stellung um bei einem Angriff auf Villers Brettonauxe mitzuwirken. Am 24. 4. war der Stoß. Groß waren die Verluste, gering der Erfolg. . . . Was die jetzige Kriegführung bedeuten soll, mag sonst wer verstehen. Ich hoffe und glaube gar nichts mehr. Batterien werden schon wieder für neuen Stellungskrieg ausgebaut. Warum das? Durch die Offensive hatte mancher Hoffnung auf baldige Rückkehr in die Heimat. Heute weiß man nicht, was noch kommen soll. Da muß der Mensch mut- und hoffnungslos werden. Wenn die Leute nur aufgeklärt würden. Dann wüßten sie, wie sie sich zu verhalten hätten. So wird man aber in der Dummheit gehalten. Bei mir dringt immer mehr die Überzeugung durch, daß der Krieg nur Geschäft ist. Das Kapital hat die Führung, der Kapitalist wirkt auf den Krieg verlängernd hin, um nur den Säckel genügend zu füllen. Die Regierung bedeutet nichts. Traurig unter solchen Verhältnissen leben zu müssen.

Schütze Ludwig Schröder an seine Eltern

Gent, 5. Mai 1918

. . . . .

Denn daß der Krieg noch in diesem Jahre endet, glaubt hier doch kein Mensch mehr. Alle haben sich einen Durchbruch hier anders gedacht, so wie in Rußland. Aber hier muß jeder Schritt nach vorne mit Blut erkauft werden. Überall sind wir doch wieder im Stillstand.

. . . . .

Oberleutnant Reichenbach, 8. Res. Komp. Pion. 7,
an Geheimrat Westphal in Berlin

6. Mai 1918

. . . . .

Die Stimmung der Leute ist, sobald Erfolge vorhanden sind, sehr gut.

. . . . .

Im Dezember wurde meinen Leuten eine große Anzahl Freiexemplare der Freien Presse Barmen und vom Vorwärts zugeschickt mit großen Anschreiben, auf diese Blätter zu abonnieren. Von meinen Leuten liest jetzt noch einer den Vorwärts. Die Armeezeitungen werden von den Leuten dagegen viel gelesen, meine Kompagnie bekommt davon 75 Exemplare. Parolen werden jetzt in der Kompagnie nicht mehr wie früher verteilt. Die Leute lesen durchweg ihre Heimatzeitung.

. . . . .

Unteroffizier Paschke, Schwere Küsten-Mörser-Batterie 7, an Dr. Nitter in Berlin

8. Mai 1918

. . . . .

Es ist jammerschade, daß man keinen Urlaub bekommt; ich möchte zu gern wieder einmal Berlin sehen, um so mehr, als der große Urlaub wohl doch nicht so leicht kommt.

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

Bei C[alonne (Lys)], 15. Mai 1918

. . . Im übrigen spricht manches dafür, daß ein baldiger neuer Schlag an irgendeiner Stelle der Westfront kommen wird. Mein Pessimismus ist durch diese Aussicht vorerst eingeschläfert worden und wartet ab, was weiter wird. Doch ist mein festes Vertrauen von Anfang dieses Jahres, daß der Krieg nach Westen offensiv beendet werden könne, einmal wankend geworden und will nicht wiederkommen, und ich lasse daher jetzt auch schon der Reichstagsresolution mehr Gerechtigkeit widerfahren als damals. Unsere Lage ist nicht so ungeheuer günstig. Es ist uns nicht gelungen, auch nur im geringsten das Herüberschaffen von Amerikanern nach Frankreich zu verhindern, und damit ist ein Umstand geschaffen, der für die Entente außerordentlich mutmaßlich wirkt und einen schnellen Frieden verhindert. Die Zeit arbeitet gegen uns, die Hoffnungen der Feinde auf einen doch schließlich kommenden Zusammenbruch sind nicht in ihr Gegenteil zu verkehren. Die Entente hat ja ganz recht, wenn sie sich sagt, daß unsere unendlich leidende Heimatbevölkerung, unsere bis aufs letzte ausgenutzten Truppen (Engländer und Franzosen werden bestimmt nicht halb soviel in Stellung sein wie wir) schließlich einmal zusammenbrechen müssen. Und gibt es nicht trotz aller Ersatzmittel in

unserer Kleider-, Schuh- usw. Versorgung auch schließlich mal eine Grenze, unter die es nicht hinuntergehen kann?

Aus allen diesen Gründen (Skeptizismus gegenüber der rein militärischen Erfolgsmöglichkeit, Verneinung des U-Boot-Kriegserfolges — dieses auf Widerruf!) bin ich der Meinung, daß es richtig wäre, unter Ansehen von einer günstigen Augenblickslage sich dauernd an die vernünftigen Kreise der Entente zu wenden, zu hoffen, daß die immerhin großen Opfer, die auch die Entente zu bringen hat, sie zu einem vernünftigen Frieden unter Aufgabe ihrer nicht völlig unberechtigten Hoffnungen auf schließlichen, aber zu teuer erkauften Sieg bringen wird. Dafür bedurfte es aber des festen Verständigungsprogramms, wie es die Friedensresolution darstellt. — Du siehst: gegen Juli 17 eine recht große Wandlung, die sich aber aus den getäuschten militärischen Erwartungen sehr leicht erklärt. Glaube an den Sieg: das ist das Kriterium für die eine und andere Ansicht. An der Front glaubt bei uns wenigstens kaum ein Mensch noch an ihn.

Nicht einverstanden bin ich mit Deinen östlichen Überzeugungen. Ich halte nach wie vor den Ostfrieden für großartig, segensreich und unerwartet gut. Das einzige, was ich mir anders gewünscht hätte, ist die Nordostgrenze, d. h. man hätte Livland und Esthland gleich in das abgetrennte Gebiet einbeziehen sollen. Der Friede mit Rumänien hätte besser die Abdankung des Königs enthalten. Aber das ist eine bedenkliche Sache, und wenn's ohne das geht, ist es besser. Auf eine schnellere Konsolidierung in der Ukraine konnte man nicht rechnen, und daß wir weiter Krieg führten, war nicht zu umgehen, wenn wir nicht auf das unumgänglich notwendige Donez-Gebiet verzichten wollten. Ohne die Donez-Kohlen ist das ganze ukrainische Gebiet nicht zu halten. Auch bezüglich Polens bin ich Optimist (vorausgesetzt, daß wir nicht blödsinnig genug sind, zu annektieren, was ja alldeutsche Kreise, natürlich! warm wünschen). Rußland-Moskau dürfte geringe Anziehungskraft besitzen ...

... Das Traurige ist bloß, daß man nicht mehr das Vertrauen hat, daß die Rechnung nach dem Westen richtig war. Die U-Boot-Kriegrechnung hat sich ja auch seit etwa einem Jahr als falsch herausgestellt ...

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

Lager [bei La Gorgue (Lys)], 23. Mai 1918

... Habe ich nicht gesagt, daß der Abg. Graf Spee als Graf und Rittmeister ganz bestimmt nun und niemals an der Front wäre? Die

---

[1]) Neue Hamburger Zeitung.

Entgegnung des wirklichen Frontoffiziers in der „N. H. Z."[1]) war ganz köstlich. Wir haben uns heidenmäßig darüber gefreut. Diese Anmaßung der Herren von den höheren Stäben, die 20 km von der Front entfernt sitzen und schlemmen und dann noch von der Stimmung im Felde reden wollen, ist jedenfalls mal richtig niedergehängt. Hoffentlich hat der Graf einige Zeit an dem Bissen zu würgen. . . .

Arthur Kilper, Inf.-Rgt. 71, an Herrn Max Riemenschneider in Greiz[2])

Geschr. den 5. Juni 1918

. . . Vormarsch über Aisne gegen Murne hin.

„Habe alles gut und mit Freude und Lust überstanden und fühle mich äußerst wohl."

Oberleutnant Reichenbach, 1. Res. Pion. Komp. Pion. Batl. Nr. 7 an Geh. Reg.-Rat Dr. Westphal, Major im Oberkommando der Marken, in Berlin

5. Juni 1918

. . . . .

Nachdem wir den Franzmann ein weiteres Stück bis zum Beis de Plets ins Land gejagt haben, ist meine Division zur Erholung abgelöst. Wir biwakieren augenblicklich bei schönem Wetter im grünen Wald und freuen uns des großen Erfolges. Die Beute war nicht gering, und meine Leute haben sich an einem französischen Proviantamt mit Konserven, Ölsardinen und Wein tüchtig versorgen können. Die Stimmung bei der Truppe ist genau so wie 1914.

. . . . .

Wehrmann Carl Lawrenz an seine Tante Frau Bündiger[3])
in Charlottenburg

19. Juni 1918

. . . . .

Wir liegen 1300 Meter vor Ypern rechts vom Kemmelberg. Wenn ich bloß aus dieser verdammten Ecke wäre, hier können ja mal herkommen, die am grünen Tische sitzen, dann ist in einer Stunde Frieden. Die Verpflegung geht.

---

[1]) Neue Hamburger Zeitung.
[2]) Reichsarchiv A VI 2 Ri 1.
[3]) Reichsarchiv A VI 2 Bü Nr. 1, wie alle Briefe an Frau Bündiger.

Kanonier Otto Winter, Entfernungsmesserschule 5. Abteilung, an Frau Bündiger in Charlottenburg

Gent, den 2. Juli 1918

. . . bin nun fünf Wochen auf der Hauptschule . . .

Hier in Gent ist es sehr schön, an Unterhaltung wird sehr viel geboten, aber die Verpflegung ist ganz miserabel, satt essen kann man sich nicht; wer Geld genügend hat, kann ja hier wie im Frieden leben und sich alles leisten; Schmalz kostet 14 Mark das Pfund, Butter 15 Mark, ist doch gewiß nicht zu wenig.

. . . . .

Will denn man dieser Krieg noch kein Ende nehmen? Mich wundert bloß, daß das Volk noch so ruhig ist, ich glaube, es geht den Winter über wieder durch.

. . . . .

Hans Reif an Gustav Schneider

Im Felde, am 7. Juli 1918

. . . . .

Sonst hatte ich hier oftmals Gelegenheit festzustellen, daß es sehr viel mehr sehr gebildete Arbeiter gibt als man im allgemeinen annimmt und daß die große Unkenntnis der Bevölkerungsschichten gegenseitig ein bedauerlicher Grund zum Mißverständnis ist.

Carl Pr.[1]) *an Gustav Schneider*

Amalienau, den 10. Juli 1918

. . . . .

In voriger Woche sprach [ich] meinen Berliner Chef. Er sagte, die Berliner Chefs sehen recht schwarz in die Zukunft. Er meinte: „Ich weiß gar nicht, was ich mit den alten Herren machen werde, ob dieselben noch einstellen kann! Wird keine Ware da sein." Schöne Aussichten! . . . Ich denke es wird nicht so schlimm. Handel und Wandel muß doch wieder aufblühen!

. . . . .

---

[1]) Verfasser nicht feststellbar.

Hauptmann . . . an Oberstleutnant Noël in Berlin

13. Juli 1918

. . . . .

Die Amerikaner wachsen wie die Pilze aus der Erde und werden qualitativ den Kanadiern zum großen Teil nicht nachstehen. Wir werden aber mit ihnen auch noch fertig werden!

. . . . .

Kriegstagebuch Gefreiter Kurt Raschig

15. Juli 1918

[In der Stellung Straße Souain-Tahure nach dem vergeblichen Vorstoß auf der Straße Souain-Tahure.]

Lange Zeit konnte ich nicht einschlafen. Bis heute früh hatte ich noch Hoffnung auf einen glücklichen deutschen Frieden gehabt. Jetzt sah es schlecht aus: ein riesiger Aufwand an Menschen und Material umsonst geopfert. Und was noch schlimmer war: weh, nie mehr würde uns eine Offensive gelingen. Die Gegner hatten jetzt ein Mittel gefunden, den Angriffen zu begegnen. Von diesem Tag an glaubte ich nicht mehr an einen deutschen Sieg. Was sollte nun werden?

Wehrmann Carl Lawrenz, Landw.-Inf. Rgt. 2131 an seine Tante Frau Bündiger in Charlottenburg

15. Juli 1918

Meine liebe Marthe schreibt, daß sie ihr die Kuh aus dem Stall holen wollen, geschieht das, ist der Krieg für mich zu E n d e. Die Herren Offiziere haben hier so viel Kühe auf der Weide, die leiden keine Entbehrungen, und unsern Familien nehmen die Herren das Brot vom Tisch. Die fangen so an, wie sie es in Rußland gemacht haben. Wie die Zeitung schreibt ist richtig[1]). Ich habe die letzte Zeit viel gesehen, wie es in Rußland gemacht wurde. Offiziere fahren alle sechs Monate auf Urlaub, und wir müssen warten bis 12 Monate, da soll man denn nicht aus der Rolle fallen; und zwanzig Tage in Stellung ist zu lang, und ein Offizier läßt sich hier vorne nicht sehen.

---

[1]) Anm.: In einem früheren Briefe, 18 II sagt Verfasser, daß er die Welt am Montag, um deren Zusendung er gebeten hatte, gerne lese: „weil die frei schreibt", am 14. VII.: „und denn heißt es immer, es geht jetzt die Feinde an die letzte Lebensader, im Gegenteil, das bezieht sich auf uns." Verfasser war vorher in der Ukraine.

Kriegstagebuch Karl Fricke, Hamburg

16. Juli 1918

. . . Ein unheimliches Gefühl überkam uns alle, als der Abend des 16. Juli herangekommen war. Es wehte ein starker Wind von den Franzosen zu uns herüber, und ich zweifelte daran, daß die große Offensive, die nachts 12 Uhr beginnen sollte, wegen des starken Gegenwindes zu unseren Gunsten verlaufen würde. Punkt 12 Uhr setzte das orkanartige Trommelfeuer ein, das wohl alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Sämtliche Kaliber von 7,7 cm bis 42-cm-Geschütze schleuderten Tod und Verderben auf die französischen Gräben und Batterien. Der ganze Himmel entlang der Front war eine Glut, und ein wahres Erdbeben hatte begonnen. Die Franzosen antworteten nur wenig, und wir konnten daraus schließen, daß die feindlichen Batterien vollständig zugedeckt wurden. Aber infolge des starken Gegenwindes hatte die gut angelegte Offensive nicht den Erfolg, den sie haben sollte. Unter unseren eigenen Gasen hatten wir sehr zu leiden, denn der starke Wind trieb sie alle wieder zu uns zurück, und wir mußten zu den Gasmasken greifen, um nicht zu ersticken. Das gewaltige Trommelfeuer flaute am Vormittag ab, um gegen Mittag ganz zu verstummen. Wir waren auf einen großen Vormarsch vorbereitet und warteten auf den Befehl zum Vormarsch. Als aber bis zum Mittag noch kein Befehl zum Vorrücken gekommen war, wußten wir auch, daß die Offensive zusammengebrochen war. . . .

Obergefreiter Descher, Fuß-Art. 14, Stab,
an Frau Riemschneider in Greiz

17. Juli 1918

. . . Nun bin ich das drittemal in Flandern.

. . . Heute sind die Engländer schon weit überm Kemmel zurück. Hoffentlich geht es bald weiter und daß bald die Entscheidung fällt. Gestern warfen die englischen Flieger Flugblätter, ein Bild war darauf, ein Hund saß vor der Hütte mit einem großen Knochen im Maule, da stand drauf „Deutscher Friede"; mit dem Knochen im Maule kann der Hund nicht in die Friedenshütte; was das für einen Sinn haben soll. Auch andere Blätter wurden abgeworfen, von Ostende von der Hafensperre, ein Flieger machte eine Aufnahme davon, wie die versengten [sic!] englischen Schiffe liegen, oder stellen Deutschland dar durch einen ganz dürren, ausgehungerten Esel.

Ich denke jedenfalls die Sache geht den Engländern sehr nahe.

. . . . .

Kanonier A. Baruch, 15-cm-Kan.-Battr. 48, an Direktor Feist

Sailly, den 7. August 1918

. . . . .

Neues gibt es hier nicht. Und der Friede will auch nicht kommen. Wir können uns wieder auf einen Stellungskrieg gefaßt machen. So vergeht ein Jahr ums andere, und man muß mit Leib und Seele Soldat spielen. Die Verpflegung hat sich in letzter Zeit sehr verschlechtert. Dazu Tag und Nacht auf den Beinen. Das gibt bei diesen Feinden ein Ende mit Schrecken. Die Infanterie weigert sich, nach vorn zu gehen. Vorige Tage hat ein ganzes Regiment „partie" gemacht. Der Engländer wirft jeden Tag einen Haufen von Flugblättern ab und verkohlt uns nach Strich und Faden.

Kriegstagebuch Dr. Croner

9. August 1918

Es sind schwere Tage. In militärischer Beziehung ist unsere 3. Offensive im Westen gleich zu Anfang erstickt worden, und zwar, wie offen zugegeben wird, durch Verrat aus dem eigenen Lager. Ob Soldaten, Offiziere oder noch höhere Stellen, steht dahin. In jedem Kriege spielt der Verrat eine Rolle.

Aber hier ist es ein Zeichen von der absoluten Kampfesmüdigkeit und Kampfunlust unserer Truppen. Sie wollen eben nicht mehr. Kohldampfschieben und gleichzeitig kämpfen ist zuviel. Von jedem Kämpfer, der von der Front kommt, hört man das: „Wir haben genug."

Schütze Ulrich Häberle, Landst. Inf. Rgt. 13, an Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann

Bewtschew [?], den 11. August 1918

[Zustimmung zu Ausführungen Haußmanns im Reichstage, daß aus der Ukraine durch landeskundige polnische und jüdische Händler ebensoviel Getreide abgehoben werden könnte] . . . Ich sage: noch viel mehr, denn so wie es unsere Militärs in die Hand nehmen ist es grundfalsch.

. . . Wir wissen überhaupt nicht, für was wir eigentlich da sind, wenn man mit ansehen muß, daß den kleinen [Bauern] alles genommen wird, dagegen jeder Großgrundbesitzer in Schutz genommen wird. Gibt es Fuhrwerke zu requirieren, dann muß der Bauer herhalten, selbst wenn er auf dem Felde arbeitet; hat der Großgrundbesitzer

60 Pferde im Stall stehen, nicht ein Pferd wird ihm genommen. Warum wird demselben keines genommen? Weil unsere Herren Offiziere bei diesen Herren ein Leben führen, was ich hier nicht schriftlich wiedergeben will. Ich lege mir nur die Frage vor, für was sind wir eigentlich hier in der Ukraine?

. . . . .

Militärkrankenwärter Paul Wohlgemuth, Kriegslazarett in Freiburg, an Direktor Feist in Berlin

14. August 1918

. . . . .

Erkrankt bin ich schon 4 Wochen, seit dem 15. Juli, als der Angriff bei Reims begann, erst am Cornilleberg, dann nachher per Auto verladen nach Chauteau Thierry, und der eilige Rückzug. Drei Wochen immer ohne ein Dach über dem Kopf zu haben, jeder Witterung ausgesetzt, wovon es manchesmal ununterbrochen Tag und Nacht regnete, haben wir so zugebracht, wobei ich auch meine Krankheit holte. Krank waren viele unter uns, teils auch verwundet. Wer irgend noch zurück konnte, der tat es gern, denn lieber so sterben als Schwarzen in die Hände fallen.

. . . . .

Ich kann es gar nicht fassen, weshalb sich die armen Menschen hier draußen so quälen müssen, für was nur das alles ist. Es heißt immer, die Menschheit steht auf einer hohen Kulturstufe. Ja, die Kulturstufe ist so hoch, daß alles, was Menschenhand geschaffen hat, an der ganzen Front von Flandern bis zum Elsaß in Grund und Boden geschossen wird. Menschen, welche gegeneinander gar nicht feindlich gesinnt sind, müssen einander nach dem Leben trachten. Je größer hier draußen das Elend ist, desto mehr freuen sich daheim die Großkapitalisten und Kriegsgewinnler. Wir siegen und siegen doch uns tot. Hoffentlich nimmt dieser Krieg bald ein Ende und bringt der Menschheit den langersehnten Frieden.

. . . . .

Reservist H. Jahn, Feldschlächterei-Abtlg. 164, an Frau Bündiger in Charlottenburg

Fellin, den 16. August 1918

. . . . .

Der Krieg dauert auch zu lange. Und man muß sich für die Agrarier so hingeben, bis die den Frieden diktieren können. Hier in Rußland haben wir doch Frieden geschlossen, und doch sitzen wir hier in Est- und Livland. Wir liegen marschbereit und werden in den

nächsten Tagen hinter Petersburg nach der Murmanküste kommen. Sie glauben nicht, was die armen Leute hier ein Haß auf uns haben. Denn die können sich nichts kaufen, es ist alles zu teuer. 1 Pfund Brot 3 Mark. Das Vieh wird ihnen abgenommen. Für's Militär wird gesorgt, auch wird noch viel nach Deutschland geschickt. Ich möchte gern noch viel schreiben, denn weit ist man schon umhergeschickt, immer zwischen fremde Völker, und die Heimat ist so weit.

. . . . .

Kriegstagebuch Gefreiter Kurt Raschig

18. August 1918

Inzwischen waren bei der Batterie wieder Ersatzmannschaften eingetroffen. Aber nicht, wie bisher, frische Leute, aus der Ersatzabteilung in der Heimat. Nein, eine Ersatzdivision, die bisher ebenso wie die unsrige an der Westfront gestanden hatte, war aufgelöst worden. Die Mannschaften wurden unter andere Divisionen, die dringend Ersatz brauchten, aufgeteilt; ebenso die Pferde. So wurden also die Divisionen weniger; es wurde immer weniger Aussicht, endlich einmal wieder in Ruhe zu kommen; Divisionen, die so abgekämpft und müde waren, daß sie unbedingt eine Ruhe nötig gehabt hätten, sie wurden wieder aufgefüllt mit Leuten aus anderen Divisionen, die genau ebenso müde und matt waren. Und hiermit war die Division wieder aufgefüllt und „kampfkräftig". Sie konnte sofort wieder in Kämpfe geworfen werden! Wo sollte das noch hinführen? Bei uns waren die Leute von den ewigen Kämpfen, Biwakieren im Freien bei jedem Wetter, Umherziehen und Marschieren mit schlechten Stiefeln und Kleidern, von der Unruhe in jeder Nacht, der immerwährenden Alarmbereitschaft so abgespannt, so kampfesmüde und so matt, gar nicht mehr widerstandsfähig. Dieses erbarmungswürdige Umhertreiben und Umherhetzen rächte sich aber furchtbar schon in den nächsten Tagen. [Zurückgehen bei Mampcel am 20. August.]

Gefreiter Ludwig Reinmann, Maschinen-Flak-Zug 181 [1]),
an Herrn Georg Reinmann in Frankfurt (Oder)

Im Felde, 18. August 1918

. . . . .

Die gegenwärtige Lage halte ich für sehr ungünstig. Die Operationen im Westen sind ins Stocken geraten, ja zum Teil sind wir zu-

[1]) Besitz Ludwig Reinmann, Kaufmann in Cottbus.

rückgegangen, weil wir uns nicht mehr halten konnten. Ich selbst habe ja die Kämpfe in der Champagne und bei Soissons mitgemacht und weiß ungefähr, wie unsere Lage ist. Das, was die Zeitungen schreiben, stimmt durchaus nicht; die Berichte sind so verfaßt, daß sie nur das Gute erhalten [so!], dagegen den Schaden und die Verluste, die wir erleiden, nicht erwähnen. Unsere Verluste im Juni bei Noyon werden auf 50 000 Mann geschätzt, bei der Offensive im Juli, wo wir bis in die Nähe von Paris vorstoßen wollten, sind [sie] ebenfalls sehr erheblich, dann folgte der Rückzug bei Soissons, der uns gegen 20 000 Mann gekostet hat, und jetzt schließlich vor einigen Tagen bei Mondidier, wo wir ebenfalls zurückgegangen sind.

Die Stimmung ist hier draußen sehr schlecht, man hört nur Unzufriedenheit, Klagen über schlechte Verpflegung, Unlust usw. In der Heimat ist die Stimmung ebenso schlecht, die Entbehrungen, die das Volk zu ertragen hat, sind zu groß. Vor einigen Tagen traf ich einen früheren Schulkameraden von dort, Leutnant Pinnow, badisches Feld-Art.-Regt. 28, der mir unter anderem folgendes erzählte: Ein höherer Offizier seines Regimentes, der in enger Beziehung zum Reichskanzler und hohen Stellen steht, hatte bisher stets ein rosiges und stark optimistisches Urteil über das Ende des Krieges. Der Herr ist vor einigen Tagen vom Urlaub zurück und hat vollständig neue Ansichten. Jetzt auf einmal ist er für Friedensschluß noch in diesem Jahr, sei es selbst unter der Bedingung, daß wir Elsaß-Lothringen herausgeben. Woher plötzlich dieser Wandel der Anschauung? Der Herr wird wohl gehört haben, daß wir am Ende unserer Kräfte angelangt sind. In Offizierskreisen spricht man davon, daß Hindenburg noch einen Trumpf habe, den er voraussichtlich im Herbst ausspielen wird. Mißlingt die Sache, so wird es wohl mit unserer Kunst aus sein. Im allgemeinen hört man hier immer dasselbe: in diesem Winter wird Frieden, wir sind gezwungen, Frieden zu schließen. Das sind ungefähr die Ideen, wie man sie hier draußen hört, und die ich ebenfalls voll und ganz vertrete.

. . . . .

Wilhelm Reif an Gustav Schneider

24. August 1918

Nun bin ich schon wieder eine Woche hier bei meiner Kompagnie . . .

Am 8. August abends wurde ich von Schlettstadt aus in Marsch gesetzt. Ich mußte zunächst zur Ankunftsstelle nach Straßburg. Dort übernachtete ich und sah mir im abendlichen Dämmerschein flüchtig die Stadt an. Von dort schickte man mich am anderen Morgen nach Hirson. Das ist eine Fahrt, die ich etwa bis zur nächsten Nacht hätte

machen können. Aber so schnell darf man nicht an die Front fahren, wenigstens ist es beim „Landser" so üblich, daß man nach vorn möglichst lange reist. Da ich nun auch zu diesem größeren Verein der Kriegsknechte gehöre, so muß ich auch dessen Gepflogenheiten einhalten, und so fuhr ich zunächst nach Saarburg. Dort ließ ich mich verpflegen und blieb bis zum Abend, an welchem ich nach Metz fuhr. Nachts kam ich dort an. In Metz ist es sehr streng. Hier gibt es nur eine Übernachtungsstelle im Bahnhof. In die Stadt durfte nur, wer einen besonderen Ausweis hat. Deshalb fuhr ich auch schon am nächsten Morgen weiter bis Longuyon. Dort ist nicht viel los, nur ein großartiges Etappenleben kann man beobachten. Longuyon gehört mit zur sog. Hochetappe, wie der Soldat das nennt, ebenso wie Sedan und Charleville. Diesen beiden Städten widmete ich auch je einen Tag. In Charleville ist das meiste Leben; hier liegen auch die höchsten Vorgesetzten, nämlich der deutsche Kronprinz mit seinem Stab, zu dessen Heeresgruppe wir jetzt gehören. Von Hirson aus schickte man mich nach Laon und von dort zur Kompanie, die jetzt an der Vesle liegt. Bis nach vorn brauchte ich nochmals 2 Tage, die aber weniger angenehm waren, da ich nämlich laufen mußte und eine große Hitze den Marsch erschwerte.

. . . . .

Gefreiter Reinmann an seine Eltern

Im Felde, den 25. August 1918

. . . . .

Hier hat sich viel verändert; wir sind auf dem Rückzuge begriffen, da es den Franzosen gelungen ist, bei Soissons durchzubrechen. Meiner Überzeugung nach ist an der Niederlage, die wir hier erlitten haben, nur die Infanterie schuld, die nicht mehr kann, aber auch nicht mehr will. Das ist die Stimmung, wie sie hier draußen nach 4 Jahren Krieg ist.

. . . . .

Major Schroeder A O K. 10 an seine Frau

29. August 1918

. . . . .

Man munkelt allerlei über Verhandlungen, die angeknüpft sein sollen, und die letzten Nachrichten aus Spanien deuten ja auch darauf hin, daß man dort etwas veranlassen will. Ein günstiges Ergebnis ist bei der jetzigen Lage wohl kaum zu erwarten, aber man wird wohl auch bescheiden geworden sein. Es ist ja weniger die mili-

tärische Lage, die meiner Ansicht nach durchaus erträglich ist, d. h. man hat ja die ganze Sache noch in der Hand. Aber es ist wohl die ganze Aussichtslosigkeit der Weltlage, der Mangel an Menschen, an Rohstoffen und allem, die uns dazu nötigen wird, nachzugeben und noch soviel herauszuschlagen bei der Sache, wie eben geht. — Wenn es nur erst erreicht wäre, es wird dann noch manchen Sturm im Inneren setzen bei uns, ehe alles wieder in ruhigen Bahnen ist. — Das alles nur für Dich, Liebstes! Ich möchte auf keinen Fall, daß Du darüber zu anderen Dich äußerst. Pessimist bin ich ja nie gewesen, und ich sehe auch jetzt keineswegs schwarz. Aber es ist augenblicklich eine ernste Zeit, vielleicht die schwerste, die wir durchlebt haben. Aber wir sind ja in dem Kriege schon durch manche aussichtslos erscheinende durchgekommen und haben wieder Luft bekommen. Es wird also schon wieder werden. Aber Zeit ist es schon, daß es zu Ende geht! —

. . . . .

Recht ist es schon, wenn es uns Deutschen einmal weniger gut geht; denn was man so im Kriege an Eigennutz, Lumperei und Durchstecherei oben und unten erlebt hat, ist wirklich nicht erfreulich. Es wird aber wohl überall so sein.

. . . . .

Kriegstagebuch Kurt Raschig

Ende August 1918

So lagen wir über eine Woche lang im Walde von Coucy im Biwak und erwarteten unsere neuen Geschütze. Eines Tages besichtigte der Divisionskommandeur General Dänner. Er sprach uns seine Anerkennung aus für das tapfere Verhalten am 20. August. Gleichzeitig teilte er mit, er hätte schon wiederholt alles versucht, seiner Division einige Wochen Ruhe zu verschaffen, aber bisher sei es immer mit der Bemerkung abgeschlagen worden, die Kampflage erlaube es nicht. Er wisse ja auch, wie notwendig die Truppe eine Ruhezeit brauche: Jedermann sei verlaust, tagelang sei keine Gelegenheit zum Waschen, schon seit Wochen ein schlechtes und ungenügendes Essen, immer nur Graupensuppe und ein Stück Fleisch. Seit Wochen sei seine Division Tag für Tag im Biwak, im Freien bei Wind und Regen, seit Wochen müsse er mit seiner Division herumziehen wie eine Zigeunerbande; die Stiefel und Kleider seien gerissen, und die Handwerker könnten auf den Märschen nicht flicken. Immer wieder würde seine Division gerade da eingesetzt, wo die heftigsten Kämpfe seien oder erwartet würden. Seine Truppen seien müde und abgespannt. Jetzt endlich habe er aber

die Zusage erhalten, sowie die Kampflage es erlaube, wäre seine Division die erste, die in Ruhe käme.

Am 29. August war frühmorgens wieder heftiges Trommelfeuer. . . . Am Abend wurde die Division abgelöst. . . .

Die ersten 3 Tage sollten laut Abteilungsbefehl ganz frei sein. Aber das konnte unser Oberleutnant nicht sehen, daß nichts gearbeitet wurde. So wurde also gleich ein Pferde- und ein Monturappell abgehalten. Am 3. Tage besichtigte uns ein Kommandierender General von Eberhard, ein ganz alter Mann, der nur die Reihen abging. Er machte einen recht altersschwachen Eindruck, so daß wir alle der Ansicht eines Kameraden zustimmten: So jemand gehört heim in seinen Lehnstuhl, aber nicht ins Feld!

Natürlich hatte zur Besichtigung alles ganz sauber erscheinen müssen. So wurde vorher gereinigt, geputzt und gewichst. Viele liehen sich von den Kameraden ordentliche Hosen oder Stiefel, um nicht durch ein zerlumptes Aussehen aufzufallen. Natürlich konnten so die Vorgesetzten nie einen richtigen Einblick gewinnen, wie schlimm es um die Ausrüstung mit Stiefeln und Uniformen stand.

Kriegstagebuch Art.-Sergeant Weiser, Schallmeßtrupp 37 [1])

August 1918

Vom 5. Juli bis 3. August 1918 war ich nach der Schallmeßschule Wahn bei Köln kommandiert mit noch 11 Mann.

. . . . .

Dem Siebengebirge galt auch einmal eine Wanderung . . . Nur ein unschönes Bild blieb uns allen haften. Daran waren die Strandhotelgäste schuld in Königswinter. Uns 5 einfältigen Soldaten stand Herz und Verstand still. Im Land drin hat das Volk kaum Kohlen und Licht zum Nötigsten. Hier glühte in den paar Strandhotels Birne an Birne. Im Lande holt man dem Volke das letzte Leintuch. In den Strandhotels sahen wir nicht einen einzigen Gasttisch, der nicht blütenweiße Decken trug. In Königswinter floß Sekt und Wein in Strömen. In den Promenadengängen kamen uns halbbesoffene Menschen entgegen. Männlein und Weiblein in jedem Alter.

. . . Was scherte sich groß ein hunderttausendfacher Kriegsgewinnler oder ein unabkömmlicher „Militär“ in Zivil an das Sterben von Zehntausenden in diesem Augenblick im Kampf draußen. Ob diese Ausgelassenheit hier immer so sei, frugen wir einen des Wegs kommenden Schiffsmann. O ja, meinte der, aber das heute abend sei noch gar nichts.

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 We 4.

„So, jetzt werde ich nie mehr feindliche Flieger melden", entschlüpft einem Kameraden, und wir anderen stimmen bei. In dieser Stimmung zogen wir von dannen, wieder hinaus an die Front.

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 1. September 1918

. . . . .

Hier lief ich noch durch drei Auskunftsstellen und fand dann die Kompagnie weit hinter der Front in Ruhe auf dem Marsch in die Etappe.

. . . . .

Obergefreiter Descher, Fuß-Art. Rgt. 19, an Frau Riemschneider in Greiz

3. September 1918

. . . . .

Haben jetzt wieder eine schwere Zeit hinter uns, wir sind mit bei Mondidier gewesen, wir mußten der Übermacht des Feindes weichen, leider ging uns dabei ein 21-cm-Mörser verloren, sonst ging der Rückzug ganz geordnet zurück. Zuletzt gingen wir in Roye in Stellung. Die feindlichen Flieger waren mitunter unheimlich, gingen ganz tief und warfen Bomben; ganze Geschwader kamen, das Artilleriefeuer war unheimlich. Nun sollen wir in Ruhe kommen. Es wird Zeit. Die Pferde sind sehr knapp geworden. Ersatzmannschaften werden auch gebraucht.

Vfw. Offz. Anw. Erich Frühauf, Res. Inf. Rgt. 133, 5. Kompagnie, an Dr. O. Goldhardt in Einsiedel b. Chemnitz

Im Felde, 8. September 1918

. . . Wir sind jetzt gerade aus den Kämpfen herausgezogen worden und etwas nach hinten gekommen, um aufgefüllt zu werden.

Aber weit hinter sind wir nicht gekommen, immer noch Kampfgelände, noch in Löchern und Unterständen. Um wieder etwas aufzuleben, dazu wäre mal etwas Abwechslung nötig, mal wieder Quartiere, Einwohner, Musik u. dgl. Na, vielleicht ist das uns auch mal wieder beschieden . . .

Also anscheinend geht der Rückzug bis zur alten Winterstellung. Die Losung heißt wieder einmal: Verteidigung. Insofern ganz gut und schön, als wir dem Anprall der Gegner ausweichen konnten und

schließlich unsere Ausgangsstellung vorfinden, wo wir Gräben, Unterkünfte, Quartiere, Hintergelände, wo der Nachschub leichter ist, vorfinden, während dagegen der Feind ein Gebiet „erobert", wo er alles andere tun wird, als sich wohlfühlen. — Wie wird es aber dann 1919 werden??

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

[Westlich Douai,] 9. September 1918

. . . Was sagst Du zu Hindenburgs Aufruf? Warum muß die Quintessenz wieder „Endsieg" sein, an den doch niemand glaubt? Leutnant Back brachte einen gefährlichen Eisenbahnwitz mit, den ich Deiner Kriegschronik nicht vorenthalten will: „Hindenburg gleicht doch der Sonne!" Ja, gewiß, wie meinen Sie das aber hier? „Na, die Sonne geht doch auch im Osten auf und im Westen unter" . . . Trotzdem ist doch eigentlich auch in der Heimat (im Heere selbstverständlich!) das Vertrauen in die O. H. L. unerschüttert und unerschütterlich. — — — . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

Bei N[euvireuil (westl. Douai)], 10. September 1918

. . . Was man so hört, läßt einem doch die sogenannte „bewegliche Taktik" in merkwürdigem Licht erscheinen. Sie ist doch wohl nur stellenweise gewollt und vorgesehen. Ein bestimmtes Urteil kann man sich freilich noch nicht bilden, nur das sagen, daß man sich oben ganz unglaublich versehen hat, als man immer wieder die Fochschen Reserven für nicht mehr bestehend erklärte. Jetzt ist ja auch der Kronprinz sehr maßvoll im Ausdruck geworden. . . .

Einj.-Frw. H. Casper, Fuß-Art. Rgt. 12, 6. Batterie, an Dr. O. Goldhardt in Einsiedel b. Chemnitz

Im Felde, 11. September 1918

. . . Gegrüßt sei der Tag, an dem ich mich wieder frei bewegen kann, mir die Menschen aussuchen kann für meinen Umgang. Ja, der Gedanke an den Tod ist mir nicht schrecklich, im Gegenteil sehr an-

genehm, wenn ich wüßte, daß ich auf Lebenszeit verdammt wäre, mit diesem Pöbel zusammenzuleben. Doch alles muß ein Ende haben, also auch dieser elende Krieg. . . .

Gefreiter Reinmann an seine Mutter

Im Felde, 13. September 1918

[Geburtstagswünsche.]

Es sind zwar noch einige Tage bis zum 26., ich weiß jedoch nicht, wann ich wieder Zeit habe, um ausführlicher zu schreiben. Bei dem weiteren Verlauf der Operationen kann es wieder leicht kommen, daß Wochen vergehen, ehe man schreiben kann.

. . . [Politisches Gespräch mit einem Kaufmann aus der Möbelbranche]. Er äußerte sich zu mir im folgenden Sinne: Den Frieden müssen sich die Völker selber geben. Die Regierungen sind ihrem Volke gegenüber viel zu sehr gebunden, ebenso durch Verträge dem Feinde sowie den verbündeten und neutralen Staaten gegenüber. Die Lage, in der sich sowohl unsere wie die feindliche Regierung befindet, ist so ungeheuer schwierig, daß es ihnen nicht gelingt, zum Frieden zu kommen. Wenn ich auch diesem Gedanken nicht in allen Teilen zustimmen kann, so muß ich doch sagen, daß er ohne Frage viel für sich hat.

Seit dem 19. August sind wir ständig hier zurückgegangen und stehen dicht vor Laon. Die Kämpfe sind äußerst blutig und hartnäckig, vor allen Dingen sind es Amerikaner, die uns hier zu schaffen machen. Diese Truppen sind sehr gut ausgerüstet und benehmen sich im Kampfe ausgezeichnet, bedeutend besser wie die Engländer. Es ist der wahre Hohn, wenn man etwa daheim über die paar Amerikaner lachen wollte, die sich uns hindernd in den Weg stellen. Die Linie, wie sie jetzt verläuft, soll bis zum letzten Mann gehalten werden. Es ist zwar äußerst schwierig für uns, die Sache wird jedoch geschafft werden. Wie soll es aber im nächsten Frühjahr werden, wenn sich uns die doppelte oder mehrfache Anzahl gegenüberstellt? Es wird allgemein gehofft, daß unsere Führung zu der Einsicht kommt, daß es so nicht weitergehen kann. Gewinnen läßt sich der Krieg für uns nicht mehr, der Sieg ist unser, wenn wir bei Friedensschluß noch die Länder haben, die wir Juli 1914 besessen haben.

. . . . .

Kriegstagebuch Karl Fricke, Hamburg

[Etwa 15. September 1918]

... Wir rückten am 8. September von Charensy Vezin ab und marschierten weiter in der Richtung auf Metz. Über Pierrepont ging es weiter nach Vivry-Circourt, wo wir Quartier bezogen. Nur eine Nacht blieben wir hier, um am anderen Tage über Murville nach Trieux zu fahren. Das Dorf lag im Erzbecken von Briey und nur 20 Minuten von der deutschen Grenze ab. Das nächste deutsche Dorf war Lomeringen, und betrübt schauten wir alle dorthin. Seit meinem letzten Urlaub waren nun bereits wieder 13 Monate verflossen, und der Krieg hatte sein Ende immer noch nicht gefunden. Schon im Herbst 1915, als wir uns vor Belfort befanden, sagten wir: hoffentlich ist zu Weihnachten der Friede da. Es waren nun gerade seitdem 3 Jahre vergangen, aber ein Ende des Krieges war noch nicht zu sehen. Am 10. September, es war gerade Mittag, bekam ich den Bescheid, daß ich noch heute auf Urlaub fahren sollte. . . .

Major Groppe, Kriegstagebuch des II. Batls., Gren. Rgt. Nr. 1 (Kronprinz), von Anfang März bis Mitte Oktober 1918 [1])

17. 9. 18 . . . dauernde feindliche Angriffe, die mit äußerster Anstrengung abgewiesen werden.

7^{15} Uhr abends, nachdem Ruhe eingetreten war, stellte sich die Lage des Bataillons wie folgt dar:

Bis zur Person des Bataillonskommandeurs einschließlich war jeder Kopf eingesetzt. Durch die Verluste am Nachmittag, etwa 30 Mann, war die Gefechtsstärke ohne M G K aber einschließlich Bataillonstabsoffiziere und Unteroffiziere auf 85 Köpfe zusammengeschmolzen. Unsere alten Gräben waren restlos wieder im Besitz des Bataillons. Jeder Angehörige des Bataillons hatte in vorbildlicher Weise seine Pflicht getan. Von 3, zeitweise 4 Seiten vom Feind umfaßt, vom Rücken dauernd von der eigenen Artillerie befeuert, hielt jeder auf seinem Posten aus im klaren Bewußtsein dessen, worum es bei diesen entscheidenden Kämpfen ging.

Dennoch befand sich das Bataillon am Abend in einem Zustand vollkommenster Erschöpfung. Nach Einbruch der Dunkelheit meldeten mir meine Kompagnieführer, daß ein Teil der Leute den Versuch gemacht habe, abzuschnallen, da Hilfe für das Bataillon doch nicht zu erwarten sei. Mannschaften vom Regt. Elisabeth waren ihnen mit schlechtem Beispiel vorangegangen, obschon diese doch nicht an-

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Gr Nr. 8.

nähernd so Schweres durchzumachen hatten wie meine Leute. Der Bataillonskommandeur war sich vollkommen im klaren darüber, daß das Bataillon noch einen solchen Angriff nicht mehr überstehen könne, und hatte schon den Gedanken erwogen, ob es nicht besser sei, sich rückwärts durchzuschlagen. Die zahlreichen Verwundeten, die dann in Feindeshand gefallen wären, sowie die Erwägung, daß die Aufgabe der hervorragenden Stellung des Bataillons unübersehbare Folgen für die Gesamtfront haben müsse, führten dazu, diesen Gedanken wieder fallen zu lassen. Dennoch mußte etwas geschehen. Zwischen Bataillonskommandeur und dem Führer des Batl.-Nachr.-Zuges fand eine kurze vertrauliche Unterredung statt. Eine Viertelstunde später nahm meine Blinkstation nachstehenden Spruch von der Blinkstelle der Division auf: Ich erwarte, daß das II. Bataillon die ihm anvertraute Stellung bis zum letzten Mann unweigerlich hält. Unterschrift: Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Das Telegramm, das der hohe Chef sicherlich nicht verurteilen wird, wurde sofort den Kompagnien bekanntgegeben und tat voll seine Wirkung. Hurrarufe und höhnische Schimpfworte, die den französischen Posten zugerufen wurden, bewiesen, daß die Kampfkraft des Bataillons eine wesentliche Verschärfung erfahren hatte. Von Abschnallen und sich dem Feind ergeben, wozu der Franzose in einem in deutscher Sprache verfaßten Aufruf, der durch Flieger abgeworfen wurde, in den schmeichelhaftesten Worten aufforderte („Tapfere Kronprinzer! Ihr habt Euch wie die Helden geschlagen, Frankreich weiß Helden zu ehren“ usw. usw.), war nicht mehr die Rede.

Die schweren Sorgen fanden ein überraschendes Ende, als gegen 1 Uhr morgens ein diesmal echter Blinkspruch einging „Tabakempfang“, ein schon verabredetes Deckwort und bedeutete, daß das Bataillon abgelöst würde.

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

Bei N[euvireuil], den 17. September 1918

. . . Wenn seit 1915 stets ein derartiges Friedensprogramm von uns wie jetzt von den maßgebenden Stellen laut und klar verkündet worden wäre: ich glaube, Lloyd George und Clemenceau hätten doch lange ausgespielt. Aber wir haben uns immer Siegeshoffnungen hingegeben. Und auf Grund wovon eigentlich! Nun erst, wo jeder sehen muß, daß ein Sieg endgültig unmöglich ist, stoßen wir klar in dies Horn. Das macht naturgemäß wesentlich weniger Effekt . . .

Major . . ., Gr. H. Q. III b, an Oberstleutnant Noël in Berlin

18. September 1918

. . . . .

Zu dem österr. Friedensangebot kann ich nur sagen: es kam zu einem erschreckend ungünstigen Zeitpunkt und ist offenbar total verfehlt. Wir müssen eben dieser gemeinen Bande von Engländern und Konsorten nach wie vor die Zähne zeigen, anders erreichen wir keinen Frieden; es ist schamlos, was uns zugemutet wird. Wenn nur in der Heimat mehr Empörung dagegen herrschen würde!!

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

Bei N[euvireuil], den 18. September 1918

. . . Es ist möglich, daß die Folge des neuen und sehr überraschenden Angebotes erst eine höhere Anspannung der feindlichen Kräfte bringt; da wir uns aber noch viele Monate ohne Überanstrengung halten können, so muß der Rückschlag in der Stimmung drüben doch kommen. Voraussetzung ist freilich, daß es den Altdeutschen nicht wieder gelingt, die Haltung der offiziellen Kreise zu durchkreuzen. Ihrer stärksten Stütze, der Obersten Heeresleitung, sind sie ja freilich beraubt. Von einem „Siegfrieden" ist nicht mehr die Rede. Für viele wird das eine Enttäuschung sein. Ich habe die schon hinter mir. Wie glänzend ist die Reichstagsmehrheit gerechtfertigt. Was wird Kühlmann sagen! Und wie mag die Stimmung der O. H. L. sein, die doch offiziell zugeben muß, daß sie sich verrechnet hat. — Die Idee des Verständigungsfriedens hat bei uns wohl jetzt endgültig gesiegt. Das ist der Erfolg dieses Sommers: ein sehr unerwarteter Erfolg! Nun bleibt nur das, dem Gedanken auch im feindlichen Lager den Sieg zu erkämpfen. Dazu brauchen wir nur zweierlei: Stetigkeit in der Verständigungspolitik und Aushalten in der militärischen Verteidigung, möglichst ohne weitere Preisgabe von Boden. Ich glaube, wir stehen jetzt vor einer klaren Lage, und das Ende des Krieges ist abzusehen, ein Ende, dem wir nicht mit Bangen entgegenzusehen brauchen.

. . . . .

Karl X an seinen Vetter Franz Butterbrodt in Berlin SW 68[1])

Geschrieben den 20. September 1918

. . . . .

Wir liegen jetzt seit 9. Juli draußen, wenn auch nicht immer vorn, so haben wir doch trotzdem keine vernünftige Unterkunft gehabt. Wie einem da zumute ist, kannst Du Dir lebhaft denken. Eben ist wieder ein Sauwetter, und muß man immer Angst haben, daß man eines Nachts mitsamt dem Zelt fortgeschwommen ist.

. . . . .

Eine schwere Zeit haben wir hier durchgemacht, der Franzmann hat alle Tage und zu jeder Zeit angegriffen.

Sicherem Vernehmen nach werden wir jetzt abgelöst.

. . . . .

Wie denkst Du denn über den Frieden, hier rechnet man allgemein mit Schluß in diesem Herbst. Was hältst Du von der Note Burians? Wenn nur der Herrgott ein Einsehen hätte und wollte diesem Massenmorden ein Ende machen.

Kriegstagebuch Leutnant d. R. Goverts, Kür. Rgt. 7[2])

Freitag, den 20. September 1918

. . . . .

wir, d. h. nur der Stab, gingen nach Gonnelieu zurück. Unsere armen Leute bedauerte ich sehr, daß sie nicht auch etwas weiter zurückkommen konnten. Sie sind doch recht müde und angespannt, aber leider ist nach allem, was man hört, an eine Ablösung noch gar nicht zu denken.

Dienstag, den 24. September

Bestimmtes über unsere Zukunft ist noch nicht bekannt. Soviel ich gehört habe, mußten wir unsere Verladestärke angeben. Das sieht nach Abtransport aus. Seit dem Einsatz in der hiesigen Stellung haben wir zirka 4 Offiziere und 283 Mann an Toten, Verwundeten und Vermißten verloren. Das ist immerhin zirka 65 %. Eigentlich müßten wir also, bevor wir wieder eingesetzt werden, Ersatz bekommen.

Donnerstag, den 3. Oktober 1918

. . . Daß wir nun doch nicht zur Ruhe gekommen sind, die wir so dringend nötig haben, ist wirklich sehr bedauerlich. Kaum sind wir aus einer Schweinerei heraus, so kommen wir schon in die andere wieder hinein. Auch hier ist die Lage recht übel. Es ist dem Feinde

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Bu Nr. 1.
[2]) Reichsarchiv A VI 2 Go Nr. 1.

gelungen, in recht kurzer Zeit das ganze Trichtergelände zu überwinden und sogar aus diesem herauszukommen. Die Hauptschuld trifft die Bayern, die einfach ausgekniffen sind. Es ist wirklich haarsträubend, daß so etwas möglich ist. Allmählich schafft der Feind auch mehr Artillerie durch das Trichtergelände. Man erwartet allgemein einen neuen Großangriff. Aus Winkel St. Eloi, Rolleghem Capelle usw. fliehen sämtliche Einwohner. Sie lassen enorme Mengen Kartoffeln und andere Lebensmittel zurück, die natürlich unseren Leuten jetzt sehr zugute kommen. Alles, was Zeit hat, kocht und brät. Man kann es den Leuten in diesen schweren Tagen wirklich gönnen, daß sie wenigstens genügend zu futtern haben.

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 21. September 1918

. . . . .

Ja, möchte es doch Wahrheit werden mit dem Frieden. Die Deutsche Tageszeitung schreibt, dieser Schritt würde bei den Feinden den Eindruck machen, als wenn wir vor einem Canossa ständen. Und sagt mal, ist es denn nicht soweit mit uns? —

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

Bei N[euvireuil], 26. September 1918

... Die „Krise" ist ja nun anscheinend wieder da. Kampf zwischen Reichstagsmehrheit und Hertling um das parlamentarische System. Die Zugeständnisse vom vorigen Jahr genügen nicht mehr, man geht aufs Ganze. Was meinen Standpunkt angeht, so bin ich ja grundsätzlich mit dem Erstrebten sehr einverstanden. Aber ich kann mir nicht helfen: es wirkt immer unerfreulich, wenn gerade die größten Ebbezeiten dieses Krieges, bedenkliche Perioden zu diesen Aktionen benutzt werden. Das ist ja das einzig Mögliche, denn zu Siegeszeiten haben bei uns Oberste Heeresleitung und Annexionspolitiker, mit einem Wort Rechtsstehende, zu sagen. Erst jetzt nach den nicht gehaltenen Versprechungen des letzten Frühjahrs und Sommers war es möglich, sich energisch für das parlamentarische System einzusetzen. Aber, wie gesagt, die politische Ausschlachtung unserer Niederlagen im Innern wirkt nicht schön. Man hat manchmal das Gefühl, daß Erzberger und Scheidemann denken: Gott sei Dank, jetzt haben wir sie

so weit. — Hertling scheint sich zu sträuben. Damit ist sein Schicksal wohl besiegelt. Was war das auch für eine törichte Herrenhausrede: „Die Dynastie, unser größtes Gut, ist bei Ablehnung des gleichen Wahlrechts gefährdet, noch ist es Zeit, das Wahlrecht mit (jedem Wahlrechtsfreund fast unannehmbaren) Sicherungen zu belasten, deshalb schnell zugegriffen" — da hat er alle Linksstehenden stutzig gemacht. Ohne Payer als Vizekanzler wäre er längst nicht mehr da. Unsere guten Bundesgenossen, Bulgarien und Türkei, scheinen unser Beispiel mit der „beweglichen Taktik" nachmachen zu wollen...

Kriegstagebuch Unteroffizier Kurt Raschig

23. September 1918

Am 23. September hieß es plötzlich: Marschbereit machen. Die Ruhe war vorbei, der Krieg begann wieder.

Jetzt, nach vollen $2^1/_2$ Wochen, waren für die Batterie immer noch keine Decken eingetroffen. Solange wir hier in den Baracken geschlafen hatten, hatte sich's auch mit einer Decke aushalten lassen. Aber jetzt, wo wieder das Biwakieren im Freien bevorstand, war das ungenügend. Wo wir jetzt in die Nähe fremder Truppenteile kamen, wurden diesen Decken gestohlen. — Frische Pferde für die Batterie waren eingetroffen, aber an Geschirr fehlte es. — Schuster, Schneider und Sattler hatten in den $2^1/_2$ Wochen nicht die Hälfte der Arbeit machen können. — Munitionswagen und Fahrzeug waren schön feldgrau gestrichen worden, aber die angeforderten Ersatzteile für die Geschütze hatten wir noch nicht bekommen. — Im Beobachtungswagen hatten wir neues Telephonkabel, aber eine ganz minderwertige Sorte mit Papierisolierung und eine ganz ungenügende Menge. So fehlte uns noch vieles, die Batterie war noch lange nicht vollständig ausgerüstet; manche Gegenstände schienen in den Depots überhaupt nicht mehr vorhanden zu sein, schienen erst wieder in der Heimat neu angefertigt werden zu müssen.

Ersatzreservist Häfner, Landw. Inf. Rgt. 116, an Dr. Fues in Hanau[1])

Im Felde, 27. September 1918

Ich war soeben in Urlaub zu Hause und habe gesehen, daß es meiner Frau sehr schlecht geht. Ich möchte Sie bitten, wenn es geht, meiner Frau das Geld für ihre Kartoffeln zu geben, und wenn der

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Fu Nr. 1.

Krieg aus ist, werde ich mich wieder erkenntlich zeigen bei Ihnen, damit ich die Sache wieder gutmachen kann. Ich werde sehr dankbar sein dafür.

...Die Franzosen wollten gestern und heute durchbrechen bei uns, aber es hat ihnen nicht gelungen, wir haben sie abgehalten.

. . . . .

Funker Ernst Freese an Familie Heinrich Freese in Elbing[1])

Im Felde, Sonnabend, den 28. September 1918

. . . . .

Und unser Mittagessen heute! Darum könntet Ihr uns beneiden — Nudeln mit Backobst, zum Niederknieen. Wenn Ihr überhaupt soviel Fleisch und Fett bekämet wie wir, dann könnten unsere Feinde mit ihrer Aushungerungspolitik ganz einpacken, was sie ohnehin schon ruhig tun sollten.

. . . . .

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

Bei Fr[esnoy (vor Arras)], 29. September 1918

...Aber trotz aller Reden des Reichskanzlers und Kriegsministers beschleicht einen doch die Sorge, was werden soll. Mag sein, daß es sich nur um größere Anfangserfolge handelt. Aber eins ist sicher, daß diese jetzt immer zu verzeichnen sind, weil unsere Leute es nicht mehr so darstellen können wie früher. Nicht die Tanks und die amerikanischen Armeen, die Überanstrengung unserer Truppen ist die Ursache unserer Mißerfolge! Dieser Sommer hat dabei den Ausschlag gegeben. Nun müssen wir sehen, was wird. Und ob wir mit unseren abgenutzten, abgehetzten Leuten, die an sich doch so gute, tadellose Soldaten sind, die Sache noch schmeißen. Vertrauen, Vertrauen — aber wieviele haben's noch? Und doch ist das die Grundlage des Sieges!...

---

[1]) Besitz Familie Freese in Elbing.

Beilage 2

Kriegstagebuch Unteroffizier Kurt Raschig

29. September 1918

Jeden Tag sehen wir über uns hinweg in großen Schwärmen die französischen Flieger in die Etappe fliegen; und wir ducken uns unter Büsche, um ja nicht ihre Aufmerksamkeit zu erregen. Da hinten in der Ebene zeigen große Rauch- und Staubwolken an, wo wieder ein solcher Bombenregen gefallen ist. Und wir bedauern die Fahrzeuge und Truppen, die dieses Unheil über sich ergehen lassen müssen.

. . . . .

1½ km hinter Liry wurde Stellung bezogen. Hier sahen wir ein imposantes Bild: Ganze Schwärme feindlicher Flieger, Geschwader zu 12, zu 24 und zu 36 Flugzeugen kamen gerade über die Front geflogen. Es mochten wohl im ganzen 100 bis 200 Flugzeuge gewesen sein. Niedrig und in schöner Ordnung näherten sie sich. Das schwache Knallen eines deutschen Flakzugs störte sie kaum. Hoch über jedem Geschwader tummelten sich in eleganten Kurven ein paar Kampfflieger, die zum Schutze zugeteilt waren. Was konnten hier die wenigen deutschen Flugzeuge ausrichten! Es blieb ihnen nur übrig, sich in Sicherheit zu bringen.

. . . . .

Am Abend eine überraschende Nachricht: Ablösung ist da. Wir fühlten uns so froh, als hätte uns jemand das Leben geschenkt.

30. September 1918

Am nächsten Tag, am 30. September, ... kamen wir durch ... Vouziers... Das Proviantamt, die großen Magazine und Scheunen mit Vorräten, die vielen Intendanturen und Inspektionen, Kommandanturen, Parks und Lager wurden geräumt. Schon jetzt munkelte man bei uns: In den nächsten Tagen gehen die deutschen Truppen bis hinter die Aisne zurück. Aber weit hinten, an der Maas, werden schon jetzt große Stellungen gebaut. In einigen Wochen wird sich die ganze deutsche Westfront auf die Maaslinie zurückziehen.

Kriegstagebuch Karl Fricke, Hamburg

Etwa 30. September 1918

. . . Mein Urlaub war am 27. abgelaufen; ich fuhr aber einen Tag später und benutzte den D-Zug nachmittags 4 Uhr und kam deshalb ebenso früh wie andere Kameraden, die einen Tag früher gefahren waren, aber den Bummelzug benutzt hatten. Ich fuhr nach Köln, von dort nach Diedenhofen und weiter nach Metz, wo ich am 29., abends

8 Uhr, ankomme. Bei der Auskunftsstelle hatte ich mich zu erkundigen, wo ich meine Batterie finden konnte. In Metz auf dem Bahnhof lagerten Zehntausende von Soldaten, die sich alle nach ihrer Formation erkundigten. Ich hatte den Eindruck, daß auf die Weise mindestens eine Armee hinter der Front spazieren fährt. Meine Batterie sollte in Valleroy bei Conflanz zwischen Metz und Verdun liegen. Am anderen Morgen fuhr ich bis Battily, der Station vor Conflanz. Ich befand mich jetzt mitten auf dem Schlachtfelde von St. Privat-Gravelotte-Marslatour. Von Battily hatte ich einen einstündigen Marsch bis Valleroy zu machen. Auf der Kreis-Kommandantur bekam ich den Bescheid, daß die Batterie nicht hier gewesen sei und wurde von hier nach der Auskunftsstelle Honcourt verwiesen. Von Valleroy bis Honcourt hatte ich abermals einen 1 1/2 stündigen Fußmarsch zu machen. Auf der Auskunftsstelle in Honcourt wurde mir mitgeteilt, daß meine Batterie in Boncourt bei Conflanz liege. Inzwischen war es auch wieder Abend geworden, ich begab mich nach der Verpflegungs- und Übernachtungsstelle, wo ich noch einen Mann von unserer Batterie traf, der auch vom Urlaub gekommen war. Auf dem Bahnhof am anderen Morgen trafen wir einen Kameraden, der auf Urlaub fahren wollte, und von diesem erfuhren wir, daß unsere Batterie nicht in Boncourt, sondern in Labry lag. Mit der Bahn fuhren wir wieder zurück bis Valleroy und von dort mit dem Lastauto bis Labry. Gegen Mittag am 1. Oktober kamen wir in Labry an, und die alte Leier nahm wieder ihren Fortgang...

Major Schroeder, AOK. 10, an seine Frau

1. Oktober 1918

. . . . .

Sonst sieht es ja ziemlich traurig aus! Der völlige Zusammenbruch in Bulgarien, dem sehr bald der Zusammenbruch in der Türkei folgen wird, das ist ein schwerer Schlag. Wenn man es mit dem zusammenhält, was im Inland vor sich geht, Kanzlerwechsel und Parlamentarisierung und was so drum und dran hängt, so muß man annehmen, daß es wohl auch bald zu Friedensverhandlungen kommen wird. Sehr erfreulich würde der Friede ja nicht aussehen, der dabei herauskommt! Aber es wird wohl nicht zu vermeiden sein.

. . . . .

2. Oktober 1918

Die Nachrichten aus aller Welt klingen nicht erfreulich. Es scheint nicht ganz ausgeschlossen, daß die Sache in Bulgarien sich noch halten läßt. Immerhin ist der — militärisch allein gar nicht erklärliche — Zusammenbruch, der nur durch weitgehendste Bestechung

der Führer und planmäßige Propaganda unter den Soldaten herbeigeführt sein kann, unerfreulich genug. Wenn der Waffenstillstand unter den von der Entente genannten Bedingungen tatsächlich zustande kommt, ist auch die Türkei nicht mehr zu halten und bricht zusammen. Jedenfalls erleichtert all dies unsere Aufgabe nicht gerade. — Im Westen ist es ja in letzter Zeit gutgegangen, wenigstens so gut, wie es bei dem Übermaß an Kampfmitteln auf der anderen Seite überhaupt gehen kann. Die Hauptsache ist ja, daß dort ein wirklicher Erfolg der Entente verhindert wird. Das langsame Vordringen dort kann man ja als solchen nicht bezeichnen.

Die ganze innerpolitische Entwicklung weist ja darauf hin, daß man den Frieden will — und mit Einführung des Parlamentarismus einen der Haupteinwände unserer Feinde dagegen beseitigen will. Ob's nützt und zum Frieden hilft? Sonst muß es eben noch eine Weile durchgehalten werden — und wird auch gehen.

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Fräulein Luise Stephan

Bei P[aillencourt (nördlich Cambrai)], den 4. Oktober 1918

... Die Entwicklung der Dinge in Bulgarien ist so, daß man nur mit Schaudern an die möglichen Folgen denken kann (Niederwerfung der Türkei, Weg ans Schwarze Meer frei, neue Süd- und neue Ostfront). Lassen sich diese Folgen nicht vermeiden, so stehen wir vor dem Zusammenbruch. Dagegen könnten wir uns nicht mehr halten, vor allem in Anbetracht von Österreichs Schwäche....

Major . . ., Gr. H. Qu. III b Fr., an Oberstleutnant Noël in Berlin

[Ohne Datum, Poststempel 5. Oktober 1918, 8—9 N.]

. . . . .

Es ist sehr bedauerlich, daß die Stimmung in der Heimat so gedrückt ist; vielen wird wohl jetzt erst klar, daß ein Kampf um Sein und Nichtsein ist, aber leider noch nicht klar, daß gerade deshalb jedes Opfer erforderlich ist und das Geklöne das Verhängnisvollste ist. Wie anders wäre es, wenn die Heimat in dieser Beziehung nicht versagen würde! Wir sind durch die gewaltigen Erfolge verwöhnt; wenn der Feind im Lande gewesen wäre, dann würde es jetzt mit der Stimmung ganz anders aussehen, jeder würde das Letzte hergeben. Merkwürdig ist es ja, daß keine großen Männer in Deutschland vorhanden sind, die einen hinreißenden Einfluß ausüben, denn dies Partei-

gezänke und diese schamlose Uneinigkeit trägt nicht zur „Erheiterung der Gemüter" bei. Die Kerls, die von der Front kommen und über schlechte Behandlung klagen, sind keinen Schuß Pulver wert, sie sind die Ausnahme und nicht diejenigen, die jetzt draußen heldenmütig auch noch im fünften Kriegsjahr wie die Löwen kämpfen. Es ist staunenswert, was unsere Truppen wieder geleistet haben, und dann kommt einem das Geplärre und der Kleinmut im lieben deutschen Vaterlande wie Verrat vor.

. . . . .

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 6. Oktober 1918

. . . . .

Der Ernennung Max von Badens und Scheidemanns begegnen wir mit großem Vertrauen.

. . . . .

Gefreiter Reinmann an seine Eltern

Im Felde, 6. Oktober 1918

. . . . .

Am Tage kommen wir nicht zur Ruhe und in der Nacht auch wenig, da das Hintergelände stark unter Feuer liegt; zudem werfen feindliche Flieger ihre Bomben.

Unser Führer hat für uns einige Tage Ruhe beantragt, da wir jetzt seit Juni ununterbrochen an den Großkämpfen teilnehmen. Ich glaube nicht, daß wir nach hinten kommen, es heißt eben weiter aushalten. Ich dachte am 26. d. M. dort zu sein, daran ist jedoch gar nicht zu denken.

. . . . .

Kriegstagebuch Art.-Sergeant Weißer, Schallmeßtrupp 37 [1])

6. Oktober 1918, Stellung Lümschweiler

Diesen Tag muß ich doch notieren. Wir Beobachter hören heute abend durchs Telephon von Deutschlands Waffenstillstandsantrag an alle kriegführenden Mächte auf der Grundlage, die Wilson am ?? aufgestellt habe.

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 We Nr. 4.

Große Freude natürlich, daß endlich ein herzhafter Schritt getan wurde zum Frieden, durch Reichskanzler Max von Baden.

Andererseits löste die Botschaft Trauer aus, weil wir auf solche Grundlage herabsteigen müssen; der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Wir, die wir gegen die ganze Welt gekämpft haben jetzt, wo auch Bulgarien den „Liederlichen" spielte und der Türkei auch nicht mehr zu trauen ist. Bismarck hatte doch recht, daß der ganze Balkan nicht die Knochen eines einzigen Grenadiers wert sei.

Vom Frieden ist die Rede zurzeit vom Frieden!

Ach, wenn er nur einmal käme!

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 7. Oktober 1918

Gestern abend schon liefen Gerüchte um von dem neuen Friedensangebot, heute nun erfolgte die offizielle Bestätigung. Und zwar geschah das auf höchst eindrucksvolle Weise. Es ist das die größte Stunde, die ich bisher erlebte, die ich nie vergessen werde. Wir hatten nämlich Gottesdienst, und von der Kanzel herab verlas der Pastor die Worte. Wir alle hoffen doch nun zuversichtlich, daß hier bald die Kanonen schweigen werden und uns allen dann baldige Heimkehr beschieden ist. Es kann sich ja wohl die Entente dieser Friedensbitte nicht entziehen. Sollte sie es dann doch noch tun, so bleibt nichts übrig als der Kampf bis zum letzten. Möchte doch das erspart bleiben, möchte der Frieden doch bald erblühen.

. . . . .

Kriegstagebuch Leutnant d. R. Goverts, Kür. Rgt. 7

Montag, 7. Oktober 1918

Tagsüber blieben wir in Winkel.

Gestern abend spät kam noch die Nachricht, daß das neue deutsche Ministerium mit dem Prinzen Max von Baden an der Spitze an den Präsidenten Wilson eine Note gerichtet habe, in der es sich bereit erklärte, Friedensverhandlungen auf der Basis der Rede Wilsons vom Januar und September d. J. anzubahnen. Ferner sollte sofort ein allgemeiner Waffenstillstand abgeschlossen werden. Wenn diese Nachricht wahr ist, so wäre sie eine Bankrotterklärung unsererseits. Ich kann es noch gar nicht begreifen, daß das alles so kommen mußte. Wer hätte je gedacht, daß der Krieg so plötzlich auf diese Weise endigen würde! Ob die Entente wohl überhaupt auf unser Friedensangebot reagieren wird?

Schütze Richard Rund, Inf. Rgt. 168, an Fräulein Gerdessen in Berlin

8. Oktober 1918

Es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte ich den Brief und überhaupt keine Post mehr aus Deutschland bekommen. Denn 2 Meter vor mir stand der Franzmann und schoß. Da sind wir aber ausgerückt. Wir haben alles stehen und liegen gelassen. Die Hauptsache war ja nur die, daß wir mit dem Leben davon kamen, und in Gefangenschaft wollten wir auch nicht kommen, da man nicht weiß, wie es einem drüben beim Franzmann geht.

. . . . .

Der Franzmann kommt ja auch zu schnell vor, da konnte man seine Sachen nicht mehr mitnehmen. Wenn es so auch weitergeht, dann hat der Franzmann auch bald sein Land wieder. Die, die daheim sind, können sich keinen Begriff machen, wie es hier zugeht. Hoffentlich ist recht bald Friede, damit wir doch noch was vom F [Frieden?] haben. Was spricht man denn in Berlin vom Frieden? Hier wird schon erzählt, daß heute abend um sechs Uhr die Entscheidung fallen soll. Ich drücke schon ordentlich den Daumen, damit es endlich zustande kommt.

. . . . .

Seit 3 Tagen habe ich nun den Brief in der Tasche. Konnte ihn nicht eher abschicken, weil wir jeden Tag 20 km nach hinten marschiert sind. Jetzt sind wir wenigstens mal von der Front weg. Hier hört man das Schießen nicht mehr. 4 lange Wochen, dann geht es wieder nach vorn.

. . . . .

Kriegstagebuch Budenberg, Schreiber der Fuhrpark-Kol. 21 [1])

12. Oktober 1918

. . . . .

Ein junger bayerischer Leutnant tritt als Offizier zu uns, da wir unsere Offiziere wegen deren Verwundung in Coulommes zurücklassen mußten. Eine Kuh, welche bisher für unseren Rittmeister die Milch lieferte, wurde geschlachtet.

. . . . .

---

[1]) Reichsarchiv A VI Bu Nr. 2.

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Frau Marie Stephan

Vor B[ohain], 13. Oktober 1918

... Gestern nachmittag griff der Engländer auf zirka 2 Bataillonsbreiten mit starken Kräften, aber ohne Tanks, dreimal an. Er wurde glänzend abgeschmiert und ließ viele Tote liegen. Am Tage vorher war er mal zur Probe, ob auch noch was da wäre mit ein paar Tanks angekommen. Die Engländer — es handelt sich scheinbar ausschließlich um junge Soldaten — kommen sehr unbeholfen angelaufen. Aber leider hat man das Vertrauen verloren, daß nicht an irgendeiner Stelle die Sache doch nicht klappt. Denn wie konnte man sonst aus der gut ausgebauten Siegfriedstellung herauslaufen! Nun haben wir die Schweinerei und müssen bei täglich schlechter werdendem Wetter in kleinen Löchern auf freiem Felde liegen. Im ganzen führt die Entente seit dem 18. Juli mit uns einen Krieg wie wir 1915 mit den Russen. Auch die setzten sich immer wieder fest und wurden dann nach einiger Zeit auch aus der neuen Stellung wieder herausgeworfen. Auf die „bewegliche Taktik" pfeife ich, seit ich ihre Folgen praktisch gesehen habe, und nicht weniger auf die „tief ausgebaute Stellungszone", mit der auch die „N. H. Z." hausieren geht. — Es ist wirklich ein Jammer, daß man Jahre lang auf einen Sieg, der unerreichbar war, statt auf Frieden operierte. Nun, wo der Sieg zur Niederlage geworden ist, können wir die Folgen tragen. — ...

Kriegstagebuch Leutnant d. R. Goverts, Kür. Rgt. 7

Sonntag, den 13. Oktober 1918

In der Antwort auf unsere Note verlangt Wilson die Räumung des von uns besetzten Gebietes. Uns allen schien es sicher, daß wir unter keinen Umständen auf diese Forderung eingehen würden, und doch ist das Unglaubliche wahr geworden! Es soll eine Kommission ernannt werden, die die Art und Weise der Räumung vereinbaren soll. Wie so etwas möglich ist, ist gar nicht zu verstehen. Die neue Regierung scheint überhaupt kein Vaterlandsgefühl zu haben, wenn sie diese Bedingungen annimmt, oder sollten wir so kaputt sein, daß wir tatsächlich nicht mehr kämpfen können? Wenn wir solche Bedingungen annehmen, ergeben wir uns dem Feinde bedingungslos.

Funker Ernst Freese, Divfunka 64, an Familie Freese in Elbing

Im Felde, Sonntag, den 13. Oktober 1918

. . . . .

Gestern in der Nacht empfingen wir die Nachricht von unserem Friedensangebot. Frieden wird's nun wohl geben, aber was für einen? Danach wagt man kaum zu fragen.

. . . . .

Unteroffizier Kurt Raschig an seine Mutter

14. Oktober 1918

. . . . .

Gestern abend herrschte unter uns großer Jubel, da wir hörten, ab 16. solle Waffenstillstand sein, und von da ab sollte das besetzte Gebiet geräumt werden. Ob es stimmt, wissen wir nicht, aber es verlautet so bestimmt, daß wir es immer noch glauben, obwohl heute in den Argonnen ein starkes Trommelfeuer war.

Leutnant Werner Stephan, Kompagnieführer im Res. Inf. Rgt. Nr. 69, 12. Kompagnie, an Koppe

Östlich B[ohain], 15. Oktober 1918

... Die fortgesetzten Waffenstillstandsverhandlungen haben meinen Mut wieder so weit erhöht, daß ich mir jetzt wenigstens zutraue, einen leidlich vernünftigen Brief zu schreiben. Denn neben der großen Primitivität meines derzeitigen Lebens hatte die Durchbrechung der Siegfriedfront mir jede Lust genommen, über irgend etwas zu debattieren.

. . . . .

. ... Der Traum der deutschen Weltherrschaft ist schnell ausgeträumt. Vielleicht war es nicht einmal ein so schöner Traum. Wir haben noch immer viel erreicht, wenn wir so abschließen. Wir haben unsere Heimat behauptet und geschützt, gegen eine Welt von Feinden 50 Monate standgehalten. Wenn wir nun an die innere Einrichtung unseres Hauses all unsere geistigen Kräfte verwenden, den Einfluß unserer Großkapitalisten ausschalten, nur an „das möglichst große Glück der möglichst großen Masse" denken, zu dem nicht nur soziale Gedanken, sondern auch Volkserziehung gehört, so kann unsere Generation auch im „kleineren Deutschland" genug der Aufgaben finden. Sie erscheint geeigneter zu einem Neuaufbau als die vorige, die nicht nur einen erstaunlichen Mangel an politischer Klugheit und Voraussicht, an Erkenntnis des Möglichen bewiesen, sondern auch sonst

manche weniger schöne Seite gezeigt hat. Unsere Generation aber ist kampfgestählt, leiderprobt, wie vielleicht keine zweite in der Weltgeschichte. Auch soziales Verständnis hat sie sich in den vielen Kriegsjahren notgedrungen erwerben müssen in einem täglichen Zusammenleben mit dem „Volke", das sonst ganz unmöglich gewesen wäre. Drücken wir also den Daumen, daß der Frieden jetzt kommt und der Feind den Kampf nicht fortsetzt bis zu unserer völligen Vernichtung, an der ihm ja nichts mehr liegen kann. Und dann auf zum Kampfe für das neue Deutschland! Der Kampf wird dann aufreibend, wenn auch unblutig, ein wahrer Kulturkampf sein und wird wert sein des Schweißes der Edlen, zumal die Überlebenden mitzukämpfen haben werden für so viele der Besten, die geblieben sind...

...Wir sind seit vierzehn Tagen auch aus (verhältnismäßig) gesicherter Ruhe in den Kampf gezogen, halten uns zurzeit (wie seitdem dauernd) an sehr wichtiger Stelle auf. Du kannst Dir denken, daß es schwer fällt, sich inmitten aller Hoffnungen auf nahen Frieden noch zu exponieren. Doch muß das, was gefordert wird, geleistet werden...

Ldstrm. Happach, Kriegspresseamt Auslandstelle, Berlin NW 6, Luisenstr. 31 a, an Dr. Goldhardt in Einsiedel b. Chemnitz

17. Oktober 1918

...Daß mich Zorn und Bangen packten, ist selbstverständlich. Es hat sich schlimmer erfüllt als manche ahnten. Ich weiß seit jeher, daß unsere Volkskraft nie untergehen kann. Das System fliegt auf. Vielleicht noch mehr. Gestern des centaines d'hommes devant le château, sergeants de ville sabres, du sang. Ils voulaient la paix. Es bereiten sich schwere und große Dinge, das Herz ist voll Sorgen...

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Brüssel, 18. Oktober 1918

Kaum bei der Kompagnie angelangt, bin ich schon wieder auf Reisen. Diesmal sollen wir einen von den 12 Ausreißern der Kompagnie holen, der hier sitzt. Erst sehen wir uns natürlich einen Tag Brüssel an, denn vorne ist es beschissen. Friedensaussichten mau, Stimmung unbeschreiblich, Quartier Heuboden. Nur vorne ist etwas zu machen. Im geräumten La Cateau sind ungeheure Lebensmittelvorräte erbeutet, Fässer mit Butter, lebende Kühe usw. Von den riesigen Weinvorräten ist alles besoffen.

Major . . . an Oberstleutnant Noël in Berlin

Im Felde, 20. Oktober 1918

Anfang des Monats habe ich nun auf die unablässigen und berechtigten Bitten meiner Frau und der Kinder um meine Entlassung gebeten, und zwar, noch ehe vom Frieden die Rede war. [Alter, Gefahr der Erkrankung.]

. . . . .

Ich muß Rücksicht auf meine Familie nehmen, $2^1/_4$ Jahr bin ich nun an der Front, mein Bedarf ist gedeckt!

. . . . .

Du glaubst nicht, wie jetzt in dieser kritischen Zeit hier alles nervös ist und meine Tätigkeit (Nachtrevisionen u. dgl.) verdoppeln muß. Es steht jetzt nicht gut um uns, jedenfalls nicht so gut, wie Anfang des Jahres. Die Hefe möchte ich auch lieber nicht mit auskosten. Schade, daß die Dinge solchen Lauf nehmen mußten.

. . . . .

Einj. Gefr. H. Casper, Fuß-Art. Rgt. 12, 6. Batterie, an Dr. Goldhardt in Einsiedel b. Chemnitz

20. Oktober 1918

...Zur Ablegung meiner Prüfung sind mir vom Bataillon und Kriegsministerium 4 Wochen zugebilligt worden, so daß ich bald heimfahren werde, zwar mit gemischten Gefühlen; denn die ablehnende Antwort Wilsons (mich ekelt's, wenn ich dies Geschmeiß nur im Munde führe. Diesen Kanossagang kann ihm kein wahrer Deutscher verzeihen, mag er freidenkend und Kosmopolit sein, wie er will!), fordert alles zum Endkampf, zur Verteidigung der Heimat auf. Ruhig würde ich fahren, wenn der Waffenstillstand in Sicht wäre. Jeder hofft's hier haußen...

Kriegstagebuch Leutnant d. R. Goverts, Kür. Rgt. 7

Ulm, Unt. Kuhberg, den 21. Oktober 1918

. . . . .

An Mannschaften ist eine Elitetruppe beieinander, fast durchweg gv.-Leute, Krumme, Halblahme, bleiche, magere Menschen, die entweder schon eine ordentliche Portion Krieg hinter sich haben oder von Anfang an gebrechliche Naturen sind.

Major . . ., Gr. H. Qu. III b Front, an Oberstleutnant Noël in Berlin

22. Oktober 1918

Kann mir denken, daß Dich diese ganzen außergewöhnlich traurigen und überraschenden Ereignisse tief erschütterten. Deine Bedenken haben sich bewahrheitet! Die durch die Niederlage in Palästina und durch den Zusammenbruch Bulgariens erfolgte Konstellation war aber nicht vorauszuahnen; von diesem Augenblick an verließ uns das Glück. Jetzt wird nun nach dem Schuldigen gesucht, anstatt nur an Einigkeit und Widerstand zu denken, denn schmachvoll können wir uns doch wohl nicht behandeln lassen, also muß weitergekämpft werden, wenn uns schon schmachvolle Bedingungen zugemutet werden, was anzunehmen ist. Ich glaube nicht, daß sich die Entente auf irgend etwas einläßt, weil sie eine irrsinnige Wut auf uns haben und die Führer allein durch noch verstärktes Anfachen derselben halten. Schamlos ist es, mit welcher Ungeniertheit ein Teil unserer Presse über Kaiser und Hohenzollern zu schreiben wagt, ohne daran gehindert zu werden. Nur Wasser auf die Ententemühle. Es ist eben nur in Deutschland möglich. Wenn die Gegner das Empfinden hätten, daß das deutsche Volk sich aufbäumt gegen die Frechheit, die sie uns zumuten, dann würden sie wahrscheinlich etwas anderen Sinnes werden. Ein Verhängnis, daß nicht e i n großer Mann da ist, der die Führung übernehmen konnte!

. . . . .

Unteroffizier Carl Betzen, 17. Bayr. Inf. Rgt., an Dr. Fues in Hanau

Im Felde, den 23. Oktober 1918

. . . . .

Wir befinden uns zurzeit vor Verdun in Stellung, aber leider ist es hier ziemlich ruhig, ist aber nur ein sehr sumpfiges Gelände. Wie man hört, soll es hier fest Frieden geben, was ja zu wünschen wäre. Wie ist denn die Begeisterung zu Hause vom Frieden? Was macht das Geschäft zu Hause? Ich kann den Tag nicht erwarten, bis ich wieder in Ihren Dienst eintreten kann.

. . . . .

Unteroffizier Kurt Raschig an seine Mutter

25. Oktober 1918

. . . . .

Man redet jetzt viel davon, daß wir alles räumen wollen bis zurück nach Sedan. Das ist ja ganz schön, weil es doch wahrscheinlich

geschieht, weil die große Front für unsere wenigen Truppen schwer zu halten ist, aber die Stimmung wird dadurch nicht besser. Es wäre ja ganz praktisch, man hätte dann nicht weit in Urlaub zu fahren. Aber gefährlich wäre es auch, dann dürfte es nicht mehr weiter zurückgehen.

. . . . .

Unteroffizier Kurt Raschig an Fräulein Rosa Ney in Mannheim

26. Oktober 1918

. . . . .

Daß wir auch alle große Friedenssehnsucht haben, könnt Ihr Euch denken. Aber wie können wir die Bedingungen von Wilson alle annehmen? Wir sind ja noch gar nicht geschlagen worden, also ist auch kein Grund, alle Hoffnung aufzugeben. Wenn man nur zu allen Soldaten gleichzeitig reden könnte, allen gleichzeitig nur für einen Tag den Mut und die Begeisterung von 1914 einflößen könnte. Wie schnell würden sie dann sehen, wie leicht es ist, zu siegen. Aber so fühlt sich jeder ermattet gegenüber den unaufhörlichen Angriffen der Feinde. Und diese nehmen ja nur daher den Mut anzugreifen, weil sie sehen, wie müde wir sind. Aber nur die Hoffnung nicht verlieren.

Major . . ., Landst. Inf. Rgt., an Oberstleutnant Noël in Berlin

RStQu., 26. Oktober 1918

Das ist ja eine verwünschte Lage, in die wir hineingetappt sind. Ich mag die Zeitungen gar nicht lesen, aber dem Sauhund, dem Wilson, möchte ich mal rechts und links in seine fette Schwarte hauen, daß dem Kerl Hören und Sehen verginge, so ein frecher Lump, so ein Sauhund! Hier an der Front lassen wir noch lange nicht die Flügel hängen. Lieber kämpfen bis auf den letzten Mann, als schmachvolle Bedingungen hinnehmen!

. . . . .

Hier schweigen die Geschütze nicht, und nach Waffenstillstand oder Frieden sieht's hier wahrlich nicht aus. Wir werden uns doch solche Bedingungen nicht vorschreiben lassen?!

. . . . .

Funker Ernst Freese an Familie Freese in Elbing

Geschrieben Sonnabend, den 26. Oktober 1918

. . . . .

Es sieht außerdem doch so aus, als ob der Friede seinen Einzug endlich halten wollte. Das klingt aus meinem Munde, der ich vom

Kriege so recht eigentlich nichts gesehen und mitgemacht habe, eigenartig. Und darum stößt man mit der Ansicht, daß ein Friede wie er uns zu drohen scheint, ein Unglück sei, auf erheblichen Widerstand. Nun gut, der Friede mag kommen, muß kommen nach dem, was ich hier draußen gesehen und gehört habe. Aber es wird eine schlimme Zeit. Vielleicht sehe ich auch zu schwarz, ich will es hoffen! Warum war man denn stets ein Optimist, und warum soll man es nicht weiter sein? Es wird einem nur so schwer gemacht, zumal wenn [man] Trauerbotschaft über Trauerbotschaft vernimmt.

. . . . .

Gefreiter Ludwig Schröder, Inf. Rgt. 162, an seine Eltern

Im Felde, 27. Oktober 1918

. . . . .

Bei einer kurzen Rast am Wege erfuhren wir von der Demission Ludendorffs. Wie ein Aufatmen ging es durch alle, die meisten murmelten ein Gott sei Dank, daß dieser Mann, der als Soldat lange die deutsche Politik gemacht, die uns nun bis an den Rand des Abgrundes geführt hat, daß dieses Friedenshindernis in der Versenkung verschwunden ist. Hoffentlich folgen bald andere und gibt es dann Frieden.

. . . . .

San.-Vizefeldwebel Czapski, Feld-Art. Rgt. 233 [1]),
an Direktor Dr. S. Feist in Berlin

Im Felde, 29. Oktober 1918

. . . . .

Ich weiß nicht, was man in Berlin von der Stimmung hier draußen erzählt. Eins steht für mich fest, daß bei dieser gesunkenen Moral und Disziplin an eine Wendung unseres militärischen Geschickes nicht zu glauben ist, vielleicht, daß beide sich erst wieder bei der Verteidigung des Heimatlandes finden.

Funker Ernst Freese an Familie Freese in Elbing

Geschrieben den 30. Oktober 1918

. . . . .

Man hofft hier allgemein sehr stark auf einen baldigen Frieden, zum mindesten aber auf einen Waffenstillstand. Ich und all der neue

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Fe Nr. 1.

Ersatz haben ja noch nichts mit- und durchgemacht und dürften eigentlich nicht mitreden. Und doch glaube ich, sind wir alle froh, wenn wir erst einmal den Soldatenrock ausziehen können.

. . . . .

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 30. Oktober 1918

. . . . .

Gestern mittag 12 Uhr marschierten wir über die belgisch-französische Grenze. Alle gleich, ob Unteroffizier, ob Mann, alle dachten und sprachen aus: hoffentlich zum letzten Male.

Die Sache in Deutschland endet ja mit einem völligen Siege der Demokratie und einer Niederlage der Kapitalisten. Und die Demokraten, das Volk, es weiß, was uns not tut. Frieden ist es.

. . . . .

Unteroffizier Kurt Raschig an seine Mutter

1. November 1918

. . . . .

Ich bin so froh, daß die ganze Westfront jetzt endlich wieder fester geworden ist. Das ewige Räumen und Zurückziehen raubt einem das ganze Selbstbewußtsein, man kennt es schließlich gar nicht mehr anders. Jetzt, wo wir sehen, daß wir auch den größten Angriffen standhalten können, ist die Stimmung viel besser als bei dem vielen Zurückziehen, obwohl es ja dabei ganz angenehm ist, wenn man immer weiter vom Feind wegkommt. Dafür hat man aber weiter hinten keine Stellungen mehr, während man, wenn man vorn standhält, auch seine Stellungen behält. Von mir aus darf das freiwillige Räumen jetzt ganz eingestellt werden, denn wir kommen sonst zu nah an die Heimat.

Wir kriegen doch auch einen viel besseren Frieden, wenn die anderen sehen, daß sie nichts erreichen, als wenn wir uns immer zurückziehen, weil das von den anderen doch immer als Niederlage angesehen wird.

Kriegstagebuch Dr. Croner

2. November 1918

Man hört jetzt vielfach den Ruf: Lieber mit Ehren untergehen, als mit Schande bestehen. Der Satz ist richtig für einen Privatmann.

Für ein Volk gibt es das nicht. Ein Volk als Ganzes kennt keine Ehre und keine Schande, sondern nur den Selbsterhaltungstrieb. Es ist jetzt nur die Frage, ob wir das Heer nach einem unglücklichen Kriege in möglichster Ordnung zurückbekommen, oder als plündernde und mordende Räuberbanden. Die Gefahre eines Volksaufstandes, wenn wir nicht so rasch wie möglich Frieden machen, wächst von Tag zu Tag.

Gefreiter Reinmann an seine Eltern

Bromberg, den 4. November 1918

. . . . .

In Bad Münster hatten wir bereits redlich über Verpflegung und ärztliche Behandlung, die völlig fehlte, geschimpft. Hier jedoch ist es weit schlimmer. Wir sind in der Kaserne untergebracht; Laken für das Bett, Bettwäsche gibt es nicht, wir liegen auf Matratzen, die dreiteilig sind, und haben zum Zudecken 2 Decken. Und dann das schlechte und knappe Essen. Auch die ärztliche Behandlung fehlt vollständig.

. . . . .

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

In der Heimat, 5. November 1918

Gestern wurden wir in Saarburg nun endlich mal die Läuse los.

. . . . .

Wie zieht sich doch die Friedensgeschichte in die Länge. Tagtäglich warten wir auf die Waffenruhe, hoffen zuversichtlich, daß wir vorher nicht mehr in den Graben brauchen. Sicher wird ja die Sache zum Schluß gehen, denn was sollen wir nach dem Zusammenbruch aller Verbündeten machen. Wir sind dann doch tatsächlich bedroht von allen Seiten.

. . . . .

Traurige Verhältnisse sind in dem Hause, in dem ich in Quartier liege. [Einzelheiten über Krankheit und Einquartierung.] So erklärt es sich denn auch, daß die Menschen, die schon vier Jahre Einquartierung gehabt haben, so wenig freundlich sind. Am liebsten wollen sie weder zu Frankreich noch zu Deutschland gehören, sondern selbständig sein, um nicht dauernd als Zankapfel und Kriegsschauplatz zu dienen.

Alfred Broßmann an Gustav Schneider

5. November 1918

. . . . .

Letzthin wurden unserem Regiment ein Nazi-Regiment[1]) mit Brigadestab zur Arbeit im Stellungsbau zur Verfügung gestellt. Dieselben waren noch keinen Tag da, verweigerten sie ihren Auftrag und rückte mit Hab und Gut, ohne den Befehlen ihrer Offiziere zu gehorchen, wieder ab. Es ist sehr traurig, was uns Deutschen noch bevorsteht. So schändlich wir auch unterliegen müssen, der Ruhm bleibt unser.

. . . . .

Kriegstagebuch Unteroffizier Kurt Raschig

In Frenois, 6. November 1918

Aus Sedan hörte man ganz merkwürdige Gerüchte. Es hieß, in Sedan sei eine Masse Truppen, die da hinten in Ruhe gewesen seien und jetzt zum Ablösen an die Front hätten kommen sollen. Sie hätten sich aber geweigert, vorzugehen, hätten in Sedan das Proviantamt gestürmt. Es sei aber jetzt die Ruhe schon wieder hergestellt und alle Lager und Parks in Sedan von sicheren Truppen besetzt.

Am Nachmittag erhielten sämtliche Batterien den Befehl, ein Fahrzeug nach Sedan zu schicken, um aus dem Proviantamt Lebensmittel abzuholen. Ehe man es den Franzosen in die Hände fallen lassen wollte, sollte es an unsere Truppen verteilt werden. So brachte am Abend unser Wagen Gries, Kaffee, Zucker, Zigarren, Zigaretten, sogar Butter, Käse und Marmelade.

Unsere Leute, die in Sedan waren, bestätigten die Gerüchte. Es sei in Sedan mit Maschinengewehren geschossen worden, es hätte Tote und Verwundete gegeben. Ein riesiger Pionierpark sei diesseits der Maas, der den Franzosen vollständig in die Hände fallen würde. Ebenso sei es mit den Artilleriewerkstätten. Etwa 100 Geschütze, die dort zur Reparatur gewesen waren, seien bloß über die Maas hinübergefahren worden, um sie zu retten[2]).

---

[1]) Bezeichnung für Österreicher.

[2]) Kurt Raschig hat sein Tagebuch nach dem Kriege umgeschrieben. Aus den beiliegenden Briefen geht aber hervor, daß sachlich gar nichts geändert ist. So auch z. B. an dieser Stelle.

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Im Felde, 7. November 1918

. . . . .

In Kiel sind ja allerlei Revolten gewesen. Dasselbe wird unsere Regierung überall, vor allem hier im Felde, erleben, wenn sie zum Weiterkämpfen auffordert. Für solch zweckloses Blutvergießen sind wir nicht zu haben. So sagt auch unser Hauptmann, der Bataillonskommandeur: „Weiteres Kämpfen ist zwecklos."

Ernst Sauerbrei, Berlin, an den Leiter der Präparandenanstalt Herrn L. Geld in Joachimstal[1])

Berlin, 15. November 1918

[Bericht über Ausbruch der Revolution bei den Maikäfern in Berlin.]

. . . . .

Vom Donnerstag auf Freitag (7./8. November 1918) zog ich auf Wache Kriegsbekleidungsamt in der Lehrter Straße. Ich war bei der 1. Komp., in der sich alle kv-Leute befanden. Unter den Wachmannschaften befanden sich auch einige aus Rußland Heimgekehrte, die dort die Revolution gesehen hatten. Die bolschewistischen Ideen hatten auch auf sie in nicht geringem Maße eingewirkt, und sie ermunterten bei dem Marsche nach der Wache alle unseren Weg kreuzenden fragwürdigen Elemente nur recht bald loszuschlagen hier in Berlin mit dem Hinweise darauf, daß das Militär sofort auf die Seite der Aufrührer treten werde.

. . . . .

Alfred Broßmann an Gustav Schneider in Leipzig

9. November 1918

. . . . .

Mit einem Schlage ist der Glaube an einen bestimmten Frieden gereift. Wenigstens wird stündlich die Einstellung der Feindseligkeiten erwartet. Nochmals einen Umschlag dürften unsere Soldaten an der Front wohl kaum ertragen! Dieselben leben jetzt geradezu in einer Begeisterung und freudiger Erwartung, bald ihre so lang entbehrte und heiß ersehnte friedliche Arbeit wieder aufnehmen zu können. . . . Jetzt gelten bei jedem Anlaß nur noch die Worte: Die paar Tage noch!

---

[1]) Reichsarchiv A VI 2 Ge Nr. 2.

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Saargemünd, 12. November 1918

. . . . .

Die Stadt ist dank unserem entschiedenen frontmäßigen Auftreten, bei dem es nicht ohne Schüsse abging, ruhig wie jede andere Stadt. Den Soldatenrat, der sich hier gebildet hatte und den wir schon lange erkannt haben, er setzte sich aus Halunken zusammen, aus jungen, unerfahrenen Kerlen, die Millionen verschwendet haben, haben wir heute morgen verhaftet. Erschießung wird morgen folgen. Jetzt sind tüchtige Männer an der Spitze, die schon im öffentlichen Leben gestanden haben, die den Kram schmeißen.

. . . . .

Major . . . an Oberstleutnant Noël in Berlin

14. November 1918

Die Umwälzung hier vollzog sich in ruhiger Bahn. . . . Ich reichte meinen Abschied ein, die Division wies ihn zurück, ich sollte das Bataillon bis zur Auflösung behalten. Darauf reichte ich zum zweitenmal ihn ein und begründete das Gesuch, daß ich in meinem Alter den kommenden Anstrengungen nicht gewachsen sei. Draufhin kam der Soldatenrat und bat mich zu bleiben. Wenn ich nicht reiten wolle, könne ich fahren. Für gute Quartiere wollten sie sorgen usw. Daraufhin sagte ich zu; den anderen Tag wurde ich von der Division mit der Führung des Regiments beauftragt. Der frühere, sehr unbeliebte Regimentskommandeur ist ausgeschieden.

. . . . .

Die Umwälzung vollzog sich am 10. d. Mts. Am 13. wollten die Franzosen, wie sich herausgestellt hat, mit 7 Regimentern, alles forsche Kampftruppen, unseren Regimentsabschnitt angreifen. 2000 Tanks waren dazu bereitgestellt.

. . . . .

Gefreiter Ludwig Schröder an seine Eltern

Weilmünster, 18. November 1918

. . . . .

Wir nähern uns doch mit Riesenschritten der Heimat. Unsere Freude ist groß.

. . . . .

Beilage 2

Kriegstagebuch Leutnant d. R. Goverts, Kür. Rgt. 7

Ulm, Sonntag, den 19. November 1918

Dieser Krieg hat doch jede Voraussage auf den Kopf gestellt. Was gestern noch fest, ist heute von der Elementargewalt eines Volkswillens weggefegt. Die ganze Welt steht in Umwälzung. Throne wackeln und Thrönlein fallen... Der deutsche eisenharte, straffe Militärstaat ist gestürzt durch Einwirkung militärischen Drucks eines Haufens amerikanischer Söldlinge. Das deutsche Volkstum steht geschlossen auf und fordert Gleichberechtigung aller Stände, setzt eine Volksregierung ein, setzt die seither regierende Militärklique auf die Seite und stellt das Militär unter den Volkswillen, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben sich gebildet und das alles unter Handstreich ohne jegliche Anarchie.

Register

Adler, Friedrich, österreichischer Sozialist. S. 82.
Alexander III., Kaiser von Rußland 1881—1894. Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm I. 1887. S. 223.
„Alter" s. Junius Alter.
Anschütz, Leutnant d. R. im I.-R. 446. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 284.
„Antinauticus" s. Sachse.
Artelt und Popp, Mitglieder des Kieler Soldatenrates. „Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918." S. 51. 219.
Asquith, Lord, englischer Ministerpräsident 1908—1916, Führer der liberalen Partei. S. 43.

Bach, revolutionärer Obmann, führte den Vorsitz in der Sitzung des „Revolutionskomitees" am 2. November 1918. S. 118.
Balabanoff, Angelica, Sekretärin der Zweiten Internationale, Mitglied der „Berner Internationalen Sozialistischen Kommission". S. 15. 16. 18. 21. 22. 25. 26. 67. 68. 80. 81. 201. 217.
— „Entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution." S. 21.
— „Erinnerungen und Erlebnisse von Angelica Balabanoff." S. 16.
— Friedenskundgebung aus Stockholm 1917. S. 25. 68.
— „Die Zimmerwalder Bewegung 1914 bis 1919." S. 16.
Balburdick, Kriegsbrief. S. 266.
Balder, Siegfried, im Kriege Zivilgefangener in Frankreich; nach der Schweiz ausgetauscht. Publizist. S. 7. 77.
Balfour, Lord, Arthur, englischer Staatssekretär des Äußern. Schiffsbauforderungen Mai 1917. S. 87.
Ball, Hugo, Schriftsteller. S. 129.
Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. S. 98.
Barth, Emil, Volksbeauftragter. S. 28. 30. 50. 117. 119. 121. 122. 125. 168. 202. 203.
Baruch, Kanonier, Kriegsbrief. S. 300.
Bassermann, Kurt, Rittmeister. Kriegsbrief. S. 262. 264.
Baumeister, Herausgeber der „Internationalen Korrespondenz". Vorbereitung der Spartakusbriefe. S. 116.
Bebel, August. S. 151.
Bechly, Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes 1917. S. 103.
Beckmann, Ewald, Schriftsteller in München. Verfasser des Prozeßberichtes der „Süddeutschen Monatshefte" zum „Dolchstoßprozeß" 1925. S. 214.
Beek En Donk, Geschäftsführer der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" im Haag. S. 43. 44.
v. Beerfelde, während des Krieges Hauptmannn in der politischen Abteilung des Generalstabs. S. 32.
Behrens, Franz, M. d. R. (Deutschnationale Vpt.), Führer der Christlichen Gewerkschaften 1917. S. 101.
Benedikt XV., Papst 1914. S. 212.
v. Berchtold, Graf, Leopold, k. u. k. Minister des Äußern 1914. S. 91.
v. Berger, Vortragender Rat im preußischen Innenministerium 1917, Verfasser der Berichte des Ministers des Innern v. Loebell an den Reichskanzler (S. 110 ff.). S. 41.
van den Bergh, Major, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.

Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses, Mitberichterstatter über die Dolchstoßfrage. S. 1. 4. 5. 6. 7. 8. 34. 39. 134. 135. 154. 188. 189. 190. 194. 242. 246.
— Bericht über die Kampffähigkeit der Truppen Oktober 1918. S. 39.
— Entwurf einer Entschließung über die Fragen des Zusammenbruchs. S. 1ff.
— Graf zu Eulenburgs Erwiderung auf die Frage der Beteiligung der USPD an den revolutionären Bestrebungen. S. 4ff.
— Feindliche Propaganda in Bayern. S. 6. 7. 154.
— „Front und Frieden". S. 257ff.
— „Geschichte der politischen Parteien." 1921. S. 34.
— Kriegsbriefe als geschichtliche Dokumente. S. 188. 189. 262ff.
v. Berlepsch, Frhr., früher preuß. Minister für Handel und Gewerbe. S. 109.
Berna, Landsturmmann. Kriegsbrief. S. 278.
Bernstein, Eduard, M. d. R. (Sozialdemokrat, während des Krieges USPD). S. 24. 27. 31.
v. Bethmann Hollweg, Dr., deutscher Reichskanzler 1907 bis 1917. S. 41. 42. 71. 98. 101. 109, 110ff., 113, 114, 155, 172, 247.
— Berichte des preußischen Ministers des Innern an den Reichskanzler. S. 101ff.
— Brief des Freiherrn v. Gebsattel vom 5. Mai 1915. S. 155.
— Kanzlerrede vom 5. Juni 1916. S. 101.
Betzen, Carl, Unteroffizier. Kriegsbrief. S. 327.
Beumer, Dr., Syndikus der Arbeitgeberschaft der Stahl- u. Eisenindustrie 1917. S. 109.
Bewersdorff, Landgerichtsdirektor, Richter im Magdeburger Ebert-Prozeß. S. 240.
Binder, Kriegsberichterstatter. „Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften." 1919. S. 75.
Binding, Rudolf G., Dichter, im Kriege Offizier. „Aus dem Kriege", Feldbriefe. S. 8. 259. 260. 261.
Birk, G., Verlag in München. „Der Dolchstoßprozeß. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes." S. 168.
Birk, Joh., Vizefeldwebel. Kriegsbrief. S. 266. 267.
v. Bismarck, Fürst, deutscher Reichskanzler 1871—1890. S. 38. 76. 98. 222. 223. 224, 321.
— Polen — das französische Armeekorps an der Weichsel. S. 222.
— Zusammenkunft Kaiser Wilhelms I. mit Kaiser Alexander III. 1887: „Il est de l'intérêt des grandes monarchies d'éviter la guerre." „Große Politik der Europäischen Kabinette": 5. Bd. S. 320ff. S. 223. 224.
Bohn, Dr., Verbindungsmann zwischen der „Freien Zeitung" und den „American Friends of German Democracy". S. 77.
Borchardt, Julian, Linksradikaler, Mitglied der sogenannten Lichtstrahlengruppe. S. 14. 32.
Brammer, „Der Prozeß des Reichspräsidenten". 1925. S. 67. 68.
Branting, schwedischer Sozialist. S. 22.
Braß, früher M. d. R. (USPD). S. 118.
Braun, M. d. R. u. L. (Sozialdemokrat), preußischer Ministerpräsident. S. 4. 10. 34. 121. 122.
— Streik Januar 1918. S. 10.
— Verhandlungen wegen der Regierungsbildung mit der USPD am 9. November 1918. S. 121. 122.
Dr. Braun (Franken), M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 4. 34.
Bredt, D. Dr. Dr., Professor, M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied des 4. Unterausschusses, Berichterstatter und Sachverständiger für die Frage der Politik des Reichstages während des Krieges. S. 52. 176.
Breithaupt, Verfasser von „Volksvergiftung 1914—1918". S. 30. 190. 192. 198. 238. 239.
Breitscheid, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USPD). S. 32.
Brose, General, Vertreter des stellvertretenden Generalstabes in der

Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Broßmann, Alfred, Kriegsbrief. S. 332. 333.
Brüninghaus, Konteradmiral a. D., M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses: S. 46. 86. 196. 199. 230 ff. 234. 240. 241. 248 ff.
— Anlage zu seinen Ausführungen vom 12. Oktober 1927: „Auszug aus der Reichstagsrede des Abgeordneten Haase vom 19. Juli 1917". S. 234 ff.
— Zum Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg. S. 196. 197.
— Zum Bericht des Abg. Dr. Rosenberg. S. 230 ff.
— Zum Vorschlag für eine Entschließung „Die Umsturzbewegung in Deutschland". S. 248 ff.
Brüstlein, Dr., Schweizer Rechtsanwalt. S. 129.
Budenberg, Fuhrpark-Kol. 21. Kriegsbrief. S. 322.
v. Büdingen, Graf, Major, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
v. Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler 1900 bis 1909. Bülowblock S. 223.
Burian, Graf, k. u. k. Minister des Äußern seit 1915. S. 313.
v. d. Bussche, Freiherr, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 91.
v. d. Bussche, Freiherr, Major in der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. Waffenstillstandsverlangen der O. H. L. vor dem Reichstag. S. 46.

Cachin, französischer Sozialist. S. 17.
Campbell s. Stuart.
Casement, Sir Roger. S. 38. 82.
Casper, H., Kriegsbrief. S. 308. 326.
Cavell, Edith. S. 72.
Cavour, Graf. S. 38.
Charkow s. Frank.
Churchill, Winston, Erster Lord der Admiralität. S. 214.
Clémenceau, Georges, französischer Premier- und Kriegsminister seit 1917. S. 45. 172. 194. 311.
Cohen-Reuß, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 62. 69. 70.
Cohn, Dr. Oskar, Rechtsanwalt, früher M. d. R. (USPD). S. 22. 23. 24. 25. 27. 31. 34. 61. 69. 81. 91. 162. 202. 204. 205.
— Kronratlegende. S. 22. 91.
— Reichstagsrede vom 22. Februar 1918. S. 81.
— Russisches Geld. S. 31 ff. 69. 202. 204. 205.
— Zimmerwalder und Stockholmer Konferenzen. S. 23—27.
Coßmann, Nikolaus, Professor in München, Kläger im Münchener Dolchstoßprozeß (gegen den Redakteur der „Münchener Post", Gruber). S. 4. 63. 173. 198 ff.
— Urteilsbegründung. S. 63 ff. 125 ff. 199.
Creel, Vorsitzender des amerikanischen „Committee on Public Information"; Buch: „How We Advised American". S. 72. 76. 78. 79.
Cremer, M. d. R. (Deutsche Volkspartei). S. 192.
Cron, Hermann, Major a. D., Oberarchivrat im Reichsarchiv. S. 135. 141. 153. 182.
Croner, Dr., Syndikus. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 281. 300. 330.
Czapski, San.-Vizefeldwebel. Kriegsbrief. S. 329.
Czernin, Graf, k. u. k. Minister des Äußern vom 22. November 1916 bis 14. April 1918. S. 104.

Dänner, General, im Kriege Kommandeur einer Division. S. 305.
Däumig, Ernst, Redakteur, früher M. d. R. (USPD); 1918 revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften, Vollzugsratsmitglied. S. 28. 33. 62. 71. 117. 118. 119. 121. 123. 173.
— Abwehrplan gegen die Revolution schon vor deren Ausbruch im Besitz Däumigs. S. 173.
— Rede am 19. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. S. 123.
David, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 27. 176.

Davidsohn, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). Zeuge im Magdeburger Ebert-Prozeß. S. 31. 68. 201.
Delbrück, Hans, Dr., Professor, Geheimrat, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 47. 64. 97.
Descher, Obergefreiter. Kriegsbriefe. S. 299. 307.
Deutelmoser, Ministerialdirektor, Vertreter des Auswärtigen Amts in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Diffené, Heinrich, Hauptmann. Kriegsbrief. S. 264.
Dittmann, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USPD), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 4. 7. 8. 9. 11. 15. 21. 22. 24. 33. 84. 118. 119. 122. 155. 160. 161. 189ff. 196. 197. 198. 199. 202. 205. 206. 217. 218. 219. 238. 247—253.
— Breithaupts Persönlichkeit. S. 190.
— „Dolchstoß", zur Entstehungsgeschichte der Wortbildung. S. 194.
— Zur Rede des Abg. Grafen zu Eulenburg. S. 189 ff.
— Eintritt in die Regierung. S. 122.
— Gothaer Parteitag 1917. S. 11.
— Gründe des Zusammenbruchs. S. 195.
— Haase. S. 193.
— „Leipziger Volkszeitung" in der französischen Propaganda. S. 194.
— „Manifest an das deutsche Proletariat" vom Zentralkomitee der USPD, September 1918. S. 33.
— Minsters Lebenslauf. S. 190ff.
— Reichstagsrede vom 7. Juni 1917. S. 160.
— Sitzung des Revolutionskomitees am 2. November 1918. S. 84. 118. 119.
— „Stahlhelmzeitung" vom 26. Juni 1927 zum militärischen Zusammenbruch. S. 195.
— Stockholmer Konferenz 1917. S. 24.
— Verhandlung mit Ebert über den Abschluß des Waffenstillstandes. S. 253.
— Zum Vorschlag für eine Entschließung „Die Umsturzbewegung in Deutschland". S. 247 ff.
Dolff, Gefreiter, Kriegsbrief. S. 283.
Dorsch s. Lewin.
Dreiling, Pater: „Das religiöse und sittliche Leben der Armee." 1926. S. 37. 93.
Drechsler, Leutnant. Kriegsbrief. S. 284.
Drews, Dr., preußischer Minister des Innern 1917. S. 109.
Duncker, Käte, Vertreterin der USPD auf der Stockholmer Konferenz. S. 24. 25.
Dubslaff, Schütze. Kriegsbrief. S. 288.
Dürr, Willy, Kriegsbrief. S. 263.

v. Eberhard, General. S. 306.
Ebert, Friedrich, M. d. R. (Sozialdemokrat), seit 6. Februar 1919 Reichspräsident. S. 5. 10. 31. 46. 56. 66. 67. 68. 96. 119. 121. 122. 152. 153. 170. 174. 176. 200. 202. 213. 225. 226. 237. 238. 240. 253.
— Bei Ausbruch der Revolution. S. 121. 122.
— Beratung über die Waffenstillstandsbedingungen. S. 253.
— Bündnis mit Groener. S. 174. 213.
— Fühlungnahme mit der USPD. S. 5.
— Magdeburger Prozeß. S. 31. 66. 67. 68. 240.
— Offiziere und Freikorps. S. 56.
— Reichstagsrede vom 3. Juli 1917. S. 152. 153.
— Reichskanzler. S. 119. 176. 200.
— Streik, Januar 1918. S. 10. 170. 238.
— Todesursache. S. 202. 225. 226. 237.
— Waffenstillstandsforderung der O. H. L. S. 46.
Eckert, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften, Vollzugsratsmitglied. S. 117.
Eggert, Vizefeldwebel. Kriegsbrief. S. 291.
Eichhorn, Emil, M. d. R. (USPD, seit 1920 Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses. Berichterstatter über die Dolchstoßfrage. Gestorben am 26. Juli 1925, an seine Stelle trat Abg. Dr. Rosenberg. S. 32.
v. Eichmann, Geheimer Oberregierungsrat, Vertreter der Reichskanzlei in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Eisner, Dr. Kurt, 1918/19 bayerischer Ministerpräsident, sozialdemo-

kratischer Redakteur; auf der „Internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Konferenz“ in Bern Februar 1919 Delegierter der USPD. S. 4. 10. 12. 28. 51. 201.

Engels, Sozialist. S. 53. 236. 249. 250. 252.

v. Erffa, Präsident des preußischen Landtages 1912. S. 71.

Erzberger Matthias, M. d. R. (Zentrum), Okt. 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille, Leiter der Zentrale für Heimatdienst. S. 38. 47. 55. 143. 150. 253. 314.

Escherich, Dr., Forstrat. S. 51.

— „Escherichheft“ Nr. 1. S. 40.

Eulenberg, Herbert, Schriftsteller. S. 62.

zu Eulenburg, Botho, Graf, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses, Mitberichterstatter über die Dolchstoßfrage. S. 4 ff. 24. 55. 59 bis 72. 77—82. 89—91. 162. 189. 190. 192. 194—198 ff. 206. 215—219. 222. 225. 226. 238—242. 246. 250—252. 254.

— „Arbeitsgemeinschaft“ der Opposition 1916. S. 13.

— Aussprache über die Dolchstoßfrage (Fortsetzung). S. 4 ff.

— Dittmanns Erwiderung auf seine Ausführungen. S. 189 ff.

— Dolchstoßprozeß in München. S. 4. 198 f.

— „Der erste politische Streik im Deutschen Reich“ 1919. S. 4. 10.

— Feindliche Propaganda in Bayern. S. 6. 7.

— Flugblattpropaganda während des Krieges. S. 20.

— „Freie Zeitung“ in Bern. S. 7 ff.

— „Friedenskundgebung aus Stockholm“ 1917, zur Entstehungsgeschichte des Manifestes. S. 25 ff.

— Gothaer Parteitag 1917. S. 11. 13.

— Gruppen innerhalb der sozialistischen Opposition. S. 13. 14.

— Dr. Herz zu den Ausführungen des Abg. Grafen zu Eulenburg. S. 59 bis 93.

— „Internationale Korrespondenz“, Artikel vom 19. August 1917. S. 22, und vom 4. Januar 1918. S. 30.

zu Eulenburg (Fortsetzung):

— Kienthaler Konferenz. S. 17.

— Klassenkampf während des Krieges. S. 15.

— Kriegskredite. S. 8. 9.

— „Manifest an das deutsche Proletariat“ vom Zentralkomitee der USPD. S. 33. 34.

— Nürnberger Streikflugblatt vom 28. Januar 1918. S. 10.

— Zur Quellenkritik. S. 8.

— Revolutionäre Bewegung der SPD und USPD im Kriege. S. 4 ff.

— Russische Propaganda in Deutschland 1917/18. S. 27. 28. 32.

— Sowjetbotschaft in Berlin und USPD 1918. S. 31 ff.

— Stockholmer Konferenz 1917. S. 22 ff.

— Streik Januar 1918. S. 10. 28 ff.

— Vorstandsbericht vom Weimarer SPD-Parteitag 1919. S. 10.

— Wallraf im Reichstag am 26. Februar 1918 über die Verbreitung der revolutionären Propaganda. S. 27. 28. 29. 30.

— Zimmerwalder Bewegung. S. 13 ff.

zu Eulenburg - Hertefeld, Philipp, Fürst. S. 62.

v. Falkenhayn, Generaloberst, preußischer Kriegsminister, Chef des Generalstabes des Feldheeres vom 9. Dezember 1914 bis 1916. S. 235.

Fernau, Mitarbeiter der „Freien Zeitung“. S. 7.

Fischer, Dr., Generalsekretär des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Sachverständiger im „Münchener Dolchstoßprozeß“. S. 246. 253.

Fleißner, M. d. sächs. L. (USPD). S. 12. 17. 151. 158. 162. 163. 165. 166. 169. 171. 175.

— Annullierung der Kriegsanleihen, Landtagsrede vom 27. November 1917. S. 171.

— Bekenntnis zur Revolution, Landtagsrede vom 28. November 1917. S. 157. 158.

— Hinweise auf die nahende Revolution in den Landtagsreden vom 16. Mai 1917. S. 175.

3. Juli 1917. S. 165. 166. 169.
5. November 1918. S. 162. 163.
Foch, Marschall, Generalissimus der französischen Armee, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen seit 22. März 1918.
— Armeebefehl vom 9. November 1918. S. 87.
— Armeereserven. S. 308.
— Vormarsch an den Rhein. S. 88. 178.
— Zu den Waffenstillstandsbedingungen. S. 88. 89.
Foß, Konteradmiral: „Enthüllungen über den Zusammenbruch." 1919. S. 57.
Franck-Charkow, russischer Professor, Arzt. Bericht über die Wirkungen des Hungers in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift", 49. Jahrg., Nr. 19. S. 228.
Francke, Professor an der Harward-Universität. S. 78.
Franke, Verlag, Herausgeber einer Sammlung der „Spartakusbriefe". S. 9.
Fräßdorf, M. d. sächs. L. (Sozialdemokrat). Androhung der Revolution. S. 157. 158. 175. 176.
Freese, Ernst, Funker, Kriegsbriefe. S. 316. 324. 328. 329.
Freyermuth, Karl, Kriegsbrief. S. 270.
Fricke, Karl. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 262. 285. 290. 299. 310. 317.
Friedrich der Große. S. 231.
Friedrich, Großherzog von Baden. S. 95.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 1840—1861. S. 42. 73.
Fryatt, englischer Kapitän. S. 72. 113.
Frühauf, Erich, Vizefeldwebel. Kriegsbrief. S. 307.

v. Gebsattel, Freiherr, Mitglied des Alldeutschen Verbandes. S. 71. 83.
Gerard, amerikanischer Botschafter in Berlin. Zu den Greuellegenden. S. 92.
Gerhäuser, G., Sergeant, Kriegsbrief. S. 283.
Gettmann, Hans. Kriegsbrief. S. 279. 285.
Goverts, Leutnant d. R. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 313. 321. 323. 326. 335.
Gowen, amerikanischer General. S. 89.
Graeber, Dr., Oberregierungsrat, Vertreter des Kultusministeriums in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Grau, Major, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Gregory, Professor der Theologie in Leipzig. S. 285.
Grelling, Richard. S. 129.
Grimm, Robert, Schweizer Nationalrat, Mitglied der „Berner Internationalen Sozialistischen Kommission". S. 16. 17. 22. 67. 68. 201.
Groener, Generalleutnant, Leiter des Kriegsamtes, seit 28. Oktober 1918 Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 8. 9. 52. 55. 65. 66. 90. 95. 109. 174. 200. 213. 221.
— Abmachungen mit Haase. S. 9.
— Bündnis mit Ebert. S. 95. 174. 213. 221.
— Entfernung aus dem Kriegsamt. S. 52. 55. 109.
— Möglichkeit des Weiterkämpfens. S. 90.
— Verhalten des Kabinetts Ebert-Scheidemann Weihnachten 1918. S. 65. 66. 200.
Groppe, Major, Kriegstagebuch des II. Btls. Gren. Rgt. Nr. 1. S. 310.
Grumbach, Salomon, sozialdemokratischer Journalist (Elsässer), Verfasser von: „Das annexionistische Deutschland". S. 7. 17. 21.
Grünberg, Professor, früher an der Universität Wien, jetzt Frankfurt, Herausgeber des „Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung". S. 16. 25. 201.
Gsell, Silvio, „Edelkommunist". S. 51.
Gugelmeier, Dr., Oberbürgermeister von Lörrach, M. d. R. (Nationalliberal). S. 115.

Gugelmeier (Fortsetzung):
— „Das schwarze Jahr". S. 37. 39. 40. 41. 46—48. 57. 58. 59. 93. 94. 115.
Gunßer, M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 93.

Haase, Hugo, Rechtsanwalt, M. d. R. (Führer der USPD). S. 7. 8. 9. 14. 17. 23. 24. 25. 27. 31. 32. 95. 118. 119. 122. 152. 156. 162. 163. 176. 191. 192. 193. 203. 204. 205. 221. 233. 234 ff. 248. 249. 252.
— Bei Ausbruch der Revolution. S. 8. 118. 119. 122.
— Reichstagsreden: vom 30. März 1917. S. 156.
vom 19. Juli 1917. S. 233. 234. 235. 248. 249. 252.
vom 23. Oktober 1918. S. 95. 162. 176. 193. 221.
— Streik Januar 1918. S. 9.
— Verbindung mit der russischen Sowjetbotschaft 1918. S. 31. 203. 204.
— Zimmerwalder Bewegung. S. 17. 23. 24. 25.
Häberle, Ulrich, Schütze. Kriegsbrief. S. 300.
Hackelsberger, Soldatenrat in Lörrach, Aufruf „An die Bevölkerung von Lörrach" 15. November 1918. S. 57. 58. 115.
Häfner, Ersatzreservist. Kriegsbrief. S. 315.
v. Haeften, Oberst, Leiter der militärischen Nachrichtenstelle des Auswärtigen Amts. S. 44. 130.
Hagedorn, Schriftsteller. S. 78.
Hagemann, Karl, Hauptmann d. R. „Mit der fliegenden Division" 1915. S. 39. 40.
Hanetzky, Vertreter der Bolschewiki auf der Stockholmer Konferenz 1917. S. 24.
Haenisch, Konrad, Sozialdemokrat, preußischer Kultusminister 1918 bis 1921. S. 160.
Hansi, Elsässer, Maler und Schriftsteller, veröffentlichte mit Tonnelat: „A travers les lignes ennemies". S. 6. 200. 206.
Hanssen, früher M. d. R. (Däne). S. 32. 37. 38. 93.
Happach, Landsturmmann. Kriegsbrief. S. 324.
Hardenberg, Fürst, preußischer Staatskanzler, gest. 1822. S. 111.
Hari, s. Mata Hari.
v. Hartmann, Kardinalerzbischof in Köln. S. 213.
Haußmann, Konrad M.d.R. (Fortschrittliche Volkspartei), Okt 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 95. 263. 265. 266.
Heckert, M. d. R. (Kommunist). S. 12. 118.
Heilmann, Leiter der „Internationalen Pressekorrespondenz". S. 30.
— Kronratlegende. S. 22.
Heine, Wolfgang, Rechtsanwalt, M. d. R. (Sozialdemokrat), nach der Revolution preußischer Innenminister. S. 202. 205.
Helfferich, Dr. Karl, Staatssekretär des Reichsschatzamtes, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers. S. 109. 159. 191.
— U-Bootkrieg. S. 90.
— Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß. S. 69.
— „Weltkrieg". S. 52.
Helphand, s. Parvus.
Henke, M.d.R. (SPD, früher USPD). S. 19. 29. 120.
v. Hertling, Graf, deutscher Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918. S. 314. 315.
v. Hertzberg-Lottin, Landrat a. D., M. d. H. S. 44. 113. 114.
Hervé, Gustave, französischer Sozialist. S. 15.
Herz, Ludwig, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 6. 8. 9. 10. 11. 35 ff. 65. 134. 143. 147. 163. 165. 174. 177. 178. 198. 200. 201. 202. 205. 206.
— „Abdankung". Broschüre. S. 91.
— „American Friends of German Democracy". S. 77 ff.
— Die amerikanische Armee 1918. S. 86 ff.
— Anlagen zu seinen Ausführungen. S. 97 ff.
— Auslandspropaganda. S. 72 ff.
— Cohn im Reichstag am 22. Februar 1918. S. 81.
— Der deutsche Diktator. S. 45.
— Zur Ergänzung seines Gutachtens (Heimat und Umsturz). S. 35 ff.

Herz (Fortsetzung):
— Erlaß des preußischen Kultusministers vom 3. April 1917. S. 37.
— Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Grafen zu Eulenburg. S. 63—69. 70 ff.
— „Freie Zeitung" und ihre Mitarbeiter. S. 77.
— Hanssens Tagebuchveröffentlichungen. S. 38.
— Kaiserfrage. S. 91 ff.
— Kriegsziele. S. 42 ff. 50. 61. 83.
— Kronratslegende. S. 90. 91.
— Lage an der Front und Stimmung in der Heimat. S. 47.
— Leichenverwertungslegende. S. 75.
— „Oberster Kriegsherr", zur Entstehungsgeschichte des Titels. S. 76.
— Offiziere und Revolution. S. 55 ff.
— Pazifisten. S. 60.
— Preußische Wahlrechtsreform. S. 41. 42. 53.
— Professorendenkschrift. S. 61.
— Quellen und Quellenkritik. S. 36ff.
— Radikale. S. 50 ff.
— Das „Recht auf Revolution". S. 81. 82. 83.
— „Revolutionär" — Begriffsbestimmung. S. 48.
— Die Russische Revolution im Lichte eines russischen Diplomaten (Rosen). S. 96.
— Soldatenräte. S. 57 ff.
— Sozialdemokraten. S. 47 ff. 70.
— Spartakisten. S. 84 ff.
— Spartakusbriefe. S. 60.
— Stimmung an der Front. S. 59.
— Telegramm an Wilson anläßlich der Verbrennung Löwens. S. 75.
— Transportkrise auf amerikanischer Seite nicht nachweisbar. S. 87. 88.
— Übertreibungen in den militärischen Berichten. S. 75.
— USPD. S. 206.
— Verfügung der Regierung von Marienwerder vom 14. Februar 1918, betreffend Unterbringung von Kindern auf dem Lande. S. 36.
— Zum Waffenstillstandsverlangen. S. 46. 47. 88. 89.
— War Weiterkämpfen möglich? S. 89. 90.
Herzfeld, Dr., M. d. R. (USPD). S. 12. 19. 24. 29. 120. 162.
v. Heydebrand und der Lasa, Dr., M. d. R. u. d. L. (Konservativer). Frontbesuch (in Kronprinz Wilhelm: „Erinnerungen", S. 219). S. 47.
v. Heydekampf, Bataillonsführer. Kriegstagebuch. S. 287.
Heye, Professor, Verfasser der Berichte des „Bureaus für Sozialpolitik". S. 40. 71.
Hillebrand, Professor der Universität Breslau. S. 42.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef der OHL, Reichspräsident. S. 56. 112. 221. 254. 285. 303. 308.
— Hindenburgerlaß 1917. S. 109.
— Hindenburg-Programm. S. 52. 231.
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften. S. 101. 109.
Hitler. S. 80.
Hobohm, Dr. Professor, Reichsarchivrat, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 35. 133. 147. 253.
Hoch, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 158. 159.
Hofer, früher M. d. L. (Sozialdemokrat). Vertreter der USPD auf der Stockholmer Konferenz 1917. S. 24.
Hoffmann, Adolf, M. d. R. u. d. L. (USPD). S. 16. 17. 71. 80. 162. 217. 218. 219.
— Berner Konferenz, 11. Juni 1915. S. 16.
— Kienthaler Konferenz, 24. bis 30. April 1916. S. 17.
— Landtagsrede vom 1. März 1912. S. 31.
— Manifest der „Internationalen Sozialistischen Kommission" („Proletarier Europas!") September 1915. S. 16.
— Zimmerwalder Bewegung. S. 218ff.
Hoffmann, Schweizer Bundespräsident. S. 67.
Hoffmann, Generalleutnant, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost. S. 60.
Höglund. S. 25.
Holst, Henriette Roland. S. 190.
Hölz, Führer der kommunistischen Bewegung im sächsischen Vogtland. S. 186.
House, Oberst, Freund und Mitarbeiter Wilsons.

House (Fortsetzung):
— „Erinnerungen". S. 72.
— Interview der „United Preß" 1925. S. 88.
Huidekoper, amerikanischer Oberst. S. 86. 89.
Ickler, früher M. d. R. (nationalliberal), Arbeitervertreter der Nationalliberalen. S. 52.

Jahn, H., Reservist. Kriegsbrief. S. 301.
Jermansky. S. 25.
v. Jacobi, Landrat, Vertreter des Reichsamts des Innern in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
v. Jagow, Polizeipräsident von Berlin. S. 39.
v. Jagow, Dr., Staatssekretär des Äußern 1913 bis November 1916. S. 74.
Jaurès, Jean, französischer Sozialist. S. 126. 236.
Joffe, Botschafter der russischen Sowjetrepublik in Berlin 1918. S. 31. 34. 69. 202. 204. 205.
Johnson, Vorsitzender des amerikanischen Repräsentatenhauses. S. 86.
Joos, M. d. R. (Zentrum), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 70. 197. 207ff. 219. 222. 230. 232. 233. 234. 238. 250.
— Zur Entschließung „Die Umsturzbewegung in Deutschland". S. 250. 251.
— Kriegswirtschaft. S. 210ff.
— Preußische Wahlrechtsreform. S. 213.
— Psychologische Ursachen des Zusammenbruchs. S. 207ff.
— Zensur. S. 213.
— Zivilgewalten und Generalkommando. S. 212. 213.
Judd, Professor in Chikago. S. 76.
„Junius Alter". Deckname des Verfassers der Broschüre „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode". S. 71.

Kahn, Otto H., Mitinhaber des New Yorker Bankhauses Kuhn, Löb & Co. S. 7. 64. 78. 79. 200.
— „Ein Amerikaner deutscher Geburt und der Krieg", im Almanach der „Freien Zeitung", Bern 1918. S. 200.
Kahn (Fortsetzung):
— „Friends of German Democracy" S. 7. 64. 65. 200.
— Rede für die Freiheitsanleihe in der New York Merchants Association abgedruckt in der Londoner „Morning Post" und von England aus unter dem Titel „The Prussian abomination" als Broschüre verbreitet. S. 78.
Kapp, Dr., Generallandschaftsdirektor in Königsberg, mit Tirpitz Begründer der Vaterlandspartei, Urheber des Kapp-Putsches März 1920. S. 71. 80.
Kater, Vorsitzender der Syndikalisten. S. 50.
Katzenstein, Schriftsteller, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 147.
Kautsky, sozialdemokratischer Schriftsteller, unter der Novemberregierung 1918 Beigeordneter des Staatssekretärs des Äußern. S. 13. 23. 24. 27. 162.
Kautz, Heinrich, Volksschullehrer: „Im Schatten der Schlote." S. 211.
Kempkes, M. d. R. (Deutsche Volkspartei). S. 192.
Kerenski, russischer Ministerpräsident nach der ersten Revolution (Mai bis November 1917); seit der Sowjetherrschaft als Flüchtling in Paris. S. 27. 249.
Kieslich, Arbeiterrat in Lörrach. S. 57. 58. 115.
Kilper, Arthur. Kriegsbrief. S. 296.
Kliewer, Hauptmann d. R., Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Knoll, Zeuge im Barmatprozeß. S. 190.
Koch, Pfarrer, M. d. L. (Deutschnationale Volkspartei). S. 239.
Krüger, Franz; während der Regierung der Volksbeauftragten Eberts Sekretär. S. 11.
v. Kuhl, General d. Inf., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 46. 63. 134. 188. 215. 221.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918. S. 312.

Kulenkampff, Dr., M. d. R. (Deutsche Volkspartei). S. 241.
Künstler, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USPD). S. 197.
Kußmann, Zeuge im Barmatprozeß. S. 190.
Lambach, Walter, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei). S. 147. 211.
Landauer, „Edelkommunist". S. 51.
Landsberg, M. d. R. (Sozialdemokrat), Volksbeauftragter. S. 122. 181.
Lange, Friedrich. S. 42.
Lansing, amerikanischer Staatssekretär des Äußern seit Mai 1915. S. 94.
Lassalle, sozialistischer Führer. S. 76.
Lawrenz, Carl, Wehrmann. Kriegsbriefe. S. 296. 298.
Ledebour, früher M. d. R. (USPD). S. 4. 8. 12. 14. 16. 17. 19. 24. 25. 26. 27. 29. 30. 31. 33. 62. 80. 81. 84. 117ff. 122. 125. 162. 217. 218. 219.
— Flugblatt „Proletarier Europas". S. 16ff. 25ff.
— Gothaer Parteitag. S. 12.
— Auf dem Kongreß der A.- u. S.-Räte, 17. Dezember 1918. S. 29. 117ff.
— „Der Ledebour-Prozeß." S. 19. 29. 33. 81. 84. 125.
— „Können Revolutionen gemacht werden?" S. 125.
— Verbindung mit der Sowjetbotschaft in Berlin 1918. S. 31.
— Vorgeschichte der Revolution, dargestellt im „Ledebour-Prozeß". S. 84.
— In der Zimmerwalder Bewegung. S. 4. 16ff. 26ff. 217ff.
Legien, früher M. d. R. (Sozialdemokrat), Vorstandsmitglied der Generalkommission der Gewerkschaften. „Internationale Pressekorrespondenz." S. 30. 116.
Leiffmann, Geheimrat. S. 109.
Lenin, Führer der bolschewistischen Bewegung in Rußland. S. 15. 32. 49. 83.
Lentsch, Paul, Prof. Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 5.
Levi, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). Übertritt zur USPD 1920. S. 190.
Lewinsohn, Vorsitzender des Soldatenrats der 4. Armee. S. 124.
Lewald, Dr., Unterstaatssekretär, Vertreter des Reichsamts des Innern in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Lewin-Dorsch, Mitarbeiter der „Freien Zeitung". S. 7.
Lichnowsky, Fürst, Botschafter in London von 1912 bis zum Kriegsausbruch. S. 38. 79. 91.
Liebknecht, Dr., Karl, früher M. d. R. (SPD, später „wild"). S. 8. 14. 15. 19. 20. 82. 85. 118. 119. 120. 121. 122. 126ff. 217. 218.
— Eingaben:
An das Königl. Kommandanturgericht vom 8. Mai 1916. S. 126.
An das Königl. Kommandanturgericht vom 23. August 1916. S. 127.
An das Königl. Gouvernementsgericht vom 3. September 1916. S. 128.
— In der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 16. März 1916. S. 126.
— „Das Zuchthausurteil." S. 128.
Liesching, M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 55.
Liman, Paul, Schriftsteller (Freikonservativer). S. 229.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 45. 47. 88. 160. 172. 311.
v. Loebell, preußischer Minister des Innern bis 1917.
— Berichte an den Reichskanzler. S. 110ff.
— Preußische Wahlrechtsfrage. S. 41.
Lorenz, Ernst. S. 20. 21.
Ludendorff, Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 45. 46. 49. 83. 85. 89. 108. 150. 195. 231. 285. 289. 329.
— „Meine Erinnerungen." S. 45. 108.
— „Urkunden der O. H. L." S. 49.
Ludwig, Leutnant. Kriegsbrief. S. 292.
Ludwig, Dr. Emil: „Wilhelm II." S. 92.
Ludwig III., König von Bayern. Rede im bayerischen Kanalverein. S. 61.

Luts, Landsturmmann. Kriegsbrief. S. 279.
Luxemburg, Rosa, Führerin des Spartakusbundes. S. 12. 15. 31. 85. 97. 122. 217.

Mai, Paul, Kriegsbrief. S. 267. 277.
Mancini. S. 38.
v. Mann, Ritter, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts seit August 1918. S. 223.
v. Manthey, Oberst beim Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps, Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 168. 172.
Mantoux, Paul, französischer Dolmetscher bei der Interalliierten Kommission. S. 88.
Marcellin, L., Mitglied der „Action Française". S. 78.
Marchlewsky, Dr., Volkswirt bei der russischen Sowjetbotschaft in Berlin 1918. S. 31.
Maercker, Generalmajor. S. 57. 59.
Markowska, Kanzleiangestellte der russischen Sowjetbotschaft in Berlin 1918. S. 31.
Marx, Karl. S. 53. 247 ff.
Mata-Hari, Tänzerin. S. 73.
Matschabelli, Prinz, Anwärter auf die georgische Krone. S. 38.
Maurice, englischer General. S. 57. 89. 194.
Max v. Baden, Prinz, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 9. November 1918. S. 3. 44. 46. 95. 108. 120. 121. 122. 172. 176. 320. 321.
— Brief über die Wirkung des Waffenstillstandsverlangens der O. H. L. im Reichstag. S. 46.
— Brief vom 15. Oktober 1918 an den Großherzog von Baden: ich hoffe, den Kaiser zu retten. S. 95.
Maxe, Jean, „De Zimmerwald au Bolschéwisme ou le Triomphe du Marxisme Pangermaniste". S. 81.
Mehring, Dr., Sozialist. S. 31.
Meinhardt, Vizewachtm. Kriegsbrief. S. 282.
v. Meiß, Oberst, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Mendelssohn & Co., Berliner Bankhaus. S. 69.
Merk, Vizewachtmeister. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 263. 269. 271 276. 289.
Messingham, Redakteur der „Nation". S. 44.
Meyer, Dr. Ernst, Mitglied des Spartakusbundes. S. 121.
— „Spartakusbriefe". S. 80. 84. 115. 116.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 107. 274.
Michelet, französischer Geschichtsschreiber, gest. 1874. Der „Dolchstoß" der Vendée. S. 194.
Miljukow, Professor, russischer Staatsmann. S. 49.
Minster, Redakteur, Mitglied der USPD. S. 7. 190 bis 193. 238. 239.
Möhring, Pastor. S. 101.
Morgari, Italiener, Mitglied der „Berner Internationalen Sozialistischen Kommission." S. 16.
Moses, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 147. 176. 225 ff. 233. 237. 249.
— Zur Ernährungslage. S. 226 ff.
— „Hungersperre," Sonderheft der „Süddeutschen Monatshefte". S. 227.
— Zu Eberts Tod. S. 225. 226. 237.
— Zum Zusammenbruch. S. 229.
Mougost, Graf, Chef des französischen Propagandadienstes in der Schweiz. S. 129.
Mühsam, Dr., „Edelkommunist" S. 51.
Müller, Dr., Rechtsanwalt in Plauen. S. 190.
Müller, Dr., August, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, später Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt. S. 91.
Müller Hermann, M. d. R. (Führer der SPD), Reichskanzler 1919, Außenminister 1920. S. 10. 28. 30. 66. 86. 201.
Müller, Richard, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften, Vollzugsratsmitglied. S. 28. 51. 62. 84. 168.

Müller (Fortsetzung):
— Rede am 16. Dezember 1918 auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. S. 116. 117.

Naine, Charles, Schweizer, Mitglied der „Berner Internationalen Sozialistischen Kommission". S. 16.
Napoleon I. S. 44.
Napoleon III. S. 38.
Neter, Dr. Eugen, Nervenarzt. S. 37. 229.
Neuendorf, Vollzugsratsmitglied. S. 117.
Neumann, Landsturmmann Res. I. R. 9. Kriegsbrief. S. 264.
Nicolai, Oberstleutnant, Leiter der Abteilung IIIb beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 75. 130.
Niemann, Oberstleutnant, Schriftsteller. „Die Entthronung Kaiser Wilhelms II.", eine Entgegnung auf die Broschüre von Dr. Herz: „Abdankung". S. 91.
Nitti, italienischer Minister. S. 43. 92.
Nobs, Schweizer Sozialist. S. 26.
North, Landsturmmann. Kriegsbrief. S. 265.
Northcliffe, Lord, englischer Propagandaminister während des Krieges. S. 166.
Noske, früher M. d. R. (Sozialdemokrat).
— Kiel. S. 219.
— Über Artelt. S. 51.
— Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918. S. 95.

v. Oppen, Polizeipräsident von Berlin 1916. Stimmungsberichte des Polizeipräsidenten von Berlin an das Oberkommando in den Marken. S. 39. 97ff.
Oertel, früher M. d. R. (konservativ). S. 110. 183.
Osmers, Unteroffizier. Kriegsbrief. S. 275.

Page, Walter H., während des Krieges Botschafter der Vereinigten Staaten in London. S. 72.
Paléologue, Maurice, seit 1913 französischer Botschafter in Petersburg. S. 49.
Pannekoek, Anton, radikaler holländischer Sozialist. S. 190.
Parvus (Deckname für Helphand), Dr., sozialistischer Schriftsteller in Berlin. S. 11.
Paschke, Unteroffizier. Kriegsbrief. S. 294.
v. Payer, M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Stellvertreter des Reichskanzlers 1917/18. S. 11. 315.
Payot, Schweizer Verlag. S. 129.
Perewerseff, russischer Sozialrevolutionär. S. 27.
Pershing, General, im Kriege Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen. S. 86.
v. Pestalozza, Graf, Rechtsanwalt im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 4. 63. 64. 200.
Petersen, R., Reservist. Kriegsbrief. S. 264.
Pfaff, Hauptmann, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses seit 1924. S. 1 ff. 38. 133 ff. 189. 207. 208. 209. 210. 211. 213. 215. 216. 219. 220. 221. 224. 226. 228. 231. 237. 239. 241. 242 ff. 250. 253. 254.
— Agitation für Zusammenbruch und Umsturz. S. 147. 148.
— Das „Alte System". S. 146. 147.
— Anlagen zu seinen Ausführungen. S. 182:
— Arbeiter- und Soldatenräte „eine sklavische Nachahmung Rußlands". S. 167.
— Auszüge aus den Tagebüchern von Hanssen. S. 38.
— Bewegung für den Frieden. S. 149ff.
— Beratung einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. S. 242ff.
— Einflüsse des feindlichen Auslandes. S. 165ff.
— Ende der Monarchie. S. 174.
— Ernährungslage; Denkschrift des

Philipp (Fortsetzung):
Reichsgesundheitsamtes vom 16. Dezember 1918. S. 137ff.
— Folgen des Umsturzes für Waffenstillstand und Frieden. S. 177.
— Hungerblockade. S. 139.
— Inhaltsübersicht zu seiner Ausarbeitung über die Zusammenfassung der Untersuchungen über die Dolchstoßfrage. S. 133. 134.
— Kriegsmißstände. S. 144ff.
— Linksradikale. S. 164. 165.
— Magdeburger (Ebert-) Prozeß. S. 239. 241.
— Materielle Erschöpfung. S. 136.
— Militarismus. S. 145. 146.
— Organisation des Umsturzes und seine Kampfmittel. S. 167 ff.
— Ostgrenze. S. 215. 221.
— Predigt des Pfarrers in Neumünster bei Zürich am 7. Oktober 1916: „Ihr Schweizer seid Deutsche." S. 142.
— Zur Quellenkritik. S. 135.
— Risiko des Bürgerkrieges. S. 173. 174.
— Scheidung der sozialistischen Parteien. S. 152. 180. 181. 219.
— Schlußbetrachtungen. S. 178ff.
— Schwäche der Regierungen. S. 171ff.
— Sozialdemokratie. S. 151ff.
— Umstellung auf den Krieg. S. 144. 145.
— USPD. S. 160ff. 219.
— Verluste an Menschen. S. 139ff.
— Versagen der Abwehr gegen den Umsturz. S. 171.
— Vorbemerkung zu seinen Ausführungen. S. 134ff.
— Vorschlag einer Verhandlungsgrundlage für eine Entschließung „Die Umsturzbewegung in Deutschland". S. 242ff.:
— Wandlung der Kriegsstimmung. S. 140ff.
— „Zusammenbruch" und „Umsturzbewegung", Begriffsbestimmung. S. 135.
— Zusammenfassung der Untersuchungen über die Dolchstoßfrage. S. 133ff.
Pietschmann, Kanonier. Kriegsbrief. S. 283.
Pinnow, Leutnant. S. 303.
Plenge, Dr. Johann, Universitätsprofessor in Münster. Schreiben vom 2. Juni 1926 an den 4. Unterausschuß. S. 160.
Popp s. Artelt.
Pribilla, Peter: „Les Nouvelles Réligieuses" vom 1. Mai 1919. S. 111.
— „Stimmen der Zeit." S. 37. 59. 111.
Purlitz, Friedrich: „Deutscher Geschichtskalender." S. 202. 204.

Quidde, Dr. Ludwig, Professor, M. d. Nationalversammlung (Demokrat), Pazifist. S. 61. 209.

Radek, Karl, Linksradikaler. S. 14. 15. 24. 25. 27. 202. 205.
— „Bote der russischen Revolution", bolschewistische Propaganda von Stockholm aus. S. 24.
— Russisches Geld. S. 202. 205.
— Vertreter der Bolschewiki auf der Stockholmer Konferenz 1917. S. 24ff.
zu Rantzau, Graf, Kammerherr. S. 130.
Raschig, Kurt, Unteroffz., Kriegsbriefe. S. 278. 280. 284. 292. 298. 302. 305. 315. 317. 324. 327. 330.
— Kriegstagebuch. S. 332.
Rausch, Bernhard, sozialdemokratischer Redakteur in Kiel. S. 37. 51.
Rauscher, Ulrich, Schriftsteller. S. 58.
Rehm, Karl, Unteroffizier. Kriegsbrief. S. 273.
Reichenbach, Oberleutn. Kriegsbrief. S. 293. 296.
Reichpietsch, Obermatrose auf „Friedrich der Große". S. 51.
Reif, Hans. Kriegsbrief. S. 297.
Reif, Wilhelm. Kriegsbrief. S. 276. 303.
Rein, Professor. S. 196.
Reinmann, Ludwig, Gefreiter. Kriegsbrief. S. 302. 307. 309. 320. 331.
Reminger, Kriegsbrief. S. 263.
zu Reventlow, Graf: „Der Kaiser und die Monarchisten." S. 76.
Ribot, französischer Ministerpräsident 1916/17. S. 44. 160.
Ritter, Regierungsrat. S. 110.
Röchling, Großindustrieller. S. 109.

v. Roedenbeck, Geheimer Oberregierungsrat, Vertreter des Ministeriums des Innern in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Rohrbach, Dr. Paul, Schriftsteller. S. 42. 113.
Rokker, Syndikalist, Agitator im englischen Kriegsgefangenenlager. S. 51.
Rolland, Romain. S. 209.
Rösemeyer, Mitarbeiter der „Freien Zeitung". S. 7. 129.
v. Rosen, russischer Diplomat. S. 96.
Rosenberg, Kanzleibeamter der russischen Sowjetbotschaft in Berlin 1918. S. 31.
Rosenberg, Dr., M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses und Berichterstatter über die Dolchstoßfrage. S. 1. 97. 134. 164. 206. 214ff. 233. 234. 238. 242. 246. 251.
— Zum Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg. S. 214 ff.
— Bismarck: Die Fehler seiner Staatsgründung. S. 222ff.
— Die bolschewistische Revolution in Rußland von einer äußerst schwachen Minderheit durchgeführt. S. 220.
— „Durch die Dolchstoßtheorie wird die Tatsache der ungeheuren militärischen Leistung Deutschlands vertuscht." S. 225.
— Entwurf zu einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. S. 1 ff.
— Das Feldheer während der Revolution. S. 220. 221.
— Formeln der Dolchstoßtheorie. S. 215. 216. 221.
— Zum Gutachten Volkmann. S. 219.
— Internationale Beziehungen der Sozialisten 1916/17. S. 216ff.
— Ostgrenzen. S. 215. 216. 221. 222.
— Scheidung der sozialistischen Parteien. S. 217ff.
— Spartakusbrief vom 28. Mai 1916. S. 217.
— Zimmerwalder Bewegung. S. 217ff.
— Zusammenfassung der bisherigen Verhandlungen über die Dolchstoßfrage. S. 214ff.
Roesicke, Dr., früher M. d. R. (konservativ). S. 156.
Rothardt, Prokurist des Verlages „Mitteldeutsche Zeitung". S. 68.
Rousseau, Jean Jacques. S. 48.
Rubner, Professor, Geheimrat, Physiologe. S. 227.
Rühle, M. d. R. (SPD, später wild). S. 14.
Rund, Richard. Kriegsbrief. S. 322.
Rustenbach, Kanonier. Kriegstagebuch. S. 270. 272. 291. 293.

Sachse, Oberheizer auf „Friedrich der Große". S. 37.
Sagarski, Erster Sekretär der russischen Sowjetbotschaft in Berlin 1918. S. 31.
Sauerbrei, Ernst. S. 313.
Schäfer, Dr. Dietrich, Universitätsprofessor. S. 42. 43. 44.
Scheidemann, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 10. 12. 55. 66. 83. 85. 98. 101. 109. 119. 121. 122. 150. 152. 156. 157. 175. 176. 200. 314. 320.
— Fühlungnahme mit der USPD, 9. November 1918. S. 121. 122.
— Haltung des Kabinetts Ebert-Scheidemann Weihnachten 1918. S. 66. 200.
— Reichstagsrede vom 15. Mai 1917 (Kriegsziele und Revolution). S. 83. 156. 157. 175.
— „Scheidemann"-Friede. S. 98. 101. 150.
— Streik Januar 1918. S. 10.
Scheuermann, Kriegsberichterstatter der „Deutschen Tageszeitung". S. 75.
Schichau, Werft. S. 109.
Schiemann, Professor in Berlin. S. 56.
v. Schlegel, Friedrich. S. 48.
Schlesinger. S. 25.
Schlieben, Konsul, Leiter der „Freien Zeitung". S. 128.
v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, Chef des Großen Generalstabes von 1891 bis 1. Januar 1906. S. 89. 225.
Schmidt, K., Feldwebelleutnant. Kriegsbriefe. S. 268. 272.
Schneider, Hauptmann. S. 289.

Schönemann, Professor. S. 75.
Schramm, Dr., Professor. S. 200.
Schröder, Ludwig, Gefreiter, Kriegsbriefe. S. 272. 273. 274. 275. 276. 278. 280. 281. 282. 288. 291. 293. 307. 314. 320. 321. 325. 329. 330. 331. 333. 334.
Schroeder, Major, Kriegsbriefe. S. 274. 277. 304. 318.
Schücking, Dr., Professor, M. d. R. (Demokrat), Mitglied und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses. S. 43. 44.
— „Neue Ziele staatlicher Entwicklung", 1913. S. 74.
Schwander, 1917 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, 1918 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1919 Oberpräsident von Hessen-Nassau. S. 109.
v. Schwerin, Regierungspräsident in Frankfurt a. O. Erlaß vom 21. Januar 1916. S. 44.
— Kundgebung der Regierung zu Frankfurt a. O. an die Kreisschulinspektoren vom 16. Januar 1916. S. 114. 115.
— Mitbegründer des „Unabhängigen Ausschusss für einen deutschen Frieden". S. 44.
Seger, M. d. sächs. L. (USPD). S. 118.
— Landtagsrede vom 3. Juli 1917. S. 169.
Sieger, Heinrich: „Bayern und der Friede." S. 6.
Simroth, Günther, Leutnant d. R. Kriegsbriefe. S. 262, 265. 266. 269. 271. 274. 288.
Sindermann, M. d. sächs. L. (Vorsitzender der SPD in Sachsen). S. 158. 169. 170.
— Landtagsrede vom 28. November 1917. S. 159. 170.
Skobalew, russischer Sozialdemokrat. S. 27.
Spahn, Dr., Professor der Geschichte an der Universität Köln, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 74.
Spartakusbriefe. S. 60.
v. Spee, Graf, Rittmeister, früher M. d. L. (Zentrum)). S. 295.
v. Stackelberg, russischer General. S. 56.
Stadthagen, M. d. R. (USPD). S. 24. 26. 27.
Stampfer, M. d. R. (Sozialdemokrat), Chefredakteur des „Vorwärts". S. 31. 34. 68. 104. 201.
Stephan, Werner, Leutnant, Kriegsbriefe. S. 286. 288. 292. 294. 295. 308. 311. 312. 314. 316. 319. 323. 324.
Stilgebauer, Schriftsteller, Mitarbeiter der „Freien Zeitung". S. 7.
Stotten, Major, Vertreter des Kriegspresseamts in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Stresemann, Gustav, Dr., Reichsaußenminister, M. d. R. (nationalliberal, Deutsche Volkspartei). S. 46. 190. 249.
Strieen, Kurt, Grenadier im 7. Garde-I. R. Kriegsbrief. S. 268.
Ströbel, politischer Redakteur des „Vorwärts" 1900—1916; M. d. L. (Sozialdemokrat, später USPD): „Die deutsche Revolution." S. 9.
— „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten." S. 9. 28.
Stuart, Campbell: „Geheimnisse aus Crewehouse." S. 7. 32. 193.
Stürgkh, Graf, k. u. k. Ministerpräsident. S. 82.
Syring, Zeuge im Magdeburger Prozeß. S. 239.
v. Szögyény-Marich, Graf, k. u. k. Botschafter in Berlin 1914. S. 91.

Tardieu, André, im Kriege Leiter der französischen Propaganda. S. 72.
v. Tepper-Laski, Rittmeister a. D., Pazifist. S. 55. 61.
Tillemann, Industrieunternehmer. S. 110.
v. Tirpitz, Großadmiral, M. d. R. (Deutschnat. Volkspartei), Staatssekretär des Reichsmarineamts bis 15. März 1916. S. 89. 98. 235.
— Untergang der „Lusitania". S. 36.
Toller, Schriftsteller. S. 51.
Tonnelat s. Hansi.
v. Treitschke, Heinrich. S. 76.
Troeltsch, E.: „Spektatorbriefe". S. 58.

Trotzki, Leo, russischer Bolschewist. S. 49. 284.
Tschernoff, russischer Sozialrevolutionär. S. 27.
v. Twardowski, Dr., Legationsrat, früher Sekretär des 2. Unterausschusses. S. 87.

Viereck, Herausgeber der „American Monthly". S. 86.
Villemin, französischer Diplomat. S. 67.
de Villeneuve-Trans, R., Attaché der französischen Botschaft in Washington. S. 72, 91.
v. Vincke, Frhr., Führer der Altliberalen, Mitglied des Norddeutschen Reichstages. S. 76.
Vitzthum von Eckstädt, Graf, sächsischer Staatsminister. S. 176.
Viviani, René, französischer Ministerpräsident Juni 1914. S. 88.
Vogtherr, früher M. d. R. (USPD). S. 12.
Volkmann, Major a. D., Reichsarchivrat, Sachverständiger beim 4. Unterausschuß. S. 14. 47. 48. 49. 50. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 63. 198. 215. 219. 220. 221. 239.
— Abg. Graf zu Eulenburg zum Gutachten Volkmann. S. 219 ff.
— Dr. Herz zum Gutachten Volkmann. S. 47ff.
Volksvereins-Verlag G. m. b. H.: „Der erste politische Streik in Deutschland" (Zentrumsbroschüre). S. 4. 10. 11.
Vortmann, Walter, Leutnant d. R. Kriegsbrief. S. 285.
Wach, Professor des Strafrechts, Geheimrat. S. 71.

Waitz, Oberst, Vertreter des Kriegsministers in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
zu Waldeck, Graf, Major, Vertreter des Militärkabinetts in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
v. Waldow, Staatssekretär des Kriegsernährungsamts vom August 1917 bis Oktober 1918. S. 46.
Wallraf, Staatssekretär des Innern von Juli 1917 bis Okt. 1918. Zur feindlichen Propaganda, im Reichstage 26. Februar 1918. S. 27. 29.
Walz, Leutnant, an der revolutionären Bewegung beteiligt und am 8. November 1918 verhaftet. S. 119.
v. Wedel-Piesdorf, Graf, früher Präsident des Herrenhauses. Rede vom 15. März 1915. S. 55. 61.
Weiser, Sergeant. Aus seinem Kriegstagebuch. S. 306. 320.
Wels, Otto, M. d. R. (Mehrheitssozialist), Vorsitzender der SPD auf dem Weimarer Parteitag 1919. S. 10. 11. 62. 125.
Wendel, Hermann, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 73.
Wengels, Delegierter der USPD auf der Stockholmer Konferenz 1917. S. 24.
Wermann, Mitglied des Vollzugsrats, „Treiber für die revolutionäre Bewegung". S. 117.
Wernsdorf, Dr. Julius, Deckname. Broschüre: „Dies Buch gehört dem Bundesrat". S. 7. 128. 129.
v. Westarp, Graf, M. d. R. (früher konservativ, jetzt Deutschnationale Volkspartei). S. 46. 139.
Whitehouse, Frau Vira B., im Propagandadienst der Berner Gesandtschaft der Vereinigten Staaten. S. 72. 73. 76. 77. 129.
— „A Year As A Gouvernement Agent." S. 72.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz. S. 34. 38. 47. 94. 304. 308. 311.
— „Erinnerungen." S. 47.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser. Zusammenkunft mit Kaiser Alexander III. von Rußland 1887. S. 223. 224.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser, S. 3. 4. 34. 36. 41. 42. 45. 49. 57. 75. 76. 85. 91. 92. 93. 94. 95. 98. 115. 121. 129. 131. 173. 174. 175. 176. 195. 223. 286. 327.
— Abdankung. S. 4. 34. 95. 121.
— Friedenshindernis. S. 3. 85.
— „Ihr müßt auf Vater und Mutter schießen." S. 49.
— Bei Kriegsausbruch: „Uns treibt nicht Eroberungslust." S. 42.
— Ludwig, „Wilhelm II." S. 92.
— „Oberster Kriegsherr", zur Entstehungsgeschichte des Titels. S. 76.

Wilhelm II. (Fortsetzung):
— Bei Vernichtung der „Lusitania". S. 36.
— Volksstimmungen. S. 93ff. 98. 129. 131. 176. 223.
Wilhelmine, Königin der Niederlande. S. 57.
Williger, Bergrat, Vorsitzender des Berg- und Hüttenmännischen Vereins. S. 109.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten. S. 3. 77. 78. 79. 88. 94. 96. 113. 160. 243. 244. 320. 321. 323. 326. 328.
— Bulgarische Waffenstillstandsbitte vor Wilson 27. September 1918. S. 88.
— Legende vom Potsdamer Kronrat. S. 91.
— Notenwechsel in den „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918". S. 244.
Winnig, Gewerkschaftsführer: Artikel in der „Buchbinderzeitung" Ende Oktober 1915. S. 102.
Winter, Otto, Kanonier. Kriegsbrief. S. 297.
Wirth, Georg, Landwehrmann. Kriegsbrief. S. 278.
Wohlgemuth, Militärkrankenwärter. Kriegsbrief. S. 301.
Wolff, Dr., Regierungsrat, Vertreter des preußischen Staatsministeriums in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 130.
Worowsky, Delegierter der russischen Bolschewisten auf der Stockholmer Konferenz 1917. S. 24.
v. Wrisberg, Generalmajor a. D., Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Preuß. Kriegsministerium. S. 8. 37. 61. 66. 92. 130. 200. 201.
— Äußerung von Ebert: „Schicken Sie uns um Gottes Willen Offiziere, sonst sind wir verloren." S. 200.
— Vorsitzender in der Sitzung des Kriegsministeriums vom 25. Mai 1917. S. 92. 130.

York, Graf, früher M. d. H. Antrag im Herrenhause zur Bekundung der Kaisertreue Oktober 1918. S. 55.
— Rede im Herrenhause gegen Liberalismus und Parlamentarismus 7. März 1917. S. 41.

v. Zedlitz-Neukirch, Frhr,. früher M. d. L. (freikonservativ). Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" über Bemühungen zwecks Schaffung eines bürgerlichen Steuerblocks. S. 109.
— Konzessionen in Rußland als Kriegsentschädigung. S. 113.
Zeretelli, russischer Sozialrevolutionär, 1917 im Kabinett Kerenski. S. 27.
Zetkin, Klara, M. d. R. (Kommunistin). S. 12.
Zickler, Arthur, Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". „Anklage der Gepeinigten." S. 228.
Ziegler, Kanonier. Kriegsbrief. S. 266.
Ziese, Geheimrat, Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft in der Stahl- und Eisenindustrie. S. 109.
Zietz, Luise, früher M. d. R. (USPD). S. 4. 12. 23. 24. 27. 32. 162. 197. 251.
Zimmermann, Dr., Staatssekretär des Äußern von November 1916 bis August 1917. Verhandlungen mit Casement. S. 82.
Zubeil, früher M. d. R. (USPD). S. 29.

Berichtigung

S. 159, Zeile 5—7:
statt: Zusammenstößen [1]). Die Regierung sollte das Wort von Goethe beherzigen: „Die Revolution von unten sei immer verschuldet durch die Unterlassungssünden der Leute von oben [2])."
lies: Zusammenstößen" [1]). „Die Regierung sollte das Wort von Goethe beherzigen: ‚Die Revolution von unten sei immer verschuldet durch die Unterlassungssünden der Leute von oben' [2])."

S. 160, zweiter Absatz, Zeile 9:
statt: 7. Juni
lies: 7. Juli

S. 161, Zeile 9:
statt: können.
lies: können".

S. 161, Zeile 10:
statt: Es
lies: „Es

DATE DUE